Biblioteka
Główna
UMK Toruń
810178

Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung

Herausgegeben von E. Meynen/Berlin

in Verbindung mit

A. Brackmann/Berlin – H. Hassinger/Wien
Fr. Metz/Freiburg i. Br. – A. Rein/Hamburg
Br. Schier/Leipzig und R. Wittram/Posen

VI. Jahrgang Heft 1/2 August 1942

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung

Schriftleitung: Prof. Dr. E. Meynen, Berlin C 2, Burgstr. 28 IV — Fernspr. 42 40 28

Manuskriptsendungen und Anfragen werden an die Schriftleitung erbeten. Nachdruck der Beiträge ist nur mit Genehmigung des Verlages und der Schriftleitung gestattet

VI. Jahrgang · Heft 1/2 · August 1942

Jährlich erscheinen 4 Hefte im Gesamtumfang von etwa 700 Seiten mit Kartenbeilagen und Bildern auf Kunstdruckpapier. Preis des Jahrganges 20,— RM., des einzelnen Heftes 6,— RM.
Postscheckkonto des Verlages: Leipzig 226

Inhalt von Heft 1/2:

Seite

H. Steinacker-Innsbruck: Kleo Pleyer. Ein Nachruf. Mit 1 Bildnis I
H. J. Beyer-Prag: Rassische Kräfte in der Umvolkung 1
O. Fischer-Wien, z. Z. b. d. Wehrmacht: Der Untergang der deutschen Volksgruppe an der Wolga 17
O. Wittstock-Kronstadt: 1870/71 im Erlebnis der Siebenbürger Sachsen 35
H. van Byleveld: Die völkische Wissenschaft in Süd-Flandern und ihre Beziehungen zur deutschen Wissenschaft im 19. Jahrhundert 48
J. Schmithüsen-Berlin: Die landschaftliche Gliederung des lothringischen Raumes. Mit 1 Übersichtskarte 1:900000 64
B. Schmid-Marienburg: Die Burgen des Deutschen Ordens in Preußen 74
H. Carl-Berlin: Antoni von Obbergen. Mit 1 Bildtafel (Nr. 2) 97
R. Gradmann-Tübingen: Hackbau und Kulturpflanzen 107
H. Dopkewitsch, Riga-Posen: Zur englischen Politik im Baltikum 1918/19 119
H. Weinelt, z. Z. im Felde: Der mittelalterliche Wehrbau einer ostmitteldeutschen Rodungslandschaft. Die Burgen des Kreises Freiwaldau im Ostsudetenland. Mit 1 Textkarte 148
K. H. Pfeffer-Berlin: Zur Erforschung des Deutschtums in Südafrika 169
H. Tintelnot-Breslau: Neues Schrifttum zur Kunstgeschichte des deutschen Ostens 176

Neues Schrifttum

Die deutsche Schule der Soziologie (K. H. Pfeffer, Leipzig 1941), besprochen von H. J. Beyer, Prag 189
Ius teutonicum (Rudolf Kötzschke, Die Anfänge des deutschen Rechtes in der Siedlungsgeschichte des Ostens, Leipzig 1941), besprochen von W. Weizsäcker, Wien 190
Ein Kampf ums Recht (Anton Kern, Ein Kampf ums Recht, Grundherren und Weinbauern in der Steiermark im 16. und 17. Jahrhundert), besprochen von H. Ibler, Graz 194
Deutsche Bauernsiedlung in Lettland (Rudolf Schulz, Der deutsche Bauer im Baltikum, Berlin 1938, und Karl Freiherr von Manteuffel-Katzdangen, Meine Siedlungsarbeit in Kurland, Leipzig 1941) besprochen von M. Hellmann, z. Z. bei der Wehrmacht 196
Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande (Theodor Schieder, Königsberg 1940), besprochen von H. J. Beyer, Prag 199
Der Stamm der Hessen und das „Herzogtum" Franken (Edmund E. Stengel, in: Festschrift Ernst Heymann, Weimar 1940), besprochen von G. Wrede, Osnabrück 200
Die Südostsiedlung im Mittelalter (Ernst Klebel, Siedlungsgeschichte des deutschen Südostens, München 1940), besprochen von W. Neunteufl, Graz 203

Bibliographie

Das Schrifttum über die österreichische Militärgrenze, von R. v. Schumacher, Berlin 207

Verlag von S. Hirzel in Leipzig

BIBLIOTHEK

Kleo Pleyer

19. Nov. 1898—26. März 1942

Von Harold Steinacker, Innsbruck

Der Soldatentod Kleo Pleyers bedeutet einen Verlust besonderer Art für die deutsche Geschichtswissenschaft und das deutsche Volk. Denn er war eine einmalige und in seiner Art unersetzliche Gestalt. Diese unter uns Fachgenossen allgemeine Empfindung gilt vielleicht noch mehr als dem Werke — dem Mann.

Auch die Wissenschaft kennt den Unterschied der zwei menschlichen Inbilder, von denen das eine auf „Leisten", das andere auf „Sein" gestellt ist. Gewiß: wer etwas leistet, ist in der Regel auch etwas; wer etwas ist, leistet zumeist auch etwas. Aber das Schwergewicht, das Übergewicht wird immer auf einem der beiden Bereiche liegen.

Bei Pleyer lag es auf dem, was er war, auf seinem Menschentum. Ich werde anderwärts versuchen, in breiterem Rahmen den existenziellen Menschen in Pleyer zu umreißen. Hier soll er mehr durch sein Werk gezeigt werden, und zwar durch jenen Teil, jene Seite seines Werkes, die gerade dieser Zeitschrift zugekehrt, ja tief innerlich verwandt war.

„Landes- und Volksforschung" bezeichnet ja für diese Blätter nicht einen Wissenschaftsraum, ein durch Umfang und Gegenstand bestimmtes Teilgebiet eines Faches, sondern eine Weise des Schauens und eine Richtung des Fragens, — einen Willen zu wissenschaftlichem Dienst am Volk in ganz bestimmtem Sinn. Hier soll „Volkswissenschaft" getrieben werden, frei von theoretisierender Überspitzung und soziologischer Abstraktion, rein aus den Gegebenheiten des Blutes und des Bodens, eben von Volkstum und Landschaft als lebendigen Wirklichkeiten her.

Das tat und wollte auch der Egerländer Hammerschmiedsohn Pleyer, der, am Weltkriegserlebnis gereift, in Prag während der Jahre des Lernens und Studiums (1919—1923) bereits handelnd und führend im deutschen Daseinskampf wider die Tschechen gestanden und der sudetendeutschen nationalsozialistischen Arbeiterpartei ihren Hymnus „Wir sind das Heer vom Hakenkreuz" geschenkt hatte. Seine hinreißende Rede am Erfurter Historikertag[1] schließt mit der Losung: „Das Gesetz der Grenze ist das Gesetz der Nation." In der Tat wissen wir heute, daß ein großes Volk und Reich von der Grenze her lebt, — daß Grenze immer Kampf und Erprobung bedeutet, — daß der Kampf der Vater ist wie aller Dinge, so auch des klaren Bewußtseins völkischer Art und völkischer Verpflichtung. Aber Pleyer hat nicht nur den Grenzkampf im Sudetenraum erlebt, sondern den ganzen Vielvölkerstaat des alten Österreich und — als junger Weltkriegssoldat — sein Heer. Und damit die ganze deutsche Leistung und Sendung, und zugleich die ganze deutsche Gefährdung im Südosten. Er zog daraus ähnliche Erkenntnisse wie vor ihm Adolf Hitler in seinen Wiener Jahren. Er begriff, daß Volk vor Staat geht. Auch Staat und Reich sind deutsche Aufgaben, aber das letzte, tiefste, entscheidende Wort der deutschen Geschichte heißt nicht Staat, nicht Reich, sondern Volk.

In diesem Sinn hat Pleyer gegenüber aller staatsgeschichtlichen und dynastischen oder stammlichen Enge mitgearbeitet an einer neuen volksdeutschen Ausrichtung unserer Geschichtsforschung und Geschichtsschreibung, ist er — manchmal in eigenwilliger Weise — mit dem

[1] Kräfte des Grenzkampfs in Ostmitteleuropa. Hamburg 1937 = Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland.

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA
40011
Cz. 558.7
2699

von ihm gegründeten und beseelten volkswissenschaftlichen Arbeitskreis den Aufgaben einer echten Volksforschung nachgegangen. Solcher Aufgaben hat er in seinen Schriften viele aufgezeigt und angedeutet. Ihrer Lösung hätte sein Lebenswerk gegolten und die Arbeit seiner Schüler, deren er für die Kürze seiner Lehrtätigkeit erstaunlich viele angezogen hatte, deren er noch so viele gewonnen hätte. Denn er besaß das Charisma der Menschenführung und Formung. An der Glut seines Wesens entzündeten sich gerade die, die wir für eine wahrhaft völkische, wahrhaft politische Historie allein brauchen können — die nämlich, die selbst innerlich brennen. Im letzten, „Allerdeutschen" überschriebenen Absatz seiner prächtigen „Gezeiten der deutschen Geschichte" [2] hat er das Thema angeschlagen, um das sein künftiges Werk sich gesammelt hätte, die „gewesene und zukünftige Gemeinschaft aller Deutschen". Die Schriften, die er hinterlassen, sind wesentliche und richtunggebende Beiträge zu dem Thema und lassen erkennen, worauf es heute ankommt.

Ein Beispiel dafür ist die Art, wie Pleyer die Frage des deutschen Dualismus behandelte. Nicht ein Abwägen, ein Addieren der Dynastien und Staaten Preußen und Österreich ergab ihm das Gesamtdeutsche, sondern es ging ihm um die Verbindung von „süddeutscher Bewegkraft mit preußischer Ordnung" und in dieser Verbindung um das Zusammenfließen vielfältiger rassischer und stammestümlicher Kräfte. Etwa um das Überwiegen niederdeutscher Kräfte in der nordöstlichen, oder bajuwarisch-alemannischer in der südöstlichen deutschen Fernsiedlung. Beide aber doch begriffen als gemeindeutsche Vorgänge, bei denen für die künftige großdeutsche Einheit auf der einen Seite organisatorische, staatlich, militärisch, wirtschaftlich wertvolle Formen geprägt werden, während auf der anderen volkhafte Haltung und persönliche Ausprägung erwächst, die als künstlerische und geistige, aber auch als politische Werte aus bayrisch-alemannisch-fränkischem Erbgut beigesteuert werden. Ähnlich wie aus mitteldeutschen, ostisch durchsetzten Landen religiöse und denkerische Kräfte ins Gesamtleben unseres Volkes eingeströmt sind und dann deutsche Prägung weit nach dem Osten getragen haben [3].

Ein zweites Beispiel ist sein Verhältnis zu den großen Gestalten unserer Geschichte [4]. Er sieht Friedrich d. Gr. und Maria Theresia nicht im engen Rahmen der preußischen oder österreichischen Geschichte, sondern in der Verschränkung, in der sie einander im Zug des gesamtdeutschen Schicksals zugeordnet sind. Immer kommt es darauf an, wie weit eine große Persönlichkeit Ausdruck deutschen Wesens ist und wie sie auf das Gesamtdeutschtum zurückgewirkt hat. So hatte seine Mitarbeit besondere Bedeutung für die Sammlung und Sichtung der nationalsozialistischen Historiker, die sich im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands vollzog. Wenn diese um W. Frank erwachsene Arbeitsgemeinschaft und geistige Kameradschaft gesamtdeutsche Spannweite hat, so nicht zuletzt durch die Wucht, mit der in ihr Pleyer neben dem berechtigten und notwendigen kleindeutschen Pathos und Ethos die ebenso nötige Geltung des Südens und Südostens vertrat [5]. Endlich ein drittes Beispiel: sein Scharfblick für das, was er die „soziale Tiefenstaffelung" der deutschen Geschichte nannte. Das 19. Jahrhundert sah die „Kulturnation", und die „Staatsnation", also vornehmlich die Vorgänge in der politischen und geistigen Oberschicht. Pleyer verlangte auch deutsche „Bauern- und Arbeitergeschichte" als notwendige Ergänzung. Er wollte die Geschichte deutscher Volksteile immer nur als eine Funktion des gesamten Volkskörpers begriffen und dargestellt haben [6].

[2] Die junge Reihe. Bd. 23. München 1939.

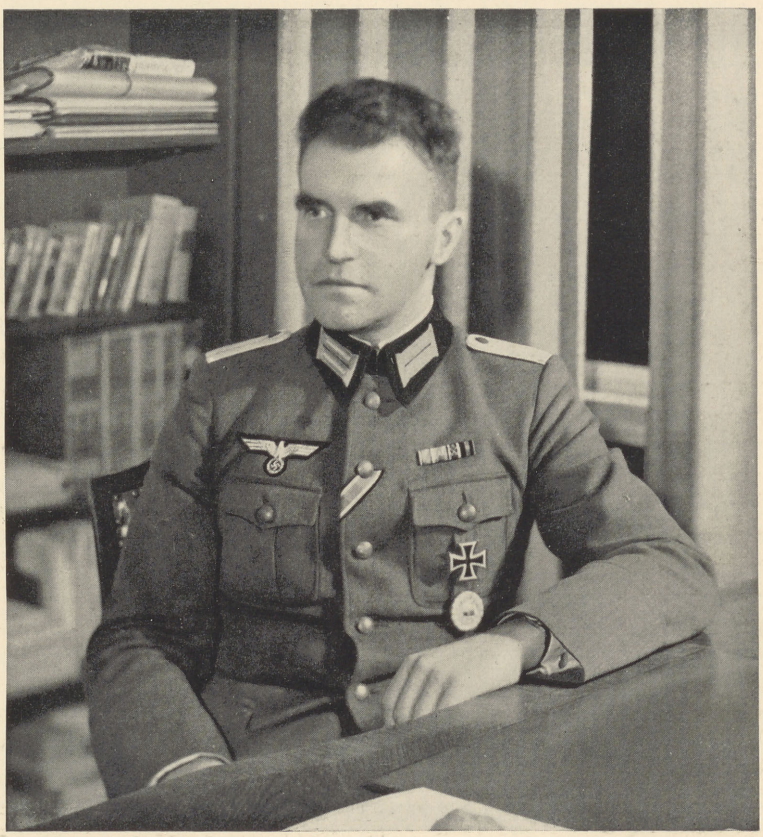
[3] Vgl. Pleyers Habilitationsvortrag: Die Reichweite d. deutschen Reformation. Hist. Zeitschr. 153 (1936).

[4] Prinz Eugen in gesamtdeutscher Sicht. In: Deutsche Arbeit 1936. — Friedrich der Gr., Maria Theresia und Katharina II. in ihrer volksgeschichtlichen Verbundenheit. In: Vergangenheit und Gegenwart. Jg. 25, 1935. — Stein und Stadion. In: Srbik-Festschrift. München 1938.

[5] Wesen und Notwendigkeit der gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung. In: Deutsche Volkserziehung, 3. H. 1938. — Großdeutsche Geschichtskunde. Vortrag gehalten auf der 4. Jahrestagung des Reichsinstitutes 2. 12. 1938.

[6] Großdeutsche Bauern- und Arbeitergeschichte. In: Vergangenheit und Gegenwart, 11. Erg.-H. 1939.

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU



Noch an so manchem Punkt ließe sich zeigen, wie grundsätzlich für Pleyer alle Geschichtsforschung Volksforschung war[7]. Aber ebenso grundsätzlich und tief hatte er den heute so oft gedankenlos beschworenen Zusammenhang zwischen Blut und Boden begriffen, der in Heimat und Landschaft lebendig wird, dessen gewaltige Auswirkungen der Historiker nur in der Schau der natürlichen und der geschichtlichen Landschaft erfassen kann. Nur wer diesen Zusammenhang so stark und urtümlich an sich selbst erlebt hat, konnte so fruchtbar wie es in Pleyers Frankreich-Buch[8] geschieht, hinter der Außenwand der berühmten französischen „unité morale" die Fugen aufzeigen, durch welche die verschiedenen Landschaftskörper Frankreichs noch heute erkennbar sind.

Wir beobachten heute mit tiefer Befriedigung die Fruchtbarkeit unseres neuen volkhaften Denkens: aus dem Lebensgefühl des neuen Deutschlands heraus, in dem die Tendenzen und Probleme des individualistischen, liberalen, parlamentarischen Zeitalters überwunden und rein geschichtlich geworden sind, verstehen und deuten deutsche Historiker das Frankreich des 19. Jahrhunderts tiefer als die Franzosen selbst. Hat W. Franks großes Werk[9] den Grundvorgang aufgezeigt, wie der 1789 einsetzende Kampf der „deux Frances" unter dem Einfluß internationaler Zersetzungsfermente zur geistig-sittlichen wie zur rassisch-physischen Aushöhlung und Lebenskrise eines reichen westeuropäischen Volkstums führen mußte und, wie sich jetzt bestätigt, geführt hat, so zeigt das Buch Pleyers, daß es nicht nur zwei, sondern viele „Frankreichs" gibt. Während der „europäische Zentralblock zwischen Rhein und Loire" der Bonner Schule mehr eine Konstruktion von bedingter Richtigkeit ist, vermag Pleyer wirklichkeitsnahe Flandern, Normandie, Bretagne so wie die südlichen und östlichen Landschaften Frankreichs als Naturräume und zugleich als Schmelztiegel für eine sehr vielfältige Rassenmischung zu schauen. Er macht sie aber auch als Schauplatz eigenständiger künstlerischer Stilkräfte und geistiger Leistungen anschaulich und zeigt, wie sie sich über die Bluts- und Bodenbedingtheit hinaus zu einer weiteren Stufe der Eigenständigkeit, zur historisch-politischen Individualität, hinentwickeln. Damit sind auch die Kräfte aufgewiesen, die — kurz vor dem Weltkrieg aus unergründlichen irrationalen Lebenstiefen aufgebrochen — Frankreich aus der Erstarrung des Staats- und Kulturzentralismus retten könnten. Mit dem Bilde dieser zentralistischen Erstarrung hat Pleyer eine Menetekel auch für uns Deutsche aufgerichtet. Und so erfüllt auch dieses Buch die Forderung, die in allen Schriften Pleyers verwirklicht ist und die für mein Gefühl schlechthin den entscheidenden Punkt für eine schöpferische Geschichtsschreibung bildet — die Forderung, geschichtliche Erkenntnis so zu gestalten, daß aus ihr — unausgesprochen aber unaufhaltsam — unmittelbare politische Einsichten und Willensantriebe hervorquellen.

Wer Rechenschaft darüber ablegt, was ein Gelehrter gegeben hat, frägt wohl auch danach was jener empfangen habe. Da läßt sich natürlich auch bei Pleyer manches sagen. Er hatte das Glück, einen wirklichen Geschichtsschreiber zum Lehrer zu haben: Johannes Haller, dem er „nicht nur als Geschichtsbeflissener, sondern auch als Deutscher nachzueifern" sich bei aller Verschiedenheit verpflichtet fühlte[10]. Er arbeitete als Assistent M. H. Boehms am Berliner „Institut für Grenz- und Auslandstudien" und trat in den Kreis des VdA. in dem unter der starken Persönlichkeit Hans Steinachers damals eine fruchtbare Fühlung der geistigen Führer der deutschen Volksgruppen mit den binnendeutschen Kennern der Grenz- und Volkstumsfragen bestand. In beiden Kreisen konnte er sein eigenes Erlebnis des Grenz- und Volks-

[7] Daher hat er sich auch mit dem jüdischen Fremdkörper in der europäischen Welt befaßt (Das Judentum in der kapitalistischen Wirtschaft. In: Forschungen zur Judenfrage. Bd. 2., 1937. = Schriften des Reichsinstitutes für Geschichte des neuen Deutschlands),

[8] Die Landschaft im neuen Frankreich. Stammes- und Volksgruppenbewegung im Frankreich des 19. und 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1936.

[9] Nationalismus und Demokratie im Frankreich der 3. Republik. Hamburg 1934.

[10] Vgl. Pleyers Vorrede zu seinem Erstlingswerk „Die Politik Nikolaus V.", 1927. Dazu seinen Aufsatz zu J. Hallers 70. Geburtstag. In: Baltische Monatsschrift. 10. H. Riga 1935.

tumskampfes theoretisch und praktisch erweitern und vertiefen. Angeregt und gestärkt hat ihn auch die Kameradschaft gleichgestimmter Forscher, die er im Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands gewann; dankbar bekannte er sich zu Anregungen, die er von älteren Vertretern gesamtdeutschen Denkens erfahren habe. Aber Pleyer gehörte zu den starken Naturen, bei denen fremde Anregung nur bewirkt, daß sie besser zu sich selbst finden. Und dann: die Gruppe von Historikern, die man als gesamtdeutsch oder volksdeutsch im besonderen Sinn bezeichnen kann, gleicht nicht den „Schulen" der alten Wissenschaft. Ihre gemeinsame Grundauffassung und Willenshaltung ist nicht literarisch, schulmäßig vermittelt, sie stammt aus dem gemeinsamen Erlebnis. Immer werden wir diesen beglückenden Zusammenklang von Leben und Lehre am klarsten und schönsten verkörpert finden in der Gestalt Kleo Pleyers. Sein Wesen war lauteres Feuer. So bitter es den Freunden ist, daß er in kommenden Bewährungszeiten der deutschen akademischen Jugend nicht voranleuchten darf und ihre Herzen nicht mit seiner unersetzlichen Glut durchglühen soll, wir beugen uns ehrfürchtig vor dem tieferen Sinn seines Soldatentodes, der das lodernde Feuer seiner Seele zur reinen und ruhigen Opferflamme werden ließ auf dem Altar dieses Krieges. Sein Forscherleben und sein Soldatentod vermählen sich zu einer großartigen Einheit. Beide waren unbegrenzter kämpferischer Einsatz im Dienst am deutschen Volk.

Rassische Kräfte in der Umvolkung

Von Hans Joachim Beyer, Prag

Als die europäische Bildungsschicht zu Anfang des 18. Jahrhunderts unter dem Eindruck der starken Persönlichkeit Peters des Großen dazu überging, die von Moskowien beherrschte östliche Welt zur Kenntnis zu nehmen, war ihr Interesse dynastisch bestimmt und in wissenschaftlicher Hinsicht „staatenkundlich" ausgerichtet. Die Ausdehnung der Habsburger Monarchie in den Türkenkriegen erweiterte das Gesichtsfeld nach Südosten, so daß mehr und mehr der ganze Kontinent die allgemeine Aufmerksamkeit fand, die die Gebildeten bis dahin dem sog. christlichen Abendland zollten. Sieht man von dem Göttinger Historiker *Schlözer*, dessen 1771 erschienene „Allgemeine Nordische Geschichte" noch heute eine Fundgrube wertvoller volksgeschichtlicher Bemerkungen ist, und wenigen anderen Außenseitern ab, so werden nicht die Völker und volkstümlichen Kulturen, sondern die großen Monarchen und ihre staatlichen Machtbereiche erforscht und publizistisch betrachtet. Im Rahmen der „gesamten Staatswissenschaften" vertritt zumeist die Statistik die Stelle einer europäischen Völkerkunde. Die zeitgenössische Völkerkunde gerät damals in ihrem Suchen nach dem idealen und ursprünglichen Naturzustand auf den Irrweg eines einseitigen Interesses an den sog. Naturvölkern, nur der Vielschreiber *Chr. Meiners*[1] macht hier eine Ausnahme. Am kennzeichnendsten für die zumeist bloß staatenkundliche Betrachtungsweise der zeitgenössischen „Auslandswissenschaftler" ist vielleicht der Aufklärungshistoriker *Christian Engel*. Das innere Motiv für seine Studien über den Südosten, Galizien und die Ukraine (die er übrigens richtig im Zusammenhang mit Südosteuropa sah) ist in dem gegebenen oder möglichen Staatsinteresse seines Heimatlandes zu suchen. Ihn interessieren historische Ansprüche, rechtliche Ordnungen, Vergleiche zwischen Militär- und Staatsverfassungen (Sparta und der Kosakenstaat der Zaporoger Sitsch!), innere Verfassung; in den Ukrainern oder (wie er unrichtig verallgemeinernd sagt) Kosaken sieht er jedoch nach südostdeutschem Vorbild eine typische Grenzbevölkerung ohne völkischen Eigencharakter. Das 19. Jahrhundert hat dann unter dem mächtigen Einfluß der romantischen Strömungen das staatenkundliche Schema zersprengt. Das Volkstum wurde entdeckt. Gleichwohl ist nicht die Volkswissenschaft die begriffebildende Disziplin des sog. bürgerlichen Jahrhunderts geworden. Einteilung und innere Gliederung der östlichen und südöstlichen Welt entnahm man vielmehr vorwiegend den Ordnungen der Sprachwissenschaften, die einen ungewöhnlichen Aufschwung erlebten. Fortan sah der gebildete Europäer das Bild des gesamten Ostens in einer doppelten Schau: einmal im Rahmen der drei großen Monarchien Rußland, Österreich und Türkei, zum anderen unter der Vorstellung eines riesigen slawischen Meeres. Hier und da tritt an die Stelle des Wortes „Slawen" der Begriff „Griechen"[2]. Schon Schlözer hat dem gelehrten

[1] Mit Recht hob W. Mühlmann in seiner „Methodik der Völkerkunde", S. 28—39, das Positive an Meiners hervor.

[2] In seinem Aufsatz „Der Werdegang der deutschen Südostforschung und ihr gegenwärtiger Stand" bringt Fr. Valjavec in den „Südostforschungen", VI, S. 1—37 wertvolle und umfangreiche Angaben zur Geschichte der Erforschung Südosteuropas. Friedensaufgabe deutscher Wissenschaftsgeschichte sollte es sein, diese Mitteilung durch eine genauere Untersuchung der Denkstrukturen, der Motive und der Begriffswelt zu ergänzen. Bei dem französischen Slawisten E. Robert und einem Teil seiner Kollegen findet sich in der Mitte des 19. Jhs. häufig der Begriff „Gréco-Slaves". Ernest Charrière rechnet sowohl die Skandinavier als auch die Griechen zu den Slawen, die Madjaren sind ihm (wie auch den meisten anderen französischen und englischen Publizisten der ersten Hälfte des 19. Jhs.) Nachkommen eines österreichischen slawischen Stammes. Hier interessieren diese Meinungen nicht unter dem Gesichtswinkel einer Geschichte unrichtiger Terminologien oder völkerkundlicher Unkenntnis; sie sollen uns vielmehr zeigen, wie beherrschend der Gedanke des slawischen „Meeres" damals war. Sein politisches Spiegelbild

Publikum eine Vorstellung von der großen Verbreitung der sog. Slawen gegeben und unter anderem auch Ungarn als überwiegend slawisch bezeichnet. Aus sprachwissenschaftlichen Gründen, die von kulturgeschichtlichen Folgerungen unterstützt wurden, teilte man diese Slawen später in eine östliche, westliche und südliche Gruppe ein.

Es unterliegt heute keinem Zweifel, daß diese Einteilung höchst fragwürdig ist. Vieles spricht z. B. dafür, daß man die Slowaken nicht zu den westlichen, die Ukrainer nicht zu den östlichen, sondern zu den südlichen Slawen rechnet. Entscheidend ist für uns jedoch, daß eine auf Volkstum oder Rasse ausgerichtete Forschung mit jenen sprachwissenschaftlichen Begriffen nichts, aber auch gar nichts anfangen kann. Es gibt gewiß slawische Sprachgemeinschaften und Sprachverwandtschaften, jedoch keine slawischen „Völker".

Seit den grundlegenden Forschungen *Vasmers*[3] wissen wir, daß die Großrussen als Volk dadurch entstanden, daß finnisch-ugrische und baltische Bevölkerungsgruppen sprachlich slawisiert wurden. Ein ähnlicher Sprachwechsel vollzog sich bei den Bulgaren, die zu den Türkstämmen gehörten, im Lichte der Geschichte. Der größte Teil der übrigen Balkanslawen verdankt sein Entstehen ähnlichen Vorgängen, wobei dakische, griechische, albanische, walachische und andere ethnische Gruppen miteinander verschmolzen wurden. Bei den Polen sind zumindest der Adel und die neuzeitliche bürgerliche Führungsschicht, wie ich in einer soeben erscheinenden Untersuchung zu erweisen hoffe[4], überwiegend nichtpolnischer Herkunft. Daß bei den Tschechen deutsche Blutzuströme seit langem eine wichtige Rolle spielen, hat u. a. *K. V. Müller* dargetan[5]. Die bisherigen Ergebnisse der im übrigen noch wenig entwickelten Rassenkunde Ost- und Südosteuropas bestätigen die These, daß die sog. Slawen keine Völkerfamilie bilden: sie sind rassisch außerordentlich verschieden, in ihren Volks- und Sozialordnungen keineswegs gleich oder verwandt und in ihrer Entstehungsgeschichte vielfach das Ergebnis älterer oder jüngerer Umvolkungsvorgänge, bei denen der Sprachwechsel eine hervorragende Rolle spielte.

Der Neuaufbau einer europäischen Völkerkunde wird mit der Einsicht beginnen müssen, daß weder der staatenkundliche noch der sprachwissenschaftliche Weg zum Ziele führt. Aus der Beobachtung heraus, daß Umvolkungsvorgänge in gewissen Teilen des Kontinents überaus häufig und überall für die Klärung des Zusammenhangs von Rasse, Volkstum, Gesinnung und Sprache besonders lehrreich sind, rechtfertigt es sich, mit gewissen Assimilationserscheinungen Betrachtungen zu einer neuen europäischen Völkerkunde einzuleiten. Im weiteren wissenschaftlichen Rahmen dienen die hier zu schildernden Umvolkungsvorgänge uns also als heuristisches Prinzip, was nicht ausschließt, daß ihre Analyse auch unmittelbar praktische Bedeutung hat.

Wie jede andere Erscheinung des völkischen Lebens kann man auch die „Umvolkung" von den verschiedensten Seiten aus betrachten. Die amerikanische Soziologie sah in ihr bis vor kurzem einen selbstverständlichen, natürlichen und notwendigen Vorgang: wer sich nicht amerikanisierte, war „anomal" und bewies durch sein Verhalten ein erschreckendes Maß an europäischer Rückständigkeit[6]. Im Zusammenhang mit dem Volkstumskampf sind ethische, ja sogar

ist der Schreckgedanke „Panslawismus", wie er frühzeitig bei deutschen und madjarischen Autoren auftaucht. Damit wird nicht geleugnet, daß es Panslawismus gab und gibt, das Ausmaß der Entfaltung panslawistischen Denkens ist jedoch abhängig von der Überschätzung sprachwissenschaftlicher Gegebenheiten durch die deutsche Wissenschaft sowie von älteren, z. T. irrtümlich aufgenommenen Nachrichten über die Abstammungszusammenhänge der Südostvölker. Bei der dringend erforderlichen Neubearbeitung des Panslawismus-Problems (die einzige größere Darstellung in deutscher Sprache stammt von einem Juden) wird es notwendig sein, auch diesen Fragen eine größere Aufmerksamkeit zu widmen.

[3] Letzte Zusammenfassung: M. Vasmer, Die alten Bevölkerungsverhältnisse Rußlands im Lichte der Sprachforschung (Vorträge und Schriften der Pr. Ak. d. Wiss. Heft 5), Berlin 1941.

[4] H. J. Beyer, Das Schicksal der Polen. Rasse, Volkscharakter, Stammestum, Leipzig (Teubner) 1942.

[5] K. V. Müller, Die Bedeutung des deutschen Blutes in Südosteuropa (Südostdeutsche Forschungen 1938); ders., Die Bedeutung des deutschen Blutes im Tschechentum (Archiv für Bevölkerungswissenschaft und Bevölkerungspolitik, IX, 1939/40); ders. ergänzend in „Raumforschung und Raumplanung", V, S. 488 ff.

[6] Kennzeichnend sind dafür die Veröffentlichungen selbst eines Verfassers wie Henry Pratt Fairchild, der sich verhältnismäßig früh über die Fragwürdigkeit der bisherigen Amerikanisierung (insbes. in der

theologische Lehren entwickelt worden, die den Volkstumswechsel als Verstoß gegen die sittlichen Gesetze oder die Grundlagen der Schöpfungsordnung brandmarken. *Luca dei Sabelli* und der Brasilianer *Oliveira Vianna* sowie zahlreiche nordamerikanische Verfasser haben ihre Hauptaufmerksamkeit der Frage gewidmet, wie Assimilation tatsächlich geschieht und wie man sie zweckmäßig beeinflussen könne[7]. Von *M. H. Böhm*[8] stammt eine kleine Studie, die den Versuch macht, die mit der Umvolkung zusammenhängenden Vorgänge begrifflich zu bestimmen. Wir leugnen nicht, daß diese und andere Betrachtungsweisen ihr bedingtes Recht haben; trotzdem meinen wir, daß erhöhte Aufmerksamkeit die Frage nach dem inneren Verlauf und nach dem Ergebnis der Umvolkung verdienen. Unter besonderer Berücksichtigung des böhmisch-mährischen, galizischen und altungarischen Raumes wollen wir uns diesen beiden Fragen zuwenden.

*

Bei der viele Jahrhunderte alten Berührung zwischen Deutschen und Tschechen im Raum Böhmen und Mähren ist es nicht verwunderlich, daß Volkstumswechsel eine häufige Erscheinung ist. Hatte zunächst die eindeutige deutsche Überlegenheit eine Begabungsauslese bei den Tschechen bewirkt, d. h. die leistungsmäßig den Deutschen verwandten tschechischen Sippen zum sozialen Aufstieg durch allmähliche Angleichung veranlaßt, so kam es später auch zu dem umgekehrten Vorgang: kleinbürgerliche und bäuerliche deutsche Gruppen gingen im Tschechentum auf. Ähnliches ereignete sich vermutlich während der Hussitenstürme, doch sollen diese Ereignisse vor der Zeit des völkischen Erwachens unberücksichtigt bleiben, weil für sie eine andere Bewußtseinslage gilt. Ohne Zweifel hat der sog. Bohemismus, d. h. der die „nationalen" Gegensätze scheinbar überbrückende Landespatriotismus des ausgehenden 18. Jahrhunderts den Übergang zum Tschechentum erleichtert, wenigstens gilt das für gewisse gebildete bürgerliche und aristokratische Kreise, die sich als „Böhmen", d. h. weder als Deutsche noch als Tschechen, fühlten, jedoch nach der Nationalisierung und Aufspaltung des Landesbewußtseins im Zuge der Gleichung böhmisch-tschechisch trotz deutscher Herkunft auf die tschechische Seite gerieten. Größeres Ausmaß nahm die Tschechisierung jener Siedlungen an, die zur josefinischen Zeit in Innerböhmen entstanden. *W. Lenz*[9] hat für das ständische Livland wahrscheinlich gemacht, daß die freiwillige Germanisierung von einzelnen Angehörigen des landischen Mittelstandes eine rassische Auslese darstellte, bis zu einem gewissen Grade wird das auch für diejenigen tschechischen Sippen gelten, die im Zuge des sozialen Aufstiegs zu Deutschen wurden. Es liegen gewiß für diese Behauptung keine anthropologischen Messungen vor. Rasse ist jedoch nicht bloß anthropometrischer Tatbestand. In der Dynamik des Völkerlebens erweist sich Rasse eher als ein Gleichgewichtszustand zwischen Erbanlage und Umweltgestaltung, wobei spezifische Leistung und Haltung das Erkennungszeichen abgeben. In der höheren Leistung

---

Periode des magischen Zeichens des Melting-Pot) klar geworden ist. In seiner Untersuchung „Greek Immigration to the United States", New Haven 1911, beklagt er S. 240ff. die „üblen Tendenzen", die sich in den geschlossen griechischen Kolonien erhalten, während der von seiner Gruppe getrennte Grieche „many admirable qualities" entwickele. Unter diesen „evil tendencies" sind ganz offenbar die griechischen Volkseigenschaften zu verstehen. Noch 1934 stellt er in seiner „General Sociology" das Verhalten desjenigen, der sich nicht amerikanisiert, als maladjustment dar, zumindest sieht er diesen Vorgang unter diesem Begriffe. Andere Verfasser haben sehr viel unbekümmerter erklärt, daß Widersetzlichkeit gegenüber der einschmelzenden Kraft des Amerikanertums Beweis „anomalen" und „ghettohaften" Verhaltens sei, vgl. dazu H. J. Beyer, Ghetto oder Assimilation. Die amerikanische Soziologie und ostmitteleuropäische Volkstumsfragen. (Zeitschrift für Politik 1942, Maiheft.)

[7] Luca dei Sabelli, Nazioni e minoranze etniche, 2 Bde., Bologna 1929; Oliveira Vianna, Raça e assimilação, São Paulo 1934. Das einschlägige ältere fachliche und bibliographische USA.-Schrifttum wird in dem Sammelwerk von Philip Davis, Immigration and Americanization, Boston 1920, verzeichnet. Ergänzende Angaben in bibliographischer Hinsicht am besten bei Fr. J. Brown und J. Sl. Roucek, Our Racial and National Minorities, New York 1937.

[8] Max Hildebert Boehm, Volkstumswechsel und Assimilationspolitik (Festschrift für J. W. Hedemann). Jena 1938.

[9] Wilhelm Lenz, Umvolkungsvorgänge in der ständischen Ordnung Livlands (Quellen und Forschungen zur baltischen Geschichte, Heft 1), Posen 1941, S. 3f. u. 48.

erweist sich die stärkere Rasse, nicht in der Kabbalistik toter Zahlenverhältnisse[10]. Eine höhere Leistung wurde jedoch im allgemeinen von den Tschechen, Esten, Letten, Schlonsaken, Windischen oder Slowenen vollbracht, die sich in dem kulturell deutsch geführten Ostmitteleuropa den Deutschen anschließen konnten. Diese Leistungsauslese ist eine verdeckte Rassenauslese.

Freilich war im Zeitalter des bürgerlichen Denkens diese Leistung, wenn sie anerkannt werden sollte, verbunden mit Verbesserungen in Bildung und Besitz. Wer durch Bildung oder neuen Besitz, diese beiden Leitsterne der liberalen Welt, sich auszeichnen konnte, erschien und fühlte sich als würdig, zu den Deutschen zu gehören. Vielfach beruhte in dem sozial so eigenartig gegliederten Ostmitteleuropa die deutsche Führung darauf, daß das gebildete und besitzende Bürgertum, hier und da auch der Adel, unserem Volkstum angehörte: wen wundert es, daß in dem noch bis tief ins 19. Jahrhundert hinein vorwiegend ständischen Denken die „Leistung" im Sinne dieser Schichten ausgelegt wurde? Die Folge war, daß die Leistung des Bauern, die als Gemeinschaftstat und unbürgerliche Handlung aus dem soeben skizzierten Rahmen fiel, weder Anerkennung noch Aufmerksamkeit genug fand: in den gleichen Gebieten, in denen eine qualitativ bestimmte Zusiebung von Nichtdeutschen zum deutschen Volkstum stattfindet, geht kleinbürgerliches und bäuerliches Deutschtum unter. Für Livland hat W. Lenz Angaben gemacht, sie lassen sich für Estland und Kurland ergänzen.

In Böhmen und Mähren bewirkt wohl erst dieser Untergang die außerordentliche Stärke des deutschen Blutanteils im Tschechentum. Erst eine genaue Einzelforschung kann erweisen, wie stark insgesamt die blutsmäßige Verflechtung beider Völker im jetzigen Protektorat ist — ohne Zweifel wird die Forschung auf diesem Gebiete noch manche Überraschung erleben. Als Beispiele mögen folgende Angaben gewertet werden: Im Tischnowitzer Bezirk erinnern in rund einem Dutzend Ortschaften die deutschen Familiennamen an die Herkunft der Bewohner. Im Seelowitzer Bezirk sind die den ostdeutschen Mennoniten glaubensverwandten Habaner zunächst katholisch und später tschechisch geworden. Das kleine Ackerstädtchen Gewitsch, noch in der Mitte des 18. Jahrhunderts überwiegend deutsch, erscheint heute äußerlich als tschechisiert, wie bei einem Teil des Leitomischler, Pardubitzer, Prager, Pilsner, Olmützer, Brünner, Budweiser Bürgertums können die deutschen Familiennamen als Leitfossilien bei einer völkerkundlichen „Geologie" dienen, die durch eine Reihe gesinnungsmäßiger Überschichtungen zum Abstammungskern durchstößt. Besonders bemerkenswerte Ergebnisse dürfte diese „Geologie" bei dem tschechischen Stamme der Choden haben, der in der Propaganda als Vorbild des „Grenzlertums" in völkischer Hinsicht galt. Der tschechische Forscher *F. Roubik* hat bereits 1931 angedeutet, daß deutsche Abstammung hier eine Rolle spielt. Bereist man die in Frage kommenden Dörfer um Taus, so wird in der Fülle deutscher Namen und dem Charakter der Bauern („chodische harte Dickschädel") rasch deutlich, daß eine eindeutige Stammesverwandtschaft den bayrischen Bauernsohn Baar[11] zum — allerdings tschechisch eingestellten — Heimatdichter der Choden machte. Ein erheblicher Teil der Choden ist fränkischer und bayrischer Herkunft, wie schon die Namen Kirchenberger, Thomajer, Unterwiesner lehren.

Die bisher dargelegten Umvolkungsvorgänge sind sich in doppelter Hinsicht ähnlich. Einmal handelt es sich um den Übergang von einer rasseverwandten völkischen Gruppe zur anderen. Bei Letten, Esten, Tschechen oder Deutschen ist zwar das jeweilige Mischungsverhältnis der Rassen verschieden, auf jeden Fall aber eine Verwandtschaft untereinander, die durch die rassische Affinität begründet wird, gegeben. Die erwähnten Völker und Stämme unterscheiden sich in rassischer Hinsicht nur gradweise, nicht grundsätzlich. Zum anderen nimmt der Volkstumswechsel

[10] Wie sie etwa J. Czekanowski in seinen Kombinationen von Statistik und Rassenkunde vorführt. Damit keine Mißverständnisse auftauchen: ich leugne nicht die Notwendigkeit anthropometrischer Untersuchungen. Für Geschichte und Volkswissenschaft wird die Rassenkunde jedoch erst dann voll fruchtbar, wenn sie die Auswirkung rassischer Kräfte im Leben der Völker erkennbar und bewertbar macht. Das ist wohl nur mit Hilfe eines biologischen Leistungsbegriffs möglich.

[11] Český denik v. 28. 8. 1941 teilte mit, daß der chodische Heimatforscher Baar einer bayrischen Bauernfamilie entstammt und somit eigentlich nicht tschechischer Herkunft sei. Auch andere Heimatschriftsteller der Choden sind deutscher Abstammung (Thomajer, Eixsler). Offenbar spielt schwäbische Einwanderung eine Rolle, Führer im chodischen Aufstand (16. Jh.) war u. a. Andrle (= Andreas Weiblinger aus Timiltschau); außerdem kommt der Familienname Šváb (Švábik) vor.

keinen so starken Umfang an, daß Charakter und Wesensart des Aufnahmevolks entscheidend geändert werden. Bis zu einem gewissen Grade bilden die Tschechen eine Ausnahme, doch verteilt sich die zahlenmäßig sehr bedeutende Einschmelzung von Deutschstämmigen regional, so daß einzelne Gruppen und Schichten durch blutsdeutsche Kräfte besonders angereichert wurden, während entsprechende Einschläge in anderen Stammesteilen fehlen. Die Zusiebung deutscher Kräfte zum Tschechentum ist demnach ein Problem provinzieller und stammesmäßiger Besonderung, alle Angaben über einen „durchschnittlichen" deutschen Blutsanteil (die wie alle Vermutungen schwanken) sind in der Gefahr, diese Eigentümlichkeit zu verwischen. Aus diesen beiden grundsätzlichen Hinweisen ergibt sich im übrigen als Folgerung, daß alle behandelten Umvolkungsvorgänge keine unlösbaren seelischen Konflikte hervorgerufen haben: wir beobachten zwar in der ersten und vielfach auch in der zweiten Generation der Assimilanten die für die Psychologie dieser Personen typischen Schwankungen, Unsicherheiten und Rückfälle, im Endergebnis führt jedoch die Umvolkung meist zu einer neuen inneren Harmonisierung. Ganz anders verliefen die Assimilationserscheinungen im altungarischen Raume.

*

Schon vor dem ersten Weltkriege hat die Diskussion über die Madjarisierung eine Reihe widerspruchsvoller Äußerungen hervorgebracht. Nach Trianon hat der Historiker *Szekfü* die öffentliche Meinung Ungarns zu einer kritischen Betrachtung der Assimilation erziehen wollen, ohne daß ihm dabei ein voller Erfolg beschieden war. Auf jeden Fall sind heute derartig verschiedene Auffassungen über die Madjarisierung, ihren Beginn, ihren Verlauf und ihre Ergebnisse, vorhanden, daß es notwendig ist, die Kernfragen herauszuarbeiten.

Als Schlözer seine „Nordische Geschichte" schrieb, erschien ihm Ungarn als ein vorwiegend von Slawen bewohntes Land. In seinen Spuren wandelnd hat *Herder* dann den Untergang der madjarischen Sprache als wahrscheinlich angenommen. Die josefinischen Bemühungen um die Ausbreitung einer einheitlichen Staatssprache wecken deshalb nicht bloß den Widerstand eines überlieferungsbewußten Gesellschaftskreises, sondern treffen eine völkische Adelsgruppe, die sich der fast hoffnungslosen Lage der eigenen Sprache bewußt geworden ist. Unter dem Einfluß der deutschen Romantik sieht man in der Sprache das Mittel zur Erhaltung der Nation. In einem zähen und gerade in seiner Zähigkeit bewundernswerten Kampfe vollzieht sich die Wiedereroberung der madjarischen Sprache, der sich die Führungsschicht fast völlig entfremdet hatte. Die Sprache wird fortan zu einem politicum. In ihr sieht man die Klammer für den Nationalitätenstaat Ungarn, nachdem die alte ständische Ordnung nicht mehr in der Lage war, die Einheit unter den neuen Bedingungen zu gewährleisten. Dies Ziel: der in Sprache und politischem Willen einheitliche Staat wird durch das ganze Jahrhundert hindurch mit instinktmäßiger Sicherheit und unbürgerlicher Härte festgehalten. Es ist gewiß richtig, daß in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die Freiwilligkeit bei der Madjarisierung eine bedeutende Rolle gespielt hat, gleichwohl gibt es zahlreiche Belege für Zwangsmaßnahmen, vor allem im Machtbereich der Komitate und der katholischen Kirche. In den 40er Jahren entfachen Kossuth und Graf Zay in der evangelisch-lutherischen Kirche eine heftige Unionspropaganda, die äußerlich an die Unionsprobleme des liberalen Protestantismus in Mitteleuropa erinnert. In Wirklichkeit geht es jedoch gar nicht um die Überwindung theologischer Unterschiede, die ja ohnehin nicht sehr bedeutend waren, da ja der ungarische Kalvinismus nicht viel mehr als den Namen mit der Lehre Kalvins gemein hat. Der eigentliche Sinn dieser geplanten Union, das wurde von slowakisch-lutherischer Seite richtig erkannt, war die Schaffung günstiger Voraussetzungen für eine Madjarisierung des Gesamtprotestantismus: in der Unionskirche hätte der ostmadjarische, politisch sehr aktive und Mitteleuropa gegenüber ziemlich entfremdete „Kalvinismus" zahlenmäßig das Übergewicht über die deutschen und slowakischen Lutheraner bekommen. Wie wenig Bekenntnisfragen eine Rolle spielten, sieht man u. a. auch daraus, daß aktive Politiker wie Kossuth und Zay sowie der jüdische Konvertit und Publizist Ballagi die Hauptrolle in dem ganzen Streit spielten [12]. So wirkten Bemühungen

[12] Über Ballagi einige Angaben bei H. J. Beyer, Judenchristliche Einflüsse in der Augsburgischen Kirche und ihre Bedeutung für die Geschichte der Volkstumsfrage in Mittelpolen. (Deutsche Monats-

in allen Körperschaften, die die adlige Bewegungspartei beeinflussen konnten, zusammen. Die Katastrophe des Jahres 1849 wirft die Madjarisierungsbewegung um fast zwei Jahrzehnte zurück, diese Unterbrechung rettet z. B. die Sathmarer Schwaben vor dem frühen völkischen Untergang[13]. Nach dem Ausgleich gewinnen rasch Zwangsnahmen der verschiedensten Art das Übergewicht. Der gewaltsame Eifer steigert sich mit dem Anteil der Assimilantenschicht in der Führung: Die eben assimilierten Neumadjaren sind die extremsten Befürworter einer zwangsweisen Einfügung aller Andersvolklichen. Die von rumänischer Seite veröffentlichten Geheimanweisungen[14] zeigen, daß die ungarischen Behörden einheitlich auf das Ziel der Sprach-Madjarisierung ausgerichtet sind, nachdem bis etwa 1880 die letzten Reste einer Partei der Mäßigung und Neutralität niedergerungen sind.

Immer geht es nur um die Sprache. Wer sich assimiliert, ist gleichgültig. Es kommt zwar eine gewisse Auslese dadurch zustande, daß ein Teil der Madjarisierungen vom Verhältnis Herr = Madjare, Bauer = Nichtmadjare bestimmt wird. Diese Auslese wird jedoch weniger durch Aussonderung der Leistungsstarken und Begabten, als durch Eitelkeit und Ehrgeiz (Geltungsbedürfnis im Verein mit sozialen Wünschen) ausgelöst. Ob es sich um die aus Ostgalizien einwandernden Ostjuden, um südungarische Slowaken des Békéser Gebiets, um Handel treibende Armenier oder Zinzaren, um deutsche Handwerker und Bauernsöhne oder etwa um die für die Musikkultur Budapests so wichtigen Zigeuner handelt, bleibt unwichtig. Hauptsache, daß die Zahl der Madjaren durch Sprachwechsel vermehrt wird. Bei keinem der führenden Männer finden wir eine Einsicht in den verschiedenen Wert der Assimilanten. Das liberale 19. Jahrhundert sah in Kossuth den madjarischen „Nationalhelden"; sein Kampf um die Madjarisierung kennt weder Grenzen noch Unterschiede. Die Juden waren ihm lieber als das konservative deutsche Bürgertum, das damals im ganzen Ostdeutschtum eine antisemitische Haltung einnahm[15]. Auch andere führende Madjaren des liberalen Zeitalters waren äußerst judenfreundlich[16] (auch darin dem polnischen Nationalliberalismus und Romantizismus der Schule Mickiewicz' verwandt). Die von der katholischen Erneuerung mitbestimmte Schule Szekfüs rückt den Grafen Széchényi in den Mittelpunkt: er erkennt zwar, daß Sprachwechsel noch nicht Gesinnungswandel bedeutet, dringt aber nur zur Verurteilung der Methoden der Madjarisierung vor. Von einer wirksamen und tieferen Einsicht in völkische oder rassische Lebensvorgänge kann bei ihm keine Rede sein, obwohl er in seinen deutsch geschriebenen Tagebüchern mehrfach von madjarischem Blute spricht. Vergleicht man das Gedankengut Széchényis mit den Auffassungen seiner deutschen Zeit- und Landesgenossen Eduard Glatz[17] und

hefte in Polen, VI, 1939.) Das von E. Révész, J. St. Kovács und L. Ravasz herausgegebene Sammelwerk „Hungarian Protestantism. Its past, present and future" (Budapest 1927) bezeichnet Ballagi als „ingenious and many sided", betont aber S. 48 auch, daß er nutzlose Debatten heraufbeschworen habe, bei denen es sich oft nicht um Fragen der Theologie und des Glaubens handelte. Das Sammelwerk räumt ein, daß bei der Unionsfrage nationalpolitische Absichten eine Rolle gespielt haben, verteilt aber beim Abwägen der Beweggründe die Gewichte falsch.

[13] Sepp Pfeiffer, Zur Geschichte der Madjarisierung des Sathmarer Deutschtums (Beiträge zur Kenntnis des Deutschtums in Rumänien, Bd. 5), Hermannstadt 1940, S. 47 f. (Wirken des 1857 gegen den Willen des ungarischen Episkopats eingesetzten Bischofs Michael Haas).

[14] Zenobius Pâclişanu, Der Ausrottungskampf Ungarns gegen seine nationalen Minderheiten. Bukarest 1941.

[15] H. J. Beyer, Hauptlinien einer Geschichte der ostdeutschen Volksgruppen im 19. Jh. (Historische Zeitschrift, Bd. 162, S. 529 f.).

[16] So etwa Karl Keleti, Ludwig Tolnai, Johann Vajda und sogar der seines Madjarentums bewußte Dichter Andreas Ady. Keleti sah in der ungarisch-jüdischen Mischung eine Sicherung für die Erhaltung des ungarischen Bodens, vgl. Julius von Farkas, Der Freiheitskampf des ungarischen Geistes 1867 bis 1914. Ein Kapitel aus der Geschichte der neueren ungarischen Literatur, Berlin 1940, S. 45.

[17] Eduard Glatz wird immer mehr als der bedeutendste Kopf im ungarländischen Deutschtum zwischen Romantik und Ausgleich erkannt. Es ist völlig unverständlich, daß Hans Lades, Die Nationalitätenfrage im Karpatenraum, Wien 1941, S. 117, überhaupt den Gedanken erörtert, Georg Tretter von Járy könne der Verfasser der „Deutschen Xenien aus und für Ungarn" sein. Ganz abgesehen davon, daß seit längerem die Verfasserschaft von Glatz feststeht, können aus inneren Gründen Glatz und Járy in bezug auf Bedeutung und völkischer Haltung nicht in einem Atem genannt werden!

Stephan Ludwig Roth[18], so erkennt man, daß die beiden Deutschen in diesen Fragen wesentlich klarer sehen. Eine kritische Geschichtsschreibung wird noch erweisen, daß nicht Kossuth oder Széchényi, sondern Graf Stefan Tisza der bedeutendste Staatsmann Ungarns im Jahrhundert vor Trianon war: in bezug auf die Madjarisierung huldigt er gleichfalls der Meinung, daß eine umfassende Assimilation durch die Sprache möglich und erwünscht sei.

Für den sich unter solchen Voraussetzungen entwickelnden Umvolkungsvorgang in Ungarn gibt es keinen europäischen Vergleich. Er erinnert in jeder Weise jedoch an nordamerikanische Erscheinungen, vor allem an die letzten Jahrzehnte vor dem ersten Weltkriege. Damals glaubte man in den Vereinigten Staaten, daß die demokratisch-patriotische Begeisterung genüge, um Einwanderergruppen der verschiedenartigsten ethnischen Herkunft zu amerikanisieren. *Zangwils* Buch „The Melting-Pot" gab den Namen für eine Theorie, nach der jeder Einwanderer, wenn er nur ein wenig gutwillig war, im Schmelztiegel Amerika zu einem Amerikaner in kürzester Frist gemacht werden kann[19]. Klima, Umwelt, berufliche Arbeitsleistung und demokratische Überzeugung sollten auf geradezu magische Art und Weise bewirken, daß sich die „nationality" eines „alien" wandelt. Inzwischen hat die amerikanische Soziologie eingesehen, daß die Schmelztiegel-Theorie eine große Illusion war: die 1926 erschienene Arbeit von *Henry Pratt Fairchild*, The Melting-Pot Mistake löst Zangwils enthusiastisches Machwerk ab.

Es ist nicht zu verkennen, daß das liberale Madjarentum ähnliche Vorstellungen über die Magie des Schmelztiegels Ungarn gehegt hat: Sprache, Zigeunermusik, Csardas, Kasino und früher auch „Nationalkostüm" sollten in Verbindung mit dem patriotischen Gedanken der Stephanskrone den Gesinnungs- und Volkstumswandel bei den Fremdvölkischen bewirken. Wie in Nordamerika haben die Erfahrungen des ersten Weltkriegs und der ersten Zeit nach Trianon ernüchternd, desillusionierend gewirkt. Bevor wir auf diese Zeit kritischer Erfahrungen eingehen, müssen wir einen Zusammenhang streifen, der — soweit ich sehe — im Schrifttum gänzlich übersehen wurde.

Die vorschnelle Übertragung westeuropäischer Begriffe auf ostmitteleuropäische Verhältnisse hat zur Folge gehabt, daß man die vorherrschenden politischen Strömungen Ungarns im 19. Jahrhundert als „liberal" bezeichnet. Wenn man mit *Donoso Cortés* den Liberalismus als die Ideologie der clase discutidora[20], des Bürgertums, betrachtet, so muß man ein-

[18] Roths Schrift über den Sprachkampf enthält eine Fülle auch heute noch wertvoller Einsichten und Bemerkungen hinsichtlich der Madjarisierungsfrage. Die Tiefe seiner Gedankengänge wurde in keiner späteren polemischen Schrift erreicht.

[19] Der Begriff Melting-Pot wird schon früher gebraucht. Charakteristisch ist für Zangwil, daß er von dem Schmelztiegel magische Wirkungen erwartet. H. P. Fairchild arbeitet diesen Gesichtspunkt in seiner Kritik schön heraus: „America is a Melting-Pot. Into it are being poured representatives off all the world's peoples. Within its magic confines there is being formed something that is not only uniform and homogenous but also finer than any of the separate ingredients. The nations of the world are being fused into a new and choicer nation, the United States. The figure was a clever one — picturesque, expressive, familiar, just the sort of thing to catch the popular fancy and lend itself to a thousand uses. It swept over this country and other countries like wild fire. As always, it was welcomed as a substitute for both investigation and thought." (The Melting-Pot Mistake, Boston 1926, S. 10f.) Dem entspricht eine Feststellung von J. v. Farkas, a. a. O., S. 14, über Ungarn: „Die Legende von der wunderbaren Anziehungskraft des ungarischen Bodens, von der umwandelnden Wirkung der klangvollen ungarischen Sprache, der Jókai in seinem Uj földesúr (Der neue Gutsherr), in diesem klassisch und zur Schullektüre gewordenen Roman, Rákosi in seinen unzähligen Leitartikeln dichterischen Ausdruck geben, hat niemals treuere Zuhörer gefunden." In Ungarn glaubte man an die magische Kraft des Bodens, der pseudoadeligen Lebensformen, des Kasinos, der Zigeunermusik — kurzum an die einschmelzenden Fähigkeiten einer „pannonischen Seele", die auf mystische Weise in Boden und Sprache, historischen Symbolen und Lebensgewohnheiten wirksam sein sollte.

[20] Obras escogidas de D. Juan Donoso Cortés, Marqués de Valdegamas, Madrid 1933, S. 411ff. Dieser große spanische Katholik bezeichnet zwar das Bürgertum gelegentlich als clase discutidora, legt aber offenbar auf den soziologischen Sinn seines Aperçus kein besonderes Gewicht. Wenn wir den Liberalismus allgemein mit ihm als eine Schule bezeichnen, que nunca dice „afirmo" ni „niego", y que a todo dice „distingo" (S. 414), so können wir die madjarische Nationalbewegung des 19. Jhs. nur soweit als „liberal" bezeichnen als sie die Freude an der Rhetorik in der Diskussion mit dem Liberalismus gemein hat. Abgesehen von dieser Seite, die sicher durch den großen Einfluß der Advokaten, Juraten

räumen, daß es in Ungarn kaum Liberalismus gegeben hat. Auf jeden Fall sind diejenigen Bewegungen, die sich als liberal bezeichnen, keine bürgerlichen, sondern eher bürgertumsfeindliche Bewegungen gewesen. Tragende Schicht der politischen Gesellschaft und des späteren Staates bleibt der mittlere und höhere Adel. *Julius von Farkas*[21] hat darauf aufmerksam gemacht, daß das assimilationsfreudige „liberale" Zeitalter sich über jeden ostjüdischen Krämer, jeden Armenier, überhaupt jeden Fremdstämmigen, der sich „der allein seligmachenden madjarischen Nation" anschloß, freute, während es gleichzeitig das madjarische Bauerntum vernachlässigte. Er formuliert diesen Zusammenhang in den folgenden Wendungen, die die Möglichkeit einer Fehldeutung nicht ausschließen: „Bis zum Jahre 1900, sogar bis zum Weltkriege, mit einem Wort, während des halben Jahrhunderts der Rechtsgleichheit finden wir in den leitenden Stellungen des ungarischen öffentlichen Lebens keinen einzigen hervorragenden ungarischen Bauern- oder Kleinhandwerkersprößling (zur selben Zeit, als aus den Nachkömmlingen von deutschen Bauern und armen jüdischen Dorfkrämern Minister, Staatssekretäre, katholische Bischöfe, mächtige Publizisten und Universitätsprofessoren wurden). Diese Tatsache ist die schwerste Kritik der Zeit: an dem Aufbau und Werden des neuen Ungarns nahmen die Millionen von Bauern, die die überwiegende Mehrheit des historischen Ungartums ausmachten, keinen Anteil, weil sie eben keinen Anteil daran nehmen konnten. Der Grund dafür war sicherlich nicht der natürliche Zusammenbruch der ungarischen rassischen Kraft, sondern zum großen Teil die Abneigung der liberalen Regierung gegen eine wirklich völkische Politik." Mit der Magnetnadel der wissenschaftlichen Wahrheitsforschung lassen sich hier nach zwei Seiten Ausschläge feststellen: Einmal lassen sich vorhandene Begabungen — etwa der madjarischen Unterschicht — nicht vernichten, sondern nur umlenken. Wenn sie in stärkerem Maße vorhanden gewesen wären, hätten sie in irgendeiner Form auftauchen müssen — etwa in einer eigenständigen Landvolkbewegung wie bei Polen, Ukrainern oder Tschechen oder in anderer Weise. Das ist jedoch nicht der Fall: Ungarn kennt zwar Landarbeiterunruhen im Alföld, nicht aber eine stärkere bäuerliche Standesbewegung. Zum anderen entspringt die Vernachlässigung des Bauerntums nicht so sehr der liberalen Theorie (die sich in Ungarn ohnehin nur schwach ausbildet), sondern dem Interesse des Großbesitzes. Zwischen Großbesitz und Assimilation besteht ein innerer Zusammenhang, der sich streng formulieren läßt.

Die ungarische Agrarverfassung hat während des ganzen 19. Jahrhunderts nur geringe Änderungen erlebt. Die Reform von 1848 beschränkte sich auf eine teilweise Rechtsreform. Alle späteren bodenpolitischen Bewegungen sind bis zum Zusammenbruch und dem Experiment der Oktoberrevolution (Volksgesetz Barna Buzas) gescheitert; auch nach 1919 verlief die agrarpolitische Entwicklung bekanntlich überaus konservativ. Die Betriebsstatistik von 1895 ergab, daß 1,3 Millionen Zwergwirte zusammen nur 1,2 Millionen Hektar, also durchschnittlich je nicht ganz 1 Hektar, bewirtschafteten. Die 3768 Großbetriebe über 1000 Kastraljoch besaßen mehr als das Fünffache an Land. Der Anteil dieser wenigen Großbesitzer an der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche (ausgenommen Wald- und Weidewirtschaften) betrug 32,29 v. H. Verfolgt man die Berichte über verschiedene Fachtagungen und Parlamentsdebatten, so erkennt man unschwer, daß der politisch herrschende Großbesitz jede bodenpolitische Änderung verhinderte, er war nicht einmal einheitlich bereit, eine nationalpolitische Grenzsiedlung zu fördern. Einen Zusammenhang von Agrarverfassung und Bevölkerungspolitik, wie er durch die Arbeiten *G. Ipsens* eindrucksvoll unterstrichen wurde, sah er nicht. Der Boden war eine Angelegenheit der Produktion und des Kapitals, außerdem eine Quelle politischer Macht. Wenn die Juden zu Beginn des Weltkrieges mehr als 2 Millionen Joch besaßen und weitere 3,5 Millionen „gebundenen" Besitzes infolge Pacht kontrollierten, so war das im kapitalistischen Denken durchaus in Ordnung. Wenn die starre Aufrechterhaltung der alten feudalen Agrarverfassung die Proletarisierung des Madjarentums (1910: 51,1 v. H. Pro-

---

und sonstigen Juristen mitbedingt ist, kann ich weder in den Beweggründen noch in den Zielen aller Schattierungen des madjarischen „Liberalismus" in nennenswertem Umfange liberale Gedankengänge und Verhaltungsweisen entdecken.

[21] J. von Farkas, a. a. O., S. 16.

letarier!) zur Folge hatte, so konnte das die Führungsschicht kaum zu einem Kurswechsel veranlassen. Die Auswanderung, die allein von 1899—1913 rund 1 200 000 Menschen, davon 33 v. H. Madjaren, aus dem Lande führte, erschien als ein natürliches Ventil, aus dem der gefährliche Dampf des Bevölkerungsdrucks entweichen konnte. Bei dem starken Einfluß, den das Denken in nationalpolitischen Zahlen bei den Madjaren stets in neuerer Zeit gehabt hat, darf man nicht annehmen, daß dieser Abfluß die führende Schicht nicht beunruhigte. Sie fand jedoch in den angeblichen Erfolgen der Assimilation einen Ausgleich. Mochten Hunderttausende madjarischer, slowakischer, rumänischer oder deutscher Bauern das Land verlassen, um dem Schicksal gänzlicher Proletarisierung zu entgehen, in den Neumadjaren der Städte fand man Ersatz. Im Budapester Parlament beruhigte sich ein ungarischer Ministerpräsident über den Auswanderungsverlust mit dem Gedanken, daß die Einwanderung der Ostjuden das Gleichgewicht herstelle. Zusammenfassend erkennen wir, daß zwischen der Agrarverfassung des feudalen Ungarn und der Assimilationspolitik ein bestimmtes Verhältnis besteht: Der politisch herrschende Großbesitz bewahrt seinen Besitzstand vollständig dadurch, daß er statt der durch die agrarische Überbevölkerung gegebenen Bevölkerungsfrage eine andere Volkstumsfrage zu lösen versucht: Die Einschmelzung der Fremdstämmigen, vor allem der fremden Zuwanderer in die Städte. Es handelt sich hier nicht bloß darum, daß die führende Schicht sich ein Alibi vor der Gesamtnation schafft, sie ist vielmehr fest davon überzeugt, daß die völkische Frage ohne revolutionäre Änderungen rascher und gründlicher durch Assimilation zu lösen ist als durch eine grundlegende Wandlung der Agrarstruktur. Diese Haltung des Großbesitzes ist im übrigen keine ausschließlich ungarische Eigentümlichkeit: ganz allgemein kann man in den Grenzgebieten beobachten, daß der Großgrundbesitz eher als das gehobene Bauerntum bereit ist, sich völkischen Notwendigkeiten zu entziehen. Erinnert sei an die massenweise Beschäftigung polnischer Landarbeiter auf den ostdeutschen Gütern der wilhelminischen Epoche; ihr Ergebnis war die Einfügung so mancher minderwertigen polnischen Sippe in den deutschen Volkskörper Pommerns, Westpreußens und anderer Gebiete. Eine spätere Forschung wird erst genauer zeigen können, wie stark diese an sich unerwünschten Sippen für allerlei moralische Mißstände — vom dorfüblichen Vergehen bis zur Korruption — verantwortlich zu machen sind [22].

Die bisherige Erörterung der Madjarisierung hatte zur Feststellung geführt, daß sie im wesentlichen in einem Sprachwechsel besteht, dem sich Personen der verschiedenartigsten Herkunft, Gesinnungslage und Begabungen unterziehen. Das erklärt z. T. die Ergebnisse dieses einzigartigen Vorgangs, die in drei Richtungen kurz behandelt werden sollen.

An Hand einer Liste führender Persönlichkeiten Ungarns läßt sich eine eigentümliche Beobachtung machen [23]. Keinem führenden Mann im Assimilationszeitalter gelingt es, das begonnene Werk erfolgreich, d. h. mit einer Synthese, abzuschließen. Széchényi endet im Irrenhaus; die Wertschätzung, die er heute in Ungarn genießt, steht in keinem sachgerechten Verhältnis zu seinen tatsächlichen Leistungen. Kossuth ist wie ein Meteor aufgestiegen und ebenso urplötzlich verlöscht. Seine Politik überschreitet die Grenze des Abenteuers, erst außerhalb der Heimat wird er zu einer echten politischen Integrationskraft als — Symbol. Stephan Tisza belastet seine eigene Politik durch einen fast krankhaften Starrsinn auf dem Gebiete der Bauern-, Arbeiter- und Volkstumsfrage. Er stellt sich schließlich trotz Warnung in einer wohl nicht vom kalvinischen Erwählungsglauben, sondern von krampfhafter Übersteigerung begreifbaren heroischen Haltung den Kugeln der Revolutionäre. Im Handeln von Eötvös ist eine pessimistische Schwermut zu finden, der dem Enthusiasmus der Zeit nicht entspricht. Das Leben der bedeutenden Künstler und Wissenschaftler Petőfi, Madách, E. Rákosi, E. Péterfy, Munkácsy, J. Bólyai verläuft tragisch oder doch nur knapp an einer tragischen Katastrophe vorbei. Es ist versucht worden, diese und ähnliche Beob-

[22] Die nicht ungefährliche „Verschlackung" des westdeutschen Volkskörpers streife ich in dem unter Anm. 4 genannten Buche über die Polen (Abschnitt „Ruhrpolentum").

[23] Ich habe von ihr bereits in einer längeren Kritik an Farkas gesprochen und verweise auf sie, obwohl es sich insgesamt nur um bruchstückweise Feststellungen handeln kann: „Auslese und Assimilation. Völkerpsychologische Bemerkungen zur Umvolkungsfrage, zugleich eine Auseinandersetzung mit J. von Farkas." (Deutsche Monatshefte, 1941, S. 407—419).

achtungen aus dem Zusammenhang von Genie und Irrsinn zu begreifen[24]. Diese Versuche dürften fehlgehen. Psychologisch glaubwürdiger ist eine Erklärung, die davon ausgeht, daß alle genannten Personen aus Mischehen stammen und zuweilen zusätzlich noch seelische Umvolkungsvorgänge erlebt haben. Man hat den Eindruck, daß in ihren Seelen verschiedenartige, nicht harmonisierbare Erbanlagen vorhanden waren: dies Gegen- und Nebeneinander wirkte sich dann entweder in einer ausgesprochenen Zerrissenheit in Haltung und Denken oder aber in einem gewaltsamen Schein-Ausgleich der Kräfte (so bei Kossuth) aus. Wenn bei Kossuth slowakische, deutsche und madjarische Erbanlagen sowie eine betont nationalistische madjarische Gesinnung aufzufinden sind, so bedeutet das, daß zwei — in einer Generation nicht ausgleichbare — Gegensätze vorhanden waren: einmal madjarische Gesinnung und überwiegend von Slowaken und Deutschen bestimmtes Rassengut, zum anderen ein rassischer Einschlag von madjarischer Seite im Gefüge des deutsch-slowakischen Erbes. Wenn Széchényi in seinen Tagebüchern oft von der „mageren" oder „zusammengesauerten" madjarischen Nation spricht, sie als „schwachmatisch" bezeichnet, so mag das eine individuelle Form der Selbstkritik sein — im Zusammenhang mit der ungewöhnlichen Häufigkeit des Umschlags in seinem Denken und Fühlen kann man jedoch eher das zwiespältige Erbe, das in ihm wirkte, dafür verantwortlich machen: die madjarischen und kroatischen Blutströme sowie die rein deutschen kulturellen Kräfte, die seine Wesenheit geformt haben. In einzelnen Zügen erinnert er an den „Litauer" Pilsudski (mit baltendeutschem Blutseinschlag) in seiner kritischen Haltung gegenüber den polnischen „Stinkböcken"; die temperamentsmäßigen und geistigen Unterschiede zwischen beiden scheinen das Ergebnis gesellschaftlicher Erziehung zu sein. Die europäische Psychologie ist infolge ihrer einseitigen Bindungen an Individualprobleme und technisch bestimmte Methoden an den hier angedeuteten Fragen bisher kaum interessiert gewesen und hat vor allem den Komplex der „Gesinnung" nicht untersucht, so daß wir uns mit diesen Hinweisen begnügen müssen und wollen[25].

Man könnte einwenden, daß die oben aufgeführte Liste das Ergebnis eines Zufalls sei. Die Gründe für den tragischen Verlauf der Lebenskurven seien eher in Krankheitserscheinungen zu suchen, die überhaupt im Ungarn des 19. Jahrhunderts nach *Farkas* eine bedeutende Rolle gespielt haben. Man würde diesem Einwand Rechnung tragen, wenn nicht mit den erörterten Zersetzungserscheinungen in der Elite ein Vorgang in den Massen und eine Wandlung in den charakterologischen Selbstdeutungen korrespondieren würde.

Als Vorgang in den Massen ist die Dissimilation anzusehen. Nachdem *Szekfü* in einigen Aufsehen erregenden Aufsätzen auf gewisse Erscheinungen im Abstammungsdeutschtum Ungarns hingewiesen hat, ist vielfach der Eindruck entstanden, als ob es sich bei der „Dissimilation" um eine völlig neue Bewegung handle, die man als Folge der Aktivierung des volksdeutschen Selbstbehauptungswillens ansehen müsse. Diese Meinung ist in doppelter Weise unrichtig. Zunächst: die sog. Dissimilation ist kein selbständiger Vorgang, sondern die Wiederauflösung des Assimilationsprozesses. Zum anderen: sie tritt nicht erst in der neuesten Zeit als Ergebnis volksdeutscher Besinnung auf, sondern entwickelte sich unmittelbar nach Trianon; in den Ansätzen war sie sogar bereits von etwa 1905 an zu studieren. In den von Ungarn abgetrennten Gebieten nahm sie bei Deutschen, Rumänen, Serben, Kroaten und Slowaken von 1919 ab größeren Umfang an. Das Sathmarer Schwabentum ist wohl das lehrhafteste Beispiel. Bei einem Teil der ungarländischen Ukrainer erfolgte sie in der besonderen Form eines stark konfessionell bestimmten Rusniaken-Bewußtseins. Es wird von einsichtigen madjarischen Forschern heute zugegeben, daß der z. T. katastrophale Rückgang des Madjarentums in den Statistiken der Nachfolgestaaten nicht allein auf Abwanderung, Verdrängung oder Fälschungen zurückzuführen ist. Überall spielte die Dissimilation eine hervorragende Rolle. Sie wurde in ihrer zahlenmäßigen Auswirkung dadurch verstärkt, daß das bei Beginn des ersten Weltkrieges äußer-

[24] So H. von Szirmay-Pulszky, Genie und Irrsinn im ungarischen Geistesleben, München 1935.

[25] Bemerkenswert ist jedoch in methodischer Hinsicht R. Beck, Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel (Schriftenreihe der Stadt der Auslandsdeutschen, hrsg. von H. J. Beyer), Stuttgart 1938. Der Rückgriff auf die Psychologie von William McDougall, der bei Beck z. T. vorliegt, befriedigt allerdings auch nicht ganz.

lich angeglichene Judentum die bisherige Schutzfarbe wechselte und trotz Weiterbestehens gewisser Sympathien für Ungarn eine Umorientierung vollzog. Wenn die Zahl der Madjaren in der Slowakei der Statistik nach von 1910—1921 um 160 000 zurückging und bis 1930 um weitere 62 000 sank, so ist dieser Rückgang weder mit der Abwanderung nach Ungarn noch mit der Umorientierung der Juden zu erklären. In Siebenbürgen, im Banat, in der Woiwodina, in Kroatien-Slawonien, in der Karpatenukraine und allen übrigen Grenzstrichen verlor das Madjarentum nicht bloß den Überschuß der Geburten über die Todesfälle und die Abwanderungszahlen, sondern darüber hinaus noch Zehntausende von ehemaligen Gesinnungsmadjaren. Es ist im einzelnen schwierig, das Ausmaß des Dissimilationsverlustes genau zu ermitteln. Schon die Unsicherheit, die sich aus der statistischen Zurechnung der madjaronisch bleibenden Juden ergibt, macht das fast unmöglich. Insgesamt darf aber angenommen werden, daß dem Madjarentum 1. der gesamte Geburtenüberschuß seit 1919 in den abgetretenen Gebieten und 2. eine weitere Anzahl von etwa 300 000 arischen Menschen rechnerisch verlorengegangen ist[26]. Wieweit die Dissimilation im Trianon-Ungarn zahlenmäßig von Bedeutung war, läßt sich nicht schätzen; Beobachtungen im Lande lehren, daß übertriebene Vorstellungen unberechtigt sind. Gleichwohl muß die Dissimilation insgesamt als eine bedeutsame Erscheinung im madjarischen Sprach- und Gesinnungskreis angesehen werden.

Am Beispiel eines (ursprünglich rein deutschen) Ortes läßt sich die Struktur der dissimilatorischen Umwandlung aufzeigen. In Deta gab es 1910 der Statistik nach 900 Madjaren. Von diesen bekennen sich nach einer madjarischen Untersuchung noch 302 zu der alten Sprach- und Gesinnungsgemeinschaft. 60 Personen sind nach Ungarn abgewandert, 436 betonen jetzt wieder ihre deutsche Volkszugehörigkeit, und 104 distanzieren sich, vorsichtig abwartend, als Juden. Von den Bekenntnismadjaren des Jahres 1910 blieben somit nur 40 v. H., wobei zu beachten ist, daß immer noch fast ein Viertel nichtmadjarische Familiennamen trägt. Es sind also nicht alle Assimilationsgewinne verlorengegangen.

Hatten wir bisher die Ergebnisse der Madjarisierung hinsichtlich gewisser Zerfallserscheinungen und ihrer Beständigkeit in den Massen der Grenzlande erörtert, so müssen wir noch einige Worte bezüglich *charakterologischer* Fragen anfügen.

Die deutsche Völkerpsychologie ist im Gefolge der nur an den „Naturvölkern" interessierten Völkerkunde in einige Dschungelwege geraten, aus denen sie bisher kaum herausfand. Der vergebliche Vorstoß *W. Wundts* zu einer Art „allgemeiner Teil" der Völkerpsychologie und die jüdische Überfremdung trugen nicht dazu bei, diese gerade heute besonders wichtige Disziplin auf gesunde Grundlagen zu stellen. Wohl nur so ist es zu verstehen, daß derartig grundstürzende Umwandlungen wie die Madjarisierung von den Völkerpsychologen nicht zur Kenntnis genommen wurden. Es kann kein Zweifel darüber sein, daß zwischen dem madjarischen Volke vor und nach der Umvolkungszeit rassisch erhebliche Unterschiede bestehen. Diese müssen sich natürlich auch im Charakter auswirken. Gewisse Strömungen der ungarischen Kulturphilosophie[27] sind heute geneigt, den *Typ des „ruhelosen Wanderers"* als kennzeichnend für den Nationalcharakter anzusehen. Diese madjarische Selbstdeutung wird zwar in die Geschichte — bis zur Frühzeit an den Wolga-Ufern! — hineinprojiziert, ist jedoch — soweit ich sehe — in der Geschichte nicht zu belegen. Sie muß im wesentlichen als Spiegel der Gegenwart angesehen werden, als der Reflex eines Volkstums, das im Zeitalter eines un-

[26] Einzelne Zahlenangaben finden sich bei E. A. Macartney, Hungary and her successors, London 1937, S. 78ff., 188f., 203f., 253, 362f., 381ff. und 490. Macartney unterschätzt die Größe der „de-Magyarization" wohl etwas, wenn er über sie schreibt: „This process has, however, chiefly affected ‚third-party' minorities, notably Jews and Suabians" (S. 490). Bemerkenswert ist, daß Macartney, dessen ungarnfreundliche Einstellung bekannt ist, die Madjarisierung im ganzen als gescheitert ansieht: „A hundred years ago began the movement which evolved into the attempt by the Magyars to create of Hungary a Magyar national State. Looking back we may say that in this or that particular she was unlucky, that, give more time, she might have made more progress. But the conditions were actually more favourable than not, and the fact remains that she failed." (S. 495.)

[27] Vgl. dazu D. von Kereszturi, Zur Charakterologie des Ungartums (Ungarische Jahrbücher, XVII, S. 267ff.).

geregelten und massenhaften Assimilationsvorganges nicht zu einer Integration, zu einer harmonischen Verschmelzung der verschiedensten Kräfte gelangen konnte.

Die verschiedenen Erscheinungen, die wir bei der nach drei Richtungen erfolgten Erörterung des Madjarisierungsvorgangs beobachten konnten, finden ihre Erklärung vorwiegend auf der rassischen Ebene.

Die neuere Anthropologie Ungarns neigt dazu, die rassesystematischen Vorstellungen noch weiter zu differenzieren. Wir tun gut, auf das so entstehende, ziemlich verwirrende Mosaikbild nicht einzugehen. Für unsere Zwecke genügt die Erkenntnis, daß die nach Europa vordringenden Altmadjaren aus zwei Haupttypen — Osteuropiden und Vertretern einer kaukasisch-mongolischen Mischrasse — bestanden und im Laufe der nächsten Jahrhunderte durch Einschmelzung der verschiedensten Turkstämme (Kabaren, Petschenegen, Chalisier, Kumanen) in ihrer mitteleuropafremden Rassenart verstärkt wurden. Vor dem Beginn des Assimilationszeitalters wog ein Typ vor, der rassisch gegenüber den meisten Nachbarvölkern eine sehr geringe Affinität aufwies. Vielleicht ist es kennzeichnend, daß die Einschmelzung der Armenier rasch und fugenlos gelang, während bei allen anderen Volksgruppen trotz mehr als hundertjähriger Einwirkung Dissimilationen häufig sind. Der Publizist *Michael Kerek* hatte völlig recht, wenn er am 27. August 1937 schrieb: „Wir sind ein völlig unausgeglichenes Volk, nicht nur auf sozialem Gebiete, sondern auch in unserer völkischen Individualität. Die vielartige rassische Vermischung hat sich noch nicht ganz ausgeglichen." [28] Bei der Madjarisierung sollten rassische Kräfte miteinander verschmolzen werden, die sich nicht harmonisch verschmelzen lassen. Die fehlende Harmonisierung ist der letzte Grund für jene Zersetzungs- und Zerfallserscheinungen in der Elite, für die Dissimilation und für die erwähnten charakterologischen Selbstdeutungen.

*

Die große, ja überragende Bedeutung der Rasse im Umvolkungsvorgang läßt sich nicht bloß am negativen Beispiel der Madjarisierung erweisen. Wir kennen Assimilationserscheinungen, bei denen die rassischen Kräfte ganz deutlich als retardierendes Moment die innere Entwicklung bestimmten. Überaus interessant ist in dieser Beziehung die Geschichte der sog. „Walddeutschen" [29].

Diese sog. Głuchoniemcy sind Nachkommen jener mittelalterlichen Siedler, die von Schlesien aus nach Westgalizien zogen. In anthropologischer Hinsicht unterscheiden sie sich bemerkenswert von ihrer polnischen, goralischen und westukrainischen Umwelt. Bei Untersuchungen [30] in einzelnen Dörfern ergab sich, daß bei den meisten der nordische Typ vorwiegt. Nur in Biały Dunajec, Szufnarowa und dem Badeort Iwonicz sind andere Rasseneinschläge bestimmend; bei dem im bisherigen Schrifttum stark beachteten Iwonicz handelt es sich dabei um eigenartige orientalische Züge und alpin-osteuropide Mischtypen. Vermutlich ist hier eine Einwirkung tatarischer Blutsströme zu berücksichtigen. In leistungsmäßiger Hinsicht stellen die vorwiegend nordischen „Walddeutschen" ein bemerkenswertes Begabungszentrum im polnischen Volksraum dar. Aus Haczów, einem Bauerndorf mit 1565 Hektar Ackerfläche, gingen 326 Personen hervor, die man zur „Intelligenz", im weitesten Sinne des Wortes, rechnen muß, unter ihnen befanden sich mehrere höhere Militärs und Beamte. Dem durch seine schöne Holzkirche bekannten Kombornia entstammen allein 40 Geistliche und mehrere Universitätsprofessoren. Im Amerikapolentum spielen Personen „walddeutscher" Herkunft eine große Rolle.

Bei Ausbruch des zweiten Weltkrieges mußten diese Głuchoniemcy in sprachlicher Hinsicht als poloniſiert, kleinere Teile als goraliſiert oder ukrainiſiert bezeichnet werden. Ihre rassische

[28] Aufsatz in „Magyarság", vgl. „Volkstum im Südosten", 1939, S. 202.

[29] Die für diesen Abschnitt in Frage kommende Literatur ist bei H. J. Beyer, Das Schicksal der Polen, Leipzig 1942, zitiert. Die Angaben über angebliche „schwedische" Siedlungen im Protektorat finden sich bei P. M. Hebbe, Svenskarna i Böhmen och Mähren. Studier i Tjeckisk folktradition och litteratur, Uppsala 1932, S. 135ff. Auch hier zeigt es sich, daß es sich um ausschließlich deutsche Orte handelt, in denen vielleicht dieser oder jener Angehörige der schwedischen Armeen seßhaft wurde. Den psychologischen Gründen für das Entstehen der böhmischen Schwedenlegende geht Hebbe leider nicht nach.

[30] Sie wurden von Dr. Rübel-Köln, Dr. Kurtz-Krakau, F. Fuhr-Krakau und dem Verfasser durchgeführt. Sie konnten bisher wegen des Osteinsatzes der Teilnehmer nicht veröffentlicht werden.

Eigenart war trotz der jahrhundertelangen Berührung mit andersgearteten Nachbarn weitgehend bewahrt worden. In begabungsmäßiger Hinsicht belegen sie die Überlegenheit des deutschen Erbes. Ihre Gesinnungsgeschichte lehrt, daß eine restlose seelische Verschmelzung mit dem Polentum nicht erfolgt ist. Kennzeichnend dafür ist die Meinung, die man in einigen Dörfern findet, daß die Bewohner schwedischer Herkunft seien.

Daß es sich bei der Behauptung, die Einwohner von Haczów, Klimkówka, Binarowa, Iwonicz, Odrzykon, Korczyna und anderen Orten der Umgebung seien schwedischer Herkunft, um eine Legende handelt, braucht nicht erst umständlich erwiesen werden. Im Rahmen der schwedisch-polnischen Beziehungen könnten theoretisch von der Zeit des ersten Nordischen Krieges an Schweden nach Polen als Ansiedler (u. U. als zurückbleibende Kriegsgefangene) gekommen sein, früher jedenfalls nicht. Alle in Rede stehenden Siedlungen sind jedoch wesentlich älter und zumeist als deutsche Gründungen belegt. Von einer Seßhaftmachung von Kriegsgefangenen nach dem ersten oder dem zweiten Nordischen Kriege ist nichts bekannt, obwohl wir über das Schicksal der schwedischen Kriegsgefangenen in Polen und vor allem in Rußland z. T. sehr gut unterrichtet sind. Fragt man in Haczów einen Vertreter der Dorfintelligenz nach Beweisen für die schwedische Abstammung, so wird einmal auf die Familiennamen, zum anderen auf historische Quellen verwiesen, die ein polnischer Heimatforscher gesammelt haben soll. Diese Quellen wurden niemals veröffentlicht — weil es sie nicht gibt. Nachdem Sven Hedin 1915 über einen Besuch im Gebiet der sog. *Szwedy* in Schweden berichtet hat[31], bestand auch für die schwedische Forschung die Möglichkeit, der Herkunftsfrage nachzugehen. Das Ergebnis ist ebensowenig positiv wie in der deutschen und in der ernsten polnischen Forschung. Die heute in den Dörfern vorkommenden Familiennamen lassen sich zumeist lange vor dem ersten Nordischen Krieg belegen. Daß sie eindeutig deutschen Charakter tragen, läßt sich kaum bezweifeln: Ekiert, Folta, Kielar, Pennar, Pojnar, Rozembajger, Szuba, Szuber, Szyndlar und andere mehr. Als „typisch schwedisch" werden gerne Aszklar, Jaślar, Kielar, Materna, Matusz, Pennar, Pojnar und Remar bezeichnet. Die meisten dieser Namen sind gleichfalls schon im 16. Jahrhundert und früher in Westgalizien als deutsche Siedlernamen belegbar. Nur in einzelnen Fällen weisen schwedische Namensbücher Entsprechungen auf, dabei handelt es sich ausnahmslos um gemeingermanische oder kirchliche Formen.

Bei dieser Sachlage ist die Frage von Bedeutung, wann und aus welchen Gründen die Schweden-Legende entstanden ist. 1852 behauptet *Stupnicki* als erster, daß die Bewohner von 4 Dörfern von schwedischen Kriegsgefangenen abstammen. Drei Jahrzehnte später erscheint die Vermutung Stupnickis bereits als historische Feststellung im Słownik Geograficzny. Von da an taucht immer häufiger die These auf, daß es sich bei den Głuchoniemcy um Schwedenstämmige handelt; insgesamt werden etwa 20 Dörfer erwähnt, während ursprünglich nur 3 oder 4 Orte als „schwedisch" galten[32]. Wir wissen nun, daß die Polonisierung des mittelalterlichen Deutschtums in Westgalizien nicht im 17., sondern frühestens im 18., teilweise sogar erst im 19. Jahrhundert erfolgt ist[33]. Auf jeden Fall kannte ein Teil der „Walddeutschen" in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch die deutsche Sprache.

[31] Sven Hedin, Kriget mot Rysland, minnen från fronten i Öster, Stockholm 1915, S. 650.

[32] Stupnicki, Das Königreich Galizien und Lodomerien samt dem Großherzogtum Bukowina, 1852 und Słownik Geograficzny (1880—1902). — Kurz seien die Tatsachen in Erinnerung gebracht: Fr. Smolka kämpft, vor allem seit 1848, für eine Sonderstellung Galiziens im polnischen Sinne. Er stößt nicht nur auf den Widerstand Stadions, sondern auch eines Teils des polnischen Hochadels, der unter Führung von Agenor Gołuchowski die Vorstöße der Radikalen für verfrüht hält Der judenstämmige Gesinnungspole W. Feldman wirft Gołuchowski Volksverrat vor (Dzieje polskiej mysli politycznej 1864—1914, Warschau 1933, S. 53), ohne Zweifel zu Unrecht. Immerhin ist zu beachten, daß Gołuchowski als Statthalter (22. 11. 1848 als Nachfolger des erst am 30. 7. 1848 beauftragten Zaleski) zunächst sehr vorsichtig ans Werk ging. Nach seiner Ernennung zum Innenminister der Gesamtmonarchie (17. 5. 1859) verfolgte er die nationalpolnische Linie weit offener; mit ihm beginnt ja die Polonisierung des galizischen Schulwesens. Vom Standpunkte der Smolka-Partei aus war also in den 50er Jahren die Gefahr einer deutschen Landespolitik im Sinne Stadions nicht gebannt. Auf diesem Hintergrund ist Stupnickis Werk zu sehen.

[33] K. Lück, Der Mythos vom Deutschen in der polnischen Volksüberlieferung und Literatur, Plauen 1938, S. 246, und H. J. Beyer, Auslese und Assimilation, a. a. O., S. 415.

Darüber hinaus hatte ein weit größerer Teil ein Empfinden dafür, daß die eigenen Ahnen nicht Polen waren. Noch heute sieht der Haczówer „Schwede" in dem echten Polen einen „Tataren"! Unbewußt war also die ursprüngliche Art, die sich auch in der spezifischen Leistung offenbarte, noch lebendig. Hier waren und sind rassische Kräfte wirksam, obwohl die sprachliche und die gesinnungsmäßige Umvolkung als abgeschlossen gelten muß. Es darf angenommen werden, daß die polnische Nationalbewegung, die um die Jahrhundertmitte an die Sicherung ihrer Herrschaft in Galizien dachte, diesen seelischen Zustand zur Kenntnis genommen hat. Sie gab deshalb dem besonderen Stammes- und Rassebewußtsein der Głuchoniemcy eine Deutung, die den politischen Interessen des Polentums entsprach.

Hätte die gesellschaftlich und später auch politisch-administrativ führende Schicht Galiziens zugegeben, daß es sich bei den Dörfern um Tarnów, Krosno und Łańcut um Siedlungen deutschen Ursprungs handelte, so hätte das vielleicht diejenigen Kreise der österreichischen Zentralregierung, die an Deutschtumsfragen interessiert waren, veranlaßt, das dahindämmernde schwache und wenig klare Volksbewußtsein dieser Menschen zu wecken. *Stupnicki* hat vermutlich sein Material während der Statthalterschaft des Grafen Stadion in Galizien gesammelt, d. h. während der Tätigkeit eines der begabtesten höheren österreichischen Verwaltungsbeamten, der an die Volkstumsprobleme nicht von altständischen, sondern von modernen Grundüberzeugungen heranging. Nach dem Weggang Stadions' setzt sich zwar der polnische Hochadel durch, immerhin kommt es nochmals zu einem Kurswechsel in der Ära Schmerling. Die Gefahr, daß die Wiener Behörden und ihre Lemberger Organe untergegangenes und untergehendes Deutschtum entdecken könnten, ließ sich am besten dadurch bannen, daß man die Legende von den schwedischen Kriegsgefangenen erfand. Sie bot sich deshalb ganz natürlich an, weil die Schweden in ganz Ostmitteleuropa in Sagen, Sprichwörtern, volkstümlichen Erzählungen und Flurnamen ungewöhnlich häufig auftreten. Diese „schwedische" Ablenkung entsprach im übrigen dem Instinkt, den das Polentum im Volkstumskampf stets bewiesen hat. Erinnert sei an die nicht völlig erfolglosen Versuche, die Masse der Ukrainer und Weißruthenen in Ukrainer, Weißruthenen, Ruthenen, „Hiesige" (Tutejszy) und Lemken aufzugliedern. Der ukrainische Volksstamm der Lemken wurde zwar in den allgemeinen Statistiken nicht gesondert ausgewiesen, weil man ihn praktisch bereits dem polnischen Konto zuschrieb; in der Sphäre der Verwaltung pflegte man ihn jedoch als besondere Einheit, begünstigte seine kirchliche Aufsplitterung, verbreitete eine lemkische Zeitung und führte ab 1933 in den Volksschulen statt der ukrainischen Hochsprache die lemkische Mundart als Unterrichtssprache ein.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Trotz der langfristigen Entfremdung zwischen dem deutsch-schlesischen Muttervolkstum und den „Walddeutschen" ist die Polonisierung über den Sprach- und Bewußtseinswandel nur wenig hinausgekommen. Der verhältnismäßig starke Unterschied zwischen dem überwiegend nordischen Rassentyp der Głuchoniemcy und dem alpinen Typ (mit gewissen orientalischen Einschlägen tatarischer Herkunft) der westgalizischen Polen wurde noch bis in die Gegenwart hinein von einem Teil dieser Nachkommen mittelalterlich deutscher Siedlungen deutlich empfunden. Das Dorf Haczów hat sich z. B. immer als etwas Besonderes gefühlt und demgemäß auch in der regionalistischen Bewegung des ehemaligen Polen eine Rolle gespielt. Die Schweden-Legende schnitt, psychologisch gesehen, die Möglichkeiten, zwischen dem (sonst bei den polnischen Bauern nahezu unbekannten) Heimatstolz sowie dem rassisch-leistungsmäßig bedingten Bewußtsein besonderer Eigenart und der volksdeutschen Tradition eine Verbindung herzustellen, in geschickter Weise ab. Der wohl bewußt propagierte, von der katholischen Geistlichkeit nachweisbar immer wieder „begründete" Begriff „Szwedy" stellt also eine Bewußtseinsablenkung dar, die zu einer Trübung des völkischen und stammlichen Selbstbewußtseins führen sollte und geführt hat. Daß diese Legende jedoch notwendig wurde, erklärt sich m. E. daraus, daß trotz sprachlicher und gesinnungsmäßiger Polonisierung die rassischen Kräfte weiterhin wirksam geblieben waren. Die polnische Nationalbewegung hatte ein feines Empfinden dafür, daß die Umvolkung trotz allen erzielten Erfolgen auf der Ebene des Bewußtseins — abgesehen von einigen Dörfern mit starker Durchmischung — innerlich nicht abgeschlossen war.

Diese Entwicklung erklärt auch, warum man im walddeutschen Gebiet mit einer individuellen Namensanalyse allein volkswissenschaftlich nicht weiterkommt. Man muß die durch geschicht-

liche Belege bekannten Dörfer zunächst als territoriale Einheiten betrachten, die sich als Ganzes von den echt polnischen Dörfern unterscheiden. Die typischen walddeutschen Familiennamen geben dann einen Hinweis auf Zugehörigkeit zum deutschen Abstammungskreis — einen Hinweis, nicht mehr. Ein Bielecki in Haczów kann dem blutmäßigen Erbe nach in stärkerem Maße deutschstämmig sein als ein Inglot, dessen Vorfahren vielleicht Ehen mit tatarisch-polnischen Frauen eingegangen sind. Endgültige Klärung kann somit nur eine rassenkundliche Untersuchung ergeben, die anthropometrische Messungen mit sippenkundlichen Feststellungen und vor allem Erhebungen über die „soziale Bewährung" (im Sinne eines biologischen Leistungsbegriffs) verbindet.

Nachdem wir einige Beispiele aus dem Protektorat, aus Westgalizien und dem ehemaligen Groß-Ungarn erörtert haben, können wir dazu übergehen, mit einigen Sätzen das Schlußergebnis zu ziehen.

Bezeichnend für den Teil der nordamerikanischen Soziologie, der die rassischen Fragen ernst nimmt, ist, daß zwischen race und nationality scharf geschieden wird[34]. *H. P. Fairchild*

[34] Trotz seiner Kritik an der Schmelztiegel-Theorie bleibt Fairchild im Grundsätzlichen bei den Vorstellungen hängen, von denen aus sich etwa Zangwil den Melting-Pot dachte. Vgl. etwa H. P. Fairchild, The Melting-Pot Mistake, Boston 1926, S. 42f.: „As far as the individual is concerned, nationality is an acquired characteristic, and must follow the laws of acquired characteristics rather than of inherited traits." Ein „in the jungles of Africa" geborenes und von Negern erzogenes Kind skandinavischer Eltern wird trotz seiner weißen Haut — Neger (S. 45). „Nationality . . . is to be thought of as a great spiritual reality, existing much less in the realm of the intellect than in the sentiments and emotions" (S. 50). In der Umvolkung werden seiner Meinung nach die nationalen Eigentümlichkeiten der Zuwanderer nicht gemischt oder mit anderen verwebt, sondern preisgegeben. „We must . . . resign ourselves to the inevitable truth that unity can be maintained only through the complete sacrifice of extraneous national traits on the part of our foreign elements. There is no ‚give-and-take' in assimilation" (S. 155.) Ähnlich ders. in „General Sociology", New York 1934, S. 23ff., 524ff., 540ff.

H. G. Duncan vermeidet in seinem materialreichen Buche „Immigration and Assimilation", Boston 1933, eine grundsätzliche Erörterung. Aus der Art der Aufbereitung des Stoffes ergibt sich jedoch eine gewisse gedankliche Übereinstimmung mit Fairchild. Im Gegensatz dazu meint H. M. Kallen, Culture and Democracy in the United States, New York 1924, S. 190, daß sich race und nationality kaum unterscheiden lassen. Er hält die Umvolkung im strengen Sinne für fast undurchführbar und sieht in einem „trans-national America" die Zukunftsentwicklung. Edward R. Lewis, America. Nation or Confusion, New York 1928, geht gleichfalls davon aus, daß Rasse und Nationalität miteinander eng verflochten sind; aus der besonderen Wertschätzung der Einwanderungsgruppen der Kolonialzeit folgert er, daß eine größere Zuwanderung andersrassischer (d. h. nicht nordisch bestimmter) Gruppen unerwünscht sei. Seine Dankworte an Madison Grant zeigen die Richtung seiner Gedanken.

Sehr erschwert wird bei den Nordamerikanern die klare Erkenntnis rassischer Zusammenhänge dadurch, daß der Rassenbegriff vielfach nur auf Farbige angewandt wird. Man ist allgemein davon überzeugt, daß die Angehörigen der colored races etwas Besonderes, mit der Gruppe der „Weißen" nicht Verschmelzbares darstellen. Innerhalb der „Weißen" wird jedoch wenig Unterschied gemacht. So bemerkt z. B. 1914 Edward Alsworth Roß, The old world in the new, der S. 149ff. über die einwandernden Juden klagt, am Rande: „On the other hand the Yankees have for the Jew a cousinly feeling. Puritanism was a kind of Hebraism" (S. 163). Hier und da wird auch heute noch die Meinung aufrechterhalten, daß alle Rassen — sowohl die Angehörigen europäischer Rassen als auch die Ostasiaten und die Neger — assimilierbar seien, eine Meinung, die in der Zeit des ersten Weltkrieges ihren Ausdruck in dem von Winthrop Talbot herausgegebenen Sammelwerk „Americanization" (New York 1917) fand. Vergleicht man die gründliche Darstellung der Motive der nordamerikanischen Einwanderungspolitik, die T. J. Woofter im Auftrage des Research Committee on Social Trends in seinem Buche „Races and Ethnic Groups in American Life" (New York 1933) gegeben hat, so erkennt man, daß die Absichten der Kongreßmehrheit nicht mit den herrschenden Lehren der öffentlichen Meinung übereinstimmten. Die von rassischen Gesichtspunkten beeinflußte Politik der Einwanderungsbeschränkung war nicht populär und hat deshalb auch einen grundlegenden Wandel in den Auffassungen nicht hervorgerufen. Die Soziologie stand überwiegend im Lager der publizistischen Opposition; seit 1933 hat sie die „Auseinandersetzung" mit den nationalsozialistischen Lehren überdies dazu benutzt, um zu den alten „Positionen" zurückzukehren. Nicht ohne Bedeutung war dabei natürlich die Einsicht, daß „das Kind bereits in den Brunnen gefallen

stimmt mit uns grundsätzlich darin überein, daß die Rasse eine naturhafte, streng biologisch zu wertende Tatsache ist. Das Volkstum (nationality) gehört seiner Meinung nach jedoch zu denjenigen semi-voluntary groups, für die das spontane Gefühl der Zugehörigkeit entscheidend ist. Als rein geistige Eigenschaft kann die „Nationalität" deshalb ohne weiteres gewechselt werden. Jeder Mensch wird ohne Volkszugehörigkeit geboren: „There is . . . no necessary connection between the nationality of parents and that of their children." Volkszugehörigkeit ist eine nach der Geburt durch Erziehung und Umwelteinflüsse zu erwerbende Eigenschaft. Daraus folgt natürlich, daß die Amerikanisierung der Einwanderer gar kein Problem ist. Es kommt nur darauf an, daß die Gesellschaft der Vereinigten Staaten die richtigen Wege findet, den Zuwanderern den Erwerb der typisch amerikanischen Gefühle leicht zu machen. Wenn sie dabei gewisse Einwanderungsgruppen ausschließt, so ist das ein Vorgang, der mit race prejudices und der Gültigkeit gewisser Richtbilder (etwa der Vorstellung der Überlegenheit nordwesteuropäischer Menschen) zusammenhängt, nicht aber mit der Umvolkung als solcher. Überdies werden diese race prejudices vielfach bildungsmäßig verstanden [35]. Zwischen der „Rasse" und dem „Volkstum" wird ähnlich scharf unterschieden wie in der dialektischen Theologie Karl Barths zwischen der „theologischen Existenz" eines Menschen und seiner Zugehörigkeit zu Völkern, Klassen und Kulturen.

In der Wirklichkeit des geschichtlichen Lebens gibt es jedoch keine „chemisch reine" Existenz der Rasse und der „Nationalität". Jeder Mensch gehört schon vor seiner Geburt einem Volkstum an, in dem ein bestimmter Rassentyp wirksam ist. Der Umvolkungsvorgang beweist, daß die rassischen Kräfte der beherrschende Faktor sind. Vom Grade der rassischen Affinität hängen Schnelligkeit, Verlauf und Ergebnis der Assimilation ab. Sie beginnt gewiß in der Ebene der Gesinnung, ihre Vollendung wird jedoch vom Faktor Rasse entscheidend bestimmt.

Im ostmitteleuropäischen Raum sind Umvolkung und Führungsfrage eng miteinander verknüpft. Die Neubildung einer polnischen, tschechischen und madjarischen Führung bürgerlicher Wurzel erfolgt überwiegend durch Umvolkungsvorgänge. Namen wie Rieger, Herold, Trojan, Kaizl, Habrman, Masaryk, Krofta, Tyrsch, Grünwald sind für den böhmischen Raum genau so kennzeichnend in der Bildungsschicht wie die Namen der „chodischen" Bauernführer, die die Rechte von einst überwiegend deutschen Freibauerndörfern vertraten. Es wird sich zeigen lassen, daß der Aufbau der ostmitteleuropäischen Führungsschichten das Ergebnis bestimmter Zusiebungen ist, für die der Zusammenhang von Rasse und Umvolkung bestimmend ist.

ist". Kennzeichnend ist z. B., daß der ziemlich isolierte Madison Grant einen Aufsatz in der North American Review, Bd. 219 (1924), mit folgendem Satze schließt: „It is almost too late, but even now much can be done through wise restriction of immigration and through the application of the principles of race eugenics to check the evils of the Melting pot" (S. 352).

Trotz Kallen und Lewis muß betont werden, daß die nordamerikanische Soziologie heute durchweg Fairchild folgt. Das zeigen u. a. die Arbeiten von Griffith Taylor, Glenn Frank, E. Panunzio und anderer.

[35] Es ist gewiß richtig, daß die vielen Versuche, die Fähigkeiten der Einwanderer durch Tests festzustellen, einen Rückschluß auf rassische Gegebenheiten unmittelbar nicht zulassen. Duncan, a. a. O., S. 490, ist zuzustimmen, wenn er sagt: „Unfortunately many of the testers and makers of tests found what appears to have existed in their own thinking before the tests were given." Die Tests fragten gewiß nach einer intellektuellen Fähigkeit, die einem Teil der Zuwanderer nicht gemäß war, während andere spezifische Fähigkeiten nicht erfaßt wurden. Insofern waren die Tests ein großes Mißverständnis, das auf der Überschätzung intellektueller Bildungselemente beruhte. Der hohe Rang, den die Juden vielfach in den Statistiken einnahmen, zeigt das deutlich. Doch darf man in der Kritik das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Wenn z. B. in allen mir zugänglichen Testuntersuchungen die Polen in den USA. die untersten Plätze der Rangliste einnehmen, wenn ihre Beteiligung an Verbrechen und ihr Anteil an anderen sozialen Übelständen als beträchtlich erwiesen wird, so läßt sich nicht verkennen, daß racial inferiority doch die Ursache ist. Bei der großen Zahl der Untersuchten haben die Tests und die Moralstatistiken ohne Zweifel einen gewissen Wert für Rassen- und Völkerpsychologie. Zu den Daten vgl. u. a. Cl. Kirkpatrick-Intelligence and Immigration (Mental Measurement Monographs, Nr. 2), Baltimore 1926.

Der Untergang der deutschen Volksgruppe an der Wolga*

Von O. Fischer, Wien, z. Z. bei der Wehrmacht

Einige Zeit nach dem Beginn des Feldzuges gegen die Sowjetunion ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß die an der Wolga siedelnden Deutschen mit Gewalt aus ihren Dörfern vertrieben und in andere Teile der Sowjetunion verschleppt worden seien. Die Tragödie, von der im Weltkriege die Deutschen in Wolhynien betroffen worden waren und vor der die deutschen Dörfer an der Wolga damals nur der Ausbruch der Februar-Revolution des Jahres 1917 bewahrt hatte, rollt also jetzt unter weit furchtbareren Voraussetzungen ab. Wir müssen annehmen, daß das Wenige, was in vergangenen Jahren Kollektivierung und kommunistische Wirtschaftsordnung von diesen einst so blühenden und leistungsfähigen Gemeinden übriggelassen hat, jetzt ebenfalls der Vernichtung anheimfällt.

Ihre Entstehung verdanken die deutschen Wolgakolonien dem Bestreben der russischen Kaiserin Katharina II., einer deutschen Fürstentochter aus dem Hause Anhalt-Zerbst, fremdländische Einwanderer zur Besiedlung der öden Steppengebiete im Südosten ihres Reiches zu gewinnen. Nachdem ein erster Aufruf 1762 infolge des Fehlens bestimmter Zusicherungen für die Zukunft der Neuankömmlinge ohne wesentlichen Erfolg geblieben war, gelang es auf Grund des am 22. Juli 1763 erlassenen Manifestes durch die ausdrückliche Garantie weitgehender Sonderrechte Auswanderungswillige in nicht geringer Zahl zu gewinnen. Es wurde ihnen u. a. der Schutz ihrer völkischen Eigenart, ungestörte Religionsübung nach ihrer Konfession, Befreiung vom Heeresdienst und völliger Steuererlaß auf 30 Jahre, zinslose Vorschüsse zum Hausbau und bei Anschaffungen für Leben und Wirtschaft, Unterhalt vom Tage der Anwerbung bis zur endgültigen Ansiedlung versprochen. Wenngleich dieser Ruf an alle Völker des westlichen Europas gerichtet war, fand er bei weitem den meisten Widerhall in Deutschland, und zwar vor allem in seinen Westgebieten (Hessen, Pfalz, Mainz, Trier), aber auch in dem benachbarten, politisch zu Frankreich gehörigen Elsaß. Veranlassung dazu waren die schwierigen Verhältnisse, in denen sich damals das Reich vorzüglich in wirtschaftlicher Hinsicht befand. War es doch seit langem der Kriegsschauplatz gewesen, auf dem die meisten europäischen Konflikte ausgetragen wurden und stand gerade in jenen Jahren unter den Auswirkungen des 7jährigen Krieges. So trafen in den Jahren 1763 bis 1767 trotz strenger Auswanderungsverbote mancher deutscher Staaten etwa 8000 Familien mit rund 27000 Menschen in Rußland ein. Sie nahmen ihren Weg von den verschiedenen Anwerbungsorten im Inneren des Reiches über Lübeck oder Danzig zur See nach Petersburg und von dort über Twer teils zu Schiff auf der Wolga, teils auf dem Landwege über Moskau nach Saratow, in dessen Nähe am 29. Juni 1764 als die erste Kolonie Dobrinka auf dem Westufer des Stromes gegründet wurde. 1767 belief sich ihre Zahl auf 104, von denen 52 auf der linken Seite des Flusses im Beginn der in unendlicher Fläche, einem versiegten Meere gleich sich ausdehnenden und nach Asien hinein sich verlierenden Südoststeppe (Wiesenseite), ebensoviele auf seinem gebirgigeren, von reißenden Flüssen durchzogenen rechten Ufer (Bergseite) gelegen waren. Sie befanden sich hier noch am Rande des durch seine unerschöpfliche Fruchtbarkeit ausgezeichneten Schwarzerdegebiet, das einmal eine der Kornkammern des russischen Reiches wurde und vor allem durch seinen Weizenbau ausgezeichnet ist.

* Der Verfasser war 1921/22 als Mitglied der Hungerhilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes viele Monate in den Wolgakolonien und hat diese auch 1924 wieder besucht. Die Ausführungen beruhen auf damals mitgebrachtem Material.

BIBLIOTEKA ELBLĄSKA ZBIORY ZABYTKOWE
BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA GDAŃSK

Hier begannen nun nach mannigfachen Mühen und Irrfahrten diese deutschen Menschen das Land urbar zu machen in einem ihnen ungewohnten, durch seine starken Gegensätze von glühheißen Sommern und bitterkalten Wintern ausgezeichneten Klima, und tagtäglich bedroht von den Angriffen der in den benachbarten Steppen wohnenden Nomadenstämmen der Kirgisen und Kalmücken, die in ihnen mit Recht eine Gefahr für ihre ungebundene Selbständigkeit sahen. Der Anfang war um so schwerer, als entgegen allen Zusicherungen und Versprechungen bei der Anwerbung an Ort und Stelle kaum die geringsten Vorbereitungen getroffen waren. Die Ansiedler standen ohne ein Dach über dem Kopf in der damals noch völlig öden Steppe da, ihrer eigenen Mittel weitgehend beraubt, da diese die lange Reise und die Gewinnsucht der zu ihrer Betreuung bestellten Agenten der Regierung verschlungen hatten, die sich auch die vom Staate für das geplante Werk ausgeworfenen Gelder zu einem erheblichen Teil anzueignen verstanden. Besonders schlecht ging es den von Privatunternehmern gegründeten Kolonien, die ihren sog. „Direktoren" völlig ausgeliefert waren und von diesen in jeder Richtung ausgebeutet wurden.

Für jede der angesiedelten Familien war, unabhängig von ihrer Größe, eine Landfläche von 30 Desjatinen = rund 33 ha vorgesehen, die als *unveräußerlicher Gemeindebesitz* dem einzelnen nur zu dauernder Nutznießung überlassen wurde und von diesem jeweils *auf den jüngsten Sohn* zu vererben war, während seine älteren Brüder zur Erlernung und Ausübung eines Handwerks angeleitet werden sollten. Allerdings gehörte nur ein gar nicht einmal sehr großer Teil der Auswanderer dem Bauernstande an, da in dieser Hinsicht bei der Anwerbung keine Forderungen gestellt worden waren. Doch wurden alle Ansiedler von der Regierung gezwungen, sich ausschließlich der Landwirtschaft zu widmen.

Die Kolonien unterstanden, mit einer kurzen Unterbrechung, mehr als 100 Jahre einer *eigenen Behörde*, dem sog. „*Kontor*" in Saratow. Die Dörfer selbst hatten völlige *Selbstverwaltung unter volkseigenen Schulzen und Bezirksvorstehern*.

Die erste für die ganze weitere Entwicklung des Wolgadeutschtums entscheidende Veränderung stellte die bald nach 1800 erfolgte *Einführung der russischen Landordnung*, des sog. „*Mir*", dar, der unter Aufgabe des bisherigen Erbhofsystems in bestimmten, in den einzelnen Dörfern verschiedenen Zeiträumen (durchweg alle 5—10 Jahre) eine immer wieder neu vorzunehmende Aufteilung des gesamten Bodens einer Gemeinde unter alle ihre männlichen Mitglieder, die sog. „*Revisionsseelen*" vorsah. Diese Maßnahme war zunächst ohne Zweifel mit gewissen Vorteilen verbunden, wurde doch dadurch das Eindringen fremder Elemente in die deutschen Siedlungen unmöglich gemacht und so die Voraussetzung zur Erhaltung ihrer unbedingten völkischen Geschlossenheit geschaffen. Zugleich wurde damit der feste innere Zusammenhalt begründet, der allein die Wirtschaft erst wirklich gewinnbringend zu machen geeignet war und daher die Überwindung aller Schwierigkeiten der Zukunft gestattete. Weiter wurde hierdurch die Entstehung der für das Wolgabauerntum so bezeichnenden *Großfamilie* bedingt, indem alle Söhne mit Frau und Kindern auf dem Hofe des Vaters blieben, um ihrer Sippe damit einen möglichst umfangreichen Landanteil zu sichern. Die Haftung der gesamten Dorfgemeinschaft für die rechtzeitige und restlose Entrichtung der Abgaben und Steuern schweißte endlich ihre Angehörigen noch fester zusammen. Demgegenüber fallen die im Mirsystem als solchem begründeten Nachteile durchweg erst weit später ins Gewicht. Sie bestanden vor allem in der durch das rasche Wachstum der Bevölkerung verursachten zunehmenden *Verkleinerung der Landanteile* des einzelnen, die mit Rücksicht auf die unterschiedliche Güte des Bodens zudem noch an sehr verschiedenen, weit voneinander entfernten Stellen der Gemarkung angewiesen werden mußten. Diese Lappenwirtschaft führte zu einem strengen Flurzwang und hemmte damit wieder die persönliche Initiative.

Zwar konnte dieser Entwicklung zweimal ausgewichen werden, indem die Regierung *Neuland in der Steppe* auf dem Ostufer der Wolga zur Verfügung stellte. Hier wurden in den Jahren 1846—1870 eine große Anzahl von *Tochtersiedlungen* angelegt, für deren Seßhaftmachung die Muttergemeinden nicht unbeträchtliche Summen zur Ablösung des mit der Auswanderung ausgesprochenen Verzichts auf das ererbte Bodenanrecht im alten Dorfe aufwendeten. Aber immer wieder wurde der Raum aufs neue zu eng. Eine nunmehr einsetzende

Auswanderung in andere Teile des russischen Reiches, vor allem aber auch nach Nord- und Südamerika, zu der allerdings die in den 70er Jahren erfolgende Aufhebung der Privilegien der Kolonisten, in erster Linie durch Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, eine wesentliche Ursache abgab, brachte keine wirkliche Entlastung. Und so trat gegen Ende des 19. Jahrhunderts eine immer fühlbarer werdende Verarmung eines großen Teils der Bauernschaft ein, die um so ausgesprochener wurde, als der Ertrag des seit über 100 Jahren ohne jede Düngung ausgesaugten Bodens nachließ. Maßnahmen zu seiner Verbesserung scheiterten aber z. T. daran, daß niemand mit Rücksicht auf eine neue Umteilung, bei der sein Grundstück doch an einen anderen Dorfbewohner fiel, irgendwelche größeren Aufwendungen zu machen geneigt war. Die Folge war die Entstehung eines landarmen, nicht landlosen Proletariats, das zwar von seinem Grund und Boden nicht leben konnte, zumal bei der primitiven extensiven Wirtschaftsform nur eine weit größere Bodenfläche als etwa in Deutschland ein genügendes Auskommen zu sichern vermochte, aber um seinen Besitz nicht einzubüßen, gleichwohl nicht abwanderte. Diese Menschen mußten für die Propaganda einer neuen Wirtschaftsordnung durchaus empfänglich sein.

Die 1906 zum Gesetz erhobene Stolypinsche Agrarreform, die den Gemeinden die endgültige Aufteilung ihres Landes gestattete und dies dann den Bauern als verkäufliches Eigentum überließ, konnte sich bis zum Ausbruch des Weltkrieges noch nicht allgemein auswirken, wenngleich sie in zahlreichen Kolonistendörfern durch die Klärung der Bodenbesitzverhältnisse einen beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung einleitete. Aber auch ihre Gefahren, die vorzüglich darin bestanden, daß durch die nunmehr erlaubte Veräußerung des Landes an jedermann das Eindringen fremder Nationalitäten in die deutschen Dörfer auf die Dauer unvermeidlich war und damit die völkische Einheit ernstlich bedroht wurde, waren noch nicht in Erscheinung getreten.

Im gleichen Sinne hatte übrigens bereits die mit den Jahren immer stärker werdende Russifizierungspolitik der Regierung gewirkt, die aus dem Schulunterricht mehr und mehr das Deutsche verbannte, in den höheren Anstalten sogar gänzlich beseitigte und damit jeglichen kulturellen Aufstieg auch im Rahmen des Dorfes an eine ausschließliche Ausbildung in der Staatssprache und damit im russischen Geiste band. Alle diese Bestrebungen, die nach dem Revolutionsjahr 1905 eine zeitweilige Verringerung erfuhren, hatten 1871 mit der Aufhebung der Sonderverwaltung der Kolonien eingesetzt. Für die Siedlungen an der Wolga bedeutete dies zugleich eine Zerreißung ihrer natürlichen Einheit. Denn die auf der Wiesenseite liegende Mehrzahl der Dörfer wurde dem Gouvernement Samara angegliedert, obwohl ihre gleichnamige Hauptstadt, ein beträchtliches Stück stromaufwärts gelegen, ohne jede direkte Verbindung mit den deutschen Ortschaften war, deren natürlicher Mittelpunkt nach wie vor Saratow darstellte, dem die auf der Bergseite befindlichen Gemeinden auch verwaltungsmäßig unterstellt wurden.

Allerdings blieben die Russifizierungsversuche auf dem Lande wirkungslos, wobei der stark empfundene konfessionelle Gegensatz zu der orthodoxen Bevölkerung eine nicht unwesentliche Rolle spielte. In der Stadt dagegen waren die Verluste des Deutschtums, namentlich in den gebildeten Kreisen, nicht unerheblich.

Der Weltkrieg hatte den Kolonien keine direkte ernstere Schädigung gebracht. Das Gebiet lag weit ab vom Schauplatz der Kämpfe, und die bereits von der Zarenregierung beschlossene Aussiedlung seiner Bewohner nach Sibirien verhütete der Ausbruch der ersten Revolution im Frühjahr 1917, die eine Erlösung für das gesamte Rußlanddeutschtum bedeutete. Eine neue Zeit freiheitlicher Entwicklung, auch im völkischen Sinne, schien angebrochen zu sein. Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache wurden allenthalben gegründet. Man kann nur staunen, was damals an der Wolga hervorgebracht und geleistet worden ist. Es war Aufbauarbeit, vieles daran naturgemäß verworren und ungeklärt, uneinheitlich, weil die furchtbaren, sich in Rußland vorbereitenden Ereignisse der bolschewistischen Revolution auch dort ihren Niederschlag fanden. Aber zurückschauend mutet diese Zeit wie ein Aufleben alles dessen an, was lange gehemmt und zurückgedrängt, sich endlich zur Blüte entfalten will. Damals wurden die erbitterten Debatten geführt, ob Autonomie oder die Zugehörigkeit zu einem russischen Gouvernement, wie bisher, bei Gewährung voller kultureller

Freiheit das Erstrebenswerteste sei oder ob nur die Auswanderung aus Rußland eine Erhaltung des Volkstums ermöglichen könne.

In jene Zeit fällt auch der großzügige Versuch, durch Ansiedlung deutscher Bauern aus dem Innern Rußlands in den baltischen Ostseeprovinzen, deren Angliederung an das Reich geplant war, einen deutschen Bauernstand zu schaffen. Zu diesem Zwecke wurde in Saratow ein deutsches Konsulat errichtet, bei dem sich viele Auswanderungswillige meldeten, die dann auf Grund der Bestimmungen des Friedensvertrags von Brest-Litowsk unter den Schutz des Deutschen Reiches genommen wurden. Der deutsche Zusammenbruch im November 1918 machte jedoch diesem großangelegten Vorhaben ein Ende und auch über alle anderen Erörterungen, Überlegungen und Pläne ging die rauhe Wirklichkeit der geschichtlichen Entwicklung mit hartem, unerbittlichem Schritt rasch hinweg. Die Herrschaft errang auch in den Wolgakolonien der Bolschewismus und richtete dort seine politische und wirtschaftliche Ordnung auf, wenn auch eine Versammlung bürgerlicher Delegierter in Warenburg noch 1918 glaubte, mit den Machthabern in Moskau über die Zukunft der Kolonien verhandeln zu können und obwohl sogar im Februar 1919 der von der bolschewistischen Spitzenorganisation, dem „Kommissariat für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet" einberufene Kolonistenkongreß die Einführung des Kommunismus mit allen gegen 48 Stimmen ablehnte.

Schon im Oktober 1918 war entsprechend dem verkündeten Grundsatz, jeder im Rätestaat lebenden „Nationalität" eine weitgehende Selbstverwaltung einzuräumen, auf Beschluß des bereits Ende Juni in Saratow tagenden ersten „Kongresses der Räte der deutschen Wolgakolonien" die „Arbeitskommune des autonomen Gebietes der Wolgadeutschen" errichtet worden. Sie umfaßte ausschließlich die deutschen Dörfer, über 200 an der Zahl, mit einem Flächenraum von 15 259 qkm, davon 11 758 qkm anbaufähiges Land und 455 532 Einwohnern (nach dem Ergebnis der allrussischen Wirtschaftsaufnahme 1919). Sie bestand aus drei Bezirken, Katharinenstadt und Seelmann auf der Wiesenseite, Balzer auf der Bergseite. Ihre Hauptstadt war das auf dem linken Wolgaufer, ein erhebliches Stück oberhalb von Saratow, gelegene Katharinenstadt, die größte deutsche Ansiedlung, deren Name im Mai 1920 in Marxstadt umgewandelt wurde. Tatsächlich war aber dieses „autonome Gebiet" nichts anderes als ein eigenes Gouvernement, das entsprechend seiner Lage in der großrussischen Republik (RSFSR.) völlig von dieser abhängig war. Ihm wurde nur der Gebrauch des Deutschen als offizieller Dienstsprache zugestanden und eine gewisse eigene Initiative auch nach außen hin ermöglicht, die sich u. a. z. B. in der Errichtung einer „Wirtschaftsstelle der Wolgadeutschen Konsumgenossenschaften" in Berlin (1921) und der Gründung einer „Wolgadeutschen Bank landwirtschaftlichen Kredits" (1923) mit einer Filiale ebenfalls in der Reichshauptstadt aussprach. Dabei war allerdings der Gedanke einer leichteren Heranziehung fremden Kapitals, an dem die Sowjetregierung gerade in jener Zeit überhaupt größtes Interesse hatte, besonders aus bestimmten Kreisen Deutschlands und Amerikas, denen das Schicksal dieser Siedlungen aus völkischen oder persönlich verwandtschaftlichen Gründen sehr am Herzen liegen mußte, maßgebend und entscheidend.

Schon 1922 aber wurde die anfangs noch gewahrte völkische Einheit durch einen wohlüberlegten Schritt wieder zerstört, indem durch die sog. „Abrundung des Gebiets" die zwischen den in mehreren Komplexen liegenden deutschen Dörfern befindlichen russischen und ukrainischen Siedlungen diesem angegliedert wurden, so daß nunmehr das deutsche Element nur noch zwei Drittel der Gesamtbevölkerung ausmachte. Zugleich wurde die Regierung nach Pokrowsk, das später den Revolutionsnamen Engels erhielt, einem russischen Ort gegenüber Saratow, überführt, der zwar verwaltungstechnisch zentral und daher günstig gelegen war. Doch bedeutete dieser Schritt eine Entfremdung gegenüber dem deutschen Volksteil. Bildeten doch die Deutschen, die als Beamte weiter in den Volkskommissariaten tätig waren, hier ein durchaus andersartiges Element und bedienten sich daher mit Vorliebe auch untereinander des Russischen. Zugleich erfuhr der Gebrauch des Deutschen als Verwaltungssprache Einschränkungen. Die Einführung des Russischen in allen Kanzleien und bei Abfassung sehr vieler amtlicher Schriftstücke und Verfügungen ist der beste Beweis dafür. Auch erschien jetzt in Engels neben der seit 1918 von der Regierung herausgegebenen deutschen Zeitung „Nachrichten" ein entsprechendes russisches Blatt. Die Verhandlungen der folgenden Rätekongresse

wurden zum größten Teil russisch geführt, da die Deutschen wohl des Russischen mächtig waren, aber nicht umgekehrt. Im Jahre 1924 wurde das Gebiet dann in eine „autonome Sowjetrepublik" (ASSRdW.) umgewandelt, die in allem dem großrussischen Bundesstaat (RSFSR.) der USSR., dem sie angehörte, unterstellt war und dessen Anordnungen auf das genaueste durchzuführen hatte, ohne den geringsten Einfluß auf die politische Willensbildung zu haben. Sie umfaßte anfangs 14, später 11 und seit 1929 12 Verwaltungseinheiten, Kantone genannt, von denen 6 rein deutsch, 3 russisch und 3 gemischt waren. Die Spitze der Regierung bildete der Rat der Volkskommissare, 11 an der Zahl, dem zur Seite der 3—4mal im Jahr zusammentretende Hauptvollzugsausschuß mit 69 Mitgliedern gestellt war. Er hat dem aus den Vertretern der Städte, der Fabriken und der Kantone zusammengesetzten Rätekongreß, der allein von den Werktätigen, d. h. den nicht von fremder Arbeit lebenden Sowjetbürgern in öffentlichem Verfahren gewählt wurde, bei seinem jährlichen Zusammentritt Bericht zu erstatten und Rechenschaft abzulegen.

In der Sowjetzeit sind nun zwei Ereignisse entscheidend für das weitere Schicksal der deutschen Wolgagemeinden geworden. Ihnen gebührt daher eine eingehende Darstellung. Das erste ist die Hungersnot der Jahre 1921/22, das zweite ist die 1929 einsetzende Kollektivierungsaktion mit ihren vernichtenden Folgen.

Schlechte Jahre und Fehlernten hat es in jener Gegend Rußlands trotz ihres großen natürlichen Bodenreichtums immer gegeben. Sie sind im Laufe der Zeit mit der zunehmenden Erschöpfung des Ackers häufiger und schwerer geworden. So haben sich vor allem die Jahre 1835, 1861 und 1890 durch ihren völligen Mißwuchs tief dem Gedächtnis der Kolonisten eingeprägt und machten große Hilfsaktionen für die Bewohner der deutschen Dörfer nötig.

Die Grundursache ist in dem Klima dieser Gebiete zu suchen, das mit seinen langen kalten Wintern, in denen die Wolga viele Monate von einer dicken Eisschicht bedeckt ist, und seinen heißen, trockenen Sommern einen ausgesprochen kontinentalen Charakter aufweist. Die Übergangszeiten sind kurz, und der Ertrag der Felder hängt wesentlich davon ab, ob in ihnen dem Boden die nötige Feuchtigkeit zugeführt wird. Ist die Schneemenge im Winter gering und bringt der rasch vorübergehende Frühling nicht ausreichende Niederschläge, dann wird die in der Mitte des Jahres unausgesetzt niederbrennende Sonne die vielleicht gar nicht einmal so schlecht aussehende Ernte erbarmungslos vernichten. Verhängnisvoll wird die Lage aber dann, wenn die in den meisten Jahren beobachtete kurze Regenzeit im Mai ausbleibt. Dann ist eine Mißernte unvermeidlich, und ihr Ausmaß wird im wesentlichen nur durch die Sorgfalt bestimmt, mit der die Aussaat besorgt worden war. Wer seine Felder gründlich und vor allen Dingen tief gepflügt hat, darf auch dann noch auf einen gewissen Ertrag hoffen. Wer aber vielleicht aus Mangel an Arbeitstieren sich mit einer oberflächlichen Bestellung begnügen mußte, wird in der Folge Hunger leiden.

So war es auch in dem verhängnisvollen Jahre 1921. Schon 1920 hatten ungünstige Witterungsverhältnisse geherrscht, so daß damals bereits die Ernte gering gewesen war. Der folgende Winter brachte wenig Schnee, so daß im Frühling nach Eintreten des Tauwetters keine ausreichende Durchtränkung der Erde erfolgen konnte. Die späteren Niederschläge blieben völlig aus, und so versengte die Sonne auch noch das, was herausgekommen war. Der Ertrag war daher erschreckend niedrig. Er wurde noch weiter dadurch verringert, daß die Aussaatfläche 1921 sehr klein war. Während in den Jahren vorher rund 660 000 ha bestellt worden waren, das sind 56 v. H. des anbaufähigen Landes — ein Drittel desselben ließ man bei der hier in sehr ausgesprochener Weise herrschenden Dreifelderwirtschaft stets brachliegen —, wurden damals nur 220 000 ha, d. h. noch nicht 20 v. H. des brauchbaren Bodens und nur 33 v. H. der Saatfläche früherer Jahre unter den Pflug genommen. Dabei war vor allem der Rückgang der Weizenaussaat beträchtlich, die nur etwa 10 v. H. des Vorjahres betrug, während die Roggenbestellung immer noch 82 v. H. ausmachte. Es ist das um so bedeutungsvoller, als die Kolonien ja eigentlich Weizengebiete sind und dem Anbau anderer Getreidearten im allgemeinen nur geringere Aufmerksamkeit geschenkt wurde.

Die Ursache für diese starke Abnahme der Anbaufläche wie auch für das Fehlen aller Vorräte an Nahrungsmitteln, die früher stets in Voraussicht möglichen Mißwachses in nicht unbeträchtlicher Menge als Rücklage zur Verfügung gehalten wurden, ist ausschließlich in der Änderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die bolschewistische Revolution zu suchen. Es war damals die Zeit des sog. Kriegs-

kommunismus, der in den ersten Jahren der Sowjetherrschaft das Wirtschaftsleben bestimmte und die zwangsmäßige Ablieferung und gewaltsame Requisition aller Lebensmittel und aller für die Arbeiterschaft und das Heer notwendigen Gebrauchsgegenstände verlangte. Dafür wurde allerdings dem Bauern als Gegenleistung die Lieferung von Saatgut und alles dessen, was sonst für Leben und Wirtschaft notwendig war, in Aussicht gestellt, ohne daß freilich dieses Versprechen je gehalten worden wäre. In dieser Hinsicht lagen nun die Verhältnisse in den Wolgakolonien aus verschiedenen Gründen besonders ungünstig.

Zunächst war zu Beginn des Jahres 1920 der Bürgerkrieg über die südlicheren Dörfer, bis zu denen die aus der Ukraine und der Krim auf Moskau vordringenden Truppen der weißen Generäle gekommen waren und wo sich manche Kämpfe mit den Roten abgespielt hatten, hinweggebraust. Beide Heere nahmen ihren Proviant durch Requisitionen aus den Dörfern, deren Weizenreichtum in ganz Rußland als unerschöpflich galt. In der Folge wurden dann denjenigen Gemeinden, die von den Weißen erreicht wurden und diese als Befreier mit Begeisterung und Opferbereitschaft aufgenommen hatten und wo damals mancher Kommunist sein Leben hatte lassen müssen, besonders schwere Kontributionen auferlegt. Weiter verschlang die 1918 eingerichtete Selbstverwaltung des Gebietes durch die Schaffung eines stark aufgeblähten, sehr teuer arbeitenden und an sich in diesem Umfange völlig überflüssigen Beamtenapparates (Kommissariate) erhebliche Geldsummen. Zudem gab der Wohlstand der Kolonien, den auch der Krieg und die erste Nachkriegszeit noch nicht zerstört hatten, Anlaß zur Forderung gewaltiger Kontributionen vorzüglich durch die örtlichen Behörden, an deren Spitze z. T. deutsche und österreichische Kommunisten standen. Wollte man doch die Zentralregierung durch die Ablieferung großer Getreidemengen, die bei der damals in den Städten herrschenden Not an Lebensmitteln besonders erwünscht waren, seinem persönlichen Machtbestreben günstig stimmen, um damit die über die Bauern begründete Gewaltherrschaft zu festigen. So erklärte man sich in Marxstadt für fähig und bereit, 1920 statt der von Moskau geforderten 64 000 t Getreide die vierfache Menge zu liefern, was etwa dem Ertrag einer normalen Ernte entsprach, bei dem geringen Ergebnis des Jahres aber keineswegs mit den vorhandenen Mitteln in Einklang stand. Ein Nichteinhalten der den einzelnen Dörfern gemachten Auflagen wurde aber als ein Mangel an gutem Willen gegenüber der neuen Regierung ausgelegt und mit Zwangsmaßnahmen beantwortet, die geeignet waren, auch das letzte Saatkorn aus der Bevölkerung herauszupressen. Zur Durchführung der angeordneten Requisition sandte man in den Wintermonaten 1920/21 Arbeiter aus den Waffenfabriken in Tula ins Gebiet, die mit unmenschlicher Härte und Rohheit vorgingen. Man sperrte diejenigen, die sich Getreide zu schütten weigerten, bei 20—30° Kälte nachts in den Stall oder entriß den Eltern ihre kleinen Kinder und warf sie nackt auf der Dorfstraße in den Schnee, wo man sie liegenließ, bis der Vater in seiner Verzweiflung sich entschloß, das Verlangte auf irgendeine Weise doch beizustellen. Dazu mußte er dann allerdings für sein letztes Geld oder gegen Veräußerung von Vieh, Geräten oder Hausrat das fehlende in den von dieser Kontribution nicht betroffenen Russendörfern der Nachbarschaft, die ja dem Gebiet damals noch nicht angeschlossen waren, kaufen und so sich wichtiger Hilfsmittel für die Feldbestellung des kommenden Jahres entäußern. Andere wieder wurden mit Peitschenhieben mißhandelt, mit Erschießen bedroht, manche auch erschossen, namentlich nachdem es an einzelnen Orten zu blutigem Widerstand gekommen war. Damals wurde u. a. der Geschichtsschreiber der Wolgakolonien, Pater Gottlieb Beratz, in Mariental getötet, was später von der Regierung als ein „bedauerliches Versehen" bezeichnet wurde. Diese Aufstandsbewegung fiel übrigens gerade in die Zeit der Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung, die 1921 sehr früh war und dadurch erheblich behindert wurde.

Es ist vielleicht nicht uninteressant, zu hören, daß, allerdings erst nach dem Eintritt der Katastrophe, bei der Regierung selbst eine gewisse Einsicht in die eigentliche Ursache ihrer Entstehung sich Bahn brach. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden, daß dieses leise Bekenntnis der eigenen Schuld mit Rücksicht auf das Ausland ausgesprochen wurde, von dem man Hilfe haben mußte und wollte, die man auf diese Weise vielleicht eher zu erlangen hoffte. Es findet sich in der in den Kolonien in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschrift „Unsere Wirtschaft" und lautet wörtlich: Die unumgänglich notwendige Zwangssteuer, die äußerst straff eingetrieben wurde, konnte nicht gedeckt werden,

ihne die Bevölkerung in die Bedingungen nicht nur der minimalsten Befriedigung hrer Bedürfnisse, sondern auch zum Teil des Hungers zu stellen."

Die Auswirkungen dieser Katastrophe waren furchtbar. Der Gesamtertrag der Körnerernte machte 2253 t aus, darunter nur 246 t Weizen, dazu noch rund 6750 t Kartoffeln. Unter Zugrundelegung der durch eine Zählung am 15. August 1921, also zur Zeit der Ernte, ermittelten Bevölkerungsziffer von 359 460 fielen damit auf den einzelnen 13 Pfd. Getreide und 37 Pfd. Kartoffeln für das ganze Jahr. Es war also nicht einmal die zur Bestellung einer gleichgroßen Bodenfläche erforderliche Saat erlöst worden. Hinzu kamen noch gewisse Mengen von Sonnenblumen, Kürbis, Melonen und Gemüse, welch letzteres an manchen Orten, namentlich in der Nähe der großen Flüsse, vor allem der Wolga, durch künstliche Bewässerung einen leidlichen Ertrag gegeben hatte. Damit war es aber unvermeidlich, daß die Kolonien, die bereits im Vorjahre Not gelitten hatten, schon unmittelbar nach der Ernte sich überhaupt nicht mehr selbst ernähren konnten und daß eine Neubestellung der Felder ohne Zufuhr von Saatgut ausgeschlossen war.

Es ist nun bezeichnend für die Auffassung der Sowjetregierung, daß trotzdem von den fast verhungernden Menschen Steuern erhoben wurden. Zwar waren den Gemeinden die Staatsabgaben, die im Hinblick auf den rasch sinkenden Wert des Geldes bereits in jenem Jahre in Naturalien eingezogen wurden, von der Zentralverwaltung in Moskau erlassen worden. Die örtlichen Behörden erhielten aber das Recht, zur Verwendung in öffentlichen Anstalten, vor allem Krankenhäusern und Kinderheimen, in gewissen Grenzen Lebensmittel zu beschlagnahmen und machten davon reichlichen Gebrauch. So wurden außer nicht unerheblichen Mengen von Eiern, Butter, Fleisch und Gemüse fast 1 v. H. des Gesamtertrages der Ernte an Getreide und 3,5 v. H. der Kartoffeln ausgehoben und zu einem wesentlichen Teil zur Befriedigung des persönlichen Bedarfs der Regierenden verwendet.

Die Folge der Katastrophe war eine Abnahme der Bevölkerung um 102 160, d. h. um mehr als ein Viertel des Gesamtbestandes. Allerdings ist diese Zahl nicht allein durch Todesfälle bedingt, es befindet sich darunter auch die große Menge derjenigen, die in der Flucht ihre Rettung suchten und namentlich im Laufe des Herbstes und des Winters das Gebiet verließen. Von ihnen sind aber sicherlich noch sehr viele zugrunde gegangen, deren Zahl mit 50 v. H. kaum zu hoch geschätzt sein wird. Im Wolgagebiet selbst überstieg 1921 zum erstenmal seit dem Gelingen der Seßhaftwerdung (1775) die Zahl der Todesfälle die der Geburten, was weder bei der furchtbaren Mißernte 1891 noch bei schweren Seuchenausbrüchen in der Vergangenheit jemals vorgekommen war. Nach Angaben der statistischen Abteilung der Gebietsverwaltung standen 1921 18 701 Geburten, was immerhin noch eine Geburtlichkeit von 42 v. T. (!) ausmacht, 47 777 Todesfälle (104 v. T.) gegenüber. Von diesen letzteren ist rund die Hälfte (48 v. H.) an Hunger zugrunde gegangen, eine Rubrik, die aus der Statistik Europas schon lange verschwunden ist und auch in Rußland vor dem Kriege selbst in Jahren schwerster Mißernte nicht bekannt war. Dabei handelt es sich nicht etwa um Zustände von Unterernährung, wie wir sie ja selbst zur Genüge aus der Kriegs- und Nachkriegszeit kennen und die durch die mangelnde Widerstandskraft des Organismus den Infektionskrankheiten, vor allem der Tuberkulose, den Weg bahnen und so zahlreiche Opfer fordern. Nein, die Leute verhungerten buchstäblich durch das Fehlen jeglicher Nahrung. Man fand in den Dörfern Haus für Haus aufs äußerste abgemagerte Menschen, die starr und stumpf ihre Wohnung und ihr Lager nicht mehr verließen und auf den Tod als Erlöser von allem Elend warteten, oder man beobachtete jene eigentümlichen, als Hungerödeme bezeichneten Schwellungen der Haut und des darunter liegenden Gewebes, namentlich an den Unterschenkeln und Füßen, aber auch im Gesicht, vor allem an den Augenlidern, die den Betroffenen bis zur Unkenntlichkeit entstellen.

Wer noch etwas Korn besaß, war ein reicher Mann, denn er konnte sich noch eine Suppe leisten, zu der aber im Hinblick auf die Zukunft nicht mehr als ein Teelöffel Mehl für den Kopf der Familie verbraucht werden durfte. Sonst nährte man sich von Gras, Schilf, Kartoffel- und Kürbisschalen oder bereitete aus gemahlenen Hülsen von Sonnenblumenkernen zusammen mit etwas Öl eine kuchenartige Masse. Man verzehrte weichgekochte Häute oder das Leder von Pferdegeschirren. Ein Hund oder eine Maus waren

ein unerhörter Leckerbissen und mit Gier stürzte man sich auf eine erfrorene Kartoffel oder ein verfaultes Stückchen Fleisch.

Daneben aber mußte die furchtbare Not dem Eindringen von Seuchen Tür und Tor öffnen. Denn wo ein solch elementarer Mangel an allen unabweisbaren Bedürfnissen des Lebens herrscht, können die sonst selbstverständlichen Forderungen der Hygiene nicht mehr beobachtet werden. Der Sommer 1921 brachte zunächst die Cholera, jene gefürchtete Krankheit mit ihrer hohen Sterblichkeit. Sie trat aber weniger unter der noch seßhaften Bewohnerschaft der Dörfer auf, als unter den Flüchtlingen, die der Heimat den Rücken gewandt hatten und bei den Dampferanlegestellen an der Wolga oder auf den Bahnstationen oft wochenlang in großer Zahl herumlagen und auf eine Gelegenheit zur Weiterfahrt warteten, um von den Stätten des Grauens wegzukommen. Ähnlich war es bei der Ruhr. Dagegen forderte das Fleckfieber auch bei der noch ansässigen Bevölkerung im Laufe der Wintermonate immer schwerere Opfer, zumal unter den ausgehungerten und daher wenig widerstandsfähigen Leuten die Sterblichkeit sehr groß war. Da die Übertragung der Seuche durch die Kleiderlaus erfolgt, so war ihre Verbreitung bei dem Aufhören jeder Sauberkeit als Folge der Not nur zu verständlich. 15 500 Fälle sind in den Kolonien in den Jahren 1920/21 gemeldet worden. Ihre weit höhere Gesamtzahl läßt sich jedoch bei dem Mangel eines wirklichen Überblicks über die allgemeine Seuchenverbreitung im ganzen Gebiet auch nicht annähernd abschätzen. Ähnliches gilt für das ebenfalls durch Läuse übertragene Rückfallfieber und den Unterleibstyphus.

Besonders zu erwähnen ist endlich noch die im Sommer 1922 die ganze Kolonie ergreifende Malariaepidemie. Schon 1921 waren über 12 000 Fälle von Wechselfieber gemeldet worden, 1922 ist aber wohl kaum ein Bewohner des Landes von dieser Seuche verschont geblieben. Vor allem waren die Dörfer auf der Wiesenseite betroffen, in denen in den Monaten Juli—September oft mehr als die Hälfte der Bevölkerung auf einmal arbeitsunfähig darniederlag. Die Ursache des massenhaften Auftretens dieser auch früher in den Kolonien beobachteten Krankheit ist in mehreren, gleichzeitig einwirkenden Umständen zu suchen. Erstens war der niederschlagreichere Sommer einer Vermehrung der die Krankheit übertragenden Mücken sehr günstig, indem die zahlreichen, sich bildenden Tümpel und größeren Wasseransammlungen ausgezeichnete Brutplätze für diese Insekten abgaben. Zum anderen traf die Ansteckung eine durch den Hunger und die überstandenen Infektionen geschwächte Bevölkerung, deren Widerstandskraft gebrochen war, und endlich fehlte es fast völlig an Medikamenten, vor allem an dem zur Behebung des Wechselfiebers allein wirksamen Chinin, das sich zudem bei seinem teuren Preise nur wenige in ausreichender Menge leisten konnten. So bedeutete die Epidemie eine weitere Schädigung, der mancher erlag, um so mehr, als in einem nicht geringen Prozentsatz die tropische Form der Malaria beobachtet wurde.

Die Hauptminderung der Bevölkerung aber brachte die im Laufe des Jahres immer mehr anschwellende Auswanderungsbewegung. Die Zahl der Flüchtlinge betrug 1921 fast 75 000, d. h. mehr als 20 v. H. der Gesamtbevölkerung. Dabei handelte es sich meist nicht um eine organisierte, wohldurchdachte und daher vernünftige Maßnahme. Man hatte zwar von seiten der Regierung geplant, einen Teil der Hungernden in brotreichere Gouvernements zu bringen und gehofft, ihnen dort auch Arbeitsmöglichkeiten zu geben. Es sollten ferner die notleidenden Waisen zur Entlastung der eigenen Kinderheime weggeschafft werden. So wollte man 35—40 000 Menschen eine neue Existenz begründen. Aber nur 10 000 wurden auf diese Weise, wie der technische Ausdruck lautete, „evakuiert". Sie kamen jedoch infolge des völligen Darniederliegens der Transportverhältnisse in die größte Not. Zwei Monate lang mußten sie an den Anlegepunkten der Wolga warten und wurden hier unter den ungünstigsten hygienischen Verhältnissen bei ungenügender Ernährung ein Seuchenherd erster Ordnung, in dem vor allem Cholera und Ruhr wüteten und viele Opfer forderten. Die Kinder, die von Saratow aus mit Lazarettzügen weggeschafft wurden, leitete man aus nicht ganz verständlichen Gründen in die Ukraine, wo gerade in jener Zeit sich die ersten Zeichen der auch dort bevorstehenden Hungersnot bemerkbar machten. So litten sie auch hier wieder Mangel, um so mehr, als die zu ihrer Unterbringung in Aussicht ge-

nommenen Kinderheime von der einheimischen Bevölkerung bereits überfüllt waren und sie daher in Familien aufgenommen werden mußten, denen selbst im Laufe der Zeit die Lebensmittel immer knapper wurden.

Daneben ging aber die planlose Flucht einzelner oder kleinerer Gruppen, die auf eigene Faust anderswo eine bessere Bleibe suchen wollten. Sie richtete sich in die verschiedensten Gegenden der Sowjetunion. Überlegt handelten diejenigen, die sich in die nordrussischen Waldgebiete wandten, denn dort konnten sie Arbeit finden und damit ihre zurückgebliebenen Angehörigen unterstützen. Andere begaben sich in die deutschen Kolonien in der Ukraine, im Kaukasus, in Sibirien und bei Petersburg. Viele strebten nur einfach an die Grenze, in der Hoffnung, diese auf irgendeine Weise überschreiten und so nach Deutschland und von dort vielleicht nach Amerika zu ihren Verwandten gelangen zu können, wo es keine Not und keinen Bolschewismus gab. Sie sammelten sich vor allen Dingen in den Grenzstädten Weißrußlands gegen Polen, wo z. B. in Minsk im Februar 1922 bereits über 3000, im April schon an die 10 000 Flüchtlinge zusammengeströmt waren.

Hier herrschten geradezu entsetzliche Zustände von unvorstellbarer Schrecklichkeit. Die von der Regierung erfaßten Leute, übrigens nur ein Bruchteil ihrer Gesamtzahl, waren in einigen völlig überfüllten Häusern mitten in der Stadt untergebracht. Dort lagen sie eng aneinandergedrängt zu 20, 30 und mehr in einem Raum auf Holzpritschen, auf denen zerrissene Matratzen, Strohsäcke und zerlumpte Decken ausgebreitet waren. Ein kleiner rauchender Ofen spendete spärliche Wärme. Eine Reinigung der Zimmer hatte noch nie stattgefunden. An der Tür stehende Eimer, die lange nicht geleert waren, dienten als Latrinen. Die Luft war verpestet, und es wimmelte von Ungeziefer, vor allem von Läusen. Zwischen den Gesunden lagen Kranke und Sterbende, die von ihren Angehörigen ängstlich verborgen wurden, um einer Überführung in das sog. „Sortierhospital" zu entgehen, einem vielleicht noch schmutzigeren und verwahrloseren Hause, in dem alle Einrichtung und jegliche Pflege fehlte und dessen Insassen daher unversorgt elend zugrunde gehen mußten.

Nur für eine allerdings kümmerliche, aber doch gerade ausreichende Verpflegung war gesorgt. Sie wurde aber nur denen verabreicht, die behördlich gemeldet und registriert waren, und ging daher allen ab, die sich selbst in einem leerstehenden Gebäude der Stadt untergebracht hatten, in der Hoffnung, auf diese Weise vielleicht eher unbemerkt über die offiziell gesperrte Grenze zu entweichen. Täglich trafen neue Flüchtlinge aus den Hungergebieten ein, im November und Dezember jeweils 100—200. Täglich wurden aber auch viele Tote aus den Quartieren weggeschafft, von denen die meisten dem Fleckfieber erlegen waren. Hier brachte das Deutsche Rote Kreuz im Laufe des Frühjahrs Hilfe, vor allem durch die Sicherung einer ausreichenden Ernährung sämtlicher Auswanderer wie durch eine geeignete Unterbringung und sachgemäße Versorgung der Kranken. Etwa 3000 dieser Menschen glückte der Grenzübertritt. Die anderen wurden unter Anwendung roher Gewalt von der Regierung an die Wolga zurückgetrieben und bildeten dort zusammen mit den Heimkehrern aus anderen Teilen der Sowjetunion eine schwere Belastung der Kolonien, da sie völlig mittellos dastanden, hatten sie doch all ihr Hab und Gut verbraucht und auch keine Aussaat gemacht, von deren Ertrag sie hätten leben können.

In ihrer Auswirkung bedeutete die Hungerkatastrophe die Vernichtung des Wohlstandes und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kolonien. Denn die Not hatte einen völligen Ausverkauf allen Besitzes zur Folge, der sich um so schlimmer auswirkte, als bei dem Massenangebot ein auch nur einigermaßen dem Werte entsprechender Preis nicht erzielt werden konnte und andererseits der augenblickliche Mangel zwang, auf alle Fälle und unter jeder Bedingung loszuschlagen. So wanderte alles, was nur eben entbehrlich schien, weg, und man konnte Tag für Tag Fuhrwerke, beladen mit Betten, Wäsche, Möbeln, Pflügen, Geräten, landwirtschaftlichen Maschinen usf. aus den Dörfern fahren sehen.

Am verhängnisvollsten war in dieser Hinsicht die Verminderung des Viehbestandes. Die Gesamtzahl der Tiere hatte sich schon bis zum September 1921 um 45 v. H. gegenüber dem Stande von 1917 verringert, sie ist in der Folgezeit noch viel weiter zurückgegangen. Das bedingte in gleicher Weise der Futtermangel wie die Notwendigkeit, Fleisch zur Ernährung der hungernden Menschen und zum Austausch gegen Brot zu verwenden. Naturgemäß wurden am meisten die Tierarten betroffen, deren Durchfütterung am schwierigsten ist und die zugleich für den Wiederaufbau der Wirtschaft am ehesten entbehrlich erschienen. So waren von Schafen und Ziegen im August 1921 nur noch 18,5 v. H., von Schweinen im Januar

1922 noch 4,1 v. H. der 1917 gezählten Menge vorhanden. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang natürlich den Zugtieren zu, da diese für das Gelingen der neuen Aussaat und damit für den Ertrag der kommenden Ernte von ausschlaggebender Wichtigkeit sind. Im August 1921 war die Zahl der Pferde auf 45 v. H., die der Arbeitsochsen auf 50 v. H. abgesunken. Sie wurde im Frühjahr 1922 nur noch auf 10 v. H. geschätzt, was mir allerdings doch etwas zu niedrig erscheint. Verhältnismäßig am wenigsten hat sich der Bestand an Kamelen, die namentlich auf der Wiesenseite gerne zum Ackern verwendet wurden, vermindert. Das hat seine Ursache vor allem in der großen Genügsamkeit dieser auch mit geringem und wenig kraftvollem Futter zufriedenen Tiere.

Der Versuch der Behörden, zur Verhütung eines planlosen Ausverkaufs einen geregelten Warenaustausch in die Wege zu leiten, war nur von geringem Erfolg begleitet. Sie kaufte mit einem ihr von Moskau zur Verfügung gestellten Kredit von fast 3 Milliarden Papierrubel landwirtschaftliche Maschinen als eine gewisse Inventarreserve des Gebietes auf. Weiter hatte die Zentrale der Hungerhilfe jeder Verwaltungseinheit in den Notstandsgebieten einige Gegenden mit besserer Ernte zugeteilt, die ihre Versorgung zu übernehmen hatten. Für die Wolgakolonien waren dies die Gouvernements Homel, Brjansk und Witebsk. Dahin wurden durch die in jedem Dorfe eingerichteten Konsumgenossenschaften diejenigen Gegenstände, die die Bevölkerung veräußern wollte und die von ihr gesammelt worden waren, geschafft, weil dort eher ein angemessener Preis erzielt und dafür wieder Nahrungsmittel eingetauscht werden konnten. Hierin wurde auch eine gewisse Menge Salz, das aus den Binnenseen im Süden des Gebiets gewonnen war, ausgeführt. Ferner Textilwaren (Sarpinka), die von den Bauern der Bergseite zum großen Teil in Heimarbeit hergestellt und sehr gerne gekauft wurden. Die Menge der hierfür gewonnenen Lebensmittel, die nach den amtlichen Angaben 944 t Getreide und 272 t Kartoffeln ausmachte, war aber sehr gering und bei der Größe des Notstandes fast bedeutungslos.

Wenn die Kolonien damals nicht zugrunde gegangen sind, so ist das nicht der Regierung und den von ihr getroffenen Maßnahmen zu danken, sondern ausschließlich der Hilfe, die das von Lenin im Sommer 1921 angerufene Ausland im reichen Maße den Hungergebieten angedeihen ließ. Die Sowjetbehörden haben nur das eine Verdienst, das für die Sicherung der Ernte des kommenden Jahres nötige Saatgetreide beschafft zu haben. Das war vorwiegend eine Transportfrage, deren Lösung allerdings bei der allgemeinen Unordnung und der weitgehenden Zerstörung aller Beförderungsmittel im Gefolge des blutigen Umsturzes, dem gerade viele erfahrene Fachleute zum Opfer gefallen waren, fast unmöglich erschien. Es muß nachträglich als ein Wunder bezeichnet werden, daß die völlige Stillegung des Verkehrs, die namentlich aus Mangel an Betriebsstoffen mehr als einmal im Verlaufe des Winters 1921/22 unvermeidlich schien, verhütet werden konnte. Für die Wolgakolonien gelang es unter großen Schwierigkeiten über 9000 t Saatgetreide für die Wintersaat, das sind allerdings nur 70 v. H. der angewiesenen Menge, rechtzeitig heranzubringen und an die Bauern auszugeben. Damit wurden 131000 ha, d. h. über 80 v. H. des 1921 bestellten Landes unter Aufbietung der letzten Kraft von Mensch und Tier ausgesät. Diese Zahl bedeutet aber bei der gewaltigen Abnahme der Bevölkerung, daß die auf die Seele kommende Fläche für die Winterfrucht sogar größer war als im Vorjahr. Dagegen ist an Weizen für die Frühjahrsbestellung nur 20 v. H. des versprochenen Betrages verteilt und ebenfalls restlos ausgesät worden. Reichlicher war dagegen die Belieferung mit Gerste, Hirse, Sonnenblumen. Am erstaunlichsten ist es aber und muß beinahe als unbegreiflich bezeichnet werden, daß die Bauern trotz der herrschenden bitteren Not, die gerade zu jenem Zeitpunkt aufs höchste gestiegen war, die Aussaat wirklich gemacht haben und nicht das ihnen zur Verfügung gestellte Getreide zur Herstellung von Brot verwandten. So haben sie selbst ihr Schicksal gewendet, denn das kommende Jahr brachte zwar keine reiche Ernte, aber doch so viel, daß sie zusammen mit der ihnen von außen auch weiterhin zufließenden Hilfe sich über Wasser halten konnten.

Für die Ernährung der Hungernden geschah dagegen von der Regierung selbst so gut wie nichts, wenn es auch in den amtlichen Verlautbarungen anders gesagt wird. Danach sollen am 1. Januar 1922 von den Behörden in 193 Küchen 215 000 Menschen, d. s. 60—70 v. H.

der Gesamtbevölkerung, verpflegt worden sein. Dabei galt als Normalportion: 200 g Brot, 8 g Fett, 24 g Grütze, 200 g Gemüse und 40 g Fleisch oder Fisch. Das ist aber niemals ausgegeben worden. Es erhielten vielmehr, wie ich mich an Ort und Stelle selbst überzeugen konnte, beispielsweise in einer Reihe von Kolonien auf der Steppe um die Jahreswende 1921/22 zwei Drittel der Bewohner je 1/8 Pfd. Gerste am Tag, woraus in einer allgemeinen Küche eine Suppe hergestellt wurde. In einer anderen Gemeinde gab es im Januar 3 1/2 Pfd. Mehl auf den Kopf der Bevölkerung, wozu am Ende des Monats noch eine kleine Menge halberfrorener Kartoffeln kam. Wieder anderswo wurde in derselben Zeit für jeden 1/2 Pfd. Brot ausgeteilt und zugleich noch eine Suppe gekocht, die für etwa 1700 Menschen aus 10 Pfd. Kartoffeln und 12 Pfd. Schrot bereitet wurde. An vielen Orten war wochenlang überhaupt nichts vorhanden, hier und da aber wurden auch doppelte Portionen verteilt. Die Organisation versagte eben völlig, um so mehr, wenn Stockungen in der Zufuhr sich einstellten, was sehr häufig der Fall war.

Am besten waren die Kinder daran, denn für sie traten in erster Linie die ausländischen Organisationen ein, deren Arbeit es allein zu verdanken ist, daß die Katastrophe nicht noch einen größeren Umfang annahm und mit der Entvölkerung weiter Teile der von der Mißernte betroffenen Gebiete endete. Es sind dies die American Relief Administration, kurz „Ara" genannt, und die Nansenhilfe, eine unter der Führung von Fridtjof Nansen stehende Vereinigung der europäischen Staaten, an der fast alle Länder beteiligt waren und der sich auch das Deutsche Rote Kreuz angeschlossen hatte. In den deutschen Wolgakolonien arbeitete der englische Zweig der Kinderhilfe (Save the children fond).

Die Aktion wurde folgendermaßen durchgeführt: In jedem Dorfe wurden Küchen eingerichtet, aus denen alle Kinder der Gemeinde im Alter bis zu 14 Jahren, außerdem schwangere Frauen und stillende Mütter verpflegt wurden. Diese waren verpflichtet, die ihnen verabreichte Mahlzeit in der unmittelbar bei der Küche gelegenen Speisehalle einzunehmen, um zu vermeiden, daß dieselbe zum Unterhalt der ganzen Familie verwendet wurde und so ihren Zweck verfehlte. Auf diese Weise wurden Ende Januar 1922 70 000 Kinder verpflegt und im Laufe der folgenden Wochen wohl ihre Gesamtzahl erfaßt. Sie erhielten täglich eine Suppe und 200 g Brot.

Das Deutsche Rote Kreuz hat, wie mit Beschämung festgestellt werden muß, seine Arbeit in den Wolgakolonien erst im Januar 1922 begonnen, obschon die Hilfsexpedition bereits seit September 1921 in Rußland war. Die Sowjetregierung hatte sie zunächst in die Tatarenrepublik nach Kasan geschickt, und der deutsche Delegierte in Moskau hatte dieses etwas eigenartige Verlangen zunächst nicht zu ändern vermocht, so daß auch alle Einwendungen der Mitglieder ohne Erfolg blieben. Es bedurfte vielmehr erst sehr energischer Vorstellungen, um die immer wieder sich erhebenden Widerstände zu überwinden und der deutschen Hilfe den Weg zu den deutschen Volksgenossen an der Wolga freizumachen. Es war natürlich, daß damals aus der Heimat Lebensmittel nicht ausgeführt werden konnten, denn dort fehlte es zu jener Zeit ebenfalls an einer ausreichenden Ernährung. Es glückte aber, aus Amerika von den Hilfskomitees der in den Vereinigten Staaten, in Kanada und Argentinien lebenden Wolgadeutschen Mehl zu erhalten. Denn diese bedienten sich gerne des sicheren Schutzes, den die deutsche Expedition diesen Transporten bot. So konnte im Laufe des Jahres 1922 vielen Kolonien Rettung gebracht werden. Aus Deutschland wurden aber gleichzeitig Arzneien und Desinfektionsmittel zum Kampfe gegen die im Lande ausgebrochenen Seuchen gebracht und mit diesen die Spitäler und die Ärzte des Gebietes versorgt.

Die wirtschaftliche Überwindung der Hungersnot und ihrer Folgen wurde nun wesentlich erleichtert durch die bereits im März 1921 eingeführte „neue ökonomische Politik" (Nep), die an Stelle des oben genauer geschilderten Kriegskommunismus trat. Die Zwangsrequisitionen hörten damit auf, dem Bauern wurde das Verfügungsrecht über seine Erträge wiedergegeben, der freie Handel im Innern des Landes wiederhergestellt und so der Privatinitiative des einzelnen Tür und Tor geöffnet. Zur Bestreitung der Bedürfnisse des Staates wurde gleichzeitig die Erhebung von Steuern eingeführt, die zum größten Teil in Naturalien entrichtet werden mußten. Damit sicherte sich die Regierung zugleich wertbeständige Einkünfte auch bei verspäteten Zahlungen, was bei dem dauernd fortschreitenden Absinken des Rubelkurses sehr wesentlich war. Während aber 1921 noch 13 Einzelsteuern auf verschiedene landwirtschaftliche Produkte erhoben wurden, was die Arbeit der

Einziehung sehr umständlich machte, vereinfachte man bereits 1922 den ganzen Vorgang insofern, als die Abgaben auf eine feste Einheit, nämlich das Pud (16 kg) Getreide (Roggen oder Weizen) berechnet wurden, wofür nach einem bestimmten Schlüssel je nach der Eigenart der Gegend und nach dem Vermögen und dem Wunsche der Bevölkerung andere Erzeugnisse eintreten konnten („einheitliche Naturalverpflegungssteuer"). Für die Höhe der Abgaben waren, ohne hier auf Einzelheiten eingehen zu können, maßgebend: die Größe der bestellten Fläche, die Menge des vorhandenen Nutzviehs, die Zahl der zur Familie gehörenden Menschen und der durchschnittliche Ernteertrag des Jahres. Wesentlich ist, daß für die rechtzeitige und vollständige Entrichtung der Steuern nicht die Gemeinde, sondern der einzelne haftete, so daß durch eine Verzugserklärung und ihre Folgen nicht Unschuldige mitgeschädigt und in ihrer Entwicklung gehemmt wurden. Es bedeutete allerdings eine erhebliche Erschwerung für eine rationelle Wirtschaftsführung, daß die Höhe der Abgaben nicht von vornherein endgültig festgesetzt worden war und daß im Laufe des Jahres noch eine Reihe weiterer durchweg in Geld zu entrichtender Steuern (Kopf-, Vieh- und Hofsteuer) nachträglich erlassen wurde. Immerhin ermöglichte die „Nep" dem Bauern wieder eine geordnete Wirtschaftsführung und eine geregelte Planung für die Zukunft, indem er bis zu einem gewissen Grade doch über seinen Ertrag verfügen und ihn nach Gutdünken und Zweckmäßigkeit verwenden konnte. Es hatte daher wieder einen Sinn, sein Land sorgfältig zu bestellen und sich zu diesem Zwecke auch Zugvieh anzuschaffen. Und so sah man in jener Zeit überall neues Leben sich entfalten und die Aufbauarbeit beginnen. Die Ernte war zwar 1922 nicht gerade gut gewesen, der Ertrag reichte aber allenfalls aus, da ein Teil der Bevölkerung durch die Fortführung der ausländischen Hilfe weiter unterhalten oder doch unterstützt wurde. Es waren dies einmal diejenigen, denen im vergangenen Herbst und Frühjahr das nötige Vieh gefehlt hatte, um ihre Felder einer in jenen Gegenden besonders notwendigen, sehr gründlichen Bearbeitung zu unterziehen. Vor allem aber gehören hierher die Flüchtlinge, die erst im Laufe des Sommers auf die Kunde von einer guten Ernte in ihrer Heimat aus den verschiedenen Teilen Rußlands, wohin sie die Not getrieben hatte, zurückgekehrt waren und sich nun alles Vermögens bar, ohne Lebensmittel, ohne Erwerbsmöglichkeit einem namenlosen Elend gegenübersahen.

So ging es in den folgenden Jahren im ganzen wieder aufwärts, die Aussaat wurde vergrößert, die Ernte gesteigert, neues Vieh gekauft und die Wirtschaft, soweit nur irgend möglich, verbessert. Dabei überflügelten die Kolonisten bald ihre russischen Nachbarn, zumal sich die Tüchtigsten zu den von der Regierung in jeder Hinsicht begünstigten Genossenschaften zusammenschlossen und dadurch bei Anschaffungen aller Art wie beim Verkauf ihrer Erträge mancherlei Vorteile und Erleichterungen genossen. Die Zukunft erschien gesichert, wenn auch von einem Wohlstand natürlich keine Rede mehr sein konnte und seine Wiedererlangung noch lange nicht zu erwarten war.

Da erfolgte mit der Einführung der Zwangskollektivierung 1929 der letzte Schlag gegen das freie Bauerntum, der ihm jegliche Möglichkeit zu seiner Wiederaufrichtung nahm. Es begann 1928 mit den Maßnahmen zur endgültigen Vernichtung des „Kulakentums". Unter „Kulak" verstand der Volksmund den Dorfwucherer, der sich durch Geldverleihen und Handelsgeschäfte am armen Bauern zu bereichern suchte, Gestalten, die es schon lange im russischen Dorf nicht mehr gab und auch gar nicht mehr geben konnte, weil ja eine gerichtliche Eintreibung auch nur der kleinsten Schuld unmöglich war. So fielen unter diesen Begriff jetzt die tüchtigeren und leistungsfähigeren Mitglieder einer Dorfgemeinde, die auf Grund ihres größeren Könnens und ihres Fleißes sich eine bessere Wirtschaft aufzurichten verstanden hatten und diese weiter auszubauen bestrebt waren und die der Neid der anderen deshalb verfolgte. Im einzelnen ging man dabei so vor, daß ein Dorf durch einen einstimmigen Gemeindebeschluß, dessen angebliche Freiwilligkeit von der höheren Verwaltungsbehörde erzwungen war, sich selbst eine Getreideabgabe auferlegte, deren Höhe weit über sein Vermögen hinausging. Diese Beiträge waren natürlich fast ausschließlich von den leistungsfähigeren Bauern zu entrichten, die entweder als Nichtwerktätige oder auch als frühere Grundbesitzer aus der Dorfversammlung ausgeschlossen waren oder denen doch eine entgegengesetzte Stellungnahme unmöglich war, um nicht als Feinde der Sowjetmacht angesehen und behandelt zu werden. Das Ausmaß des Verlangten zwang die Betroffenen nicht nur ihre

Vorräte, Lebensbedarf wie Saatgut, bis zum letzten abzugeben, sondern sie mußten noch gegen Veräußerung ihrer Habe, vor allem von Vieh und Geräten, die doch für die Feldbestellung des kommenden Jahres unentbehrlich waren, irgendwo um einen teueren Preis Getreide zukaufen, das sie dann gegen die Erstattung von einem Viertel oder Fünftel seines Wertes an die Regierung ablieferten. Damit war ihre Wirtschaft vernichtet. Wer seiner Abgabepflicht nicht nachkam, wurde enteignet, verhaftet oder verbannt. Es gab nur eine Rettung, die allerdings dem zum Kulak erklärten Landwirt nicht möglich war, immerhin aber dem noch nicht völlig entrechteten Bauern, der über eine leistungsfähige Wirtschaft verfügte, offenstand, das war der Eintritt in die Kollektive. Ein anfänglicher Widerstand dagegen, der bei den Deutschen in allen Gegenden der Sowjetunion am stärksten war, mußte bald in sich zusammenbrechen. Die Kollektivierung ging mit schnellen Schritten ihrer völligen Durchführung entgegen. Der Wunsch der Regierung, die eine Vernichtung der größeren Höfe wegen ihrer natürlichen Sowjetfeindschaft wünschte und eine Auflösung der kleineren und kleinsten Anwesen im Hinblick auf ihre geringe Ertragsfähigkeit erstrebte, erfüllte sich über Erwarten rasch.

Die Wolgakolonien waren von diesen Ereignissen zunächst weniger betroffen. Vielleicht bildete hier ihre Selbstverwaltung anfangs doch einen gewissen Schutz. Das dauerte aber nicht allzulange, dann konnten auch sie sich der von der Zentralregierung verfolgten Tendenz nicht mehr entziehen, und so waren denn 1930 bereits 78, im Juli 1931 sogar 97,2 v. H. (!) aller Betriebe kollektiviert. Allerdings ging der Prozeß hier nicht so weit wie in anderen Gebieten Rußlands, denn inzwischen war von höchster Stelle durch einen von Stalin selbst verfaßten Presseaufsatz dem radikalen Vorgehen ein Hemmschuh angelegt worden. Man hatte die eingeleiteten Zwangsmaßnahmen als zu weitgehend bezeichnet und die Folge war, daß man sich an der Wolga durchweg mit der zweiten der drei vom Gesetz vorgesehenen Formen des gemeinschaftlichen Zusammenschlusses, dem Artel, begnügte, obwohl die dritte Art der Betriebsführung, die Kommune, naturgemäß am meisten der Parteiauffassung entsprach. Das Artel sah zwar eine gemeinsame Führung der gesamten landwirtschaftlichen Erzeugung durch alle seine Teilhaber einschließlich des Absatzes und der Verwertung der Erträge vor. Ein kleines Stückchen Land (1/2 ha) blieb aber in der großen Mehrzahl der Fälle dem einzelnen für den Gemüse- und Obstbau, ebenso wie ihm die Möglichkeit zur Kleintierzucht gelassen und meist auch das Halten einer Kuh, der sog. „Stalinkuh", für die Befriedigung des persönlichen Bedarfs gestattet wurde. Damit war ein Verkauf auf eigene Rechnung, wenn auch in sehr bescheidenem Umfang, möglich. Zudem wohnte die ganze Familie geschlossen für sich auf dem eigenen Hof. Alles dies schloß sich in der Kommune aus. Hier war der ganze Betrieb einschließlich des Gartenlandes und der gesamten Viehzucht sozialisiert. Das einzelne Mitglied der Genossenschaft war nichts anderes wie ein einfacher Arbeiter, dem seine Aufgabe Tag für Tag vom Leiter des Ganzen zugeteilt wurde und der hierfür die Kost und den ihm zustehenden Lohn erhielt. Man lebte kaserniert in gemeinsamen Schlaf-, Wohn-, Eß- und Klubräumen, die Kinder wurden baldigst, meist mit dem Ende des Stillens, den Eltern weggenommen und Heimen zu gemeinsamer Betreuung und Erziehung überwiesen, die sie nicht mehr verließen. Der Bauer war Proletarier und fühlte sich selbst als Leibeigener, was gerade der Deutsche um so härter empfand, als er ähnliches von früher nicht kannte.

Der stärkste Widerstand richtete sich aber wieder bei den Deutschen, und hier vorzüglich bei den als besonders tüchtige Landwirte bekannten Mennoniten, gegen die Unmöglichkeit jeglicher religiösen Betätigung, die in der Kommune unmöglich, im Artel dagegen geduldet wurde. Endlich wirkte sich in der Kommune das Eindringen fremdvölkischer Elemente, das sich zwar auch im Artel dem Druck der Regierung gegenüber kaum vermeiden ließ, weit folgenschwerer aus, da eine Gefährdung und ein Verlust der völkischen Eigenart auf die Dauer infolge der Auflösung der Familiengemeinschaft unvermeidbar war. Damit ist aber auch das Deutschtum schließlich zum Untergang verurteilt, trotz allen Versprechungen für die Erhaltung des angestammten Volkstums auf dem Boden der Sowjetunion. Hier machte sich die durch die Abrundung des Gebietes 1922 in die Wolgarepublik hineingenommene erhebliche russische Minderheit verhängnisvoll bemerkbar. Alle diese Nachteile wurden aber keineswegs ausgeglichen durch die Zusicherung eines festen Einkommens einschließlich regelmäßiger

Naturalverpflegung, die Versprechung von Urlaub, Erholung und Altersunterstützung, die Möglichkeit einer besseren Unterrichtung der Kinder usf., zumal dies, wie die Erfahrung lehrte, nur auf dem Papier stand, ohne in die Wirklichkeit umgesetzt zu werden.

Schon der rein ziffernmäßige Bevölkerungsverlust durch die Kollektivierungsaktion, von der die Maßnahmen zur Entkulakisierung nicht zu trennen sind, war ungeheuer. Er belief sich nach amtlichen Angaben für die gesamte USSRdW. auf 130 000 Menschen = 23 v. H. der Gesamtbewohnerschaft; das macht bei einfacher anteilmäßiger Umrechnung 85 000 Deutsche aus, eine Zahl, die allerdings außerordentlich groß erscheint. Aber auch wenn sie zu hoch sein sollte, so kann es doch keinem Zweifel unterworfen sein, daß dieser Eingriff an den Lebensnerv der Volksgruppe rühren mußte, zumal davon ja in erster Linie ihre tüchtigsten und regsamsten Glieder betroffen wurden.

Diese Ereignisse trieben nun die deutschen Bauern zu einem Verzweiflungsschritt. Sie beantworteten die Maßnahmen der Regierung mit der Auswanderung aus ihren Dörfern. So sammelten sich im Herbst 1929 Tausende von Deutschen in den Vororten von Moskau, sie hatten ihre Habe verkauft und verlangten von der Regierung die Entlassung aus dem Staatsverband der Sowjetunion und die Erlaubnis zur Auswanderung nach Deutschland oder Amerika, wohin sie ihre bereits dort lebenden Verwandten riefen. Die Leute kamen zunächst vornehmlich aus Sibirien, wo im Bezirk Slawgorod die Lage durch eine schwere Mißernte weiter verschärft worden war, aber auch aus allen anderen Siedlungsgebieten der Sowjetunion. Gegen Ende des Jahres gesellten sich ihnen in zunehmender Zahl auch Wolgakolonisten bei. Im ganzen waren dort von überallher mindestens 14 000 Menschen zusammengekommen, die monatelang unter den elendesten und kümmerlichsten Verhältnissen ihre letzten Mittel verlebten. Etwa 6000 erreichten ihr Ziel, vor ihnen öffnete sich die russische Grenze. Die anderen wurden mit Gewalt in ihre Dörfer zurückgetrieben, wo sie dem sicheren Untergang entgegensahen.

All dies war aber nur das Vorspiel zu dem grausamen Schlußakt gewesen, der eben vor den Augen der Welt abgerollt ist. Der Waffengang mit Deutschland, der die Soldaten des Dritten Reiches in unaufhaltsamem Siegeszug dem Herzen Rußlands immer näher brachte, ließ die Drohung zur Wahrheit werden, die bereits im Weltkriege über den Kolonien geschwebt hatte, ohne zur Durchführung zu gelangen. Aus Angst vor diesem Häuflein versklavter, verschüchterter und ihrer selbst gar nicht mehr bewußter Menschen deutschen Blutes wurde ihre gewaltsame Aussiedlung von den Moskauer Machthabern befohlen und jeder sich etwa äußernde Widerstand brutal gebrochen. Ein neuer Elendszug ging durch die Steppe nach Osten, er umfaßte alles, was an der Wolga noch deutsch war oder für deutsch gehalten wurde. Damit war das Ende der Wolgakolonien gekommen. Die Steppe, die einmal deutscher Fleiß und deutsche Sorgfalt der Kultur erschlossen und in eine Kornkammer umgewandelt hatte, droht nun wieder zurückzusinken in das, was sie vordem war, eine Viehweide umherziehender Nomaden, die auch heute noch an ihren Grenzen wohnen.

Niemand vermag zu ermessen, wie groß die Verluste auf diesem Weg sein werden, die Hunger, Kälte und Seuchen fordern. Ohne Zweifel werden sie weit höher sein, als bei den 1915 von Haus und Hof vertriebenen Wolhyniern. Denn die Bedingungen, unter denen sich heute ihr Schicksal vollzieht, sind noch wesentlich schlechter, und das Vorgehen gegen sie viel grausamer und unmenschlicher als damals. Gleichwohl werden nicht wenige auch diese Schrecken überleben, denn man vermag ein Volk auf solche Weise wohl zu zerschlagen, aber nicht auszurotten. Wenn auch die geschlossene Gemeinschaft, die trotz allem vor dem Krieg die immer noch imponierende Zahl von schätzungsweise 250 000 aufzuweisen hatte, endgültig vernichtet ist, überall in den gewaltigen Räumen des Ostens werden sich einzelne ihrer Angehörigen finden, die ihr Leben retten und für eine bessere Zukunft erhalten konnten, wie ja auch von den bereits früher Vertriebenen da und dort noch mancher sein Dasein fristet. So bleibt das Problem der Wolgadeutschen, wenn auch in gänzlich anderer Form, für die deutsche Volksgemeinschaft, der sie ja auch angehören, bestehen und damit die Verpflichtung der Sorge um ihr künftiges Schicksal.

Damit aber gewinnt die Frage nach dem inneren Wert und der Leistungsfähigkeit der Volksgruppe eine besondere Bedeutung, um so mehr als das Urteil über das

Wolgadeutschtum im Laufe seiner Geschichte oft sehr zurückhaltend oder gar ungünstig gewesen ist.

Schon die Zusammensetzung der Ansiedler war für den geplanten Zweck nicht gerade geeignet. Die Zahl der wirklichen Bauern war nicht allzu groß. Keiner der Werber hatte ja auf eine solche Auswahl Wert gelegt, sondern jeden, der sich meldete, genommen oder gar zur Auswanderung überredet. So fanden sich unter ihnen Handwerker, Kaufleute, Beamte, Soldaten, die von Landwirtschaft nie etwas gehört oder gelernt hatten, dazu nicht wenige Abenteurer, gescheiterte Existenzen und minderwertige Menschen aller Art, die der Heimat den Rücken zukehren allen Grund hatten und denen es um ernste Arbeit nicht zu tun war. Schon auf der Reise gab es manche Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen, an denen allerdings die oft geradezu schamlose Ausbeutung der Auswanderer durch die Agenten der Regierung nicht ohne Schuld war. Die fast übermenschlichen Anforderungen, die das Seßhaftwerden in der unwirtlichen Steppe an die körperliche und seelische Leistungsfähigkeit der Ansiedler stellte, bewirkte jedoch rasch eine Auslese, da nur dem wirklich Wertvollen und Brauchbaren ein Erfolg beschieden sein konnte. Die anderen gingen zugrunde oder fanden Mittel und Wege, bald wieder zu verschwinden. So blieben nur die Besten als Stammväter der heutigen Wolgadeutschen übrig.

Ihre *Wirtschaft* war natürlich einfach, ja *primitiv* und ist es immer geblieben. Man hielt am Dreifeldersystem fest, kannte keine Düngung, die auch nicht eingeführt wurde, als der Boden im Laufe der Zeit immer mehr ausgesogen war. Man verwendete einfachste Geräte zur Bestellung des Ackers wie zur Verarbeitung der Ernte. So wurde durchweg noch mit Steinen, vor die man Pferde spannte, auf einem freien Platze hinter dem Hause gedroschen, was aber übrigens auch in den stets weit höher gewerteten Kolonien Bessarabiens der Fall war. Aber woher sollte auch hier weit im Osten und fern von den Stätten europäischer Kultur der Fortschritt kommen, zumal die Verbindung mit der alten Heimat völlig abgerissen war, so daß man in Deutschland kaum etwas von der Existenz und dem Leben dieser deutschen Menschen wußte. So blieben sie im Grunde auf der Stufe stehen, die der Zeit ihrer Auswanderung entsprach. Sicher ist gerade hierfür der Übergang zum „Mir", dessen Vorteile unter den gegebenen Verhältnissen oben bereits erörtert wurden, bedeutungsvoll gewesen. Denn die in kurzen Abständen immer wieder zu erwartenden Umteilungen des Gemeindelandes ließen alle Maßnahmen zur Verbesserung des Bodens ablehnen, da sie ja doch nur dem nachfolgenden Besitzer zugute kamen. So ist der niedere Kulturstand in erster Linie eine Folge der Abgeschlossenheit und der durch sie bedingten Eigenart der weiteren Entwicklung. In ihr liegt der Grund, der zu ihrer Verarmung in den späteren Jahren führte, die ihre Hauptursache in dem immer fühlbarer werdenden Landmangel hatte. Gleichwohl übertrafen sie an Tüchtigkeit und Wohlstand ihre fremdvölkische Umgebung und waren daher immer ein Gegenstand des Neides für alle ihre Nachbarn. Das gilt auch für die Sowjetzeit, in der die schweren Verfolgungen, denen gerade sie vorzüglich ausgesetzt waren, trotz allen schönen Reden von der Gleichberechtigung aller Nationalitäten im Rätestaat ihre Ursache schließlich in dem alten Haß gegen die erfolgreicheren und zugleich seelisch so anders gearteten Deutschen hatten, die man jetzt einfach zum Typus des auszurottenden Kulaken stempelte.

Es muß daher *mit Entschiedenheit* die nicht selten vertretene Ansicht abgelehnt werden, die den deutschen Bauern an der Wolga als Kommunisten oder auch nur als Freund des Kommunismus bezeichnet. Sicher waren 1917/18, namentlich bei den landarmen Kolonisten Sympathien für die Revolution vorhanden, denn sie versprach ihnen ja das, was ihnen am meisten fehlte und wonach sie sich mit allen Fasern ihres Herzens sehnten: Grund und Boden zur Erweiterung ihrer Wirtschaft. Aber schon damals war die allgemeine Gegnerschaft gegen den Bolschewismus so groß, daß der erste Kolonistenkongreß seine Einführung ablehnte, worum sich die Sowjetregierung natürlich nicht kümmerte, sondern ihre Pläne nun mit Gewalt durchsetzte. In den Behörden saßen aber keine Bauern, sondern meist nicht bodenverwachsene Elemente deutscher Herkunft, mehr oder weniger russifizierte Lehrer und zudem mancher Reichsdeutsche, der in der Gefangenschaft zum Kommunismus gestoßen war und hier nun eine Rolle zu spielen hoffte.

Richtig ist weiter, daß ohne Zweifel zuletzt an der Wolga selbst durchweg nur der weniger tüchtige Teil der Gesamtbevölkerung zurückgeblieben war. Zwar hatte der Weltkrieg keine erhebliche Schädigung der Volksgruppe gebracht. Denn die blutigen Verluste waren nicht so groß, daß sie sich für die Zukunft ernstlich hätten bemerkbar machen müssen und auch wirtschaftlich hatte er sich, wie oben bereits erwähnt, noch nicht wesentlich ausgewirkt. Die Hungersnot aber mit ihrer ungeheuren Abnahme der Bewohnerzahl bedeutete im gewissen Sinne sogar eher eine positive Auslese. Wurden doch von ihr zunächst jedenfalls vorzugsweise die körperlich weniger widerstandsfähigen Elemente, vor allem die Kranken und Schwächlichen, dahingerafft, ebenso wie andererseits auch die geistig Regsameren und wirtschaftlich Leistungsfähigeren den außergewöhnlichen Verhältnissen am ehesten gewachsen waren und nach Einführung der neuen Wirtschaftspolitik leichter den Weg zum Wiederaufbau ihrer Existenz fanden. Es bleibt doch eine erstaunliche Leistung, daß es wenige Jahre nach einer Hungerkatastrophe, die die Bevölkerungsziffer um ein Viertel verringerte, trotz schwierigsten äußeren Bedingungen (kommunistische Behörden) und zahlreichen Hemmungen (vor allem eine beträchtliche Steuerlast) in sehr vielen Dörfern gelang, die Wirtschaft wieder auf eine gesunde Basis zu stellen, so daß man der Zukunft mit Ruhe entgegensehen konnte, wenn sie keine ernsteren Erschütterungen von außen brachte. Das zeigt jedenfalls deutlich, daß die *seelische und geistige Kraft der Bauern damals noch ungebrochen* war.

Vernichtet wurde sie erst durch die Kollektivierung. Ihr konnte sich schließlich niemand mehr entziehen, und so mußten sich endlich auch diejenigen, die immer wieder ihre Selbständigkeit zu erhalten versucht hatten, der Gewalt beugen und sich eingliedern, wenn sie nicht zugrunde gehen wollten. Es wäre daher grundfalsch, in ihnen lauter untüchtige und leistungsunfähige Menschen zu suchen, die schon den früheren Schwierigkeiten erlegen waren, vielleicht bereits gar vor dem Kriege kein eigenes Land hatten oder ihren Betrieb nicht durch die Notjahre zu erhalten vermochten, vorzüglich, weil es ihnen an Fleiß und Tatkraft fehlte. Natürlich sind auch solche dabei, und unter ihnen ohne Zweifel eine ganze Reihe ausgesprochen minderwertiger Elemente, Trinker, Arbeitsscheue, Nichtstuer, Energielose, Asoziale, aber *die große Mehrzahl* sind doch *Bauern*, deren sehnlichster Wunsch die Wiedererlangung einer auskömmlichen Wirtschaft ist. Das geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß in den deutschen Dörfern *die* Form der Genossenschaft, die wenigstens eine gewisse Selbständigkeit im Gartenbau zuließ, das Artel, zahlenmäßig bei weitem im Vordergrund stand. In diesem Zusammenhang ist weiter die Tatsache beachtenswert, daß die Zahl der Mitglieder der kommunistischen Partei unter den deutschen Bauern stets sehr gering war, worüber in der Gebietspresse oft geklagt wird. Sie belief sich in der ganzen Wolgarepublik einschließlich der russischen Gebiete 1928 bei rund 570 000 Bewohnern auf 2268 Angehörige und 319 Kandidaten, von denen nur 22 v. H. zum Bauernstande zählten. Der kommunistische Jugendverband umfaßte etwa 5000 Personen.

Besonders hervorzuheben ist aber noch die *große biologische Kraft* dieser Volksgruppe, die kaum ihresgleichen in der Welt hat. Sie ergibt sich mit überzeugender Deutlichkeit aus dem steilen Anstieg der Bevölkerungsziffer, die bald nach der Gründung der Kolonien einsetzte und trotz der recht beträchtlichen Auswanderung in der Zeit vor dem Kriege eine dauernde Aufwärtsentwicklung erkennen läßt, die erst mit der Hungersnot 1921/22 eine Umkehr erfährt.

Die absoluten Zahlen aus der Zeit der kommunistischen Verwaltung können einer Nachprüfung nicht unterzogen werden. Sie dürften für die Hungerperiode nach meinen eigenen Feststellungen in einzelnen Dörfern an Ort und Stelle im großen ganzen den Tatsachen entsprechen. Mit Bestimmtheit muß dagegen die für das Jahr 1938 angegebene Ziffer von 330 000 als nicht unbeträchtlich zu hoch angesehen werden. Das folgt ganz von selbst aus den oben mitgeteilten Verlusten im Laufe der Kollektivierungsaktion. So wird man zur Zeit der Aussiedlung nur noch mit 250 000 bis allerhöchstens 300 000 Deutschen rechnen dürfen, von denen etwa drei Fünftel auf der Wiesenseite, zwei Fünftel auf der Bergseite wohnten.

Die Wolgakolonisten waren früher die *kinderreichste Volksgruppe*. Es wurden Geburtenziffern von 60—70 v. T. und mehr beobachtet, was einen Geburtenüberschuß von über 30—40 v. T. ergab. Etwa alle 25—30 Jahre hat sich ihre Volkszahl verdoppelt. Auch in dieser Hinsicht scheint eine erhebliche Änderung eingetreten zu sein. Ich möchte das jedenfalls

Übersicht 1. Die Entwicklung der deutschen Bevölkerung an der Wolga seit der Gründung der Kolonien[1]

Jahr	Familien	Seelen
1767	8000	27000
1769	6433	23109
1775	5502	23184
1788	5723	30962
1798	6156	39193
1816	8330	60746
1834	13124	108251
1850	17118	165027
1868	25664	251145
1897	—	344864
1914	—	437400
1919	79608	455532
1921	58807	359460
1922 1. 8.	58279	338428
1926	—	379600
1938	—	330000

aus der in der Gebietspresse betriebenen Propaganda für eine Geburtenvermehrung schließen, die in der letzten Zeit eingesetzt hat. Das hat seine Ursache vor allem in einer zunehmenden Auflösung der Familie, die eine natürliche und durchaus gewollte Folge der Kollektivierung war. 1920, also vor der Hungerkatastrophe, war der Bevölkerungsaufbau jedenfalls ein sehr gesunder. Fast die Hälfte der Bewohnerschaft der deutschen Siedlungen bestand aus Jugendlichen unter 15 Jahren, während die Zahl der Alten über 60 Jahre sehr gering war. Dies bestätigt wiederum, daß die biologische Kraft der Volksgruppe bis in die Nachkriegszeit hinein völlig ungebrochen war.

Übersicht 2. Altersaufbau der Wolgadeutschen im Jahre 1920

Altersklasse	absolut	v. H.
0— 1	15424	3,4
2— 7	95450	21,1
8—14	91632	20,1
0—14	202506	44,6
15—19	51154	11,3
20—59	169547	37,5
über 60	29262	6,5
Erwachsene ab 15	249963	55,3

Zugleich aber haben die Kolonien ihre deutsche Eigenart treu bewahrt. Auch die unausgesetzten Bemühungen der kaiserlichen Regierung, namentlich in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege, hatten in den Dörfern trotz ihrer völligen Isolierung keine sichtbaren Spuren eines Erfolges der erstrebten Russifizierung hinterlassen. Die Jugend hatte zwar in den Staatsschulen nunmehr auch Russisch gelernt, was die früheren Generationen nicht konnten. Sie war damit dem Leben ihrer Umgebung nicht mehr so entrückt, wie vordem. Aber man sprach untereinander nur deutsch und hatte vorwiegend Verkehr mit den Volksgenossen. In den

[1] Die mehrfach im Schrifttum niedergelegte Angabe, daß vor dem Kriege mehr als $^1/_2$ Million oder gar 750000 Deutsche an der Wolga gelebt hätten, ist sicherlich falsch. Derartige Berechnungen zählen die Auswanderer mit, was z. T. wohl darin seine Ursache hat, daß diese bei ihrem Weggang aus dem Dorfe nicht auf ihren Bodenanteil verzichteten und daher auch weiterhin der Landgemeinde angehörten.

Gemeinden hatten Fremdvölkische keinen Eingang gefunden und eine Mischehe gehörte auf dem Lande zu den Seltenheiten. In den Städten war dies allerdings wesentlich anders. Der soziale und kulturelle Aufstieg wurde fast stets mit dem Verlust des Volkstums erkauft, zumal die Erwerbung einer höheren Bildung nur durch den Besuch russischer Anstalten zu erlangen war. Erst kurz vor dem Weltkriege hatte sich eine ganz dünne Schicht einer deutschbewußten Intelligenz gebildet. Einzelne fanden zu ihrer weiteren Ausbildung auch den Weg nach Deutschland. Schüchterne Verbindungen mannigfacher Art ins Reich begannen sich anzuspinnen, so daß 1917 doch ein kleiner Kreis von Männern vorhanden war, die den Kolonisten hätten Führer sein können, wenn nicht der Sieg des Bolschewismus in Rußland alle diese Pläne vereitelt und ihre wirtschaftliche wie ihre völkische Zukunft zerstört hätte. Aber auch die erste Zeit kommunistischer Herrschaft hatte im ganzen noch keine wesentliche Änderung hervorgebracht, wenn auch die Regierung der Wolgarepublik trotz ihrer angeblichen „nationalen Selbständigkeit" mehr und mehr ins russische Fahrwasser geriet. Der Bauer auf dem Lande blieb unverändert deutsch, woher sicher ein wesentlicher Teil des Hasses und der durch ihn bedingten Verfolgungen rührt. Erst die allerletzten Jahre haben hier eben durch die mit der Kollektivierung einhergehende Auflösung der Dorf- und Familiengemeinschaft einen Wandel gebracht. Denn die Vermischung der verschiedenen der Wolgarepublik angehörenden Volksgruppen in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, vor allem aber die in den Kommunen erzwungene Erziehung der Kinder außerhalb des Elternhauses mußte schließlich zur Vernichtung des Deutschtums führen, wenn auch zur Erzielung entscheidender Veränderungen die Zeit der Einwirkung noch zu kurz gewesen war.

So ist das Deutschtum an der Wolga nach einer langen harten Geschichte voller Not und Mühe, in der es die seinen Vorfahren gestellte Aufgabe der Urbarmachung der ihnen übergebenen Teile der russischen Südoststeppe erfüllte, soweit es in seinen Kräften lag, und zugleich an seiner angestammten Sonderheit zäh festhielt, nur durch den Bolschewismus vernichtet und jetzt auch von seinem Heimatboden vertrieben worden. Ob seinen übriggebliebenen Resten noch eine Zukunft beschieden ist, hängt allein von dem Schicksalskampf Europas ab, in dessen Entscheidung die Welt heute steht.

1870/71 im Erlebnis der Siebenbürger Sachsen

Von Oskar Wittstock, Kronstadt

Motto: „Das Herz hat mitgeschlagen."
(Hammerling)

I.

In dem Leben jedes Volkes gibt es schwerwiegende Ereignisse, die ein besonders kraftvolles Hervortreten des völkischen Empfindens zur Folge haben. Die Art, in der die im Ausland siedelnden Volksgruppen sich an den Wendepunkten der politischen und der Geistesgeschichte zum Schicksal ihres Muttervolkes bekennen, die Entschiedenheit, mit der sie die dort im Gange befindlichen Auseinandersetzungen miterleben, sind in den meisten Fällen ein untrüglicher Gradmesser für ihre völkische Zuverlässigkeit und den Stand ihrer Bildung. Die Richtigkeit dieser Behauptung kann durch eine ganze Anzahl bedeutsamer Vorfälle aus der Geschichte der ältesten deutschen Volksgruppe Europas, der der Siebenbürger Sachsen, bestätigt werden. Aus ihrer Reihe wird im folgenden ein Ereignis herausgegriffen, dem für die Gesamtnation größte Bedeutung zukommt; es ist dies der Krieg 1870/71, der dem deutschen Volke in dem damals erreichbaren Ausmaß die Einigung brachte, so daß es in die Lage versetzt wurde, den Platz der führenden Kontinentalmacht Europas einzunehmen. Aus unsern Darlegungen, die sehr verschiedene Quellen zu Worte kommen lassen, wird hervorgehn, daß Hoch und Niedrig, Bürgertum und Bauerntum der deutschen Volksgruppe Siebenbürgens trotz gewaltiger räumlicher Entfernung vom Mutterlande und trotz der ganz gegenteilig eingestellten andersprachigen Umgebung mit solch einmütiger Begeisterung die unvergleichlichen Ereignisse des deutschen Siegesjahres miterlebten, daß ihre Haltung auch heute noch Anerkennung verdient.

Schon drei Jahrzehnte vorher war das Mitgehn der Siebenbürger Sachsen mit der politischen und geistigen Entwicklung der Verhältnisse im Reiche besonders lebhaft gewesen. Es geschah dies während der vierziger Jahre, als in allen deutschen Gauen kraftvolles Freiheitssehnen und völkisches Erwachen sich zeigten. Diese Strömungen, die der Zeitgeist in allen europäischen Ländern rasch erstarken ließ, gaben auch in Siebenbürgen dem gesamten öffentlichen Leben, das seit einem Menschenalter durch das Metternichsche System in Fesseln geschlagen worden war, sein kennzeichnendes Gepräge. Das politische Schrifttum erlebte hier und auch sonstwo eine Blütezeit. Einen besonders lebhaften Widerhall löste das von dem hochbegabten Volksmann Rektor Johann Friedrich Geltch[1] herausgegebene „Liederbuch der Siebenbürger Deutschen" aus, für das eine ganze Anzahl von Verfassern ihre Beiträge zur Verfügung gestellt hatten. Unter ihnen errang die Palme Max Moltkes gehaltvoller Sang „Siebenbürgen, Land des Segens", der zur Nationalhymne der Sachsen erhoben wurde. Aber auch andere Lieder dieser Sammlung wurden Jahrzehnte hindurch gern gesungen, sie alle waren auf den Grundton gestimmt, daß das sächsische Volk ein deutsches sei und daß es deutsch bleiben wolle. Ernst Moritz Arndt widmete dem Büchlein anerkennende Worte und kennzeichnete treffend seinen Zweck „es wolle für sächsisches und deutsches Wesen entflammen, die herrlichsten und großartigsten Momente aus der freien Staatsverfassung der Sachsen in den erhabenen Talar der Dichtung kleiden, deutsches Recht und deutsches Gesetz in seiner Urklarheit und Urechtheit im Liede heraufbeschwören, die Heroen aus ihrer Geschichte besingen und auf solche Weise namentlich das Gemüt der Jugend für alles Schöne und Erhabene begeistern, zu gleicher

[1] J. F. Geltch, Liederbuch der Siebenbürger Sachsen. Hermannstadt 1847 und 1851.

Tat anfeuern und die Zukunft des Volkes sichern“ [2]. Als dann nach langen Vorarbeiten die Einigung der deutschen Stämme unter einem zu wählenden Reichsoberhaupt nahegerückt schien, legte die deutsche Volksgruppe Siebenbürgens in vorbildlicher Weise ihr Bekenntnis zur deutschen Gesamtnation, die damals in der Bildung begriffen war, ab. Die seit Jahrhunderten führende politische Körperschaft der sächsischen Nation, die das Recht der Landstandschaft besaß, die meistens in Hermannstadt zusammentretende Nationsuniversität, schickte 1848 zwei Deputationen an das erste deutsche Parlament, das mittlerweile in der Frankfurter Paulskirche zusammengetreten war. An der Spitze einer Viererabordnung überreichte Geltch, der sich wieder einmal als hinreißender Redner bewährte, als „Abgeordneter des siebenbürgisch-deutschen Volkstums“ dem Frankfurter Parlament eine Denkschrift, die von dem Nationsgrafen Franz von Salmen und sämtlichen Vertretern der elf Kreise (Verwaltungsgebiete) der sächsischen Nation unterzeichnet war. In ihr wurden die Bedingungen der von den Madjaren verlangten Vereinigung des Großfürstentums Siebenbürgens mit dem Königreich Ungarn, die beide unter Habsburgs Szepter sich befanden, behandelt und es wurde um tatkräftige Hilfe für die Stunde der drohenden Gefahr gebeten. Obige Denkschrift wurde unter den Mitgliedern des Frankfurter Parlaments verteilt, ferner händigte Geltch dem Präsidenten einen schriftlichen Antrag ein, der dahinging, es möge zwischen Deutschland und Ungarn ein Staatsvertrag geschlossen werden, der den Sachsen ihre Verfassung und ihr Volkstum garantiere. Zu derselben Zeit ungefähr wandte sich der damals neugegründete Deutsche Jugendbund in Siebenbürgen, zu dessen erstem Vorsteher der bekannte Volksheld Pfarrer Stephan Ludwig Roth gewählt worden war, mit einem begeisterten und begeisternden Grußwort an die Deutsche Nationalversammlung der Paulskirche. Selten fand das Bekenntnis einer auslanddeutschen Volksgruppe zum großdeutschen Gedanken in solch flammender Weise Ausdruck, als es hier der Fall war. Aus dieser Adresse, die ein ewiggültiges Dokument der sächsischen Geschichte darstellt, seien folgende Sätze herausgegriffen: „Wir aber erblicken in der Vollendung des begonnenen Neubaues auch eine Bürgschaft unseres eigenen nationalen Fortbestandes, eine Stütze unserer eigenen deutschtümlichen Fortentwicklung. Das große deutsche Volk hat seine Wurzeln unter Meeren und Gebirgen weithin ausgebreitet. Alle Welt ist deutscher Kinder voll. Auch wir sind Sprößlinge dieser Wurzeln. Geographisch getrennt und auf der Oberfläche des Bodens ohne sichtbare Verbindung mit dem Mutterlande leben wir doch durch die Presse, durch die Universitäten, durch Wanderungen unserer Gewerbsleute, durch Erinnerungen der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft mit und durch Deutschland. Unser Stolz ist dahin, wenn Deutschland zerbröckelt wird, wir werden stark, wenn Deutschland es ist.

Wir wollen sein und bleiben, was wir immer gewesen sind, ein ehrlich deutsches Volk und auch ehrliche und treue Bürger desjenigen Staates, dem wir angehören. Eines verträgt sich sehr gut mit dem anderen: ja, eins ist uns nur möglich bei dem andern.“

Die gedankenreiche Adresse, der diese Sätze entnommen wurden, schließt, nachdem die Bitte ausgesprochen worden war, „der entfernten Kinder nicht zu vergessen“, mit folgenden Worten: „Heil dem Reichsverweser, Heil unserem Muttervolk, Heil der Versammlung, die ein einziges, starkes und freies Deutschland gründen soll für immer und ewige.“ [3]

Die angeführten drei Eingaben lösten in weiten Kreisen des Mutterlandes solch lebhaften Widerhall aus, daß J. Fr. Geltch in der Lage war, nach wenigen Monaten folgende Broschüre der Öffentlichkeit zu übergeben: „Deutschländisches Adressenalbum an das Siebenbürgische Deutschtum. In der Sturm- und Drangperiode des Jahres 1848 seinem teuren und heißgeliebten Volkstum überbracht und geweiht.“ (Hermannstadt, Verlag Hochmeister.)

Der Traum, die Einheit Deutschlands verwirklicht zu sehn, der in der Paulskirche in so beredter Weise Ausdruck gefunden hatte, und der unzählige deutsche Herzen im Mutterlande und in den Siedlungen des Auslanddeutschtums hatte höher schlagen lassen, war bald aus-

---

[2] Friedrich Teutsch, „Geschichte der Siebenbürger Sachsen“, 3. Bd. Hermannstadt 1910, S. 191.

[3] Obige Adresse, die von Heinrich Joachim Wittstock entworfen worden war, unterfertigten „Im Namen des Deutschen Jugendbundes in Siebenbürgen“ Stephan Ludwig Roth und Johann Fabini. Sie wurde letztmalig ohne Streichungen veröffentlicht in der Zeitschrift „Klingsor“, Kronstadt, November 1939, S. 318ff.

geträumt. In Siebenbürgen waren die begeisterten Volksgenossen durch einen blutigen Bürgerkrieg vor sehr harte Aufgaben gestellt worden. Nach seiner Niederringung, die bekanntlich mit russischer Hilfe erfolgte, lastete die Hand des österreichischen Absolutismus schwer auf dem an staatliche Unabhängigkeit gewohnten Lande. Trotz schwerer Enttäuschungen und Heimsuchungen blieb aber die einmal erwachte Sehnsucht nach großdeutscher Volksgemeinschaft in den Reihen des Sachsenvolkes lebendig. Sie trat in überwältigender Weise in Erscheinung, als das gewaltige Ringen zwischen Frankreich und Preußen und seinen Verbündeten begann. Sofort versetzte es ganz Europa in Erregung, von der auch die Völker der österreichisch-ungarischen Monarchie rasch erfaßt wurden. Mit ihrer ehrlichen Begeisterung für die deutsche Sache standen die Sachsen in ihrer engeren Heimat völlig vereinzelt da. Weite Kreise der Ungarn und Rumänen gefielen sich in einer franzosenfreundlichen Haltung, und dieselbe Einstellung legte der größte Teil der k. u. k. Offiziere an den Tag, der die Niederlage, die von den siegreichen preußischen Armeen der Monarchie bereitet worden war, nicht verwinden konnte. Um so anerkennenswerter war das entschiedene Bekenntnis der sächsischen Volksgruppe zu dem angestammten Mutterlande, das einmütig erfolgte, obwohl eine große Anzahl ihrer Söhne auf den böhmischen Schlachtfeldern ihr Leben hatte opfern müssen.

„Vieles hat der Deutsche sich selbsttätig auf eigne Hand verschafft. Eines hat er lange entbehrt, den edlen Stolz auf die politische Geltung seiner Nation. Jetzt fühlt er das Glück, so voll, so mächtig! Aber keiner mehr als die Deutschen in der Fremde." So ungefähr schrieb Gustav Freytag, als vor einem Jahrzehnt mit dem Boten des Frühlings die glückverheißende Friedenskunde durch die Welt ging. „Und der Gruß, den das neuerstandene Deutschland durch einen seiner Besten den Volksgenossen in den fremden Reichen entbot, er galt auch der standhaften deutschen Wacht im Lande der Karpaten und den wankenden deutschen Reihen im Ungarland. Das deutsche Herz und das deutsche Blut der Siebenbürger Sachsen hatte sich freudig zu erkennen gegeben durch Wort und milde Tat. Dort gab's kein Bauernhaus, keine Bauernhütte, in denen die Herzen nicht höher geschlagen, als die Kunde kam von den Taten ihrer Brüder. Und in den Städten begrüßten sie mit stolzem Jubel die Botschaft von den ehrenreichen Schlachten, in freudevoller Bewegung feierten sie die Auferstehung des Deutschen Reiches. Hochlodernde Feuerzeichen verkündeten von den Höhen auch dem entlegensten Dorfe, daß die Schlachten zu Ende, daß ein verheißungsvoller Friede geschlossen worden sei." [4]

Dieser aufschlußreiche Rückblick auf jene ereignisreiche Zeit wurde ein Jahrzehnt nach dem Kriege von einem der hervorragendsten sächsischen Gelehrten geschrieben. Die folgenden Ausführungen verfolgen den Zweck, den Nachweis zu erbringen, daß sein Urteil Punkt für Punkt zutrifft und daß tatsächlich für die Haltung des ganzen Sachsenvolkes in jener sturmbewegten Zeit das Dichterwort zutrifft: „*Das Herz hat mitgeschlagen!*" (Hammerling). Diese einmütige Einstellung gegenüber dem gewaltigen Zeitgeschehen wurde vor allen Dingen durch die mutige Haltung der Presse der Volksgruppe gewährleistet, die in jener außerordentlichen Zeit sehr viel dazu beitrug, daß der einzelne zu den umwälzenden Geschehnissen jener Tage das richtige Verhältnis fand. Das Hauptverdienst, die völkische Ertüchtigung mit besonderer Hingabe gefördert zu haben, gebührt dem damals führenden Organ, dem Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatt, das in Hermannstadt erschien und das Anfang 1874 in das Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt umgewandelt wurde. Seine Leitung lag in den Händen Franz Gebbels, der nicht nur zufolge der Vielseitigkeit seines Wissens und der Klarheit seines politischen Urteils, sondern auch zufolge der Lauterkeit seiner Gesinnung zu den berufensten Führern gehörte, die an der Spitze der Volksgruppe je standen. Ihm war es zu danken, daß die Aufsätze des „Wochenblatts", die die Schaffung der deutschen Gesamtnation begleiteten, immer wieder eine hohe Stufe politischer Einsicht verkörpern, deren Treffsicherheit und Weitblick den Leser oft geradezu verblüffen. Ferner war es Gebbel gelungen, einen Stab von Mitarbeitern zu gewinnen, der mit ihm, was völkische Zuverlässigkeit und Begeisterungsfähigkeit anbelangt, wetteiferte. Einer der Letzteren findet geradezu prophetische Worte, die kurz nach Kriegsausbruch veröffentlicht wurden:

---

[4] Karl Ludolf (Pseudonym für Johann Wolff), Der Sprachen- und Völkerkampf in Ungarn. Leipzig 1882, Oswald Mutzes Verlag, S. 1.

„Es ist wie die Fügung einer gütigen Vorsehung zunächst für Deutschland, aber damit für ganz Europa, daß es gerade in dieser Zeit einen König Wilhelm und seinen Bismarck gibt. Die Einigung Deutschlands war eine Notwendigkeit für Deutschland und die Welt. Daß diese Einigung nur ‚durch Blut und Eisen' möglich geworden, ist nicht ein Vorwurf für Bismarck, sondern für alle Gegner dieser Einigung. Die Hohenzollern und auch König Wilhelm haben, wie alle Menschen, auch ihre Fehler, aber sie haben — und König Wilhelm voraus — unendliche Verdienste um Deutschland und Europa und um die allgemeine Bildung, und ihr Streben ist von jeher deutscher gewesen als das aller anderen Herrschergeschlechter. Die Geschichte wird einst nicht anders urteilen können, als daß die Mission zur Einigung Deutschlands in der Tat ihnen gebührte."[5] Seinen journalistischen und zugleich volkserzieherischen Aufgaben wurde das Wochenblatt um so mehr gerecht, als es seiner Leitung gelungen war, in Wien und Budapest treffliche Korrespondenten zu gewinnen. Im Folgenden gelangt der Budapester Vertreter zu Worte: „Gewiß mit hoher Befriedigung und berechtigtem Selbstgefühl sieht das Volk der Deutschen und seine dem Volksgeist entgegenkommenden Fürsten die mächtigen Resultate dieser Einmütigkeit, des festen treuen Zusammenstehens der lang getrennten deutschen Stämme, sieht und fühlt die Welt, die unwiderstehliche Macht eines großen, in sich genialen, seiner Aufgabe und Ziele bewußten Kulturvolkes von 40 Millionen, welches heute für die Integrität des frevlerisch bedrohten deutschen Gebiets, für die Ehre des deutschen Namens unter den Waffen steht. Jedem von den Vielen, in kleineren und größeren Gruppen weithin über den ganzen Erdkreis verteilten tausend und aber tausend Söhnen des deutschen Volkes schlägt heute höher das Herz im Hinblick auf das deutsche Mutterland, welches ungerechtem Angriff gegenüber wie ein Mann sich erhoben, zum Kampf für seine gerechte Sache, zum Schutz der Ehre des deutschen Namens eine Summe physischer, moralischer und geistiger Kraft entfaltet hat, stark genug, um einem mehr als dreifach stärkeren Angriff die Spitze zu bieten und den Triumph der guten Sache zu verbürgen."[6] Den folgenden Worten kommt geradezu seherhafte Bedeutung zu, da sie nicht nur für jene Zeit, sondern vielmehr noch für die Schaffung eines zukünftigen Europas, zu der das Schicksal die Geschlechter der Gegenwart aufruft, erhöhte Wichtigkeit besitzen: „Die Einigung des allzulang durch kleinliche Schranken getrennten deutschen Volkes, die Entwicklung einer imposanten deutschen Zentralmacht im Herzen Europas ist die sicherste Gewähr nachhaltig dauernder Friedenszustände, gedeihlicher Entfaltung der allgemeinen Völkerfreiheit. Wenn das geniale, freiheitlich starke und friedliebende Deutschland an der Spitze der Zivilisation marschiert und in Europa die erste Rolle spielt, wenn das deutsche Volk mächtig durch seine Zahl, seine Bildung, seinen Fleiß und seine Friedensliebe sich selbst von allen freiheitsfeindlichen Fesseln befreit, dann erst kann und wird in dem alten, vielzerklüfteten Europa die allgemeine Völkerfreiheit erblühn und vor räuberischem Angriff sicher der Kleine wie der Große in ungestörter Ruhe naturgemäß sich entfalten, kräftigen und gedeihen können." Fürwahr, die unerläßliche Vorbedingung für die Schaffung eines entwicklungsfähigen zukünftigen Europa kann nicht klarer erkannt und zuversichtlicher ausgesprochen werden, als es hier in den Spalten des Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatts vom 24. August 1870 geschah[7].

Ein Meisterstück volksdeutscher Journalistik ist der knappe, aber gedankenreiche Aufsatz, in dem die Kapitulation von Sedan gefeiert wird. Sein Thema lautet: Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Der einzigartigen Bedeutung der sittlichen Kräfte im Völkergeschehn wird hier das Wort geredet: „Das ist das Großartige, das weithin in die dunkle Nacht der Gegenwart mit neuer Hoffnung Aufleuchtende, das die wahrhaft tiefe Weihe der gewaltigen Tat, daß der geeinigte deutsche Volksgeist es ist, daß die in der Seele dieses

[5] Siebenbürgisch-Deutsches Wochenblatt vom 17. August 1875, S. 519, Spalte 1.
[6] Wochenblatt, 1875, S. 533, Spalte 2.
[7] Ebendort S. 533, Spalte 2.

Volkes lebendigen und schaffenden sittlichen Mächte es sind, die die finsteren Dämonen gallischen Übermuts und napoleonischer Selbstvergötterung, die ihm mit frechem Hohn allen künftigen Anspruch auf Selbstachtung in den Staub treten wollten, mit blutiger Züchtigung niedergeworfen haben." (Sperrungen im Original vorhanden)[8]. Die errungene Großtat aller deutschen Stämme wird schließlich verherrlicht, weil sie „mit ihrem Herzblut Europa von der Diktatur der Lüge gerettet haben". Bald darauf wird höchst schwungvoll die Eroberung Straßburgs gefeiert. Diesmal sind die Ausführungen auf den Leitgedanken „Ein Volksrecht verjährt nicht" aufgebaut. Dann versichert der Verfasser: „Uns Sachsen aber weht vor vielen Anderen aus Straßburgs Rückkehr in die alte Heimat geradezu ein Hauch der Befriedigung an, der mit aus dem Gefühl der Dankbarkeit entspringt, die wir der Stadt schulden, welche seit der Reformation Menschenalter lang an den Spitzen deutscher Schul- und Geistesbildung stand. Aus ihren Quellen haben damals auch die Söhne unseres Volkes getrunken. Vom „Geisteshauch des großen Straßburger Rektors Johannes Sturm haben auch unsere alten Schulmänner sich genährt, von der weithin leuchtenden Hochschule der freien deutschen Reichsstadt auch unsere Jünglinge zahlreich ehemals die Schätze der deutschen Wissenschaft in die Schulen und Kirchen und Rathäuser der fernen deutschen Karpatenländer heimgebracht"[9].

Was die heimische Presse bot, wurde unausgesetzt ergänzt durch die Lektüre reichsdeutscher Zeitungen und Zeitschriften. Unter letztern erfreute sich die „Gartenlaube" der größten Verbreitung, es gab kaum ein Dorf, in dem nicht wenigstens ein Exemplar seinen Bezieher gefunden hätte. Die ABC-Schützen verdoppelten ihre Bemühungen, um möglichst bald so weit zu gelangen, die von Alt und Jung mit Ungeduld erwarteten Blätter lesen zu können. (Mitgeteilt durch Pfarrer i. R. Gustav Lander-Kronstadt.) Ihre Beiträge lösten immer wieder ein kräftiges Echo aus. In wie hohem Maße Stadt und Land an dem großen Geschehen Anteil nahm, geht aus der folgenden Korrespondenz hervor, die ein Bild zeichnet, das sich damals Woche für Woche in vielen sächsischen Dörfern wiederholte. „Aus Kleinschenk." „Nun noch ein Bild aus unserer Gemeinde in diesen Wintertagen in kurzen Strichen. Es ist wieder Abend, Leseabend. In der größten Klasse der Schule versammeln sich die lese-, lern- und unterhaltungsbegierigen Männer, Jung und Alt, in der Mitte an der Tafel die 20 Mann starke, wacker vom Chorführer geschulte Liedertafel, Beleuchtung, Bücher, Zeitungen usw. schafft der Pfarrer und beginnt mit der Wochenschau — erzählend vom deutschen Krieg — und es gibt das Blut, das Herz sich zu erkennen. Wie horcht alles, deutsches Bewußtsein spricht aus dem Angesicht und Weh blickt aus den feuchten Augen, das liebe Wochenblatt wirkt auf Geist und Herz. ‚Inzucht des Rindes' wirkt und faßt, sie sprechen darüber. Praktischer Landwirt wird meistens verstanden, obgleich verschieden sind die bäuerlichen Verhältnisse Österreichs, Gartenlaube spricht allen zum Herzen, doch die Lampenflammen wollen verlöschen, die Luft ist dick. Mancher nickt ein, des Vortrags Stimme ermattet, die noch offenen Augen sehen trüb, als hätten sie gar nichts verstanden. Wie sinkt der Mut, die Lust dem Leseabendhalter. Ein wahrer Märtyrer der modernen Volksbildung sitzt er da. Doch die Türe auf — Liedertafel stimmt an: ‚Die Wacht am Rhein', alles reckt sich, frisch die Luft, frisch die Augen, frisch die Aufmerksamkeit, frisch der Berichterstatter: er berichtet über die Vieh- und Obstausstellung in Großschenk. Zwei von uns haben den Preis erhalten, einer zehn Dukaten. Ferner konnten 150 Herbst- und Winteräpfelsorten ausgestellt werden. Wie horchen sie des Berichts, des Lobes, und jeder nimmt des Pfarrers Wort zu Herzen: jeder Mann, Jüngling, Knabe muß jährlich wenigstens 10 Bäume setzen und pfropfen. ‚Barfüßele' von Auerbach ist zum Vorlesen an der Reihe, körnig, lieb dringt des Bauers Wort in des Bauers Herz, so daß sie nicht heim wollen, sondern die Vorlesung verlängern."[10]

Verantwortungsbewußte Erzieher taten das ihrige, damit das heranwachsende Geschlecht zu den gewaltigen Ereignissen die rechte Einstellung finde und daß es in seiner völkischen Ge-

[8] Wochenblatt, S. 562, Spalte 1.

[9] Wochenblatt, S. 626, Spalte 2.

[10] Wochenblatt, 1871 vom 11. Januar, S. 26. Man beachte den geschickten Aufbau des dörflichen Leseabends: Politik, Landwirtschaft, volknahes Schrifttum.

sinnung gestärkt werde. Johann Wolff, einer der verdienstvollsten sächsischen Schulmänner, der Begründer des siebenbürgisch-deutschen Wörterbuches, berichtet in seinem „Curriculum vitae": „Ich nahm nach wie vor regen Anteil an dem öffentlichen Leben und an der öffentlichen Arbeit. Es war eine saure und doch so einzig große Zeit, wo ich mitten in den Schulprüfungssorgen mit meinen Schülern fast Sonnabend für Sonnabend hinauszog ins Weite und jubelnden Herzens mit den wackeren Jungen Freudenfeuer ob der großen deutschen Taten anzündete auf unseren Bergen und Sieges- und Friedensreden hielt im Bürgervereine und oben in der Burgruine am Mühlbach. Eine einzige magyarische Zeitung nahm von den hochlodernden Siegesfeuern Notiz und ging mit einigen harmlosen Spöttereien darüber hinweg" ...[11]

Die Unmittelbarkeit des Miterlebens erfuhr eine wesentliche Steigerung durch die zahlreichen Briefe, die in dieser Zeit mehr denn je zwischen Siebenbürgen und dem Mutterlande gewechselt wurden. Schreiben, die irgendwie in die Einzelheiten des Krieges anschaulich Einblick gewährten, wurden in der heimischen Presse gebracht und bildeten den Gesprächsstoff weiter Kreise. Dies gilt wohl in besonderem Maße von dem Brief, den die Schriftleitung des Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblattes mit folgenden Worten einleitete: „Vielleicht der einzige Siebenbürger Sachse, der die Ehre hatte, an dem gegenwärtigen Kriege im deutschen Heere teilzunehmen, ist Herr Fridolin Zekeli aus Schäßburg, dessen auf dem Felde der Wissenschaft rühmlich bekannter Vater, Dr. Friedrich Zekeli, in Berlin als Professor lebt. Unser junger Landsmann war zu Ostern bei dem 2. Garde-Regiment zu Fuß als Freiwilliger eingetreten und — wie sein Vater schreibt — ‚bei seiner Länge als Flügelmann der 1. Kompagnie des 1. Bataillons ganz besonders gedrillt worden'. Voll stolzer Freude, gegen den alten Erbfeind mit zu Felde ziehen zu können, erhielt er am 30. Juli die Marschordre. Das folgende Schreiben schildert nun sehr anschaulich die Erlebnisse des jungen Vaterlandverteidigers, der bei dem Sturm der Garde auf St. Privat einen Schuß in den linken Unterschenkel erhielt, so daß seine weitere Teilnahme am Feldzug zu seinem Leidwesen unmöglich wurde[12]. Elektrisiert durch die hinreißende Losung

‚Zum Rhein! Übern Rhein!
Alldeutschland in Frankreich hinein' (E. M. Arndt)

versuchte eine ganze Anzahl sächsischer Studierender, die an reichsdeutschen Hochschulen inskribiert waren, als Freiwillige in die preußische Armee aufgenommen zu werden. Die Durchführung ihrer Absicht aber scheiterte an der Haltung der k. u. k. Konsulate, die ihnen die Genehmigung zum Eintritt in eine ausländische Armee verweigerten. Diese Enttäuschung erlebten beispielsweise der Jenenser Musensohn Adolf Heltmann und seine dortigen sächsischen Commilitonen, die sich damit begnügen mußten, die Schlachtfelder von Weißenburg und Wörth zu besichtigen. Auf der Rückreise besuchten sie auch Kassel, hierbei hatten sie Gelegenheit, in dem nahen Wilhelmshöhe den dort internierten Kaiser Napoleon III. zu Gesicht zu bekommen[13].

Mittlerweile stand das ganze öffentliche Leben der deutschen Volksgruppe Siebenbürgens, obwohl ihre Heimat vom Kriegsschauplatz wahrlich weit genug entfernt war, in steigendem Maße im Zeichen der steten Teilnahme am Kriegsgeschehen. „‚Die Wacht am Rhein' wurde auf alle Gassen gesungen, so wie Gellert hier, wenig später wie in Deutschland, Modedichter war, Schiller und Goethe wie in Deutschland hier die Herzen erhoben hatten."[14] Das Bedürfnis, zur großdeutschen Sache sich zu bekennen, regte sich in allen Schichten, und es ließ sich auch dort vernehmen, wo man auf den Widerspruch der andersprachigen Mitbürger stieß, von denen viele ihrer franzosenfreundlichen Einstellung nur sehr ungern den Abschied gaben. Dies geht aus den folgenden Zeilen eines „Reiseberichts aus dem Mittellande" her-

[11] Veröffentlicht in der Zeitschrift „Klingsor", Kronstadt, Heft 4 und 5, 1937, Sonderdruck S. 6 unter dem Titel: „Skizze meines Lebens" von Johann Wolff.

[12] Wochenblatt, 1870, S. 566 ff.

[13] Mündlich mitgeteilt durch den Sohn A. Heltmanns, durch den Kronstädter Professor Adolf Heltmann.

[14] Friedrich Teutsch, Die Siebenbürger Sachsen in den letzten fünfzig Jahren (1868—1919), IV. Bd. der „Sachsengeschichte". Hermannstadt, Verlag W. Krafft, 1926, S. 378.

vor, die ein aufschlußreiches Stimmungsbild entwerfen. Der Reisende schilderte die Verhältnisse, die er in Reps, einem zwischen Kronstadt und Schäßburg liegenden Marktflecken, vorgefunden hatte: „Für Politik scheinen sich die Repser mehr zu interessieren. So hörten wir einigemale mit stillem Vergnügen zu, wie in dem sonst so einsamen Lokal der ‚Krone' die lebhaftesten Diskussionen über den jetzigen Krieg geführt wurden, und bewunderten den Eifer und die lebhaften Sympathien, welche auch hier der deutschen Sache in richtigem Verständnis gewidmet wurden. Dabei waren, wenn auch im kleinsten Maßstabe, zugleich alle Nationalitäten und Parteien des Landes vertreten, die selbst nach dem heftigsten Disputat als die besten Freunde auseinandergingen, um am nächsten Tage den Kampf doch wieder aufzunehmen." [15]

II.

Freilich nicht immer erfolgten die politischen Auseinandersetzungen in solch freundschaftlichem Geist, wie dies der Reiseberichterstatter in der Marktgemeinde Reps erleben konnte. Im Gegenteil, oft nahmen sie leidenschaftliche Formen an, und dies ist völlig begreiflich, wenn man sich die Umstände vor Augen hält, unter denen die politische Urteilsbildung der andersprachigen Volksgruppen erfolgte. Die siebenbürgischen Rumänen standen ganz unter dem Einfluß der Blätter, die aus dem Fürstentum Rumänien den Weg in ihre Mitte fanden. Die Bukarester Zeitungen aber wetteiferten untereinander in einer deutschfeindlichen Haltung. Daher sah sich der „Lloyd de Bukuresti" vom 25. September 1870 veranlaßt, der dortigen Presse folgende Vorstellungen zu machen: „Eine vollkommen unmotivierte Erscheinung ist die Haltung des größten Teiles unserer Tagespresse, vom Beginne des deutsch-französischen Krieges an, bis auf den heutigen Tag. Wir haben es zu wiederholten Malen schon ausgesprochen, daß wir die Sympathien begreifen und natürlich finden, die die Rumänen Frankreich und der französischen Nation entgegentragen. Allein um so unnatürlicher und allen Grundes entbehrend ist der maßlose Haß, sind die Insulten und Verleumdungen, die mit seltener Ausdauer gegen Deutschland und die Deutschen gerichtet wurden und heutigen Tages noch gerichtet werden. Wir haben mit Genugtuung einen Artikel in unserer vorletzten Nummer veröffentlicht, der aus der Feder eines Rumänen geflossen, welcher für die Deutschen und ihre Sache aus eigenem Antrieb eine Lanze eingelegt. Es bleibt nur zu bedauern, daß der Verfasser jenes deutsch-freundlichen Artikels, der den Mut hatte, den Deutschen und ihrer Sache Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, vereinzelt hierzulande dasteht usw. usw." [16]

Ähnlich war die Einstellung des madjarischen Volkes gegenüber den kriegführenden Parteien. Der Pester Korrespondent des Wochenblattes berichtet am Anfang des gewaltigen Ringens: „Mit sehr geteilter Stimmung sieht man hier, in der Hauptstadt Ungarns, auf das große Kriegsdrama, das sich eben abspielt." [17] Eine Warnung wie die folgende, die ein einsichtiger Volksvertreter im Pester Reichstag vernehmen ließ, fand nur ein zages Echo: „Nie und nimmer dürfen wir uns das Bewerfen mit Kot den Deutschen gegenüber erlauben, denn auf uns selbst fiele jeder Fleck zurück, dessen Spuren so schwer der Zeitstrom verwischt." (Kronstädter Zeitung vom 17. September 1870, S. 1.) Der Kaiser-König Franz Joseph hatte es durchgesetzt, daß der gemeinsame Staatsrat der Monarchie sich für eine unbewaffnete Neutralität aussprach, obwohl der österreichische Ministerpräsident Graf Beust, der die Niederlage von Königgrätz wettmachen wollte, im Anfang des Krieges sehr für ein Eingreifen an der Seite Frankreichs zu haben war.

Um so anerkennenswerter erscheint gegenüber der deutschfeindlichen Einstellung des überwiegenden Teiles der rumänischen und der madjarischen Presse die Haltung der sächsischen Blätter, die mannhaft die Auseinandersetzung mit den gegnerischen Stimmen aufnahmen und fortsetzten. Ende Juli 1870 veröffentlichte die „Kronstädter Zeitung" ein Flugblatt des nach-

[15] Wochenblatt, 1870, S. 666.

[16] Übersetzt ins Deutsche und vollinhaltlich abgedruckt „Kronstädter Zeitung" vom 28. September 1870, S. 2.

[17] Wochenblatt, 1870, S. 517.

maligen langjährigen Abgeordneten im Pester Reichstag, Guido von Baußnern, „Mahnruf an Ungarn", das großes Aufsehen erregte und auch die Regierung beschäftigte. In ihm forderte er die Madjaren auf, daß sie, sofern Napoleon siegreich in Deutschland vordringen sollte, „mit aller Macht und Kraft ihrem natürlichen Bundesgenossen Deutschland zu Hilfe eilen mögen, denn Ungarns Geschicke sind an Deutschlands Wohl und Wehe unlösbar gekettet". „Möchte namentlich Ungarns Volksvertretung davon durchdrungen sein, daß Ungarns Zukunft in Deutschland entschieden wird und möge sie daher in unserer tiefernsten Zeit im Interesse unseres teuren Vaterlandes die heilige Sache Deutschlands auf Ungarns Fahnen schreiben." Eindrucksvoll stellt Baußnern der ungarischen Nation ferner vor Augen, daß „es keine andere Macht als Deutschland ist, welche gegenüber Rußland mit Ungarn dieselben Lebensinteressen besitzt und daß somit die ungarische Nation nur mit Deutschland im Bunde den ihr von Rußland drohenden Gefahren kühn die Stirne zu bieten im Stande ist, so wie es Deutschlands Heere waren, welche Ungarn von der 150jährigen türkischen Knechtschaft befreiten".

Baußnerns Vorschlag, der von politischem Weitblick zeugt, fand auf madjarischer Seite keine Zustimmung. Die Regierung aber verkündete der Öffentlichkeit: „Da die ungarische Regierung den Neutralitätsbeschluß der k. k. gemeinsamen Regierung auf dem Reichstag feierlich proklamiert hat, demnach unter den gegenwärtigen Verhältnissen ähnliche Aufrufe als unzweckmäßig und taktlos nicht geduldet werden könnten, daher und mit Rücksicht auf die so wichtige und heikle, politische Frage ist mit Ministerialerlaß vom 1. August 1870 Zl. 1843 die Weisung gegeben worden, energische Verfügungen zu treffen, daß ähnliche Aufrufe verhindert werden." Der Schriftleiter des „Wochenblattes", in dessen Spalten diese amtliche Verlautbarung erschien, fügt die ironische Bemerkung hinzu: „Es ist ein wahres Glück, daß heute niemand mehr Lust hat, deutlich auszusprechen, daß die Interessen Ungarns eine Alliance mit Napoleon fordern, sonst würde die Regierung ihre Neutralität auch nach dieser Richtung zu verteidigen gezwungen sein." [18]

Gegenüber der häufig recht kurzsichtigen Einstellung der anderssprachigen Presse wurde das „Wochenblatt" nicht müde, für folgende politische Leitgedanken Verständnis zu erwecken:

„Die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer staatlichen Zusammenfassung seiner einzelnen Stämme einerseits und das Streben der Franzosen andererseits, diese werdende Einigkeit zu hintertreiben und zu hemmen, das sind die wahren Ursachen des jetzigen, so furchtbaren Krieges." „Soll denn Deutschland noch durch Jahrtausende in kleine Staaten zersplittert bleiben, damit Frankreich sich bei günstiger Gelegenheit immer neue Stücke Landes aneignen könne? Das gesamte deutsche Volk, ja das gesamte, selbst in allen den Volkssplittern, die über den Erdball zerstreut sind, antwortet in diesen Tagen mit einem entschiedenen, kräftigen Nein." [19]

Es macht dem politischen Weitblick des Leiter des „Wochenblattes", Franz Gebbel, alle Ehre, daß er als einer der ersten, was die Außenpolitik der Monarchie anbelangte, immer wieder das Betreten des Weges verlangte, der schließlich zum Abschluß des Dreibundes führte. „An Österreich-Ungarn ist es, ohne viel Fordern und Feilschen die Hand zu ergreifen, die allem Anschein nach heute von dem siegesbewußten Deutschland aus ehrlich herüber angeboten wird. Wenn die Magyaren das heute nicht einsehen, dann sehnen sie sich nach der Ehre eines polnischen Martyriums unter der russischen Knute." „Lassen die Magyaren es an dieser Politik fehlen, dann wird Rußland den Weg nach dem Bosporus und an die Donaumündung um ein gut Teil geebneter finden, und der slawische Ring um die Enkel Arpads sich bald so fest schließen, daß sie früher, als sie gedacht, wieder einmal vor dem Kampf um das Dasein stehn werden." [20]

Angesichts der Reife und Selbständigkeit des Urteils, die der politischen Haltung des „Wochenblattes" das Gepräge gaben und auf Grund der wahrhaft vorbildlichen, völkischen Zuverlässigkeit, von der jede seiner Nummern zeugte, machte das „Leipziger Zentral-

[18] Wochenblatt, vom 24. August 1871, S. 2.
[19] Wochenblatt, 1870, vom 7. September, S. 564, Spalte 2.
[20] Wochenblatt, 1870, vom 5. Oktober, S. 627, Spalte 2.

blatt" im Jahre 1871 die Bemerkung: „Kein reichsdeutsches Blatt hat mit mehr Verständnis den großen deutsch-französischen Krieg begleitet als das ‚Siebenbürgisch-Deutsche Wochenblatt'." [21]

Aber nicht nur in ihrer Presse, sondern auch durch Taten bekannte sich die Volksgruppe zur gesamtdeutschen Volksgemeinschaft, mit der man sich unlöslich verbunden fühlte. Am 18. September 1870 veranstaltete der „Kronstädter Musikverein" ein „Konzert zum Besten der verwundeten deutschen Krieger", die Vereine in den Schwesterstädten folgten gern diesem nachahmenswerten Beispiel. Die Kronstädter Gymnasiallehrer Ludwig Korodi und Heinrich Neugeboren hielten Vorträge, deren Erträgnisse dem gleichen Zweck zugeführt wurden. Ersterer sprach über Shakespeares „Macbeth", letzterer behandelte Schillers „Wallenstein" [22]. Ferner forderte der angesehne Verleger Johann Gött zu einer Zeichnung auf, indem er folgenden Appell an die Volksgenossen in den Spalten seines Blattes, der „Kronstädter Zeitung", erscheinen ließ: „Aufruf! Nachdem das deutsche Volk den Krieg, den Frankreich in gewohnter Selbstüberhebung zunächst mit Preußen begonnen, zu seiner eigenen Sache gemacht und dadurch zu einem Nationalkrieg, zu einem Kampf um die Existenz Deutschlands geweiht hatte, war es natürlich, daß die ebenso unerwarteten als glänzenden Siege der deutschen Waffen auch im Sachsenlande, unbeschadet seiner loyalen Anhänglichkeit an die Stephanskrone, den freudigsten Widerhall weckten. Wäre dies nicht der Fall gewesen, so wäre es ein Zeichen einer ebenso unnatürlichen, als verächtlichen Verleugnung des innigen und ununterbrochenen geistigen und gemütlichen Zusammenhanges, der trotz jahrhundertelanger Trennung die Tochter mit der Mutter noch heute verbindet. Die Teilnahme am Schicksal des Mutterlandes äußert sich aber bei uns nicht nur in der innigen Mitfreude, sondern auch in dem tiefen Mitleid, das wir besonders den verlassenen Witwen und Waisen der in gräßlichem Kampf auf fremdem Boden Gefallenen entgegenbringen." [23] Die durch Johann Gött eingeleitete Sammlung, über deren Fortschritte der Öffentlichkeit berichtet wurde, zeitigte ein gutes Ergebnis und fand in vielen Orten verständnisvolle Nachahmung.

Zu einem erhebenden Bekenntnis zu großdeutscher Lebensauffassung gestalteten sich die „Vereinstage" des Jahres 1870, die alle Teilnehmer zu ihren schönsten Erinnerungen zeitlebens zählten. Einem längst eingebürgerten Brauche folgend, hielten die führenden Vereine der Volksgruppe, der 1841 gegründete „Verein für siebenbürgische Landeskunde" und der „Gustav-Adolf-Verein" zur Unterstützung notleidender evangelischer Volksgenossen und ihrer Einrichtungen gemeinsam ihre Jahresversammlungen ab. Sie fanden diesmal in dem freundlichen Städtchen Sächsisch-Regen statt, dessen Bewohner in echt deutscher Gastfreundschaft sich überboten. Erwartungsvoll sahen die Festteilnehmer den vielversprechenden Veranstaltungen, die vom 13.—18. August dauerten, und dem Wiedersehen mit lieben Freunden entgegen. Der Hermannstädter Dechant Heinrich Wittstock schrieb an Franz Oberth (nachmals Kronstädter Stadtpfarrer): „Bis wir uns in Regen wiedersehn, wird die Weltgeschichte viele merkwürdige Ereignisse verzeichnet haben. Mögen dieselben unser deutsches Bewußtsein befriedigen durch preußische Siege, und unser menschliches durch die stets weiterschreitende Erkenntnis, daß die konstutionelle Monarchie nur ein notwendiger Übergang zur Republik sei, damit endlich die Völker nicht mehr der Spielball hochmütiger, rücksichtsloser Monarchen seien." (Geschrieben in Heltau, am 19. Juli 1870.) [24] Die Versammlungen der Vereine, in denen gediegene Arbeit geleistet wurde, und die geselligen Zusammenkünfte, bei denen es hoch herging, waren mehr denn je getragen vom Hauche völkischer Begeisterung. Das Siebenbürgisch-Deutsche Wochenblatt, das über alle Veranstaltungen genaue Berichte brachte, teilt mit: „Den tiefsten Nachhall in aller Anwesenden Herzen erweckte ein Schreiben Wilhelm Wattenbachs in Heidelberg" (Professor der Geschichte). „Das deutsche Volk in Waffen zeigt sich in seiner alten Kraft.

[21] Abgedruckt im „Siebenbürgisch-Deutschen Tageblatt", 68. Jahrgang, 1941. „Wir blättern in unserer Geschichte" von Emil Neugeboren. In Nr. 20400 vom 2. März.

[22] „Kronstädter Zeitung" (Verlag Johann Gött) vom 19. September 1871, S. 3.

[23] „Kronstädter Zeitung" vom 19. September 1870, S. 3.

[24] Entnommen der Briefsammlung Franz Oberths, die in der Handschriftenabteilung der Hermannstädter Bruckenthalschen Bibliothek aufbewahrt wird.

Auch diejenigen deutschen Brüder, welche besondere Bahnen gehn und an diesem Kampfe keinen Anteil haben, begleiten uns mit ihren Wünschen, und der neue Glanz des deutschen Namens, dessen auch sie sich freuen, wird sie stärken in ihrem Volksbewußtsein" — las Carl Fuß (Bischofsvikar) mit gehobener Stimme, die Versammlung zu lauten Hochrufen begeisternd. Bei der Festtafel entfesselte Franz Oberth Stürme der Begeisterung durch den Vortrag des neuen Gedichts von F. Freiligrath „So wird's geschehn", dem er einleitende Worte vorausgeschickt hatte, die „wie Eisen und Stahl klangen und Funken sprühten" [25] und die in ein „Hoch auf die Freiheit aller Völker" ausklangen [26].

Der gewaltige völkische Aufschwung, den das innige Miterleben des Kriegsjahres der gesamten Volksgruppe übermittelt hatte, fand seinen würdigen Ausdruck in einer Anzahl eindrucksvoller Siegesfeiern, die ihren Veranstaltern zur Ehre gereichten. Den Anfang machte die Mühlbacher Sieges- und Friedensfeier, die sich einer ungemein zahlreichen Teilnahme erfreute. „Nicht nur die gesamte Bürgerschaft der Stadt hatte sich zum Feste eingefunden, der gleiche deutsche Pulsschlag hatte auch eine schöne Anzahl von Landbewohnern von Nah und Fern herbeigeführt. Es war, als ob sich niemand der Sünde habe teilhaftig machen wollen, der gewaltig mahnenden Stimme seines Herzens Schweigen geboten zu haben, in einem Augenblicke, wo das Land seiner Väter, seiner Sitte, Sprache und Bildung ob der Auferstehung und Verjüngung seiner Volksherrlichkeit jubelt und jauchzt." Den Höhepunkt der Feier bildete die Festrede des Gymnasiallehrers Johann Wolff. Nach einer fesselnden Erörterung der Kriegsursachen und einer kurzen Zeichnung des Ganges des gewaltigen Ringens sprach der Redner von der Bedeutung des vor kurzem geschlossenen Friedens. „Unserem Geschlecht war es beschieden, vollendet zu sehn, wornach die edelsten deutschen Geister durch Jahrhunderte vergebens gerungen, wornach die Besten unseres Volkes mit sehnendem Herzen verlangt. Das alte heilige Reich deutscher Nation ist wieder erstanden und achtunggebietend wie niemals vorhin steht das deutsche Volk mitten unter den Völkern des europäischen Weltteils." ... Was das für die deutsche Volksgruppe Siebenbürgens zu bedeuten habe, führte der Schluß der Festrede aus. Überzeugend verkündete der Redner: „Wenn uns Leid und Unrecht trifft, wir werden nicht allein und verlassen stehn. Nicht daß uns Deutschland bewaffnete Colonnen zu Hilfe sende, aber seine geistliche und sittliche Macht wird wie ein Engel mit zürnendem Schwert zu unserer Seite stehn, ein Schutz und Schirm, eine Burg in der Not. Dieses Schutzes stets würdig zu sein, das ist unsere Aufgabe, unser Ziel. Und wenn uns das heutige Fest diesem Ziel um ein gutes Stück näher geführt, dann haben wir es würdig gefeiert. Und darum das letzte Wort: die Hand ans Herz und hoch der deutschen Kraft und hoch dem deutschen Geist, der einst die Welt durchströmen wird." [27]

Auch in Kronstadt fand eine höchst gelungene, deutsche Sieges- und Friedensfeier statt, der die Volksgenossen „mit gespannter Erwartung entgegengesehn hatten" [28]. Die Begeisterung war so groß, daß der Zuhörerschaft 6 offizielle Reden geboten wurden, während im unoffiziellen Teil 11 Sprecher das Wort ergriffen. Außerdem trugen die Stadtkapelle und der „Kronstädter Männergesangverein" zur Hebung der Veranstaltung bei. Die Wirkung des Abends, der in allen Sachsengauen Beachtung gefunden hatte, war nachhaltig. Der damalige Kronstädter Stadtpfarrer Samuel Schiel schrieb an seinen Freund Franz Oberth, der als einer der Hauptredner des Abends geglänzt hatte: „Die Siegesfeier beginnt hier gute Früchte zu zeitigen, ich hoffe auf eine Erweckung zum Bessern." „Vergiß nicht auf einen Bericht für die Gartenlaube und die Neue Freie Presse oder eine andere größere Zeitung" (Kronstadt, am 9. Mai 1871) [29]. Es ist aufschlußreich, zu vernehmen, daß das Siegesfest der Kronstädter Sachsen den madjarischen und rumänischen Mitbürgern so auf die Nerven ging, daß ihre Führer an demselben Abend, an dem die Sachsen sich vereinigten, ein „feierliches Verbrüde-

[25] Wochenblatt, 1870, S. 552.

[26] Siebenbürger Volkskalender für das Jahr 1871. Hermannstadt, Verlag Theodor Steinhausen, S. 81.

[27] Wochenblatt, 1871, vom 5. April, S. 214 und 215.

[28] Ausführliche Schilderung in der Kronstädter Zeitung vom 28. April und 29. April 1871.

[29] Briefsammlung Franz Oberths, Hermannstadt. Bruckenthalsche Bibliothek.

rungsfest" abhielten, das mit einem Umzug durch die Straßen begann, an dem mehrere tausend Menschen teilnahmen (am 22. April 1871). Das Kronstädter madjarische Blatt „Nemere" (Ostwind) brachte in seiner Nummer vom 25. April einen Bericht über das „Verbrüderungsfest", dem folgende Zeilen entnommen seien: „Wir gestehn es, daß das auf denselben Tag anberaumte Siegesfest der Sachsen auf die Festsetzung des Tages des Verbrüderungsfestes einen entscheidenden Einfluß geübt hat. Wir dachten nämlich so: während die Vereinigung der Magyaren und Rumänen im Namen des Vaterlandes schon an sich ein großer und heiliger Zweck ist, so wird sie wohl auch als kleine moralische Lektion dienen für diejenigen, welche ihr Fest unter diesen Losungsworten feierten: ‚Aller Wasser König ist der Rhein, die Donau soll seine Gemahlin sein'" [30] usw.

Auf ein besonders lebhaftes Interesse stießen begreiflicherweise die Mitteilungen, die über die eindrucksvollen Siegesfeiern des Mutterlandes die Volksgruppe unterrichteten. Vor allen Dingen lösten die Presseschilderungen über die Berliner Siegesfeier ein starkes Echo aus. An ihr war die Teilnahme so groß, daß sogar Vertreter der Volksgruppe in das Mutterland fuhren, um ihr beizuwohnen. Zu ihnen gehörte der Großpolder Pfarrer David Krasser, der die Kosten und Anstrengungen der weiten Reise nicht scheute, um die Siegesfeier in der Hauptstadt des neugegründeten Reiches mitzumachen [31]. Der anschaulichen Schilderung, die über ihren Verlauf ein sächsischer Student als Augenzeuge in den Spalten des Wochenblatts veröffentlichte, fügte die Schriftleitung folgende Bemerkung hinzu: „Wir aber freuen uns, daß an dem Ehrentage Alldeutschlands auch von unseren Landsleuten viele Teil genommen haben, es ist wieder ein Zeichen, wie sehr wir Blut vom deutschen Blute sind, wie innig wir am deutschen Mutterlande hangen." [32] Die Schar der Siebenbürger Sachsen, die obiger Siegesfeier beiwohnte, setzte sich fast ausschließlich aus sächsischen Hochschülern zusammen. Es war das Verdienst des in Heidelberg immatrikulierten Studiosus Fritz Teutsch und seines damals in Berlin sich aufhaltenden Freundes stud. theol. et phil. Albert Amlacher, daß die Beteiligung von seiten der sächsischen Musensöhne so rege war. Hierüber unterrichtet ihr Briefwechsel, der auch heute noch vorliegt [33]. Fr. Teutsch schreibt an seinen Intimus in dieser Sache, deren Gelingen ihm sehr am Herzen liegt:

„Bei dem feierlichen Einzug der Armee in Berlin wird dort gewiß ein großes Sieges- und Friedensfest gefeiert werden. Sollte es sich machen lassen, daß sich die in Deutschland studierenden sieb. sächsischen Studenten korporativ beteiligen, so wäre das in vieler Beziehung wünschenswert, ich will nicht länger ausführen, warum. Es würden zu dem Tage eben so viele nach Berlin gehen als möglich und damit die Beteiligung möglichst zahlreich sei, müßte man an die Landsleute in den einzelnen Universitäten schreiben.

Es wäre sehr wünschenswert, wenn man in Deutschland mehr Kenntnis verbreiten könnte über Siebenbürgen, speziell über die Sachsen, ihre deutschen Bestrebungen usw. usw. Man weiß gar nicht, daß es dort noch Deutsche gibt. Der oben angeregte Gedanke würde, wenn er zur Ausführung käme, einen erheblichen Teil dazu beitragen. Solange Siebenbürgen eine solche terra incognita für Deutsche ist wie jetzt, ist auch die moralische Einwirkung zugunsten des Deutschtums dort immer nur mehr oder weniger eine schöne Phrase" (Heidelberg, 30. April 1871).

Amlacher greift den Plan freudig auf, so daß sich nun in dieser Sache ein längerer Briefwechsel zwischen Heidelberg und Berlin entspinnt. Amlacher berichtet fortlaufend über seine Verhandlungen mit Behörden, um eine offizielle Teilnahme der Siebenbürger Gruppe an

[30] Obiger Bericht des „Nemere" erschien vollinhaltlich übersetzt in der „Kronstädter Zeitung" vom 1. Mai 1871, S. 1ff.

[31] Mitgeteilt durch seinen Sohn Ingenieur Gustav Krasser in Mühlbach.

[32] Wochenblatt vom 5. Juli 1871, S. 424.

[33] In der Handschriftensammlung des Bruckenthalschen Museums in Hermannstadt ist die umfassende Briefsammlung D. Dr. Friedrich Teutschs (Bischof der evang. Landeskirche in Siebenbürgen) u. die Dr Albert Amlachers (nachmals Pfarrer in Rumes bei Broos) hinterlegt. Ihnen wurden obige Briefstellen entnommen. In diesem Zusammenhang spreche ich dem Kustos der Handschriftensammlung, Herrn Pfarrer i. R. Gottlieb Brandsch, für die mir zuteil gewordene wertvolle Förderung aufrichtigen Dank aus.

verschiedenen Veranstaltungen zu erwirken. Angeregt berichtet er u. a., daß er den Geh. Rat von Henning aufsuchte. „Dieser adressierte mich an den Geh. Legationsrat von Keudell, Bismarcks rechte Hand, bei dem ich morgen vorsprechen will" (Berlin, 23. Mai 1871). Ferner mahnt er Teutsch, „die Collegen in Tübingen, Leipzig und Jena" für die Angelegenheit endgültig zu gewinnen, was auch geschah. Schließlich verständigt Amlacher den Freund vom Ergebnis seiner Bemühungen, das er in erster Reihe der Förderung des Reichstagsabgeordneten Georg von Bunsen verdankte. Er hatte eine korporative Beteiligung der sächsischen Hochschüler beim Kommers und bei dem Fackelzug der Studentenschaft erwirkt. „Dieselbe gestattet das Tragen und Aufpflanzen einer Fahne und das Formulieren des Sachsen-Anspruchs in geeigneter Rede" (Berlin, 1. Juni 1871). Auch in Leipzig fanden eindrucksvolle Veranstaltungen anläßlich des Friedensschlusses statt, über die sich das Wochenblatt ausführlich berichten ließ. Zu ihnen gehörte ein großartiger Kommers der Hochschülerschaft. In diesem Zusammenhang schreibt der Korrespondent: „Es würde zu weit führen, auf die Reden hier einzugehen. Nur etwas sei erwähnt, was vielleicht hier und da interessieren könnte. Als vierter Redner nämlich sprach stud. phil. Reißenberger aus Hermannstadt im Namen der siebenbürgischen Deutschen, worauf Prof. Birnbaum erwiderte." [34] Reißenbergers Ausführungen müssen ein flammendes Bekenntnis zu der gesamtdeutschen Schicksalsgemeinschaft enthalten haben, denn der Herausgeber des Wochenblatts, Franz Gebbel, sieht sich veranlaßt, an den in Budapest lebenden Hermannstädter Abgeordneten Gustav Kapp umgehend folgende Zeilen zu richten: „Im heutigen Wochenblatt steht eine Korrespondenz aus Leipzig, darin wirst Du finden, daß daselbst Karl Reißenberger aus Hermannstadt am 6. März bei einer Festkneipe eine Rede gehalten hat. In Leipzig anwesende Magyaronen haben ihm das sehr verübelt und wollen irgend etwas gegen R. veranlassen. Wahrscheinlich werden es Korrespondenzen in Pester Blättern sein. Falls Dir dergleichen aufstößt, bitte ich Dich, mir die betreffende Nummer zuzuschicken" (Hermannstadt, am 15. März 1871) [35]. Anscheinend hatte die Sache für den temperamentvollen Studiosus keine unangenehmen Folgen, denn sie fand in der Presse keinen weiteren Widerhall.

Die Nachwirkungen der mannigfachen Ereignisse des Krieges auf die Volksgruppe waren nachhaltig, dies geht nicht zuletzt aus den Buchbesprechungen ihrer Zeitungen hervor. Immer wieder wurden reichsdeutsche Veröffentlichungen, die sich auf das große Geschehn bezogen, von den Rezensenten bevorzugt. Zu den verbreitetsten Büchern gehörte bald die „Frösch-weiler Chronik", die noch nach Jahrzehnten in Stadt und Land anzutreffen war [36]. Das Bewußtsein gesamtdeutscher Volksgemeinschaft war endgültig in allen Schichten zum Durchbruch gelangt und trug in den nächsten Jahren viel zur Ausrichtung der Volksgruppe bei. Die Gewißheit, dem Siegervolk anzugehören, stärkte und festigte die völkische Widerstandskraft und den eisernen Willen zum Durchhalten, was immer auch die Zukunft heraufführen werde. Diese Kampfbereitschaft fand in den folgenden Jahren reichlich Gelegenheit, sich zu bewähren, da der Chauvinismus der ungarischen Machthaber, dem die Autonomie der Volksgruppe von jeher ein Dorn im Auge war, sich zum entscheidenden Schlag gegen ihre Rechtsstellung rüstete. Bereits das Jahr 1876 brachte die Zertrümmerung des Königsbodens, des Gebietes der sächsischen Nation, die seine Reichsunmittelbarkeit durch sieben Jahrhunderte gewahrt hatte, er wurde auf die neu ins Leben gerufenen Komitate aufgeteilt. Ferner setzten in breiter Front die Madjarisierungsbestrebungen ein, die sich vor allen Dingen gegen das Schulwesen aller Volksgruppen des Landes richteten. Mit in erster Reihe, angespornt durch den Geist des glorreichen Krieges um die deutsche Einigung, brachte die deutsche Volksgruppe Siebenbürgens den Schwung und die Ausdauer auf, mit den Vertretern eines Mehrheitsvolkes, das allmählich den Sinn für Realitäten zu ver-

[34] Wochenblatt, 1871, 15. März, S. 167.

[35] Entnommen der Briefsammlung Franz Gebbels, die in der Handschriftensammlung der Brukkenthalschen Bibliothek in Hermannstadt sich befindet.

[36] Der Verfasser entdeckte sie als Gymnasiast in der Bücherei seines Elternhauses und las sie in einem Zuge. Dasselbe berichtet Hans Christiani, Lehrer i. R. in Kronstadt.

lieren schien, immer wieder um den Bestand ihrer Kulturrüstung zu ringen. Die weitere Entwicklung bewies, daß dies mit Erfolg geschah. Die Söhne jener Männer, die die Siege des Jahres 1870/71 so würdig gefeiert hatten, boten allen Madjarisierungsversuchen stets aufs neue die Stirne. Ihre Enkel aber bewährten sich in den Isonzoschlachten und auf den russischen Schlachtfeldern des Weltkrieges. Aus ihrer Mitte, aus der alten Haupt-Hermannstadt ging der letzte Generalstabschef der österreich-ungarischen Monarchie, Arthur Arz von Straußenburg, hervor. In ihnen allen war und ist ein Hauch jenes Geistes lebendig, der uns aus den herrlichen Worten entgegenklingt, die der Genius der Volksgruppe ihrem Verfasser Franz Gebbel eingab und die er in der ersten Nummer des „Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblattes" veröffentlichte:

„Deutschland, wunderbares Wort! Deutschland, Mutter unserer Väter, Mutter unserer Sprache, unseres Glaubens, unserer Bildung. Deutschland — wie klingt das Wort wie Heimatklang herein in unsre Berge! Heimatland unseres Geistes. Seit Jahrhunderten stehn wir hier als Bürger eines vielsprachigen, der überwiegenden Mehrzahl seiner Bewohner nach nichtdeutschen Staatswesens. Und ungeachtet der Stürme der Jahrhunderte hat die Weisheit und Kraft der Väter es verstanden, hier ein bescheidenes deutsches Gemeinwesen aufzurichten und zu erhalten bis auf diesen Tag. Fluch der Hand, die es wagen könnte, das heilige Erbe der Väter gering zu halten, es anzutasten oder leichtsinnig zu verprassen" (geschrieben 1868)[37].

[37] Entnommen der ersten Nummer des „Siebenbürgisch-Deutschen Wochenblatts".

Die völkische Wissenschaft in Süd-Flandern und ihre Beziehungen zur deutschen Wissenschaft im 19. Jahrhundert

Von H. van Byleveld

Die Wissenschaftler der französischen Niederlande waren sich ihrer Verwandtschaft mit Deutschland bis zur Einverleibung ihres Landes durch Frankreich wohl bewußt. Sie standen in engster Verbindung mit wissenschaftlichen Kreisen verschiedener germanischer Gebiete. Vielen ging der Ruhm des Reiches über alles, viele hatten kein höheres Ziel als ihre Fähigkeiten in den Dienst des Kaisers zu stellen.

Busbec (1522—1592), Gesandter Ferdinands I. bei Soliman und Erzieher der acht Söhne Maximilians II., verdankt seinen Namen seinem Dorf Boesbeke zwischen Komen (Comines) und Halewijn (Halluin) an der Lys. Der Erfolg seiner politischen Laufbahn soll nicht seine wissenschaftlichen Verdienste in den Schatten stellen; denn dieser Flame des Westhoek deckte den Germanisten das Vorhandensein des Krim-Gotischen auf, und niemand war besser an seinem Platze als er als Leiter der Wiener Bibliothek. Der Botaniker Carolus Clusius (1526—1602), Direktor der Kaiserlichen Gärten von Frankfurt und Wien, stammte auch aus den französischen Niederlanden, aus Atrecht (Arras). In Nürnberg erhielt der zukünftige Schwiegersohn von Plantin, Professor in Leiden, Frans Van Ravelingen (Raphelengius), aus Lannoy nahe bei Roobeke (Roubaix) gebürtig, seine philologische Ausbildung. Jean Deckers (1560—1619), Rektor des Kollegiums in Olmütz, später Kanzler der Universität Graz, war aus Hazebroek gebürtig. Jean Crase, 1597 in Grevelingen geboren, war zwölf Jahre lang Kanzler von Olmütz, später stand er dem Hof von Prag vor. Niclaas van Ellebode aus Kassel starb 1577 in Preßburg, Domherr von Erlau durch die Gunst des kaiserlichen Hofes. Die Universität Dowaai (Douai) besetzte ihre vakanten Lehrstühle genau so gut mit deutschen wie mit niederländischen Professoren. Schriftsteller auf den verschiedensten Gebieten, Mediziner und Historiker, ließen ihre Werke gern in Deutschland veröffentlichen, und sogar der Ruf Plantins konnte die Anziehungskraft der Frankfurter und Kölner Pressen in ihren Augen nicht herabsetzen. Man könnte eine ganze Bibliographie von Liller Autoren aufstellen, die in deutschen Verlagen erschienen sind. Wiederum ist es ein Liller, Bürger aus Rijssel, Pierre Le Monier, gebürtig aus Pefle (Pévele), der 1614 eine Abhandlung über Inschriften schrieb, die er dem Magistrat seiner Stadt widmete: „Zu Ehren des erhabenen Hauses Österreich."

Diese Beziehungen wurden zu Anfang des 19. Jahrhunderts in ausgesprochen völkischem Sinn wieder aufgenommen, als sich die deutsche Wissenschaft mit erneutem Wissensdrang und doppelter Liebe der Vergangenheit der Rasse und den Schätzen des Volkstums zuwandte. Wenn die deutschen Wissenschaftler Dokumente alten germanischen Glanzes wieder ans Tageslicht brachten, so mußten sie dabei auch die französischen Niederlande entdecken.

Jacob Grimm hatte, zweifellos als erster, die unmittelbare Erkenntnis, was für Enthüllungen ihm dieser äußerste Zweig des alten germanischen Stammes bringen könne. 1834 dehnt er eine nach Belgien unternommene Studienreise bis nach Rijssel aus. Das Glück ist ihm aber abhold, wie er es selbst in Briefen wiedergibt, die zum Grimmschen Fonds der Preußischen Staatsbibliothek gehören und kürzlich zum erstenmal von Dr. Wilhelm Schoof (Brüsseler Zeitung, 14. Juni 1941) veröffentlicht worden sind. Am 25. September 1834 schreibt J. Grimm an seinen Bruder Wilhelm in Göttingen:

„Ich schlug also Montag mittag den Weg nach Lille ein, wo ich nachts eintraf . . ., Dienstag die Bibliothek besuchte, aber nichts für euch fand. Für mich war ein guter Rath theuer. Sollte ich aufs Gerathewohl ohne Adressen, wie ich anfangs wollte, nach St. Omer, Arras, Cambrai reisen und dort in

den kleinen Bibliotheken herumsuchen? Der Bibliothekar von Lille meinte auch, daß an diesen Orten weniger Vorrath als zu Lille wäre."[1]

Sein eigentliches Ziel war, die Spuren der Erzählung vom „Fuchs" aufzudecken. Es ist verwunderlich, daß jener Liller Bibliothekar ihm keinerlei Auskunft erteilen konnte, wenn nicht unmittelbar über diesen Gegenstand, so doch wenigstens im allgemeinen über die Dinge, die den Gründer der Germanistik hauptsächlich beschäftigten. Wie hätte Grimm sich glücklich geschätzt, wenn er in Rijssel das entdeckt hätte, was der gelehrte Genter C. P. Serrure dort ein Jahr später finden sollte (1835): Ein Fragment des niederländischen Textes vom Roelantslied, eins der vier Fragmente, die überhaupt nur bekannt sind. Und wenn man ihm den „guten Rat" gegeben hätte, in den „kleinen Bibliotheken" seine Nachforschungen weiterzuführen, so hätte er sich vielleicht die sensationelle Entdeckung zuguteschreiben können, die Heinrich Hoffmann von Fallersleben drei Jahre später gemacht hat. Ja, es war wirklich der Vater des Deutschlandliedes, der im September 1837 in der Stadtbibliothek von Valencijn (Valenciennes) das kostbarste aller dort vorhandenen Pergamente entdeckte, das seitdem dort aufbewahrt wird (unter dem Aktenzeichen 150 der Abteilung Handschriften). Außer einem Grégoire de Naziance fand der glückliche Forscher dort die beiden Texte, die ein so erhellendes Licht auf den Stand der romanischen und germanischen Sprache und des Schrifttums in der „Francia Occidentalis" des 9. Jahrhunderts werfen: Die wenigen Verse, die pompös „Cantilène de Sainte Eulalie" benannt werden und mehr aus dem Lateinischen als Französischen kommen, — und einen der ehrwürdigsten Zeugen germanischer Vergangenheit: Das Ludwigslied. Hoffmann von Fallersleben teilte seine Entdeckung sofort Jan Frans Willems mit, der die beiden Dokumente noch im selben Jahre veröffentlichte (Elnonensia, Gent, 1837).

Großen Widerhall fand auch in den gelehrten Kreisen Süd-Flanderns die Reise in die Bibliotheken und Archive dieser Gegend von Bethmann, einem Mitarbeiter von Pertz in der Redaktion der „Monumenta Germaniae". Von März bis Juni 1841 besuchte er hintereinander Amiens, Abbeville, St. Rikier (St. Riquier), Boonen, St. Omaars, Rijssel, Utrecht, Dowaai, Kamerijk, Valencijn. Im Oktober 1848 kehrt er nach Rijssel und Dowaai zurück; er kommt bis nach St. Winoksbergen, Avennes (Avesnes) und St. Kwinten. Der Bericht seiner Forschungen ist veröffentlicht im Archiv der Gesellschaft für deutsche Geschichte. Durch sie kann man sich ein Bild der Fülle von Dokumenten in den Sammlungen der französischen Niederlande machen.

Amiens bewahrt einen guten Teil der Handschriften von Corbie. Das berühmte Evangelium in Goldlettern auf Purpurvelin, das Karl der Große Angilbert von St. Rikier geschenkt hat, befindet sich in Abbeville, wo Bethmann das Unglück hatte, daß ihm die Bibliothek nicht geöffnet wurde. Boonen ist reich durch seinen Nachlaß der Klöster St. Bertijn (in St. Omaars), St. Vaast und Mont St. Eloi (in Utrecht). In St. Omaars bewundert er das „scriptorium bertinien"; er bemerkt „alte deutsche Auslegungen in den Handschriften, die von St. Bertin herrühren und die ersten Verse von Walthariús". Weiter führt er aus:

„Das Archiv der Stadt besitzt die Kommunalurkunde von 1127. Sie ist die älteste und hat gewissermaßen allen Städten Flanderns als Muster gedient." — Bethmann berichtet als einer der ersten von dem „schönen Manuskript aus dem 12. Jahrhundert" in St. Winoksbergen, in dem vom Leben des heiligen Winoc, des heiligen Oswald und der heiligen Lewinne erzählt wird und das seitdem so viel studiert worden ist. In Rijssel bricht er in Freudenrufe aus vor dem Reichtum des Archivs des Norddepartements: „Hier habe ich 56 merovingische, karolingische und kaiserliche Urkunden kopiert, älter als aus dem Jahre 1313. 22 davon sind Originale und 31 noch nicht gedruckt. Ich habe eine merovingische, 22 fränkisch-karolingische und 7 kaiserliche Urkunden geprüft, deren Originale in Den Haag, Mons und Lüttich liegen; außerdem 31 von Ludwig von Bayern. Weiterhin habe ich noch eine Sammlung Aufzeichnungen aus der

[1] Es ist nicht uninteressant, von den Eindrücken Grimms zu lesen, die dieser von Rijssel hatte, einer flämischen Stadt, die seit 150 Jahren französischer Herrschaft und französischem Einfluß unterworfen ist: „Lille-Ryssel ist eine große Stadt (90000) und berühmte Festung, alle Häuser aus Stein, aber mit schon etwas veralteten Zierrathen. In einer Straße stand eine arme Frau, hielt ein todes Kind unbedeckt auf den Armen und bettelte Almosen zum Begräbnis, das ist mir sonst nirgends vorgekommen; die Mutter war es schwerlich selbst."

Zeit vor 1347 durchgearbeitet. Dies Archiv ist nach dem in Paris das reichhaltigste in Frankreich. Schon Kluit hat des öfteren seiner Bewunderung Ausdruck gegeben über den Reichtum der flandrischen Archive, mit denen sich die Hollands und Deutschlands nicht vergleichen können[2].

Bei seiner zweiten Reise nach Rijssel findet Bethmann das Archiv noch vervollständigt durch einen Bestand, den man inzwischen von Kamerijk herbeigeschafft hat:

„Bei meiner Reise nach Cambrai befand sich dort alles in Unordnung. Das Forschen war mir so ganz unmöglich. Heute bilden sie in Lille einen wichtigen Teil des allgemeinen Archivs. Für uns ist er der kostbarste, weil die Schriften bis auf Karl den Großen zurückgehen. Die älteste Originalschrift, die unter diesem Monarchen geschrieben wurde, gibt unerwartet Auskunft über die Stellung der Toringer, über die so viel gesprochen worden ist. In paleographischer Hinsicht ist noch eine andre Urkunde recht bemerkenswert, auf der Karl der Kahle mit eigener Hand drei Zeilen hinzugefügt hat. Sie ist wahrhaftig ein einzigartiges Stück. So wichtig auch diese Bereicherung durch Cambrai für das Archiv sonst sein mag, für uns sind die kaiserlichen Urkunden die Hauptsache; 67 aus den Jahren vor 1313 habe ich davon kopiert. Ich hatte nicht erwartet, so viel kostbare Stücke in Cambrai vorzufinden, und dabei ist das noch nicht alles. Die ältesten ottonischen und karolingischen Urkunden sind seit dem 11. Jahrhundert zum Büchereinbinden verwendet worden. Zwei so mißhandelte habe ich kopiert."[2]

Dann besichtigt er in Rijssel (Lille) einige Sondersammlungen. Die des Herrn Gentil interessiert ihn besonders:

„Für ihn ist die Stadt Lille der Mittelpunkt, dem alles zuströmt, so daß sie einen einheitlichen Charakter annimmt, und die Vaterlandsliebe, die in seiner Sammlung das Vorherrschende ist, hat für jeden anständigen Menschen etwas Ehrfurchtgebietendes, man möchte fast sagen Religiöses. Ich war freudig überrascht, bei einem ungelehrten Liebhaber alter Gobelinteppiche solche Schönheit, solche Größe vorzufinden. Was mir bei ihm in anderer Hinsicht auffiel, waren zwei Kupferstiche aus dem Jahre 1550, von Georges Penez und Henri Aldegrave angefertigt. Diese beiden Stiche zeigen in ganz verschiedener Weise das schonungslose Gericht des Titus Manlius, und auf beiden wird die Guillotine in höchster Vollendung dargestellt. In dem selben Zusammenhang habe ich die Guillotine auf einem Tiefdruck aus dem Ende des nämlichen Jahrhunderts im Tribunalssaal der alten Kaiserstadt Lüneburg im Hannoverschen gesehen."[3]

Der Besitz der Abteien von Marchiennes und Anchin stempelt die Bibliothek von Douaai ohne Zweifel zu den wichtigsten in Frankreich. Hier befinden sich u. a. Dokumente von größtem Interesse für die Kreuzzüge und äußerst seltene Erstlingsdrucke, besonders „ein herrlicher Druck auf Pergament aus der Presse von Schoeffer von Mainz". Die Bibliothek von Kamerijk, in der ein gut Teil der Reichtümer der Kathedrale aufbewahrt wird, beschäftigte den Forscher drei Wochen lang. In Valencijn fand er die Schätze der Abteien von St. Amands wieder und schrieb von neuem das Lied von Ludwig dem Deutschen ab aus dem „Liber pilosus".

Während seiner ganzen Reise stellt er immer wieder die Verwüstungen fest, die durch die zerstörende Wucht der Französischen Revolution entstanden sind. Es ist immer das alte Lied. In Amiens sind „ungefähr tausend Manuskripte als Altpapier verkauft worden". In St. Rikier und St. Omaars ist einfach Feuer an die Archive gelegt worden. Durch einen glücklichen Zufall sind einige Stücke erhalten geblieben. In St. Winoksbergen ist die Bibliothek der Abtei aufgelöst worden, und das Kostbarste daraus ist für immer verlorengegangen. In Rijssel ordnet der Minister Garat „die Vernichtung aller Bestände" an; er schrieb am 27. Februar 1793:

„Alle diese alten Papiere in gotischer Schrift sollen nichts als Lehensurkunden sein, die den Schwachen dem Stärkeren unterwerfen — politische Regelungen, die dem gesunden Menschenverstand, der Humanität und der Gerechtigkeit widersprechen; diese lächerlichen Papierwische sollten lieber durch eine Erklärung des allgemeinen Menschenrechts ersetzt werden."[4]

---

[2] und [3] übersetzt aus dem Französischen.

[4] „Tous les papiers anciens et d'écriture gothique ne doivent être que des titres de féodalité d'assujetissement du faible au fort et des règlements politiques heurtant la raison, l'humanité et la justice; il vaut mieux substituer à ces ridicules paperasses la Déclaration des droits de l'homme."

Daraufhin werden 300 Wagen mit Papier beladen zum Arsenal gefahren, um dort aus diesem Kartätschen zu machen. In Utrecht trifft das gleiche Schicksal das Archiv von Artesien. Dieses Vandalentum kann nicht einmal immer mit übersteigerter Leidenschaft und verwirrten Zeitläuften entschuldigt werden. Es wird kaltblütig auf offiziellem Wege und mit Verwaltungsmaßnahmen durchgeführt. Durch einfache politische Fahrlässigkeit allein kann ein solches Vergehen nicht begründet werden: das ist nur erklärlich durch den Haß gegen jegliche Kultur und das Absterben der geistigen Fähigkeiten, was Frankreich kennzeichnet, nachdem es seinem nordischen Ursprung den Rücken wandte, seine Natur verleugnete, sich lateinisch nannte und zu den Mittelmeerländern rechnete. Diese typischen Anzeichen sind es wert, festgehalten zu werden.

In Utrecht hat

„einer der ersten Bibliothekare nach der Revolution, eben jener Liard, unter der Hand mehrere Handschriften an England verkauft. Ein anderer, Caron, hat aus mehreren Bänden einzelne Blätter herausgeschnitten und sie an die Buchbinder verkauft. Es ist meist das vierte oder fünfte Blatt, so daß man diese Unterschlagung schwerlich entdecken konnte. Die Bücher in Folio-Format und in Quart-Format haben am meisten darunter gelitten, hauptsächlich die ältesten, die aus sehr dickem Pergament waren. Aus einigen ist die Hälfte der Blätter herausgeschnitten. Der Rat der Stadt hatte Caron die Verantwortung für alle Handschriften übertragen, um eine Veruntreuung, wie sie Liard begangen hatte, unmöglich zu machen. Er meinte, so alles gut und richtig gemacht zu haben und zahlte ihm eine Besoldung von 600 Francs aus. Aber gerade das hatte Caron bewogen, die Bücher zu verstümmeln. Der Bibliothekar von heute hat 800 Francs Besoldung für 24 Arbeitsstunden in der Woche ... Kann man bei einem so geringen Gehalt besonderen Schaffensdrang, besonderen Eifer von einem Bibliothekar erwarten?“[6]

In Kamerijk steht es nicht besser.

„Die Verwüstungen der Normannen im Jahre 881 und die Feuersbrunst von 1148, bei der der Bischofspalast und das Kloster St. Aubert bis auf die Grundmauern abbrannten, haben vielleicht nicht so viel Schaden angerichtet wie die neuere Zeit. Herr Le Glay führt in seinem Katalog der Handschriften dieser Bibliothek noch eine ganze Reihe Desiderata auf, die vor diesen letzten Jahren noch vorhanden waren. Der Buchhändler Castanet hat in Brüssel 60 Manuskripte verkauft.“[5]

Dieselben Feststellungen und dasselbe Bedauern in St. Winoksbergen:

„Die Stadt tut nichts für die Bibliothek. Die kleine Bildergalerie der Abtei, die sich manche größere Stadt wünschen würde, ist in vollkommene Vergessenheit geraten.“[6]

Bethmann hat das französische Regime richtig erkannt. Von der Vernachlässigung der Monumente und Provinzbibliotheken stellt er fest: „Nur für Paris wird etwas getan.“ Seine Reisenotizen sind treffend genug. St. Rikier regt ihn mit Recht auf:

„Es ist nichts da als eine schöne Kirche aus dem 14. oder 15. Jahrhundert. Ein derart schöner Turm in einer so gewöhnlichen Stadt macht einen seltsamen Eindruck, den man ungefähr mit dem vergleichen könnte, wenn man in der Wüste Ägyptens oder Syriens eine alte Burg erblickt.“[6]

Er ist sehr verwundert, nicht in einer einzigen Bibliothek irgendwelche Hinweise auf den „Fuchs“ zu finden.

„Das Unverständlichste ist, daß man ihn da, wo er eigentlich sein müßte, nicht findet, daß er aber in einem Land wie Italien, wo diese Fabel gar nicht zu Hause ist, auf einem Tiefdruck aus dem 12. oder 13. Jahrhundert in der Kirche San Pietro in Spoleto abgebildet ist.“[6]

Es ist in der Tat überraschend, daß die Bibliotheken überhaupt keinen Text dieser bekannten Tiergeschichte der Niederlande aufbewahrt haben, weder in Rijssel, der Stadt von Jacquemars Giélée, dem Autor des „Renart le Novel“, noch in Artesien, das J. Grimm Süd-Flandern nannte und das wahrscheinlich die Heimat des Dichters von „Isengrinus“ ist.

Diese Forschungsreise brachte Bethmann in Verbindung mit einigen der rührigsten Persönlichkeiten auf dem Gebiet historischer Nachforschungen. In St. Omaars macht er die Bekanntschaft von Hermand, ein Mann, der mit am besten in der Geschichte seines Landes Bescheid weiß. In Rijssel lernt er Le Glay kennen, den ersten der kambresischen Gelehrten,

[5] und [6] übersetzt aus dem Französischen.

denen Flandern so viel verdankt. Bei seiner zweiten Reise nimmt er in St. Winoksbergen mit Louis De Baecker Fühlung auf, dessen unermüdliche Gefälligkeit er lobt, ebenso mit Edmond De Coussemaker in Rijssel. Besonders sollten sich seine Beziehungen zu diesem sehr fruchtbar auswirken. Dieser Gelehrte gab eine französische Übersetzung seiner Reisebeschreibungen heraus, durch persönliche Auskünfte Bethmanns ergänzt[7]. Diese Schrift übte den besten Einfluß aus. Sie trug dazu bei, die Aufmerksamkeit der dortigen Gelehrten auf ihr völkisches Erbe zu lenken und auf die Rolle, die ihr Land einst in der Gemeinschaft der nordischen Völker gespielt hatte. Beschränken wir uns darauf, das in dieser Hinsicht bezeichnende Urteil wiederzugeben, das ein Kritiker aus Boonen (Boulogne) über diese Veröffentlichung fällte, der mit den Buchstaben E. B. zeichnete:

„Für uns ist die Erscheinung dieser Übersetzung wahrhaft ein Lichtblick in der Dürftigkeit, die die Presse unserer Tage entehrt. Wir hoffen, daß der werte Übersetzer es nicht dabei bewenden lassen wird und uns weiter den Weg zeigt zu jenen tiefschürfenden und positiven deutschen Werken."[8]

Trotz seiner gründlichen Untersuchungen hat Bethmann doch noch so manches Dokument nicht aufgefunden. Louis De Baecker kam 1859 auf die Spur des Fragments „Spiegel Historiael" von Van Maerlant in der Bibliothek von Douai[9]. Im selben Jahr entdeckt E. De Coussemaker im Archiv von Broekburg 372 Verse eines Reiterromans des „karolingischen Zyklus in niederdeutsch[10]. Der Name De Coussemaker tritt nicht durch Zufall so oft in diesen Aufzeichnungen auf. Dieser Wissenschaftler aus Belle (1805—1876), Historiker, Volkskundler und Musikwissenschaftler zugleich, schöpft einen großen Teil seines Wissens aus Arbeiten seiner deutschen Kollegen. Durch eine Anzahl Volksliederforscher aus den verschiedenen Gauen Deutschlands und die sehr gute, gerade in der Bretagne erschienene Sammlung „Barzaz Breiz" von La Villemarqué angeregt, kam ihm der Gedanke, auch die Volkslieder seiner Heimat zu sammeln. „Germaniens Völkerstimmen" von J. M. Firmenich scheinen ihn ganz besonders dazu bewogen zu haben. In der Einführung zu seinen „Volksliedern der Flamen in Frankreich" (Gent 1856) lobt er diese Sammlung über alle Maßen:

„Von allen poetischen Sammlungen, Liedern und volkstümlichen Überlieferungen, die bis zum heutigen Tage erschienen sind, ist die beste die von Herrn Firmenich unter der Gönnerschaft des preußischen Staates herausgegebene: ‚Germaniens Völkerstimmen'. Der Herausgeber dieses Werkes beschränkt sich nicht damit, wie fast alle seine Vorgänger es taten, die volkstümlichen Gedichte usw. einer Provinz oder auch eines Landes zu sammeln, sondern er gibt die Sprachformen und Überlieferungen aller germanischen Rassen des gesamten Erdballs wieder. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet ist sein Werk das wertvollste dieser Art; es wird auf die historischen und philologischen Studien Deutschlands einen großen Einfluß ausüben."[11] [12]

Immer wieder betont De Coussemaker in Vermerken die Verwandtschaft volkstümlicher Werke seines Landes mit denen anderer germanischer Länder: Dieselben Themen: Dummer August, Rummelpott, zwei Königskinder, Kinderlieder, humoristische Liedchen usw. erscheinen manchmal fast in gleichem Wortlaut. Manchmal ist auch die Musik die gleiche. Die Sitten (Umzüge, Kostüme usw.), die mit diesen Liedern verbunden sind, zeigen die innere Einheit des Volkstums im ganzen germanischen Raum:

„Einige dieser Lieder sind in unserem Flandern genau so bekannt wie in einigen Teilen Deutschlands. Das ist ein neuer Beweis der Ideengemeinschaft zwischen den beiden Völkern. Man erkennt daran auch, wie stark sich das Brauchtum bei Völkern germanischer Rasse durchsetzt."[13]

---

[7] Voyage historique de M. Bethmann dans le Nord de la France, traduit de l'allemand et précédé d'une introduction par Edmond De Coussemaker. Paris 1849.

[8] Übersetzung aus dem Französischen.

[9] Der Text wurde abgeschrieben und veröffentlicht durch den Abbé D. Carnel: Annales du Comité Flamand de France, Bd. VI, S. 407 ff.

[10] Dieses Fragment ist, soweit wir wissen, noch nicht identifiziert worden. Es wurde von Ph. Blommart herausgegeben. Annales Du Comité Flamand, Bd. V, S. 88 ff.

[11] Übersetzung aus dem Französischen.

[12] Chants populaires des Flamands de France. Introduction, S. XII. Wir empfehlen für dieses Werk seine Neuausgabe von 1930, hrsg. in Rijssel.

[13] Chants populaires, S. XVII—XVIII.

De Coussemaker muß wohl sehr gut über die Bibliographie dieses Gegenstandes Bescheid gewußt haben. Das merkt man daran, daß er sich fortwährend Bücher auslieh wie: Uhland (Deutsche Volkslieder), Busching und Von der Hagen (Volkslieder), Kretzschmer (Deutsche Volkslieder), Hoffmann von Fallersleben (Horae Belgicae, Niederländische Volkslieder, Schlesische Volkslieder, Geschichte des deutschen Kirchenliedes bis auf Luthers Zeit), Ph. Wackernagel (Bibliographie des deutschen Kirchenliedes).

Das Werk De Coussemakers erregte Aufsehen in Deutschland. Johann Wilhelm Wolff vertraute ihm am Vorabend seines Todestages seine Berichte an [14]. Grimm und Firmenich wußten die Tragweite seiner Initiative wohl zu schätzen, wie man aus dem nachher veröffentlichten Briefwechsel ersehen wird. De Coussemaker berichtet selbst, welchem Interesse schon die Ankündigung dieses Werkes allein in Deutschland begegnet.

„Der Gedanke einer solchen Veröffentlichung ist sowohl in Frankreich als auch im Ausland mit wärmster Befürwortung empfangen worden. Besonders in Deutschland haben die Zeitungen wie von einem Ereignis darüber gesprochen. Die Wissenschaftler, die berühmtesten Philologen wie Grimm, Firmenich, Lachmann und viele andere haben ihre Sympathie für dieses wertvolle Unternehmen bekundet."[15]

De Coussemaker erkannte wohl, daß Deutschland in der völkischen Wissenschaft den anderen Ländern weit voraus war:

„Frankreich ist hinter den anderen Nationen zurückgeblieben. Bei diesen, und besonders denen nordischen Ursprungs, ist man nicht so vergeßlich, nicht so gleichgültig gewesen im Hinblick auf Tradition und all das, was über Ursprung und Grundsitten der Rasse Auskunft geben konnte. Dort werden Dokumente dieser Art gesammelt und veröffentlicht und jeden Tag gedruckt. Die weitschweifigsten Legenden und unbedeutendsten Liedchen, alles wird an den Tag gebracht, nichts wird vergessen."[16]

Diesem Beispiel folgend beachtet De Coussemaker das einfachste Lied, das die Erntearbeiter singen, wenn der letzte Getreidehalm gemäht ist. Indem er sich auf Hoffmann von Fallersleben beruft, stellt er fest, daß diese Ritornellen im Westhoek wie in Deutschland gleichen Ursprungs sind [17].

Noch ein anderer Flame aus Frankreich interessiert sich besonders für die Volkslieder seines Landes: Louis De Baecker (1814—1896), der auch in ihnen ein Zeichen von Zusammengehörigkeit der nordischen Tiefebene Europas von Artesien bis Litauen sieht:

„Das niederländische Volk", schreibt er, „ist desselben Ursprungs wie die germanischen Völker. Diese Ursprungseinheit, die ich anhand der Philologie aufgezeigt habe, kann auch noch durch einen anderen Zeugen bewiesen werden: Das sind die Volkslieder, die ich am Wegesrain von der Jugend der Niederlande habe singen hören, die genau so Allgemeingut sind in Norddeutschland, in Westfalen und in der Umgebung Berlins. Firmenich hat einige davon in litauischer und Clever Mundart wiedergegeben. Ich habe die selben Lieder in niederländischer Sprache in Brabant, in ganz Flandern, eingeschlossen die französischen Gebiete um Dünkirchen und Hazebroek, wiedergefunden."[18]

Der Beginn dieser Aufzählungen läßt klar erkennen, daß diese Lieder nur einen Teil des weiten Wissensgebietes ausmachten, das Louis De Baecker beherrschte. Seine Sorge galt ohne Ausnahme allen germanischen Altertümern seines Landes. Dieser wahre Vorläufer der flämischen Bewegung in Französisch-Flandern hatte seiner wissenschaftlichen Arbeit sozusagen ein doppeltes Ziel gesetzt: Die Bande zwischen seiner Heimat und den anderen Ländern Nordeuropas zu knüpfen und die einstige Verbreitung der niederdeutschen Sprache bis zur Somme zu beweisen. Von allen Dingen, denen er seine Aufmerksamkeit schenkte, hat er aber wohl der Volksdichtung den Vorzug gegeben. Ihr hat er mehrere Veröffenlichungen gewidmet, die nicht unangreifbar sind, deren Anlage aber ausgezeichnet und deren Wissen für jene Zeit nicht unbeachtlich waren. Die vollständige Liste seiner Werke enthält nicht weniger als 50 Titel.

---

[14] Fr. Fromme, Deutsch-Niederländische Symphonie, hrsg. von Dr. R. P. Oßwald. Franz Westphal-Verlag, Wolfshagen-Scharbeutz, 1937, S. 157.

[15] Chants populaires des Flamands de France, Introduction, S. XIII.

[16] Chants populaires, Introduction, S. XII.

[17] E. De Coussemaker, Quelques remarques sur le dialecte flamand de France. Annales du Comité Flamand, Bd. IV, 1858—1859, S. 90.

[18] Bericht an den Herrn Minister usw. (s. unten). Paris 1862, S. 23—24.

Die wichtigsten davon sind: „Die Flamen in Frankreich. Studien über ihre Sprache, ihre Literatur und ihre Denkmäler" (Hebbelynck, Gent 1850), „Die Nibelungen, Merovingersage der Niederlande" (Paris 1853), „Nordische Sagen" (1854), „Historische Gesänge Flanderns" (1855), „Die flämische Sprache in Frankreich seit den ältesten Zeiten bis auf unsere Tage" (Siffer, Gent, 1893).

Bei allen seinen Arbeiten bezieht sich L. De Baecker auf die Werke der deutschen Wissenschaft. Aber seine Verbindung zur deutschen Wissenschaft beruht nicht allein auf unpersönlichen bibliographischen Kenntnissen. Er knüpfte auch freundschaftliche Beziehungen zu Wissenschaftlern und Gebildeten an. Er begab sich selbst auf Studienreisen nach dort, über die er begeisterte Berichte schrieb, die leider nicht erhalten sind. Wir besitzen aber andererseits ein seltsames Memorandum von ihm infolge einer Untersuchung über den „Stand der Literatur in Belgien und in den Niederlanden", mit der ihn die französische Regierung beauftragt hatte. Von Amsterdam aus schrieb er im September 1851 an den Minister für das Unterrichtswesen:

„Frankreich darf die Werke niederländischen Geistes nicht mehr übersehen, darf ihnen Lob und Bewunderung nicht mehr versagen. Das Sprichwort Madame de Staels, das sie mit der ihr eigenen Klugheit in die Mode gebracht hat: ‚Die holländische Mundart ist ein Grillengezirp in der Grammatik' besteht zu Unrecht. Denn dieses Gezirp ist eine Sprache von großer Vergangenheit, sie hat ihre Regeln, ihre Syntax, und es fehlt ihr weder an Weichheit und Geschmeidigkeit noch an Energie: Eine Sprache, die eine glänzende Literatur hervorgebracht hat. Die Deutschen Morhoff[19], Mollerns[20], Wiarda[21], Kinderling[22] und Adelung[23] haben dieses Recht der niederländischen Sprache zuerkannt, in der noch die meisten Worte in der ursprünglichen Form des alten Deutsch aufzufinden sind. Das Hochdeutsch, sagen sie, ist eher eine moderne literarische Sprache; das Niederdeutsch oder Niederländisch (néerlandais ou bas-allemand) hat sich kaum verändert und sich am wenigsten vom alten Maeso-Gotischen, vom alten Sächsischen oder Angelsächsischen, vom alten Fränkischen entfernt.

Warum konnte Frankreich nicht den Unterricht dieser Sprache in einem Teil seines Landes einrichten, wo diese noch voller Leben ist? Es würde es so der Jugend Französisch-Flanderns leicht machen, in kurzer Zeit die nordischen Sprachen zu lernen, die alle gleichartig sind und untereinander große Ähnlichkeit haben.

Der gelehrte Franzose muß auch die niederländische Sprache beherrschen. Denn wenn er Goethe und Schiller auswendig kennt, wenn er Wieland, Klopstock, Bürger, Novalis, Tieck, Arnim, Immerman, Grabbe, Bettina, Stolberg, Uhland, J. Kerner, Rückert, Kant und Hegel gelesen und durchgearbeitet hat, alle diese berühmten Dichter und großen Philosophen im Ruhmeskranz der hochdeutschen Literatur, so darf er doch den Werken des niederdeutschen Geistes nicht gleichgültig gegenüberstehen! Das Gesamtgedankengut eines Volkes kann nur dann verstanden werden, wenn man es im ganzen kennt und als eine Einheit aufzufassen imstande ist.

Frankreich, das die Tiefen der Antike ergründet hat, um auf den Ursprung der menschlichen Sprache zu kommen, verkennt die geistigen Werke der niederländischen Provinzen, weil es das Niederländische für eine Mundart ohne Literatur und Grammatik hält, rauh und plump, oberflächlich und ärmlich, die vielleicht zu einigen Verlorenen paßt, die im Heideland der Kempen oder in den Sümpfen des Moerdijk umherstrolchen.

Und wie fruchtbar ist hingegen gerade jetzt das geistige Wirken an den blumigen Ufern der Yser bis zur Amstel! In Belgisch-Flandern, in Brabant, in Holland, Geldern, Friesland und Overijssel wächst die niederländische Literatur mit jedem Tag und wird, wie ich es schon anfangs gesagt habe, so bedeutend, daß es sich deutsche Gelehrte zur Ehre anrechnen, sich unter ihre Fahnen zu stellen und in der Sprache der Niederlande zu schreiben."[24]

Ist es nicht recht, die Beweisführung, die L. De Baecker für die geeignetste hielt, zu gebrauchen, damit die intellektuellen Kreise Frankreichs das Niederländische schätzen lernen?

---

[19] Unterricht der deutschen Sprache, S. 255.

[20] Joan. Mollerni, Idag. ad histor. chersonesii umbricce, CIII, S. II.

[21] Wiarda, Geschichte der friesischen Sprache, S. 37.

[22] Kinderling, Geschichte der niedersächsischen Sprache, S. 33.

[23] Magazin für die deutsche Sprache, Bd. II. 1 St., S. 97.

[24] Dieser Bericht an den Herrn Minister des Unterrichtswesens und des Kultus in Frankreich über den Stand und die Geschichte der Literatur in Belgien und den Niederlanden (1. Abt.: Niederländische Sprache) ist in Form einer Broschüre in Paris, Aubry, 1862, veröffentlicht worden. Vorstehende Ausführungen sind Auszüge aus den Seiten 9, 10, 21, 25—26.

Dieses ist, darauf besteht er, dasselbe wie das Niederdeutsche, und die deutschen Schriftsteller selbst halten es nicht für unter ihrer Würde, diese Sprache, Schwester der ihrigen, zu benutzen. Wie man bemerkt haben wird, ist das ganz besonders eine Anspielung auf Hoffmann von Fallersleben.

Die so geknüpften Bande zwischen Wissenschaftlern Deutschlands und der französischen Niederlande befestigen sich, als die Vorkämpfer des völkischen Gedankens in Südflandern beschlossen, ihre Bestrebungen in einer Gesellschaft kultureller Verteidigung und Propaganda zu sammeln: dem „Flämischen Komitee von Frankreich", am 10. April 1853 in Dünkirchen gegründet. In einer der ersten Sitzungen am 4. August 1853 wird J. Grimm als Ehrenvorsitzender ernannt. J. M. Firmenich und W. Mannhardt (Berlin) werden auswärtige Mitglieder. (In der Sitzung vom 24. Mai 1855 sollten Hoffmann und Firmenich zu Ehrenmitgliedern befördert werden.) Das Komitee nimmt noch weitere unter den gelehrten deutschen Freunden Flanderns ausgewählte Ehrenmitglieder auf: Am 27. Oktober 1853 August Reichensperger, Rat am Gerichtshof zu Köln, Reichstagsabgeordneter, einer der Direktoren des „Domblatt" der rheinischen Hauptstadt; am 17. Januar 1854 kommt Josef Mone an die Reihe, Direktor des Archivs in Karlsruhe, und ein bißchen später, am 14. Februar 1855, Ferdinand Wolff, Konservator der Kaiserlichen Bibliothek in Wien und Sekretär der österreichischen Akademie.

Der Vorsitzende des Komitees, E. De Coussemaker, beglückwünscht sich besonders zu diesen Beitritten: Nicht ohne Stolz hat der Ausschuß den erfreulichen Beitritt solcher Wissenschaftler wie J. Grimm, J. M. Firmenich, J. Mone, Reichensperger und Hoffmann von Fallersleben notiert[25]. Einer der sechs Gründer, Aug. Ricour, schreibt am 30. Dezember 1853 an den Vorsitzenden:

„Ich bin Zeuge der Sympathie gewesen, die man dem Erscheinen des Flämischen Komitees für Frankreich in Holland, Belgien und bis nach Deutschland hinein entgegenbringt. Mit Freuden sehe ich, daß das Werk, das wir gründeten, zu leben bestimmt ist und sogar einiges Aufsehen erregt."[26]

Sechs Jahre später stellt er, immer noch voller Freude, die Beitritte aus Preußen und anderen Gegenden Deutschlands fest[27].

Als J. J. Carlier das Flämische Komitee beim Kongreß der wissenschaftlichen Gesellschaften in Paris 1857 vertritt, pocht er auf die „ehrenden Lobreden" der germanischen Gelehrten:

„Herzliche Zustimmungsbezeugungen sind ihm zuteil geworden von Belgien und Deutschland, Ländern, mit denen uns durch die Sprache angenehme Berührungspunkte verbinden."[28]

Solche Rede hört man an der Sorbonne gerne! Auf die Liedersammlung De Coussemakers zurückkommend, bemerkt J. J. Carlier, daß

„sie den großen Veröffentlichungen deutscher Philologen über die Volkslieder ihres Landes nachgebildet ist"[29].

Das Komitee beglückwünscht sich offiziell in der Einführung seiner Publikationen zu dem Anteil, den Deutschland am flämischen Wiederaufstieg nimmt. So liest man z. B. in einer Gesamterklärung des Büros der Vereinigung:

„Heutzutage wird das Studium der flämischen Sprache und Literatur mit neuem Eifer wieder aufgenommen, nicht nur in den Provinzen, die die frühere Grafschaft Flandern bildeten, sondern auch in Deutschland, wo Mone und Hoffmann von Fallersleben den Reichtum des flämischen Geisteslebens herausstellen."[30]

Ein angeregter Briefwechsel entspann sich zwischen den Ehrenmitgliedern und den Leitern der Gruppe. J. Grimm schrieb am 21. November 1853 an E. De Coussemaker aus Berlin:

„Das Flämische Komitee Ihrer Stadt hat mir die große Ehre zuteil werden lassen, mich zu seinem Ehrenvorsitzenden zu ernennen; bitte danken Sie ihm in meinem Namen. Die Lebensfähigkeit der flämischen Mundart ist erstaunlich; nach jahrhundertelangem vorherrschenden Einfluß der französischen Sprache ist sie noch genau so lebendig und populär. Ich beglückwünsche alle Ihre Nachforschungen. Der Boden ist fruchtbar und fast noch unberührt. Sie werden sicher eine reiche Ernte haben.

[25] Annales du Comité Flamand, I, 1853, S. 7. [26] Annales, I, 1853, S. 82.
[27] Annales, V, 1859—1860, S. 20. [28] Bulletin du Comité Flamand, S. 143, I.
[29] Ebenda S. 144. [30] Annales, I, S. 95.

Wir Deutschen fühlen uns immer als Ihre Landsmänner. Der Dialekt, den Sie sprechen, gleicht sich unserem ‚Deutsch' an. Haben Sie nicht für Gott, Vater, Mutter, Himmel und tausend andere Dinge genau dasselbe Wort wie wir? Also müssen wir uns auch in unendlich viel Dingen besser verstehen als mit Außenstehenden.

Durch Ihre Arbeit werden Sie nun eine Unmenge Worte, Ausdrücke, Gebräuche und Sitten aufheben und sammeln, die der näheren Betrachtung wohl wert sind. Ich bin schon direkt ungeduldig, Ihre Volksliedersammlung zu sehen, die gewiß in Frankreich und Deutschland mit Freude begrüßt werden wird.

Bitte entschuldigen Sie, wenn ich so spät geantwortet habe. Das deutsche Wörterbuch, das ich gerade ausarbeite, läßt mir wenig Freizeit. Ich habe mir die Freiheit genommen, Ihnen ein Exemplar meiner „Geschichte der deutschen Sprache" zu übersenden, das durch die Vermittlung des Herrn Heußner, Buchhändler in Brüssel, in Ihre Hände gelangen wird. Wenn ich Ihnen irgendwie nützlich sein könnte, stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung."[31]

Nicht weniger bemerkenswert dürfte der Brief des Dr. Firmenich an „das hochlöbliche Comité Flamand de France" sein:

„Die Ernennung zum correspondierenden Mitgliede des ‚Comité Flamand de France' ist mir soeben zugekommen und ich beeile mich, meinen herzlichsten und innigsten Dank für diese ehrenvolle Auszeichnung auszusprechen. Die verdienstvollen Bestrebungen des Comité hatte ich schon seit längerer Zeit mit Aufmerksamkeit verfolgt und in der deutschen Presse mit gebührender Anerkennung darauf hingewiesen. Jetzt, da mir die Ehre zuteil geworden ist, Mitglied dieser hochgeachteten gelehrten Gesellschaft zu sein, wird das rühmliche Streben derselben mir umso mehr am Herzen liegen. Mit großer Freude und Genugtuung ist es in ganz Deutschland aufgenommen worden, daß auch die zu Frankreich gehörigen Flamländer die Schätze ihrer germanischen Sprache aufzubewahren bemüht sind. Der Wissenschaft und Literatur wird dadurch ein großer Dienst erwiesen. Auf die beabsichtigte Herausgabe der Volkslieder der Flamländer Frankreichs (Chants populaires des Flamands de France) werde ich die Aufmerksamkeit in Deutschland hinlenken. Herr De Coussemaker erwirbt sich dadurch auch den Dank aller übrigen germanischen Volksstämme, indem er die auf dem Gebiet der germanischen Volksdichtungen aufgehäuften Schätze durch die wertvollen flämischen Beiträge vervollständigt. Das von mir herausgegebene Nationalwerk „Germaniens Völkerstimmen" wird den Herren des ‚Comité Flamand de France' wohl bekannt sein. Es würde mir eine große Freude sein, wenn mir für dieses allgemeine germanische Werk einige Proben der Dialekte der verschiedenen Gegenden des flämischen Gebietes in Frankreich mitgeteilt würden, indem mir dieselben zur Vollständigkeit des Werkes noch fehlen. Dem Komitee wird es sicherlich ein Leichtes sein, solche Dialekt-Proben aus den verschiedenen flämischen Ortschaften zu erlangen, da das flämische Volk an Erzählungen, Märchen, Sagen, Legenden, Sprichwörtern, Kinderliedern, wie sie sich von Geschlecht zu Geschlecht überliefern und forterben, reich sein wird. Eine vollständige Sammlung und Zusammenstellung der Dialekte der Flamländer Frankreichs herauszugeben, eine schöne Aufgabe des ‚Comité Flamand de France'!

Mit der ausgezeichneten Hochachtung empfehle ich mich sämtlichen Mitgliedern des Komité, indem ich nochmals für die Ehre der Ernennung von ganzem Herzen danke."[32]

Ein Ehrenmitglied, mit dem die Beziehungen besonders eng zu sein scheinen, ist wohl Aug. Reichensperger, dessen Name in den Annalen und im Bulletin immer wiederkehrt. Am 6. November 1853 dankt er aus Köln für seine Ernennung wie folgt:

„Geehrtester Herr,

Ihre sehr geehrte Mittheilung vom 29sten 8ber hat mich um so mehr erfreut, als der Zweck des von Ihnen praesidirten Vereines, die Erforschung und Erhaltung der in Ihrer Heimath noch vorhandenen deutschen Elemente, meine vollste Sympathie hat. Ich bitte den geehrten Mitgliedern des Comité meinen ergebensten Dank für die mir erwiesene Ehre abzustatten und denselben zugleich zu versichern, daß es mir höchst erwünscht sein würde, wenn ich in irgendeiner Weise dem Comité nützlich sein könnte. Gegenwärtigem erlaube ich mir einige kleine Schriften aus meiner Feder folgen zu lassen, damit Sie daraus ersehen mögen, auf welchem Gebiete ich vorzugsweise versucht habe und in welcher Art ich allenfalls im Stande wäre, die Bestrebungen Ihres Vereins zu unterstützen. Es ist dies alles was mir gerade zur Hand ist und ich bitte um nachsichtiges Urtheil.

Seien Sie herzlich und hochachtungsvoll gegrüßt von

Ihrem ergebensten

A. Reichensperger.[33]"

---

[31] Annales, I, S. 79—80. [32] Annales, I, S. 74—76. [33] Annales, I, S. 78—79.

Als er den ersten Band der Annalen erhielt, schrieb er am 1. 10. 1854 nochmals:

„Geehrtester Herr Colleg,

Vor etwa 8 Tagen erhielt ich in Bonn, wo ich Assisen praesidirt habe, durch den Buchhändler Marcus die mir gutigst übermachten ‚Annales du Comité Flamand'. So viel meine Zeit es nur immer erlaubte, habe ich darin gelesen, und ich kann Sie versichern, daß mir, seit lange, keine Lectüre so viel Freude gemacht hat. Es ist mir fast unbegreiflich, wie Sie binnen so kurzer Zeit und in einem verhältnismäßig so kleinen Kreise schon eine solche Tätigkeit entfalten und so viel zu Stande bringen konnten: Ich kenne die Schwierigkeiten von solchen Unternehmungen. Was so anfängt, wird gewiß reiche und schöne Früchte tragen. Sie und Ihre Freunde sammeln sich in der That ein großes Verdienst: es ist die lohnendste Aufgabe, die man sich stellen kann, das Volksleben, Volkslitteratur und die Volkskunst wieder zu Ehren zu bringen, das scheintodte wieder an die Stelle des scheinlebenden zu setzen. Frankreich hat in dieser Beziehung viele Sünden abzubüßen: von ihm ging das nivelliren und uniformiren vorzugsweise aus; um so erfreulicher ist es zu sehen, wie die Söhne Frankreichs jene Sünde der Vorfahren wieder gut zu machen bemüht sind. Ich werde nicht ermangeln Ihren Verein und die ‚Annales' desselben öffentlich zu besprechen, wie ich denn solches auch bereits gelegentlich gethan habe.

Mit freundschaftlicher Hochachtung grüßt

Ihr

Ergebenster

A. Reichensperger."[34]

Zu diesem Band steuert er, seinem Versprechen gemäß, einen Artikel aus der „Zugabe zur Deutschen Volkshalle" vom 9. November 1854 bei. Er sendet seine Werke an das Komitee sogar die bescheidenste Veröffentlichung. So schickt er z. B. an seine Kollegen in Süd-Flandern einen Zeitungsartikel vom 10. September 1854, in dem er auf das Werk von J. A. Alberdingk Thym über das niederländische Schrifttum hinweist[35]. Fr. J. Mone wiederum korrespondiert mit E. De Coussemaker.

„Der gelehrte Direktor des Karlsruher Archivs veranlaßt das Kommittee, eine Sammlung flämischer Urkunden zusammenzustellen, die sich auf unser Land beziehen. Er versichert ihm, daß eine derartige Veröffentlichung in Deutschland mit größtem Interesse aufgenommen würde."[36]

F. Wolff nimmt an den Arbeiten des Komitees lebhaften Anteil[37]. Hoffmann von Fallersleben berichtet seinen Freunden in Süd-Flandern laufend über seine Werke[38]. Wilhelm Mannhardt steht mit dem Vizepräsidenten L. De Baecker im Schriftverkehr.

1858 erscheint Franz Oetker aus Kassel im Ausschuß. In der Sitzung vom 27. Mai wird er zum auswärtigen Mitglied ernannt. Eine Broschüre, die in zwei Übersetzungen — auf flämisch: De Vlaemsche Taelstrijd, auf französisch: Le Mouvement flamand — erscheint, zieht die Aufmerksamkeit der flämischen Patrioten in Frankreich auf sich. In der Sitzung vom 2. Dezember 1858

„betont eines der anwesenden Mitglieder das Interesse, das von verschiedenen Gesichtspunkten aus das Werk von Herrn Oetker verdient: Der Autor rächt hier die flämische Sprache für die Mißachtung, die man ihr in Belgien entgegenbringen will, und gerade dort, wo diese Sprache zu Hause ist und Anspruch auf Bürgerrecht hat. In der Broschüre sind auch interessante Ausführungen über die Ableitung des Flämischen und seine Stammesverwandtschaft zur deutschen Sprache"[39].

A. Reichensperger hat das Komitee mit der Historischen Gesellschaft des Niederrheins zu Köln in Beziehung gebracht. Aber in lebhaftester Verbindung steht es mit dem Germanischen Museum in Nürnberg. Jedes Faszikel des „Anzeiger" wird sorgfältig in den Sitzungsprotokollen aufgeführt. Wenn eine Nummer fehlt, wird sie sogleich von der Direktion erbeten[40]. Das Interesse ist aber beiderseitig.

---

[34] Annales, II, S. 57.
[35] Annales, II, S. 33.
[36] Bulletin, I, S. 112, Sitzung vom 26. 2. 1857.
[37] Bulletin, I, S. 10, Sitzung vom 23. 8. 1855.
[38] Annales, II, S. 40, Sitzung vom 19. 12. 1854.
[39] Bulletin, I, S. 268.
[40] Bulletin, I, S. 244, Sitzung vom 16. 9. 1858.

„Der Direktor des Germanischen Museums gibt auch Bescheid, wenn in der Sendung von Veröffentlichungen des Komitees Störungen eintreten und bittet um Übersendung der fehlenden Schriften."[41]

In der Sitzung vom 15. Oktober 1857 schreibt A. Mathorez aus Dünkirchen extra eine Abhandlung über die Analyse der Publikationen des Museums in Nürnberg[42].

Aber auch das genügt dem Pater Vitse nicht, einem dem Programm des Flämischen Komitees sehr zugeneigten Jesuiten. Er wünscht, daß dieses sich noch systematischer als bisher in Verbindung setzt mit den akademischen Gesellschaften Belgiens, Hollands und der Rheinufer[43].

Alle diese Beziehungen zu deutschen Gelehrten haben die beste Wirkung auf die Vorkämpfer der völkischen Idee in Süd-Flandern, die diese Aufmunterungen zur Arbeit anstacheln. Auf der ersten Seite des Bulletins der Gesellschaft steht:

„Die Arbeit, die sich so gut angelassen hat, muß weitergeführt werden. Wir wollen in dieser Hinsicht unsere deutschen, holländischen und belgischen Brüder nachahmen, die mit so großer Genauigkeit alle Tatsachen und Dokumente festhalten, die sich auf ihre rassische Zusammensetzung beziehen. Gehören wir nicht zu jener Grundrasse, die aus dem Inneren Asiens stammt, die von der Vorsehung dazu ausersehen ist, die Fackel des Christentums in der Hand, die Zivilisation an diese einst so unfruchtbaren und verlassenen, heute blühenden und bevölkerten Gestade zu tragen? Müssen wir nicht stolz sein, die Erinnerung zu bewahren an alles, was für diese so göttliche Mission spricht?"[44]

So wie die deutsche Initiative E. De Coussemaker angeregt hatte, die Volkslieder seiner Heimat zu sammeln, so war es auch das Beispiel Firmenichs, das das Komitee bewog, die typischen Dokumente der volkstümlichen Mundart zu sammeln:

„Unter dem Titel ‚Germaniens Völkerstimmen' gibt Herr Firmenich aus Berlin unter der Gönnerschaft der preußischen Regierung eine Sammlung aller germanischen Sprachformen heraus. Um sein Ziel zu erreichen, hält er es für das Zweckmäßigste, eine Sammlung volkstümlicher Dichtungen aller Gebiete zusammenzustellen, wiedergegeben in der ursprünglichen Sprache, mit den Wendungen und charakteristischen Eigenheiten des jeweiligen Landes. Da er Dichtungen dieser Art nicht genug aufbringen konnte, hat er auch Märchen und andere Prosastücke aufgenommen, die die selben Bedingungen erfüllten. Diese Arbeit, die wahrhaftig ein nationales Werk für alle germanischen Rassen ist, hat bereits drei Bände. Wenn man es durchblättert, ist man erstaunt, wie reich die Litteratur der germanischen Nationen und wie verschiedenartig ihr Dialekt ist. Dies Buch — das kann ohne Furcht, sich zu irren, behauptet werden — ist einer der wahrsten Spiegel des volkstümlichen Wesens und seiner Gefühle. Die Litteratur des Volkes ist wirklich in der volkstümlichen Dichtung zu suchen; man könnte fast meinen, auch seine Geschichte in seinen Dichtungen und seinen Sagen zu lesen. Und dort muß man seine Gefühle, seine Vorlieben, seine Moral erforschen. Einige Einzelarbeiten waren zwar schon vorhanden, aber an ein so zusammenhängendes Werk wie das des Berliner Wissenschaftlers hatte sich noch niemand getraut. Es wird eine fühlbare Lücke in der germanischen Litteratur ausfüllen.

Was Herr Firmenich für die germanische Rasse im allgemeinen getan hat, muß das Flämische Komitee in Frankreich für die Menschen seines Wirkungskreises leisten."[45]

Es ist wieder das Komitee, von dem Firmenich Probestücke der flämischen Volkssprache in Frankreich erbittet. E. De Coussemaker kommt diesem Wunsch auch sofort nach[46]. Als Beispiel veröffentlicht er selbst eine kleine Geschichte: „'t Manneke en 't vissche" in der Dünkirchener Mundart.

„Wir werden aufzeigen", fügt er hinzu, „daß dieser Bericht eine erstaunliche Ähnlichkeit hat mit einer deutschen, von den Gebrüdern Grimm wiedergegebenen Geschichte". (Kinder- und Hausmärchen.)[47]

Alexander Bonvarlet, der De Coussemaker im Vorstand des Komitees folgen sollte, vervollständigt diesen Vergleich, indem er dieses Märchen zwei anderen Berichten gegenüber-

---

[41] Bulletin, II, S. 217, Sitzung vom 23. 5. 1861.
[42] Bulletin, I, S. 148.
[43] Bulletin, III, S. 476, Sitzung vom 11. 5. 1865.
[44] E. De Coussemaker, „Introduction" zum Bulletin, I, Januar—Februar 1857, S. 3.
[45] E. De Coussemaker: „Belehrungen über die flämischen Dialekte in Nordfrankreich". Annales, II, S. 62—63.
[46] Bulletin, I, S. 337—338.
[47] Annales, II, S. 67.

stellt, die in der „Wodana", einer 1843 in Gent von J. W. Wolff und einer Gruppe Mitarbeiter herausgegebenen Sammlung, erschienen sind: „Manneken trektoetee", wiedergegeben von Ph. Blommaert, und „Vischke Ruiterke", erklärt von Ad. Van de Velde [48].

E. De Coussemaker begibt sich an die Veröffentlichung einer „Bibliographie der Flamen in Frankreich". Er bezieht sich auch hier auf Anregungen von deutscher Seite:

„In Deutschland hat man in so starkem Maße die Wichtigkeit für Herausgeber und Leser erkannt, alle Schriften einer bestimmten Materie zu kennen, daß es wenig Zweige menschlicher Wissenschaft gibt, die dort nicht ihre besondere Bibliographie hätten." [49]

Die Überlegenheit der deutschen Wissenschaft auf diesem Gebiet machte auch einen treuen, nach Paris verzogenen Flamen, J. J. Carlier, erstaunt:

„Als ich eines Tages in die Bibliothek des Arsenals ging", so erzählt er, „um dort handschriftliche Dichtungen von Eustache Deschamps über unser flämisches Land zu vergleichen, kam mir plötzlich der Gedanke, in diesem reichhaltigen literarischen Arsenal nachzusuchen, ob sich nicht vielleicht ein auf unsere alte deutsche Sprache bezügliches Dokument finden könne. Ich sah mich also vor die große Schwierigkeit gestellt, die allen Spürnasen der Pariser Bibliotheken und Archive begegnet: Es gibt dort nämlich wahrhaftig keine gedruckten Kataloge, für die Handschriften schon garnicht. Die Bibliothekare haben nur sehr unvollständige Kataloge für ihren eigenen Gebrauch. Als Herr Paul Lacroix, einer der Konservatoren der Bibliothek des Arsenals, davon hörte, hatte er die Freundlichkeit, mir den Katalog von Haenel [50] zu besorgen. Das ist also ein Deutscher, der einen Katalog herausgegeben hat für die Handschriften der Bibliotheken des gesamten Europa. Wir dagegen, in Frankreich, in Paris, haben nicht einmal einen nur für unsere eigenen Bibliotheken." [51]

Was im allgemeinen die Meinung und die Gefühle Carliers waren, läßt ein Brief erraten, den er am 25. Mai 1853 an De Coussemaker schreibt:

Obgleich unser flämisches Land an eine Mittelmeermacht gekommen ist, hat sich die germanische Sprache doch bei uns erhalten, immer lebendig auf unserem in der Hauptsache germanischen Grund und Boden. Das Niederduitsch haben wir trotz der verschiedenen Territorialverschiebungen, die uns Politik und Krieg gebracht haben, bewahrt. Man soll nur De Swaen lesen, und man wird sehen, daß es eine Poesie voller Lebenskraft, aber zugleich voller Eleganz, Harmonie und Grazie ist, trotz Boileau und Voltaire, die ja nicht das geringste von deutscher Poetik verstanden, wenn sie über Würtz und Schenck lachten, wenn sie die Sprache schmähten, der Goethe, Uhland, Lessing und Schiller huldigten, die Sprache die Mozart, Weber und Beethoven gesungen haben [62].

Ganz im Vordergrund steht unter den Jüngern des Volkstums auch der Abbé Désiré Carnel aus Belle (1823—1899), auch ein Gründer des Komitees. Er hat in der Sitzung vom 3. Dezember 1863 die Grabrede auf J. Grimm [53] gehalten. Er beschäftigt sich besonders mit Mären, Weihnachtsgeschichten, Pastoralen usw. und im allgemeinen mit den Volkstheatern seines Landes. Die Arbeiten von Mone dienen ihm dabei als Wegweiser [54]. Die Bestrebungen des Antwerpener Bibliothekars C. J. Hansen, die niederdeutsche Sprache und Orthographie zu vereinheitlichen, erwecken bei ihm ein lebhaftes Echo.

„Mehr als 15 Millionen Menschen von den Ufern der Aa in Frankreich bis zur Elbmündung sprechen ein und die selbe Sprache. Ob man es nun Holländisch oder Flämisch oder Plattdeutsch nennt, es ist doch immer das Nederduitsch. Ich werde Ihnen eine kleine nette Hannoversche Geschichte erzählen, und Sie werden sie genau so gut verstehen als wenn es sich um eins der Lieder handelte, die unsere Mütter einst sangen. Sie sehen daran, daß man mehr als 200 Wegstunden von uns entfernt dieselbe Sprache redet wie hier! Ich möchte sagen, daß das Holländische in der Orthographie mehr dem Flämischen gleicht, dafür gleicht das Flämische aber wiederum mehr dem Plattduitsch in der Aussprache. Das Flämische ist eine ältere Form des Holländischen, das Plattduitsch ist eine ältere Form des Flämischen. So ist es. Haben wir also nicht Grund, zu behaupten, daß diese drei Formen eine Sprache sind, hat man denn nicht Grund genug, die vollkommene Vereinheitlichung dieser Sprache anzustreben?" [55]

---

[48] Bulletin, VII, S. 25—26. [49] Annales, I, S. 257.

[50] Catalogi librorum manuscriptorum qui in Bibliothecis Galliae, Helvetiae, Belgii, Brittanniae, Hispaniae, Lusitaniae, asservantur. A. D. Haenel, Lipsiae, 1830.

[51] J. J. Carlier, Manuskripte der Arsenalsbibliothek in Paris. Bulletin, I, 1858, S. 211.

[52] Annales, I, S. 103 und 114.

[53] Bulletin, II, S. 164—165. [54] Annales, I, S. 121.

[55] D. Carnel, Revue du Mouvement Flamand, Bulletin, III, 1865, S. 406—408.

30 Jahre später erwecken die Arbeiten von E. J. Hansen, der übrigens, wie viele markante Persönlichkeiten der flämischen Bewegung, in Belgien Mitglied des Flämischen Komitees in Frankreich war, das Interesse und erlangen die Zustimmung der Patrioten des Westhoek:

„Die niederdeutsche Mundart ist der Grundstock der volkstümlichen Sprache aller Provinzen, die von Grevelingen bis Königsberg am Meer gelegen sind. Dr. Hansen wollte die Dialekte dieser Sprache aller Völkerschaften dietscher Herkunft orthographisch zusammenschmelzen, damit Flamen, Holländer, Norddeutsche und Dänen den selben Text der schönen Verse des niederdeutschen Dichters Klaus Groth aus Kiel lesen könnten, dessen leidenschaftlicher Verehrer er ist. Die von Dr. Hansen behandelten Fragen sind solcher Art, daß sie beim Flämischen Komitee immer ein Echo auslösen werden; seine Mitglieder würden sich glücklich schätzen, die Schriften dieses hervorragenden Fürsprechers der niederdeutschen Sprachform in ihrer Bibliothek zu besitzen."[56]

Noch einer jener Priester, die sich für die völkische Idee einsetzten und die eine aktive Rolle in der nationalen Erhebung Französisch-Flanderns spielten, war der Abbé Becuwe. Hören wir ihm bei der Sitzung vom 19. 1. 1860 in Rijssel zu:

„Ich habe die Ehre, Ihnen einen Neuankömmling vorzustellen, der trotz seines griechischen Namens flämisch und deutsch spricht. Er heißt: Pan-German. Zuerst trat er bei der 100-Jahrfeier des Geburtstages von Schiller auf, dann bei den Begräbnisfeierlichkeiten, die am Sarge von Van Duyse stattfanden. Seine Mission ist es, zu lehren alles, was Germanisch-Hoch- und Niederdeutsch ist."[57]

Beim 6. Nederlandsch Taal — en Letterkundig Congres in 's Hertogenbosch, September 1860, ist er Abgeordneter des Flämischen Komitees für Frankreich. Er ist hocherfreut, die Estrade zu sehen

„geschmückt mit den Nationalfahnen und Wappen Hollands, Belgiens, Frankreichs und Hannovers"[58].

Noch ein überzeugter Kämpfer für die niederdeutsche Gemeinschaft ist Charles de Laroière, Bürgermeister von Sint-Winocksbergen und Vizepräsident des Komitees. Er leitet daraus her

„die Notwendigkeit, in den Arrondissements von Dünkirchen und Hazebroek den Unterricht der flämischen Sprache aufrechtzuerhalten".

In einem Memorandum, das im März 1863 dem Kongreß der wissenschaftlichen Gesellschaften in Paris vorgelegt wird, vertritt er folgende Ideen:

„Ohne die Arrondissements von Dünkirchen und Hazebroek zu erwähnen, herrscht das Niederduitsch nicht nur in Holland und dem größeren Teil Belgiens, es wird auch in Deutschland von vielen Völkerstämmen gesprochen. Der weite Landstrich, über den es verbreitet ist, geht von Dünkirchen bis Königsberg; seine südliche Grenze ist fast eine gerade Linie von Dünkirchen bis Polen, die die Umgebung Bonns und Kassels, Magdeburgs und Leipzigs und den nördlichen Teil Schlesiens durchschneidet. Sie schließt außer den Niederlanden und den flämischen Provinzen Ostfriesland ein, das Land bei Münster, einen Teil der Kölnischen und niederrheinischen Tiefebene, die Städte Paderborn, Brunswick, Hannover, Magdeburg, Bremen und ihre Umgebung, Holstein, Mecklenburg usw. . . . In einem Wort, den ganzen nördlichen Teil Westfalens, Hoch- und Niedersachsens, Ost- und Westpreußens."

Zur Unterstützung dieser Behauptung, deren Richtigkeit ich persönlich in einigen der erwähnten Orte nachgeprüft habe, gibt Herr Le Brocquy in seinen „Analogies lir guistiques" wörtlich Urkunden von 1286—1393 aller der Länder, die ich aufgezählt habe, wieder; die Sprache ist dem modernen Flämisch so ähnlich, daß die jetzige Generation sie fließend lesen kann, wenn man nur hier und da eine außer Gebrauch gekommene Wendung erklärt oder ein Wort, das durch eine überholte Schreibweise etwas entstellt ist. Ich will Ihre Aufmerksamkeit nicht zu lange in Anspruch nehmen und nicht alle Einzelheiten ausführen. Ich weise Sie auf das erwähnte Werk hin und werde nur zwei oft zitierte Sprichwörter aus der Grafschaft Kleve anführen; die Einwohner Flanderns werden nur kleine oder gar keine Unterschiede zwischen dieser und ihrer Sprache finden:

„As't regent ende sonn schuint, is et in de hel kermes.
As't kalf versopen is, meikt men de peutt to."[59]

---

[56] Bulletin, Sitzungs-Protokoll vom 30. 1. 1893, S. 6.
[57] Bulletin, II, S. 44—45.
[58] Bulletin, II, S. 222.
[59] Annales, VII, 1863—1864, S. 22—23.

Trotz seines französischen Namens war der Marquis Auguste de Queux de St. Hilaire (1837—1889) ein eifriger Patriot und besaß Verständnis für die Einheit der germanischen Welt. Seine Familie kam aus der Saintonge, stammte aber eigentlich aus Hazebroek und war sozusagen flämisch naturalisiert. Als er sich mit dem Problem des „Reinaert" befaßte, wiederlegte er die Behauptung von Raynouard, Fauriel und Paulin Paris, die bekannte Fabel sei französischen Ursprungs, und schloß sich den Ergebnissen Mones und J. Grimms an. Wie hoch schätzt er diesen ein in der Einführung zu seinen „Flämischen und holländischen Fabeln aus den Jahren vor 1800":

„Im Augenblick, da wir diese Zeilen schreiben, bringt uns die nationale Gazette aus Berlin die traurige Botschaft, daß dieser berühmte Mann gestorben sei. Er war Ehrenvorsitzender des Fläm. Komitees in Frankreich und hat sich um die niederländische und deutsche Sprache die größten Verdienste erworben. Herr J. Grimm kann als der Leiter der Schule betrachtet werden, der wir die Wiedergeburt der flämischen Litteratur zu verdanken haben." [60]

A. Bonvarlet, dessen Stärke mehr auf dem Gebiet der Geschichte und Archäologie als auf dem der Philologie und des Schrifttums liegt, ist nicht minder bestrebt, mit seinen deutschen Kollegen zusammenzuarbeiten. Er fordert, daß man in den Quellen der westfälischen Archive nachforsche, die Interessantes über unser Land enthalten können [61]. Auf seinen Vorschlag hin werden Schritte unternommen, um eine Zeichnung des Grabmals zu erhalten, das 1590 in der Kirche von Elbing errichtet wurde zum Gedenken an Dathenus, Pieter Daets, den kalvinistischen Reformator, 1531 in Kassel in Südflandern geboren und 1588 in dieser bei Danzig gelegenen Stadt gestorben [62].

Während des Krieges 1870/71 arbeitet das Komitee weiter, als sei nichts geschehen. Die Sitzungen finden statt, die Bulletins erscheinen, ohne von den „Ereignissen" zu sprechen. Es tritt keinerlei Störung in der Freundschaft zu Deutschland ein. Die Beziehungen zum Germanischen Nationalmuseum bleiben wie immer. Neue Bande werden geknüpft mit dem Verein für Kunst und Altertum in Ulm und Oberschwaben und mit der Estnischen Gesellschaft in Dorpat (1872), mit dem Verein für Niederdeutsche Sprachforschung (1894). A. Bonvarlet korrespondiert mit dem Gründer und Sekretär der Vereinigung, Dr. Mielck. Das Niederdeutsch, dessen er sich in seinen Schriften bedient, „würde besser von Dünkirchen bis Belle verstanden als das gewöhnliche Flämisch von Gent oder Antwerpen", stellt der Präsident des Flämischen Komitees fest, „was", wie er fortfährt, „für die Ethnographen ein neuer Beweis ist, die behaupten, die Völker am Meeresrand von Dünkirchen bis Danzig seien desselben sächsischen Ursprungs [63].

Die Veröffentlichungen der Hamburger Gesellschaft: Jahrbuch, Korrespondenzblatt, Brücke, „haben ein ganz besonderes Interesse für die Flamen Frankreichs" [64] und werden regelmäßig in ihrem Bulletin besprochen. Der Verein interessiert sich seinerseits wieder sehr für die Arbeiten des Flämischen Komitees, besonders für die phonetischen und morphologischen Studien des Abbé Carnel über den flämischen Dialekt in Frankreich, so wie er besonders in Belle und Umgebung gesprochen wird [65]. Diese Studien finden sowohl in Deutschland als auch in Belgisch-Flandern große Aufmerksamkeit. [66]

Am meisten erweckt der Domherr Camille Looten in seinen Landsleuten das Interesse für das Schrifttum und die niederdeutsche Bewegung. Er ist der dritte Präsident des Flämischen Komitees und ein hervorragender Germanist. Er hat ausgezeichnete Anregungen gegeben zur „Verteidigung und Illustration" des literarischen Erbes der Flamen in Frankreich. Er untersucht und erklärt Dokumente der niederdeutschen Literatur: Liturgische Dramen, volkstümliche Lustspiele usw., die der Verein für Niederdeutsche Sprachforschung herausgibt! [67]

Mit Klaus Groth beschäftigt er sich besonders: „In seinen Romanen und besonders in seinen Gedichten ‚Quickborn', die heute die 70. Auflage erreicht haben und in fast alle Sprachen Europas übersetzt worden sind, bringt K. Groth mit außergewöhnlichem Erfolg Sitten und

[60] Annales, VII, 1863—1864, S. 83. [61] Bulletin, II, 1862, S. 392.
[62] Ebenda, S. 391. [63] Bulletin, I, 1894, S. 8. [64] Bulletin, I, 1895, S. 127.
[65] Annales, XIX, 1891, S. 319—404. [66] Bulletin, 1896, 3—4, S. 152.
[67] Bulletin, 1896, 2, S. 141—143; 1901, 1, S. 68.

Brauchtum, Landschaft und Tradition seiner Heimat Schleswig-Holstein zu Ehren. Die Poesie Groths erinnert an die des Schotten Burns: wie diese ist sie sehr einfach, sehr tief empfunden und von einem starken Gefühl getragen. In seiner Eigenschaft als Philologe hat Groth in vielen Schriften Ursprung, Entwicklung und Reichtum seiner Muttersprache studiert. Unter seinem Einfluß haben sich wissenschaftliche Gesellschaften gebildet, die in interessanten Veröffentlichungen das Werk ihres Meisters fortsetzen." [68]

In Hamburg und Antwerpen schließt sich das Flämische Komitee für Frankreich den Ehrungen des niederdeutschen Meisters bei Gelegenheit seines 80. Geburtstages an.

„Dieser gemütvolle Dichter hat den holsteinischen Dialekt zur Höhe einer literarischen Sprache emporgehoben. K. Groth besingt vor allem die Natur, von der er entzückende Stimmungsbilder entworfen hat, und die Vorzüge des heimatlichen Herdes und des Familienlebens, die er mit seltener Feinfühligkeit zum Ausdruck bringt." [69]

Prof. Looten entdeckt auch die Verwandschaft seiner Heimat mit Norddeutschland in der Landbevölkerung. Die Bauform des Hauses in der Gegend von Lübeck scheint denselben Grundriß zu haben wie die flämische „hofstede" wie sie jetzt ist, nachdem die zwei Flügel — Scheunen und Pferdeställe — sich vom Hauptgebäude gesondert haben. Prof. Looten beweist auch die Ähnlichkeit dieser Hausform, „deren Ursprung sich im Dunkel der Zeiten verliert, mit der Behausung des sächsischen Wikingers, wie sie in dem alten angelsächsischen Gedicht des Beowulf beschrieben wird".

„Auf jeden Fall zwingen die spitzen, riesigen Dächer über den kleinen, weiß gekalkten Strohlehmmauern direkt den Vergleich mit den alten Bauten unserer flämischen Höfe auf." [70]

Das Gefühl der Verbundenheit mit dem größeren Germanien ist aber nicht nur in den wissenschaftlichen Kreisen wach. Die Erklärungen eines „simpele Vlaamsche boer" aus Zegerskapel (nahe St. Winoksbergen), Hendrik Blanckaert (1827—1899) im Genter Wochenblatt „Het Volksbelang", mitten im deutsch-französischen Krieg, zeugen vom Fortleben der Überlieferung in den wertvollen Schichten des Volkes:

„Het is waar, men kan niet denken zonder weemoed op onzen West-Vlaamschen hoek, als men hem zoodanig onderdrukt ziet aan die Fransche overheersching. Voor ons, die er in wonen, het valt ons nog veel lastiger er aan te denken. Wij moeten de onderdrukking lijden. Alles moet Fransch zijn. Onze kinderen worden onderwezen in die vreemde taal en zij hebben den tijd niet om ze grondig te leeren of te verstaan, tenzij de kinders van de rijke lieden. Wij Vlaamsche boeren en ingezetenen van alle slach zijn geheel onderdrukt aan alle slach van Waalsche ambtenaren en dikwijls behandeld gelijk vee ... Mochten wij ons Vlaamsch volk zich zien verheffen uit dien dooden slaap, die de Fransche overheersching op ons verspreid heeft." (8. Oktober 1870.)

„Al de mannen van 19 tot 40 jaren zijn thans uit hunne haardsteden weggerukt en worden gedwongen hun bloed te vergieten voor eene zaak, welke de hunne niet is, maar die van hunne verdrukkers sedert eeuwen. Ook is de afkeer, dien die grootendeels Vlaamsch geblevene bevolking voor den Fransch-Duitschen oorlog gevoelt, zeer groot, ofschoon niemand, uit vrees voor de krijgswet, zijne gevoelens lucht durft geven ... Vele jongelingen komen van het leger naar huis, en ze zeggen, dat ze niet meer zullen gaan, totdat ze er naar gesleept worden. Nog vele andere vluchten de Belgische grenz over. — Het ontbreekt er namelijk niet aan mannen, die uit den grond van hun herte wenschen dat de Vlaamsche Westhoek van Frankrijk zou afgescheurd worden en wederom gevoegd wierde met hun Vlaamsche stambroeders van Belgie." [71]

Doch ist der Prinz, der die schöne Fee aus ihrem hundertjährigen Schlaf im träumenden Wald weckt — diese Fee ist das germanische Bewußtsein der französischen Niederlande —, der Wissenschaftler. Man darf nicht vergessen, daß der völkische Aufschwung in jedem Land seinen eigenen Gesetzen folgt, die unter den tausend verschiedenen zeitlichen und örtlichen Umständen immer andere sind.

---

[68] Bulletin, Sitzungsprotokoll v. 15. 6. 1893, S. 5.
[69] Bulletin, 1899, II, S. 396.
[70] Bulletin, 1899, I, S. 364.
[71] In memoriam H. Blanckaert, in: A. Hans, Fransch-Vlaanderen en Zeeuwsch-Vlaanderen. Gent 1913, S. 7—8 und 10—11.

In Französisch-Flandern war die Französisierung ohne Zweifel bereits schon zu weit vorgeschritten, als daß das erste Stadium der Erhebung ein aktives Schrifttum in der Muttersprache hätte sein können. Ganz gewiß sind die Schriftsteller nie verschwunden. Aber die Sprache wurde nicht mehr gelehrt, zur Kultur des übrigen Flandern bestanden keine Beziehungen mehr, es fehlte die Brücke von den Auserlesenen zur Masse, zwischen welchen beiden die französische Erziehung eine schwer zu überschreitende Schlucht gegraben hatte. Aller dieser Gründe wegen konnte jenes Unterhaltungs-Schrifttum, rührender durch den guten Willen seiner Dichter als eindrucksvoll durch seine Erfolge, nicht das kulturelle Niveau und den allgemeinen Humanitätswert erreichen, die für ein Schrifttum unerläßlich sind, wenn es einen völkischen Wiederaufstieg hervorrufen und einem Volk Gemeinschaftsgeist geben will.

Die Wiedergeburt des Westhoek ist weder das Werk von Dichtern noch Romantikern oder Sängern, sondern sie ist das Werk von Wissenschaftlern gewesen, die genau so vaterlandsliebend wie gelehrt waren. Und dies Werk ist wahrhaftig kein leichtes gewesen. Es ist für Außenstehende wohl schwer, sich auch nur annähernd ein Bild zu machen von der Hetze gegen alles Deutsche, die gewütet hat und noch wütet, oder von dem kaltblütigen, systematisch angestachelten Haß gegen alles, was unmittelbar oder mittelbar mit Germanentum in Verbindung steht. Die germanische Natur dieses Landes und die nordischen Grundelemente dieses Volkes mußten schon erstaunlich stark sein, daß eine Gruppe seiner „Intellektuellen" der alles befallenden Idee des ‚mirage latin" nicht anheimfiel.

Wir haben auch gern die brüderliche Hilfe erwähnt, die ihnen dabei von den wahrhaft völkischen Wissenschaftlern der Generation Hoffmann von Fallersleben und J. Grimm zuteil geworden ist, diesen Wissenschaftlern aus Deutschland, das seiner wahren Bestimmung entgegenwächst.

Es wäre zu wünschen, daß Deutschland sich zu einer Epoche, die der völkischen Erhebung im Anfang des 19. Jahrhunderts vergleichbar ist, sich des Germanentums bewußt wird, daß deutsche Wissenschaftler sich mehr und mehr für germanische Tatsachen interessieren, für das Vorhandensein seiner westlichsten Lande, die bis zum heutigen Tage am meisten von allen vernachlässigt und vergessen worden sind. Ein ungeheures Forschungsgebiet eröffnet sich ihrer Schaffensfreude in diesem Land, das im Norden der Somme den „Westhoek" der germanischen Welt bildet. Auf allen wissenschaftlichen Gebieten: Ortsnamenkunde, Volkskunde, Mundartforschung, Geschichte der Einrichtungen usw. bieten die französischen Niederlande eine fast noch unerforschte Mine, wo die Forscher sowohl Deutschlands als auch Belgisch-Flanderns und Hollands und die jungen Wissenschaftler, die noch keine feste Aufgabe haben, unerschöpflich Stoff für ihre Nachforschungen und Abhandlungen finden können.

Die landschaftliche Gliederung des lothringischen Raumes

Von Josef Schmithüsen, Berlin

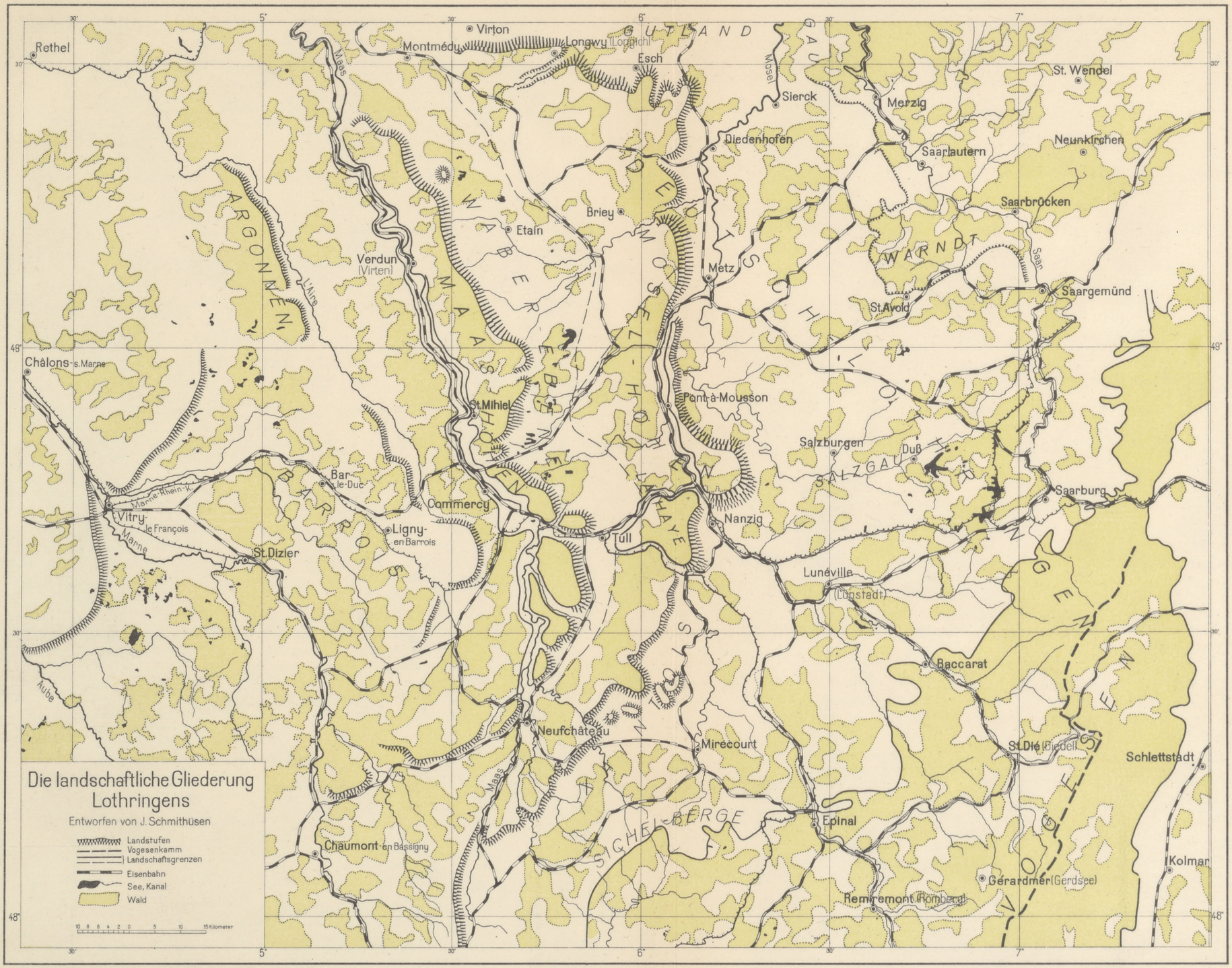
Mit 1 Übersichtskarte 1:900000

Allgemeine Übersicht

Wie an den Schwarzwald im Osten das schwäbisch-fränkische Stufenland angelehnt ist, so schließt sich an die Vogesen nach Westen auf Grund des spiegelbildlichen Bodenbaus des Oberrheingebietes eine ähnliche Folge von Landterrassen und Landstufen an. Zwischen dem Vogesenkamm und den Kreidehügeln der Champagne treten die verschiedenartigen Gesteine der Trias und des Jura in von Norden nach Süden verlaufenden Bändern an die Oberfläche und bilden ein im Bauplan einfach angelegtes, in seiner Formengliederung aber mannigfaltig ausgestaltetes Land. Fächerförmig verbreitern sich die Gesteinsstreifen nach Norden und erreichen zwischen der Hardt und den Argonnen ihre größte Breite, während sie im Süden zu einem schmalen Bündel zusammengerafft erscheinen. Sanft sind die Schichten gegen Westen geneigt. Daraus ergibt sich der Grundzug des Aufbaus der Landschaft. Harte, der Abtragung widerstehende Kalkbänke des Muschelkalks, des Dogger und des Malm streichen mit gegen Osten gekehrten Steilrändern an der Oberfläche aus und sind durch weite sanft westwärts abdachende mehr oder weniger ebene Landstrecken voneinander getrennt.

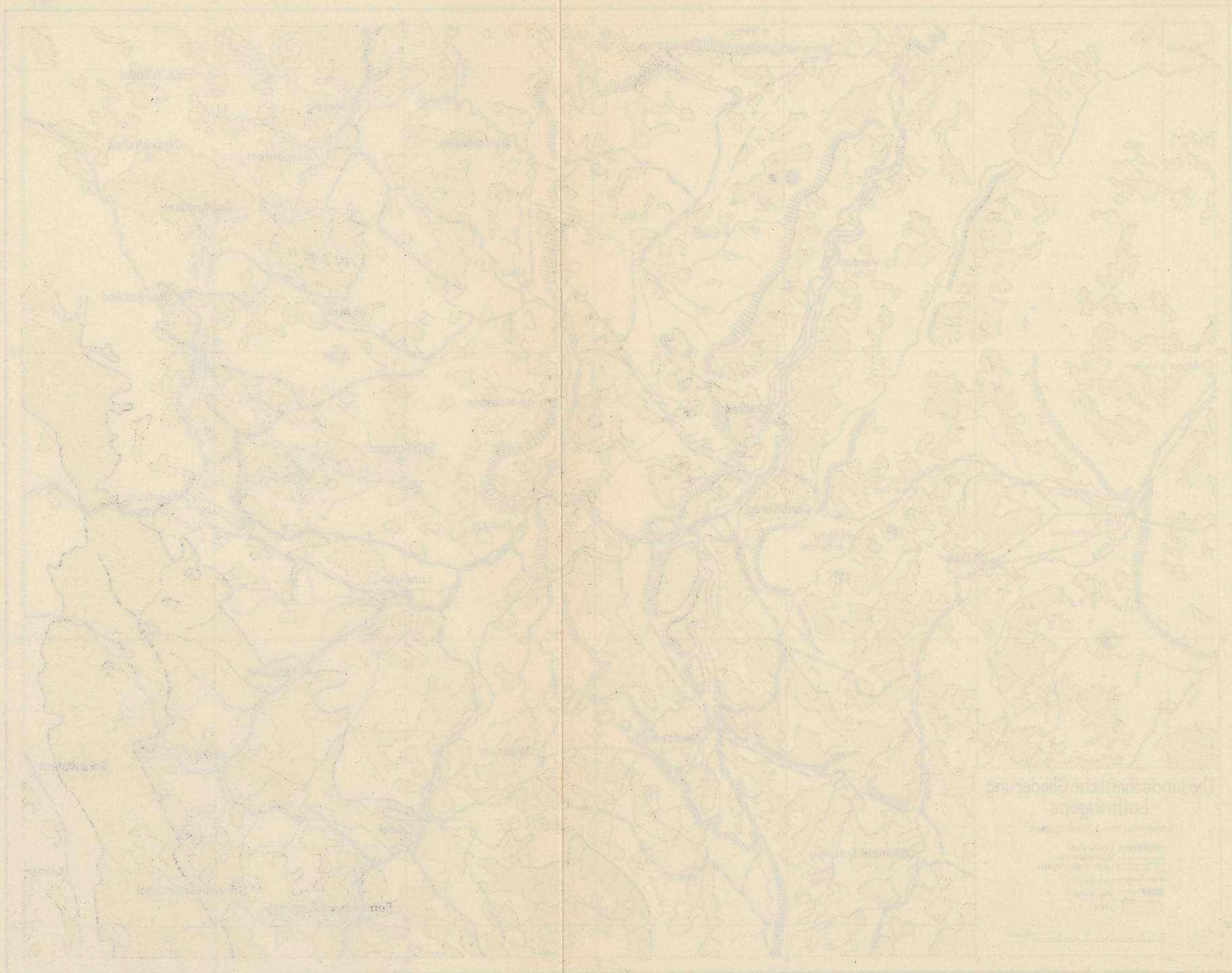
Im westlichen Lothringen ist dieser Stufenbau am klarsten ausgeprägt. Steigt man etwa bei Nanzig, bei Metz oder bei Diedenhofen auf den Steilrand der braunen Jurakalke hinauf, der sich bis zu 200 m hoch über der Mosel bzw. über der Meurthe erhebt, so gelangt man auf eine fast ebene Hochfläche. Diese senkt sich mit geringem Gefälle nach Westen. Weit in der Ferne erblickt man bei klarem Wetter eine neue Landstufe. Es sind die Maashöhen, die sich wie eine Mauer aus der Ebene erheben. Wenn wir auch sie ersteigen, kommen wir erneut auf eine Hochfläche, welche wiederum nach Westen geneigt ist und über das Maastal hinwegreichend erst an den Argonnen ihre westliche Begrenzung findet. Jenseits des Barrois endet Lothringen am Ostrand des Waldlandes der feuchten Champagne. Im Süden an der oberen Marne verschmälert sich die Hochfläche des weißen Jura, während die Landterrasse des braunen Jura sich verbreitert und südwärts in die Hochfläche von Langres übergeht. Im Norden kann zwischen Maas und Mosel der gegen das Gaumais und das luxemburgische Gutland gerichtete Steilrand der Doggerplatte als die Grenze des lothringischen Raumes gelten.

Im östlichen Lothringen ist die Stufengliederung infolge geringerer Härteunterschiede der Gesteine nicht so ausgeprägt. Der Raum zwischen den Vogesen, den Sichelbergen, der Doggerstufe und dem Warndt kann deshalb als ostlothringisches Hügelland dem westlothringischen Stufenland gegenübergestellt werden. In seinem flachgewellten und von großen Talmulden durchzogenen Gelände setzen sich Muschelkalk, Keuper und Lias nur undeutlich voneinander ab. Nur der Gryphitenkalk des unteren Lias hebt sich im nördlichen Teil streckenweise mit einem Steilrand heraus. Der Rand der Muschelkalkplatte bildet im Saarland eine Steilstufe über dem bewaldeten Buntsandsteinvorland. Auch in den Sichelbergen grenzt der Muschelkalk mit einer Landstufe an das Waldland des oberen Saônegebietes (Vôge). Am Vogesenrande entlang ist keine deutliche Stufe ausgeprägt, aber die äußere Grenze des Muschelkalks bildet dort die Scheide zwischen dem offenen Land und dem Wald. Im Westrich, wo die Muschelkalktafel zerlappt über das zertalte Buntsandsteinland nach Norden reicht, ist diese Grenze unscharf. Im Norden, im Bereich der Liasgesteine läßt sich am wenigsten eine geographische Grenze Lothringens festlegen. Der Muschelkalk reicht im „Gau" zwischen Mosel und Saar weit über das Gebiet hinaus, das wir als Lothringen zu bezeichnen gewohnt sind.



Ausgeführt in der Abteilung für Landeskunde im Reichsamt für Landesaufnahme
Deutsches Archiv für Landes- u. Volksforschung VI, 1942, Schmithüsen

Verlag von S. Hirzel in Leipzig



Als Markstein für die nördliche Abgrenzung dient hier der Stromberg bei Sierck, an dem die Mosel aus dem weiten Raum von Metz und Diedenhofen in ihr engeres Tal des Luxemburger Gutlandes übertritt. Das Liasgebiet des Luxemburger Gutlandes, den „Gau", das Saartal bei Merzig und Saarlautern, den Warndt und den Westrich rechnen wir nicht mehr zu Lothringen. Dagegen gehört das Muschelkalkgebiet an der oberen Saar dazu.

Die Westabdachung der Vogesen von der Zaberner Steige bis zum Elsässer Belchen mit ihrem bewaldeten Buntsandsteinvorland muß gleichfalls als ein Teil Lothringens angesehen werden, ohne daß dadurch die landschaftliche Einheit der Vogesen und die Zugehörigkeit der Hochweiden der Kammregion zum Elsaß in Frage gestellt wird.

Die in der Bodengestalt und der Gesteinsverteilung begründete Dreigliederung Lothringens spiegelt sich in der Waldverteilung. Im westlichen Stufenland ziehen sich über dessen ganze Längserstreckung schmale zusammenhängende Waldstreifen, ein doppelter auf den Höhen zu beiden Seiten des Maastales, ein kürzerer und durch Rodungen z. T. aufgelöster in der den Maashöhen vorgelagerten sumpfigen Waberebene und schließlich der längste, der zugleich den Rand gegen das Hügelland bildet, an der Landstufe des Doggers von Montmédy bis in das Quellgebiet der Maas. Im östlichen Hügelland ist dagegen der Wald stärker eingeschränkt und vor allem sehr unregelmäßig über das gesamte Gebiet verteilt. Dazu steht schließlich der weite, fast geschlossene Waldrahmen der lothringischen Vogesenabdachung in schärfstem Gegensatz.

Klima und Pflanzenwelt Lothringens haben mitteleuropäischen Charakter. Die Franzosen bezeichnen das Land deshalb als rauh. Tatsächlich endet das rein ozeanische Klima des Pariser Beckens ebenso wie die Verbreitung vieler streng atlantischer Pflanzenarten an den Maashöhen. Aber von den angrenzenden ober- und mittelrheinischen Höhenlandschaften her gesehen, kann von einer besonderen Rauheit des Klimas keine Rede sein. Nur gegenüber der tiefer und geschützter gelegenen Oberrheinebene steht Lothringen zurück. Da es frei unter den vorherrschenden westlichen Winden liegt, ist es, vor allem in seinen höheren Teilen, ein regenreiches Land. Wo über den Argonnen und dem Barrois die feuchte Luft aus dem Westen zum ersten Male aufsteigen muß, erreicht die Niederschlagsmenge bis zu 1000 mm im Jahr. Der größte Teil Lothringens hat dagegen im Mittel etwa 700—800 mm. Im Regenschatten der Maashöhen und der Doggerstufe sinkt in der Waberebene und im Moseltal die Niederschlagsmenge unter 700 mm. Im südlichen Teil steigt sie an infolge der stauenden Wirkung der Vogesen, deren lothringische Abdachung besonders niederschlagsreich ist. In den Höhen fällt die Hauptmenge im Winter, während sonst in Lothringen die Sommer- und Herbstregen am ergiebigsten sind.

Im niederschlagsreichsten Teil der Westvogesen zwischen dem Elsässer Belchen und dem Donon beginnen Mosel, Vologne, Mortagne, Meurthe, Vezouse und Saar als westwärts gerichtete Abdachungsflüsse ihren Lauf. Mit Ausnahme der Saar, die sich bald nach Norden wendet, streben alle diese Flüsse in ihren Oberläufen auf die Gegend von Tull und Nanzig zu. Auch der Madon, der im Süden in den Sichelbergen seinen Ursprung hat, sowie der Sanon und die obere Selle, die aus dem Weihergebiet des Keuperhügellandes kommen, fügen sich in die gleiche Anordnung. Die Mosel tritt, nachdem sie von Süden den Madon aufgenommen hat, bei Pont St. Vincent in die Doggerstufe ein und fließt zunächst nach Westen. Bei Tull wendet sie sich in einem scharfen Knick nach Nordosten, um in einem gegen das Gefälle der Hochfläche gerichteten engen Tal in verhältnismäßig stürmischem Lauf der Vereinigung mit der Meurthe zuzustreben. Vom Zusammenfluß an nimmt sie die Laufrichtung der Meurthe auf und bleibt weiterhin auf eine Strecke von rund 30 km innerhalb der Doggerplatte. Von dieser schneidet sie einen schmalen randlichen Teil ab, der durch kurze Nebentäler in einzelne Hochflächenstücke bzw. im nördlichen Teil in Zeugenberge aufgelöst wird.

In der Fortsetzung des oberen Moseltales führt bei Tull ein für den Verkehr wichtiger Durchgang durch die Landstufe des weißen Jura zur Maas. Die obere Mosel ist hier noch in geologisch junger Zeit der Maas zugeflossen. Sie stellt somit den ehemaligen Oberlauf der Maas dar, der von der Meurthe her durch die Doggerstufe hindurch angezapft und in die heutige Laufrichtung umgelenkt worden ist. Der Maas ist damit die Wasserzufuhr aus den Vogesen entzogen. Sie hat die Kraft verloren, ihr Tal tiefer einzugraben, während die mit

der Meurthe vereinigte Mosel sich um so kräftiger eintiefen kann. So liegt das Bett der Mosel heute in Lothringen durchschnittlich 40 m tiefer als das der Maas. Die Mosel ist im Bereich der Doggerstufe ein sich in den felsigen Untergrund einnagender starker Strom mit unausgeglichenem Gefälle, während die obere Maas als ein kraftloses Flüßchen ihr Tal mit eigenen Schottern, die sie nicht mehr hinwegzuräumen vermag, auffüllt. Die Mosel hat mit ihren in die Doggerstufe einschneidenden linken Nebenflüssen Orne und Rupte auch die Entwässerung der Maashöhen und ihres niedrigen Vorlandes an sich reißen können. Sie hat die Maas fast ihres ganzen rechtsseitigen Zuflußgebietes beraubt. Durchgänge durch die Maashöhen, die zum Teil im Weltkrieg militärisch wichtig gewesen sind, sind die letzten Zeugen des ehemals in die Waberebene hineinreichenden Einzugsgebietes der Maas. Von Westen her ist die Maas von den um 60 m tiefer eingeschnittenen Champagneflüssen in ähnlicher Weise untergraben und ihrer Nebenflüsse beraubt worden. So erhält sie heute in ihrem 120 km langen Lauf im Bereich der Malmtafel von Domremy bis Dun keinen einzigen Zufluß. Hydrographisch gesehen gleicht ihr Lauf einem auf dem First eines flachen Daches eingelassenen Graben. Sie fließt in einem „Tal auf der Wasserscheide" zwischen Mosel und Seine.

Der bei weitem größte Teil Lothringens gehört somit dem Einzugsgebiet der Mosel an. Die scheinbar so scharf trennende Wirkung der Doggerstufe wird durch die Eigenart des Flußnetzes zum Teil aufgehoben. Zudem geben die Eisenerzlager dem Steilrand ein wirtschaftliches Schwergewicht mit landschaftsverbindender Kraft. Die von der Umlagerung des Gewässernetzes herrührenden Durchgänge helfen gleichfalls, Ost- und Westlothringen zusammenzuschließen.

Lothringen ist Laubwaldgebiet. Auf den Kalktafeln gibt es schöne Buchenwälder, und in den Talschluchten der Höhen und Stufenränder an Ahorn und Eschen reiche Bergwälder. Sonst herrscht auf den Lehmböden der tieferen und mittleren Lagen der Eichen-Hainbuchenwald. Auf trockenen Standorten ist er besonders reich an Straucharten und geht an warmen Talhängen in Eichen-Elsbeerenwald über. Auf undurchlässigen und feuchten Böden kommen Traubenkirschen und Eschen vor. Meistens sind die Eichen-Hainbuchenwälder als Mittelwald bewirtschaftet, wobei Eichen im Oberholz und Hainbuchen mit Haseln im Unterholz vorherrschen.

In bevorzugten Südlagen nimmt die Vegetation einen ausgesprochen südlichen Charakter an. Wir finden dort Arten der westmittelmeerischen Flora, die hier an der Nordgrenze ihrer Verbreitung stehen, wie etwa die Flaumeiche (Quercus pubescens), daneben andere, wie den Buchsbaum (Buxus sempervirens) und den südfranzösischen Dreilappahorn (Acer monspessulanum), die mit ihren äußersten Vorposten weiter moselabwärts bis in das Rheinland vorgedrungen sind. Auch Straucharten von ausgesprochen südöstlicher Herkunft, wie die Weichselkirsche (Prunus mahaleb), gesellen sich dazu.

Für viele Teile Lothringens ist die Ufervegetation der Wasserläufe bezeichnend. Nur selten ist zwar das natürliche Erlenbruch in den Talauen oder der Silberweiden-Pappelwald an den Stromufern noch erhalten. Meistens sind hohe Pappelreihen, vielfach auch Kopfweiden an ihre Stelle getreten. Eine Besonderheit bildet die Salzvegetation an einigen Stellen des Keuperlandes, wo sich zahlreiche Pflanzenarten, die wir sonst nur von den Meeresküsten her kennen, zusammenfinden.

Auf den sauren Böden der feuchten Abdachung der Vogesen stellen sich mit zunehmender Höhe subatlantische Pflanzenarten ein, während die wärmeliebenden Arten dort fehlen. In den unteren Lagen herrscht auch in den Vogesen der Laubwald mit Rotbuchen und Eichen. Die Hochvogesen bedecken Weißtannenwälder, in denen hier und da die Buche beigemischt vorkommt. Bergholunder, roter Fingerhut und andere Bergpflanzen finden sich im Unterwuchs. Über der Nadelwaldzone treten noch einmal Rotbuchen auf, die an den Hochweiden die wirtschaftlich bedingte Waldgrenze bilden.

Lothringen liegt zwischen den großen Verkehrsbahnen und den alten Siedlungsräumen als ein nach vielen Seiten durch Hindernisse abgeschlossener Raum, der — abgesehen von seinen Salzvorkommen — vor der Entwicklung der Eisenindustrie nur wenig anziehend auf den Verkehr wirken konnte. Das Land ist durch die Schichtstufen gekammert und durch die Gesteinsverbreitung in Streifen von verschiedener Siedlungsgunst gegliedert. Manche, wie der

Muschelkalkstreifen am Ostrand und die Liaskalkflächen im Vorland der Doggerstufe sind von der Landnahme durch die vorgeschichtlichen Ackerbauern an bis in die Gegenwart in gleichem Maße bevorzugte Siedlungs- und Wirtschaftsflächen geblieben. Andere haben im Lauf der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung einen Wandel in ihrer Bewertung und damit auch im Grad ihrer Erschließung und Ausnutzung erfahren. Das gilt z. B. von den flachgründigen Kalkhochflächen des Barrois, die wegen ihrer leichten Bearbeitung die frühe Landwirtschaft angezogen haben, heute aber wieder dem Wald überlassen werden, wie auch für die Maashöhen und Teile der Doggerhochfläche. Die steifen Mergel- und Tonböden des ostlothringischen Hügellandes und der Waberebene dagegen sind für den vor- und frühgeschichtlichen Siedler schwer erschließbar gewesen; sie konnten aber nach der germanischen Landnahme und zum Teil erst beim späteren Ausbau gerodet und beackert werden. Die Sandböden und die nicht für den Weinbau geeigneten Landstufen sind fast geschlossen bewaldet geblieben. So haben sich die Siedlungsflächen in den einzelnen Landschaften in verschiedener Weise und zu verschiedener Zeit in den Wald hineingelegt, und sind ihm stellenweise wieder gewichen. Im Hügelland geht der Wald weiter zurück, im westlichen Stufenland kann er sich wieder ausbreiten, im südöstlichen Waldrahmen hat er sich behauptet.

Die offenen Kalklandschaften an dem verschmälerten Südende des lothringischen Hügellandes bilden die „Schwelle Lothringens", über welche starke südliche Einflüsse auf das Bild der Kulturlandschaft eingeströmt sind. Dort an den Sichelbergen wurzeln drei nach Norden auseinanderstrebende Durchgangszonen. Im Osten führt der altbesiedelte und von alten Verkehrswegen benutzte Muschelkalkstreifen an dem geschlossenen Waldland des Wasgenwaldes vorbei in das Saarland hinein. Im Süden, nur durch einen ganz schmalen Waldstreifen von ihm getrennt, geht ein gleichfalls altbesiedelter Durchgangsraum vor der Doggerstufe über das fruchtbare Ackerland des Liaskalkes. Im Norden setzt das Moseltal diese Verkehrsrichtung in das Luxemburger Gutland und in die Südwesteifel hinein fort. Ein weiterer schmaler Einstrahlungsweg ist der Fuß der Maashöhen. Schließlich hat auch das Barrois und das bei Neufchateau abzweigende Malmkalkgebiet an der Maas entlang südliche Einflüsse nach Norden gelangen lassen. Die Argonnen setzen dabei eine westliche Grenze, was z. B. in den ländlichen Bauformen deutlich sichtbar ist.

Die Ost-Westrichtung hat keine durchgehenden naturgegebenen Verkehrsbahnen. Man trifft in dieser Richtung immer wieder auf die Hindernisse der Landstufen und ist auf die in beschränkter Zahl vorhandenen Durchgangsstellen angewiesen. Der langgestreckte und durch das Maastal verdoppelte Wall der Maashöhen hat in seinem nördlichen Teil nur einen einzigen Übergang auf der Breite von Verdun. Ihm sind schon eine Römerstraße und vorgeschichtliche Wege gefolgt. Im Süden gibt es mehrere Durchgänge. Davon wird der eine bei Boncourt von der Bahn von Metz nach Commercy, derjenige bei Toul vom Rhein-Marnekanal und der Bahn von Toul in das Maastal benutzt. Die von Toul aus nach Osten sich verzweigenden Verkehrslinien werden vor der Doggerstufe von der nordsüdlichen Verkehrsrichtung aufgefangen.

An seiner Südostseite wird Lothringen durch die Vogesen gegen das oberrheinische Tiefland abgesperrt. Da gerade der auf der lothringischen Seite vorgelagerte Buntsandsteinwaldstreifen landwirtschaftsfeindlich ist, versteht man, daß die Hochvogesen vor allem von der elsässischen Seite aus erschlossen worden sind, und daß kulturelle Einflüsse aus der Oberrheinebene weit auf die westliche Abdachung herüberreichen.

Wo an dem bekannten Durchgang der Zaberner Steige der lothringische Muschelkalk bis auf ganz wenige Kilometer an das offene Land der Zaberner Bucht herantritt, bestehen enge kulturgeographische Beziehungen zwischen Lothringen und dem Oberrhein. Im Nordosten hat Lothringen zu beiden Seiten des Warndt offene Verbindung mit dem Saarland und über die Kaiserslauterner Senke und das Nahegebiet mit dem Rhein.

Die lothringische Siedlungsform ist das Dorf. Die Größe der Dörfer ist verschieden. Sie setzen sich fast alle aus mehreren Straßen zusammen. Einstraßendörfer sind selten. Vom Wasgenwald und dem Land an der oberen Saar abgesehen, weisen die Siedlungen in der Bauweise gemeinsame Züge auf. Die Straßen sind meistens auf beiden Seiten in geschlossener Front bebaut. Sie sind breit und vor allem in Französisch-Lothringen oft aus platzartigen sich

unregelmäßig erweiternden Teilen zusammengesetzt. Die geschlossene Bauweise und der über Luxemburg hinaus bis in die Eifel verbreitete Steinbau sind keine westeuropäischen sondern südliche Charakterzüge. Das gilt auch für das flache mit Hohlziegeln gedeckte Dach, die tiefgegliederte Hausform, die Neigung zum mehrstöckigen Bau, die unverputzten Wände mit schmalen Fenstern die starke Verwendung von Stein bei allen Nebeneinrichtungen der Ortschaften wie Brunnentrögen, Gartenmauern, Friedhöfen usw. Als Einwanderungswege für die mittelmeerischen Kultureinflüsse werden die von Oberitalien über die westlichen Alpenpässe führenden mittelalterlichen Handelswege angesehen. Durch jüngere Einflüsse aus dem oberrheinischen Fachwerkbaugebiet ist heute der räumliche Zusammenhang des Steinbaugebietes mit dem Süden in der Burgundischen Pforte unterbrochen. Daß sich in Lothringen die von Süden her geprägte Baukultur hat halten und weiterentwickeln können, entspricht der politischen Grenzlage und der räumlichen Gestaltung des Gebiets. Die nordsüdlich gestreckte Struktur des Raumes läßt Bewegungen in dieser Richtung leicht zu, während die ostwestliche Ausbreitung von Kultureinflüssen gehemmt ist. Nur in das östliche Randgebiet von Deutsch-Lothringen reicht die rheinische Bauweise mit Fachwerk, Steildach und Gehöftbildung hinein. Ihre Westgrenze liegt in dem Wald- und Seengebiet des Keupers westlich der Saar und verläuft von Lauterfingen nach Nordwesten ungefähr auf der Wasserscheide von Saar und Nied bis zur Niedmündung. Die Sprachgrenze fällt — abgesehen von einer kurzen Strecke — mit der Bauformengrenze nicht zusammen, sondern läuft quer durch das Steinbaugebiet. Doch ist sie trotzdem im Siedlungsbild erkennbar durch Wesensunterschiede der Raumausnutzung, des Arbeitseinsatzes und des Formgefühls. Allerdings reichen auch sichtbare deutsche Einflüsse weit über die Sprachgrenze hinaus. Wo im Westen im Industriegebiet ursprünglich französische Dörfer in den letzten Jahrzehnten durch Unterwanderung eingedeutscht worden sind, ging damit eine Ausbreitung der deutschen Ordnung des Siedlungsbildes Hand in Hand.

Die Landwirtschaft ist, wie die natürliche Vegetation, in ihren Grundzügen mitteleuropäisch. Auf weiten Strecken des Stufen- und Hügellandes hat die Nutzung des Bodens einen verhältnismäßig einheitlichen Charakter, der aber in den klimatisch bevorzugten Tälern und an besonders günstig gelegenen Kalk- und Mergelhängen durch vielseitigeren Anbau empfindlicherer Pflanzenarten, durch Obst- und Weinpflanzungen oder Gemüsebau unterbrochen wird. Die weitverbreiteten Lehm-, Mergel- und Tonböden sind gutes Getreideland, das vor allem Weizen und Hafer, daneben auch noch Winterroggen und Mischgetreide trägt.

In den tieferen Lagen der Vogesen tragen die sandigen Äcker hauptsächlich Roggen und Kartoffeln. Die Wiesenböden der Täler werden künstlich berieselt und besonders gepflegt. Mit der Höhe nimmt der Ackerbau zugunsten der Weidewirtschaft ab. Wir finden zunächst noch wilde Feldgraswirtschaft mit Anbau von Sommerroggen, Gerste und Kartoffeln und langjähriger Grasnutzung und schließlich in den Hochvogesen reine Weidewirtschaft mit nur im Sommer bewohnten Melkereien. In den mittleren und tieferen Lagen der Vogesen nimmt die Forstwirtschaft die erste Stelle der Bodennutzungen ein.

Überall in Lothringen tritt der Wald ergänzend zur Landwirtschaft und spielt auch für die bäuerliche Wirtschaft eine wichtige Rolle. Gemeindewälder sind sehr verbreitet. Die vorherrschende forstliche Betriebsform ist der Mittelwald, bei dem ein Teil des Holzes als Hochstämme, ein anderer als Stockausschlag genutzt wird. Aber auch schöne Hochwälder nehmen große Flächen ein.

Die Landwirtschaft bewegt sich sehr in ererbten Formen. Sie erhält ihr Gepräge aus der alten Dorfgemeinschaft mit ihren festverwurzelten Wirtschaftsregeln. Der Bann der meisten Dörfer gliedert sich in Privatbesitz, der in der Regel beim Dorf liegt und die Gärten, Äcker und Wiesen umfaßt, und in Gemeindewälder und Allmendweiden am äußeren Rande der Gemarkung. Selbst wo die Allmende aufgeforstet worden ist, gibt es oft, wenigstens im Herbst, noch die vom Dorfhirten geführte gemeinsame Herde, die auf Stoppelfeldern und Brachäckern weidet. Im Feldbau herrscht in weiten Gebieten noch die alte Dreifelderwirtschaft. Die Gewanne der Dorfflur sind auf drei Zelgen verteilt, von denen jede einheitlich bestellt wird. Winterweizen, Hafer als Sommerung und Brache oder Brachfrüchte wechseln regelmäßig. Da oft Feldwege fehlen und man auf Ackerüberfahrten angewiesen ist, kann der Flurzwang nicht überall ohne weiteres aufgehoben werden. Manche andere alte Gewohnheit, wie z. B.

die gemeinsame Schweineweide auf den abgeernteten Feldern wird noch beibehalten. Die Wanderschäferei, die früher eine besondere Bedeutung gehabt hat, ist stark zurückgegangen, aber doch noch überall anzutreffen.

Nachteilig für die lothringische Landwirtschaft ist die große Zahl der Pachtbetriebe. Die Pflege von Haus und Hof leidet darunter, und die Bodenverbundenheit der Bevölkerung wird geschwächt. Andererseits hat die kapitalistische Wirtschaftsauffassung der Pächter in marktgünstigen Lagen die Entstehung von Spezialkulturen des Obst- und Gemüsebaus gefördert. Die zahlreichen Pachthöfe gehen in der Umgebung von Metz auf alten bürgerlichen Besitz der ehemaligen freien Reichsstadt zurück, während sie sonst vorwiegend aus dem nach der Französischen Revolution versteigerten früheren geistlichen und adeligen Besitz hervorgegangen sind.

Die jüngere Entwicklung der Landwirtschaft ist in hohem Maße von dem plötzlichen Aufschwung des Industriegebietes und seiner starken Bevölkerungsvermehrung beeinflußt worden. Durch den städtischen Bedarf wurden Anbau und Viehzucht zu gesteigerter Leistung angeregt. Jedoch wurden zugleich der bäuerlichen Wirtschaft die Arbeitskräfte entzogen. Milchwirtschaft und Viehmast erforderten stärkeren Futterbau und beschleunigten, ebenso wie der Kartoffelbedarf der Städte, den Übergang zur verbesserten Dreifelderwirtschaft. Doch werden als Brachfrüchte arbeitssparende Futterpflanzen bevorzugt, und ein Teil der Brache wird noch beibehalten. Dem Mangel an Arbeitskräften hat man durch Maschinenbenutzung und genossenschaftliche Organisation, vor allem aber durch die Umstellung von Ackernutzung auf Weidewirtschaft zu begegnen versucht. In allen Teilen Lothringens hat das Weideland in den letzten Jahrzehnten auf Kosten des Ackers stark zugenommen. In Französisch-Lothringen ist darüber hinaus seit fast hundert Jahren ein Rückgang der Bodennutzungsintensität festzustellen, der auf die starke Bevölkerungsverminderung durch Geburtenmangel zurückgeführt werden muß. Vielfach sind Nutzungsflächen, die einen hohen Arbeitseinsatz erfordern, wie z. B. Rebland, aufgegeben und dem Walde oder der Verödung überlassen worden. Deutsch-Lothringen, das bevölkerungsbiologisch gesünder geblieben ist, zeichnet sich durch eine sauberere Ausnutzung des Bodens aus.

Die Einzellandschaften

Das Waldland im Südosten. Die Vogesen stehen in ihrem Landschaftscharakter dem übrigen Lothringen fremd gegenüber. Und doch sind sie mannigfaltig mit ihm verbunden, sei es durch das Kräftespiel des Naturgeschehens, in der Niederschlagsbildung und im Abfluß oder in der abtragenden und auflagernden Tätigkeit ihrer Gewässer, sei es durch ihre raumsperrende Verkehrswirkung oder wirtschaftlich durch die Industrien der Täler, die sich in das Vorland hinein fortsetzen, sei es schließlich dadurch, daß man im Hügelland an Mosel und Meurthe das Holz der Vogesenwälder verwertet oder in Metz den Münsterkäse der Hochweiden verzehrt. Andererseits bestehen Beziehungen der lothringischen Abdachung nach der elsässischen Seite. Die Hochweiden der Kammlandschaft, von denen man an klaren Tagen weit in das oberrheinische Land hinauszuschauen vermag, wurden seit dem 7. Jahrhundert von elsässischen Dörfern her in Nutzung genommen. Bei der Entwicklung des ehemaligen Kupfer- und Silberbergbaus und im 18. Jahrhundert bei der Erweiterung der Textilindustrie waren elsässische Arbeitskräfte führend beteiligt. Auf Grund seiner vielen Industrien, die in den Tälern die Rohstoffe und Wasserkräfte nutzen, sind die Vogesen eines der am dichtesten besiedelten Waldgebiete. Die Bevölkerungsdichte der lothringischen Abdachung beträgt 85 Einwohner auf den Quadratkilometer. Steinbrüche, Waldarbeit, Sägerei, Papiermühlen und andere holzverarbeitende Gewerbe beschäftigen noch viele Menschen. Die Weberei, die, an alteinheimisches Gewerbe anschließend, heute Baumwolle verarbeitet, hat sich zum wichtigsten Industriezweig entwickelt. An Talknoten und am Rande gegen das offene Land haben sich größere städtische Orte wie Epinal, Romberg (Remiremont) und Sankt Diedel (St. Dié) entwickeln können, die zu wichtigen Industrie- und Verkehrsmittelpunkten geworden sind.

Das südliche Hügelland. Nur im südlichsten Teil, der von der Maas entwässert wird, bestimmt die Gesteinsanordnung ganz die Gliederung der Landschaft. Der Keuper ist hier sehr

schmal. Seine steifen Mergelböden, die, wo sie gerodet waren, heute in Dauerweide übergeführt werden, tragen wie der anschließende ebenfalls nur sehr schmale Sandstreifen des unteren Lias einen noch fast zusammenhängenden Wald, der sich von Bourbonne bis vor Mirecourt zieht. Er scheidet zwei altbesiedelte fruchtbare Ackerlandschaften und Durchgangsräume voneinander, die „lothringische Kornkammer" des Xaintois auf dem vor der Doggerstufe gelagerten Liaskalk und die „Schwelle Lothringens" auf der Muschelkalkfläche der Sichelberge. Der Muschelkalk bildet eine Landstufe über dem weiten Wald, der sich im Einzugsgebiet der oberen Saône als Fortsetzung des Buntsandsteinvasgenwaldes ausbreitet. Am Rande der Kalkstufe ist in einer durch Hecken und Gebüsch, Weinberge und Mirabellenhaine anmutig gegliederten Landschaft eine dichte Kette kleiner Siedlungen aufgereiht, während auf der Hochfläche in größeren Abständen einzelne Marktflecken und große Dörfer inmitten ihrer Weizen- und Luzernefelder liegen. Das Xaintois ist ein 200—300 m hohes, sanft gewelltes Land, über das sich einzelne 400—500 m hohe Auslieger der Landstufe des braunen Jura erheben. Nur einzelne Waldstücke unterbrechen das offene Land, das früher fast ausschließlich Getreidefelder trug. Seit einem halben Jahrhundert ist es zum großen Teil in Grünland umgewandelt worden, weil die Arbeitskräfte nicht mehr ausreichen. Der Weinbau, der einst bedeutend war, hat vielfach Obstpflanzungen, Luzernefeldern, Wald und Ödland weichen müssen. Im Bild der Siedlungen, in ihrer sozialen Struktur, in Sitte und Wirtschaftsweise hat sich manches Alte erhalten.

Weiter nördlich werden die parallel angeordneten Bänder von Muschelkalk, Keuper und Lias durch die Täler der Vogesenabdachungsflüsse gequert. In dem Dreieck zwischen Sanon und Madon dringt mit den Terrassenlandschaften der Flüsse und ihren zum Teil an die Rohstoffe des Waldes anschließenden Industrien der Einfluß der Vogesen am weitesten in das Vorland hinaus. Die fruchtbaren Kalktafeln sind zwischen weiten bewaldeten Schotter- und Sandablagerungen nur in kleineren Teilstücken erhalten. In den Tälern hat sich reiches gewerbliches Leben entwickelt. Zum Teil sind es Industrien, die das geeignete Wasser aufsuchen, wie Textil- und Papierindustrie, oder solche, die sich den bodenständigen Rohstoffen anschließen wie Gerberei, Metall-, Glas- und Holzverarbeitung im Meurthe- und Moseltal und Salzgruben oder schließlich Spezialindustrien, welche nur die Verkehrslage ausnutzen. Im Anschluß an die städtischen Siedlungen finden wir auf den Talböden intensiven Anbau von Kartoffeln, Gemüse, Obst, Hopfen und stellenweise Tabak, dazwischen weite Grünlandstrecken mit Rinder- und Pferdeweiden.

Wo die Mosel vor der Doggerstufe den Madon aufnimmt, stoßen wir auf die südlichsten Ausläufer der lothringischen Schwerindustrie. Die Ackerlandschaft des Vermois am Fuß der Stufe zwischen Madon und Meurthe hat große Güter und ist ähnlich fruchtbar wie das im Süden anschließende Xaintois. Vor dem Eintritt der Meurthe in die Landstufe liegt zwischen dem Fluß und dem Steilhang die alte Residenzstadt Nanzig. Der älteste Stadtkern steht auf einer Terrasse außerhalb des breiten Hochflutbettes der Meurthe. Der größere Teil der heutigen Innenstadt ist mit rechtwinkligem Straßennetz bei einer großzügigen Erweiterung in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts angelegt und durch die prunkvollen Schloß- und Platzanlagen des 18. Jahrhunderts mit dem ältesten Stadtteil zu einer Einheit verbunden worden. Am Kanal entlang und bis zur Meurthe erstreckt sich ein vor allem nach 1870 gewachsenes ausgedehntes Industrieviertel mit Leder-, Holz- und Glasverarbeitung und bedeutendem Mühlengewerbe. Auf der anderen Seite der alten Stadt steigen weit angelegte neue Wohnviertel zum Fuß der Doggerstufe hinauf. Seit dem Weltkrieg ist die Stadt nicht mehr gewachsen. Sie ist in erster Linie Universitäts- und Verwaltungsstadt. Von Schwerindustrie ist sie frei geblieben. Unterhalb der Stadt setzen sich ihre gewerblichen Vororte im Meurthetal bis an die Mosel fort, wo in dem engen Tal innerhalb der Doggertafel bis Pont-à-Mousson mehrere Orte mit Eisenindustrie folgen.

Deutsch-Lothringen. Deutsch-Lothringen nimmt fast das ganze nördliche Hügelland ein. Es ist ein eigenartiges Stück Land, eintönig in der Weite seiner flachen Bodenwellen und doch im einzelnen reizvoll gegliedert. Die Muschelkalkhochfläche, die sich östlich der oberen Saar hinzieht und im Norden in einem schmalen Streifen den Rand des Warndt begleitet, hebt sich durch ihre vollständigere Entwaldung vom Keuperland ab. Mit ihren beiden nord-

wärts gerichteten Vorsprüngen des Bliesgaus und der Merziger Platte leitet sie in die saarpfälzische Nachbarlandschaft über. Das östliche Muschelkalkgebiet ist vom übrigen Lothringen abgewandt. Schon durch die alte Straße, die von Straßburg nach den Niederlanden an der oberen Saar entlang führte, war es in rheinische Verkehrszusammenhänge einbezogen. Östlich der Linie Lauterfingen—St. Avold—Niedmündung baut man auf pfälzisch-rheinische Art, während im übrigen Lothringen die schon geschilderte eigene lothringische Bauweise herrscht. Das Keuperland, aus dem sich einzelne Auslieger von Liaskalk als flache Rücken oder Tafelberge herausheben, ist von einem dichtverzweigten Gewässernetz unübersichtlich zertalt. Die breitgewundenen, meist von Baumreihen begleiteten Bäche setzen im Winter und Frühjahr die Talauen für lange Zeit unter Wasser. Zwischen den weiten Wiesenmulden erstrecken sich große Ackerfluren, die oft von Waldstücken und ausgedehnten Weideflächen unterbrochen werden. Hauptsächlich wohl infolge seiner Salzvorkommen ist das Keuperland trotz seiner schweren Lehmböden zum Teil altbesiedelt. Es hat große Dörfer mit oft ziemlich zersplitterter Gewannflur, auf der vielfach noch Flurzwang herrscht. Die Dreifelderwirtschaft bringt vor allem Weizen, Hafer und Klee ein und weist zuweilen noch Schwarzbrache auf. Mittelgroße und großbäuerliche Betriebe überwiegen auf den steifen Böden. Die Feldbearbeitung verlangt eine starke Bespannung und hat der Pferdezucht einen besonderen Auftrieb gegeben. Der Bedarf der Industrie hat gleichfalls die Pferdezucht gefördert und die Umstellung von Warm- auf Kalt- und Halbblutzucht veranlaßt. Weidepferchen mit großen Herden schöner Pferde gehören mit zum bezeichnenden Landschaftsbilde Deutsch-Lothringens. Eine besondere Eigenart des Keuperlandes sind die zahlreichen großen Fischweiher im Bereich der Wasserscheide von Selle, Nied und den Saarnebenbächen. Sie sind seit dem Mittelalter in den verzweigten weiten Talmulden künstlich angestaut worden. Die meisten werden zur Gewinnung der Fische jedes dritte Jahr abgelassen. Die Bodenfläche wird dann einen Sommer lang verpachtet und mit Hafer oder anderen Nutzpflanzen bestellt.

Im Gebiet der Eisenindustrie westlich von Metz und Diedenhofen greift Deutsch-Lothringen auf die Stufe und die Hochfläche des braunen Jura über. Die mächtigen Eisenerzflöze in der Stufe bilden den größten Reichtum des Landes, der aber erst nach der Einführung des Thomasstahlverfahrens ausgenutzt werden konnte. Die unmittelbare landschaftliche Wirkung der Industrie betrifft in erster Linie die Täler und den Stufenrand. Dort haben Tagebaue die Bodenformen umgestaltet und Lücken in den Wald gerissen. Hütten, Stahl- und Walzwerke drängen sich zusammen mit Arbeitersiedlungen in den engen Tälern, soweit sie nicht an günstigen Verkehrspunkten des Stufenvorlandes ihren Platz gefunden haben. Von den Stolleneingängen an den Talflanken führen Erzbahnen zu den Verarbeitungsstätten; Abraum- und Schlackenhalden bauen sich vielfach weit in die Täler hinein. Auf der Hochfläche beschränken sich die industriellen Anlagen hauptsächlich auf Fördertürme und Seilbahnen der Grubenschächte und neue weiträumiger angelegte Arbeiterkolonien, die zum Teil von vielen fremden Zuwanderern bewohnt sind.

Die Mosel fließt von Neuburg an in großen Windungen in einer breiten Terrassenlandschaft vor der Doggerstufe. Die warmen Hänge tragen Wein- und Obstgärten, die Terrassenflächen intensiv genutztes Ackerland und Gemüsefelder; den Fluß begleiten Wiesen und Baumreihen. Schienenwege, Landstraßen, Kanäle, industrielle Anlagen und Dörfer von städtischem Gepräge sind der Ausdruck der zentralen Bedeutung dieser nord-südlichen Verkehrsbahn, in der sich das agrare und das industrielle Lothringen vereinigen. Die Industrietäler der Doggerstufe werden durch die am Fuße der Stufe vorbeiziehende Moseltalstraße zu einem einheitlichen Industriegebiet zusammengefaßt und wirtschaftlich mit der Außenwelt verbunden.

Inmitten des mit Obst- und Gemüsepflanzungen wohlangebauten Talraumes liegt an einer uralten Straßenkreuzung Metz, die ehemalige freie Reichsstadt. Sie bildet den kulturellen Mittelpunkt und den Hauptverwaltungssitz Deutsch-Lothringens. Seitdem Frankreich hier im 16. Jahrhundert eingedrungen war, haben vor allem Festungscharakter und Garnison der Stadt ihr Gepräge gegeben. In der Innenstadt verbinden sich damit die Züge der alten Bischofs- und Handelsstadt. Graue schmale, hohe Häuser mit vielen Fenstern und flachen Dächern umsäumen die Straßen. Südliche Einflüsse scheinen sich in den Metzer Bauten zu verdichten, sprechen jedoch nicht fremd an, da sie in eigener Art verarbeitet sind.

Der reizvolle Platz „Unter den Bogen" erinnert an manche süddeutsche Stadt. Oft überraschen anmutige barock ausgestaltete Innenhöfe. Auf einer Anhöhe im Winkel zwischen dem Zusammenfluß von Mosel und Selle, wo schon die Römer eine Stadt anlegten und wo die merowingischen Könige residierten, baut sich um den weiträumigen, lichten gotischen Dom die Altstadt auf mit gewundenen, engen und z. T. steilen Straßen. Nach Süden fügen sich die Straßenzüge der späteren Bauperioden, die heutigen Hauptgeschäftsstraßen, an. Der Festungsring ist an dieser Seite gesprengt, und an die Stelle der Wälle sind hier nach 1870 großzügige Bauten, Grünflächen und Plätze getreten, an die sich aufgelockert gebaute Wohnviertel und ausgedehnte Bahn- und Kasernenanlagen anschließen.

Die Hochfläche von Briey. Die lehmbedeckte Hochfläche des braunen Jura trägt eine charaktervolle Kulturlandschaft. Man blickt nach Westen über weites offenes Ackerland, das nur von den Baumreihen der Landstraßen und von den gleichmäßig verteilten Dörfern unterbrochen wird. Die Fluren sind noch in je drei einheitlich bestellte Zelgen geteilt, so daß das Ackerland trotz der zersplitterten Gewannflur großzügig gegliedert erscheint. Ungefähr ein Drittel ist mit Weizen, ein Drittel mit Hafer bestellt. Der Brachacker verteilt sich auf Hackfrüchte, Grünfutter und Reste von Schwarzbrache. Flache Wiesenmulden sind in der Richtung der Abdachung eingelassen, während die zur Moselseite hinabsteigenden schluchtartigen Täler mit Wald erfüllt sind. Die Verwaltungsstadt Briey in einem Nebental der Orne hat das ländliche Aussehen einer Ackerbürgerstadt und erscheint von dem nach ihm genannten Industriegebiet wenig beeinflußt. Auf die Wirtschaft der Hochflächendörfer am Rande des Erzreviers wirkt sich die Industrie durch Bodensenkungen und durch den Abzug der Arbeitskräfte aus. Dort bleibt daher ein Teil des Landes unbebaut.

Der „Wald" (La Haye). Der Südteil der Doggerhochfläche heißt im Volksmund einfach „Der Wald". Von einer über Gravelotte nach Essay am Rupte ziehenden Verwerfungslinie an liegen landwirtschaftlich wenig brauchbare Kalke an der Oberfläche. Ihre dünne rote Verwitterungslehmdecke wird nach Entfernung des Waldes leicht abgeschwemmt, so daß man viele Rodungsflächen später dem Walde hat wieder überlassen müssen. Die Siedlungen liegen weit auseinander. Nur in den von Westen nach Osten durchziehenden Tälern der Rupte und der Ache sind sie dichter aufgereiht. Das durch die Mosel abgeschnittene Hochflächendreieck westlich von Nanzig ist fast ganz bewaldet. Auch weiter südlich beherrscht der Wald die wenig erschlossene zum Teil verkarstete Hochfläche. Nur auf einem nach Westen anschließenden Mergelstreifen, der sich als Fortsetzung der Waberebene vor dem Fuß der Maashöhen hinzieht, finden wir auch im Süden zahlreichere Dörfer.

Die Waberebene. Wo die Kalktafel unter die Tone des oberen Dogger untertaucht, beginnt die breite sumpfige Ebene des alten Wabergaues vor der Stufe der Maasberge. Sie ist nach Westen geneigt, wird aber zur Mosel entwässert. Fruchtbare Lehmrücken zwischen den Talungen an der Ostseite der Waberebene und die von Osten nach Westen durchziehenden Straßen waren die Ausgangsgebiete für die landwirtschaftliche Erschließung des Sumpflandes. Diese Erschließung ist vor allem im 12.—16. Jahrhundert durch Klöster vom Moselgebiet aus erfolgt. Durch Entwässerung und Anlage von Stauweihern wurde ein blühendes Land dem Sumpf und dem Wald abgerungen. Reiche Wiesen sind die Grundlage einer einträglichen Viehhaltung. Die Äcker sind schwer zu bearbeiten, liefern aber hervorragende Weizenernten. Die Weiher dienen der Fischzucht und wie in Deutsch-Lothringen in jedem dritten Jahr als Ackerfläche. Manche sind jetzt in Wiesen umgewandelt. Die immer noch ausgedehnten Wälder geben Bau- und Brennholz und den Rohstoff für holzverarbeitende Gewerbe. Die sehr zahlreichen Siedlungen sind kleine Dörfer, Weiler und Einzelhöfe. Manche sind seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts wieder unter dem Wald verschwunden. Die Bevölkerung ist durch Geburtenrückgang und Abwanderung auf weniger als die Hälfte zusammengeschrumpft. Die Bevölkerungsdichte sank seit 1850 von etwa 60 auf 20—25 auf dem Quadratkilometer. Die Gewerbe, die früher viele Menschen beschäftigten, Strumpfwirkerei, Stickerei, Töpferei, Ziegelei, Brennerei, Gerberei, Leder- und Holzverarbeitung, sind zum größten Teil eingegangen.

Das Land an der Maasstufe. Unter den trockenen Kalkhängen der Maasberge reihen sich in Quellnischen und Talkerben in dichtgedrängter Folge Dörfer auf. Dieser Landstreifen erscheint von der Natur sehr bevorzugt. Er ist sonnig, gegen die Westwinde geschützt und hat

in seinen kalküberrollten sandigen Mergeln besonders fruchtbare und dabei leicht zu bearbeitende Böden. Jede Gemarkung zieht sich von der Ebene über den Hang auf die Höhe. Fast jeder Betrieb hat Anteil an den Äckern und Wiesen der Waberebene, an den Wein- und Obstgärten der Stufe und an dem darüber sich anschließenden Wald. Früher blühte hier vor allem der Weinbau und belieferte fast ganz Lothringen. Es war ein übervölkertes Land, ein Gartenbaugebiet mit fast reiner Handarbeit. Seine Bevölkerungsdichte betrug 1850 im Durchschnitt 60 und in einzelnen Gemeinden 100—150 auf dem Quadratkilometer. Bis 1936 ist sie auf durchschnittlich 20 gesunken. Manche Orte sind auf ein Fünftel der Bevölkerungszahl von 1850 heruntergegangen. Der Weinbau ist auf weiten Strecken fast verschwunden. Man hat sich mehr auf Ackerbau und Viehzucht verlegt und die ehemaligen Weinberge mit Mirabellenbäumen bepflanzt, die wenig gepflegt werden. Auch auf den Ausliegern des Malmkalkes, die sich über der Waberebene im Vorland der Stufe erheben, drängen die Mirabellen den Wein zurück. Bei Toul sind ausgedehnte Stachel- und Johannisbeerpflanzungen und Gemüsebau für das Nanziger Verbrauchsgebiet an die Stelle vieler alter Weinpflanzungen getreten.

Die Maashöhen. Auf der Kalkhochfläche des weißen Jura, die sich von Neufchateau bis Dun zu beiden Seiten des Maastales ausdehnt, hat sich weithin geschlossener Wald erhalten. Es war von jeher ein wenig besiedeltes Land. Aber durch den allgemeinen Rückgang ist es noch mehr entvölkert worden, so daß die Bevölkerungsdichte, die 1850 bei etwa 40 lag, heute kaum noch 15 beträgt. Zwar sind die Niederschläge auf den 380—400 m hohen Flächen erheblich, aber der steinige Boden ist zu durchlässig und daher trocken. Felder geben dort oben nur kümmerliche Erträge von Hafer und etwas Roggen. Da Grünland fehlt, ist auch der Viehbestand gering. Nur auf den Talanschwemmungen ist der Boden tiefgründig genug für Acker und Wiesen. Die Siedlungen, die in den zur Maas hinabführenden Tälchen liegen, beherbergen vor allem Waldarbeiter. Die Gewerbe, die früher neben der Holzfällerei geübt wurden, wie Papiermühlen, Drechslerei, Korbmacherei, Stickerei und andere Heimarbeiten, sind, da die Menschen abwanderten, fast ganz verschwunden. Die Verkehrswege zwischen dem Maastal und der Waberebene benutzen die Durchgänge ehemaliger Maasnebentäler. Die Höhen bleiben vom Verkehr unberührt.

Das Maastal. Die Maas fließt in der Tafel des weißen Jura in einem etwa 200 m tief eingesenkten Tal von bis zu einem Kilometer Breite. Mit sehr geringem Gefälle windet sich der schmale Fluß auf der Talaue. Er staut und verzweigt sich in seinen eigenen Anschwemmungen, wodurch vielfach Altwasserarme abgeschnürt werden. Die Wiesen des Talbodens überschwemmt er alljährlich im Winter mit fruchtbarem Schlamm. Sie sind zweischnittig und der eigentliche landwirtschaftliche Reichtum des Tales. Nach der Grummeternte werden sie von der gemeinsamen Dorfherde beweidet. Weidepferche sind wegen der Überschwemmungen nicht möglich. Das Ackerland beschränkt sich auf die unteren Gleithänge und die nicht überschwemmten Teile der Alluvialböden. Es trägt Weizen, Hafer, Gerste und Kartoffeln. Die Siedlungen suchen die hochwasserfreien Terrassen auf. Die beiden Talseiten haben wenig Verbindung miteinander. Die Gemarkungsgrenzen liegen im Fluß. In seiner Längsrichtung bildet das Tal mit Straße, Schiene und Kanal einen dreifachen Verkehrsweg. An vielen Stellen hat sich städtisches und industrielles Leben entwickeln und erhalten können, so daß hier im Gegensatz zu allen Nachbarlandschaften der Bevölkerungsrückgang nur gering ist.

Die Burgen des Deutschen Ordens in Preußen*)

Von Bernhard Schmid, Marienburg (Westpr.)

Der Orden hat in Preußen etwa hundert oder mehr feste Häuser gebaut, von denen noch eine große Zahl erhalten ist; ihre Erforschung hat die Gelehrten seit 150 Jahren beschäftigt, ihre Eingliederung in die allgemeine Geschichte des Wehrbaues ist erst später unternommen und noch nicht zum Abschluß gelangt. Die angesehensten Forscher haben sich damit beschäftigt, August von Cohausen [1], der schon 1857 in Preußen war, Piper [2], Schuchhardt [3], Dehio [4] und Ebhardt [5]; ihnen allen tritt die Ordensburg vornehmlich als rechteckiger, vierflügeliger Baukörper entgegen, und daraus ziehen sie ihre Schlüsse. Der Gesamtentwicklung kann man dadurch nicht gerecht werden. Das geschichtliche Tatsachenmaterial wurde wenigstens für acht Burgen von Max Töppen in der Zeitschrift des westpreußischen Geschichtsvereins (1880—1882) veröffentlicht. Dann war es aber Clasen [6], der zum erstenmal die ältesten Burgen und Feldstellungen seit 1231 berücksichtigte und so zu einer klaren Entwicklungslinie kam; er gliederte die Bauten bis 1410 in sechs Generationsgruppen.

Lindemann [7] endlich hat die ältesten, unregelmäßigen Burganlagen bevorzugt betrachtet und setzt sie in Beziehungen zu ähnlichen Burgen in Thüringen, der Wartburg, der Rudelsburg und der Burg zu Eckartsberga, was sehr beachtlich ist. Die älteste Burgen-Veröffentlichung ist aber Conrad Steinbrechts Werk über die Baukunst des Deutschen Ritterordens in Preußen, dessen II. Band, „Preußen zur Zeit der Landmeister" 1889 erschien. Dreißig Jahre später wurde der IV. Band „Die Ordensburgen der Hochmeisterzeit in Preußen" abgeschlossen, der 1920 erschien. In seinen sorgfältigen und erschöpfenden Bauzeichnungen bot er den Quellenstoff, der fast allen späteren Forschern die Grundlage für ihre Arbeiten lieferte. Bei Steinbrecht tritt der Entwicklungsgedanke zurück hinter der Darstellung des Tatsächlichen und des noch Erhaltenen. Zum Wesen des Lebens gehört die Bewegung, die Weiterbildung, so war es auch im Burgenbau des Deutschen Ordens; aus veränderten Lebensbedürfnissen entstehen immer neue Formen, die schöpferische Kraft der Baumeister macht sich geltend. Darum ist es auch bedenklich, allzu oft hier von einem Typus zu reden, wenn auch gemeinsame Leitgedanken die lange Reihe der Ordensburgen zu einem innerlich einheitlichen Bilde formen.

Jedes Bauwerk entsteht aus der Einwirkung von drei verschiedenartigen Kräften. Zuerst ist es der Wille des Bauherrn, die Zahl, Größe und Zusammenstellung der von ihm gebrauchten Räume, der Baubedarf. Dann sind es die Eigenarten der Landschaft, ihre Verkehrslage, die in ihr zu beschaffenden Baustoffe, und die Gestalt des Bauplatzes selbst. Als drittes tritt endlich die schöpferische Kraft des Baumeisters hinzu. Die zweite Vorbedingung führt uns zu der Frage, ob Wasserburg, ob Höhenburg, die schon Cohausen, Piper u. a. sehr beschäftigt hat. Man kann sagen, daß beide Bauarten hier vorkommen, die militärische Lage — Cohausen

---

* Nach einem Vortrage, gehalten am 19. Oktober 1941 in der Marienburg vor der Johann-Wolfgang-Goethe-Stiftung, aus Anlaß der Verleihung des Herder-Preises an den Verfasser.

[1] A. v. Cohausen, Die Befestigungsweisen der Vorzeit und des Mittelalters. Wiesbaden 1898.

[2] Otto Piper, Burgenkunde. 1. Aufl. München 1895. 3. Aufl. 1911.

[3] Carl Schuchhardt, Die Burg im Wandel der Weltgeschichte. Wildpark-Potsdam 1931.

[4] Georg Dehio, Geschichte der Deutschen Kunst, 2. Bd. Berlin u. Leipzig 1921, 4. Aufl. 1930.

[5] Bodo Ebhardt, Der Wehrbau Europas im Mittelalter, I. Berlin 1939.

[6] Karl Heinz Clasen, Die mittelalterliche Kunst im Gebiete des Deutschordensstaates Preußen, I. Königsberg i. Pr. 1927.

[7] Erich Lindemann, Das Problem des Deutschordensburgtypus. Diss. Berlin 1938.

bezeichnet sie als die strategische Bedeutung der Burgen — war hier wohl ausschlaggebend. die Lage zwischen zwei Seen gab der Burg die Aufgabe als Straßensperre — und für uns den Vorteil schöner landschaftlicher Lage —; die Burg auf dem Berge ist aber häufiger, als man bisher annahm. Sehr wichtig war die Lage am Uferrand einer großen Wasserstraße, und dann zumeist auf hohem Ufer, an der Weichsel allein acht, am Frischen Haff fünf. Elbing und Königsberg liegen am Fluß, mehrere Meilen vom Haff entfernt, ähnlich wie die großen Häfen Lübeck usw. Hierzu kann man auch Danzig rechnen. Von entscheidendem Einfluß wurde der Ziegelbau, der in Deutschland seit 1000 Jahren bekannt war, als der Orden die ersten Ziegeleien in Preußen anlegte. Die Römerbauten in Trier sind aus Ziegeln ausgeführt; die Landschaften am Niederrhein haben den Ziegelbau, mit ihnen gehörten zum Deutschen Reiche auch Holland und Friesland, Nimwegen im alten Nieder-Lothringen. In Bayern wurde der Ziegelbau ausgeübt. Die ostdeutschen Koloniallande übernahmen sofort diese durch die Bodenbeschaffenheit bedingte Bauweise, am frühesten, Anfang des 12. Jahrhunderts, die Altmark, dann auch Schlesien und Lübeck, das für die Ostseeländer von maßgebender Bedeutung wurde. Es ist also nicht unbedingt nötig, bis nach Oberitalien zu gehen, obwohl auch dieses unter den Staufern noch in politischem Zusammenhang mit dem Reiche stand. Die Technik des Ziegelbaues hat den Gewölbebau maßgebend beeinflußt, aber auch die Art des Massenaufbaues. Die Männer, die hier die Bauten bestellten und ausführten, kamen aus Deutschland, kannten aber auch die anderen Kulturländer Europas und Syriens. Hermann von Salza hielt sich viel am Hofe Friedrichs II. auf, sein Itinerar zeigt ihn im Morgenlande, in Italien und in Deutschland. Zahlreiche Ordensbrüder, die in Preußen kämpften, werden zuvor auch in Palästina gewesen sein. Der erste Ordensritter in Preußen war 1226 Conrad von Landsberg, aus Thüringen. Die 1228 nach Preußen geschickte Ordensgesandtschaft wurde von Philipp, dem Komtur des Deutschordenshauses in Halle, geführt. Die Leitung des Kampfes und des Aufbaues in Preußen hatten die Landmeister. Unter den 21, die wir von 1231—1309 kennen, stammen 19 aus dem Harz, aus Thüringen, Franken und dem Vogtlande. Nur die beiden Tirberch waren wohl Schwaben. Die geistige Kultur wird daher vorwiegend aus Thüringen nach der Weichsel gelangt sein, hierfür spricht auch die Persönlichkeit des Deutschordensdichters von Hesler, der um 1270 zu Burg Heszler bei Eckartsberga geboren ist und um 1310 die Apokalypse ins Deutsche übersetzt hat. Die ältesten Siedler gruppiert Chr. Krollmann nach ihrer Herkunft aus Meißen, Niedersachsen, Lübeck und Schlesien. Die im Jahre 1326 vollendete, lateinische Ordenschronik ist dann aber von einem Rheinländer, dem Ordenspriester Peter von Dusburg geschrieben. Für die klugen und törichten Jungfrauen an der Goldenen Pforte zu Marienburg (um 1280) ist Magdeburg thematisch das nächstgelegene Vorbild, ebenso für die Ekklesia und Synagoge. Das sind die Spuren der Wege, die nach dem Westen führen.

In einer Bulle vom 6. Oktober 1233 ermahnt Papst Gregor IX. die Kreuzfahrer, den Orden zu unterstützen „ad edificia et fossata necnon munitiones alias faciendas". Hier wird also deutlich auf den Burgenbau hingewiesen. In den „Gewohnheiten" des Ordens aus dem Anfange des 13. Jahrhunderts werden die Handwerksleute (artifices) dem großen Komtur unterstellt, dann aber im besonderen die Zimmerleute, Steinmetzen (= lapicidae) und anderen Werkleute besonders dem kleinen Komtur. Hieraus ergibt sich die Einwirkung der Ordensbrüder auf die Baumeister. Dann entsteht aber die große Frage nach der Art der auswärtigen Stileinflüsse. Die ersten Baumeister, die aus dem Westen kamen, waren hervorgegangen aus dem Stande der Maurer oder Steinmetzen; ihr Lehrmeister wird sie dann auch in der Gebäudekenntnis unterwiesen haben, wie es noch jetzt geschieht. Lehrmittel sind heute der mündliche Vortrag des Hochschul-Professors, Ausflüge mit Baubesichtigungen und die Lehrbücher. Vor 600 Jahren hatte man genau so die beiden ersten Lehrmittel. Wer in Köln oder Mainz lernte, konnte Burgen, Klöster, Stadtmauern und Wohnhäuser sehen. Dazu kam aber die Wanderschaft, heute nennen wir sie Studienreisen, da konnte der Gesell, der Meister werden wollte, jede Gebäudeart kennenlernen, die nur irgendwo gebaut war. Die Sitte des Wanderns taucht in den Werks-Rollen erst im 14. Jahrhundert auf, ist aber zweifellos älter. Wenn nun der Orden den Bau einer Burg plante, dann kannte nicht nur der Komtur ältere Ordensbauten in welschen Landen, sondern auch der Baumeister verfügte über

einen Vorrat von architektonischen Gestaltungsformen und Ausdrucksmitteln, der fest in seinem Gedächtnis saß, daher nicht für den Einzelfall beschafft zu werden brauchte.

Darum ist es im Grunde genommen müßig, nun nach bestimmten Vorbildern im Kloster- oder Burgenbau zu suchen. Dort, wo gleiche Programmvoraussetzungen vorlagen, ergab sich ungewollt eine ähnliche Lösung. Etwas ganz anderes ist es mit den formalen Einzelheiten. Wenn der Rundbogenfries in Marienburg und Lochstedt auffallend denen in Lehnin und Colbatz ähnelt, sonst aber nicht zu finden ist, dann berechtigt das zu dem Schluß, daß der Marienburger Bildhauer Beziehungen zum Zisterzienserorden gehabt hat.

Das Bauprogramm

Die Tätigkeit des Ordens war in den ersten Jahren seit Beginn des Kampfes 1231 eine rein militärische, er baute sich verteidigungsfähige Unterkünfte als Stützpunkte, von denen aus er weiter vordrang, lebte also, modern gesprochen, im Bewegungskrieg. Als erste Friedensarbeit stellte er am 28. Dezember 1233 Handfesten für die Städte Kulm und Thorn aus. Im ganzen haben wir bis zum Friedensvertrage mit den Preußen 1249, diesen mitgerechnet, elf Ordensurkunden, die von zwei Hochmeistern, Hermann von Salza und Heinrich von Hohenlohe, sonst nur von Landmeistern ausgestellt sind; mögen einige auch verlorengegangen sein, der Jahresdurchschnitt wird nicht viel mehr als „eins" sein in diesen 18 Jahren. Die ersten Güterverschreibungen beginnen 1236 mit der großen Landverleihung an Theodorich von Dypenow, sie überließen die Siedlungsarbeit zunächst den Großunternehmern. Somit hatte die Verwaltungsarbeit das denkbar bescheidenste Maß. Gegen das Ende dieses Zeitabschnittes, bald nach 1244 gibt der Orden seiner Regel eine neue Fassung, und die Gesetze wurden z. T. nach 1235, z. T. von 1244—1251 neu abgefaßt[8], was nicht nur wegen der Erfordernisse in Palästina geschah, sondern auch auf die preußischen Verhältnisse Rücksicht nahm. Der Ziegelbau wurde vorbereitet, 1249 erfolgt der Friedensschluß mit den Preußen in Pomesanien, Ermland und Natangen. Komture können wir 1244 in Kulm-Althaus, 1246 in Elbing, 1250 in Balga, Christburg, Graudenz, Nessau und Thorn, 1251 in Rehden und Zantir urkundlich nachweisen, d. h. Verwaltungsaufgaben waren schon zu erledigen. Um 1250 beginnt also das Verlangen nach geregeltem Konventsleben. 1251 wird Elbing Hauptha us = domus principalis, in Preußen, als der Ordensbruder Ludwig „preceptor in Pruszia" war. Nun lagen die Ordensburgen im Kulmer Lande aus militärischen Gründen sehr dicht.

Es waren im Kreise Thorn: *Nessau (dies eigentlich in Kujawien), *Thorn, *Birgelau, *Papau, *Schönsee;

im Kreise Kulm: *Althaus, Potterberg, Wenzlau, Pien, *Welsas und Leipe;

im Kreise Graudenz: *Graudenz, *Rehden, *Engelsburg, *Roggenhausen und Starkenberg.

Also im ganzen 16 Burgen; die mit einem Stern bezeichneten waren dauernd oder zeitweilig Komturei. Er hat aber drei von diesen Burgen schon früh eingehen lassen: Starkenberg, dann Potterberg 1283 und Welsas nach 1309. Roggenhausen wurde um 1336 Vogtei, Engelsburg wurde 1415 mit Rehden verbunden, nachdem aber an beiden Stellen schon Monumentalbauten mit sehr großen Vorburgen errichtet waren. Die Ordensverwaltung arbeitete also im Kulmer Lande recht teuer, und die Aufhebung der Konvente erfolgte nur in geringem Umfange. Nach der Ordensregel, Nr. 13 der Perbachschen Zählung, hatte ein Konvent

„zwelf brudere und ein commendur,
„zu der gezal der jungeren unseres herren Jhesu Christi".

Sie lebten nach den bekannten drei Gelübden in gemeinsamem Leben, vita communi, brauchten also die Räume, die jedes Kloster hatte, die Kirche, das Schlafhaus = dormitorium und Tagesräume, Remter genannt, zumeist zwei, einen für die Abhaltung der Kapitel und den an-

[8] Perlbach, Die Statuten des Deutschen Ordens. Halle a. d. S. 1890.

deren für die Mahlzeiten. Dazu ein Komturgemach, eine Krankenstube = Firmarie, ein Schreiberzimmer und die wirtschaftlichen Nebenanlagen. Die ersten mit diesen Räumen gebauten Burgen liegen im Kulmer Lande. Auch in Pomesanien nahm der Orden Korrekturen vor, die etwa 1277 erwähnten Burgen zu Fischau und Posilge und Zantir an der Nogat gingen ein, an die Stellen der letzteren trat 1280 Marienburg, die beiden anderen wurden von Christburg aufgenommen.

Die Komtureien an der Nogat und am Haff erhielten nun sehr große Verwaltungsbezirke, Marienburg etwa 2 heutige Kreise; Elbing, Christburg, Balga, Brandenburg und Königsberg bekamen aber verhältnismäßig schmale Gebiete, die bis an die „Wildnis", an die Südgrenze des Preußenlandes heranreichten. Nur eine Komturei wurde hier später neu gegründet: Osterode, als Abzweigung von Christburg. Diese großen Gebiete wurden also zentral verwaltet, und deshalb sind die Häuser hier größer; am größten ist Brandenburg mit 52,0 : 65,4 m = rd. 12 : 14 kulmischen Ruten gegenüber Papau mit $40{,}3^2$ m = rd. $9\,^1/_3$ Ruten. Demgemäß war die Zahl der Ordensbrüder in diesen nördlichen Komtureien Marienburg, Elbing, Balga, Brandenburg auch sehr viel größer als zwölf. In Königsberg waren 1437 : 40 Brüder, ungefähr ebensoviele um 1450 in Elbing. Die Zahl wird um 1400 noch viel größer gewesen sein. Der Orden beginnt nun im 14. Jahrhundert vielleicht zur Zeit des Hochmeisters Werner von Orseln (1324—1330), einige Komtureien niedriger einzustufen, Roggenhausen wird Vogtei. Wenzlau wird Pflegeramt, und Welsas wird ganz aufgehoben; dadurch wurde die Zahl der Komture verringert, und auch Ordensherren wurden frei für andere Aufgaben, denn der Vogt hatte nur einen Kumpan und einen Priesterbruder bei sich. Andererseits machte sich aber das Bedürfnis geltend, die großen Bezirke Pomesaniens und der Haffburgen durch Abordnung unterer Verwaltungsstellen aufzuteilen; so entstanden um 1330 im Gebiet Marienburg drei Vogteien, in Stuhm, in Leske und in Grebin, deren Beamte, die Vögte, vor allem richterliche Funktionen hatten. Der Personalaufwand war aber geringer, als wenn hier 4 Konvente gewesen wären. Man sieht also, daß der Orden nicht an einem Schema festhielt, sondern seine Verwaltung je nach Bedarf änderte und zweckmäßiger gestaltete.

Sodann legte der Orden zur wirtschaftlichen Erschließung seines Domänenlandes „Höfe" an, die in einfacheren Fällen von Hofmeistern weltlichen Standes verwaltet wurden, sonst aber von einem Ordensritter als Pfleger. Bekannt ist Pr. Mark in der Komturei Christburg, seit 1312 nachweisbar, oder Neidenburg, vom Ende des 14. Jahrhunderts. Die Größenausdehnung und die stattliche Bauweise sind davon abhängig, ob die eine, oder die andere Zweckbestimmung die wichtigere war. Neidenburg und Pr. Mark waren zur Landesverteidigung wichtig und daher stark ausgebaut, obwohl sie nur Pflegerämter waren. Die im Verwaltungsrange zeitweilig höherstehende Vogtei Gilgenburg lag zwar näher an der Grenze, wurde aber doch nur als Wachtposten bewertet, und nicht so stark ausgebaut, was sich im Juli 1410 bitter rächte. Dann hat der Orden die Verwaltung im allgemeinen nicht mehr viel geändert, den Burgenbau hat er aber bis 1409 hin fortgesetzt, und da entstehen immer neue Bauweisen, und so wenig Wiederholungen, daß man von einer Erstarrung in der Ordensbaukunst beim besten Willen nicht reden kann.

In Pommern erlangte der Orden den ersten Besitz 1282 in und bei Mewe, die große Masse erst 1308 durch Eroberung bzw. 1309 durch Kauf von dem brandenburgischen Markgrafen. Kleinere Randgebiete kamen später hinzu: Schlochau 1312 und Bütow 1329. Das ganze Gebiet umfaßte etwa 14 270 qkm[9]. Hier legte der Orden die Verwaltungssitze nur an den Rand, wo die bessere Verkehrslage war. Mewe wurde schon 1283 angelegt, zugleich als Brückenkopf, Komture von Danzig sind seit 1310 nachweisbar. Im Süden hat Dietrich von Lichtenhain die Verwaltung eingerichtet, zuerst in Schwetz 1317 nachweisbar, dann 1323 in Schlochau, zuletzt in Tuchel, wo er 1330—1343 im Amte war. Diese fünf Komtureien hatten fast das ganze Ordens-Pommern zu verwalten. Nur im Nordosten trat eine andere Regelung ein, das Danziger Werder mit der Vogtei Grebin wurde dem Gebiet Marienburg angegliedert. Dirschau wurde selbständiges Gebiet, und als Vogtei unmittelbar dem Hochmeister

[9] Diese Landschaft führte seit dem 15. Jh. den Namen Pomerellen. Heute gehören Bütow, Lauenburg und Schlochau zur Provinz Pommern, das übrige zum Reichsgau Danzig-Westpreußen.

unterstellt; der erste Ordensvogt von Dirschau ist 1323 nachweisbar, das Prinzip der Verwaltungsvereinfachung macht sich also früh bemerkbar.

Der Hochmeister Dietrich von Altenburg beginnt die Neubauten zweier Komtureien, in Schwetz und Danzig [10], die, nach dem erhaltenen Bauwerk in Schwetz zu urteilen, den anderen Konventshäusern jener Zeit entsprechen. Er verleiht der neugegründeten Stadt Lauenburg am 1. Januar 1341 eine Handfeste und läßt dort den Bau eines Ordenshauses für den Vogt beginnen, dessen Amt 1344 zum ersten Male urkundlich erscheint und dem Komtur von Danzig unterstellt war. Von 1329 bis zum Juni 1341 war der Orden Pfandinhaber von Stolp und hatte hier einen Komtur eingesetzt; nach der Rückgabe von Stolp an den Herzog von Wolgast war dieser Verwaltungsaufwand nicht mehr nötig und er begnügte sich in Lauenburg mit einem Vogt. Die Zahl der kleineren Höfe blieb in Pomerellen gering, in Putzig residierte der Fischmeister des Gebietes Danzig. Andere Höfe, wie Neuenburg a. d. W. oder Kischau wurden nur von Hofmeistern verwaltet, Sobbowitz wurde später der Sitz des Vogtes von Dirschau. Militärische Bedeutung als Grenzsicherung erlangten nur das Pflegeramt in Bütow und die Ende des 14. Jahrhunderts angelegten Burgen in Jasenitz, Hammerstein und Baldenburg.

Der Orden hatte 1384 Schivelbein erworben und dort für einen Vogt das Schloß der Herren von Wedel umgebaut; nach der Erwerbung der Neumark 1402 wurde es der Amtssitz des Vogtes der Neumark; das große Gebiet von den fünf neumärkischen Kreisen Arnswalde, Friedeberg, Königsberg, Landsberg und Soldin und den zwei pommerschen Kreisen Schivelbein und Dramburg, zusammen 7337 qkm wurde nur von *einem* Beamten verwaltet, für ihn genügte eine ehemalige Adelsburg, in die der Orden einen neuen Flügel und den Turm hineinbaute. Erst gegen die Mitte des 15. Jahrhunderts baut der Orden in Küstrin an Stelle einer älteren Burg ein neues Haus, mit 1 Rundturm, das aber in der Disposition von den preußischen doch abweicht. Man kann also auch jetzt noch nicht sagen, daß der Orden einen „Typus" herausgebildet und zuletzt nur noch angewandt hätte. Entsprechend den Veränderungen in der Verwaltung entwickelte sich auch sein Bauwesen. Unter den Pflegerburgen verdient Neidenburg (etwa 1370 begonnen) wegen seiner reifen architektonischen Lösung und guten Erhaltung unsere besondere Beachtung.

Man sieht also, daß der Orden in seinen Gebieten die Verwaltung nach den Erfordernissen jeder Landschaft einrichtete, er behielt die geistige Beweglichkeit, und daraus ergeben sich immer neue Formen des Burgenbaues.

In diesen Zusammenhang gehören auch die Wehrbauten der späteren Zeit. Schon in Bütow sind die starken Rundtürme für die Verteidigung mit Hakenbüchsen bestimmt. In dem Jahrzehnt von 1440—1450 entstehen die schweren Batterietürme, wie in Bauske und vor allem in der Marienburg vor dem Plauen-Bollwerk. 1448 waren in Marienburg die Maurer Meister Niclas und Simon, tätig. Meister Hans zieht 1447 von Marienburg in die Mark, wo damals das Haus Küstrin gebaut wurde. Es ist die letzte Entwicklungsstufe im Burgenbau, ehe der Krieg von 1454 ausbricht. Die Entwicklung im einzelnen vollzog sich folgendermaßen:

1. Einfachste Erdwerke und Blockhäuser. Wir haben dafür einen Bericht über den Bau der ersten Ordensburg Thorn, von Dusburg 1326 und ein Zeugenverhör von 1339:

> propugnacula et menia fuerant ordinata ad defensionem.
> undique indaginibus se vallabant, non patebat nisi unus aditus ad castrum.

Jeroschin übersetzt es:

> 3713: si hibin ouch die crumme
> di burc allum und umme
> veste heine her und dar
> und vormachtin iz so gar,
> daz nicht inbleib den ôt ein pfat
> daran man zu der burc getrat.

[10] Ältere Chronik von Oliva und Wigand von Marburg, Script rer Pruss. I. 717 u. II 498.

Inmitten dieses Indago, dieses Hagens stand eine Eiche, frondosa quercus nennt sie die Chronik von Oliva, Jeroschin sagt „ein groze eiche":

3709: ... uf der este
machtin sie erkre veste
geordint wol mit zinnen.
3712: nach werlichin sinnen.

Die Lage dieser Burg des Jahres 1231 ist in Alt-Thorn, dem heutigen Gurske, zu suchen. In dasselbe Jahr fällt der Bau der Burgen Vogelsang und Nessau, wohl in gleicher Bauart.

2. Eroberung von Burgen der Preußen, zumeist solchen, die im hügeligen Gelände als Höhenburgen anzusprechen sind. Ein anschauliches Beispiel ist Wöklitz bei Elbing, 1237 besetzt; auch hier Erdwälle, innen mit Holzhäusern. Der Burghügel hat nach dem Rogauer Fließ steilen Abfall.

Beide Formen gehen bei den nächsten Burgen, von denen wir noch die Anschauung haben, ineinander über. Klein Quidin bei Marienwerder, eine unregelmäßige Wallanlage, mit Turm und Haus, noch durchweg in Lehmbau; frühestens 1233 entstanden. Alt-Christburg, Kreis Mohrungen, zwischen 1233 und 1237 angelegt, mit großem Wallring, am Tor besonders gesichert. Ziegelfunde frühen Formates deuten schon auf ein massives Haus. In beiden Fällen können alte preußische Burgwälle vom Orden weiter benutzt worden sein.

3. Neugründungen, bei denen von vornherein massive Bauweise zur Anwendung kommt, zunächst mit Feldsteinen. Eine solche Burg ist noch in Thorn erhalten. Nach Ausstellung der Handfeste Dezember 1233 begann 1234 die Anlage der jetzigen Stadt Thorn und zu gleicher Zeit wird der Orden auch den Bau der Burg begonnen haben. Sie hat ein unregelmäßiges Vieleck mit nur einem rechten Winkel. Sämtliche Parcham-Mauern sind aus Granit, ihr Bau wird mehrere Jahre in Anspruch genommen haben. Der Weichselflügel hat im Erdgeschoß Balkendecken.

Gegen die Mitte des 13. Jahrhunderts nimmt die Verwaltung festere Formen an.

In Elbing ist eine Ziegelei für die Dominikaner schon 1246 urkundlich nachweisbar, die Ordensziegelei muß älter sein, also spätestens von 1245. Thorn, wo die älteste Ordensburg auf dem rechten Weichselufer liegt, muß noch früher eine Ziegelei gehabt haben, etwa 1240: das Konventshaus in Thorn hat schon Ziegelmauern.

4. Die nächste Entwicklungsstufe zeigt Ziegelbauten nur mit Feldsteinsockel, aber mit durchweg polygonaler Linienführung der Ringmauern. Hier wird zunächst ein Flügel als das „Haus" ausgebaut.

Beispiele dieser Art sind Balga, 1239 gegründet, doch wohl erst um 1245 begonnen, Engelsburg und Stuhm, noch sichtbar, und Graudenz, aus alten Plänen nachweisbar. Stuhm ist eine Wasserburg, die 3 anderen sind Höhenburgen. Es macht sich nun das Bestreben nach größerer Regelmäßigkeit bemerkbar.

5. Schloß Birglau bei Thorn, um 1260 begonnen, ist ein unregelmäßiges Fünfeck, aber schon mit zwei rechten Winkeln; auch hier zunächst nur 1 Flügel, der westliche mit 2 Remtern und der Kapelle ausgebaut, ein zweiter, der südliche, bald darnach angefügt. Die Ringmauern und die Vorburgmauern sind aber noch als unregelmäßiges Polygon abgesteckt. Birglau ist ein wichtiges Bindeglied zwischen der vorigen und der nächsten Entwicklungsstufe. Die beiden Hauptfronten nähern sich in ihren Abmessungen 47:50 m dem Quadrat. In Birglau ist auch das älteste Bildwerk des Ordenslandes erhalten, die drei Ritter über dem Burgtore.

6. Nach 1270 beginnt die Planung von drei Burgen am Nordrande, von der Marienburg an der Nogat, und von Brandenburg und Lochstedt am Haff, sie zeigen für das Haus Rechtecke mit zunächst nur einem ausgebauten Flügel, aber mit der erkennbaren Absicht, den Bau der 3 anderen daran anzuschließen. Die Abmessungen bewegen sich zwischen 47,7:53,7 (Lochstedt) und 52,0:65,4 (Brandenburg). Auch Königsberg, jüngst von F. Lahrs ausgegraben, und Fischhausen, etwas älter als die vorigen, gehörten zu dieser Gruppe, ebenso Mewe 1283.

Mit dieser Burgengruppe ist der sog. Typus der Ordenshäuser ausgebildet, in Wirklichkeit aber keineswegs die Entwicklung abgeschlossen. K. H. Clasen hat das Verdienst, auch

die kleineren Häuser mit untersucht zu haben, und seine Gliederung nach 6 gleichmäßigen Generationen trägt, obwohl ich ihm in den Einzelheiten nicht immer folgen kann, dem Entwicklungsgedanken weitgehend Rechnung. Wir haben damit die Bauform der Deutschordensburg erreicht, die den Forschern am meisten in die Augen fällt. Die Namen dieser Wehranlagen haben sehr oft den einer Burg: Christburg, Jesusburg, Marienburg, Johannisburg, Kreuzburg, Starkenburg, Ortelsburg oder die vielen von Flußnamen abgeleiteten Burgennamen. Trotzdem gebrauchte der Orden für seine Wehranlagen nie das Wort Burg, sondern er nannte sie Haus, auch die Marienburg war nur das Haupthaus. Der Beamte der inneren Verwaltung hieß der Hauskomtur, es werden Hausgesinde, Hausknechte, Hausmüller und ähnliche erwähnt. Auch Burgen werden Althaus oder Neuhaus genannt. Die Bezeichnung Schloß kommt in der älteren Ordenssprache nicht vor, zuerst 1473 in Pr.-Holland, allgemeiner seit etwa 1507. Man hat diese Benennungen so deuten wollen: Schloß ist die Herrenburg des Gebieters, Burg die kleine Volksburg. Die Ordensburgen werden dann den Schlössern zugezählt. Ich halte diese Terminologie für ungeeignet. Der Orden nannte seine Wehranlagen in ihrer Totalität „Burg", so Marienburg; wenn er im Notariatsakt, in seinen Rechnungsbüchern oder in der Ortsangabe von Urkunden die Örtlichkeit bezeichnen wollte, dann dachte er an das Gebäude, in welchem sich der Schreiber gerade aufhielt, und sagte Haus. Man darf diese Worte aber nicht pressen. Die verteidigungsfähigen Wirtschaftshöfe hießen „Vorburg". In lateinischen Urkunden heißt das Ordenshaus von Anfang an und noch 1412 castrum. So auch 1276 in der Gründungs-Handfeste von Marienburg. Die Vorburg heißt lateinisch suburbium, was doch eigentlich Vorstadt bedeutet. Der Orden stand also souverän über den Begriffen, wenn auch eine Bevorzugung des Wortes Haus unverkennbar ist.

Eine andere Frage ist die nach dem Verhältnis von Stadt und Ordenshaus. Wir müssen dabei von älteren Siedlungen, die der Orden schon vorfand, wie Danzig, Schwetz oder Pr.-Mark (genauer: Marktplatz der Preußen) absehen. In Preußen hat im allgemeinen das Ordenshaus zeitlich den Vorrang: zuerst entsteht der Wehrbau, dann unter seinem Schutze die städtische Siedlung. Die deutschen Handwerker und Krugwirte bilden die Keimzelle der Bürgerschaft. Aus dem Barackenlager des Werkplatzes wird die Stadt, wofür Marienburg als Beispiel dienen kann. Aber Stadt und Ordenshaus waren zwei selbständige Rechtsgebilde; das Ordenshaus, modern gesprochen, ein fiskalischer Gutsbezirk. In der Kulmischen Handfeste wird den Bürgern verheißen, daß der Orden keine Häuser in den Städten kaufen dürfe. So stehen Burg und Stadt selbständig nebeneinander. Es ist daher auch unzulässig, wenn sich eine Stadt zuweilen Ordenshauptstadt nannte, eine solche gab es nicht, der Hochmeister residierte im Ordenshaus, nicht in der Stadt. — Später hat der Orden kleinere Häuser, sog. Höfe, innerhalb des Verlaufs der städtischen Ringmauern doch gebaut; ein Beispiel bietet Lauenburg, wo sich der Orden in der Handfeste vom 1. Januar 1341 einen Hof oder auch Burg bauen der Stadt vorbehält, diesen Hof dann aber örtlich binnen der Stadt baut, wiewohl rechtlich außerhalb der Bürgerschaft. Ähnlich waren die Kammerämter zu Dt.-Eylau und Liebstadt, oder das Haus zu Neuenburg.

Daneben gibt es dann aber zahlreiche große Burgen, neben denen keine Stadt lag, nur ein Dorf, wie in Brandenburg; oder das Dorf mehrere Kilometer entfernt, wie in Roggenhausen und Papau, zuweilen auch ohne jedes Dorf, wie in Engelsburg. In Gollub liegt die Burg auf einem Berge, und die Stadt 1 km entfernt davon im Drewenz-Tale. Stadt und Burg wurden also nur dort angelegt, wo ein Bedürfnis dazu vorlag. Für die Burg waren Rücksichten auf die Landesverteidigung und die Landesverwaltung maßgebend, für die Stadt die Verkehrslage und das Vorhandensein eines geeigneten Versorgungsgebietes. Es gibt daher auch kleinere Städte, die nie ein Ordenshaus hatten, so z. B. Tolkemit, Neuteich, Lessen, oder die es früh verloren haben, wie Dirschau: Fast jedes größere Ordenshaus hatte dann aber neben der Vorburg noch in unmittelbarer Nähe einen Domänenhof. Dadurch entstehen die vielen Neuhof und Kalthof; wird dieser Hof ummauert, so bildet sich eine zweite oder dritte Vorburg wie in Thorn, Engelsburg oder Schlochau, in allem also kein Schema, sondern vielseitiges Anpassen an die örtlichen Verhältnisse.

7. Das Rechteck wird zum Quadrat, erste Hälfte des 14. Jahrhunderts; die notwendigen Konventsräume werden geschickt in diesen Umriß hineingefügt. Rehden, eine der wertvollsten Anlagen, Gollub, Schwetz, und von abgebrochenen Schlössern: Strasburg und Schlochau. Zuletzt Osterode. Auch diese rechteckigen oder quadratischen Häuser haben oft noch Vorburgen mit polygonalen und schiefwinkligen Ringmauern, so z. B. Rehden, Roggenhausen, Schwetz oder Pr.-Mark. Man bleibt von älteren Anlagen abhängig und man nutzt den Raum so, wie ihn die Zufälligkeiten des Geländes darboten, aus. Auch in Kurland und Livland verläuft die Entwicklung ähnlich; die ältesten Steinburgen wie Doblen und Treyden sind ganz unregelmäßig; die Häuser werden früh rechteckig, und dann quadratisch,

Arensburg	Fellin
Hapsal	Wenden
	Windau
	Mitau.

Aber die Vorburgen sind auch hier ganz unregelmäßig. Eine rechtwinklig und regelmäßig angelegte Vorburg erhielt um 1300 die Marienburg, und wenig später Gollub; das Streben nach straffer, architektonischer Gestaltung ist also vorhanden. Der Übergang zum Viereck wurde durch die mehr friedensmäßige Entwicklung des Konventslebens und die Ausdehnung der Verwaltungsarbeit bedingt. Man kann die Vorbilder im Klosterbau oder im Domstift oder im italienischen Kastell suchen bis hinunter zu den Königspalästen in Sizilien oder den Kastellen der Staufer: für einen Baumeister ergab sich das Rechteck bei einiger Überlegung ganz von selbst, und die unregelmäßige Form der Hügel läßt sich leicht korrigieren. In Marienburg ist der Nordflügel des Hochschlosses nach seinen Stilformen unzweifelhaft der älteste Teil. Er enthielt im Hauptgeschoß: die Kirche, einen Saal, und zwischen beiden einen kleineren Wohnraum, vielleicht für den Komtur. Im Erdgeschoß eine gewölbte, unheizbare Halle und über dem Saal noch ein oberer Raum mit Balkendecke. Bezeichnend für die Lebensgewohnheiten der älteren Zeit ist es, daß das aus refectorium entstandene Wort Remter sowohl auf den Speisesaal wie auf den Kapitelsaal angewandt wird. Der Remter diente also anfangs beiden Zwecken, und auch später werden sie sprachlich nicht unterschieden. Dann hat der Nordflügel: Kirche, Remter und darüber das Dormitorium. Nur die Küche lag damals schon in einem Anbau im Westen, dem Anfange des Westflügels; eine ähnliche Zusammendrängung müssen wir für die ältesten Burgen annehmen. Die Ausbreitung der Raumfolge auf mehrere und schließlich alle vier Flügel entsprang dann dem Wunsche nach zweckmäßigerem Zusammenhang der Haupträume in einem Geschoß. Ungesucht boten sich die Klosterbauten als eine Bauform dar, die hier Anwendung finden konnte, aber nur von innen aus, vom Kreuzgang[11] her gesehen, denn außen mußte die Geschlossenheit des Wehrbaues gewahrt bleiben. Es ist also doch etwas Neues, was hier entstand, und darin beruht die schöpferische Tat des Ordensbaumeisters. Wichtig ist die Frage nach dem Turm. Der Bau eines solchen in Thorn wird schon am 10. Februar 1255 erwähnt, eine Stiftung „ad opus turris". Acht Jahre später, 1263, dient ein Turm in Birglau den Ordensbrüdern als letzte Zuflucht

„in quadam turri se defendentes sunt salvati".

Dusburg, S. 126.

wertin uf eime turme
kegin der heidin sturme.

Jeroschin 1469.

Die Lage dieser Türme wird nicht genauer beschrieben, wir können sie aber als Bergfriede ansprechen, namentlich nach den Angaben über Birglau. Das Kennzeichnende ist die Bestimmung als Verteidigungsanlage für die „Ordensbrüder und ihre Leute", nach Verlust des eigentlichen Hauses. Solche Bergfriede haben wir in den deutschen Burgen in großer Zahl; als weltbekannte Beispiele nenne ich nur Godesberg oder die Pfalz im Rheine. Wo dieser

[11] Das Wort Kreuzgang, „cruzegang" kommt schon um 1330 bei Nic. v. Jeroschin vor (Vers 27531).

Bergfried in Thorn lag, wissen wir heute nicht, wenn wir nicht dem Danzker eine Doppelfunktion zuerteilen wollen. Der älteste jetzt erhaltene Bergfried des Ordenslandes ist der schöne Turm auf dem Schloßberge in Graudenz; er steht innerhalb des fünfeckigen Mauerringes an der Nordwest-Ecke. Ähnlich steht der Bergfried in Treyden, der Burg des Erzbischofs von Riga.

In Marienburg hat das Konventshaus keinen Wehrturm, man kommt hier auch auf den Gedanken, daß der Danzker zugleich als Bergfried diente.

Rehden hat den Turm frei in der Nordwest-Ecke. Königsberg und Gollub haben ihn außerhalb des Hauses als Rund- oder Viereckturm. Mewe und Lochstedt hatten ihn in der Nordost-Ecke, so daß die Außenmauern zugleich die des Hauses sind, die inneren Turmseiten stehen aber ganz frei in der Baugruppe. Strasburg und Schlochau haben ihn achteckig, in ähnlicher Weise unmittelbar neben dem Burgtor.

In Schwetz ist er einer von vier runden Ecktürmen, organisch mit dem Bau verbunden, zugleich durch die Lage am Burgtore dieses schützend. Ähnlich der jetzt noch verstümmelt erhaltene Bergfried von Stuhm. Auch der spät entstandene Hauptturm von Schönberg liegt neben einem Tore. Abgesehen von Königsberg, Gollub und Schwetz bedeutet dieser Hauptturm stets eine Unterbrechung der Raumfolge; die Zusammensetzung aus einzelnen Häusern, wie in der westdeutschen Höhenburg, tritt noch in die Erscheinung. Dagegen bieten die turmlosen Grundrisse von Marienburg und Gollub das Bild größerer Geschlossenheit. Die Planung zeigt also gerade in der Periode der vierflügeligen Häuser so viel verschiedene Formen, Varianten, daß man kaum vom Typus reden kann. Nur die vier geschlossenen Außenwände wiederholen sich, die innere Einteilung ist in ständigem Wechsel in Weiterbildung und zuweilen auch ein Zurückgreifen auf ältere Formen; wir können nicht schematisch eine Entwicklungsreihe aufstellen. Diese geistige Beweglichkeit ist entscheidend für die Ordensbaukunst. Der Orden gebrauchte für seine Wehrbauten weder das Wort Burg, noch die Bezeichnung Bergfried. In Chroniken und Urkunden werden Bergfriede zwar öfter genannt, und zwar in den Stadtmauern und auf den Gütern der Landesritter, die Ordenshäuser hatten nur „Türme". Nur einmal findet sich im Großen Amterbuch die Ausdrucksweise Bergfried, und das ist in der Neumark, in Schivelbein. So hätten wir uns mit dem Worte Turm begnügen müssen. Wenn ich vorhin öfters Bergfried gesagt habe, so geschah es nur, weil dieses in der heutigen Burgenkunde allgemein gebrauchte Wort den Begriff am besten kennzeichnet.

Alle diese Komtureien waren als Festungen und als Verwaltungssitze gleich wichtig. Nicht immer trafen aber beide Erfordernisse zusammen. Auch der Raumbedarf für die Vorburgen war verschieden groß. Vor allem wurde die Verwaltungsform anders entwickelt.

8. Pflegerämter, als starke Burgen gebaut.

Pr.-Mark (bei Mohrungen) ein Rechteck von 45:72 m Größe, mit 1 ausgebauten Flügel, Wasserburg auf einer Halbinsel im See, jetzt leider Ruine.

Neidenburg, eine Höhenburg, in der ein Wohnflügel, zwei kleinere Wirtschaftsflügel und ein zweitürmiger Torbau organisch zusammengefügt sind, wohlerhalten, ein vollendetes Meisterwerk der Baukunst, in neuartiger Lösung des Bauprogramms.

9. Grenzburgen, nur von Vögten oder Pflegern verwaltet, 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts. Quadrate mit 1 Wohnflügel, Wirtschaftsräumen und einem starken Eckturm. Die Ordensburg Soldau, 46:47,5 m groß, ist hier führend, die ermländischen Burgen Allenstein und Rössel nehmen diese Form auf.

10. Bütow, im heutigen Pommern, Ende des 14. Jahrhunderts von stattlichen Abmessungen im Mauerviereck von 51:72 m, nur eine Seite mit einem Haus besetzt, an den übrigen z. T. Wirtschaftsräume. Vier sehr starke Ecktürme.

11. Kleinere Häuser, das Wildhaus Bäslack (Kr. Rastenburg), ein kleines Haus im ummauerten Hofe; jetzt Dorfkirche. — Hammerstein, für ähnlichen Zweck erbaut, nur im Unterbau erhalten. — Lauenburg, Haus des Vogtes, ein Bau von 50 m Länge, innerhalb der Stadt eine Ecke des Stadtmauerringes einnehmend; hier gilt die mit starken Türmen bewehrte Stadtmauer zusammen mit dem festen Haus des Ordens als eine einheitliche Festung. Zlotterie bei Thorn, ein Zollhaus an der Weichsel mit großem Hofe. Ähnlich ist Beberen.

12. Das Mittelschloß der Marienburg, nach allgemeiner Annahme auf dem Boden einer älteren Vorburg angelegt, dreiflügelig ausgebaut; aber mit nur einem rechten Winkel: hier scheint die Tradition der Anpassung an das Gelände noch vorzuliegen, was für die Absteckung zugleich mit dem Bau des Hochschlosses spräche. Man baut zuerst den Westflügel, der 1309 Wohnung des Hochmeisters wurde, dann den Ostflügel und im Nordflügel die Westhälfte, zuletzt im Nordflügel die Osthälfte. Die Benutzung hat wohl geschwankt, bis nach Vollendung aller Teile ein Beharrungszustand eintrat. In der architektonischen Lösung ist zweierlei bemerkenswert. Im Nord- und Westflügel fehlen Gänge vor den Räumen, der Längsverkehr vollzieht sich also direkt von Raum zu Raum. Im Ostflügel ist aber statt der offenen Hallengänge wie in den Kreuzgängen ein geschlossener Längsflur vorgelegt, zur Ordenszeit „Gang" genannt. Die Baumeister suchten also nach neuen Formen der Grundrißbildung. Die erstere Form ohne Gang zeigen auch das Gebietiger-Haus in Balga und teilweise das Marschallshaus in Königsberg.

13. Der Hochmeisterpalast zu Marienburg hat zwei selbständige Baukörper:

a) den Großen Remter, erbaut zur Zeit des Landmeisters Friedrich von Wildenberg (1318 bis 1324), als geniale Raumschöpfung einzig dastehend. Auch hier fehlt der Gang, der Raum hat daher in beiden Längswänden Fenster, und diese zweiseitige Belichtung, die wir sonst in den Deutschen Ordensburgen nicht finden, trägt zur Schönheit und Klarheit des Raumes bei;

b) der eigentliche Palast, der die Wohnung des Hochmeisters und zahlreiche Stuben und Kammern für seine Beamten enthielt, das Produkt eines größeren Umbaues, daher nicht so übersichtlich, keine im ganzen einheitliche Konzeption. Nur der Anbau von 1385—1393 an der Nogatseite mit den zwei Hochmeister-Remtern und einem Gang davor ist in vier Geschossen folgerichtig aufgebaut und klar gegliedert, wiederum das Werk eines gottbegnadeten Baumeisters.

14. Ragnit am Memelstrom, um 1400 vom Maurer Albrecht geplant und begonnen, nochmals eine quadratische Komturei, mit reicher Grundrißgliederung, über die Burgen von 6 und 7 weit hinausgehend, aber ohne Turm. Dieser Überblick zeigt, daß die Baumeister des Ordens und ihre Auftraggeber bis zum Schluß schöpferisch tätig waren, die Bauweise änderte sich von Generation zu Generation. Vier Bauten wie Neidenburg, Bütow, der Hochmeisterpalast Marienburg und Ragnit in einem Zeitraum von 20 Jahren, zeigen die lebendige Kraft in vier ganz verschiedenen Erscheinungsformen ihrer Wirkung.

Es finden sich Formelemente des deutschen Burgenbaues, und auch solche aus anderen Kulturländern, in den Ordensburgen verwertet; die enge Anlehnung an die Wehrbaukunst des Abendlandes ist selbstverständlich, führt aber immer wieder zu eigener Ausprägung, und insofern sind die Wehrbauten des Ordenslandes eine in sich geschlossene Gruppe von Baudenkmälern.

Das Ordensland, also die alten Provinzen Ostpreußen und Westpreußen, war eine einheitliche Kulturlandschaft, die sich deutlich von ihren Nachbarn abhebt und zugleich großen Einfluß auf diese ausgeübt hat. Die regelmäßig angelegten Ordensburgen des 14. Jahrhunderts haben naturgemäß am stärksten gewirkt.

Als Beispiele nenne ich

Schloß Rügenwalde in Hinterpommern, etwa 1380 begonnen;

Burg Traken in Litauen, um 1400. Beide haben den Torturm wie Roggenhausen;

Burg Zichenau in Masowien, jetzt Ostpreußen, mit Rundtürmen wie in Schwetz, 1404 begonnen von Herzog Johannes. Das sind drei Burgen, die offenkundlich von der Bauweise des Ordens beeinflußt sind, wenn auch die Bestimmung als Herzogsburg, für die Familie und das Gesinde eines Fürsten eine andere Raumfolge bedingte.

Wichtiger ist aber das, was diese Burgen für uns selbst bedeuten. Sie zeigen die wohldurchdachte Verwaltungsorganisation des Ordensstaates und zugleich die planvolle militärische Grenzsicherung: an der Weichsel, an der Südgrenze in zwei Linien, und im Nordosten am Pregel und Memelstrom. Sie enthalten die Schreibstuben, in denen die Amtsbücher geschrieben, die Handfesten und Briefurkunden ausgestellt wurden und auch die Dichtungen und Chroniken entstanden, die wir heute als hervorragende Sprachdenkmäler schätzen.

Ernste Arbeit wurde hier geleistet mit einer ganz unerhörten geistigen Produktivität, das unterscheidet diese Burgen von denen vieler Fürsten und der Herrengeschlechter in den Nachbarländern.

Die Kämpfe um die Grenzburgen von Anfang an, die militärischen Schicksale der Burgen 1410 und im Städtekriege 1454—1466 zeigen uns, wie eng die Burgen mit der Geschichte des Landes verflochten sind. Dadurch überragt ihre Bedeutung doch die der städtischen Baudenkmäler. Die Geschichte der Burgen begleitet die beispiellose Kulturarbeit des Ordens im 13.—14. Jahrhundert. Aber auch der sog. Zusammenbruch, der Niedergang des Ordens, fällt in eine Periode, deren wir uns nicht zu schämen brauchen. Wie tapfer ist nicht 1457—1460 um die Marienburg gekämpft worden. Burg Stuhm hielt der Orden während des ganzen Krieges und konnte es nachher als Austauschobjekt für die Burg Pr.-Holland verwerten. Man kann eher sagen:

Die schwere Niederlage wirkt zum reinigenden Bade, wie später die Katastrophe von 1806 bis 1807. Die Ordensbrüder nach 1466 haben in kluger Politik an zwei Dingen festgehalten: am Staatsgedanken und am deutschen Volkstum, dadurch wurde die Schöpfung Hermanns von Salza erhalten und 1525 in die Form übergeführt, die eine weitere, gedeihliche Entwicklung ermöglichte.

Es war ein kluger Gedanke, 1498 einen deutschen Fürsten zum Hochmeister zu wählen und damit das Band mit dem Mutterlande enger zu knüpfen. Das Wappen Friedrichs von Sachsen schmückt noch heute einen Raum des Königsberger Schlosses, sein fürstlicher Nachfolger, Albrecht von Brandenburg, trat nochmals zum Waffengange mit Polen an, in diesem Krieg wurde 1522 die Ordensburg Pr.-Holland zerstört, — der jetzige Bau von 1578 berichtet von diesen Kämpfen. Das Schicksal dieses Hauses, unter dem letzten Hochmeister und dem ersten Herzog in Preußen, verknüpft die Ordenszeit mit der Gegenwart. Wir sind, auch dem Blute nach, die Erben der Geschlechter, die in alter Zeit hier unter dem Schutze der Ordensburgen siedelten, wir haben die heilige Pflicht, jede noch stehende Burg, jeden noch so bescheidenen Ruinenrest zu erhalten, wie es Conrad Steinbrecht 1920 aussprach:

Wir können ohne diese Volksheiligtümer nicht leben, so wenig sich ein anderes Volk seine Leuchten nationaler Denkmäler nehmen läßt —.

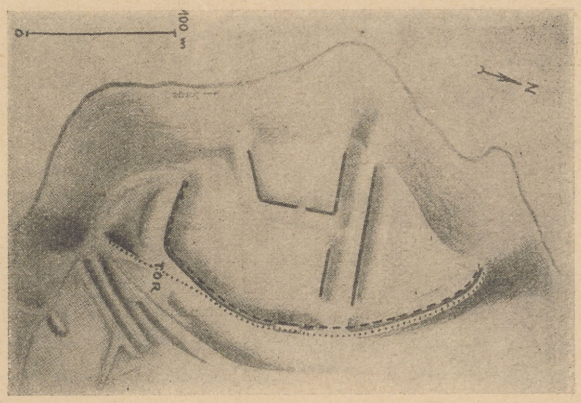


Abb. 1. Ordensburg Alt-Christburg (etwa 1:5200)

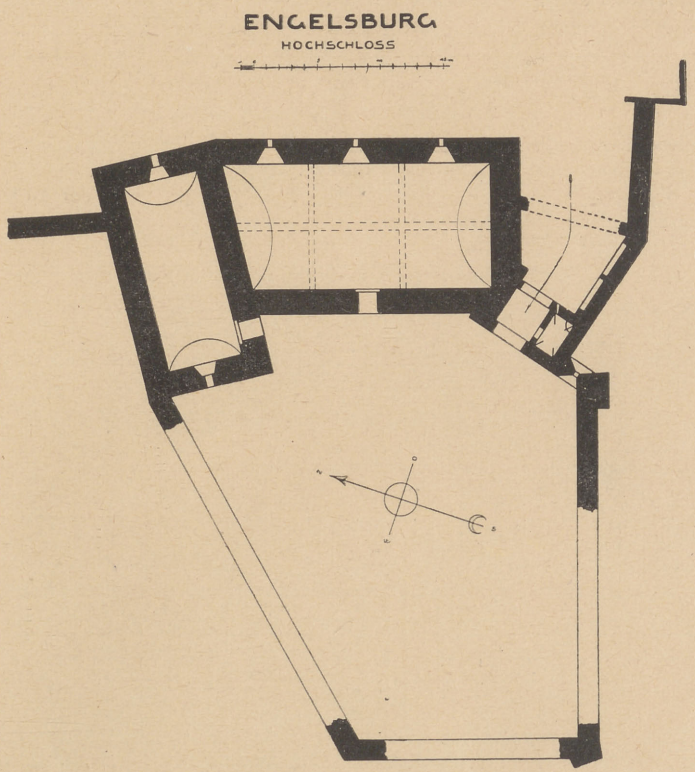


Abb. 2. Komturei Engelsburg (1:600)

Abb. 1 ist nach einer Zeichnung von W. von Seefeld der Monatsschrift „Germanen-Erbe" 2. Jahrg. 1937 S. 278 entnommen.
Abb. 2, 9, 12, 25 u. 26 sind vom Verfasser aufgenommen.
Abb. 5 ist nach Aufnahme des Ingenieurleutnants von Krohne gezeichnet.
Abb. 19 ist nach Aufnahme von Ad. Boetticher, Abb. 20 nach Aufnahme von Steinbrecht gezeichnet.
Alle anderen Abbildungen sind von Steinbrecht nach eigenen Aufnahmen gezeichnet.

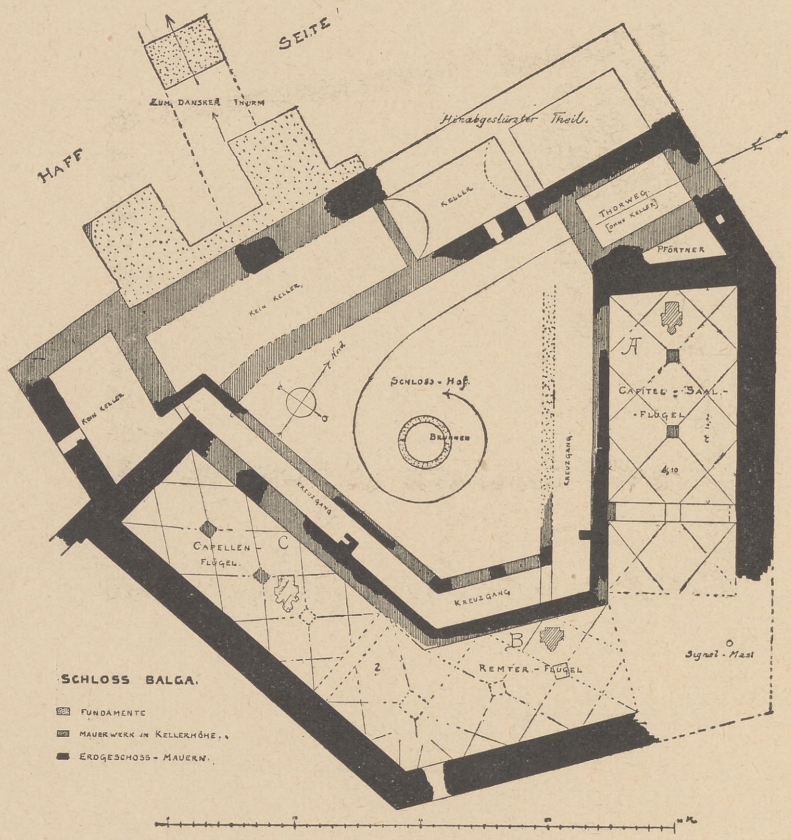


Abb. 3. Komturei Balga (1:600)

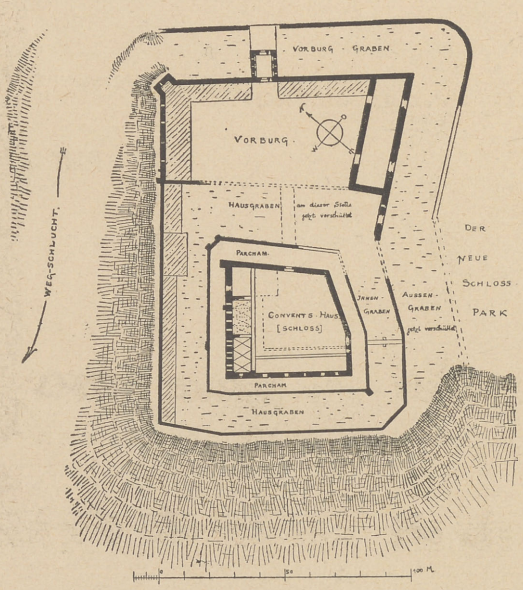
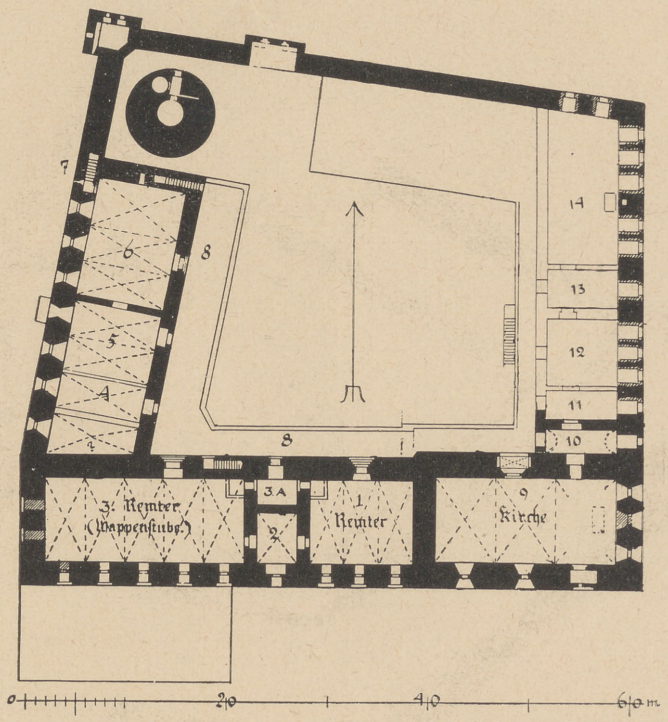


Abb. 4. Komturei Birgelau (1:3000)



Nach Aufn. von Krohne 1796

Abb. 5. Komturei Graudenz (1:670)

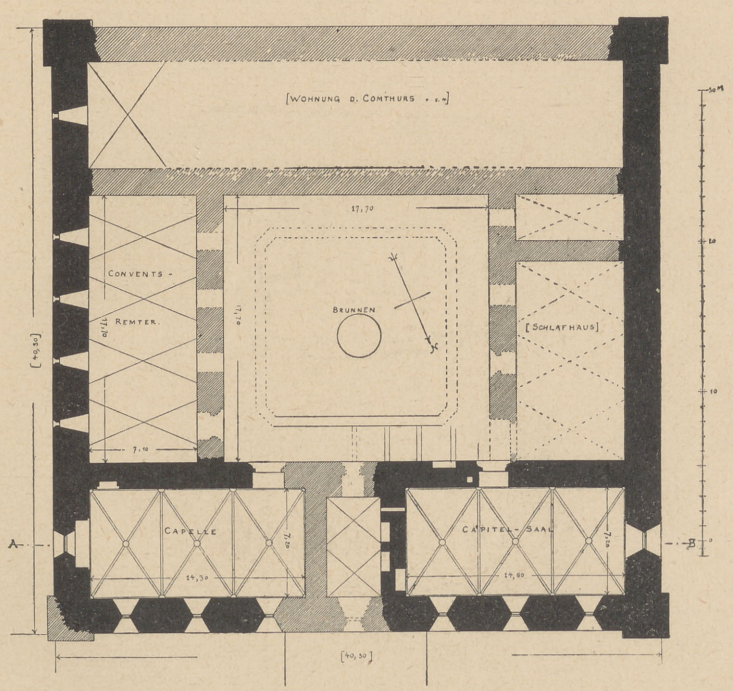


Abb. 6. Komturei Papau (1:500)

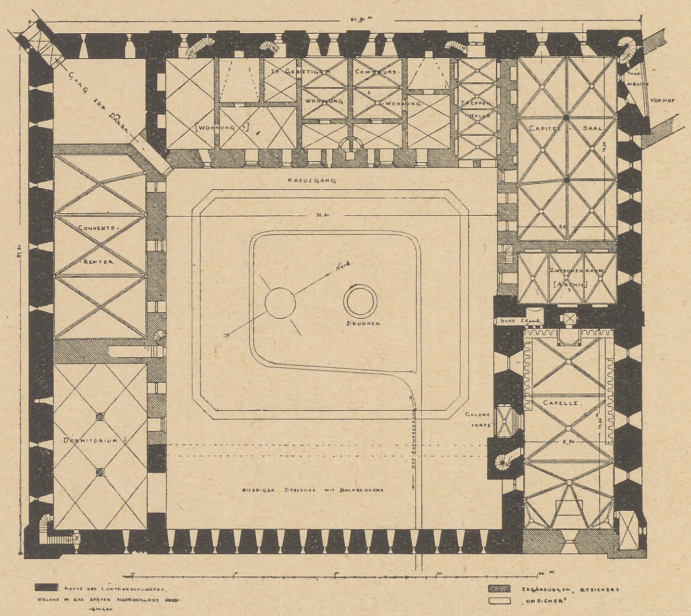


Abb. 7.
Komturei Marienburg
(1:700)

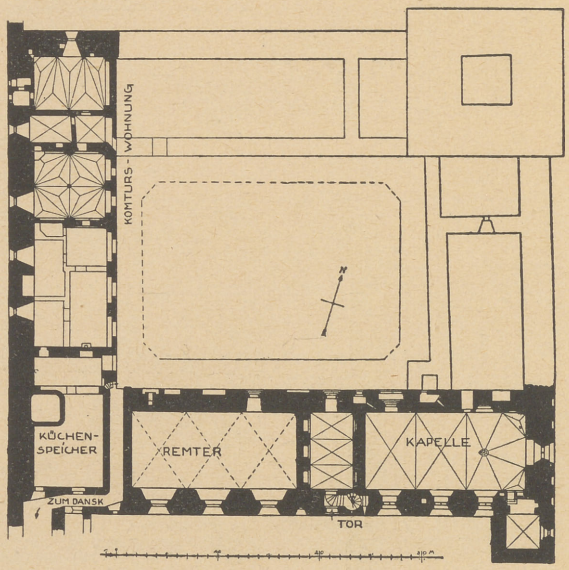


Abb. 8.
Pflegeramt Lochstedt
(1:700)

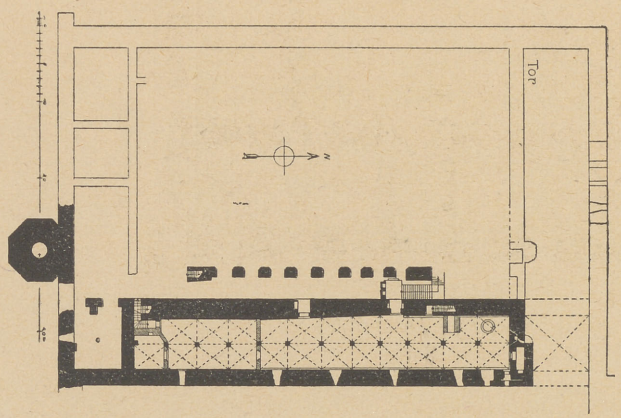


Abb. 9.
Pflegeramt Preußisch Mark
(etwa 1:1000)

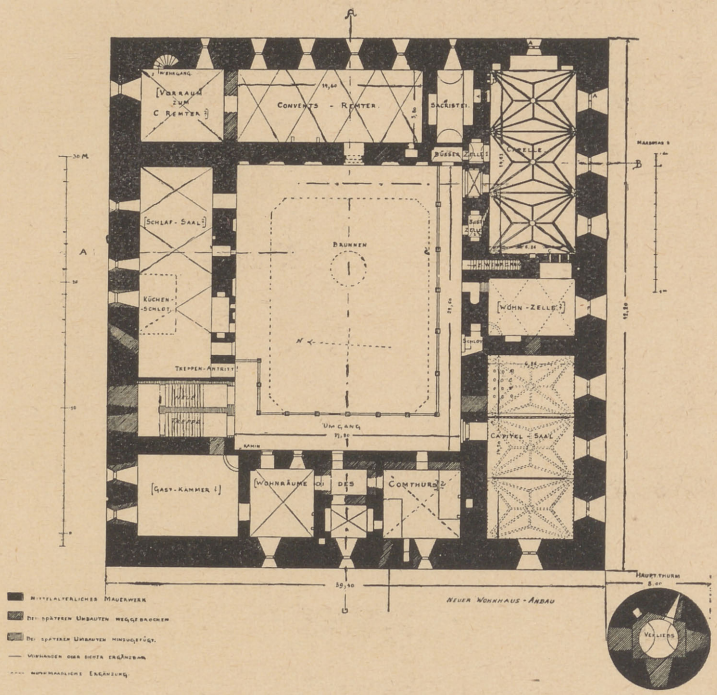


Abb. 10. Komturei Golub (1:600)

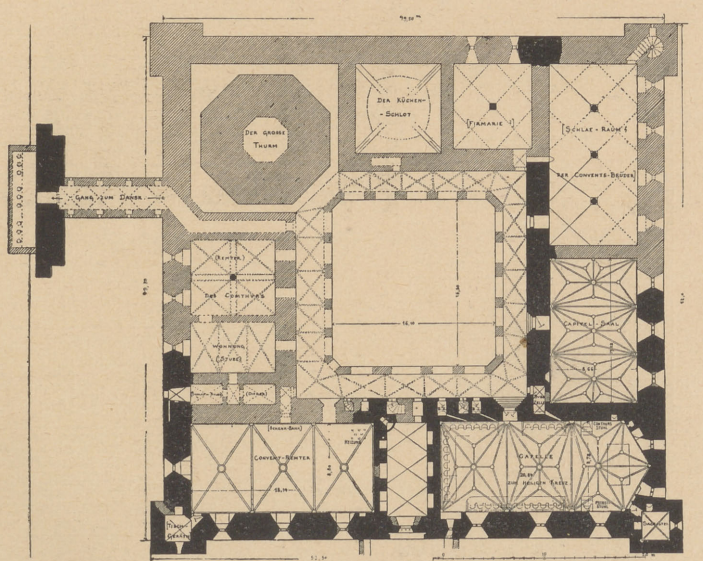


Abb. 11. Komturei Rehden (1:600)

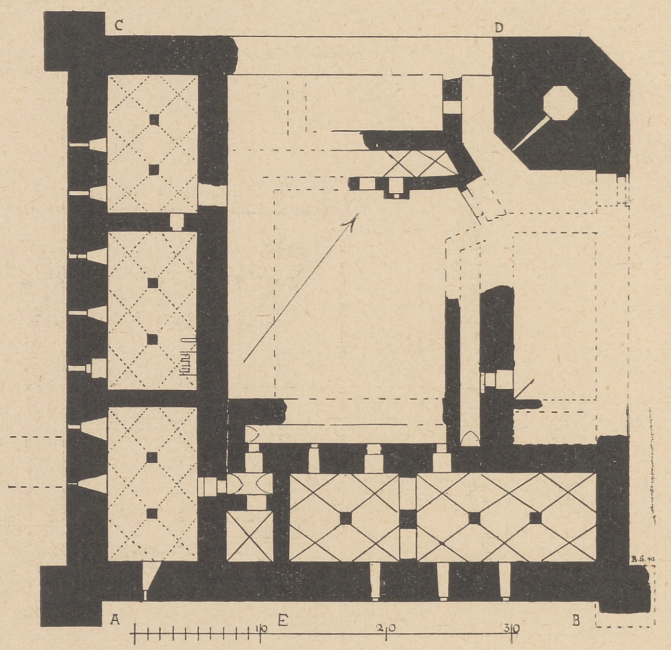


Abb. 12. Komturei Strasburg (1:600)

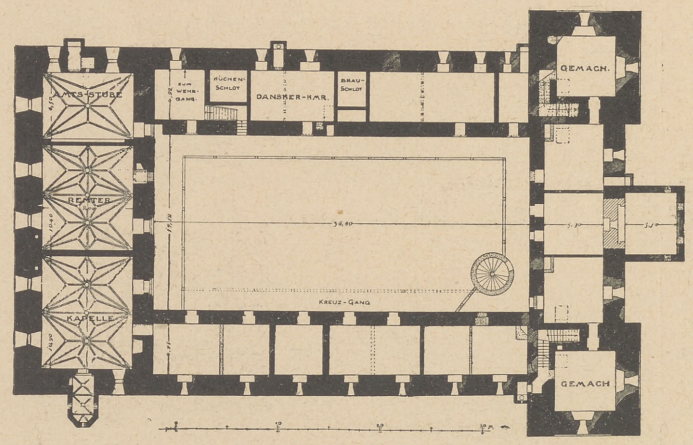


Abb. 13. Pflegeramt Neidenburg (1:700)

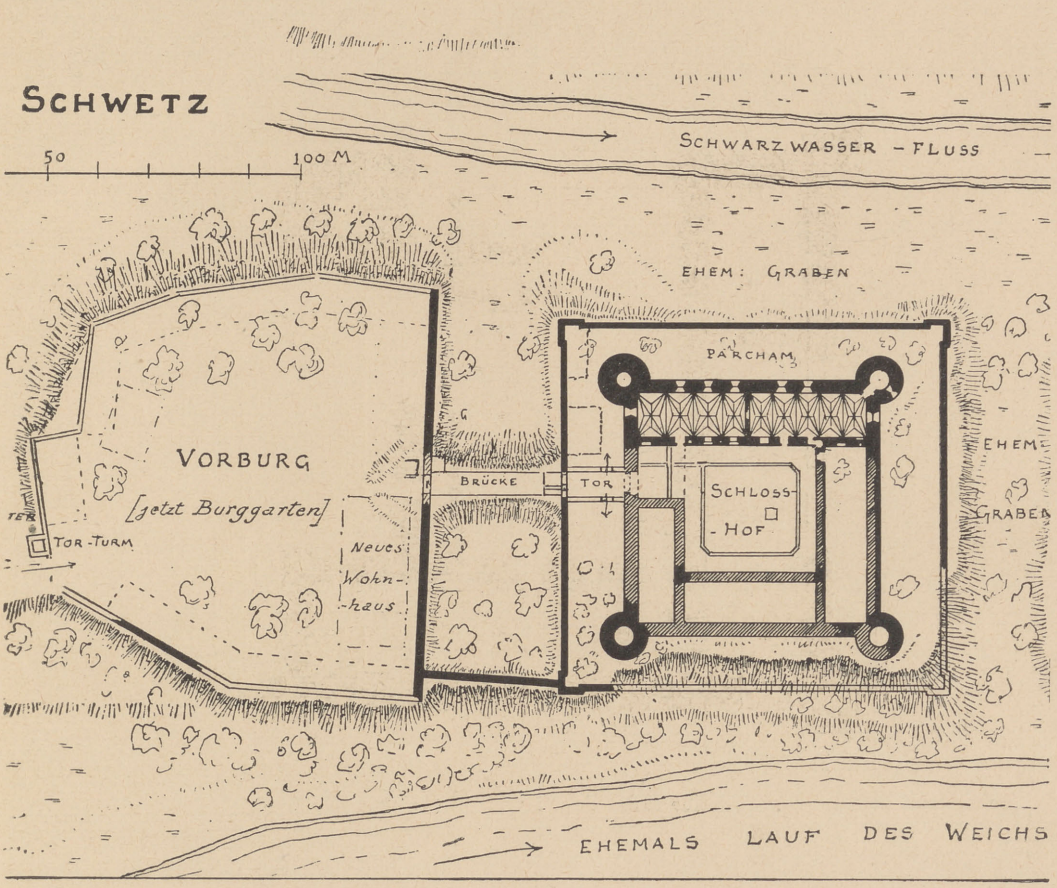


Abb. 14. Komturei Schwetz (1:1500)

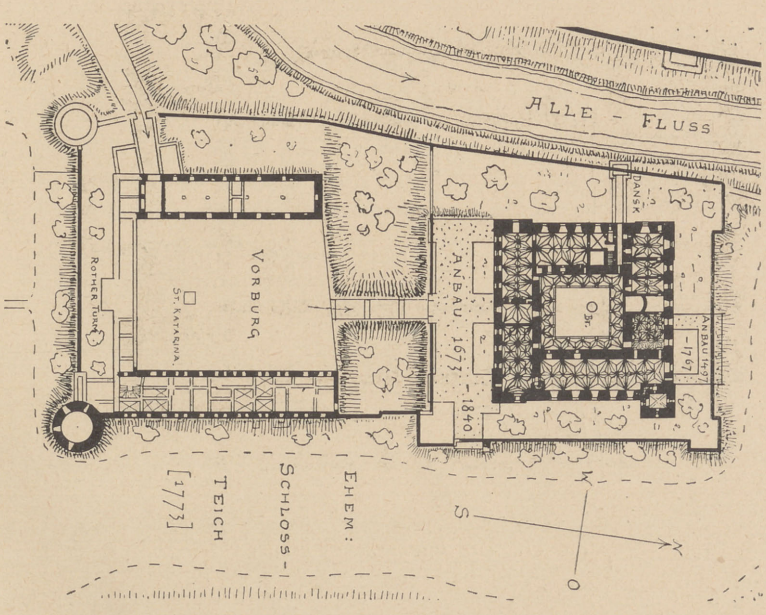


Abb. 15. Bischöfliche Burg Heilsberg (etwa 1:2000)

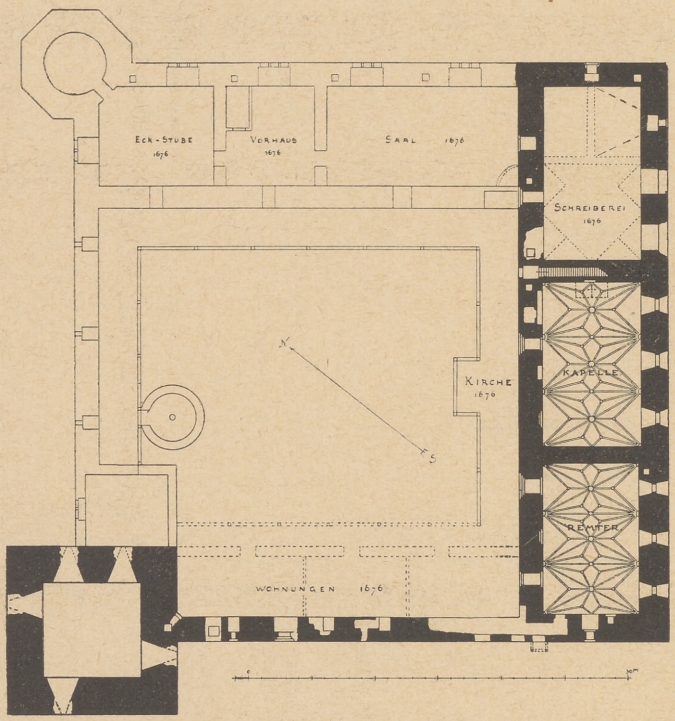


Abb. 16. Vogtei Soldau (1:600)

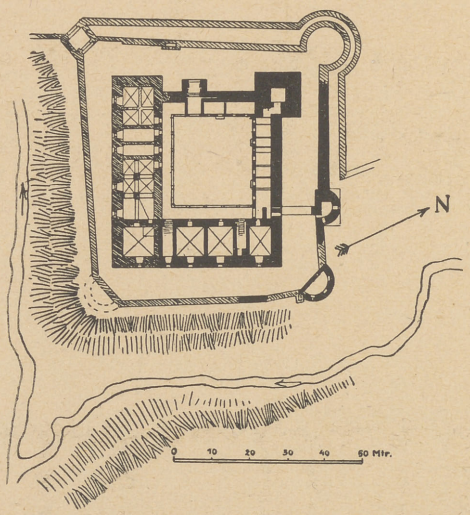


Abb. 17. Bischöfliche Burg Rössel (1:2000)

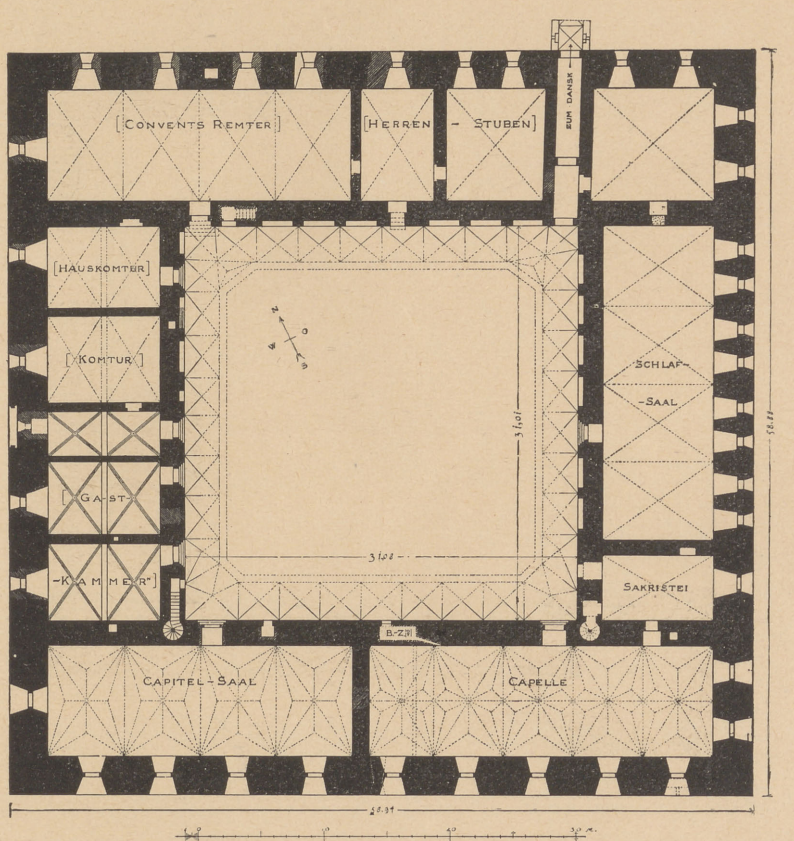


Abb. 18. Komturei Ragnit (1:600)

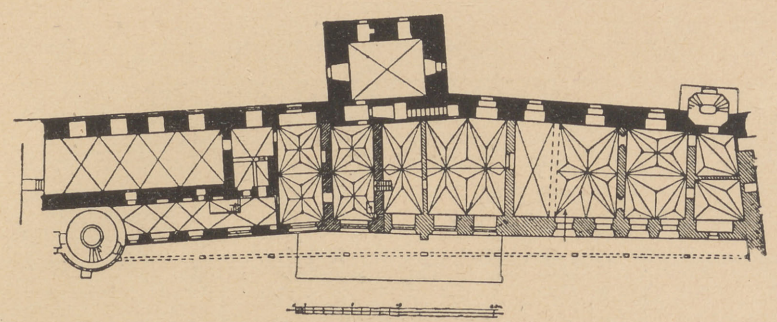


Abb. 19. Komturei Königsberg, Marschalls-Haus (1:800)

Vorburggebäude Balga

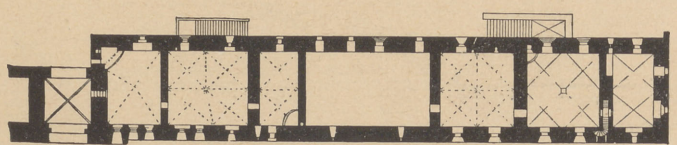


Abb. 20. Komturei Balga, Gebietiger-Gemächer

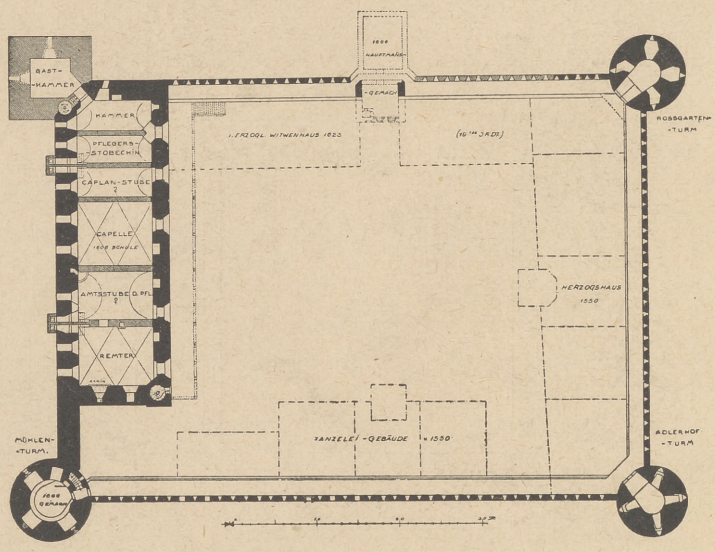


Abb. 21. Pflegeramt Bütow (1:900)

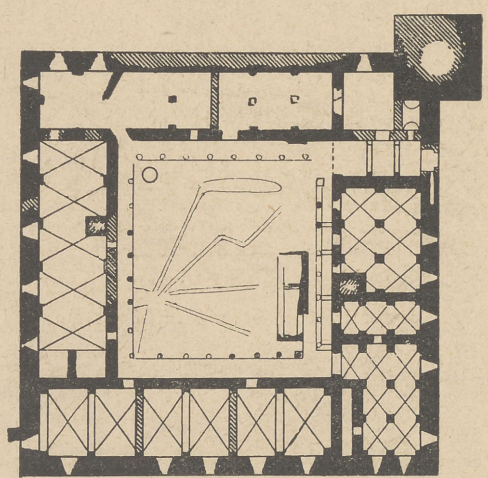


Abb. 22. Komturei Fellin in Livland (1:1000)

SCHLOSS ARENSBURG AUF ÖSEL.

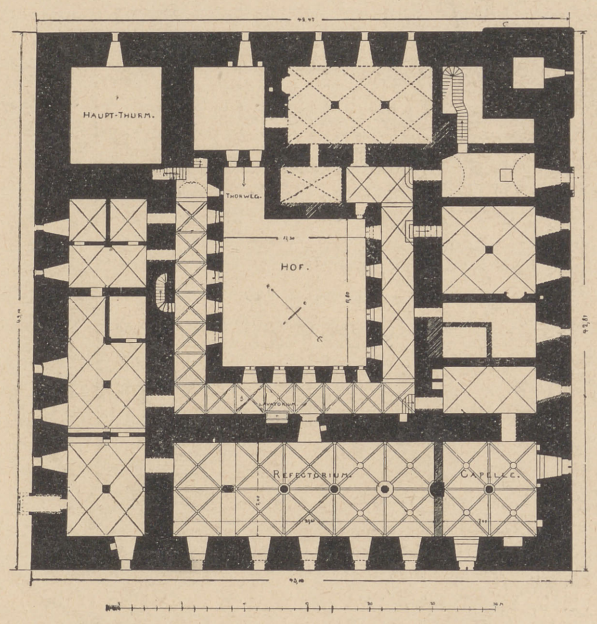


Abb. 23. Bischöfliche Burg Arensburg (1:600)

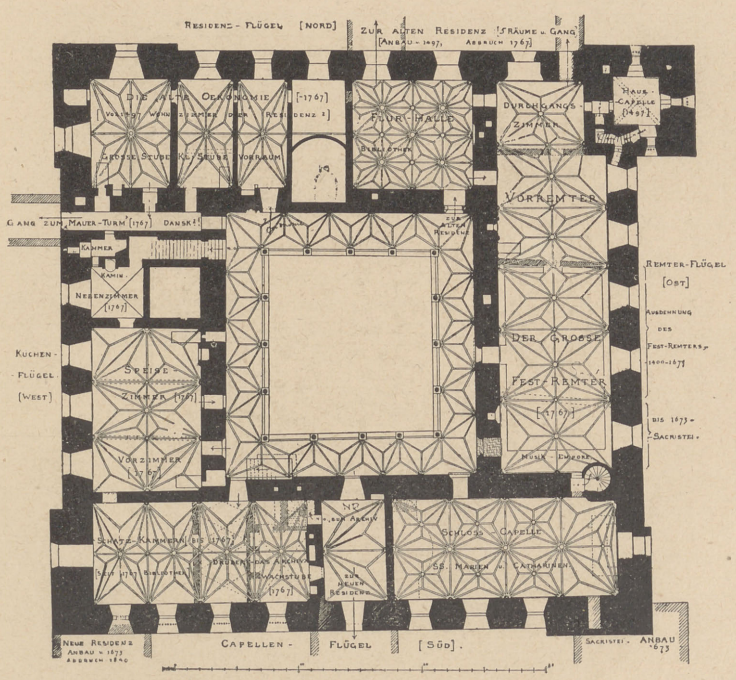


Abb. 24. Bischöfliche Burg Heilsberg im Ermland (1:600)

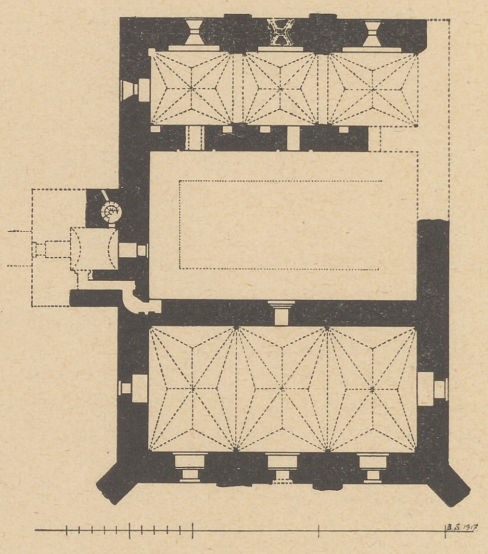


Abb. 25. Herzogliche Burg Traken in Litauen (1:600)

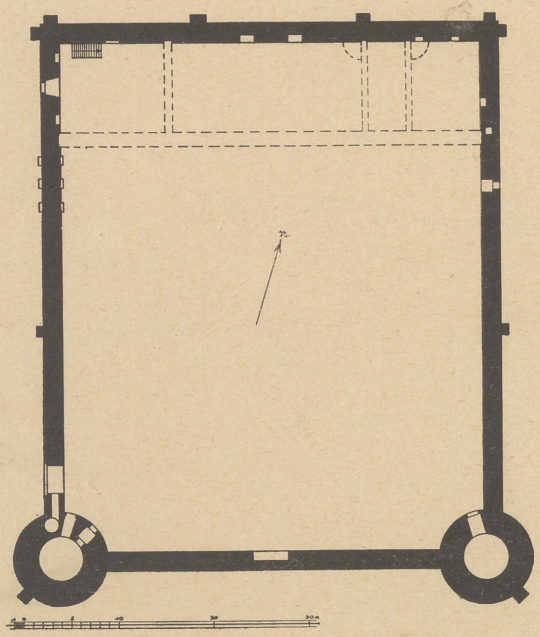


Abb. 26. Herzogliche Burg Zichenau in Masowien (1:800)

Antoni von Obbergen

Von Helmut Carl, Berlin

Mit 4 Abbildungen

Der niederländische Baumeister Antoni von Obbergen hat bisher noch keine zusammenhängende Würdigung erfahren, obwohl er in die erste Reihe der Künstler des späten 16. Jahrhunderts gehört und seine Werke hervorragende Zeugen für die einstige enge kulturelle Verbundenheit des europäischen Nordens sind. Darunter sollen das Gebiet der Niederlande, Nord- und Nordostdeutschland sowie Dänemark und schließlich Schweden verstanden werden, wo über die Stammesverwandtschaft hinaus die alten hansischen Beziehungen wirksam waren und in der Kunst ihre Bestätigung fanden. Im frühen 15. Jahrhundert hatten die Einflüsse der niederländischen Baukunst bis weit in das Ordensland Preußen gewirkt. Um 1500 sind die Antwerpener Schnitzaltäre im ganzen Ostseegebiet verbreitet, während die große Plastik bis nach Schweden hinein lübischen Ursprungs ist. Hundert Jahre später ist die gesamte Kunst, Bauten, Malerei und Plastik sowie die Technik dieses Gebietes nicht ohne den breiten Strom der Niederländer zu denken, die vorwiegend infolge der Inquisitionskriege ihre Heimat verlassen hatten. Ihre Tätigkeit umfaßte den gesamten baltischen Raum, wie Werke des einen Bildhauers und Baumeisters Wilhelm von dem Blocke aus Mecheln in Dänemark, Schweden, Danzig, Königsberg und Oliva beweisen. An Künstlern lassen sich um 1600 allein in Danzig, das allerdings ein Hauptsammelplatz der Niederländer war, mehr als zehn niederländische Meister durchschnittlichen Könnens nachweisen. Abgesehen von Vredemann de Vries, dem Maler und Verfasser zahlreicher Dekorationsvorlagebücher, steht Antoni von Obbergen an Rang und Umfang seines Schaffens über all seinen Landsleuten im Osten.

Gemäß seinen eigenen Angaben wurde er 1543 zu Mecheln in Flandern geboren [1]. Mecheln besaß als Heimat der weitberühmten alten Baumeisterfamilie Keldermanns eine bedeutende Bautradition und eine Reihe hervorragender Bauten. Im Alter von fünfzehn Jahren kam der junge Antoni (flämisch Antonis van Obberghen) zum heimischen Maurermeister Peter Janssens in die Lehre [2]. Fast ein Jahr früher als vorgeschrieben, legte er 1562 seine Gesellenprüfung mit gutem Erfolg ab [3]. Neben seinen handwerklichen Kenntnissen muß er eine gute Schulbildung erhalten haben. Er konnte Latein und war mit der Bildung seiner Zeit genau so vertraut wie seine Auftraggeber.

Als Geselle ging Obbergen auf die Wanderschaft, von der unmittelbar keine Nachrichten vorliegen. Beim Bau der Zitadelle von Antwerpen durch Herzog Alba 1567—1571 hat er sich „gebrauchen lassen" [4]. Er war also an untergeordneter Stelle tätig. In den folgenden Jahren bis 1577 muß er einen großen Teil Deutschlands bereist haben. Ulm, Dresden, Breslau, Küstrin kannte er aus eigener Anschauung [5]. Vermutlich hat er in dieser Zeit schon selbständig größere Bauten ausgeführt und ein begründetes Ansehen erworben, da sein erster bekannter Auftrag von großem Umfang war. Im Sommer 1577 nahm Frederik II. von Dänemark den vierunddreißigjährigen Baumeister als Leiter des großen Um- und Neubaues von Kronborg am Sund in seine Dienste. Als Architekt und Bauunternehmer zugleich brachte er mit einigen hundert, zu Zeiten bis tausend Arbeitern, in acht Jahren die Arbeiten zur vollsten Zufriedenheit des Königs zum Abschluß [6].

---

[1] Reichsarchiv Danzig, 300, 43, 21, Fol. 107, Schöppenbuch.
[2] Stadtarchiv Mecheln, Gewerksbuch d. Maurer, S. 11, Nr. 3, Fol. 16.
[3] Ebenda, Fol. 19 v°.
[4] Reichsarchiv Danzig, 300, 10, 11 Ordnungsrezesse, 6. Juni 1592.
[5] G. Cuny, Antonius von Obbergen, in: Zeitschr. f. Bauwesen 56, 1906.
[6] F. Becket, Renaissance og Kunstens Historie i Danmark, Kopenhaven 1897.

Das eigentliche Schloß ist ungefähr ein Quadrat von etwa achtzig Metern Seitenlänge innerhalb eines vierstrahligen Bastionssterns (fort quarré), der von einer weiteren bastionierten Umwallung umgeben ist. Schloß und Festung sind fast völlig die Leistung Obbergens, der auf dem Platz des mittelalterlichen Krogen nahe Helsingör bei seiner Anstellung nur verschiedene Gebäudeteile im Ziegelrohbau ohne Dach vorfand. Der damalige Plan, der sich noch heute aus verschiedenen Inhomogenitäten des Baus ablesen läßt, sah ein dreiflügliges Schloß vor. Der Hof sollte nach dem Wasser nur mit einer einstöckigen Galerie abgeschlossen werden. Diese Art des französischen „Château", wie sie in du Cerceaus damaligen Veröffentlichungen beschrieben ist[7], entsprach dem Zweck von Kronborg nicht in jeder Hinsicht, da die Anlage in erster Linie als Festung den Sund beherrschen und nur daneben Residenz sein sollte. Während Obbergens Tätigkeit kam es zu der entscheidenden Planänderung, die Galerie im Osten als vierten Flügel auszubauen und damit dem Schloß den burgartigen Charakter seiner Vorläufer zu geben[8]. Die Sandsteinbekleidung der Außenmauern sowie die reiche bildhauerische Ausstattung entstanden im Stile der Zeit, wie er von Cornelis Floris und seiner Schule in Antwerpen geprägt worden war. Obbergen reiste im Winter nach seiner Anstellung selbst in die Niederlande, um dort die nötigen Fachkräfte für die Arbeit zu gewinnen.

Drei achteckige und ein vierkantiger Turm betonen die Ecken des Schloßvierecks, dessen Außenmauern bis zum Dachansatz fensterarm und kahl sind. Erst hoch über dem Boden beginnt die Zone des Ornaments mit einem breiten Rollwerkfries, auf welchem die Giebel aufsitzen. Nur der Kirchengiebel an der Seeseite ist in seiner ganzen Fläche vom Boden an durch Simse und Pilaster gegliedert und mit Statuen geschmückt. Bestimmend für den äußeren Eindruck des Schlosses sind die Waagerechten des Simses zwischen den Stockwerken und des Ornamentfrieses, denen keine gleichwertige Senkrechte beigegeben ist. Selbst die Ecktürme sind durch die scharfe Stockwerksgliederung in das System der Waagerechten mit einbezogen worden. Aus der Ferne wirken vorwiegend die Breite und Schwere des Bauwerks, gegen dessen Wucht die Leichtigkeit der Turmspitzen nicht aufkommt. Den reichsten und elegantesten Helm trägt der Glockenturm an der Südfront des Hofes neben dem Kirchenportal, das durch seine bildhauerische Gestaltung besonders hervorgehoben ist. Gegenüber im Nordflügel liegt das große Haupttor. Auf der Hofseite weist es mit seinen korinthischen Säulen und dem Fruchtornament auf den Zweck des Schlosses, Residenz zu sein, während die Wallseite kriegerische Embleme zeigt. Den Hauptschmuck des Hofes bildete der große Bronzebrunnen des Georg Labenwolf aus Nürnberg, den die Schweden 1659 weggeschleppt haben. Zahlreichere kleinere Steinplastiken schmücken die Dreiecksgiebel über den Fenstern, die Fenster- und Türrahmen. Meist sind es Männerköpfe, unter denen ein Alter mit wehendem Bart charakteristisch ist. Von der Innenausstattung sind nur einige Kamine erhalten. Einen Begriff von der Ausmalung einzelner Räume mit allegorischen Gemälden, den „zwölf labores Herculis, den vornehmsten Historien ex veteri testamento", geben zeitgenössische Reisebeschreibungen[9]. Auch der Entwurf dieser Ausstattung, die Zusammenstellung der Bilder, stammt wahrscheinlich von Obbergen, der später in Thorn ähnliche Aufgaben gelöst hat[10].

Der König war trotz gelegentlicher Mißverständnisse mit seinem Baumeister zufrieden und ließ noch einige kleinere Bauten von ihm ausführen. 1585 baute er einen Leuchtturm in Schonen um und beriet Frederik II. beim Umbau von Schloß Nyköping auf Falster, den ein Baumeister aus Utrecht später ausgeführt hat[11]. Schon vorher war 1580 im Tiergarten von Frederiksborg, dreißig Kilometer von Kronborg entfernt, ein kleines Lusthaus, genannt das Badestubenhaus, errichtet worden. Dieser kleine Bau aus Ziegeln mit Sandstein entstand unter der Leitung von Hans Floris, der in Kronborg unter Obbergen arbeitete, so daß der Entwurf sehr wahrscheinlich diesem als des Königs erstem Baumeister zuzuschreiben

---

[7] J. A. du Cerceau, Les plus excellents bâtiments de la France, 1577.

[8] F. Weilbach, Det gamle Krogen Slot. In: Aarbøger for Nordisk Oldkyndighed, 3. Raekke, 16. Kopenhagen 1926.

[9] Abgedruckt bei F. R. Friis, Samlinger til dansk Kunsthistorie. Kopenhagen 1901.

[10] G. Cuny, Danzigs Kunst u. Kultur im 17. Jahrhundert. Frankfurt a. M. 1910.

[11] F. Becket, a. a. O.

ist[12]. Für die dänische Baukunst ist das Schlößchen folgenreicher gewesen als die große Leistung in Kronborg. An einen Längsflügel von etwa vierundzwanzig Meter Länge stoßen drei kurze Querflügel und bilden so rückwärtig zwei tiefe Nischen. Mitten vor der Front, etwas nach links, steht der achteckige Treppenturm. Während die Vorderfront mit ihren vielen großen Fenstern etwas schematisch gestaltet ist, wirkt die räumliche Durchbildung der Rückseite mit den Nischen besonders reizvoll. In den Jahren nach Obbergens Tätigkeit war die niederländische Ziegelhausteinbauweise in Dänemark durchaus herrschend. Ein Badehaus im vergrößerten Maßstab ist die 1608—1617 erbaute Rosenborg am Rande der Kopenhagener Altstadt, die König Christian IV. nach eigenen Angaben errichten ließ. Aus Ziegeln mit Sandstein ist auch Frederiksborg, das große Schloß Christians IV., gebaut, das die ursprünglichen Kronborger Pläne, vielleicht mit Obbergens brieflicher Beratung verwirklichte. Schloß Lystrup 1579—1585 und später die Börse und die Holmenskirche in Kopenhagen gehören noch in diese Reihe.

1586 verließ Obbergen zu Anfang des Jahres den Dienst des dänischen Königs, der ihn mit einer „Verehrung" von hundert Talern als Anerkennung seiner Dienste verabschiedete[13]. Der Baumeister hatte während der Arbeiten in Kronborg Sara de Meyer, die Tochter eines Schiffseigentümers geheiratet. Die Hochzeit fand in Helsingör in Gegenwart von Verwandten und Bekannten aus Mecheln statt[14]. Obbergen wandte sich von Dänemark aus nach Danzig, wo er sicher war, lohnende Arbeit zu finden, wo die Verwandten seiner Frau lebten, und wo eine ausgedehnte Mechelner Kolonie bestand[15]. Die Stadt Danzig hatte im Jahre 1577 nach schweren Kämpfen mit den Polen unter König Stephan Bathory ihre Selbständigkeit behauptet. In der folgenden Zeit stand sie vor dringenden Bauaufgaben. Trotz des günstigen Kriegsausganges mußte die in Bau befindliche bastionäre Erdbefestigung vollendet werden. Das schwerbeschädigte Sperrfort Weichselmünde war auszubessern und neuzeitlich zu erweitern. Schließlich waren alle sonstigen Schäden, wie etwa an der Bedachung des Stockturmes, zu beseitigen. Die privaten Bauvorhaben waren nicht weniger zahlreich.

Obbergen wohnte anfänglich als Privatmann in Danzig. Wie seine zahlreichen Geldgeschäfte zeigen, lebte er vermutlich seit 1577 in sehr guten finanziellen Verhältnissen[16]. 1587 legte er dem Danziger Rat ein Gutachten und ein Modell für den Ausbau von Weichselmünde vor, auf welches das heutige Fort quarré mit den Futtermauern der Wälle zurückzuführen ist[17]. Die Anklänge an Kronborg sind in Maßen und Ausführung deutlich. Die Aufgabe war in beiden Fällen fast die gleiche. Im selben Jahre, 1587, fanden Besprechungen über den Neubau des Altstädtischen Rathauses in Danzig statt[18], über dessen Baumeister urkundlich nichts festzustellen ist. Der Entwurf darf Obbergen mit hinreichender Sicherheit zugeschrieben werden, da den damaligen Danziger Stadtbaumeistern Hans von Lindau und Friedrich Fromm eine Leistung dieses Ranges nicht zuzutrauen ist und Meister Antonis Urheberschaft auch stilistisch wahrscheinlich ist. Das Rathaus ist ein Rechteck von etwa 22 × 24 Metern, dessen längere Seite an der Straße liegt. Die Höhe der zwei Geschosse bis zum Mauerabschluß beträgt die Hälfte der längeren Rechteckseite. Abgedeckt ist das Gebäude mit zwei zur Straße parallelen Walmdächern. Das vorderste Dach trägt einen Dachreiter, der bis zur Wetterfahne 36 Meter hoch ist, anderthalbmal so hoch wie die Front lang. Seine Formen sind eine elegante und sehr geschickte Weiterentwicklung des Kronborger Glockenturms und des Turmes des Danziger Rechtstädtischen Rathauses, der 1560 entstand. Die Vorderfront zeigt im Erdgeschoß das Portal und vier Fenster und im Geschoß darüber fünf Fenster, deren Achsen gegen die Fensterachsen des Erdgeschosses verschoben sind. Zwischen den beiden Stockwerken ist rund um das Gebäude ein stark profilierter Sims angebracht. Den obersten Mauerabschluß bildet ein niedriges Geschoß runder Blendbögen wie eine Erinnerung an einen mittelalterlichen

[12] F. Becket, Frederiksborg II, Slottets Historie. Kopenhagen 1915.

[13] Danske Samlinger for Historie, Topographie, Personal og Literaturhistorie. Kopenhagen 1869/70.

[14] Reichsarchiv Danzig, 300, 43, 21, Fol. 108. [15] Ebenda, Fol. 107/110.

[16] Reichsarchiv Danzig, 300, 43, 21, Fol. 106; 300, 46, 32.

[17] K. Hoburg, Geschichte der Festungswerke Danzigs, Danzig 1852.

[18] Reichsarchiv Danzig, 300, 41, 2.

Zinnenkranz. Darüber sind vor das Dach ein schlichter einstöckiger Giebel und flankierend auf jede Ecke ein steinernes Türmchen gesetzt worden. Die Höhe der einzelnen Geschosse des Dachreiters ist aus den verschiedenen Achtecken entwickelt worden, die sich dem Quadrat aus der Fassadenbreite ein- und umschreiben lassen. Dies Prinzip ist vor Obbergens Zeit bei der Gestaltung verschiedener Danziger Kirchen und des Danziger Rechtstädtischen Rathauses angewandt worden [19]. Obbergen hat also bewußt an die mittelalterlichen Bautraditionen Danzigs angeknüpft. Die Hauptwirkung des Altstädtischen Rathauses liegt in der Geschlossenheit seines Baukörpers, den die Zwerggalerie wie ein festes Band zusammenhält. Er steht da wie ein mächtiger Sockel für die Dachzone mit Giebel, Türmchen und dem beherrschenden Dachreiter. Kein anderes Bauwerk Obbergens besitzt die allseitig gleichmäßige, man möchte sagen kristallartige Durchbildung des Altstädtischen Rathauses. Nicht die malerische Flächenwirkung seiner Fassaden, sondern die körperliche Gestalt des Gebäudeklotzes ist sein entscheidendes und eindrucksvollstes Merkmal.

Die Danziger Arbeiten füllten den Meister nicht aus. Er unternahm dazwischen im Sommer 1590 eine Reise nach Helsingör, wo er auf Kronborg wohnte. Während dieses Aufenthalts fiel ein nicht ganz geklärtes Ereignis vor, das ein etwas merkwürdiges Licht auf seinen Charakter wirft. Er ließ seinen Schuldner Adrian Conelisson Paw von den Stadtdienern auf der Straße festnehmen und in seine Wohnung bringen und „bedräuete ihn mit harten Worten, daß er ihm seines Gefallens einen neuen Schuldschein hat geben müssen" [20]. Die Rechtslage läßt sich heute nicht mehr bestimmen. Jedenfalls war Obbergen in Geldsachen wenig großzügig. Herbst und Winter 1590 sahen ihn in Thorn, wo er ein Gutachten über die Neubefestigung der Stadt abfaßte. Der Bürgermeister Stroband nannte ihn bei dieser Gelegenheit einen „fürnehmen Baumeister" und setzte ihn durch diese Bezeichnung absichtlich im Gegensatz zum damaligen Danziger Stadtbaumeister Friedrich Fromm [21]. Im Dienst des Markgrafen von Küstrin, wie bisher angenommen wurde [22], kann er um diese Zeit nicht gestanden haben, da für den Winter 1590/91 seine Anwesenheit in Danzig durch seine Artushofbesuche mehrfach bezeugt ist [23]. 1591 wurde er Mitglied der Christopherbank und war damit in die tonangebenden Kreise der Stadt aufgenommen. Möglich ist, daß er im folgenden Sommer und Winter bis zum Anfang 1592 in Küstrin geweilt hat ohne jedoch eine größere Arbeit auszuführen, weil sonst bei den Danziger Anstellungsverhandlungen im Juni 1592, bei denen seine Arbeiten in Antwerpen und Kronborg erwähnt wurden, die Sprache auch auf Küstrin gekommen wäre. Im Sommer 1592 stellte der Danziger Rat nach langwierigen Verhandlungen Obbergen als Baumeister für das „Wallgebäude" an, was seine Tätigkeit bei Hochbauten nicht ausschloß [24]. In dieser Stellung verblieb er fast zwanzig Jahre bis zu seinem Tode. Seine erste und dringlichste Aufgabe war der Ausbau der Danziger Stadtbefestigung nach dem Bastionssystem vom Hohen Tor bis zum Einfluß der Mottlau in die Stadt. Anvertraut wurde ihm diese Aufgabe erst nach einem Wettbewerb mit dem etwas später angestellten Vredemann de Vries. Seine vom Rat gebilligte Planzeichnung ist noch erhalten [25]. Die Wallbauten liefen mit Unterbrechungen von 1593 bis gegen 1600. Dazwischen traten zahlreiche andere Aufgaben an den Meister heran.

Durch den Neubau des Hohen Tores von Wilhelm von dem Block, 1588, im Zuge des neuen Walles war die mittelalterliche Toranlage mit dem Stockturm wehrtechnisch überflüssig geworden und wurde für Justizzwecke eingerichtet. Der Stockturm hatte bereits längere Zeit als Stadtgefängnis gedient. 1593, während Obbergen einziger Stadtbaumeister war, Vredemann de Vries hatte der Rat wieder entlassen, wurde auf das alte Vortor ein rechteckiges Stockwerk als Folterkammer (Peinstube, Peinkammer) aufgesetzt und zwischen dem neuen

---

[19] O. Kloeppel, Das Stadtbild von Danzig in den drei Jahrhunderten seiner großen Geschichte, Danzig 1937

[20] Reichsarchiv Danzig 300, 46, 32. [21] Wie Anm. 5.

[22] Wie Anm. 10 und Thieme-Becker, Künstlerlexikon.

[23] P. Simson, Der Artushof. Danzig 1900.

[24] Reichsarchiv Danzig. 300, 10, 11, Ordnungsrezesse vom 5. Juni und 11. Juni 1592.

[25] Aufbewahrt in der Deutschen Heeresbücherei, Berlin, abgedruckt bei Kloeppel a. a. O.

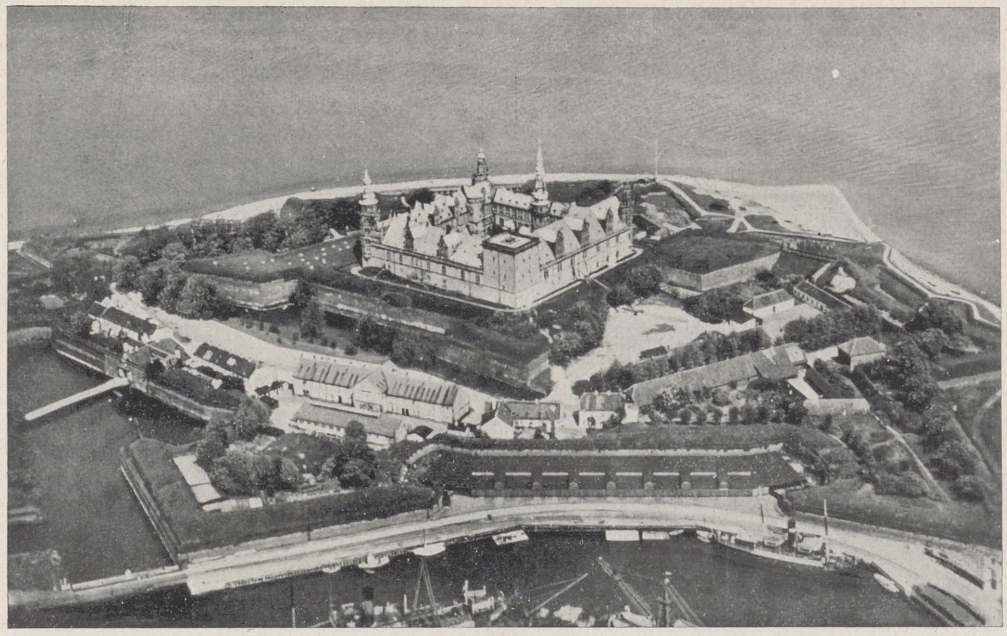


Abb. 1. Schloß und Festung Kronborg. Erbaut 1574—1585, seit 1577 unter Obbergens Leitung

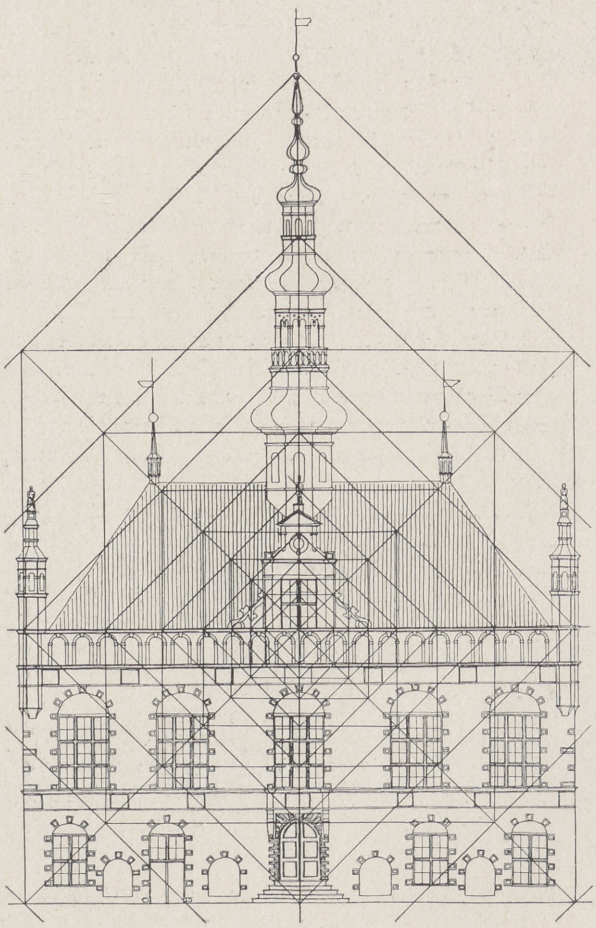


Abb. 2. Die Hauptfront des Altstädtischen Rathauses in Danzig 1587—1595 und die geometrische Ableitung ihrer Proportionen nach Kloeppel: Das Stadtbild von Danzig, 1937

Abb. 3. Danzig, das große Zeughaus, geplant seit 1594, erbaut 1600—1605

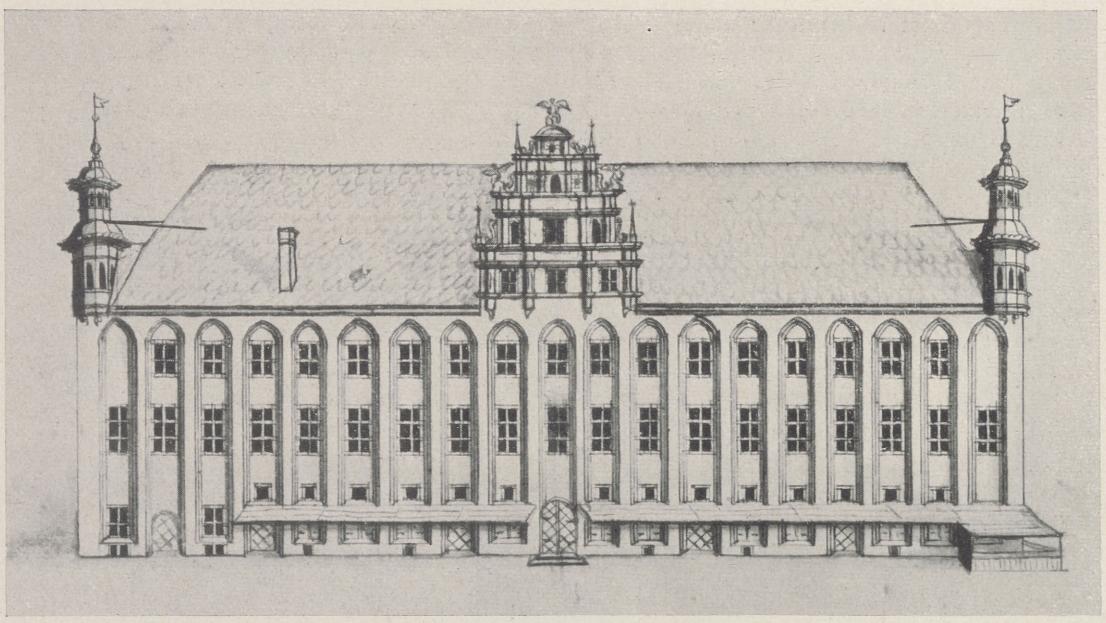


Abb. 4. Thorn, Rathaus. Der Umbau von 1603. Ansicht von Westen nach einer Zeichnung von 1700 in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege 1940/41, Heft 3

Raum und dem Stockturm eine Querverbindung geschaffen. In der üblichen niederländischen Ziegelhausteinbauweise wurde die Peinkammer über einem stark vorspringenden Sims auf dem alten Tor errichtet. Das neue Obergeschoß zeigt innerhalb glatter, schmuckloser Mauern sandsteingerahmte Fenster. Darüber bilden vier Giebel mit je einem vierteiligen Fenster das reichgegliederte Dachgeschoß. Die Giebel sind wiederum auf einem waagerechten Fries aus Sandsteinbändern und -quadern aufgebaut und in halber Höhe nochmals waagerecht geteilt. Flankiert werden die Fenster von rundbogigen verputzten Blendnischen. Auf dem Abschlußdreieck der Giebel steht die lebensgroße Figur eines Landsknechts. Seitlich sind die Giebel von Sandsteinbändern, Schnecken und Obelisken eingefaßt. Die Bauaufgabe erforderte eine geschickte Einpassung der Peinkammer zwischen das Walltor und den Stockturm. Sie liegt als Stufe in der aufsteigenden Linie vom Hohen Tor zum Turm und bildet das heitere Gegenbild zum Ernst und der Wucht der beiden Nachbargebäude. Die Peinkammergiebel zeigen mit den schlichtesten Stil unter den Danziger Bauten um 1600 und sprechen daher das heutige Gefühl besonders an. Auf Vergoldung ist ganz verzichtet. Die gesamte Giebelfläche ist durch Nischen, Fenster und Pilaster, also durch architektonische Elemente gegliedert und ausgefüllt, während beispielsweise später am Zeughaus mehr malerische Ornamente benutzt wurden, die zum Bauen in keiner Beziehung stehen.

Im Januar 1594 besuchte Obbergen den Erzbischof von Gnesen, der in Danzig um Beratung durch den Baumeister gebeten hatte [26]. Auf dem Rückweg über Thorn nahm er dort an einer Sitzung der preußischen Stände teil, um als Sachverständiger sein Gutachten über die Regelung der Wasserführung von Weichsel und Nogat abzugeben [27]. Diese Frage hat den Baumeister auch weiterhin beschäftigt und ihn zu mehrfachen Dienstreisen nach Weißenberg, der Trennstelle der beiden Ströme, veranlaßt [28]. Im gleichen Jahre (1594) bat der Rat von Lübeck die Stadt Danzig, Obbergen zur „Continuierung ihrer Festung" zu beurlauben, was die Danziger sehr höflich ablehnten, da der Meister durch den eigenen Festungsbau und andere nötige Arbeit abgehalten werde [29].

Zwei Jahre später, am 17. Oktober 1596, erhielt Meister Antoni das Bürgerrecht „auf einen Kaufmann". Es war das die vornehmste der drei möglichen Stufen, als „Arbeitsmann", Handwerker oder Kaufmann Danziger Bürgerrecht zu erwerben. Die Künstler besaßen meist das Bürgerrecht „auf einen Maler, Steinbauer oder Maurer", so daß Obbergens Bürgerrecht „auf einen Kaufmann" seine Sonderstellung deutlich beleuchtet. Er sollte innerhalb eines Jahres seinen Geburtsbrief beibringen und wurde von der Versteuerung seines Vermögens befreit [30].

In den folgenden Jahren stand der Festungsbau im Vordergrund seiner Arbeiten. Die kriegerischen Verwicklungen zwischen Polen und Schweden, die Sigismund III. als König beider Länder verursachte, veranlaßten Danzig zu mehrfachen vorläufigen Sicherungsmaßnahmen an den „gefährlichen Oertern um die Stadt her" und in Weichselmünde, die von einer Deputation des Rats und den Baumeistern als Sachverständigen beschlossen wurden [31]. Spätestens 1599 ist Obbergens Frau Sara de Meyer verstorben. Im Alter von 57 Jahren heiratete er im Januar 1600 Sara Schwarz, die Tochter eines wohlhabenden Danziger Kaufmanns. Gleichzeitig erhielten seine beiden Kinder Daniel und Esther ihr mütterliches Erbteil von etwa fünftausend Mark heutigen Geldes [32].

In den Jahren vor 1600 entstanden in Danzig zwei Privatbauten, die man Obbergen oder mindestens seinem Einfluß zuschreiben kann. Als eine Art Wolkenkratzer seiner Zeit erhebt sich mit seinen fünf außergewöhnlich hohen Stockwerken das heutige Haus der Naturforschenden Gesellschaft weit über die umliegenden Dächer. Im Gegensatz zu allen Nachbarhäusern liegt es mit der Breitseite an der Langen Brücke, der Uferstraße der Mottlau. Das Treppenhaus fehlt und wird durch einen Treppenturm in der Frauengasse ersetzt, dessen ursprüngliche durchbrochene zierliche Haube den Dachfirst überragte. Bemerkenswert ist der Erker an der

[26] Reichsarchiv Danzig, 300, 27, 43, Fol. 195. [27] Ebenda 300, 29, 55, Fol. 51/52.
[28] Ebenda 300, 12, Kassenbücher d. Jahre 1595/1608. [29] Ebenda 300, 27, 43, Fol. 248.
[30] Ebenda 300, 60, 3, Fol. 6. [31] Ebenda 300, 10, 17, August 1598, April 1599.
[32] Ebenda 300, 43, 22, Schöppenbuch.

Wasserseite, der in Dachhöhe mit einem kleinen Giebel endet. Erker kommen in Danzig sonst nicht vor. Die Giebelfläche zwischen den Fenstern ist etwas schematisch mit Sandsteinbandwerk ausgefüllt. 1599—1602 wurde die Gruppe der Predigerhäuser von St. Katharinen errichtet. Drei völlig gleiche, zwei Fenster breite Ziegelhäuser mit drei Geschossen sind durch leicht angedeutete Gesimse und ein breiten Putzstreifen mit Inschrift unter dem Giebelansatz zu einer dreigiebligen Front verbunden. Sandstein ist sehr sparsam nur an den Giebeln verwendet worden. Bestimmend für die Wirkung der Front ist die einheitliche breite Fläche. Man möchte die Gruppe für eine Vorstudie zum großen Danziger Zeughaus halten, von dessen ausgereifter Fassadendurchbildung sie allerdings weit entfernt ist.

Die Bauarbeiten am großen Zeughause begannen im Frühjahr 1600, nachdem die Absicht eines Neubaus spätestens seit dem Jahre 1594 bestanden hatte[33]. 1600 wurden hauptsächlich Erdarbeiten durchgeführt. Daneben berichten die Baurechnungen über die Tätigkeit von Maurern und Steinbauern unter Leitung von Wilhelm Bart, dem Meister des Kamins im Roten Saale des Rechtstädtischen Rathauses. Später übernahm Abraham von dem Block diese Arbeiten. 1605 ist das Gebäude vermutlich im Rohbau unter Dach gewesen und benutzt worden, wie sich aus der Jahreszahl über der Minerva an der Hauptfront schließen läßt. Die Maurerarbeiten hat der Stadtmaurermeister Hans Strackowski ausgeführt, der die handwerkliche Ausführung sämtlicher städtischer Bauten zu leiten hatte. Urkundlich werden in Verbindung mit dem Zeughaus weder er noch einer der beiden Stadtbaumeister, Antoni von Obbergen und Hans von Jülich, genannt. Als Wallbaumeister war Obbergen für die Leitung sämtlicher Befestigungsbauten und was dazu gehörte verantwortlich. Der Zeughausneubau kann also im Bereich seiner Amtspflichten gelegen haben, obwohl Hans von Jülich für die Hochbauten der Stadt verantwortlich war. Nach allem, was aus Dänemark und Thorn über Obbergen und seine dortigen Hochbauten bekannt ist, muß der Entwurf des großen Zeughauses von ihm stammen, obwohl die Tatsache urkundlich nicht belegt und stilistisch nicht zwingend bewiesen werden kann. Eine Leistung vom hohen Range des Zeughauses ist kein Einzelwerk eines sonst unbedeutenden und unbekannten Meisters. Es gab neben Obbergen um 1600 im Osten keinen Baumeister von europäischer Bedeutung. Den Mann, welcher durch Kronborg berühmt wurde, der später das Thorner Rathaus meisterhaft geschickt umbaute, konnte der Danziger Rat bei seinen repräsentativen Bauten unmöglich übergehen. In den Baurechnungen ist keine Rede von ihm, da er sein laufendes Gehalt aus der Wallkasse bezog und damit abgefunden war. Der Name eines zugewanderten Fremden dagegen würde in den Kassenbüchern erscheinen.

Mit einer Fläche von über zweitausend Quadratmeter und zwei Geschossen über der tiefen Unterkellerung gehört das Zeughaus zu den größten städtischen Anlagen seiner Art in Deutschland. Das aus Ziegeln mit Sandstein aufgeführte rechteckige Gebäude von fast 40×60 Meter äußerer Seitenlänge liegt mit der schmalen Hauptfront in der Achse der Jopengasse und bildet den Abschluß dieser Straße. Das Zeughaus ist also bewußt in den bestehenden mittelalterlichen Stadtplan eingefügt worden. Das Erdgeschoß bildet eine vierschiffige Halle von sechs Jochen, deren Kreuzgewölbe auf fünfzehn Granitpfeilern ruhen. Je zwei Tore öffnen sich nach der Jopengasse und dem Kohlenmarkt, der ehemaligen Wallseite. Den Raum des Obergeschosses gliedern drei bogendurchbrochene Wände über den Pfeilerreihen des Erdgeschosses. Vier parallele, ziegelgedeckte Satteldächer bilden den Abschluß.

Die Grundelemente des Baukörpers sind die vier parallelen Schiffe von gleichen Ausmaßen. Das schmale, langgestreckte Danziger Bürgerhaus ist viermal nebeneinander gestellt worden. Die geometrische Grundlage der Fassadengestalt bilden vier sich überlappende gleichseitige Dreiecke. Die Dreiecksseite mißt drei Viertel der gesamten Gebäudebreite. Horizontal wird die Fassade von zwei kräftigen durchlaufenden Gesimsen aufgeteilt, die ein paralleler Sandsteinstreifen in geringem Abstand darunter betont. Der stark hervorgehobenen waagerechten Dreiteilung steht fast keine Betonung der Senkrechten gegenüber. Jedes Stockwerk besitzt einen klaren horizontalen Abschluß. Eine die ganze Front durchlaufende Senkrechte gibt es, abgesehen von den Außenkanten, nicht. Die Achsen sämtlicher Fenster sind gegeneinander versetzt. An der Hauptfront schaffen freilich die beiden Treppentürme vor den äußeren Giebeln einen gewissen Aus-

[33] Reichsarchiv Danzig, 300, 12, 28, 31, 33, 34, 36, Kassenbücher.

gleich für die Waagerechten der Gesimse. Die Fassade erhält dadurch einen festen Rahmen. Den Mittelpunkt der Hauptfront bezeichnet im Obergeschoß die Nische mit der Gestalt der Minerva, welche die Beziehung zwischen Erdgeschoß und Giebeln herstellt, die auf der gegenüberliegenden Wallseite fehlt. Von den mittleren Giebeln über die Nische zu Portalen bestehen sich überkreuzende Schrägverbindungen. Die Mittelsenkrechte wird vom Brunnenhäuschen vor dem Zeughaus, der Minerva und der Figur des Danziger Stadtsoldaten zwischen den Giebeln angedeutet. Auf diese Weise ist das bloße Neben- und Übereinander der Fassadenelemente überwunden. Die Gliederung der Front wird von Dreiecken und Rauten beherrscht, die alle Stockwerke umfassen und zu einer Einheit verbinden. Die Ornamentik des Zeughauses folgt den Vorlagen von Vredemann de Vries. Die in Medaillons eingespannten bärtigen Männerköpfe erinnern teilweise an die Kronborger Plastiken. Die originellen Turmhelme bestehen aus einer dreifachen Kupferhaube, die eine sechseckige Trommel mit Zeltdach trägt. Gewollt und erreicht hat der Baumeister bei den Zeughausfassaden vorwiegend malerische Wirkung. Bei keinem seiner Gebäude besitzt das Ornament ähnliches Eigenleben wie in den Giebelfeldern des Zeughauses, wo es fast unabhängig vom architektonischen Aufbau die Fläche füllt. Die malerische farbige Wirkung muß ursprünglich sehr stark gewesen sein, als das Gold und das Grau und Rot der Steine noch frisch waren.

Während der Bau des Zeughauses noch in den Anfängen stand, beurlaubte der Danziger Rat im Winter 1601/02 seinen Baumeister nach Thorn[34], um den Umbau des dortigen Rathauses in die Wege zu leiten. Das Thorner Rathaus war 1393 unter Benutzung älterer Teile als rechteckiges zweistöckiges Gebäude mit Hof errichtet worden. Es enthielt im Erdgeschoß das Kaufhaus, während das eigentliche Rathaus sich im Obergeschoß befand. 1600 reichte der vorhandene Platz nicht mehr aus. Der Bürgermeister Stroband ließ durch Obbergen ein Geschoß aufstocken, um Raum „für allerhand Kriegsmunition von kleineren Sachen" zu gewinnen. Der Umbau wurde für damalige Zeit sehr schnell durchgeführt. Die Einweihung des neuen Rathauses fand schon am 11. August 1603 statt. Leider wurde bei der Belagerung Thorns 1703 das Gebäude durch eine Explosion fast bis auf die Außenmauern zerstört und 1738 nur notdürftig wiederhergestellt[35].

Die Maße sind mit 53 × 43 Meter äußerer Länge für ein Rathaus sehr bedeutend. Sämtliche Mauern außen und im Hof sind in der ganzen Höhe durch tief eingeschnittene Blendnischen gegliedert, die ein gedrückter Spitzbogen abschließt. In 10,5 Meter Höhe über dem Boden ist eine waagerechte Baufuge rund um das ganze Gebäude vorhanden. Hier schloß das alte Rathaus ab. Was darüber liegt, stammt von Obbergen. Die alten Spitzbögen des Pfeilerabschlusses sind am Unterschied des Mauerwerks deutlich zu erkennen. Den Mauerabschluß des Rathauses von 1393 bildete ein Zinnenkranz. Die Ecken waren vielleicht durch kleine Türmchen betont. Obbergen brach das alte Satteldach, den Zinnenkranz und die Spitzbögen über den großen Blendnischen ab. Unter Benutzung des jüngeren der beiden vorgefundenen Pfeilerprofilsteine führte er die Mauer ein Stockwerk höher und schloß die Arkaden mit einem gedrückten Spitzbogen. Den Mauerabschluß bildet jetzt ein stark vorspringender Sims, auf welchem das Satteldach aufsitzt. Die Ecken betonte der Baumeister durch zweigeschossige schlanke Türmchen, die den Brand von 1703 überdauert haben. Die Türmchen sind aus Ziegeln mit Haustein ausgeführt. Die Fenster des Rathauses erhielten sämtlich Sandsteinrahmen und Sandsteinfensterkreuze. Den Hauptschmuck des Umbaus bildeten die großen Giebel in der Mitte jeder Front, deren Aussehen nur in alten Zeichnungen erhalten ist[36]. In der Breite von drei Blendnischen überragten sie mit ihren zweieinhalb Stockwerken das Satteldach beträchtlich. Ausgeführt waren die Giebel nach dem strengen italienischen System mit Pilaster und Gebälk, das Obbergen schon um 1600 beim Zeughaus überholt hatte. Jedoch brachte er auch in Thorn seine Eigenart zum Ausdruck, indem er die Pilaster der übereinanderliegenden Stockwerke sowie die Fensterachsen gegeneinander versetzte. Der Umbau des Rat-

[34] Reichsarchiv Danzig, 300, 27, 47, Fol. 222.

[35] G. Cuny wie Anm. 5 und 10; K. Gruber, Das Rathaus in Thorn, eine baugeschichtliche Untersuchung, in: Deutsche Kunst- und Denkmalpflege, Heft 3, 1940/41.

[36] Abgedruckt bei Cuny und Gruber wie Anm. 35.

hauses wurde so geschickt durchgeführt, daß selbst Sachkenner an seiner Tatsache zweifelten [37]. Obbergen schloß sich mit seinem Umbau an das Mittelalter an, ohne die eigene Zeit zu verleugnen. Gedrückte Bögen traten an Stelle der gotischen Spitzbögen. Den Zinnenkranz, der dem System der Senkrechten der Pfeiler zugehörte, löste das scharf abschneidende Gesims ab, etwas formal und geistig völlig Neues gegenüber dem alten Bau von 1393. Die Giebel und die Ecktürmchen machten aus dem Nebeneinander der alten Fronten mit den aufgereihten Pfeilern eine zentral betonte Einheit. Darüber hinaus läßt sich aus den alten Zeichnungen ablesen, daß Obbergen, obwohl ihm schon die Hände gebunden waren, seinem Umbau in den Proportionen geometrische Grundlagen gab, wie in Danzig dem Zeughaus und dem Altstädtischen Rathaus.

Bei der neuen Ausstattung des Thorner Rathauses war der Meister maßgeblich beteiligt. Seine Anweisung für den Danziger Maler Anton Möller über die Ausmalung der Ratsstube, ist erhalten [38]. Sie enthält das vom Thorner Bürgermeister genehmigte Programm allegorischer Gemälde mit genauen Einzelanweisungen über Motive und Farben. Obbergen erfüllte damit eine Aufgabe, die hundert Jahre vorher gegenüber Hans Holbein d. J. die dortigen Philosophen durchführten, und erwies sich als humanistisch gebildeter Mann. Als Beispiel möge eine Auswahl aus den 36 Titeln gelten: Dei Providentia, Lex et Magistratus, Educatio, Praemium et Poena, Clementia, Autoritas. Concordia Ordinum. Aus dieser Anweisung läßt sich schließen, daß auch die verlorene Kronborger Ausstattung auf Obbergen zurückging. In vollem Glanz hat sich die Ausführung eines ähnlichen Programms an der Decke des Danziger Rechtstädtischen Rathauses erhalten. Urkundlich ist dieser Gemäldekreis nicht mit Obbergen zu verbinden. Wahrscheinlich ist er unter seinem Einfluß entstanden. 1606 wurden von der Decke die Gemälde von Vredemann de Vries entfernt und Isaac von dem Blocke begann die neue Ausmalung [39]. Als erfahrener Fachmann dürfte Obbergen die Vorschläge für die Neugestaltung verfaßt haben. Am bekanntesten von diesen Bildern ist die Darstellung der Weichsel von der Quelle bis zur Mündung mit dem Artushof um 1600 und der Stadt Danzig als Krone auf dem beherrschenden Triumphbogen in der Bildmitte.

Aus der Zeit nach dem Rathausumbau in Thorn liegen noch zahlreiche urkundliche Nachrichten über Obbergen vor. Seine Gehaltszahlungen sind im Wallkassenbuch verzeichnet [40]. Es finden sich Eintragungen über Tagegelder für Fahrten nach Weichselmünde und Weißenberg. Bei Erbschaftsverhandlungen wird sein Name genannt. Von irgendwelchen Bauten ist nie die Rede. Die Reise an die Nogat machte er in seinen letzten Lebensjahren nicht mehr. Die jüngere Generation löste den fast Siebzigjährigen langsam ab. Im Juni 1611 wurde ihm sein letztes Halbjahresgehalt ausgezahlt. Im September bestellte der Danziger Rat Vormünder für des Baumeisters Frau und Tochter [41]. In der Zwischenzeit muß Obbergen verstorben sein.

Die ersten Jahrzehnte seines Lebens fielen in die Zeit von Cornelis Floris und seiner Schule, deren Stil für ganz Nordeuropa maßgebend war. Vor seinen Arbeiten in Kronborg entstanden das Antwerpener und das Emdener Rathaus. Während seiner letzten Lebensjahre wirkten in den Niederlanden Lieven de Key, Hendrik de Keyzer, in Bremen Lüder von Bentheim, Elias Holl in Augsburg. Es war die Zeit des Augsburger Zeughauses, der Fleischhalle in Harlem, des Rathauses von Bolsward und des Bremer Rathausumbaues.

Der Florisstil seiner Jugend blieb für Obbergen, was das Ornament betrifft, während seines ganzen Lebens bestimmend. Trotz aller wahrscheinlichen Gegnerschaft haben auch die Vorlagebücher von Vredemann de Vries, dessen Wettbewerb er in Danzig schlug, auf ihn gewirkt. Oberdeutsche und italienische Einflüsse kommen bei seinen Bauten nur vereinzelt vor, obwohl man sicher sein kann, daß er den Vitruv gekannt hat. Italienische Züge weist der Kronborger Kirchengiebel auf. Oberdeutsch ist das Motiv des Erkers über dem Kronborger Hauptportal und am Hause der Naturforschenden Gesellschaft in Danzig. Das Ornament des Meisters

[37] E. Steinbrecht, Thorn im Mittelalter.
[38] Thorner Ratsarchiv, abgedruckt bei Cuny wie Anm. 10.
[39] Reichsarchiv Danzig, 300, 12, 34, 36, Kassenbuch.
[40] Reichsarchiv Danzig, 300, 20, 20, 44, 45.
[41] Ebenda, 300, 59, 19, Fol. 378b und 386.

zeigt noch bei seinen spätesten Bauten, wie dem Danziger Zeughaus, die schmalen, scharfkantigen Sandsteinbänder, das flache, detaillierte Roll- und Beschlagwerk der Floriszeit. Es blieb dünn und zierlich und sparsam verteilt, während in den Niederlanden mit dem Beginn der Rubenszeit, etwa bei der Fleischhalle von Harlem, die Ornamentik derber, das Relief tiefer ausgearbeitet wurde und der farbige Gegensatz von Ziegel- und Sandstein stärker hervortrat. Obbergens Formensprache war um 1600 nicht mehr unbedingt auf der Höhe der Zeit.

Bei der konstruktiven Anlage seiner Bauten fußte der Meister unbefangen auf den Grundsätzen, wie sie überliefert und ortsgegeben waren, wo er gerade arbeitete, gleichgültig, ob sie altertümlich waren oder seiner Zeit entsprachen. In Kronborg mußte er die Reste des alten Schlosses berücksichtigen, arbeitete aber darüber hinaus mit Treppentürmen, obwohl es längst Treppenhäuser im heutigen Sinne gab. Für die Kirchenfenster wandte er, wie damals allgemein üblich, Spitzbögen und Maßwerk an. Im großen Zeughaus in Danzig ist deutlich das langgestreckte, schmale Danziger Bürgerhaus, viermal nebeneinander gestellt, zu erkennen. Das bedeutet wiederum ein Festhalten an alten örtlichen Gewohnheiten, da auf dem einmal freigemachten weiten Platz auch ein modernerer Aufbau möglich gewesen wäre. In Thorn war überhaupt ein mittelalterliches Gebäude umzugestalten. Das Altstädtische Rathaus in Danzig besitzt als einziges Gebäude Obbergens ein Treppenhaus, verrät aber mit seinem Grundriß und den beiden parallelen Walmdächern den altertümlichen, konstruktiven Kern einer zweischiffigen Halle. Für die Fassadengliederung seiner Gebäude benutzte der Meister einfache geometrische Prinzipien, die er, wie in Danzig, örtlich seit langem im Gebrauch fand, und paßte seine Bauten auf diese Weise dem Stadtbild an. Die Proportionen des Altstädtischen Rathauses sind unleugbar aus einem gleichseitigen rechtwinkligen Dreieck und dem zugehörigen Quadrat bestimmt worden, während die Stockwerkshöhen des Dachreiters aus dem entsprechenden Achteck abgeleitet sind, ähnlich wie vor Obbergens Zeit der Turm des Rechtstädtischen Rathauses. Die geometrische Grundlage der Zeughausfassade ist das gleichseitige Dreieck. Selbst beim Umbau des Thorner Rathauses bemühte sich der Baumeister, die neue Fassade mit Hilfe des rechtwinkligen gleichschenkeligen Dreiecks festzulegen. Die Bekrönung der neuen Giebel erreichte die doppelte Höhe des Mauerschlusses und bildete an der Ost- und Westfront die Spitze eines rechtwinkligen Dreiecks, dessen Grundlinie die Gebäudebreite darstellt. Eine durch Verhältniszahlen ausdrückbare Beziehung von Fassade zu Grundriß besteht bei Obbergen nicht. Eine Grundrißkomposition scheint es zu seiner Zeit nicht gegeben zu haben.

Beruhen demnach konstruktiv des Meisters Bauten vielfach auf der ungebrochenen Überlieferung vom 15. Jahrhundert her, folgen sie in der Ornamentik durchweg dem Stil der Floriszeit, so besitzen sie doch sehr wesentliche Merkmale ihrer Entstehungszeit und ihres Meisters. An den Bauten der Niederlande und des deutschen Nordens und Nordostens war im 16. Jahrhundert auch durch die Renaissance der bis dahin herrschende Vertikalismus nicht verschwunden. Häuser wie der „Salm" in Mecheln von 1531, das „Englische Haus" in Danzig von 1570 sind horizontal durch kräftige Gesimse und vertikal von gleich wirkungsvollen Pilastern gegliedert. Auch das Antwerpener Rathaus des Cornelius Floris zeigt die Vertikalen in voller Deutlichkeit. Trotz der Übernahme des klassisch-italienischen Fassadenaufbaus war durch die hochstrebigen Proportionen der Bürgerbauten der Vertikalismus vorwiegend geblieben. Erst um die Wende zum 17. Jahrhundert begann die vorherrschende Breitenentwicklung der Fassaden, für die Obbergen beispielhaft ist. Er verzichtete nicht nur auf die Pilaster des klassischen italienischen Aufbaus, sondern ging teilweise zur absichtlichen Verneinung der Senkrechten über. Allgemein bekannt ist in dieser Beziehung die Verschiebung sämtlicher Fensterachsen des Zeughauses gegeneinander, die sonst in einer Geraden gelegen hätten. Das gleiche Prinzip brachte schon vorher, nicht ganz so deutlich, das Altstädtische Rathaus. Schließlich erweisen sich die neuen Giebel des Thorner Rathauses trotz des klassischen Systems von Pilaster und Gebälk als Werke der Zeit um 1600, weil sämtliche Pilaster und die Achsen der äußeren Fenster in den verschiedenen Giebelstockwerken gegeneinander versetzt sind, so daß außer der Mittelsenkrechten keine Vertikale durch die Giebelfläche vorhanden ist.

Die eindeutige Betonung der Breitendimension der Fassaden schließt gleichzeitig eine Absage an die vertikale Reihung gleichartiger Bauelemente wie die Blendnischen des Thorner Rathauses ein, denen Obbergen als Gegengewicht die großen Giebel zentral überordnete. Abso-

luten Zentralismus vermied er jedoch und setzte den Mittelgiebeln des Thorner und des Danziger Altstädtischen Rathauses die Ecktürmchen zur Seite. Am Zeughaus wird die Frontmitte durch die Minerva bzw. einen schnauzbärtigen Krieger hervorgehoben, aber nicht ausschließlich betont, denn die Portale mit dem Stadtwappen und die Treppentürme verlagern das ornamentale Gewicht der Front aus der geometrischen Mitte heraus etwas zur Seite. Das Nebeneinander der vier Schiffe des Zeughauses verschwindet völlig hinter der großen Einheit der Fassade, was Obbergen durch die kräftigen Horizontalen der Gesimse, die Schrägbeziehungen von Giebeln, Statuen und Portalen und die malerische Verteilung des Ornaments innerhalb der Ziegelfläche erreicht hat. Diese malerische Wirkung ist ein Kennzeichen der niederländischen Baukunst beim Übergang vom Florisstil zum frühen Barock, das bei Obbergen früher auftritt als in seiner Heimat und sich besonders in der architektonischen Ungebundenheit des Zeughausornaments ausprägt.

Die Reihe seiner Bauten legt für Obbergen und gleichzeitig für den Osten ein hervorragendes Zeugnis der geistigen Beweglichkeit und Selbständigkeit ab. Er steht in einer Reihe mit den hervorragenden Baumeistern seiner Zeit und schuf für Städte, die trotz ihrer östlichen Lage weder politisch noch kulturell den Vergleich mit den berühmten Städten der deutschen Mitte zu scheuen brauchen. Sein Zurückgreifen auf formale und konstruktive Prinzipien der älteren Zeit bedeutet keine Abhängigkeit schlechthin und erst recht keinen Mangel an künstlerischem Format. Er war beim Entwurf seiner Bauten weniger bemüht, das Modernste und Neueste zu bringen, als seine Aufgaben sinngemäß im Zusammenhang mit den örtlichen Gegebenheiten zu lösen. Eine Festung und zugleich eine Residenz mit allem Glanz seiner Zeit ließ Frederik II. in Kronborg auf den Mauern des alten Krogen errichten. Das Badestubenhaus war in die Frederiksborger Parklandschaft einzufügen. Die Peinkammer in Danzig mußte zwischen den Stockturm und das Hohe Tor eingepaßt werden und sich mit beiden zu einer harmonischen Gruppe verbinden. Das Zeughaus wurde als Abschluß der Jopengasse in den mittelalterlichen Stadtplan eingebaut, der den Baumeistern um 1600 durchaus lebendig war. In Thorn war unmittelbar Altes mit Neuem zu vereinen. Mit geringen Einschränkungen hat Obbergen die Lösung überall gemeistert. In Kronborg ist die nachträgliche Erhöhung des Ostflügels an seiner Verbindungsstelle mit dem Nordflügel nicht ganz einheitlich geglückt. Die Geschlossenheit des mächtigen Baublocks, seine räumliche und körperliche Wirkung kann diese kleine Inhomogenität ebensowenig stören, wie der etwas verbaute Querhausanschluß den Eindruck von St. Marien in Danzig. Die Front des Badestubenhauses in Frederiksborg ist etwas schwach wegen des bloßen Über- und Nebeneinander der Fenster. Genaue Symmetrie ist durch eine geringe Linksverschiebung des Treppenturms vermieden. Obbergens ganz reife Leistungen beginnen mit dem Altstädtischen Rathaus in Danzig, dessen künstlerische Höhe der Meister bei den folgenden großen Bauten, der Peinkammer, dem Zeughaus und dem Thorner Rathaus ungeachtet aller Andersartigkeit einhielt. Die Sonderstellung des Zeughauses im Bewußtsein der Danziger beruht auf seiner Lage, seiner Größe und seinem reichen Ornament. Die gleichzeitigen Danziger Bürgerbauten wie das Haus der Naturforschenden Gesellschaft und die Predigerhäuser von St. Katharinen stehen nicht auf der gleichen Stufe wie die städtischen Gebäude, heben sich aber eindrucksvoll von ihren schlichteren Nachbarn ab, die zum größten Teil im gleichen Stil errichtet sind. All diese Bauten bestimmen das heutige Gesicht Danzigs, zu dessen Stadtbild Obbergen unmittelbar oder mittelbar wesentliche Züge beigetragen hat. Der Wirkungskreis seines siebzigjährigen Lebens ging weit über die Stadt hinaus, die ihm zur zweiten Heimat wurde. Mit seinen Werken in den Niederlanden, Dänemark und dem deutschen Osten ist er Zeuge für die künstlerische und kulturelle Verbundenheit Nordeuropas, die nach längerer Unterbrechung heute wieder zu wachsen beginnt.

Hackbau und Kulturpflanzen

Von Robert Gradmann, Tübingen

Das Problem

Die Frage nach der Herkunft unsrer Kulturpflanzen wird heute anders beantwortet als noch vor wenigen Jahren und Jahrzehnten. Das neunzehnte Jahrhundert stand noch ganz im Banne der Anschauungen, denen Viktor Hehn in seinem berühmten, 1870 erstmals erschienenen Buch klassischen Ausdruck verliehen hat. Der Titel enthüllt schon das Wesentliche: „Kulturpflanzen und Haustiere in ihrem Übergang aus Asien nach Griechenland und Italien sowie in das übrige Europa". Dem entsprach genau die geringe Meinung, die man vom Kulturzustand des germanischen Altertums hatte; erst auf dem Weg über Rom sollten die Germanen alle Gaben der Kultur empfangen haben.

Etwa der römischen Kirchenlehre damit Hilfsstellung zu leisten, lag Viktor Hehn gänzlich fern. Eher könnte man sagen, als begeisterter Humanist sei er von vornherein geneigt gewesen, das klassische Altertum im vergleichenden Werturteil zu bevorzugen. In Wirklichkeit erklärt sich alles restlos durch die Einseitigkeit, mit der dieser Gelehrte ausschließlich aus sprachlichen Quellen schöpfte, aus den in unglaublicher Fülle beigebrachten Zeugnissen antiker Schriftsteller, besonders aber aus einer umfassenden, auf ausgebreitetstem Wissen beruhenden Sprachvergleichung.

Zur gleichen Zeit hatte sich aber auch schon die Sachforschung zum Worte gemeldet. Die Pfahlbauten der Schweizer Seen waren unter Führung von Oswald Heer auf ihre pflanzlichen Reste untersucht worden; andere prähistorische Fundstätten folgten langsam nach. Die Pflanzengeographie leistete wichtige Beiträge. Die Befunde stimmten zum Teil mit den Ergebnissen Viktor Hehns überein, zum Teil wichen sie aber auch sehr bedeutend davon ab, und man gelangte auf diesem Weg, vielfach unter reger Mithilfe der Phantasie, zu Anschauungen, die offenbar ebenfalls weit über das Ziel hinausschossen. Das Pendel hatte eben wieder einmal nach der andern Seite ausgeschlagen.

Beide Teile, die Philologen auf der einen, die Naturforscher auf der anderen Seite, hatten anfangs den Fehler gemacht, daß jeder seine Methode für die alleinseligmachende hielt. Erst später ist man dazu gelangt, Sprachforschung und Sachforschung zu verbinden. Auf unserem besonderen Gebiete hat namentlich Johannes Hoops dazu die Bahn gebrochen. Wo beide in ihren Ergebnissen übereinstimmen, da erwächst aus dieser Verbindung eine bisher kaum gekannte Sicherheit. Wo sie sich zu widersprechen scheinen, da muß entweder eine neue Lösung gesucht werden oder muß man sich mit dem Geständnis unsres vorläufigen Nichtwissens begnügen; das ist immer besser als eine erzwungene Entscheidung.

Was ist nun der heutige Stand der Forschung? Es gibt eine berühmte Reihe von Kulturpflanzen, deren deutsche Namen aus dem Lateinischen abgeleitet sind, durchweg Gegenstände des Obst- und Gartenbaus; archäologisch sind sie alle frühestens in römischen Niederlassungen nachgewiesen; ihre wilden Stammformen kommen bei uns nicht vor, wohl aber im Orient oder in den Mittelmeerländern. Folgende gehören dazu[1]: Zwetschge, Pfirsich, Aprikose, Kirsche (wenigstens die Sauerkirsche), Mandel, Quitte, Mispel, Kastanie, Rettich, Zwiebel, Lattich, Gurke (mundartlich Kukumer von cucumis, cucumeris), Petersilie, Anis, Fenchel, Lilie, Veilchen. Hier besteht nicht der geringste Zweifel, daß sie auf Viktor Hehns klassischer Wander-

[1] Belege s. bei Hehn und Hoops.

straße, frühestens zur Zeit der römischen Besetzung bei uns eingezogen sind. Im Lauf des Mittelalters und der Neuzeit wurde dann vollends eine ganz unübersehbare Menge weiterer Kulturgewächse teils aus einheimischen Pflanzen gezüchtet (Hopfen, Stachelbeeren, Johannisbeeren, neue Obst- und Rosensorten, Primeln aus Primula elatior, Aurikeln aus Primula auricula, usw.), teils aus dem Ausland bei uns eingeführt, so die Syringe oder der „spanische Flieder" und die Tulpe aus dem Orient, Kartoffel, Mais, Gartenbohne, Gartenerdbeere, Kürbis, Tabak aus Amerika, unzählige Zierpflanzen ebenfalls aus Amerika, außerdem besonders aus Ostasien.

Wir richten unsere Aufmerksamkeit hier ausschließlich auf Kulturgewächse, die nachweislich schon in vorgeschichtlicher, „vorrömischer" Zeit auf mitteleuropäischem Boden angebaut wurden, und zwar auf Kulturgewächse im strengen Sinne des Worts. Der Botaniker versteht darunter Pflanzenformen, die unter dem Einfluß der Zuchtwahl gewisse für den Menschen wertvolle Erbeigenschaften angenommen und meist andere, für die wildwachsende Pflanze lebenswichtige, unter menschlicher Pflege jedoch entbehrliche Einrichtungen dafür eingebüßt haben. Wir beschränken uns räumlich auf das Gebiet nördlich der Alpen und Karpaten, also auf das germanische Mitteleuropa, und nehmen uns vor, dabei besonders nach solchen Kulturpflanzen auszuschauen, die als solche bodenständig, d. h. an Ort und Stelle aus Wildformen gezüchtet sein könnten.

Eine besonders merkwürdige, neuerdings aufs sorgfältigste untersuchte Gruppe sind unsere Getreidearten[2]. Die bei uns gebräuchlichen Weizen-Arten im weitesten Sinne, wozu wir sämtliche angebauten Triticum-Arten, außer den Nacktweizen auch die Spelzweizen (Tr. dicoccum, Tr. spelta und Tr. monococcum) rechnen, gehen nach heutiger Auffassung alle auf zwei Wildformen zurück, den in Vorderasien (Syrien, Mesopotamien, Iran) noch heute vorkommenden Wild-Emer (Tr. dicoccoides) und die Stammform des Einkorns (Tr. aegilopoides), die schon auf der Balkanhalbinsel und auf der Krim, in einer etwas abweichenden Form in Kleinasien und Mesopotamien anzutreffen ist. Aus dem Wild-Emer hat sich zunächst der Kultur-Emer (Tr. dicoccum) entwickelt. Er hatte im Altertum eine starke Verbreitung im Orient, besonders in Ägypten (schon seit dem 5. Jahrtausend!), aber auch in Griechenland und Italien sowie in den neolithischen und bronzezeitlichen Siedlungen Mitteleuropas und wird heute noch in den Mittelmeerländern, in Arabien und auch in Rußland (hier unter dem Namen polba) viel gebaut, während er auf deutschem Boden schon im Mittelalter selten geworden war und heute fast verschwunden ist. Aus dem Emer ist dann weiterhin durch Zuchtwahl der älteste Nacktweizen, der nur in südlicheren Ländern gedeihende Hartweizen (Tr. durum) entstanden.

Das Einkorn (Tr. monococcum) ist dem ägyptisch-semitischen Kulturkreis fremd, fand sich aber massenhaft in den Ruinen von Hissarlik (Troja) sowie in Pola und Aquileja, auch in Ungarn, und wird noch heute in Südeuropa gebaut. In Deutschland ist auch diese Frucht selten geworden, sie tritt aber verhältnismäßig zahlreich in den vorgeschichtlichen Ablagerungen aller Perioden seit der jüngeren Steinzeit auf.

Alle übrigen Weizenformen des mitteleuropäischen Altertums werden jetzt auf Grund feinster Untersuchungen als Kreuzungen zwischen Emer und Einkorn aufgefaßt. Als unmittelbare

[2] Vgl. jetzt besonders Franz Bertsch, Herkunft u. Entwicklung unserer Getreide. (Mannus 31. 1939), dem wir in fast allen Punkten hier folgen, aus älterer Zeit R. Gradmann, Der Getreidebau im deutschen und römischen Altertum, 1909. Schülerin Vavilovs ist E. Schiemann, Entstehung der Kulturpflanzen, 1932. — Allgemeine Quellen zur Herkunft unserer vorgeschichtlichen Kulturpflanzen: Georg Buschan, Vorgeschichtl. Botanik der Kultur- u. Nutzpflanzen der alten Welt auf Grund prähistorischer Funde, 1895. Johs. Hoops, Waldbäume und Kulturpfl. im germ. Altertum, 1905. Vikt. Hehn, Kulturpfl. u. Haustiere, 8. Aufl., hrsg. v. O. Schrader mit Beitr. v. A. Engler u. F. Pax. 1911. Reallexikon des germ. Altertums, hrsg. v. J. Hoops, 1911 ff. E. Neuweiler, Die Pflanzenwelt in der jüngeren Stein- und Bronzezeit der Schweiz (Mitt. der Antiqu. Ges. Zürich 29. 1924). K. Bertsch, Der Obstbau im vor- u. frühgeschichtl. Altertum (Germanen-Erbe 6. 1941). Ders., Die vorgesch. Wildrebenfunde Deutschlands (Ber. Dt. Bot. Ges. 57. 1939). Ders., Die wilde Weinrebe im Neckartal (Veröff. Württ. Landesstelle f. Naturschutz 15. 1939).

Kreuzung von beiden gilt der Zwergweizen (Tr. compactum). Er scheint die einzige Nacktweizenform in der älteren Vorgeschichte Mitteleuropas zu sein und ist besonders häufig in den neolithischen und bronzezeitlichen Pfahlbauten Süddeutschlands und der Schweiz, weniger sicher an manchen anderen Punkten Deutschlands, aber auch Ungarns und der Mittelmeerländer nachgewiesen. Wieder ein Spelzweizen ist der Dinkel oder Spelz (Tr. spelta). Nach dem übereinstimmenden Ergebnis der verschiedensten Untersuchungsmethoden ist diese Frucht, die früher für römisch galt, auf mitteleuropäischem Boden selber entstanden (so auch nach E. Schiemann), und zwar in dem Raum, der später vom schwäbisch-alemannischen Stamm besetzt wurde; mit diesem Stamm ist sie auch dauernd verknüpft geblieben. Archäologisch nachgewiesen ist sie nur in bronzezeitlichen Pfahlbauten der Schweiz und Oberschwabens, sonst überhaupt nirgends. Freilich ist sie hier nicht etwa aus einer wilden Urform hervorgegangen, sondern aus der Kreuzung von zwei älteren Kulturformen, die selber erst von außen eingeführt waren, Emer und Zwergweizen. Die jüngste Nacktweizenform der Vorzeit, unser gewöhnlicher Landweizen (Tr. vulgare), scheint erst um den Beginn unsrer Zeitrechnung entstanden zu sein, auch er als Kreuzungsergebnis, wahrscheinlich von Zwergweizen und Dinkel, also wohl ebenfalls auf mitteleuropäischem Boden.

Die wilde Stammform der Gerste, Hordeum spontaneum (auf die Unterarten brauchen wir hier nicht einzugehen), hat eine ähnliche, nur noch etwas weitere Verbreitung als der Wild-Emer, durch ganz Vorderasien von Syrien und Mesopotamien bis Beludschistan. Hier ist sie auf Steppenboden, ähnlich wie der Wild-Emer, nur häufiger, zusammen mit anderen einjährigen Pflanzen aus den von unsern Getreidefeldern her so wohlbekannten Gattungen Papaver, Adonis, Centaurea, Anagallis, Bromus, Avena anzutreffen[3]. Die alte Annahme, daß diese Pflanzen zusammen mit den Getreidearten gewandert und so auf den unabsichtlich auch für sie zubereiteten Boden zu „Getreideunkräutern" geworden sind, besteht auch heute noch zu Recht. Die Saatgerste (H. sativum) findet sich schon unter den ältesten sumerischen Altertümern Babyloniens; in den Mittelmeerländern ist sie seit alter Zeit bezeugt, und auch bei uns sowie in Ungarn und Südschweden findet sie sich an zahlreichen Fundorten seit der jüngeren Steinzeit durch alle Perioden des Altertums. Bekanntlich erwähnt sie Tacitus ausdrücklich bei den Germanen, wo sie schon damals zur Bierbereitung diente.

Die beiden Hirse-Arten sind dem ägyptisch-semitischen Kulturkreis fremd; aber beide stammen aus Asien, die Rispenhirse (Panicum miliaceum) wahrscheinlich aus Zentralasien, wo sie noch heute von größter Bedeutung ist, die seltenere Kolbenhirse (Panicum italicum) aus Indien. Und beide sind schon in den neolithischen und bronzezeitlichen Pfahlbauten vertreten, und bei uns erst selten geworden, seit der Hirsebrei aus der Mode gekommen ist und durch Kaffee-Surrogate ersetzt wurde.

Ebenfalls dem ägyptisch-semitischen Kulturkreis fremd sind die beiden Hauptfrüchte des deutschen Getreidebaus, Roggen und Haber. Die Stammpflanze des Roggens, Secale montanum, hat eine außerordentlich weite Verbreitung durch die Gebirge des ganzen Mittelmeergebiets, Vorderasiens und Zentralasiens, ist aber hier offenbar nirgends in Anbau genommen worden, sondern erst auf europäischem Boden, nach Engelbrecht[4] wahrscheinlich in der Ukraine, wohin der Wildroggen als Unkraut mit vorderasiatischem Getreide verschleppt worden sein mag. Wie leicht aus Unkräutern durch unbewußte Zuchtwahl echte Kulturpflanzen werden können, ist schon öfters dargelegt worden. Nur so erklärt es sich, daß der Kulturroggen trotz der mediterran-orientalischen Verbreitung seiner Stammform zu allen Zeiten fast ganz auf die nordischen Länder beschränkt geblieben ist. In Deutschland ist er erst seit der Hallstattzeit sicher nachweisbar, war aber im Frühmittelalter bereits zum herrschenden Brotgetreide und zur Hauptfrucht des Winterfelds geworden.

Ähnlicher Entstehung ist das Hauptgetreide des Sommerfeldes, der Haber (Avena sativa). Die Stammform unsres Habers, der Flughaber (A. fatua) wächst wirklich wild in den Steppen Südrußlands, Vorderasiens und Nordafrikas, wurde aber mit dem Getreidebau als

[3] Nachweis z. B. bei R. Gradmann, Die Steppen des Morgenlandes, 1934, S. 49ff.
[4] Th. Engelbrecht, Entstehung des Kulturroggens. Festschr. Ed. Hahn, 1917.

häufiges Unkraut fast über ganz Europa und auch in andere Erdteile verschleppt und ist zweifellos erst außerhalb seines eigentlichen Heimatgebiets in Kultur genommen worden. Dem subtropischen Mittelmeergebiet ist unser Saathaber immer fremd geblieben. Plinius erwähnt es bekanntlich als Eigenheit der Germanen, daß sie Haber anbauen und zur Breinahrung ausschließlich Haber verwenden, während man ihn in Rom nur als Unkraut kannte. Nördlich der Alpen ist der Saathaber seit der Bronzezeit nachweisbar. Aber wo er erstmals in Kultur genommen wurde, ob auf deutschem Boden oder anderswo oder vielleicht auch an verschiedenen Stellen des nördlichen Europa gleichzeitig, läßt sich nicht mehr ausmachen.

Als Gesamtergebnis aus diesen Einzelbetrachtungen können wir feststellen: unsre sämtlichen Getreidearten, namentlich auch mehrere Formen des Weizens, sind schon lange vor den Römern im Lande gewesen. Das alte Germanien hat deren eine größere Anzahl besessen als die südlicheren Länder; Roggen, Haber und Dinkel, wahrscheinlich auch der Landweizen, sind in Rom erst vom Norden her bekannt geworden. Wenn man sich erinnert, daß bis in unser Jahrhundert hinein in angesehenen Lehrbüchern zu lesen stand, der höhere Ackerbau und namentlich der Weizen, als die feinste und edelste Brotfrucht, sei erst durch die Römer nach Deutschland gekommen, und daß sich noch im Jahr 1905 Johannes Hoops, 1910 Ernst H. L. Krause für die römische Herkunft des Spelzes ins Zeug legten, so kann man wohl von einer Umwälzung unsrer Anschauungen sprechen.

Dagegen ist die Herkunft des Getreidebaus aus den östlichen und südöstlichen Steppenländern durch die neueren Untersuchungen nur bestätigt worden. Es hat sich gezeigt, daß alle unsre Getreidearten zuletzt auf Wildformen zurückgehen, die dort zu Hause sind. Die späten und außerhalb dieses Gebiets gezüchteten Kulturformen sind entweder aus eingeführten älteren Kulturformen hervorgegangen oder aus Unkräutern, die mit dem Getreidebau selber erst eingeschleppt sein können. Nur der Einwanderungsweg ist ein anderer, als früher angenommen. Er verläuft nicht über Griechenland und Italien, sondern weiter nördlich, in der Hauptsache wohl durch die Donauniederungen. Das läßt sich nicht bloß aus den allgemeinen Raumverhältnissen heraus vermuten; es wird unmittelbar bestätigt durch Hirse, Einkorn, Roggen und Haber, die sich offenbar dieser Wanderstraße angeschlossen haben. Die erste Einwanderung des Getreidebaus in Mitteleuropa könnte etwa durch die aus dem pannonischen Becken kommenden Bandkeramiker vermittelt worden sein.

Neuerdings zeigt sich mehrfach die Neigung, den Indogermanen eine selbständige Erfindung des Getreidebaus innerhalb ihrer nordischen Heimat zuzuschreiben. Das scheitert, so sympathisch uns der Gedanke sein mag, einfach an der Tatsache, daß von den wilden Stammformen keine einzige nördlich der Alpen und Karpaten vorkommt und auch nicht vorkommen kann; denn, wie schon Körnicke erkannt hat, sind alle unsre Getreidearten aus Steppengräsern hervorgegangen, die als solche in einem Waldland wie Mitteleuropa nicht lebensfähig sind. Es könnte höchstens die Stammform des Einkorns, Triticum aegilopoides, in Frage kommen. Sie ist in der Abart Boeoticum am weitesten von allen vorderasiatischen Getreide-Stammformen nach Norden und Westen, nämlich bis Serbien vorgedrungen. Franz Bertsch (a. a. O.) möchte in der Tat annehmen, diese Grasart sei einst unter dem verhältnismäßig warmtrockenen Klima der jüngeren Steinzeit und der Bronzezeit bis ins Innere von Mitteleuropa verbreitet gewesen, wodurch wenigstens eine Möglichkeit eröffnet wäre. Ich selbst bin für eine derartige Klimaänderung von jeher eingetreten. Allein solange von ausgestorbenen Steppenpflanzen, geschweige denn von irgendeinem Wild-Getreide, überhaupt nichts subfossil nachgewiesen ist, hängen derartige Hypothesen in der Luft.

Was von unsern Getreidearten gilt, das gilt aber offenbar vom Ackerbau überhaupt. Erbse und Linse, Bohne (Pferdebohne), Rübe, Mohn und Flachs, sie alle sind mindestens seit der Bronzezeit, die meisten schon zur jüngeren Steinzeit auf mitteleuropäischem Boden angebaut worden; der Hanf wurde den Germanen etwa um das Jahr 500 v. Chr. bekannt (nach Hoops), und auch der Lauch und der Waid, eine Färbepflanze, sind Gegenstände altgermanischen Anbaus. Und alle sind fremden, die meisten asiatischen, Ursprungs.

Es bleiben nur ganz wenige alte Kulturpflanzen übrig, die als möglicherweise bodenständig überhaupt in Frage kommen: Apfel, Birne, Kirsche (wenigstens die Süßkirsche),

Pflaume, Weinrebe, Kohl und Möhre. Es sind Pflanzen, deren wilde Stammformen mehr oder weniger sicher in Mitteleuropa einheimisch sind.

Leider ist damit die Bodenständigkeit noch keineswegs sicher verbürgt. Nicht weniger als fünf von diesen sieben Arten gehören nämlich seltsamerweise zu denen, deren deutsche Namen aus dem Lateinischen stammen und damit späte Einführung aus dem Süden zu verraten scheinen. Das Wort Birne leiten die meisten Germanisten von pirus ab, Kirsche von cerasus, Pflaume von prunus, Wein von vinum, Kohl von caulis. Überdies sind auch alle Bezeichnungen für die Kunst der Baumveredlung dem Lateinischen entnommen: pfropfen (propagare), impfen (imputare), pelzen (peltare), okulieren (inoculari), desgleichen zahlreiche Ausdrücke, die sich auf den Weinbau beziehen. Die bei den Pfahlbaubewohnern vorkommenden Apfel- und Birnbäume könnten daher höchstens aus Samen gezogene, wenig sortenbeständige „Wildlinge" gewesen sein. Hier steht glücklich Zeuge gegen Zeuge, Sachforschung gegen Sprachforschung. Um den Streit zu schlichten, könnte man nur etwa annehmen, die Alemannen und Franken haben diese Kulturpflanzen als solche erst bei ihrem Einzug in Süd- und Westdeutschland kennengelernt und daher die bei ihren keltoromanischen Vorbewohnern üblichen Ausdrücke übernommen. Oder auch: hochgezüchtete welsche Kulturformen und damit auch deren welsche Namen haben die alteinheimischen verdrängt. Bedenklich bleiben diese lateinischen Bezeichnungen immer.

Ebenso bedenklich ist eine zweite Schwierigkeit: daraus, daß eine Wildform einheimisch ist, folgt noch lange nicht das Heimatrecht der Kulturpflanze. Ein berühmtes Beispiel liefern die Mittelmeerländer. Die heilige Trias der mediterranen Gartenkultur, Weinstock, Ölbaum und Feigenbaum, ist in ihren Wildformen durch das ganze Mittelmeergebiet verbreitet. Aber ebenso sicher entstammt die Kultur des Ölbaums und des Feigenbaums einem engen Bezirk des östlichen Mittelmeerbeckens, nämlich Syrien. Und nach den Ergebnissen der Sprachvergleichung ist die Züchtung der Edelrebe und die Weinbereitung ausschließlich das Verdienst indogermanischer Armenier, in deren Ursitzen im Pontus, südlich vom Schwarzen Meer, noch heute die Wildrebe als dickstämmige Liane bis in die Wipfel der höchsten Bäume emporrankt und besonders süße Früchte zeitigt. Alle drei haben sich dann als fertige Kulturpflanzen allmählich nach dem Westen ausgebreitet, während vorher dort niemand daran gedacht hatte, die Wildpflanzen in Kultur zu nehmen. Ähnlich wurde bei uns im 18. Jahrhundert die „Esparsette", das „Französische Raygras" und das „Englische Raygras" aus der Fremde eingeführt, während alle drei schon seit unvordenklichen Zeiten, die beiden Futtergräser sogar sehr häufig und in großen Massen, bei uns vorkommen.

Die Sache verhält sich demnach genau umgekehrt: auch wenn die Wildform einheimisch ist, muß im Zweifelsfall für die Kulturform eher eine Einwanderung als autochthone Entstehung angenommen werden. Etwas Allgemeines läßt sich von vornherein überhaupt nicht sagen; die Frage liegt für jede der sieben Arten wieder etwas anders.

Am meisten Wahrscheinlichkeit einheimischer Züchtung besteht für den Apfelbaum. Er führt allein unter allen unseren Obstbäumen einen rein germanischen Namen. Der „Holzapfel" wächst fast überall in Deutschland wild in den Wäldern und war früher häufiger als jetzt, wo ihn die Forstwirtschaft zurückdrängt; dem Subtropengürtel der Mittelmeerländer und des Orients bleibt er fern. Er findet sich in den neolithischen und bronzezeitlichen Pfahlbauten besonders häufig. Aber auch die Kulturform ist dort mehrfach nachgewiesen, und zwar wird ausdrücklich von Übergangsformen berichtet, die entschieden auf einheimische Zucht hinweisen. Heute erreicht der Kulturapfel nördlich der Alpen, in Deutschland und Nordfrankreich, seine stärkste Verbreitung, die größte Sortenzahl, das beste Gedeihen und die größte Beliebtheit; er erscheint uns als die spezifisch deutsche Obstfrucht. Etwas bedenklich ist einzig die weite Verbreitung fast durch ganz Europa und das nördliche Vorderasien bis Turkestan und zum Himalaja. Es läßt sich schwer ein Grund ausfindig machen, warum der Apfel gerade in der Mitte der europäischen Halbinsel zuerst gezüchtet sein soll. Aber vielleicht ist hier eine polyphyletische Entstehung der Kulturform, etwa durch unbewußte Zuchtwahl, nicht ausgeschlossen.

Die Birne hat als Holzbirne eine ganz ähnliche Verbreitung; namentlich meidet auch sie das subtropische Gebiet und beschränkt sich in den Mittelmeerländern auf den Berggürtel.

In Griechenland z. B. scheint sie, wie der Holzapfel, ganz zu fehlen. In den Pfahlbauten tritt die Wildbirne nicht selten auf, während sich die Kulturbirne bis jetzt nur ein einziges Mal vorgefunden hat, bei Bodman, in einer Ablagerung, die spätestens der Bronzezeit angehört. Mit diesem einen Fund läßt sich ein mitteleuropäischer Ursprung schwerlich beweisen. Die Entlehnung des Namens aus dem Lateinischen spricht nicht unbedingt dagegen, aber gewiß auch nicht dafür. Eine Entscheidung läßt sich nicht erzwingen.

Die Kirsche (Süßkirsche, Prunus avium) verhält sich fast genau ebenso, nur daß sie ostwärts nicht über Iran hinausgeht. Der Schwerpunkt liegt auch hier im Norden. Kirschensteine verschiedener Größe sind vielfach in neolithischen und bronzezeitlichen Pfahlbauten nachgewiesen, die größten in einer La Tène-Siedlung von Hall am Kocher. Karl Bertsch (a. a. O. 1941) schließt daraus auf eine bodenständige Kulturform, was möglich, aber nicht gerade notwendig ist. Über den lateinischen Namen ist auch hier schwer wegzukommen.

Die Pflaume (Prunus insiticia) kommt bei uns nicht wirklich wild vor, niemals in Wäldern, nur verwildert und meist strauchförmig an Kulturstandorten, in Hecken u. dgl. Einheimisch ist sie vielleicht in Südeuropa, sicher im Orient. Die in den Pfahlbauten vorkommenden Pflaumensteine wären demnach auf eingeführte Kulturpflanzen zu beziehen. Bertsch hält sie wegen ihrer Kleinheit für vorzugsweise wild. Dann müßte also die Wildpflaume inzwischen bei uns ausgestorben sein. Doch erwähnt Bertsch selber, daß auch bei unseren heutigen Kulturpflaumen ausnahmsweise sehr kleine Steine vorkommen. Somit ist dieses Merkmal nicht beweisend, und das Heimatrecht wird hier vollends zweifelhaft, auch wenn wir vom lateinischen Namen absehen.

Zu einem sicheren, aber negativen Ergebnis kommen wir erst wieder beim Weinstock. Wir halten es mit Karl Bertsch (a. a. O. 1939) für erwiesen, daß die Weinrebe mindestens in den Auenwäldern des Oberrheins, aber auch in anderen Gegenden Süddeutschlands einheimisch ist und auch die Edelrebe schon zur jüngeren Steinzeit in Süddeutschland und der Schweiz angepflanzt wurde. Seitdem jedoch feststeht, daß auch in Südeuropa, wo die Wildrebe ebenfalls überall vorkommt, der Wein-Bau erst aus dem Orient eingeführt wurde, wird man schwerlich gerade in Süddeutschland allein eine zweite Wurzel des Weinbaus und der Weinbereitung annehmen wollen, vielmehr auch hier an eine allerdings unerwartet frühe Einführung zu denken haben. Gelegentliche Kreuzungen mit einheimischen Wildreben sind dabei nicht ausgeschlossen. Zu wirklicher Bedeutung ist aber der Weinbau erst viel später, an der Mosel wohl schon in keltischer Zeit, im übrigen Deutschland erst unter römisch-christlichem Einfluß gelangt, worauf auch der lateinische Name hinweist.

Der Kohl (Brassica oleracea) kommt nach Neuweiler schon in den bronzezeitlichen Pfahlbauten der Schweiz vor, und vielleicht ist die Pflanze an den Felsen von Helgoland ebenso ursprünglich wie an den westeuropäischen, nahe Verwandte an den südeuropäischen Küsten. Es ist also nicht ganz ausgeschlossen, daß wenigstens der Kopfkohl, aus dem das Sauerkraut bereitet wird, bodenständig ist und also Uhland recht hat:

Ein Deutscher hat's zuerst gebaut,
Drum ist's ein deutsches Essen.

Es ist entschieden eine hübsche Vorstellung, in diesem Bestandteil der „Metzelsuppe" ebenso ein Erzeugnis eigener Zucht zu sehen wie möglicherweise in dem dazugehörigen Kesselfleisch und den spezifisch deutschen Würsten. Aber die Vorstellung ist mehr poetisch als wahrscheinlich. Die feineren Kohlarten wie Kohlrabi (mittelalterlich caulirapa), Blumenkohl oder „Carfiol" (von ital. cauli fiori), Wirsing oder „Welschkohl" und Rosenkohl sind sicher südlichen Ursprungs, und auch der Kopfkohl, das „Kraut" schlechthin, heißt in manchen Gegenden Deutschlands und der Schweiz Kappis (vom latein. caput). Übrigens soll das „deutsche" Sauerkraut in Rußland, wo überhaupt die Sitte des Säuerns noch mehr geübt wird, mindestens ebenso beliebt sein wie bei uns.

Außer dem Apfelbaum führt nur noch eine Pflanze aus dieser Gruppe einen rein germanischen Namen: die Möhre oder gelbe Rübe (Daucus carota). Ihre Stammform gehört zu unsern gemeinsten Pflanzen, wächst aber nicht an eigentlich urwüchsigen Standorten, mehr

auf Ödplätzen, an Wegrändern, in verlassenen Steinbrüchen u. dgl. Sie gehört zweifellos zu den Pflanzen des altgermanischen Hausgartens, wenn sie auch archäologisch nicht sicher nachzuweisen ist. Wo die Kulturpflanze erstmals gezüchtet worden ist, läßt sich nicht mehr feststellen; sie kann auch polyphyletischer Entstehung sein. Die wilde Möhre gehört nämlich nach Alphonse De Candolle zu den wenigen Pflanzen, deren Verbreitungsgebiet ein Drittel der ganzen Erdoberfläche umfaßt.

Versuchen wir das Ergebnis aller dieser Einzelbetrachtungen auf einen zusammenfassenden Ausdruck zu bringen, so müssen wir zugestehen: eine Tatsache hat aller neueren und neuesten Kritik standgehalten. Das ist die Überfremdung unsrer Kulturpflanzenflora, die ganz auffallende Armut Mittel- und auch Nordeuropas an wirklich bodenständigen Kulturgewächsen. Die unmittelbare Herkunft aus einheimischen Wildformen ist nur für ganz wenige unsrer alten Kulturpflanzen überhaupt denkbar, höchstens für zwei oder drei wahrscheinlich, wirklich sicher für keine einzige. Bestätigt hat sich auch der vorwiegend asiatische, namentlich vorderasiatische Ursprung. Ebenso bleibt die späte Einführung über Rom für eine Menge von Gartenpflanzen und Obstarten bestehen. Dagegen hat sich allerdings herausgestellt, daß, abgesehen von einigen wenigen Einführungen der Neuzeit, geradezu sämtliche Gegenstände des Ackerbaus schon lange vorher, die meisten schon vor Einführung der Metalle, also mehr als zweitausend Jahre vor der ersten Berührung mit Rom bei uns angebaut worden sind. Das steht trefflich im Einklang mit den Vorstellungen, die wir inzwischen auch aus anderen Quellen geschöpft haben, mit der Kulturhöhe der Urindogermanen, mit deren nordischer Herkunft, mit den Ergebnissen der prähistorischen Siedlungsgeographie, die wohlbesiedelte und wohlbebaute Gaulandschaften schon für eine frühe Vorzeit nachwies, mit den sich mehrenden Zeugnissen von der hohen künstlerischen Kultur und dem ausgesprochenen Bauerntum des altgermanischen Volkes, das in der landwirtschaftlichen Technik zum Teil den südeuropäischen Völkern geradezu voraus war.

Die nach wie vor bestehende Armut an bodenständigen Kulturpflanzen ist um so auffallender, als sonst die meisten Teile der Erde ihre eigenen Kulturpflanzen hervorgebracht haben, nicht bloß der Orient und die Mittelmeerländer, auch Süd-, Ost- und Zentralasien, das tropische Afrika und nicht minder das tropische und auch das gemäßigte Amerika. Fehlt es im mittleren und nördlichen Europa so ganz an einheimischen Nährpflanzen? Keineswegs. Allerdings reicher sind die Steppenländer und besonders die parkartigen Übergangsgürtel zwischen Wald und Steppe. Dort sind namentlich die einjährigen Steppengräser mit ihren mehlreichen Samen zu Hause. Aber so ganz arm ist der deutsche Wald doch auch nicht. Abgesehen vom Wildobst, das ja möglicherweise auch an Ort und Stelle in Kultur genommen wurde, bietet er Haselnüsse, Bucheckern, Eicheln, die bei geeigneter Zubereitung auch dem Menschen zur Nahrung dienen können, namentlich aber unsre ganz köstlichen Waldbeeren: Erdbeeren, Himbeeren, Brombeeren, Heidel- und Preiselbeeren, Moltebeeren. Sie sind denn auch zu allen Zeiten gesammelt worden, in Notzeiten auch allerlei sonstige Wildfrüchte und Wildgemüse wie Mehlbeeren und Vogelbeeren (Crataegus- und Sorbus-Arten), Holunderbeeren, Knöterich, Gänsefuß, Ampfer, Nesseln, Löwenzahn, Wegwarte; sogar eine Grasart mit eßbaren Früchten ist vorhanden und wird auch heute noch gesammelt: das Mannagras (Glyceria fluitans)[5]. Aber niemand hat in alter Zeit daran gedacht, sie für die menschliche Ernährung anzubauen und durch Züchtung zu veredeln, wiewohl z. B. die Brombeere mit ihrem ungeheuren Formenreichtum geradewegs dazu einlädt und von der modernen Pflanzenzüchtung auch mit bestem Erfolg herangezogen wurde. Diese Unterlassung muß schon ihre besonderen Gründe haben.

Der Lösungsversuch

Das Problem ist lösbar für den, der die längst veraltete Dreistufentheorie des Aristoteles endgültig aufgibt und bereit ist, aus den von Alexander von Humboldt, den

[5] Ein besonders reiches Verzeichnis von gelegentlich als menschliche Nahrung genutzten Wildpflanzen bietet Brockmann-Jerosch, Die ältesten Nutz- und Kulturpflanzen. Vierteljahrsschr. der Naturforsch. Gesellsch.-Zürich 62. 1917.

Landwirtschaftshistorikern Link (1821) und Langethal (1847), besonders aber von Eduard Hahn dagegen vorgebrachten Tatsachen[6] die nötigen Folgerungen zu ziehen. Für die Fachgeographen ist diese Einstellung wohl selbstverständlich. Wenn in manchen anderen Kreisen so erstaunlich wenig Gebrauch davon gemacht wird, mag dies zum Teil mit der eigentümlichen Darstellungsweise Eduard Hahns zusammenhängen. Er liebt es, die wirtschafts- und kulturgeschichtlichen Vorgänge mit schöpferischer Phantasie auszumalen, wobei die stets geistreichen und scharfsinnigen Hypothesen, häufig religionsgeschichtlicher Art, fast immer im gleichen Ton vorgetragen werden wie die feststehenden Tatsachen, ähnlich wie in einem historischen Roman. Dadurch wird es dem Leser schwer, beides auseinanderzuhalten, und mancher, der sich an irgendeinem allzu kühnen Einfall stößt, nimmt das zum willkommnen Anlaß, nun gleich die ganze unbequeme Neuerung über Bord zu werfen. Dazu ist kein Grund vorhanden. Man kann auch alles hypothetische Beiwerk ausschalten; dann bleibt etwa noch Folgendes übrig:

Die unterste Entwicklungsstufe der Menschheit ist die des schweifenden Sammlers und Jägers — nicht des Jägers allein; denn zur Jagd gesellt sich immer auch das Sammeln von pflanzlichen Nahrungs- und Genußmitteln, von Früchten, Samen, Kräutern, Wurzeln und Knollen, von Vogeleiern, Muscheln und sonstigem Kleingetier, was regelmäßig von den Frauen und Kindern besorgt wird. Dadurch bietet sich die Gelegenheit, alles, was aus der heimischen Pflanzenwelt etwa nutzbar ist, aufs gründlichste kennenzulernen. Um in Fehljahren nicht zu verhungern, müssen die Sammler sich bemühen, die Auswahl an verwertbaren Pflanzen unter oft gewagten Versuchen und mit raffinierten Zubereitungsmethoden immer mehr zu erweitern; die Findigkeit, die sie sich dabei erwerben, ist an Naturvölkern oft bewundert worden.

Mit so reichen, von Geschlecht zu Geschlecht weitergegebenen Erfahrungen ausgerüstet, kann ein solches Sammlervolk leicht vollends zu einem Anbau einfachster Art übergehen, wie das ebenfalls schon oft beschrieben worden ist. Aus Pflanzensamen, die in der Umgebung des Lagers verschleudert worden sind, können neue Pflanzen hervorgehen und ihrerseits wieder Früchte tragen. Von dieser leicht zu machenden Beobachtung aus ist nur ein Schritt zum absichtlichen Anpflanzen mittels des Grabstocks oder der Hacke, womit bereits ein Beweggrund zur Seßhaftigkeit gegeben ist. Vielleicht hängt es mit dem an Abfällen reichen Boden in der Umgebung der menschlichen Lagerplätze zusammen, daß gerade die stickstoffliebenden Pflanzen unter unsern Kulturgewächsen besonders zahlreich vertreten sind. Ebenfalls nur ein Schritt ist es von da zur anfangs unbewußten, später planmäßigen Zuchtwahl, aus der schließlich echte Kulturpflanzen hervorgehen, nur daß dieser Vorgang, namentlich bei Holzgewächsen, weite Zeiträume beansprucht. Für einen solchen Landbau einfachster Art hat man den Ausdruck Hackbau eingeführt. Er ist außerordentlich weit verbreitet. Alle Neger- und Indianervölker, soweit sie sich über das bloße Sammler- und Jägerdasein erheben, haben bis zur europäischen Kolonisation ausschließlich Hackbau getrieben, und es ist bewundernswert, welch eine reiche Auswahl der wertvollsten Kulturgewächse sie aus oft unscheinbaren und wenig einladenden, zum Teil sogar giftigen Wildpflanzen zu züchten verstanden haben. Die unzähligen, so heiß begehrten, die verschiedenartigsten Nähr-, Genuß-, Reiz- und Arzneimittel sowie Gespinstfasern liefernden Kulturpflanzen der Tropenwelt sind alle aus dem Hackbau hervorgegangen, ebenso zum mindesten die aus Amerika stammenden Kulturpflanzen der außertropischen Zonen, aber höchstwahrscheinlich auch unsre alten Getreidearten und sonstige Gegenstände des vorgeschichtlichen Anbaus. Es gibt keine Wirtschaftsstufe, die in gleichem Maß die Entstehung von Kulturpflanzen begünstigt wie gerade der Hackbau.

Aus dem Hackbau kann in geradliniger Entwicklung schließlich eine raffinierte Garten- und Obstkultur mit künstlicher Bewässerung hervorgehen, wie wir sie namentlich aus dem Orient und den Mittelmeerländern, aber auch aus Süd-, Ost- und Zentralasien und ebenso aus Afrika und Südamerika kennen. Die Bereicherung des Kulturpflanzenbestands durch neue einheimische wie fremde Züchtungen wird hier fortgesetzt. Sowohl der Hackbau wie der Gartenbau wird ausschließlich durch Handarbeit betrieben. Haustiere kommen zwar vor; sie werden aber, abgesehen vom Hund, der schon von den Sammlern und Jägern gehalten wird, nur als Lasttiere verwendet wie der Esel und das Lama, oder als Fleischspender wie das Hausschwein,

[6] Schrifttumsnachweise bei R. Krzymowski, Geschichte der Landwirtschaft, 1939.

oder zugleich Eierspender wie das Haushuhn, in Amerika Moschusente und Truthahn. Zugtiere und Milchtiere sind unbekannt.

Etwas völlig anderes ist der sog. höhere Ackerbau oder die *Pflugkultur*. Das ist keine Entwicklungsstufe, die sich in beliebigen Teilen der Erde ganz von selber einstellt, sondern eine Kette von höchst originellen, offenbar einmaligen Erfindungen, die anscheinend unlösbar miteinander zusammenhängen. Eines der ungebärdigsten Tiere, der Ur oder Wildstier, wird gezähmt, was sehr schwierig ist und einen langen Zeitraum der Seßhaftigkeit voraussetzt; er wird — ein ganz abenteuerlicher Gedanke — in verschnittenem Zustand paarweise unter das Joch gezwungen und vor den neuerfundenen Wagen oder vor ein hakenförmiges Stück Holz, das Urbild des Pfluges, gespannt, womit der Boden aufgerissen und zur Aufnahme des großzügig gestreuten Saatkorns zubereitet und zugleich fruchtbarer gemacht wird, beides unerhört geniale Erfindungen von geradezu weltumwälzender Bedeutung: die ersten Maschinen. Zugleich wird dem weiblichen Rind eine Überproduktion an Milch angezüchtet und diese als menschliche Nahrung verwertet. Zur Milchgewinnung, zugleich aber auch zur Wollerzeugung werden dann auch noch Schaf und Ziege herangezogen. Das gepflügte Feld dient in erster Linie dem Anbau von Weizen, Gerste und Lein. Nach Eduard *Hahn* ist damit regelmäßig noch eine Reihe weiterer Kulturelemente verbunden, so die Einteilung des Jahres in Monate und Wochen, des Tages in Stunden, ursprüngliche Mondverehrung, die astronomische Vorstellung des Tierkreises, das Duodezimalsystem in Maß, Münze und Gewicht und noch anderes.

Die verschiedenen Elemente der Pflugkultur hängen mit großer Zähigkeit aneinander. Wo der Pflug im Gebrauch ist, da finden sich immer auch die anderen Elemente in großer Zahl, wenn nicht vollzählig; wo er fehlt, da fehlen auch sie. Überdies hängen die Verbreitungsgebiete der Pflugkultur alle unter sich zusammen; sie umfassen ganz Europa mit Ausnahme des höchsten Nordens und weiterhin ganz Vorderasien, Indien, Ostasien, auch Nordafrika. Sie *fehlten* vor der Berührung mit Europäern ebenso vollständig in Nord- und Südamerika, in Afrika südlich der Sahara, in Hinterindien und Australien und auf der gesamten ozeanischen Inselwelt. Hier gab es trotz einer sonst zum Teil recht hochstehenden Kultur weder Pflug noch Wagen, weder Weizen noch Gerste, weder Rind noch Schaf noch Ziege, weder Zugtier noch Milchgenuß.

Soweit die Tatsachen. Man sieht darin doch wohl mit Recht eine Bestätigung des Eindrucks, der sich uns von vornherein aufdrängt, daß wir nämlich hier einen *geschlossenen Kulturkreis* vor uns haben, der sich ähnlich etwa den Typen der paläolithischen Technik oder der Verwendung von Kupfer, Bronze und Eisen oder auch ähnlich einer Religion sich zum Teil durch Völkerwanderungen, in der Hauptsache aber von Volk zu Volk weiterverbreitet hat. Seine Urheimat ist kaum irgendwo anders zu suchen als in *Vorderasien*, nicht etwa weil die Paradieses- und Sintflutsage den Ursprung des Menschengeschlechtes dorthin verlegt, sondern einfach, weil es der einzige Erdraum ist, in dem sämtliche Wildformen der beteiligten Kulturpflanzen und Haustiere, nicht bloß Wildemer und Wildgerste neben zahlreichen anderen Stammformen von Kulturgewächsen, auch Ur, Wildschaf und Wildziege ursprünglich vorkommen, weil dort die Landesnatur die Anwendung von Wagen und Pflug auf weiten Flächen ohne weiteres erlaubt, ohne daß, wie in den Waldländern, der ursprüngliche Pflanzenwuchs erst beseitigt zu werden braucht, und weil überdies dort die historisch nachweisbaren Spuren der Pflugkultur am weitesten zurückgehen, in Babylonien bis ins fünfte Jahrtausend und ähnlich im benachbarten Ägypten.

Gewöhnlich nimmt man an, die Elemente der Pflugkultur seien alle ungefähr gleichzeitig oder kurz nacheinander ins Leben getreten und in geschlossenem Verband zusammen gewandert. Sollten sie jedoch zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten, vielleicht auch in mehreren Ländern zugleich und unabhängig voneinander entstanden sein und sich erst im Lauf der Jahrhunderte und Jahrtausende zusammengefunden haben, ähnlich wie sich später Hirse, Einkorn, Roggen und Haber, Hausschwein, Pferd, Haushuhn, Gans und Ente beigesellt haben, so bleibt es doch dabei, daß sie spätestens zur jüngeren Steinzeit alle beisammen waren, daß sie alle in Vorderasien heimisch und dort am frühesten nachweisbar sind, daß sie alle sich über unermeßliche Räume verbreitet haben und daß jedenfalls von den zugehörigen Kulturpflanzen keine einzige in Mitteleuropa zu Hause ist.

Nur ein reduzierter Ableger der Pflugkultur ist nach Eduard Hahn das Nomaden- oder Wanderhirtentum. Auch das ist keine Wirtschaftsstufe, die sich überall einmal einstellen mußte, nur eine geographische Anpassung an eine besondere Landesnatur, nämlich an Wüsten und extreme Steppen, die auf keine andere Weise zu bewirtschaften sind. Es verwendet die Milch und Wolle liefernden Herdentiere der Pflugkultur, setzt aber auch einen entwickelten Getreidebau bereits voraus, da auch der Nomade ohne das Getreide nicht leben kann, das er sich im Tauschwege aus benachbarten Ackerbauländern verschafft. Nur der oft wiederholte Fall, daß Nomadenvölker in Hungerzeiten, um ihre Herden vor völliger Vernichtung zu schützen, in die Ackerbauländer einbrechen und sich mit ihrer stets primitiv bleibenden Kultur dort festsetzen, um erst im Lauf von Generationen sich ebenfalls wieder zum Ackerbau zurückzufinden, hat offenbar dazu verleitet, das Nomadentum in der Kulturentwicklung so früh, noch vor dem einfachsten Ackerbau, anzusetzen; ein fast unausrottbarer Irrtum. Die Herkunft des Nomadentums aus der Pflugkultur wird glänzend bestätigt durch die Tatsache, daß es genau wie diese auf die „Alte Welt" beschränkt ist und in den neuentdeckten überseeischen Ländern fehlt, wie das schon Alexander von Humboldt erkannt hat.

Versuchen wir nun, die Vorgeschichte Mitteleuropas in das verbesserte Entwicklungsschema einzubauen! Das paläolithische Zeitalter ist ganz und gar vom Sammler- und Jägertum beherrscht; darüber ist heute alles einig. Die gleiche Wirtschaftsstufe reicht aber auch noch in das Mesolithikum herein, vielleicht sogar bis an das Ende dieser Periode, wiewohl einzelne Forscher Spuren von Ackerbau und Viehzucht schon für diese Frühzeit erkannt zu haben glauben.

Wichtiger als der Zeitpunkt ist für uns die Frage, in welcher Form sich der Übergang zum Ackerbau vollzogen hat. Sicher nicht auf dem Weg über das Nomadentum; schon deshalb nicht, weil Mitteleuropa niemals ein Steppenland gewesen ist. Die Nomadentheorie ist denn auch allgemein aufgegeben. Aber überhaupt „Viehzüchter", die sich unmittelbar aus dem Jägertum entwickelt und den Ackerbau vorbereitet haben sollen, sind ein Unding. Man darf sich nur die schweifenden Jäger ausmalen, die Herden von halbgezähmten Wildstieren und Wildschweinen durch die Wälder vor sich hertreiben. Im Mittelalter freilich spielen Waldweide und Eckerichnutzung eine große Rolle, und sicher gilt das gleiche auch schon für die jüngere Steinzeit; aber ebenso sicher können sie nicht hinter die Anfänge des Ackerbaus zurückgehen. Die reinen Viehwirtschaften der Gegenwart setzen modernen Handelsverkehr, namentlich Geldverkehr, unbedingt voraus.

Aber auch gegen eine Hackbaukultur, wie sie nach Eduard Hahn zunächst zu erwarten wäre, sprechen schwere Bedenken. Archäologisch nachweisen läßt sie sich nicht. Sie müßte an Resten von Grabwerkzeugen, namentlich aber am Auftreten von bodenständigen Kulturpflanzen bei gleichzeitigem Fehlen der großen Haustiere zu erkennen sein.

Jedenfalls ist der Ackerbau, wie er erstmals und ganz unvermittelt in der jüngeren Steinzeit auftritt, ein schon vollständig fertiger und ganz ausgeprägter Pflugbau mit Resten von Hakenpflügen, Sicheln und Handmühlen, mit Weizen (einschl. Emer), Gerste und Lein, mit Rind, Schaf und Ziege. An allen prähistorischen Fundstätten, wo überhaupt Kulturpflanzen und Haustiere nachgewiesen sind, treten diese sechs immer und wieder nebeneinander auf, genau wie im Orient.

Demnach muß sich Mittel- und Nordeuropa noch im Stadium der Sammler und Jäger befunden haben, als es plötzlich mit den Segnungen der Pflugkultur bekannt wurde, mit andern Worten: das ganze Hackbaustadium scheint hier ausgefallen zu sein, damit aber gerade die Wirtschaftsstufe, die sich sonst überall für die Entstehung von Kulturpflanzen als hervorragend fruchtbar erwiesen hat (oben S. 114). Wenn das so ist, dann dürfen wir uns über die Armut an bodenständigen Kulturpflanzen nicht mehr wundern.

In einem der archäologisch besterforschten Länder, Dänemark, hat neuerdings Joachim Blüthgen[7] im Anschluß hauptsächlich an Gudmund Hatt festgestellt: In der Zeit zwi-

[7] Joachim Blüthgen, Dänische Beiträge zur Vorgeschichtsforschung. Geogr. Anzeiger 1941, S. 141 ff.

schen etwa 9000 und 3000 vor unsrer Zeitrechnung herrschte mit dem Mesolithikum eine reine Jäger- und Sammlerkultur; die wichtigste Nährpflanze scheint die damals noch sehr häufige Haselnuß gewesen zu sein. „Schlagartig setzt dann mit Beginn der jüngeren Steinzeit Getreidebau und Viehzucht ein, etwa im 3. Jahrtausend v. Chr., und zwar ohne jede fundmäßig belegten entwicklungsgeschichtlichen Übergänge. Weizen und Gerste sind als Getreidepflanzen vorhanden; Hornvieh, Schweine und Schafe werden gehalten." Noch in den Kjökkenmöddingern, die in großer Zahl vorhanden und aufs gründlichste untersucht sind, fehlen Spuren von Getreidepflanzen vollkommen. „Einheimische wilde Pflanzen hat man nicht gezogen, wenigstens ursprünglich nicht." „Das sprunghafte Einsetzen des Getreidebaus in Dänemark ... weist schon auf den Einfluß von Einwanderungen fremder Volksstämme hin." „Als die Getreidearten in Dänemark so plötzlichen Eingang fanden, waren sie als Nutzpflanzen bereits voll entwickelt. Die Herkunftsgebiete liegen fast ausnahmslos außerhalb Dänemarks." „Es kann daher ... aus den vorgeschichtlichen Funden Dänemarks nur bestätigt werden, daß der Getreidebau sich auf diesem nordischen Boden nicht ursprünglich entwickelt hat, sondern ein Mitbringsel einwandernder Neolithiker war."

Alle diese Angaben sind unabhängig von unserm Problem, unabhängig auch von Eduard Hahn gemacht; Begriffe wie Hackbau und Pflugbau werden nicht einmal erwähnt. Aber der Sache nach stimmen diese Angaben vollkommen mit unsern Voraussetzungen überein. Das zeigt besonders anschaulich die jener Arbeit beigegebene „Entwicklungsgeschichtliche Tafel".

Damit aber ist unser Problem gelöst.

Daß die Bevölkerung Mitteleuropas bis zur Schwelle des dritten Jahrtausends auf einer so niedrigen Kulturstufe verharrt haben soll, während man anderenorts längst Hackbau und selbst höheren Ackerbau trieb, ist freilich auffallend, ließe sich aber etwa durch die lang andauernde diluviale Vereisung Nord- und Mitteleuropas erklären. Diese vermochte wohl durch scharfe Auslese eine körperlich und geistig besonders tüchtige Rasse heranzuzüchten, aber auch das Eintreten günstiger Kulturbedingungen zu verzögern, während der Subtropengürtel diesen Einflüssen entrückt war und so eine um Jahrtausende früher einsetzende wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte.

Einmal im Besitz der hochwertigen Getreidearten und Haustiere und mit deren Pflege vollauf beschäftigt, hatte der mitteleuropäische Mensch offenbar auf lange Zeit hinaus gar kein Bedürfnis, mit einheimischen Wildpflanzen mühsame Kulturversuche anzustellen. So bildete sich das besonders innige Verhältnis heraus, in dem gerade die mitteleuropäische Bevölkerung nun schon seit mehr als vier Jahrtausenden zur Pflugkultur steht. Anderwärts, bei den Südländern und Orientalen, aber auch in Ostasien, ist der aus dem Hackbau hervorgewachsene Gartenbau immer noch neben dem Pflugbau hergegangen und hat ihn stellenweise wieder überwuchert. Der germanische Bauer legt sein Schwergewicht ganz und gar auf den Pflugbau und die mit ihm unzertrennlich verbundene Viehwirtschaft. Nirgends sonst hat sich das für die Pflugwirtschaft so bezeichnende und eigentümliche Gleichgewicht zwischen Ackerbau und Viehzucht, ihr inniges Zusammen- und Ineinanderarbeiten so rein durch die Jahrtausende hindurch erhalten, nirgends sonst erreicht der Getreidebau und die Rinderzucht einen ähnlich hohen Rang und ähnlich große Erfolge. Pflügen, Säen und Ernten sind noch heute mit einer fast religiösen Weihe umgeben; sie sind der eigentliche Beruf des Bauern, darin liegt sein Wesen. Die ältere Wirtschaftsstufe, die Sammeltätigkeit und die Jagd, hat sich auch hier daneben erhalten; aber das Sammeln von Beeren und andern Wildfrüchten bleibt, wie in der Urzeit, Frauen und Kindern überlassen. In ihnen erweist sich der ererbte Sammeltrieb noch heute lebendig; unsre Bauernbuben schlemmen sogar in Sauerampfer und Habermark. Der Hausgarten und der Geflügelhof sind ebenfalls ausschließlich, die Milchwirtschaft wenigstens vorwiegend, Sache der Frau. Die eigentliche Gartenbaukunst aber, namentlich das Veredeln der Obstbäume und die Blumen- und Gemüsezüchterei bleibt, wie auch der Weinbau, besondern Gewerben oder allenfalls persönlicher Liebhaberei überlassen. Und bis heute liebt der deutsche Bauer eine zwar gediegene, aber äußerst einfache, wenig abwechslungsreiche Kost, wie sie der Acker und der Stall bietet, während die Südländer und Orientalen und auch schon die Franzosen in einer Überfülle der mannigfaltigsten Gemüse- und Obstsorten schwelgen.

Die Verbundenheit mit der Pflugwirtschaft ist so eng, daß wir am liebsten den Getreidebau nebst der gesamten Pflugkultur dem schöpferischen Geist der nordischen Indogermanen zuschreiben möchten — wenn nicht Pflanzen- und Tiergeographie, aber auch die Zeitfolge, es schlechterdings verböten. Aber höchster Bewunderung wert ist auch die Aufnahmefähigkeit und Geschicklichkeit, mit der die nordisch-indogermanischen Völker den großen Sprung getan, sich die fremde Kultur ebenso rasch wie gründlich zu eigen gemacht, sie ihren Bedürfnissen und ihrer Landesnatur angepaßt, weitergebildet und ergänzt haben. Sie waren es, die dem Haustierbestand besonders früh das Schwein und das Pferd beigefügt und vom letzteren den ausgiebigsten, namentlich auch kriegerischen, Gebrauch gemacht haben. Sie haben durch Niederlegung der Wälder und Schaffung einer „Kulturſteppe" ihre Heimat für Getreidebau und Pflugarbeit überhaupt erst zugänglich gemacht, haben eine besonders reiche Auswahl von Getreidearten sich zugelegt, haben selbständig einen verbesserten Pflug entwickelt, haben die Dreifelderwirtschaft eingeführt und echtes Wintergetreide gezüchtet, und haben mit alledem die subtropischen Länder überflügelt.

Zur englischen Politik im Baltikum 1918/1919*

Von H. Dopkewitsch, Riga-Posen

„Es gibt kein anderes Ereignis in meinem Leben, das mich so tief schmerzt, wie diese Kämpfe bei Wenden mit ihrem Mißerfolg. Meine Teilnahme an ihnen war ja nicht groß, war mehr moralischer Natur. Aber unsere Ziele waren groß. Hätten die Kämpfe bei Wenden nicht stattzufinden brauchen oder hätten wir in ihnen gesiegt, dann wäre der Bolschewismus in Rußland schon im Sommer 1920 zusammengebrochen. Im Kampf um Riga war die Lettländische Front durchbrochen. Judenitsch hatte schon seine Armee bei Narwa organisiert; Denikin kam von Süden her. Hätte nicht England die estnischen Truppen gegen die Befreier Rigas geworfen, dann hätten wir zusammen mit den Esten entweder Judenitsch oder Denikin die Hand reichen können. Ebenso war der Weg nach Moskau frei. Aber der hinterhältige Überfall Goughs gelang.

Ewig werden mir die zynischen Worte des englischen Vertreters Grant-Watson im Motorboot, das uns vom Schiff Goughs zurückführte, in den Ohren klingen: ‚Der deutsche Militarismus begann wieder sein Haupt zu erheben. Militarismus kann nur durch Truppen gebrochen werden. Die Truppen dazu nahmen wir aus Estland'.

Diese Anklage muß ich gegen England aufrechterhalten: England brachte den Kampf gegen den russischen Bolschewismus deshalb zum Stillstand, weil sich Deutschland daran beteiligte. Die Engländer zerbrachen die gegen die Bolschewiken gerichtete Front, um aus ihren Trümmern einen Wall zwischen Rußland und Deutschland zu errichten". (Andreews Needra: Erinnerungen eines Volksverräters, Bd. II, S. 149.)

Die Größe und Wucht der in den Worten Needras enthaltenen Anklage kann vielleicht nur der voll ermessen, der den Bolschewismus gewissermaßen am eigenen Leibe erfahren hat und aus dieser Erfahrung heraus weiß, daß es sich hierbei nicht um einen politischen oder weltanschaulichen Gegner, sondern um den Todfeind der Menschheit schlechthin handelt.

Die ganze nichtbolschewistische Bevölkerung Rußlands und seiner Randgebiete ist sehr bald nach dem Machtantritt der Sowjets im November 1917 zu dieser auf der eigenen Erfahrung beruhenden Erkenntnis gelangt[1].

Die Notschreie und Hilferufe dieser Bevölkerung und die Berichte über die von den roten Terroristen verübten Greueltaten mußten aber auch dem übrigen Europa, ja der ganzen übrigen Kulturwelt die Augen darüber öffnen, was es mit dem Bolschewismus auf sich hatte.

Und diese ganze übrige Welt durfte den Vorgängen in Rußland um so weniger teilnahmslos gegenüberstehen, als die bolschewistischen Machthaber kein Geheimnis daraus machten, daß ihr Ziel die Weltrevolution war, und das heißt Übertragung der im bolschewistischen Rußland herrschenden Zustände auf die ganze Menschheit.

Die zunächst ausdrücklich zur Teilnahme aufgerufene Macht war naturgemäß — Deutschland. Deutschland war der unmittelbare Nachbar Rußlands; es war damit einerseits das zu-

---

* Den vorliegenden Ausführungen liegen in erster Linie baltische Presseveröffentlichungen zugrunde.

[1] „All' ihre Gesetzgebung, all' ihre Aufrufe, ihre Beredsamkeit, welche aus dem Zentrum in das Volk geht, aus dem Zentrum, welches auf prinzipieller Unmenschlichkeit gegründet ist, bringen dem Volk den ethischen Zerfall, den moralischen Idiotismus."

W. F., Der Sozialismus der Unmenschlichkeit. In: Balt. Ztg. 22. 10. 1918, Nr. 155.

nächst am meisten gefährdete Land — und die bolschewistischen Machthaber waren sich klar darüber, daß, wenn es ihnen gelang, die bolschewistische Revolution auf Deutschland zu übertragen, auch das Endziel der Weltrevolution nicht mehr fern war. Mußte es schon deswegen allein daran interessiert sein, den Bolschewismus von seinen Grenzen fernzuhalten, so war es doch auch dasjenige Land, das vom Standpunkt des Ostens aus den Inbegriff der Ordnung verkörperte. An dieses Deutschland, das das Nachbarland war, das selbst bedroht war, das das Land der Ordnung war — und das über eine starke und siegreiche Militärmacht verfügte, wandte sich die verzweifelte nichtbolschewistische Bevölkerung Rußlands und seiner Randgebiete und bat um den Schutz der deutschen Truppen. Die Tatsache, daß es keineswegs nur die deutsche Bevölkerung der russischen Randgebiete war, die um den Schutz der deutschen Truppen bat, sondern daß auch zutiefst deutschfeindlich eingestellte Bevölkerungskreise Rußlands ihre einzige Rettung im so scharf angefeindeten deutschen Militarismus sahen[2], charakterisiert sowohl die durch den Bolschewismus geschaffene Lage als auch die Bedeutung dieses deutschen Militarismus angesichts dieser Lage.

Deutschland hat sich diesem ihm gleichsam von der Geschichte selbst gestellten Schutz- und Ordnungsauftrag nicht entzogen. Im Februar 1918 wurden Livland, Estland und Lettgallen besetzt, im März 1918 schickte Deutschland unter General Graf v. d. Goltz Truppen nach Finnland, im Mai erfolgte auch die Besetzung der Ukraine sowie noch anderer Randgebiete Rußlands.

Von Finnland bis zum Kaukasus war im Laufe weniger Monate ein eherner deutscher Wall gegen den Bolschewismus entstanden.

Deutschland hatte diese Schutzherrschaft im Osten zu einer Zeit angetreten, als es im Westen noch in schweren Kämpfen mit den Ententemächten stand, d. h. zu einer Zeit, als die Ententemächte alles daransetzten, um Deutschland und die deutsche Militärmacht zu vernichten. Noch war der Ausgang des Weltkrieges nicht entschieden, noch stand nicht fest, wer der endgültige Sieger sein würde.

Was würde geschehen, wenn Deutschland unterlag? Wenn es, schwer bedrängt im Westen, nicht mehr in der Lage war, seine Truppen zum Schutz der Ostgebiete zu verwenden?

Das war eine Frage, die für die Bevölkerung der unter deutschem Schutz stehenden Gebiete eine Frage von Sein oder Nichtsein bedeutete. Und das war eine Frage, die in dem Maße lauter und dringlicher gestellt werden mußte, als die Nachrichten von deutschen Rückschlägen an der Westfront immer bedrohlicher wurden.

Mit Entsetzen sah diese Bevölkerung, die vor allem den Umfang der von Osten her nicht nur ihr, sondern auch ganz Europa drohenden Gefahr ermessen konnte, daß diejenige Macht, die allein in der Lage war, diese Gefahr zu bannen, daß Deutschland zertrümmert wurde.

Das Entsetzen wuchs, als Deutschland durch die Niederlagen im Westen und durch innere Zerfallserscheinungen sich gezwungen sah, Anfang Oktober 1918 der Entente den Frieden anzubieten, und zwar auf der Grundlage der von Wilson proklamierten Richtlinien: denn diese Richtlinien enthielten die Forderung, daß die ehemals zu Rußland gehörenden Gebiete von den deutschen Truppen geräumt werden müßten.

Diese Forderung erschien so ungeheuerlich, daß man es einfach ablehnte, zu glauben, sie könne wirklich ernsthaft gestellt werden. Sie war nicht nur ungeheuerlich, sie war widersinnig, und zwar gerade vom Standpunkt der Entente aus gesehen, hatte doch die Entente selbst schon begonnen, sich aktiv am Kampf gegen den Bolschewismus zu beteiligen und damit den Anschein erweckt, daß auch sie die große Gefahr begriffen hatte, die der Bolschewismus darstellte.

„Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete steht im Mittelpunkt des Interesses, denn sie ist, darüber ist man sich nicht im Zweifel, die Frage von Sein oder Nichtsein . . . Man darf wohl annehmen, daß Wilson und die Ententemächte nicht die Absicht haben können, den Bolschewismus Großrußlands zu stützen, denn die Union beteiligt sich selbst an den auf die Niederwerfung des Regiments der Bolschewiki gerichteten Unternehmungen in Ostasien, Sibirien und

[2] Vgl. z. B. die Einstellung der nationaldemokratischen Letten, die während der letzten Jahre des Weltkrieges eine unentwegte deutschfeindliche Propaganda getrieben hatten. (Dopkewitsch, Staatsgedanke, S. 108.)

Großrußland. Mithin würde Wilson sich selbst widersprechen, wenn er auf der bedingungslosen Räumung der besetzten Gebiete bestehen und sie auf diese Weise der bolschewistischen Anarchie ausliefern wollte ... Die Ostseeprovinzen und Litauen würden vollends dem Bolschewismus geweiht sein ..."[3]

Nicht nur in den bedrohten Gebieten selbst wußte man, was die Räumungsforderung bedeutete. Eine schwedische Zeitung schreibt:

„Es ist eine Tatsache, welche nicht einmal die eigensinnigsten Deutschenhasser leugnen können, daß in Estland und Livland Anarchie herrschten, ehe sich die Deutschen dieser Provinzen annahmen. Wollte man jetzt sofort die baltischen Provinzen räumen, ohne etwas an Stelle der deutschen Garnisonen zu setzen, so würde man nur das Land einer neuen Anarchie und neuem Elend preisgeben."[4]

Diese Befürchtungen waren nicht übertrieben: im bolschewistischen Rußland wartete man nur auf den Abzug der deutschen Truppen:

Wenn die deutschen Truppen abberufen werden, dann werde der Augenblick zum Handeln gekommen sein; alle Bourgeois würden in zwei Wochen ermordet werden, auch die lettischen Demokraten, auch der Bauernbund in seinem vollen Bestande[5].

Es handelt sich hierbei nicht um leere Drohungen. Deutschland hatte sich gezwungen gesehen, seine Truppen aus einzelnen Gebieten schon zurückzuziehen. In diese Gebiete waren sofort bolschewistische Truppen nachgerückt, und wiederum wandte sich die verzweifelte Bevölkerung an Deutschland. So erschien schon Anfang August eine Deputation des Kreises Disna in Wilna: die Bevölkerung wolle auf keinen Fall an Rußland zurückfallen und stellt sich unter deutschen Schutz. Deutschland könne mit ihnen machen, was es wolle, unter der einen Bedingung, daß sie nicht an Rußland fallen ... Jedes Stück Land, das Deutschland weiterhin evakuiert, würde derselben maßlosen Verwüstung ausgesetzt sein[6].

Trotz dieser eindringlichen, nicht mißzuverstehenden Sprache enthielten die Waffenstillstandsbedingungen die grundsätzliche Räumungsforderung.

Die Entente war sich vollkommen klar darüber, was sie tat.

„Während der Kriegsschlacht lag die Hauptfront im Westen, jetzt, während des Friedenskampfes ist die Hauptfront im Osten, besonders in Rußland (im alten geographischen Sinne)... Deutschlands zukünftige Weltgeltung wird in hohem Maße von seiner Stellung zu Rußland abhängen. Deutscher Einfluß beherrschte den russischen Hof, seine Diplomaten und Generale ... Man muß sich klar darüber sein, wie tief verwurzelt die Germanisierung in Rußland war, diese Germanisierung geht weiter. Auf alle Weise wird der Versuch gemacht, Rußland friedlich zu erobern. Aus Rußland wird Deutschland alles beziehen können, was es braucht. Mit Rußlands Hilfe wird Deutschland noch furchtbarer werden als 1914 ... Das ist die Gefahr im Osten."[7]

---

[3] Balt. Ztg. 19. 10. 1918: W. B., Das nahende Ende des Bolschewismus.

[4] Hier zit. nach Balt. Ztg. 18. 10. 1918. Schon am 10. 10. schrieb „Stockholms Tidningen": „Die Staaten Finnland, Estland, Livland, Polen, Litauen sind dann der bolschewistischen Gefahr preisgegeben. Wilson hat kürzlich die Alliierten und Neutralen aufgefordert, alle Mittel zur Bekämpfung des Bolschewismus zu erwägen. Bei dieser Frage dürfte man erwarten, daß er nicht Forderungen stellt, die zur Folge haben könnten, daß der Bolschewismus neuen Boden gewinnt, anstatt zurückgedrängt zu werden. (Balt. Ztg. 14. 10. 1918: Schutz für die Randstaaten.)

[5] Hier nach Balt. Ztg. 10. 10. 1918: Die Vorbereitung der lettischen Bolschewiki.

[6] Balt. Ztg. 9. 10. 1918: Entsetzliche Greuel in den evakuierten Gebieten.

Dieselbe Nummer der Zeitung enthält einen Hilferuf Lettgallens und einen Bericht über den bolschewistischen Terror in Witebsk. Und immer wieder erscheinen ähnliche Hilferufe und Berichte in den baltischen Zeitungen:

Furcht der Bewohner Iwangorods vor dem Abzug der deutschen Truppen. Balt. Ztg. 18. 8. 1918.

Aus Mohilew wird gemeldet, daß sich an der ganzen Zuglinie ungehindert bolschewistische Banden bilden, die sich auf den Einfall in die Gebiete vorbereiten, die von den Deutschen geräumt werden sollen. Das. 30. 10. 1938 auch Rig. Ztg. 7. 11. 1918: Die Räumung der Stadt Mohilew.

Die Ukraine bittet um Belassung deutschen Schutzes. Balt. Ztg. 4. 11. 1918, Rig. Ztg. 7. 11. 1918.

[7] E. Doumergue, Le Péril est a l'est. In: Revue Baltique. Paris 1918, Nr. 3—4, S. 66f.

Die Ententemächte hatten die Mission Deutschlands im Osten erkannt, klarer vielleicht noch, als Deutschland sie damals selbst erkannt hatte.

„Das geschlagene Deutschland wird auf seine Träume in bezug auf Paris und London verzichten. Aber es sind alle Anzeichen dafür vorhanden, daß es sich mit größerer Energie als bisher auf Rußland werfen wird, welches in Barbarei gefallen, nur auf seinen Meister wartet."[8]

Nicht im Bolschewismus sah also die Entente die Gefahr im Osten, sondern in der Möglichkeit, daß Deutschland diesen Bolschewismus vernichten und überwinden könnte, denn die einzige Schlußfolgerung, die die Entente daraus zu ziehen vermochte, war die, daß Deutschland dadurch eine Machtstärkung erfahren könne.

Deutschlands Macht durfte aber keine Stärkung erfahren. Es mußte also aus dem Osten ausgeschaltet werden.

Was aber sollte aus den bisher von Deutschland besetzten Gebieten und was sollte aus Rußland werden? Die Lösung dieser Frage schien einfach genug. Die Entente selbst mußte eben die Rolle Deutschlands übernehmen.

So gaben auch die besetzten Gebiete, nachdem die Räumungsforderung Tatsache geworden war, die Hoffnung auf eine doch noch mögliche Rettung nicht auf. An ein solches Verbrechen der Entente zu glauben, daß sie diese Gebiete dem Bolschewismus einfach ausliefern würde, konnte und wollte man sich nicht entschließen; besonders noch, weil eine solche Preisgabe ja ihren eigenen Zielsetzungen zu widersprechen schien.

Man meinte also, wenn die Entente die Räumung der besetzten Gebiete forderte, könne das nur den einen Sinn haben, nämlich den, daß sie dann selbst die Schutzherrschaft über die zu räumenden Gebiete übernehmen würde. Ja, man erhoffte sogar noch mehr: die immer umfassendere Formen annehmenden Aktionen der Entente gegen Räterußland[9], sowie die in den Waffenstillstandsbedingungen enthaltene Forderung des freien Zugangs zum Baltischen Meer für die Entente führten zur Annahme, daß die Entente den Kampf gegen die Bolschewiken nun auch vom Baltischen Meer her aufnehmen würde, um mit der Einnahme Petersburgs dem Bolschewismus in Rußland den vernichtenden Schlag zu versetzen.

Man war zu dieser Annahme um so mehr berechtigt, als noch kurz vor Abschluß des Waffenstillstandsvertrages von den Alliierten auf der Versailler Konferenz beschlossen worden war, den Bolschewismus in allen Ländern, wo er auch ausbräche, mit den Waffen zu bekämpfen[10]. Außerdem aber war es ja bekannt, daß die Ententemächte, besonders Frankreich, gewaltige Kapitalien in Rußland investiert hatten, deren Sicherstellung bzw. Rückerstattung nur von einem

---

[8] Revue Baltique, a. a. O.

[9] Der englische Vormarsch in Nordrußland. Die aus engl., franz. u. italienischen Truppen bestehenden gemischten Verbände setzen ihren Vormarsch längs der Dwina fort . . . (Balt. Ztg. 17. 10. 1918.)

Das Programm der Gegenrevolution in Rußland . . . 3. Aufhebung des Brester Vertrages. Wiederherstellung des Bündnisses mit der Entente u. Wiederaufnahme der Ostfront mit militärischer, technischer u. finanzieller Hilfe der Entente. (Diese darf sich aber nicht in die inneren Angelegenheiten Rußlands einmischen und muß auf jegliche Kompensationen verzichten.) (Balt. Ztg. 19. 10. 1918.)

Das Vorgehen der Entente in Rußland. Es scheint in der Tat, als beabsichtigen die Verbandsmächte eine militärische Aktion im Süden, zu der Odessa und Noworossijsk die Basis abgeben würden. Daneben bestätigt sich der Anmarsch zu Land durch Rumänien und Bessarabien. Gleichzeitig soll der Druck von Norden auf den Murman-Archangelsk-Abschnitt verstärkt einsetzen und die Einfahrt durchs Kattegatt, die in den Waffenstillstandsbedingungen vorgesehen ist, soll den Weg durch die Ostsee nach Petersburg eröffnen. Im Süden ist das politische Zentrum der Ententeaktion zur Zeit Jassy, wo die Diplomaten sich wieder eingefunden haben . . . Es bestätigt sich nun, daß dem staffelweise durchzuführenden Abmarsch der deutschen Truppen das Einrücken der Ententeverbände in gleichen Etappen folgen wird . . . (Balt. Ztg. 20. 11. 1918.)

Beginn des Ententeangriffes auf Rußland. Helsingfors 22. 11. 1918 . . . Nach Mitteilungen die ein hier ansässiger Ententediplomat „Helsingin Samomat" macht, hat der konzentrierte Angriff der Alliierten gegen Sowjetrußland nunmehr begonnen (Balt. Ztg. 25. 11 1918, Rig. Ztg. 25. 11.)

[10] Die Entente gegen den Bolschewismus. Zürich 8. 11. (Norddt. Allg. Ztg.) Wie das „Berner Intelligenzblatt" berichtet, wurde in der Versailler Konferenz von den Alliierten beschlossen, den Bolschewismus in allen Ländern, wo er auch ausbreche, mit den Waffen zu bekämpfen. (Balt. Ztg. 11. 11. 1918.)

nichtbolschewistischen Rußland erwartet werden konnte. Es schien jedenfalls alles darauf hinzuweisen, daß die Entente sowohl aus ideellen wie auch aus materiellen Gründen die Niederwerfung des Bolschewismus betreiben würde[11].

Auch Sowjetrußland selbst hat keinen Augenblick daran gezweifelt, daß das Land nach Abrücken des deutschen Ostheeres von Ententetruppen besetzt werden würde:

„Im Falle des Abzuges der deutschen Truppen werden sich dort Okkupationstruppen der Entente einfinden . . . Wir dürfen daher keine Minute versäumen und uns sofort in den von den Deutschen geräumten Gebieten festsetzen. Wir müssen in diesen Gebieten die Revolution erneuern, bevor die Truppen der Entente dort erschienen sind. Wir werden erbittert mit diesen Truppen zu kämpfen haben. Unser Eingreifen ist nicht nur im Interesse der Befreiung der kleinen Völker erforderlich, sondern das verlangt auch die Sicherheit der Sowjetrepublik von uns.

Die Entente will die Bourgeois des baltischen Landes vor dem Strafgericht bewahren . . . Wir werden dafür sorgen, daß in diesem Gebiet die Vorherrschaft der besitzlichen Klassen vernichtet wird und daß an ihre Stelle die Sowjets treten."[12]

Ja, wie aus diesen Äußerungen ersichtlich ist, hat Sowjetrußland auch daran nicht gezweifelt, daß die Entente vom baltischen Raum her einen Vorstoß gegen den Bolschewismus in Rußland unternehmen werde. Es fühlte sich äußerst bedroht, und war zu entschlossenen Gegenmaßnahmen bereit.

Klar und unmißverständlich schien das Programm der Entente, noch klarer und unmißverständlicher allerdings das der Bolschewiken.

Die Situation im baltischen Raum. Herbst 1918.

Wie aber war zu dieser Zeit die Situation im baltischen Raum selbst, um den es hier ging?

Wie bekannt, war der baltische Raum — Kurland, Livland, Estland und Lettgallen — bis zum Jahre 1561 in einem selbständigen, mehrgliedrigen deutschen Staatswesen zusammengefaßt gewesen — dem vom Deutschen Orden geführten altlivländischen „Fünfstaat". Innen- und außenpolitische Gründe hatten zur Auflösung dieses Staatswesens geführt und es Fremdherrschern unterworfen: Polen, Schweden und schließlich, seit 1710, Russen. Zu allen Zeiten aber hat sich dieses Land seinen deutschen Geist und sein deutsches Antlitz zu wahren gewußt.

Während des Weltkrieges wurde dieses baltische Gebiet von deutschen Truppen besetzt. Schon 1915 war Kurland besetzt worden, am 3. September 1917 auch Riga. Livland, Estland und Lettgallen waren zunächst noch in russischer Hand geblieben. Erst als sich nach der Oktoberrevolution in Rußland hier anarchische Zustände auszubreiten begannen und der rote Terror einsetzte, entschloß sich Deutschland auf die Hilferufe der Bevölkerung hin, auch diese Gebiete unter seinen Schutz zu nehmen. So wurden im Februar 1918 auch Livland, Estland und Lettgallen besetzt.

Damit stand das ganze baltische Gebiet unter deutscher Schutzherrschaft und war zunächst wenigstens gegen den inneren und äußeren Bolschewismus gesichert.

Da die deutsche Schutzherrschaft naturgemäß nur ein vorübergehender Zustand sein konnte, mußte daran gedacht werden, dem Lande eine politische Ordnung zu geben, die seine politische

[11] O. G., Das nahende Ende des Bolschewismus. „. . . Vieles deutet darauf hin, daß die Entente nach Friedensschluß bestrebt sein wird, den Bolschewismus in Rußland, und wo er sich sonst zeigen mag, auszurotten, allein schon deshalb, weil die finanziellen Interessen der Entente in Rußland so gewaltig sind, daß sie dort unter allen Umständen Ordnung schaffen muß. Daß das ihre feste Absicht ist, erkennt man aus ihren Aktionen im Norden und Süden Rußlands, sowie aus dem Umstande, daß die Entente in den Waffenstillstandsbedingungen die freie Durchfahrt durch das Kattegatt verlangt — doch wohl nur, um auf dem Seewege nach Rußland zu gelangen und das Nest des Bolschewismus, Petersburg, säubern zu können . . . Die Entente stellt für die Räumung dieses Landes durch die deutschen Truppen keinen Termin, m. a. W. ist die Entente bestrebt, den Bolschewismus von diesen Staaten fernzuhalten . . . (Balt. Ztg. 14. 11. 1918.)

[12] Aus dem Petersburger „Komunists" vom 18. 10. 1918. Hier zitiert nach Balt. Ztg. 9. 11. 1918, die den Artikel aus dem „Lidums" übernommen hat.

Zukunft auf sichere Grundlagen stellte, vor allem aber geeignet war, einen dauernden und sicheren Schutz gegen den Bolschewismus zu gewährleisten.

Wichtig vor allem erschien es, daß das Land nicht nur faktisch, sondern endgültig und staats- und völkerrechtlich von Rußland gelöst wurde. Dieses wurde erreicht durch den Frieden von Brest-Litowsk im März 1918, in dem Rußland auf Kurland verzichtete, und durch die Zusatzverträge vom 27. August, in dem es auch seine Ansprüche auf Livland und Estland aufgab.

Als dann auch im September/Oktober 1918[13] der deutsche Kaiser das Land für „frei und selbständig" erklärte, konnte an den inneren politischen Aufbau gegangen werden.

Da das Land unter dem Schutz der deutschen Truppen stand und dieses Schutzes dringend bedurfte, kam naturgemäß nur eine solche politische Regelung in Frage, die mit den Interessen des Deutschen Reiches übereinstimmte, zum mindesten ihnen nicht zuwiderlief.

Das baltische Deutschtum sowie auch ein Teil der Letten und Esten wünschten die Begründung eines baltischen Staates, der Kurland, Livland, Estland und evtl. auch Lettgallen umfassen, von den drei Nationalitäten des Landes — baltischen Deutschen, Letten und Esten — gemeinsam verwaltet und in irgendeiner Form Deutschland angeschlossen werden sollte. Dieser baltische Staatsgedanke ergab sich zwangsläufig aus der historischen Vergangenheit und aus der historischen Gegenwart der baltischen Lande. Durch die Tatsache, daß ganz Kurland, Livland, Estland und Lettgallen unter deutscher Schutzherrschaft vereinigt waren, war in gewisser Weise die seit dem Jahre 1561 unterbrochene außenpolitische Situation des baltischen Raumes, wie sie zur Zeit des altlivländischen Ordensstaates bestanden hatte, wieder hergestellt worden. Die innenpolitische Situation war weitgehend dadurch bestimmt, daß auch während der Zeiten der Fremdherrschaft die aus dem altlivländischen Ordensstaat hervorgegangenen baltischen Ritter- und Landschaften die repräsentativen und verantwortlichen Vertreter des Landes und seiner Bevölkerung geblieben waren — eine Stellung, die ihnen auch staatsrechtlich auf Grund des Nystädter Friedensvertrages von 1721 zukam[14].

Durch die Angliederung an Deutschland hofften die Vertreter dieses Staatsgedankens, den für das Land so notwendigen Schutz durch die deutschen Truppen sichern zu können.

In krassem Gegensatz zum Gedanken des Baltischen Einheitsstaates standen die schon seit einiger Zeit verfolgten Bestrebungen lettischer und estnischer Nationalpolitiker, zwei unabhängige Staatswesen — Lettland und Estland — auf ethnographischer Grundlage zu errichten. Die Parole vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Prinzip der Demokratie und eine betonte Deutschfeindlichkeit waren die geistigen Triebkräfte dieser Staatsideen. Ihre Verwirklichung sollte mit Hilfe der Ententemächte durchgesetzt werden, ihre außenpolitische Orientierung sollte ententistisch sein.

Ein im November 1917 in Petersburg begründeter, später nach Walk übergesiedelter Lettischer Nationalrat versuchte durch Denkschriften, Protestnoten, Pressepropaganda usw. die Anerkennung einer unabhängigen demokratischen Republik Lettland bei der Entente zu erwirken. Ein lettisches Informationsbüro in Stockholm und ein nach London entsandter Delegierter des lettischen Nationalrats waren besonders in diesem Sinne tätig[15].

Vom Standpunkt der Vertreter des baltischen Staatsgedankens wurden schwere Bedenken gegen die Begründung solcher Staatswesen geltend gemacht.

1. Die historische Einheit des baltischen Gebietes würde zerrissen werden.

2. Würde damit bewußt die Tatsache übersehen werden, daß in diesem Lande nicht nur Esten und Letten leben, sondern auch Deutsche mit alter Kultur, starker materieller Basis

[13] Die entsprechende Urkunde war schon am 22. 9. 1918 ausgestellt worden, konnte aber erst am 19. 10. in den baltischen Zeitungen veröffentlicht werden.

[14] Vgl. hierzu und zu den folgenden Ausführungen über den Baltischen Staat die Erinnerungen des ehemaligen Ritterschaftshauptmannes von Estland Freiherrn Eduard von Dellingshausen: „Im Dienste der Heimat". Stuttgart 1930. Teil VI: Die Loslösung Estlands u. Livlands von Rußland; A. v. Tobien, Die Livländische Ritterschaft . . . Berlin 1930. 2. Bd., 2. Teil, Kap. 3ff.; auch die Arbeit von Claus Grimm, Jahre deutscher Entscheidung im Baltikum 1918/1919. Essen 1939.

[15] J. Sahlit, Die Tätigkeit des lettischen Nationalrats in Petersburg. In: „Jaunakas Zinas", hier nach Balt. Ztg. 16. 11. 1918.

und gleichen Heimatrechten. Die über ganz Kurland, Livland und Estland siedelnde deutsche Bevölkerung würde auseinandergerissen werden.

3. Diese das einigende Element zwischen den lettisch und estnisch sprechenden Landesteilen bildende deutschbaltische Bevölkerung war im Verlauf der bisherigen Geschichte gewissermaßen die repräsentative Staatsnation dieser Gebiete gewesen. Es war zu befürchten, daß sie in den neuen auf dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts der Letten bzw. Esten aufgebauten Staaten nicht nur diesen Charakter verlieren, sondern so gut wie ganz aus dem Staatsleben ausgeschaltet werden würden.

4. Mußte diese Möglichkeit schon vom Standpunkt der deutschbaltischen Bevölkerung als untragbar und unannehmbar erscheinen, so war sie in noch höherem Maße gefährlich für das Land selbst. Die im Jahre 1917 in Riga und Südlivland durchgeführten Wahlen hatten gezeigt, daß etwa die Hälfte der lettischen Bevölkerung bolschewistisch eingestellt war. Wenn diesen bolschewistischen Massen der Weg zur Selbstbestimmung eröffnet würde, so war bei einer gleichzeitigen Ausschaltung des stärksten staatserhaltenden Faktors, der Deutschbalten, das Schlimmste für die Zukunft des Landes zu befürchten.

5. Vor allem aber, und das war ausschlaggebend für die Ablehnung der von den lettischen und estnischen Nationaldemokraten geplanten Staatsgründungen, konnte bei einer solchen Ordnung der Dinge auf den Schutz der deutschen Truppen, auf den das Land gegen den inneren und äußeren Bolschewismus angewiesen war, nicht mehr gerechnet werden. Das Deutsche Reich und die deutschen Truppen würden nicht das geringste Interesse daran haben, einen Staat zu schützen, zu dessen zugkräftigsten ideologischen Grundlagen die Deutschfeindlichkeit gehörte [16–19].

Es durfte einfach nicht die Tatsache übersehen werden, daß große Teile der lettischen und estnischen Bevölkerung bolschewistisch eingestellt waren und nur auf den geeigneten Moment eines Anschlusses an das bolschewistische Rußland warteten.

Unter diesen Umständen das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und das Prinzip der Demokratie durchführen zu wollen, bedeutete die Auslieferung des Landes an den Bolschewismus.

Solange der Bolschewismus in Rußland nicht niedergeworfen war, durfte nur ein Gesichtspunkt für die neue Staatsgründung maßgebend sein, derjenige nämlich, welche Staatsform am geeignetsten war, das Land vor dem Bolschewismus zu schützen. Von diesem Standpunkt aus mußte der geplante baltische Staat ohne Zweifel als die geeignetere Staatsform erscheinen.

Anfang November beschlossen der Vereinigte Landesrat von Livland, Estland, Riga und Ösel [20] sowie der Kurländische Landesrat [21] die Vereinigung aller baltischen Gebiete (Livland,

---

[16–19] Eine lettische Zeitung („Rigas Latviešu Avize") schreibt hierzu: „. . . Solange Deutschland seine schirmende Hand über dem Baltenlande hält, haben seine Bewohner von bolschewistischer Mord- und Raubgier nichts zu fürchten." Der Landesrat habe den einzig richtigen Weg beschritten: Loslösung von Rußland, feste Angliederung an Deutschland. „. . . Diejenigen, die meinen, daß wir als selbständige und unabhängige Staaten bestehen können, sind unfähig, die rauhe Wirklichkeit richtig einzuschätzen. Denn Deutschland hätte dann keinen Grund, für einen solchen Staat schützend einzutreten. Damit aber wäre wiederum das Signal für die Überflutung des wehrlosen baltischen Gebietes durch die Bolschewiken gegeben." (Zit. nach Rig. Ztg. vom 15. 10. 1918.)

Am 21. Oktober 1918 schreibt die „Rig. Ztg.": „Nun gibt es freilich auch bei uns Naive und Toren, die sich einbilden, Deutschland würde in einem Augenblick, wo es alle seine Kräfte zur Verteidigung seiner westlichen Stellung benötigt, seine Truppen in einem Lande belassen, das sich von seinem Befreier lossagen und ohne ihn seine eigenen Wege gehen will . . ."

[20] Über Entstehung, Zusammensetzung, Aufgaben und bisherige Tätigkeit des am 12. 4. 1918 von den Landtagen Livlands, Estlands, Ösels und der Rigaer Stadtverordnetenversammlung gewählten Vereinigten Landesrates führte der Vorsitzende Baron Pilar von Pilchau in seiner Eröffnungsansprache am 5. 11. folgendes aus: „Als die deutschen Truppen im Februar dieses Jahres Liv- und Estland besetzten, herrschte auf dem Gebiete der Verwaltung ein vollkommenes Chaos. Die einzigen noch auf gesetzlicher Grundlage bestehenden Institutionen waren die Landtage der Ritter- und Landschaften. Um unverzüglich die für das Landeswohl erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, wurde von der Obersten Heeresleitung und dem Herrn Reichskanzler die Genehmigung zur Einberufung der Landtage eingeholt,

Estland, Kurland, Riga und Ösel)[22] zu einem unabhängigen Baltischen Staat, in dem die souveräne Gewalt bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung durch einen von den Landesräten gewählten Regentschaftsrat ausgeübt werden sollte. Daraufhin traten am 5. November im Schloß zu Riga der Vereinigte Landesrat, dem sich der Kurländische Landesrat anschloß, zu einer Tagung zusammen, der folgende Fragen zur Beschlußfassung vorlagen:

1. Die an das Deutsche Reich zu richtende Bitte um ferneren Schutz der baltischen Lande gegen Anarchie und Verwüstung.

2. Die Bildung eines aus Vertretern aller Bevölkerungskreise und Nationalitäten zusammengesetzten Landes-Ausschusses, der die Verfassung der baltischen Lande auszuarbeiten hat.

3. Die Bildung einer provisorischen Landesregierung[23].

Auf der Schlußsitzung dieser Tagung am 9. November erfolgte die Konstituierung des Baltischen Staates[24].

Am 9. November 1918 fand die Tagung des Vereinigten Landesrates ihren Abschluß:

„Meine Herren! In tiefernster Zeit hat die Tagung des Landesrates ihren Verlauf nehmen müssen. Die Annahme unserer Beschlüsse durch den Kurländischen Landesrat hat die von uns erstrebte Vereinigung der Baltischen Gebiete um einen bedeutenden Schritt weitergebracht. Durch diese Beschlüsse ist eine einheitliche Vertretung für das ganze Baltenland geschaffen worden. Die Zusammensetzung des Landesausschusses, in den Vertreter aller Nationalitäten — außer den Deutschen, Esten und Letten auch Vertreter der Russen, Litauer, Hebräer und Schweden — berufen wurden, bietet die Gewähr, daß die Interessen aller Bevölkerungsgruppen wahrgenommen werden sollen.

Da noch nicht die Anzahl der Glieder des Landesausschusses gewählt ist, so ist für die Vertreter derjenigen Parteien, die sich bisher nicht bereit erklärt haben, mit uns gemeinsam zu arbeiten, der nachträgliche Beitritt ermöglicht. In seiner Eröffnungsrede hat bereits Baron Pilar darauf hingewiesen — und ich wiederhole es —, daß wir eine Erklärung der Bereitwilligkeit mitzuarbeiten von seiten jener Parteien freudig begrüßen werden[25]. — Durch Ihren Beschluß, daß die Verabschiedung der Verfassungsvorlage durch

---

mit der Absicht, auf Grund des historisch Gewordenen zur Schaffung neuer zeitgemäßer Gebilde auf breiter Basis zu schreiten.

Da von Wahlen in weiterem Umfange aus naheliegenden Gründen Abstand genommen werden mußte, wurden die Wahlen auf berufsständischer Basis angeordnet und ausgeführt. Vertreten sind somit in unserer Versammlung: 1. die bäuerlichen Landgemeinden, 2. die Städte, 3. der Großgrundbesitz, 4. die Geistlichkeit, 5. die Hochschulen, 6. Handel und Industrie.

Auf Grund dieser Wahlen haben wir unsere Mandate erhalten, und ich kann heute mit gutem Gewissen konstatieren, daß die Resultate unserer bisherigen Tätigkeit, die erfolgte Loslösung von Rußland sowie die Anerkennung unserer Selbständigkeit den Wünschen der gesamten Bevölkerung entsprechen." (Rig. Ztg. 6. 11. 1918, Balt. Ztg. 6. 11. 1918.)

[21] Der Kurländische Landesrat nahm bisher eine gesonderte Stellung ein, da Kurland durch den Frieden von Brest-Litowsk zu einem Bestandteil des Deutschen Reiches geworden war.

[22] Hinzukommen sollte noch Lettgallen, dessen staatsrechtliche Lösung von Rußland bisher noch nicht erfolgt war, das aber einen Vertreter beauftragt hatte, an den Vereinigten Landesrat die Bitte zu richten, den Anschluß Lettgallens an den baltischen Staat zu genehmigen und der lettgallischen Zentralverwaltung zu gestatten, schon jetzt an den Beratungen über die zukünftige Verfassung teilzunehmen. Ein besonders dringliches Anliegen der lettgallischen Bevölkerung war es hierbei, daß ihr auch noch weiterhin der militärische Schutz des Deutschen Reiches gewährt werden sollte. (Rig. Ztg. und Balt. Ztg. 6. und 7. 11. 1918: Die Sitzung des Vereinigten Landesrates usw.) Vgl. auch oben S. 3, Anm. 6.

Ein ähnlicher Antrag auf Belassung der deutschen Truppen und auf dauernde Vereinigung mit Livland wurde auch von Deputierten des Petschornschen Gebietes gestellt (das.)

[23] Bekanntmachung. Rig. Ztg. 1. 11. 1918.

[24] Eingehende Berichte über die Sitzung des Vereinigten Landesrates von Livland, Estland, Riga und Ösel wurden in der Rigaschen und in der Baltischen Zeitung vom 6. bis 11. 11. 1918 veröffentlicht.

[25] Gemeint sind die Parteien, die sich um den Lettischen Nationalrat gruppieren. Wie ernst ihre Nichtbeteiligung gewertet wurde, geht auch aus der Eröffnungsrede Baron Pilars auf die hier hingewiesen wird, hervor:

„Es ist sehr zu bedauern, daß in dieser so überaus ernsten, ja kritischen Zeit, in der sich doch alle ordnungsliebenden Elemente zusammenschließen müßten, die Vertreter der anderen Gruppen es bisher noch

eine auf breiter Grundlage gewählte Versammlung der Vertreter der Bevölkerung erfolgen soll, haben Sie bewiesen, daß Sie damit einverstanden sind, daß die Verfassung selbst auf breiter Grundlage ausgebaut werde. So dürfen wir denn der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Arbeiten des Landesausschusses mit derselben Eintracht, wie die Verhandlungen im Landesrat sich vollziehen werden und daß ein Bau geschaffen wird, in dem alle Mitbürger unseres Landes im friedlichen Wettbewerb der Entwicklung ihrer eigenen Kultur leben können und zum Wohl der gemeinsamen Heimat arbeiten werden. — Das walte Gott!"

Zeigen diese Worte, mit denen Baron Dellingshausen die Tagung beschloß[26], in welchem Geiste die Begründung des Baltischen Staates erfolgte — Wahrung der Interessen aller Bevölkerungsgruppen[27], und das Wohl der gemeinsamen Heimat —, so zeigen sie doch auch, in wie starkem Maße diese Tagung schon unter dem Schatten sich vorbereitender verhängnisvoller Ereignisse stand.

Diese Ereignisse waren schon eingetreten.

„Als am 9. November 1918 im Schloß zu Riga das Schlußprotokoll der Landesratssitzung abgefaßt wurde, traf die Nachricht ein, daß in Deutschland die Revolution ausgebrochen sei, und daß der Kaiser abgedankt habe. Es war klar, daß dieses den Zusammenbruch der deutschen Heeresmacht bedeuten würde, und daß damit zusammenhängend auch eine baldige Räumung der baltischen Provinzen und deren Preisgabe an die Bolschewiken erfolgen würde. Unter diesem Eindruck ging der Landesrat auseinander."[28]

Was als schwere Befürchtung schon seit einiger Zeit auf dem Lande gelegen hatte, war Wirklichkeit geworden — Deutschland war zusammengebrochen. „Erschütternd und überwältigend, schwerer als alles persönliche Leid, legt sich die Last des furchtbaren Geschehnisses auf uns."[29]. Das war keine Phrase, die Erschütterung über dieses Geschehen ist so stark, daß sich ungeachtet des eigenen Untergangs, den diese deutsche Katastrophe bedeutet, nur das eine haltgebende Gefühl zum Ausdruck zu brechen vermag: es kann nicht sein, daß das deutsche Volk sich selbst aufgibt[30].

Der deutsche Zusammenbruch war nicht unerwartet gekommen. Die Sorge, daß Deutschland einmal nicht mehr in der Lage sein könnte, das Land zu schützen, hatte im Hintergrund

---

nicht haben über sich gewinnen können, von Partei- und Nationalitätengegensätzen abzusehen, um in friedlicher Zusammenarbeit ein Werk zu fördern, das allen Landeskindern zugute kommen soll.

Wir beklagen es tief, daß der Glaube an die Existenzfähigkeit kleinerer Staatsgebilde die Bildung eines Baltischen Einheitsstaates zu gefährden droht. Offen und loyal haben wir unsere Mitbürger zur Mitarbeit aufgefordert; sie haben es bisher abgelehnt.

Dessenungeachtet stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wir ihre Bereitwilligkeit zur gemeinsamen Arbeit für das Wohl der Heimat freudig begrüßen würden." (Rig. Ztg. 6. 11. 1918: Sitzung des Vereinigten Landesrates usw.)

[26] Balt. Ztg., Rig. Ztg. 11. 11. 1918: Sitzung des Vereinigten Landesrates usw.

[27] Besonders interessant ist die in diesem Zusammenhang mehrfach zur Sprache gekommene Frage der kulturellen und nationalen Rechte der einzelnen Volksgruppen im Lande. So wird in einem Antrag über die im Verfassungsentwurf festzusetzenden Grundrechte der Einwohner der Baltischen Lande folgende Lösung dieser Frage vorgeschlagen: „Alle im Lande wohnenden Nationalitäten garantieren einander gegenseitig die Unantastbarkeit ihrer nationalen Eigenart und Sprache für Religion, Schule, Rechtspflege und das öffentliche und private Leben; auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der kleinen Völker hat jede Nationalität das Recht auf staatliche oder kommunale Bildungsanstalten in ihrer eigenen Sprache. (Balt. Ztg. 11. 11. 1918: Sitzung usw. Antrag des Pastors T. Hahn, Paragraph VI.)

[28] Aus den Erinnerungen eines Teilnehmers an der Landesratssitzung.

[29] Rig. Ztg. 11. 11. 1918: —m., Mußte es wirklich so kommen?

[30] „. . . dessen müssen wir gewiß sein — das Ende kann das nicht sein, was wir heute sehen! Dazu ist unser Volk zu gesund und zu stark, seine sittlichen Kräfte zu elementar . . ." (das.)

„Wir erkennen Deutschland nicht wieder! möchte mancher ausrufen. Kann dieses Volk der Zucht und Ordnung sich selbst verlieren? Es wird sich nicht verlieren, lautet die Antwort . . . Niemand soll uns glauben machen, daß in den Völkern, und daß im deutschen Volk ersterben könnte, was gut und tüchtig ist, was wahre Kultur und Kraft des Gemeinsinns verbürgt. Diese Kräfte sind da, ihr Wirken ist sicher. An sie dürfen wir glauben . . ." (Balt. Ztg. 11. 11. 1918: W. B., Nach dem Rücktritt des Kaisers.)

alles politischen Handelns der letzten Zeit gestanden. Und nun es soweit war, waren Grundlagen geschaffen, die geeignet schienen, dem Lande eine gewisse äußere und innere Sicherheit zu bieten. Konnte darauf gehofft werden, daß die erreichte staatliche Unabhängigkeit von Rußland und von Deutschland ein Hineingerissenwerden in die bevorstehenden außenpolitischen Wirren verhinderte, so war auch eine innerstaatliche Ordnung entstanden und eine Vertretung geschaffen, die entschlossen war, mit allen vorhandenen und erreichbaren Kräften und Mitteln das Land und seine Bevölkerung vor Unheil zu bewahren.

Der Baltische Regentschaftsrat war sich der Verantwortung und der Aufgabe, die die historische Stunde an ihn stellte, voll bewußt — daß es jetzt vor allen Dingen und mehr denn je darauf ankam, die Verteidigung und den Schutz des Landes gegen die Bolschewiken zu organisieren und sicherzustellen.

Dreierlei dahinzielende Schritte wurden unternommen:

1. Am 11. November wurde die Bildung einer freiwilligen baltischen Landeswehr, an der sich alle drei Nationalitäten des Landes beteiligen sollten, beschlossen. Diese baltische Landeswehr sollte zunächst, solange sie noch in der Organisierung und Ausbildung begriffen war, vor allem dem Schutz gegen die Gefahren des inneren Bolschewismus dienen, späterhin aber, im Ernstfalle, auch die Verteidigung des Landes übernehmen. Die Werbungen für die baltische Landeswehr sollten innerhalb der einzelnen Nationalitäten erfolgen [31].

Während der Zeit aber, solange die eigenen Landeskräfte noch nicht stark genug waren, selbst an eine Verteidigung des Landes denken zu können, bedurfte das Land noch fremder Truppen. Daher wurde

2. an die deutsche Regierung die Bitte um Belassung der deutschen Truppen gerichtet und

3. ein Beauftragter des Regentschaftsrates nach Stockholm entsandt, der dort die Hilfe der Entente erwirken sollte. Dieser Schritt erfolgte im Einvernehmen mit dem deutschen Oberkommando.

Der 11. November 1918.

In diesem Moment, wo alles Menschenmögliche getan schien, um das Land vor der infolge des deutschen Zusammenbruchs drohenden Katastrophe zu bewahren, bemächtigte sich die siegreiche Entente dieses Gebietes — nicht, um ihm die Hilfe zu bringen, deren es so dringend bedurfte, und um die sie gebeten worden war, sondern um es in den Abgrund ihrer Vernichtungspolitik zu stürzen.

Die Entente erklärte den Frieden von Brest-Litowsk für ungültig — und gab Rußland alle Ansprüche auf das baltische Land zurück.

Sie forderte die Räumung — und gab Rußland, und zwar dem bolschewistischen Rußland, die Möglichkeit, diese Ansprüche zu verwirklichen.

Sie tat noch mehr — sie zerbrach den baltischen Staat. Am 11. November erkannte England die Nationalräte der Esten und Letten als staatliche Körperschaften de facto an und ermöglichte damit die Proklamierung der Republiken Estland (am 12. November) und Lettland (am 18. November).

Mit diesem 11. November 1918 wurde eine innen- und außenpolitische Situation geschaffen, die neue, unberechenbare Elemente enthielt und die Unsicherheit nur zu vermehren schien.

Einen Hoffnungsschimmer enthielt der Zusatz zur Räumungsbestimmung vom 12. 11., der besagte, daß die vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Gebiete zu räumen seien, wenn die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten [32].

Schon am 12. November wurde die Republik Estland ausgerufen.

Wie sich die Dinge im lettländischen Gebiet gestalten würden, war noch unklar. Fest stand das eine, daß das Land sehr ernsten Zeiten entgegenging und daß es galt, soviel in den eigenen

---

[31] Sitzung des Regentschaftsrates vom 11. 11. 1918. Wittram, Zur Geschichte des Winters 1918/1919. In: Baltische Lande, Bd. 4, S. 35—37 (Beilage I).

[32] Balt. Ztg. 13. 11. 1918: Neue Waffenstillstandsbedingungen.

Kräften lag, sich dafür zu rüsten. Alle verantwortlichen Elemente der Bevölkerung waren sich daher einig darüber, daß — wie auch immer sich die politischen Verhältnisse gestalten mochten — schnellste Organisierung der vom Baltischen Regentschaftsrat begründeten Baltischen Landeswehr das Gebot der Stunde war.

Am 13. November wurde folgender Aufruf veröffentlicht: „Aufruf. Recht und Kultur unseres Baltenlandes sind von finsteren Mächten bedroht. Die Brandung der Anarchie will unsere Heimat überschwemmen. Wo finden wir Schutz?

Nur in uns selbst liegt die Hilfe! Nur ein fester Zusammenschluß aller ordnungsliebenden und rechtserhaltenden Elemente ohne Unterschied der Nationalitäten, Parteien und Klassen kann uns retten. Alle kleinen Sonderinteressen müssen dem großen Gemeinwohl untergeordnet werden.

Vor allen Dingen muß sofort eine bewaffnete Schutzwehr geschaffen werden. Diese Schutzwehr soll zunächst im engen Einvernehmen mit der militärischen Macht des Deutschen Reiches wirken, um später selbständig den Sicherheitsdienst im Lande zu übernehmen.

Jede Nationalität unseres Landes sammelt alle Kräfte, getrennt nur durch die Sprache, einig in der Sache. Die Schaffung eines einigen Schutzes für unser Land ist die erste Tat des werdenden Staates."

Dieser Aufruf, der im folgenden Teil alle deutschen Männer Rigas im Alter von 18 bis 60 Jahren auffordert, sich unverzüglich zu melden, ist unterzeichnet: „Der Baltische Deutsche Nationalausschuß."[33]

War schon Anfang November von deutschbaltischer Seite der Wunsch geäußert worden, „daß auch wir eine Organisation haben, die als Ausdruck des politischen Willens und der Wünsche der gesamten deutschbaltischen Bevölkerung nach außen hin aufzutreten in der Lage wäre"[34], so hatten die Ereignisse des 9. und 11. November die Schaffung einer solchen Organisation zur Vertretung und Förderung aller deutsch-baltischen völkischen und kulturellen Interessen zu einer dringenden Notwendigkeit gemacht, und zur Begründung des aus Vertretern berufsständischer Organisationen und politischer Parteien gebildeten deutsch-baltischen Nationalausschusses geführt.

Mit dem Aufruf zum Schutz der Heimat trat der deutschbaltische Nationalausschuß zum erstenmal an die Öffentlichkeit und bekundete damit, daß er die Anwerbung deutschbaltischer Freiwilliger für die baltische Landeswehr als seine vornehmste Aufgabe betrachtete, womit gleichzeitig zum Ausdruck gebracht wurde, daß das gesamte baltische Deutschtum die Landesverteidigung als ihre dringlichste Aufgabe ansah.

Aber nicht nur das baltische Deutschtum, auch die anderen Nationalitäten erkennen die Dringlichkeit der Errichtung einer Schutzwehr an. Sehr entschlossen wird innerhalb der Russen geworben, und auch das Lettentum scheint nicht zurückstehen zu wollen, und zwar ist es der Lettische Nationalrat, der die Organisierung der Schutzwehr innerhalb des Lettentums zu übernehmen gedenkt und zum Eintritt in die baltische Landeswehr auffordert[35].

Hatte es im Plan der Begründer der Baltischen Landeswehr gelegen, daß die Bildung, Organisierung und Wirksamkeit der Baltischen Landeswehr in enger Zusammenarbeit mit dem deutschen Oberkommando erfolgen sollte, so war sowohl durch die deutsche Revolution als vor allem durch die Waffenstillstandsbedingungen des 11. November die Stellung des deutschen Oberkommandos im Baltikum in bezug auf Fragen seines weiteren Verbleibs, seiner Kompetenzen usw. fragwürdig geworden. Hierdurch war nicht nur in bezug auf die dringlichen Fragen der Landeswehr als auch ganz allgemein eine vollkommen unübersichtliche und unüber-

[33] Balt. Ztg. 13. 11. 1918, Rig. Ztg. 13. 11. 1918.

[34] Rig. Ztg. 5. 11. 1918: Zusammenschluß.

[35] Balt. Ztg. 15. 11. 1918 und 18. 11. 1918. Dieser Lettische Nationalrat, der am 11. 11. von England als staatliche Körperschaft de facto anerkannt worden war, wurde daraufhin in den lettischen Zeitungen als die einzige autoritative Organisation, die in den Angelegenheiten des Landes maßgebend sei, bezeichnet. Es wird die Hoffnung ausgesprochen, daß er bald die Verwaltung des Landes übernehmen werde; als seine unaufschiebbarste Aufgabe wird die Organisation der nationalen Heeresmacht angesehen. (Lidums: Was verlangt die Stunde? 12. 11. 1918, hier nach Balt. Ztg. 13. 11. 1918.)

sehbare Situation entstanden, in der es eine wirklich allgemein anerkannte autoritative Instanz überhaupt nicht mehr gab.

Unter diesen Umständen wurde es allgemein begrüßt, als am 14. November August Winnig zum Generalbevollmächtigten des Reichs für die Baltischen Lande ernannt wurde[36].

August Winnig trat die ihm übertragene Aufgabe der politischen Geschäftsführung der baltischen Lande mit einem warmen Herzen für die deutsche Sache und mit Verständnis für die Sache der Letten und Esten an[38].

Noch ehe die umwälzenden und verheerenden Folgen der in das Schicksal der Baltischen Lande eingreifenden Politik landfremder Mächte und Elemente zur vollen Auswirkung kamen, waren in der Baltischen Landeswehr, im deutschbaltischen Nationalausschuß und in der Person August Winnigs Faktoren entstanden, die entschlossen waren, soviel in ihren Kräften lag, den drohenden Bolschewismus abzuwehren.

Der 18. November 1918.

Die am 18. November erfolgte Proklamierung der demokratischen Republik Lettland war von dem am 17. November 1918 gebildeten lettischen Volksrat[39] vollzogen worden. Dieser Volksrat bestand aus 39 Vertretern von 8 lettischen Parteien, die einen Teil der lettischen Bevölkerung Südlivlands und Rigas repräsentierten, und zwar das lettische liberale Bürgertum und die nichtbolschewistische lettische Sozialdemokratie.

Eine wirkliche Vertretung des lettischen Volkes, geschweige der Bevölkerung Lettlands, stellte dieser Volksrat nicht dar[40].

Nicht vertreten war der äußerste rechte Flügel des lettischen Volkes — konservativ eingestellte Kreise der Letten, die ebenso wie die baltischen Deutschen das demokratische Prinzip als gefahrbringend für das Land ablehnten.

Nicht vertreten war der äußerste linke Flügel — die lettische bolschewistische Sozialdemokratie, die nur auf den Anschluß des Landes an das bolschewistische Rußland wartete.

Nicht vertreten war das gesamte baltische Deutschtum, das auch unter diesen Umständen als die einzige gesetzmäßige Landesvertretung den baltischen Regentschaftsrat ansah.

Es standen sich also im neubegründeten Staat drei politisch kraß voneinander abweichende Bevölkerungsgruppen gegenüber: 1. das baltische Deutschtum, 2. das Staatslettentum, 3. die lettischen Bolschewiken.

Geht aus dem im oben angegebenen Wahlergebnis enthaltenen Kräfteverhältnis dieser politischen Bevölkerungsgruppen hervor, wie vollkommen unhaltbar die innenpolitische Position dieses Staates war, so kann seine außenpolitische Lage angesichts des inneren bolschewistischen Übergewichts nur noch als grotesk bezeichnet werden. Waren doch diese auf Grund einer Sonderaktion Englands entstandenen Staaten Lettland und Estland durch die Waffenstillstandsbedingungen der Entente zu Bestandteilen des bolschewistischen Rußland geworden. Zog Ruß-

---

[36] Wie aus dem Bericht Winnigs hervorgeht, war diese Ernennung die Bestätigung einer angesichts der Not und Unklarheit der Lage im Lande selbst vorgenommenen Wahl. Winnig, S. 36.

[38] Winnig formuliert seine Einstellung zur baltischen Politik in folgender Weise: „Das Ziel meiner Politik war die Schaffung von Beziehungen zwischen uns und den Baltenländern, die sie wirtschaftlich und politisch auf unsere Seite brachten und uns die Möglichkeit gaben, unsere in ihren Grenzen wohnenden Stammesbrüder vor Unbill und Gewalt zu schützen." Winnig. Am Ausgang der deutschen Ostpolitik. Berlin 1921. S. 37.

[39] Entstanden auf Grund einer Vereinigung des Lettischen Nationalrates mit dem demokratischen Block in Riga.

[40] Die Wahlen, auf die sich die Vertreter des Volksrats stützten, hatten im August 1917 in den damals von den deutschen Truppen noch nicht besetzten Gebieten, Riga u. Südlivland, stattgefunden und hatten folgendes Ergebnis gehabt:

24384 Stimmen für die im Volksrat vertretenen Parteien,
51559 „ für die bolschewistische Sozialdemokratie,
23552 „ für die Liste der baltischen Deutschen,
1502 „ für die Liste der lettischen Konservativen.

(Rig. Ztg. 25. 11. 1918: Der lettische Volksrat und die in ihm vertretenen Parteien.)

land die Konsequenzen hieraus — und es hatte nicht im Zweifel hierüber gelassen, daß es nicht zögern würde, dieses zu tun —, so fiel ihm Lettland von selbst zu.

Es war auch den Letten nicht entgangen, welche staatsrechtliche Stellung die Baltischen Lande auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen einnahmen: „Es könnte demnach scheinen, daß unser Land wieder ein integrierender Bestandteil Rußlands sei und die Schicksale dieses Reiches teilen müsse“[41], doch trösten sie sich damit, „daß tatsächlich eine derartige Gestaltung der Dinge weder in den Absichten des Präsidenten Wilson noch seiner Verbündeten liegen könne“[42], und mit der Tatsache, daß in den Räumungsforderungen hinsichtlich der Baltischen Lande besondere Bestimmungen erlassen waren: „Eines, woran wir in Lettland festhalten können und was unsere politische Position bestimmt, ist der Umstand, daß wir in den Waffenstillstandsbedingungen nicht vergessen worden sind.“[43]

Bekanntlich erhielt § 9 der Waffenstillstandsbedingungen, wonach im Osten alle Truppen hinter die Grenze vom 1. August 1914 zurückzunehmen seien, wobei ein Termin dafür nicht angegeben war, einen Zusatz: „. . . Was die Räumung der Ostgebiete anbelangt, so müssen Österreich, Rumänien und die Türkei sofort geräumt werden. Die vor dem Kriege zu Rußland gehörenden Gebiete, sobald die Alliierten unter Berücksichtigung der inneren Lage dieser Gebiete den Augenblick für gekommen erachten . . .“

Es ist bemerkenswert, daß dieser Zusatz lettischerseits die Auslegung erfährt, daß der Abzug der deutschen Truppen erst erfolgen *darf*, wenn die Entente den Zeitpunkt der Räumung für gekommen erachtet und hieran die Folgerung geknüpft wird: „Für uns fällt diese Bestimmung ganz besonders ins Gewicht, insofern als man aus ihr schließen darf, daß die Westmächte keinen Augenblick vergessen, daß sie an dem Wohlergehen der früheren russischen Landesteile auf das lebhafteste interessiert sind und sich daher angelegen sein lassen werden, in den genannten Landesteilen Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Vor allen Dingen wird die Entente dafür sorgen, daß der Bolschewismus sich hier nicht ausbreiten kann. Es ist somit klar, daß die Westmächte den Schutz der besetzten Landesteile den anwesenden deutschen Truppen auf unbestimmte Zeit anvertrauen werden, da hier zur Zeit keine andere militärische Gewalt vorhanden ist und eine solche in so kurzer Zeit auch nicht geschaffen werden kann.“[44]

Damit ist also die politische Position der Letten bestimmt, und daraufhin kann der lettische Staat proklamiert werden.

Deckte sich die lettische Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen auch im großen ganzen mit der allgemeinen Auffassung, daß die Entente mit der Räumungsforderung auch die Verantwortung für die zu räumenden Gebiete übernahm, so konnten sich die Letten doch auch nicht ganz der Einsicht verschließen, daß die auf die Baltischen Lande bezüglichen Bestimmungen tatsächlich nichts anderes besagten, als daß die deutschen Truppen vorläufig noch weiterhin im Lande bleiben können, daß aber von einem direkten Eingreifen der Entente zur Sicherstellung dieser lettischen Auslegungen der Waffenstillstandsbedingungen und der sonstigen politischen Wünsche der Letten keine Rede war.

War ein weiterer Verbleib deutscher Truppen auch vom Standpunkt der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung im Lande und einer Verteidigung des Landes gegen die Bolschewiken durchaus wünschenswert[45], so war es vom Standpunkt der politischen Bestrebungen der Letten aus untragbar, wenn die Entente nicht gleichzeitig für die politische Ausschaltung der deutschen Okkupationsgewalt sorgte. Die Letten folgerten daher:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß über die *Räumung des Baltenlandes* in den Waffenstillstandsbedingungen ganz bestimmte Stipulationen enthalten sind. Wie in anderen

[41] Baltijas Zinas über die staatsrechtl. Stellung des Baltenlandes, hier nach Balt. Ztg. 15. 11. 1918.

[42] das.

[43] Lidums, LA. vom 14. 11.: „Wir müssen an den lettischen Staat glauben“ (hier nach „Balt. Ztg.“ 15. 11. 1918).

[44] Balt. Zinas a. a. O.

[45] Die Letten selbst hatten die Entente flehentlich gebeten, man möge Deutschland nicht zur sofortigen Räumung der Ostgebiete drängen, vgl. Balt. Ztg. 9. 12. 1918, aus „D.A.Z.“: Deutschlands Vorposten gegen den Bolschewismus.

Ländern die Bestimmungen über die Räumung von Gebieten seitens der Entente kontrolliert worden sind, so müssen wir auch hier damit rechnen, daß in allerkürzester Zeit in Riga oder in Reval eine Kommission der Entente erscheinen wird, die im Einvernehmen mit den deutschen Okkupationsbehörden bestimmen wird, in welcher Weise die deutschen Truppen zurückzuziehen sind und in wessen Hände die Eisenbahnen, die Post und die Verwaltungsbehörden übergehen werden. Das ist im Baltenlande noch mehr erforderlich als etwa in Bulgarien, wo ein regulärer Staatsapparat funktioniert, während hier ein solcher fehlt. Daher erscheint die Nachricht, daß bereits am Dienstag das Eintreffen eines englischen Geschwaders in Reval erwartet worden ist[46], keineswegs unwahrscheinlich."[47]

Hatten die Letten diese Ausführungen immerhin noch unter der Überschrift: „Wir müssen an den lettischen Staat glauben" veröffentlicht und die Nachricht vom Eintreffen eines englischen Geschwaders als „keineswegs unwahrscheinlich" bezeichnet, so wird nach erfolgter Staatsproklamierung das Einlaufen eines englischen Geschwaders in Reval einfach als feststehend angenommen und eine Delegation dahin entsandt, um die englische und französische Militärbehörde zu ersuchen, eine Kommission für Lettland unter Beteiligung von Repräsentanten des lettischen Volksrats einzusetzen[48].

Es erwies sich dann allerdings, daß in Reval weder von einem alliierten Geschwader noch von einer englischen oder französischen Militärmission etwas bekannt war. D. h. es erwies sich, daß der innerlich und äußerlich haltlose lettische Staat einzig und allein seiner eigenen Initiative und den realen Kräften des eigenen Landes überlassen war. Diese realen Kräfte aber waren innen- und außenpolitisch: auf der einen Seite die Deutschen, auf der anderen die Bolschewiken. In ihnen lagen die Gesetze und Aufgaben des Landes beschlossen, und sie wiesen der lettländischen Regierung klar und eindeutig den Weg, den sie zu gehen hatte, wollte sie den Staat erhalten und das Land retten.

Der Generalbevollmächtigte des Reichs für die Baltischen Lande, August Winnig, hatte der Proklamierung des lettländischen Staates kein Hindernis in den Weg gelegt.

Sowohl im Interesse der deutschen Sache, die er vertrat, als auch aus der klaren Erkenntnis heraus, daß der lettländische Staat nur Bestand haben könne, wenn er sich innenpolitisch mit den baltischen Deutschen verband, außenpolitisch aber in freundschaftliche Beziehungen zum Reich zu treten versuchte, wies August Winnig den lettischen Staatsvertretern diesen einzig möglichen Weg zur Erhaltung und zum Aufbau des Staates und erbot sich, in diesem Sinne die Vermittlung zwischen dem lettländischen Staat einerseits und den baltischen Deutschen und dem Deutschen Reich andrerseits zu übernehmen.

Zeigte das oben angegebene politische Kräfteverhältnis des Landes einerseits, wie unhaltbar die innenpolitische Lage der lettischen zeitweiligen Regierung war, so zeigte es andrerseits, daß bei einem Zusammenschluß des Staatslettentums mit dem rechten Flügel der Letten und mit den baltischen Deutschen ein den Bolschewiken gleichwertiges Kräfteverhältnis geschaffen werden konnte, wobei die wirtschaftliche und politische Überlegenheit dieser Gruppen, besonders des baltischen Deutschtums, sowie ihr stark ausgeprägtes politisches Verantwortungsbewußtsein und ihre bedingungslose Entschlossenheit, den Bolschewismus abzuwehren, dieser Kräfteverbindung ein nicht zu unterschätzendes Übergewicht zu verleihen in der Lage war.

Die baltischen Deutschen hatten den lettländischen Staat nicht anerkannt und verhielten sich auch ablehnend zur politischen Plattform des Volksrats, die in ihrer Stellungnahme zu den

---

[46] Vgl. hierzu folgende Nachrichten: Englische Kriegsschiffe auf dem Wege nach Reval. Stockholm, 13. November (WTB). Ein englisches Geschwader wird, wie man laut „Allehanda" bestimmt erwartet, in den nächsten Tagen den Belt passieren und nach Reval fahren. (Balt. Ztg. 15. 11. 1918.) Dagegen schreibt die „Lib. Ztg.": Die wilden Gerüchte, die englische Flotte komme nach Libau, Engländer beabsichtigen eine Landung usw., entbehren jeder Grundlage . . . (Balt. Ztg. 15. 11. 1918.)

[47] „Lidums": „Wir müssen an den lettischen Staat glauben." (Hier nach „Balt. Ztg." 15. 11. 1918.)

[48] Mitteilungen des lettischen Ministerpräsidenten Ulmanis auf der Volksratssitzung vom 19. 11. 1918 (Balt. Ztg. 20. 11. 1918). Vgl. auch „Jaun. Zinas" über das Eintreffen einer englischen Flotte in Reval (Mitteilung aus amtlicher Quelle) (Balt. Ztg. 19. 11. 1918) und über eine aus drei Personen bestehende Abordnung nach Reval (Balt. Ztg. 20. 11. 1918).

anderen Nationalitäten des Landes, ihnen die Rolle einer bedeutungslosen Minderheit gleich Russen, Juden, Esten und Litauern zuwies[49].

Die baltischen Deutschen lehnten diese ihnen zugedachte Stellung im neuen Staat ab, weil sie ihrer historischen, kulturellen und wirtschaftlichen Bedeutung sowie ihrem politischen Verantwortungsbewußtsein nach eine solche Minderheit nicht waren.

Angesichts der Not des Landes erklärten sie sich aber zur staatlichen Mitarbeit bereit, unter der Bedingung jedoch, daß ihnen eine solche Mitarbeit im vollen Umfang ihrer Kräfte und Fähigkeiten ermöglicht würde. In diesem Sinne forderten sie, daß die ihnen zuzusprechenden Sitze in Volksrat und Regierung nicht nach ihrer zahlenmäßigen Stärke, sondern in Übereinstimmung mit ihrer tatsächlichen Bedeutung bemessen werden sollten und verlangten die Sicherstellung der nationalen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz.

Die unter Vermittlung und Vorsitz Winnigs vom 22. bis 25. November geführten Verständigungsverhandlungen verliefen jedoch ergebnislos. Die Letten lehnten es ab, auf die deutschen Bedingungen einzugehen, da sie darin einen Verstoß gegen das demokratische Prinzip sahen, an dem unbedingt festhalten zu müssen sie behaupteten[50].

Ebenso klar vorgezeichnet war der außenpolitische Weg: daß der lettländische Staat überhaupt hatte proklamiert werden können, und daß er noch bestand, verdankte er einzig und allein der Anwesenheit der deutschen Truppen. Wollte er bestehen bleiben, so mußte er alles daransetzen, sich den Schutz dieser deutschen Truppen auch weiterhin zu sichern. Auch diesen Weg hat die lettische Regierung nicht beschritten.

Winnig war sich klar darüber gewesen, daß ein Eingehen auf die deutschen Forderungen einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der lettischen Staatsidee des 18. November bedeutete: auf die konsequente Durchführung des demokratischen Prinzips und auf die Deutschfeindlichkeit.

Wenn er trotzdem an die Möglichkeit einer Verständigung geglaubt hatte, so von der Voraussetzung ausgehend, daß von einer demokratischen Republik Lettland sowieso keine Rede war und sein konnte, solange das Land unter der schweren Bedrohung des inneren und äußeren Bolschewismus stand. Winnig hatte gemeint, daß auch die Vertreter des lettländischen Staates sich dieser Sachlage bewußt seien, und daß auch für sie, wie die Dinge lagen, nur eine Politik der Rettung des Landes in Frage kam.

Winnig hatte sich hierin geirrt: nicht in der Rettung und Verteidigung des Landes sahen die Letten ihre Aufgabe, sondern einzig und allein in der Verwirklichung der lettischen Staatsidee.

Diese lettische Staatsidee war aber nicht deutsch, sondern ententistisch orientiert. Es war den Letten vollkommen klar, daß sie ihr Staatsideal nicht aus eigenen Kräften verwirklichen konnten. „Um das Bestehen des lettischen Staates zu sichern, ist es erforderlich, daß wir uns an eine starke auswärtige Macht anschließen, die uns mit sicherer Hand aus den vielen Fährnissen der Zeit zu führen imstande ist. Wir bedürfen einer richtigen realen Orientierung."[51]

War die starke auswärtige Macht, die bisher das Land und seine Bevölkerung geschützt hatte und noch schützte — Deutschland, und waren sich die lettischen Staatsvertreter dieser Sachlage auch durchaus bewußt, so kam diese Macht als „reale Orientierung" für den lettischen Staat nicht in Frage, da eine solche Orientierung der lettischen Staatsidee widersprach. „Für die Letten kann es nur eine Orientierung geben, das ist die ententistische. Unser Staat wird nur dann festgefügt sein, wenn wir in enge Beziehung zu den Westmächten, den Befreiern aller kleinen Völker treten ... Die Mittelparteien, die sich um den Nationalrat gruppieren, haben sich von jeher ententistisch orientiert ... diese Parteien haben von Anfang an an den allendlichen Sieg der Westmächte geglaubt, und sie glauben nach wie vor an die Menschheitsideale dieser Mächte. Der Nationalrat weiß, daß, wenn in Deutschland

[49] Die Plattform des Lettländischen Volksrates. (Balt. Ztg. 19. 11. 1918.) Auch bei Wittram, a. a. O. S. 37—39 (Beilage II).

[50] Über den Verlauf dieser Verhandlungen: Baltische und Rigasche Ztg. 26. 11. 1918, Wittram, a. a. O., S. 39f. (Beilage III); auch bei Rimscha, Die Staatswerdung Lettlands und das baltische Deutschtum, S. 99f. Besonders interessant auch der Bericht Winnigs darüber a. a. O., S. 59—62.

[51] Jaunakas Zinas: (Orientierungen). (Hier nach „Balt. Ztg." 18. 11. 1918.)

gegenwärtig Freiheit herrscht, dieses nur den Westmächten zu verdanken ist, die dem deutschen Militarismus den Todesstoß versetzt haben."[52]

Die Letten hatten noch nicht begriffen, daß der Todesstoß der Entente gegen den deutschen Militarismus auch ihren Tod bedeutete, denn noch standen sie ja unter dem sicheren Schutz dieses Militarismus und gedachten durchaus, sich ihm auch noch weiterhin anzuvertrauen, nicht aber dem lebendigen deutschen Militarismus, sondern dem toten, den sie sich als billiges und williges Werkzeug in der Hand der Entente vorstellten. Denn was sie aus den Waffenstillstandsbedingungen der Entente herausgelesen hatten, war ja dieses, daß die Entente es übernehmen wollte, für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung des Landes zu sorgen, daß sie es sich angelegen lassen sein wollte, die Ausbreitung des Bolschewismus hier zu verhindern, und daß sie sich zunächst hierzu des deutschen Militarismus zu bedienen gedachte.

Unter diesen Umständen war es ja klar — so meinten die lettischen Regierungsvertreter —, daß sie selbst mit der Frage der Landesverteidigung nichts zu tun hatten, daß sie es sich also leisten konnten, auf eine Verständigung mit den baltischen Deutschen zu verzichten, daß sie weder dem Deutschen Reich noch den deutschen Truppen ein Entgegenkommen zu zeigen brauchten — diese Truppen durften ja das Land gar nicht verlassen, ehe die Entente das erlaubte —, ja unter diesen Umständen hielt es der lettische Staat nicht einmal für nötig, an die noch vor der Staatsproklamierung so dringlich erscheinende Frage der Begründung einer eigenen Schutzwehr zu denken — nicht anders läßt es sich wohl erklären, daß in den programmatischen Regierungsdeklarationen an keiner Stelle hiervon die Rede ist.

Unter dem von der Entente garantierten sicheren Schutz des deutschen Militarismus stehend, sahen die lettischen Staatsvertreter es als ihre Aufgabe an, in einem ententistisch orientierten Staat unter Anwendung des demokratischen Prinzips das Selbstbestimmungsrecht der Letten verwirklichen zu können.

Die Aufgabe, die sich das Staatslettentum stellte, stand in bewußtem und ausdrücklichem Gegensatz zu der bisherigen von den baltischen Deutschen betriebenen *Landespolitik*. „Man wird den Begriff der Baltischen Lande nicht höher stellen dürfen, als den der Letten und Esten", schreibt die lettische Zeitung „Lidums" am 12. November, und anläßlich einer Betrachtung über die Beschickung der Friedenskonferenz, auf der ja auch die Frage der zukünftigen staatsrechtlichen Stellung der Baltenlande entschieden werden sollte, wird die Frage aufgeworfen, ob die Interessen Lettlands auf der Friedenskonferenz nicht etwa vom Vereinigten Landesrat vertreten werden sollen, da zum Landesrat die Vertreter aller in Lettland lebenden Nationalitäten gehören und ablehnend entschieden mit der Begründung, „daß die Delegierten des Landesrates schon deshalb nicht die Interessen der Letten vertreten können, weil sie die divergierenden Interessen *aller* zu vertreten haben."[53]

Nicht um das Land und seine Bewohner ging es der lettischen Regierung, sondern um die Verwirklichung landfremder nationaler und sozialer Ideologien einer Volksvertretung, die die Beziehung zum Lande und seinen historischen Gegebenheiten in dem Maße verloren hatte, daß sie es für möglich hielt, sich mit Hilfe landfremder Mächte über sie hinwegsetzen und sie brechen zu können.

Die lettische Regierung hatte sich geirrt. Das war nicht möglich. Nur zu bald zeigten sich die Folgen dieser unverantwortlichen, ja landesverräterischen Politik.

Der 25. November 1918.

Noch war der estnische Staat nicht zwei, der lettische nicht einmal eine Woche alt, als die Bolschewiken an den Grenzen dieser Staaten erschienen und sie zu durchbrechen begannen. Nachdem am 22. November ein Durchbruchsversuch bei Narwa von den deutschen Truppen noch abgewiesen werden konnte, war es den Bolschewiken am 25. November gelungen, Pleskau zu besetzen.

„Als der Durchbruch bei Narwa bekannt geworden war, suchten mich Walter und Ullmann auf und fragten konsterniert, ob wir nichts dagegen unternehmen könnten", berichtet Winnig

[52] Jaunakas Zinas: (Orientierungen). (Hier nach Balt. Ztg. 18. 11. 1918.)

[53] Balt. Zinas über die staatsrechtliche Stellung der Baltenlande. (Hier nach Balt. Ztg. 15. 11. 1918.)

und erzählt, er hätte sich daraufhin zusammen mit dem lettischen Minister Walter zum deutschen Oberkommando begeben, „damit er sich dort überzeugen könne, daß es nicht an meinem guten Willen mangele.“ [54]

Der Todesstoß, den die Entente gegen den deutschen Militarismus geführt hatte, war so vollendet gewesen, daß ihn Zusatzbestimmungen der Entente jedenfalls nicht mehr zu beleben vermochten. Das deutsche Ostheer hatte in diesen Staaten, die es sowieso räumen mußte und dessen Regierungen und Bevölkerung ihm in aller nur erdenklichen Weise ihre Feindseligkeit bezeugte, nichts mehr zu tun. Kriegsmüde und von der deutschen Revolution zersetzt, strebte es nach Hause und fand nicht den geringsten Anlaß dazu, hier noch weiterzukämpfen und sein Blut zu vergießen. Dazu kam noch, daß die Bolschewiken den deutschen Truppen gegenüber behaupteten, sie seien ja nur gekommen, das ihnen von der Entente durch Aufhebung des Brest-Litowsker Friedensvertrages zugesprochene Land zu besetzen, eine Behauptung, deren Rechtmäßigkeit die deutschen Truppen nicht leugnen konnten [55].

Die Ententepolitik begann sich folgerichtig auszuwirken.

Unmittelbar und zunächst bedroht erschien Estland.

Seit den ersten Tagen ihres Bestehens hatte die Estnische Temporäre Regierung in kategorischer Form die Aufhebung der deutschen Okkupation verlangt [56]. Durch Verpflegungsverweigerung und sonstige Schikanen den deutschen Truppen gegenüber, sowie durch ein ausgesprochen feindliches Verhalten der estnischen Presse und der estnischen Bevölkerung — man schreckte auch vor bewaffneten Überfällen nicht zurück — war dieser Forderung betonter Nachdruck verliehen worden. Die Regierung rechnete freilich damit, daß der Abtransport sich noch hinziehen würde, der Schutz der Grenze mithin durch diese Forderung nicht in Frage gestellt sei.

Deutscherseits war man geneigt, in den Vorgängen an der estnischen Grenze das folgerichtige Ergebnis dieser Politik zu sehen [57].

Erst als die Bolschewiken schon im Lande standen, war auch in Estland der durch nichts gerechtfertigte Optimismus verflogen. In einem Aufruf an die „Verteidiger der Estnischen Republik“ heißt es u. a.: „Sollte es den Bolschewisten gelingen, über die Narwa in die Grenzen Estlands einzudringen (was mittlerweile geschehen ist. Anm. d. ‚Rig. Ztg.‘), so würde das für die estnische Republik und ihre Bevölkerung das größte Unglück sein und eine zerstörende Anarchie und ein allgemeines Blutbad zur Folge haben.“ Im weiteren sei die Temporäre Estnische Regierung überzeugt, „daß die deutschen Truppen, denen die Verteidigung der Ostgrenze Estlands anvertraut ist, ihre Pflicht mit der bewährten Tapferkeit erfüllen werden.“ [58]

---

[54] Winnig, a. a. O., S. 68.

[55] Winnig, a. a. O., S. 72.

[56] Die ersten diesbezüglichen Forderungen der verantwortlichen estnischen Nationalpolitiker waren sogar schon vor der Staatsgründung erfolgt. Balt. Ztg. 4. 11. 1918 aus der Lett. Ztg. „Rig. Av.“: Poska usw. hätten Flugblätter verbreitet, in denen der sofortige Abzug der deutschen Truppen aus Estland verlangt wird. Balt. Ztg. 7. 11. 1918: Eine Anfrage an die estnischen Führer betr. das Flugblatt: Wir halten die möglichst baldige Aufhebung der militärischen Okkupation für nötig.

[57] „Die Zuspitzung der Lage im Lande ist unmittelbar durch die falsche Politik der Regierung Poska in Estland herbeigeführt. Mit ihrer vollkommen grundlosen Übereilung hat sie das Rad in rasches Rollen gebracht, das alsbald an erster Stelle über sie selbst hinwegzugehen droht. Nicht die Proklamierung ihrer staatlichen Ansprüche war das Verderbliche, sondern die jeder Realpolitik widersprechende Stellungnahme zur deutschen Verwaltung und Besatzung . . . Daß die deutschen Truppen in jedem Fall allmählich abgebaut hätten, versteht sich. Aber es wäre in der ganzen Ostzone unzweifelhaft langsamer vor sich gegangen . . . Für den inneren Schutz durch geordnete Aufstellung der Landeswehr wäre die Frist um mindestens einen Monat verlängert worden . . .“ Balt. Ztg. 14. 12. 1918: W. B., Die Lage im Baltikum.

[58] Rig. Ztg. 27. 11. 1918: —m. Die bolschewistische Gefahr wächst! (aus „Rev. Ztg.“). Die „Rig. Ztg.“ bemerkt hierzu: „Es ist also so gekommen, wie das vorauszusehen war. Die temporäre estnische Republik, die mit grenzenloser Überschätzung ihrer Machtmittel sich so aufspielte, als ob sie Herr des ganzen Landes sei, während ein großer Teil der estnischen Bevölkerung sich den törichten Luxus gestatten zu können glaubte, die deutschen Schutztruppen durch Schikanen und Verpflegungsschwierigkeiten und herausforderndes Benehmen beleidigen zu können, ja mit leidenschaftlicher Hast auf eine möglichst rasche Entfernung der Truppen aus dem Estenlande hinwirkte, sieht bei dem ersten Ernstfall, daß sie auf Sand gebaut hat. Die Entente ist weit. Noch kein englisches Schiff in die Ostsee eingelaufen — und Hannibal

Im übrigen aber richtete die Estnische Regierung ein energisches Hilfegesuch an die Entente: Es sei dringend notwendig, daß die Flotte der verbündeten Mächte sobald wie irgend möglich nach Reval komme, um dem Anarchismus und dem unvermeidlichen Morden Einhalt zu tun[59].

Wie schon eingangs ausgeführt, war man nicht nur in den Baltischen Landen der Auffassung, daß die Ententemächte sich der Verantwortung voll bewußt seien, die sie mit der Räumungsforderung und den übrigen in das Schicksal der Baltischen Lande eingreifenden Bestimmungen auf sich genommen hatten, d. h., man sah es als eine feststehende Tatsache an, daß in dem Augenblick, wo die deutschen Truppen das Land räumten, die Entente den Schutz des Landes übernehmen würde. Man glaubte sich klar darüber zu sein, daß die Entente auch in ihrem eigenen Interesse und um ihrer auf die Vernichtung des Bolschewismus hinzielenden Politik willen das Land unter keinen Umständen dem Bolschewismus preisgeben würde. Darüber hinaus aber hatten die verantwortlichen Vertreter der Baltischen Lande auch mit ausdrücklichen offiziellen Gesuchen die Entente um Übernahme des Landesschutzes gebeten. So hatte der Baltische Regentschaftsrat schon am 14. November einen Delegierten nach Stockholm entsandt, der bei den dortigen Ententevertretern u. a. den Ententeschutz erwirken sollte[60]. Auch von seiten deutscher Reichsvertreter sind diesbezügliche Verhandlungen mit den Alliierten geführt worden[61]. Ebenso ist natürlich auch von seiten der Letten und Esten an die Entente das Ersuchen um militärischen Schutz gerichtet worden. (J. Sahlit über die Tätigkeit des lettischen Nationalrats in Petersburg. Balt. Ztg., 16. 11. 18.)

Irgendwelche Veröffentlichungen über bindende Erklärungen seitens der Ententemächte, die Übernahme des Landesschutzes betreffend, lagen freilich nicht vor.

Es ist aber bezeichnend dafür, mit welch selbstverständlicher Gewißheit auf diese Hilfe gerechnet wurde, daß seit dem Tage der Bekanntgabe der Waffenstillstandsbedingungen dauernd Gerüchte über das Einlaufen englischer bzw. alliierter Kriegsschiffe in den baltischen Häfen unter der Bevölkerung in Umlauf kamen[62].

Als aber mit dem Fall Pleskaus die ganze Entsetzlichkeit der Gefahr akut wurde, da war es nicht nur die Bevölkerung, sondern die estnische Regierung selbst, die, nachdem sie ihr Hilfegesuch an die Entente gerichtet hatte — bezeichnenderweise war dieses Gesuch dem Ton nach mehr eine Forderung als eine Bitte — weder die Frage diskutierte, ob auf eine solche Hilfe überhaupt gerechnet werden könne, noch auf eine Antwort wartete, vielmehr dem Erscheinen der englischen Flotte täglich, ja stündlich entgegensah.

Und wie aus den in den Zeitungen veröffentlichten Nachrichten hervorgeht, schien auch tatsächlich aller Grund zur Annahme vorzuliegen, daß die englische Flotte in allernächster Zeit eintreffen werde. Nachdem die estländische auswärtige Delegation in Kopenhagen am 26. 11. telegraphiert hatte, daß das Erscheinen der englischen Flotte in der Revaler Reede in den nächsten Tagen zu erwarten sei[63], erreichte die Spannung am 30. 11. ihren Höhepunkt, als das Estnische Pressebüro die Nachricht übermittelte, daß gestern, am 29. 11., die englische Flotte aus Kopenhagen in der Richtung auf Reval ausgefahren sei[64]. Aus anderen Quellen laufen noch ergänzende Nachrichten hierzu ein: so besagt eine Kopenhagener Meldung, daß das englische Geschwader von dort ausgelaufen sei und Funkverbindung mit Reval verlange, und

---

ante portas! — der böse Feind vor den Toren. Da entsinnt man sich wieder der „tapfern" deutschen Truppen, da appelliert man an die Pflicht des Grenzschutzes und kargt nicht mit Zusicherungen denselben Soldaten gegenüber, denen man die Pflichtlieferungen bisher in empörender Weise hintangehalten hat."

[59] Rig. Ztg. 26. 11. 1918: Hilfegesuch der estnischen Republik an die Entente.

[60] Dellingshausen a. a. O., S. 297 u. 346.

[61] Vorschläge der deutschen Bevollmächtigten. Rotterdam, 19. 11. 1918. „. . . Außerdem wird darüber verhandelt, daß die Alliierten, um Ausschreitungen der Bolschewisten gegen die Bevölkerung zu verhüten, Südrußland besetzen sollen, ebenso die baltischen Provinzen, insbesondere Riga und Libau." Balt. Ztg. 21. 11. 1918.

[62] Rig. Ztg. 19. 11. 1918, 25. 11. 1918.

[63] Rig. Ztg. 30. 11. 1918: Das Erscheinen der englischen Flotte im Revaler Hafen in allernächster Zeit zu erwarten. EPB.

[64] Rig. Ztg. 2. 12. 1918: Das englische Geschwader unterwegs nach Reval.

eine Stockholmer, daß das englische Geschwader zu Sonntag morgen Lotsen verlange, um in den Revaler Hafen einzulaufen [65].

Das Vorhandensein einer englischen Flotte in der Ostsee wird auch von anderer Seite bestätigt. So besagt eine Baseler Meldung vom 29. 11. unter der Überschrift: „Gegen Rußland", daß die englische Flotte nach einer Londoner Meldung des „Corriere della Sera" mit versiegelter Order seit drei Tagen zum Auslaufen bereitliege. Es stehe eine entscheidende Aktion gegen den Bolschewismus in Rußland bevor [66].

Die Entente schien also tatsächlich alle auf sie gesetzten Hoffnungen zu rechtfertigen.

Alles wies darauf hin, daß die Ententemächte entschlossen waren, den Kampf gegen Räterußland von allen Seiten aufzunehmen und den Bolschewismus endgültig zu vernichten. Schon am 22. November war gemeldet worden, daß der konzentrierte Angriff der Alliierten auf Sowjetrußland nunmehr begonnen habe [67], und in der Tat zeigen die jetzt einsetzenden Aktionen sowie die Aufrufe und Beschlüsse der Ententemächte an, daß die Tage Sowjetrußlands gezählt sind. Die Ententemächte erkennen in Rußland nur die gegen die Sowjetregierung kämpfenden Truppen an [68]. Koltschak wird zum Herrscher in Sibirien eingesetzt [70]. Der „Matin" berichtet, daß französische Truppen die Murmanküste besetzen, um an dem bevorstehenden Generaleinmarsch der Alliierten in Rußland zur Niederwerfung der Bolschewisten teilzunehmen [71]. Die Ententemächte erklären, daß die Interessen der Entente mit den russischen zusammenfallen, denn ein wiederhergestelltes Rußland ist notwendig als wertvolle Macht und zwecks Vermeidung der Herausbildung eines neuen Balkans [72]. Die Regierung der Vereinigten Staaten ist entschlossen, nicht eher in Friedensverhandlungen einzutreten, bis Rußland durch eine zentrale bürgerliche Regierung an den Verhandlungen teilzunehmen in der Lage sein werde. Die endgültigen Friedensverhandlungen würden demnach so lange hinausgeschoben werden, bis die Entente in Rußland dauernd Ordnung geschafft hat [73]. In Odessa trifft am 26. November ein Ententegeschwader ein, das sowohl aus englischen wie aus französischen Schiffen besteht [74]. Es wird mitgeteilt, daß in der Frage des Kampfes gegen die Bolschewiki und der Wiederherstellung Rußlands volle Einigkeit erzielt sei [75]. Nach Stockholmer Meldungen soll die Sowjetregierung auf ihren nahen bevorstehenden Sturz durch die Entente gefaßt sein [76].

Alle diese Meldungen lassen unmißverständlich erkennen, daß die Ententemächte entschlossenen Willens sind, Sowjetrußland zu vernichten. Sollte dieses Ziel verwirklicht werden, war es allerdings höchste Zeit, daß der Kampf gegen Sowjetrußland auch vom baltischen Meer her aufgenommen wurde. Denn während die Bolschewiken an anderen Fronten von den antibolschewistischen Armeen zurückgedrängt wurden, war es ihnen hier gelungen, neuen Boden zu gewinnen. Sie waren an der gesamten baltischen Grenze aufmarschiert, hatten am 25. November Pleskau genommen und dachten gar nicht daran, sich mit dieser Eroberung zu begnügen, waren vielmehr entschlossen, noch weiter in das baltische Gebiet vorzudringen, und zwar so schnell wie möglich; der Zweck dieser Aktion sollte es sein, einer Landung der En-

[65] Rig. Ztg. 2. 12. 1918: Das englische Geschwader unterwegs nach Reval.

[66] Balt. Ztg. 30. 11. 1918: Die englische Flotte in der Ostsee.

[67] das. 25. 11. 1918: Beginn des Ententeangriffes auf Rußland. Meldung eines in Helsingfors ansässigen Ententediplomaten vom 22. 11.

[68] das. 25. 11. 1918: Gegen die Bolschewiki. Moskau, 21. November (Rosta). Aufruf der Ententemächte an die Bevölkerung Südrußlands.

[70] das. 25. 11. 1918.

[71] das. 25. 11. 1918.

[72] Balt. Ztg. 28. 11. 1918: Ein wiederhergestelltes Rußland. (Kiew, 24. 11. WTB.)

[73] Balt. Ztg. 29. 11. 1918: Keine Friedensverhandlungen ohne ein restituiertes Rußland. (Zürich, 27. 11. aus „D. A. Z.")

[74] Balt. Ztg. 29. 11. 1918: Ein Ententegeschwader in Odessa. (Kiew, 27. 11. (WTB.)

[75] das.

[76] Balt. Ztg. 29. 11. 1918: Sturz der Sowjetregierung. (Berlin, 28. 11.) Über die Teilnahme am Kampf der Entente gegen den Bolschewismus in Rußland vgl. H. v. Rimscha: Der russische Bürgerkrieg, Jena 1924.

tentetruppen zuvorzukommen, waren sie sich doch klar darüber, daß im Fall einer Ententeaktion von dieser Seite her Petersburg ernstlich bedroht und damit, angesichts der Gesamtlage, auch ihr Schicksal besiegelt war[77].

Eine schnelle baltische Aktion der Entente war aber auch vom Standpunkt der durch den Vormarsch der Bolschewiken schwer bedrohten baltischen Bevölkerung dringend geboten.

Wie schon gesagt, hatten die Regierung und die Bevölkerung Estlands nach dem Fall Pleskaus unentwegt nach der Ententeflotte Ausschau gehalten, nach der sie so dringend gerufen hatten und deren Eintreffen ihnen dann auch am 30. November als unmittelbar bevorstehend angekündigt worden war. Schnelle Hilfe tat dringend not, wenn sie nicht zu spät kommen sollte, denn die Bolschewiken zögerten nicht, ihre Drohungen in jeder Beziehung wahrzumachen. Schon waren sie am 28. 11. auch in Narwa eingedrungen und rückten in breiter Frontstellung in Lettgallen vor. Und was die Flüchtlinge aus diesen Gegenden von der roten Blutherrschaft berichteten, war grauenerregend.

Am 2. Dezember erscheinen in den Rigaschen Zeitungen folgende zwei Notizen:

1. Englische Kriegsschiffe vor Reval? Die Nachricht, daß englische Kriegsschiffe bereits vor Reval eingetroffen sind — das Gerücht hielt sich heute hartnäckig — ist amtlich bis Schluß der Redaktion nicht bestätigt worden[78].

2. Englische Kriegsschiffe in Libau. Aus amtlicher Quelle wird berichtet: Heute, Montag früh, sind 12 leichte englische Kriegsfahrzeuge auf der Reede von Libau vor Anker gegangen. Über Landung oder Weiterfahrt liegt bisher keine Meldung vor[79].

Das heißt: Die am 29. November aus Kopenhagen nach Reval ausgefahrenen und dort so sehnlichst erwarteten englischen Kriegsschiffe waren gar nicht nach Reval, sondern zunächst nach Libau gefahren. Ihr Aufenthalt in Libau ist nur von kurzer Dauer, doch von einigem Interesse und nicht bedeutungslos. Aus den Presseveröffentlichungen erfährt man über diesen Aufenthalt folgendes: Am 2. Dezember machte Herr Behrsin, der Vorsitzende des Libauer Stadtamtes, auf einem Hafendampfer, der die Flagge Lettlands führte, der englischen Flotte seinen Besuch. Der Admiral empfing ihn in längerer Unterredung, wobei hauptsächlich über wirtschaftliche Fragen gesprochen wurde. Es wird berichtet, daß der Admiral es abgelehnt habe, über politische Fragen zu sprechen, da er keine politische Mission habe. Wohl aber soll er erklärt haben, daß, falls die lettische zeitweilige Regierung etwas mit ihm zu besprechen habe, sie zwei Delegierte nach Reval entsenden möge. Außerdem aber habe er geäußert, daß England keinen Anteil an den inneren Angelegenheiten des Landes nehmen werde, solange die deutsche Okkupation des Landes dauere, und daß England die weitere Anwesenheit deutscher Truppen zu Schutzzwecken erwünscht sei[80]. Es hat später noch ein zweiter Besuch auf dem Admiralsschiff stattgefunden, und zwar von Vertretern der Großindustrie, die gleichfalls vom Admiral freundlichst empfangen wurden. Beim Gedankenaustausch mit den Herren habe der Admiral sein lebhaftestes Interesse für die Bevölkerung und die Industrie der Stadt bekundet[81].

Schon am nächsten Tage verließ der größte Teil der englischen Kriegsschiffe wieder den Libauer Hafen und dampfte „unbekannt wohin" ab. Vermutet wurde, daß ihr Ziel Reval sei.

---

[77] „Die englisch-amerikanischen ‚Räuber' beabsichtigen Sowjetrußland vom Meer her zu erdrosseln, doch sei auch der Anmarsch von Westen her zu erwarten, wo der ‚Judas Scheidemann' der Ententeflotte den Eingang in das Baltische Meer öffne und den englisch-französischen Banden den Weg nach dem roten Petersburg ebne. Daher müsse man diese Front befestigen, ehe die Ententetruppen ans Land gekommen seien. Man müsse sich außer in Pleskau auch in Narwa, Reval und Riga festsetzen. Die Kommunisten Petersburgs rufen: „An die Westfront eine eiserne Wand gegen die verbündeten Tyrannen." Aufruf des Petersburger Bolschewikenorgans „Krasnaja Gazeta" (Die rote Zeitung): „An die Front". Hier nach Balt. Ztg. 2. 12. 18 u. d. T.: Sowjetrußlands letzter Kampf.

[78] Rig. Ztg. 2. 12. 1918.

[79] Balt. Ztg. 2. 12. 1918.

[80] Rig. Ztg. 4. 12. 1918: Gerüchte und Tatsachen. Erwähnt wird auch der Besuch des deutschen Kommandanten der Seefestung Libau, doch sind die Meldungen hierüber unklar und einander widersprechend.

[81] Rig. Ztg. 5. 12. 1918: Besuch auf der englischen Flotte.

Einer Windauer Meldung zufolge haben die englischen Schiffe aber erst noch der Stadt Windau einen Besuch gemacht. Am 2. Dezember[83] sei dort ein Geschwader im Bestande von einem großen und 10 kleinen Schiffen auf der Reede eingetroffen. Die Stadt und die deutsche Militärverwaltung hätten eine Deputation auf das englische Schlachtschiff entsandt. Ein Teil des Geschwaders sei nach Norden abgefahren[84].

Dieses also waren die ersten Zeichen der so heiß ersehnten und dringend benötigten Ententehilfe in den Baltischen Landen.

Aus der Meldung, daß weder Offiziere noch Mannschaften der englischen Kriegsschiffe während ihres Aufenthaltes in Libau an Land gelassen worden seien[85], und dem Gerücht, daß englische Soldaten bereits in den nächsten Tagen den Sicherheitsdienst in der Stadt übernehmen sollen[86], ist zu ersehen, daß man sich die Ententehilfe eigentlich anders vorgestellt hatte. Eine gewisse beruhigende Erklärung für dieses befremdliche Verhalten scheint die Vermutung des „Memeler Dampfboots" zu bezwecken, daß Landungstruppen an Bord seien, man jedoch glaube, daß die Streitkräfte für den zur Bekämpfung der Bolschewisten von der Entente geplanten Feldzug bestimmt seien[87].

In Reval wartete man aber noch immer vergeblich auf die englische Flotte. „Die englische Flotte war bis Donnerstag (5. Dezember), wie aus der ‚Revaler Zeitung' zu ersehen, noch nicht eingetroffen", berichtet die „Rig. Ztg." vom 7. Dezember.

Doch war es ja klar, daß sie schließlich auch dort eintreffen mußte: aus Libau und Windau war sie wieder ausgelaufen, und, abgesehen von allen Vermutungen über das Ziel ihrer Weiterfahrt, hatte ja der englische Admiral Sinclair anläßlich seines Aufenthalts in Libau lettische Delegierte zu Verhandlungen nach Reval aufgefordert.

Die Libauer Stadtverwaltung hatte daraufhin in diesem Sinne auch nach Riga telegraphiert[88], und sofort hatte sich eine lettische Delegation, bestehend aus dem Ministerpräsidenten Ulmanis und dem Finanzminister Purinš, nach Reval aufgemacht. Am 4. Dezember fuhr die Delegation aus[89].

Welche Schlußfolgerungen wurden im lettländischen Gebiet aus der neuen Situation des nun tatsächlich beginnenden bolschewistischen Einfalls gezogen?

Nicht nur Estland, auch Lettland war ja aufs äußerste bedroht. Etwa gleichzeitig mit dem Angriff auf Estland hatte auch der Angriff auf Lettgallen begonnen, und es war den Bolschewiken in geradezu unvorstellbar kurzer Zeit gelungen, fast ganz Lettgallen in ihren Besitz zu nehmen. In eindringlichster und erschütternder Weise zeigte sich hier, was der tatsächliche Abzug der deutschen Truppen für Lettland bedeutete. Das Land brauchte gar nicht erst von den aus Rußland kommenden bolschewistischen Truppen erobert zu werden, denn überall da, wo die deutschen Truppen abzogen, rissen die einheimischen Bolschewiken sofort die Herrschaft an sich, eine Herrschaft, die in Mord, Raub und Brand bestand. Folgende Nachrichten kommen aus Lettgallen: „Am Morgen des 22. November verließen die deutschen Truppen Marienhausen. Bald darauf begannen die örtlichen Bolschewiki im Flecken zu rauben und zu plündern. Der Flecken, die Gutsgebäude und die Station wurden niedergebrannt. Auch die größeren, baltischen Letten gehörigen Farmen sind ausgeraubt und niedergebrannt worden. Am ersten Tage des Schreckensregiments wurden Werte im Betrage von 2 Millionen Rubel vernichtet. Viele fliehen nach Lettland, so insbesondere die gesellschaftlich höherstehenden Leute, die von den Bolschewiki mit dem Tode bedroht werden."[90]

---

[83] Die Daten sind unklar.
[84] Rig. Ztg. 7. 12. 1918: Die Engländer in Windau. Aus „Jaun. Vārds."
[85] Rig. Ztg. 6. 12. 1918: Aus Libau.
[86] Rig. Ztg. 11. 12. 1918: Noch kein englischer Sicherheitsdienst in der Stadt.
[87] Rig. Ztg. 4. 12. 1918: Zum Eintreffen des englischen Geschwaders in der Ostsee.
[88] Balt. Ztg. 4. 12. 1918: Aufforderung der Engländer zu Verhandlungen (aus „Lidums").
[89] Balt. Ztg. 5. 12. 1918: Eine Delegation der lettländischen Regierung nach Reval.
[90] Balt. Ztg. 26. 11. 1918: Lettgallen.

„Das eben aus Lettgallen nach Riga zurückgekehrte Glied des lettischen Volksrats, Herr Kambala, schildert die augenblickliche Lage in Lettgallen in sehr düsteren Farben . . . In den von Deutschen verlassenen Gebieten beginnen sofort unerhörte Plünderungen, begleitet von rohen Vergewaltigungen und Mordtaten. Besonders leidet darunter die Intelligenz, die Priesterschaft und die bürgerlichen Kreise, wie auch Bauern, deren Eigentum vollständig vernichtet wird. — Die Lettgallen haben einmütig den Wunsch ausgedrückt, daß von der Temporären Regierung Lettlands dorthin sofort ein Kommissar abdelegiert werde. Die Landschaften Lettgallens und alle kommunalen Organisationen und Gruppen anerkennen restlos die Temporäre Regierung Lettlands[91]. — Im allgemeinen sei die Lage in Lettgallen eine derartige, daß dem Lande vollständige Verwüstung bevorstehe, wenn nicht sofort Hilfe geleistet werde." [92]

Wer aber konnte helfen? Darauf gab es auch jetzt, wie bisher, nur die eine Antwort: „. . . wenn wir die Dinge beim rechten Namen nennen, nicht Vogelstrauß-Politik und Großmannssucht treiben wollen, dann müssen wir unumwunden zugestehen, daß die Feldgrauen der einzige Schutz sind, über den unser Land augenblicklich verfügt und in nächster Zukunft wird verfügen können." [93]

Die Feldgrauen zogen aber ab — in unerbittlicher Konsequenz der von der Entente und von den Esten und Letten seit dem 11. November verfolgten Politik. Retten konnte nur eine Abkehr von dieser Politik, nur ernste Bemühungen der lettischen Regierung, von sich aus, durch entsprechende Maßnahmen, dem Lande diesen Truppenschutz auch weiterhin zu sichern. „In jedem Falle steht die lettländische Regierung vor der Tatsache, daß heute noch eine starke Heeresmacht im Lande ist, eine Macht, die zu einem ausreichenden Schutz vollauf befähigt ist, besonders wenn einheimische Hilfstruppen dazukommen. Die unmittelbare dringende Aufgabe der lettländischen Regierung wäre es mithin, für das deutsche Militär, das das Land schützen kann, ihrerseits solche Bedingungen zu schaffen, die den berechtigten Wünschen der Truppe völlig Genüge tun. Unsere estnischen und lettischen Heimatgenossen sollten sich doch auch in die Lage des deutschen Soldaten denken. Wenn er hier im Lande hört, man könne es gar nicht eilig genug haben, ihn abziehen zu sehen, wenn das flache Land sich nicht bereit findet, eine ausreichende Verpflegung zu schaffen, wenn die Gesamtheit sich nicht in der Lage sieht, gewisse Opfer zu übernehmen — wo soll dann die Stimmung in der Truppe herkommen, sich für ein Land einzusetzen, das sie früher oder später doch verlassen wird. Hier scheint uns die nächstliegende praktische Aufgabe für den Schutz der Heimat zu liegen. Eine geeignete Lösung würde der Regierung zum nicht geringen Verdienst anzurechnen sein." [94]

Die lettische Regierung hat sich dieses Verdienst nicht erworben.

---

[91] Die Lage Lettgallens war schon vor dem 11. 11. eine besonders schwierige insofern, als Lettgallen staatsrechtlich noch nicht von Rußland gelöst worden war, die Reichsregierung vielmehr die Unabhängigkeit der übrigen baltischen Gebiete durch den Verzicht auf Lettgallen hatte erkaufen müssen. Wie oben schon angedeutet (S. 8 Anm. 22) wurde es als eine der wichtigsten Aufgaben des baltischen Regentschaftsrates angesehen, in Übereinstimmung mit den Wünschen der Bevölkerung Lettgallens für dessen Anschluß an den baltischen Staat zu sorgen, vor allem für Lettgallen noch weiterhin den deutschen Truppenschutz zu erwirken. Auch dieses Vorhaben war aber durch die Ententepolitik des 11. 11. vereitelt worden. Nach wie vor kannte die nichtbolschewistische Bevölkerung Lettgallens auch jetzt noch nur den einen Wunsch: Um jeden Preis los von Rußland!

[92] Balt. Ztg. 27. 11. 1918: Die Lage in Lettgallen (aus „Jaun. Zin."). Weitere Meldungen: „Aus Lettgallen laufen erschütternde Nachrichten ein. Wie Augenzeugen berichten, ist beinahe ganz Lettgallen von den Bolschewiki besetzt worden, ohne daß ihnen ein nennenswerter Widerstand entgegengesetzt worden wäre. In ganz Lettgallen wird gemordet und gesengt, die Banden, die zu einem gewissen Teil aus Chinesen bestehen sollen, verüben unerhörte Greuel . . ." (Balt. Ztg. 2. 12. 1918). Am 5. 12. heißt es: „Aus Lettgallen kommen fortlaufend Nachrichten, die alle Beschönigungsversuche in der eindringlichsten Weise widerlegen. Es kann gesagt werden, daß gegenwärtig ganz Lettgallen in den Händen der Bolschewiki ist, und zwar nicht etwa in den Händen der russischen Bolschewiki, sondern in denen der einheimischen, welche das gesamte Land in ihrer Gewalt haben und sengen, rauben und morden . . ." (Balt. Ztg. 5. 12. 1918: Die Lage in Lettgallen.)

[93] Balt. Ztg. 28. 11. 1918: Wir und die Feldgrauen.

[94] Balt. Ztg. 27. 11. 1918: W. B., Wetterzeichen.

Was aber gedachte sie denn zum Schutz des Landes zu tun, wie stellte sie sich zu den Vorgängen in Lettgallen? Das waren Fragen, die ihr von den eigenen lettischen Anhängern in wilder Verzweiflung entgegengeschleudert wurden, und zu denen sie auf der Volksratssitzung, die vom 2. bis 6. Dezember stattfand, Stellung nehmen mußte.

Nachdem Ministerpräsident Ulmanis in seiner großen Programmrede auf der Volksratssitzung am 2. Dezember über Fragen der Waffenstillstandsbedingungen, der Anerkennung, der Verhandlungen mit Winnig, der Anknüpfung freundschaftlicher außenpolitischer Beziehungen — diesen Teil seiner Rede beschloß Herr Ulmanis mit einem warmen Dank an den Friedensstifter und Schützer der kleinen Völker, Präsidenten Wilson —, der Aufbesserung der sozialen Verhältnisse, der Vergütung von Kriegsschäden und über die Agrarfrage gesprochen hatte, ferner feststellte, daß die in vielen Beziehungen hinderlichen und lästigen Bestimmungen der Okkupationsbehörden in absehbarer Zeit abgeschafft werden würden, berührte er schließlich auch die Frage des Landesschutzes: „Ganz besondere Aufmerksamkeit beansprucht der Schutz des Landes vor der drohenden bolschewistischen Gefahr, doch hat man in dieser Beziehung bisher zu keinen greifbaren Resultaten kommen können, da sich der Regierung verschiedene Schwierigkeiten in den Weg gestellt haben, die zu beseitigen nicht in ihrer Macht liegt. Die Regierung hat mit Schmerz sehen müssen, daß der Grenzschutz ungenügend ist und daß Lettgallen, das als integrierender Teil des lettländischen Staates zu erachten ist, mit Berufung auf die Bestimmungen des Brester Friedens von den deutschen Truppen aufgegeben worden sei. Aber man müsse hoffen, daß Lettgallen für Lettland nicht verloren sei.

Nach dem Punkt 12 der Waffenstillstandsbedingungen sei die deutsche Okkupationsmacht verpflichtet, den Schutz des Landes solange zu übernehmen, bis das Land in der Lage sei, sich selbst zu schützen. In dieser Beziehung bestehen Meinungsverschiedenheiten mit der Okkupationsgewalt, doch sei es wahrscheinlich, daß man bald von anderer Seite Schutz erhalten werde."

Der Ministerpräsident verweilte hierauf besonders lange bei der Verpflegungsfrage, um dann das Arbeitsprogramm der einzelnen Ressorts einer kurzen Besprechung zu unterziehen. Zum Schluß bemerkte er, daß die Regierung alle Kraft daran setzen werde, um Ruhe und Ordnung im Lande aufrechtzuerhalten, und daß sie es nicht zum Bruderkrieg kommen lassen werde[95].

Wie wenig diese Erklärungen zur Frage des Landesschutzes befriedigten, zeigt u. a. eine dringliche Anfrage, wonach von Vertretern Oberkurlands mitgeteilt wird, daß bolschewistische Banden am 3. Dezember Kreutzburg und Jakobstadt besetzt hätten und dort unter Beteiligung einheimischer Bolschewiki gesengt und gemordet werde. Es wird angefragt, welche Schritte die Regierung ergriffen habe, um das weitere Vordringen der Bolschewiken zu verhindern und das Land zu schützen. Nachdem noch von verschiedenen Seiten mitgeteilt wurde, daß aus dem in Rede stehenden Bezirk bereits Flüchtlinge eingetroffen, deren Angehörige ermordet worden seien, wird die Dringlichkeit angenommen und dahin beantwortet — daß der Regierung die Zustände in Lettgallen bekannt gewesen seien und sie sich in dieser Veranlassung an den Reichskommissar Winnig gewandt habe[96].

Es sind dieses die ersten offiziellen Äußerungen der lettländischen Regierung zur Frage des Landesschutzes, und sie zeigen, daß die lettische Regierung ihren von vornherein in dieser Frage eingenommenen Standpunkt — daß der Landesschutz nicht ihre Aufgabe sei, sondern ausschließliche Sache der deutschen Truppen, die auf Grund der Waffenstillstandsbedingungen hierzu verpflichtet wären — auch angesichts der unwiderleglichen Tatsache des Rückzuges der deutschen Truppen und des Vordringens der bolschewistischen Verwüstung beibehält.

Die ganze Erbärmlichkeit dieser Haltung der lettländischen Regierung wird vielleicht besonders kraß durch folgende in jenen Tagen der Volksratssitzung in den deutschbaltischen Zeitungen veröffentlichten Aufruf gekennzeichnet:

„Aufruf: An alle Balten! Die Schicksalsstunde für das Baltenland hat geschlagen. Die russischen Bolschewiki sind zum offenen Angriff auf unsere Heimat übergegangen.

[95] Balt. Ztg. 3. 12. 1918: Tagung des lettländischen Volksrates. Sitzung vom 2. 12. 1918.
[96] Balt. Ztg. 5. 12. 1918: Tagung des lettländischen Volksrates. Sitzung vom 4. 12. 1918.

Die Stunde ist ernst. Wer nur einen Funken Liebe zu seiner Heimat hat, der ergreife das Schwert, um sie zu schützen. Es geht um Haus und Hof, um unsern Glauben, Freiheit, Selbständigkeit, unsere Ehre. Es melde sich jeder.

Sämtliche im deutschen Heeresdienst befindlichen Balten sind laut Verfügung des Kriegsministeriums bereits entlassen. Die Deutsch-baltische Gesellschaft hat den organisierten Abtransport übernommen." [97]

Die unverantwortliche, tatenlose Haltung der lettischen Regierung angesichts des drohenden Entsetzens wird aber auch aus den Reihen der eigenen lettischen Anhänger aufs schärfste verurteilt, und es wird Anklage gegen sie erhoben, daß sie nichts tue, die eigenen Kräfte zum Schutz und zur Verteidigung des Landes aufzurufen und zu organisieren — ein wohl unbewußtes, aber um so beachtlicheres Eingeständnis dessen, daß dem gesunden lettischen Volksempfinden die verantwortliche Landespolitik der baltischen Deutschen schließlich näherstand und verständlicher war als die doktrinäre landfremde Politik ihrer eigenen Regierung.

Zur Verteidigung der lettischen Regierung gegen die genannten Vorwürfe ist aber folgendes geantwortet worden: 1. „Der lettische Staat sei noch jung, er habe daher keine Veranlassung, mit dem Säbel zu rasseln, daher die Stellungnahme nach außen" [98], und 2. „Man müsse sich nicht nur auf sich selbst, sondern auch auf die Verbündeten verlassen, die uns nach außen hin schützen werden." [99]

Die aufgebrachten lettischen Volksratsmitglieder schienen in der Tat eines übersehen zu haben — die Mitteilung des Ministerpräsidenten Ulmanis zu Beginn der Volksratssitzung am 2. Dezember, daß er eine Drahtung aus Libau erhalten habe, nach welcher englische Schiffe in Libau eingelaufen seien, und daß diese Schiffe voraussichtlich auch Riga anlaufen würden. Ferner hatte ja auch Ministerpräsident Ulmanis in seinen Ausführungen zur Frage des Landesschutzes der Tatsache, daß die deutsche Okkupationsgewalt, die lettische Auslegung der Waffenstillstandsbedingungen nicht teile, im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit, daß man bald von anderer Seite Schutz erhalten werde, kein besonderes Gewicht beilegen zu müssen geglaubt.

Die Engländer, die ja diese ganze Staatsgründung veranlaßt hatten und daher auch für sie verantwortlich waren, waren endlich in Erscheinung getreten, und es bestand kein Zweifel, daß nun alle Not ein Ende haben würde. So klang diese Volksratssitzung vom 4. Dezember aus in dem Ruf der lettgallischen Abgeordneten Fräulein Seil: „Wir müssen uns an die Verbündeten wenden!", und in der Antwort des Ministerpräsidenten: „Das werde ich heute abend, nach einer Stunde, tun!" [100]

An diesem Tage fuhr Ministerpräsident Ulmanis nach Reval, um dort in Verhandlungen mit dem englischen Admiral Sinclair zu treten [101].

---

[97] Es ist dieses ein Aufruf der deutschbaltischen Gesellschaft in Berlin, den der „Berliner Lokalanzeiger" mit folgenden einleitenden Worten veröffentlichte: „Die feldgrauen Balten. Mit der großen deutschen Armee kehren nun auch die Deutschbalten in ihre Heimat zurück. Auf Anordnung des Kriegsministers wurden sie aus dem deutschen Heeresdienst entlassen. Begeisterten Herzens und zu vielen Hunderten waren sie nach Befreiung ihrer Heimat in das deutsche Heer als Freiwillige eingetreten. Wo das alte Mutterland um Heimat und Heer kämpfte, wollten auch sie nicht fehlen. Ein großes und starkes Deutschland war auch ihr Kampfziel, für das so mancher von ihnen sein Leben ließ. Nun es anders gekommen, ziehen sie still und wortlos, aber erhobenen Hauptes wieder ihren Weg. Die Rettung der eigenen alten Heimat vor einbrechenden Bolschewikischaren und den Schutz von Deutschtum und Kultur gilt es jetzt für sie. Und zum zweitenmal in diesem grausigen Kriege ziehen sie in den blutigen Kampf, die Söhne der baltischen Erde. Nichts mehr haben sie zu verlieren, als ihr junges Leben, aber alles zu gewinnen: eine freie baltische Heimat!" Balt. Ztg. 3. 12. 1918: Die feldgrauen Balten.

[98] Balt. Ztg. 5. 12. 1918: Tagung des lettländ. Volksrates, Sitzung vom 4. 12. Aus der Rede des Abgeordneten Nonācs.

[99] das. Ausführungen von J. Zalit, dessen Ernennung zum Minister der Landesverteidigung zum Schluß dieser Sitzung bekanntgegeben wurde.

[100] Balt. Ztg. 5. 12. 1918: Tagung des lettländ. Volksrates. Sitzung vom 4. 12.

[101] Siehe oben, S. 22.

Der 11. Dezember 1918.

Am 10. Dezember kehrte der Ministerpräsident von seiner Reise zurück und erließ am 11. Dezember einen Aufruf, in dem die Bürger Lettlands zu den Waffen gerufen werden mit der Begründung: „Schnelle Hilfe haben wir nirgends zu erwarten. Unsere Kraft sind wir selbst.“[102] Die lettischen Zeitungen dieser Tage aber sind von einem verzweifelten Pessimismus erfüllt, sprechen in eindrucksvollen Worten von den asiatischen Schrecken, die über das Land hereinbrechen, verlangen die Beilegung allen inneren Haders, fordern ein politisches Programm, das alle Bürger Lettlands einigt, und brechen in den Ruf aus, daß jetzt die Stunde gekommen sei, da alle Landeskinder gemeinsam den Kampf gegen den Landesfeind aufnehmen müssen — d. h., sie verlangen die Durchführung des noch vor etwa 2 Wochen von der lettischen Regierung abgelehnten deutschen Programms einer verantwortlichen Landespolitik. So schreibt z. B. einer der bekanntesten lettischen Journalisten und Nationalisten u. d. T.: „Asiatische Schrecken. . . . Die Parteien vertreten nur ihre engsten Programme und jede will ihre theoretische Unschuld wahren, um in dem Augenblick, wenn alle Kirchenglocken von den asiatischen Schrecken dröhnen werden, sich von der großen Verantwortung reinzuwaschen, die jeder einzelne auf sich nehmen muß, der politisch arbeiten will. Nicht politisieren, sondern politische Arbeit braucht Lettland. Der Moment ist so schwer wie noch nie, und daher ist nur eins von Wichtigkeit, das ist die Einigung aller lebendigen Kräfte zum Ausbau und Schutze des Staates, und daher muß nur einem Programm der Vorzug gegeben werden, und zwar dem Programm, das alle Parteien vereinigt. — Solange noch nicht die letzte Stunde geschlagen hat, solange noch der Staat vor den einbrechenden Asiaten geschützt werden kann, ist es noch Zeit, alle staatserhaltenden Kräfte zusammenzufassen.“[103]

Was war geschehen? Der lettische Ministerpräsident war reichlich unverrichteter Dinge von seiner Reise zurückgekehrt — die englische Flotte war nämlich noch immer nicht in Reval eingetroffen, und von den geplanten Verhandlungen mit den Engländern war mithin überhaupt nicht die Rede gewesen[104].

Nachdem die englischen Kriegsschiffe die Häfen von Windau und Libau verlassen hatten, waren keine Angaben über ihren weiteren Verbleib bekanntgeworden. Erst am 9. Dezember

---

[102] „Aufruf der temporären Regierung Lettlands!

Bürger Lettlands! Ihr habt noch alle die Zeit in Erinnerung, als über unser Land eine Finsternis hereinbrach, die alle Sterne am Himmel Lettlands ausgelöscht hatte. Nach welcher Richtung sich unser Volk auch gewandt hat, es stieß auf zerstörte Hoffnungen. Große gewichtige Ereignisse haben den Tag erleuchtet, der uns die Erfüllung unserer Hoffnungen gebracht hat. Das lettische Volk hat feierlich seine Selbständigkeit und Unabhängigkeit erklärt, indem es der Welt sein rotweißrotes Banner entgegenhält, Nun recken sich drohend aus der Nacht von Osten her Hände, die dieses Banner herunterreißen wollen. um es in den Schmutz zu treten. Bolschewistische Banden, die von Rußland kommen, brechen in unsere Grenzen ein. Feuersbrünste beleuchten ihre Wege, Ruinen der Häuser und verkohlte Leichname bezeichnen die Orte, durch die sie gekommen sind.

Bürger Lettlands! Einen Weg zum Rückzug gibt es nicht mehr. Die durch Vertreter des Volkes eingesetzte temporäre Regierung ruft Euch zu den Waffen. Die heldenhaft gestorbene unzählbare Menge von Männern, die für die Freiheit Lettlands gefallen ist, steigt jetzt aus ihren Gräbern empor, stellt sich unsichtbar in Eure Mitte und schaut auf Euch, wie Ihr Eure Aufgabe erfüllen werdet. Es gibt keinen schwerwiegenderen Augenblick als jetzt. Schnelle Hilfe haben wir von nirgends zu erwarten. Unsere Kraft sind wir selbst. Alle, die für Lettland und die Zukunft des Volkes stehen, denen die Freiheit und Unabhängigkeit teurer ist als alles andere, deren Stolz stark genug ist, um mit der Waffe in der Hand ihr Recht zu verteidigen, mögen in die Reihen der Streitkräfte eintreten, die Lettlands temporäre Regierung organisiert. Wenn wir jetzt unser Leben schonen, wird unser Teil Schimpf und Schande sein, wenn wir für unseren Erwerb fürchten, gefährden wir alles. Diejenigen, die in unser Land mit Gewalt eingebrochen sind, müssen mit Gewalt hinausgejagt werden.

Zu den Waffen! Schart Euch alle um die temporäre Regierung und das Banner des freien Lettland! Es lebe Lettland!

(Rig. Ztg. 11. 12. 1918, Nr. 287.) Die Temporäre Regierung.“

[103] A. Kroders in „Jaun. Zinas“ (Hier zit. nach Rig. Ztg. vom 12. 12. 1918.)

[104] Balt. Ztg. 11. 12. 1918: Über die Fahrt der Delegation der zeitw. Regierung nach Reval.

lüftete sich das Schweigen um die Engländer, und man erfuhr jetzt, daß die englischen Schiffe am 8. Dezember aus Libau nach Kopenhagen zurückgekehrt waren[105]. Man erfuhr an diesem Tage aber auch noch mehr, daß nämlich eine Verständigung über den Ententetruppenschutz im baltischen Gebiet erzielt worden sei:

„Wie der ‚Dorp. Ztg.' aus Reval gemeldet wird, hat die Entente ihre Hilfeleistung gegen die bolschewistische Gefahr sowohl Eesti als auch Latwija gegenüber von dem Zugeständnis gewisser, zum Teil weitgehender Vorrechte in den Hafenstädten Libau, Riga und Reval abhängig gemacht. Eine Verständigung ist bereits erzielt worden, so daß man hier grundsätzlich mit dem Schutze der Entente rechnen darf."[106]

Als ergänzende Nachricht hierzu kann die Mitteilung des aus Reval zurückgekehrten lettischen Ministerpräsidenten gewertet werden, wonach die estländische Regierung ein Telegramm des Inhalts erhalten habe, daß England die estländische Regierung unterstützen werde, falls sie auf demokratischer Grundlage basieren und den Bolschewismus und die Anarchie bekämpfen werde[107].

Die Reise des Ministerpräsidenten Ulmanis war gerade in jene Zeit zwischen dem Auslaufen der englischen Schiffe aus den Häfen von Windau und Libau und ihrem Wiedereintreffen in Kopenhagen gefallen. Wie aus den ebengenannten Nachrichten hervorgeht, haben in dieser Zeit lebhafte Verhandlungen zwischen den Engländern und der estländischen Regierung, und zwar über den englischen Konsul in Helsingfors, stattgefunden[108]. Ministerpräsident Ulmanis hatte sich daher auch, als er die englischen Schiffe in Reval nicht vorfand, nach Helsingfors zum englischen Konsul begeben und hatte hier sehr wesentliche Aufschlüsse über die Ententehilfe erhalten.

Der Eindruck aber, den diese Aufschlüsse auf ihn gemacht haben, wird in prägnanter Weise in den schon zitierten Sätzen aus dem Aufruf an die Bürger Lettlands zum Ausdruck gebracht: „Unsere Kraft sind wir selbst. Schnelle Hilfe haben wir von nirgends zu erwarten."

Die nationalen Führer der Letten und Esten, die ihre Politik schon seit den ersten Jahren des Weltkrieges auf eine Verbindung mit den Westmächten gebaut hatten[109], hatten es verstanden, den Letten, zum mindesten einem Teil von ihnen[110], ein blindes und unbegrenztes Vertrauen zu diesen Westmächten, besonders aber zu England, „dem Befreier und Beschützer der kleinen Nationen", einzuflößen und die Vorstellung zu erwecken, daß alles Heil der Letten von den Engländern kommen werde[111].

---

[105] Balt. Ztg. 9. 12. 1918: Rückkehr englischer Kreuzer aus Libau.

[106] Rig. Ztg. 9. 12. 1918: Eine Verständigung über den Ententetruppenschutz in dem baltischen Gebiet.

[107] Balt. Ztg. 11. 12. 1918: Über die Fahrt der Delegation der zeitweiligen Regierung nach Reval.

[108] Vgl. hierzu auch noch folgende Nachricht aus Reval: „Zur Ankunft der englischen Flotte. Das Estnische Presse-Büro ist ermächtigt, folgendes bekanntzugeben:

Am 7. 12 erhielt der englische Konsul in Helsingfors von seiner Regierung ein amtliches Telegramm folgenden Inhalts:

Auf dringendes Bitten der Vertreter der estnischen Regierung in Paris und London nimmt eine englische Flotte Reval unter ihren Schutz, um sie vor den unerhörten Greueltaten der Bolschewiki schützen zu helfen.

Der Konsul bestätigt, daß die Flotte sich in der Nähe von Reval befinden müsse. (Balt. Ztg. 12. 12. 1918.)

[109] Vgl. hierzu Dopkewitsch, Die Entwicklung des lettländischen Staatsgedankens, Kap. IV: Der lettländische Staatsgedanke als internationales Problem.

[110] Ausgesprochen Ententefeindlich eingestellt waren naturgemäß die bolschewistischen Letten, aber auch die menschewistisch eingestellten lettischen Sozialdemokraten verhielten sich ziemlich ablehnend zur Ententepolitik der lett. Regierung, sie waren eher zu einem Zusammengehen mit dem revolutionären Deutschland bereit. In diesem Sinne hatte sich z. B. der sozialdemokr. Abgeordnete Menders in der Volksratssitzung vom 4. 12. ausgesprochen. (Balt. Ztg. 5. 12. 1918.)

[111] Diese Einstellung der Letten wird in einem Leitartikel der lettischen Zeitung „Baltijas Zinas" u. d. T. „Der Engländer" sehr zutreffend charakterisiert: Als man im vergangenen Frühjahr in der Ferne den dumpfen Donner deutscher Geschützübungen hörte, habe es im Volke geheißen „Der Engländer kommt". Als das Volk unter den von der Okkupationsverwaltung auferlegten Lasten geseufzt habe, da habe man unentwegt nach dem rettenden „Engländer" ausgeschaut, der nicht nur nichts nehmen, sondern uns mit

Nun waren die Engländer da, und sie waren auch bereit, Hilfe zu leisten — nicht aber in der erwarteten Form selbstverständlicher schenkender Hilfe, sondern in der Form eines Geschäfts, und zwar eines für sie, die Engländer, sehr sicheren und soliden Geschäfts. Die verlangten Gegenleistungen waren so hoch, daß man z. B. in Estland den Gedanken erwog, ob es unter diesen Umständen nicht besser sei, auf diese englische Hilfe zu verzichten[112].

Sahen es die baltischen Deutschen als selbstverständlich an, daß die Engländer Gegenleistungen verlangten, die ihnen gewährt werden müßten, so bedeutete diese Haltung der Engländer für die Letten bei deren eben geschilderter Einstellung eine schwere Enttäuschung.

Die Engländer verlangten aber nicht nur Gegenleistungen für ihre Hilfe, sie erklärten sich zu Hilfeleistungen überhaupt erst unter der Bedingung bereit, daß Letten und Esten den Kampf gegen die Bolschewiken von sich aus aufnahmen.

Wie oben ausgeführt, stand diese Forderung aber in striktem Widerspruch zum eigentlichen Programm der lettländischen Regierung, die sich wohl bereit erklärte, für Ruhe und Ordnung im Inneren des Landes zu sorgen, im übrigen aber keine Veranlassung dazu sah, „mit dem Säbel zu rasseln". Die Verteidigung des Landes war ihrer Meinung nach Sache der deutschen Truppen oder aber der Ententemächte.

Und nun stellte es sich heraus, daß die Entente ihrerseits die Landesverteidigung als eine Sache der estnischen bzw. der lettischen Regierung ansah.

Unter diesen Umständen erwies es sich jedenfalls als günstig, daß die lettische Zeitweilige Regierung dem Drängen Winnigs, zu einer Vereinbarung in bezug auf die Baltische Landeswehr zu gelangen, nachgegeben hatte.

Wie schon ausgeführt, war die Organisierung der am 11. November vom Baltischen Regentschaftsrat begründeten Baltischen Landeswehr, auch nach dem Ausscheiden Estlands am 12. November, nicht nur von den baltischen Deutschen, sondern von den Russen und auch von den Letten als die vordringlichste Aufgabe des Landes angesehen worden[113], so daß schon am 19. November über die Landeswehr in Riga folgendes mitgeteilt werden konnte: „Seit dem Zusammentritt der letzten allgemeinen Offiziersversammlung ist viel positive Arbeit geleistet worden und schreitet die Organisation der Schutzwehr der Stadt Riga rüstig vorwärts. Alle Nationalitätengruppen arbeiten in vollem Einverständnis und in Eintracht zusammen. Gar manche Schwierigkeiten in den Fragen der Gruppenteilung, Kasernierung, Einkleidung, Bewaffnung sind schon überbrückt, und es steht zu erwarten, daß der Kern der Rigaschen Schutzmacht in den nächsten Tagen ins Leben treten wird . . ."[114]

Infolge der eigenartigen Haltung der lettischen Regierung zur Frage des Landesschutzes trat dann aber nach der Proklamierung des lettländischen Staates am 18. November eine Stockung in dieser so erfolgreich begonnenen lebenswichtigen Landesaufgabe ein, besonders hinsichtlich einer weiteren Organisierung der Letten. „Die Deutschen dagegen verdoppelten ihre Anstrengungen, man rief immer wieder zur Meldung auf, das Oberkommando half mit Ausrüstung, so gut es konnte, und so war etwa Anfang Dezember das kleine Häuflein so weit, daß es als Kampftruppe eingesetzt werden konnte."[115]

Getreide und Waren aller Art versorgen würde. Und wenn ein Skeptiker gewagt hätte, Zweifel an dem baldigen Eintreffen des Engländers zu verlautbaren, dann wäre ihm das sicherlich sehr übel bekommen, denn der Glaube an den Engländer sei unerschütterlich gewesen . . ." (Zit. nach Balt. Ztg. 6. 12. 1918.)

[112] So schreibt die Rig. Ztg. vom 22. 12.: „. . . England stellt und mit Recht ernste Gegenbedingungen und wird von deren Erfüllung weitere Aktionen abhängig machen. Fast sieht es so aus, als ob insonderheit in Reval sich in estnischen Kreisen eine unbegreifliche Opposition gegen solche Bindungen geltend macht. Der ‚Postimees' hat ja allen Ernstes bereits den Bolschewismus als das geringste unter den verschiedenen Übeln bezeichnet, die dem freien Eesti drohen."

Genaues über die Forderungen der Engländer wurde nicht bekannt, doch gingen allerhand Gerüchte um, so z. B. „Laut noch unbestätigter Meldung an die ‚Finnische Depeschenagentur', soll zwischen der estnischen und der englischen Regierung vereinbart sein, daß England alle Häfen besetzt und die Post, Telegraphen und Eisenbahnen übernimmt. Man spricht auch von einer Pachtung Estlands durch die Engländer auf 10 Jahre. (Rig. Ztg. 16. 12. 1918: Die englische Flotte in Reval.)

[113] Siehe oben S. 129.

[114] Balt. Ztg. 19. 11. 1918: Die Miliz.

[115] Winnig, a. a. O., S. 68.

Als der Bolschewikeneinfall begann und die lettischen Minister bei Winnig Hilfe suchten, hatte Winnig auf diese Ansätze eines Landesschutzes aus eigenen Kräften hingewiesen und den Vorschlag gemacht, daß diese baltische Landeswehr vom lettländischen Staat übernommen und im Sinne ihrer Begründung ausgebaut werde. Es hatten dann schließlich auch diesbezügliche Verhandlungen stattgefunden, doch war es schwierig gewesen, zu einer Einigung zu kommen[116].

Beiläufig hatte Ministerpräsident Ulmanis auch auf der Volksratssitzung vom 4. Dezember diese Verhandlungen erwähnt: „Auf wiederholte Vorstellungen der Zeitweiligen Regierung habe Herr Winnig versprochen, eine Freiwilligen-Abteilung zu bilden, an die sich die örtliche Landeswehr anschließen könne. Doch seien die Verhandlungen, insbesondere über die Verkehrssprache, noch nicht abgeschlossen worden."[117]

Am 5. Dezember aber konnte der Minister der Landesverteidigung, Sahlit, dem Volksrat die Mitteilung machen, daß die Verhandlungen der Regierung mit Herrn Winnig und den Vertretern der Okkupationsgewalt in bezug auf den Schutz des Landes zum Abschluß gekommen seien[118].

In der Erkenntnis, daß keine Zeit mehr zu verlieren sei, beginnt der deutschbaltische Nationalausschuß daraufhin schon am 7. Dezember wieder energische Werbeaufrufe zu erlassen, und zwar in der Form einer kategorischen Einberufung der deutschbaltischen Mannschaft im Alter von 18 bis 30 Jahren[119]; einige Tage später erfolgte auch die Einberufung der Deutschbalten von 30 bis 35 Jahren[120].

Bezeichnenderweise erfolgte der entsprechende, schon zitierte Aufruf der lettischen Zeitweiligen Regierung erst am 11. Dezember, d. h. erst nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten[121].

Man hatte offenbar doch noch auf eine günstigere Wendung in der Frage des Landesschutzes gehofft, die diese durchaus programmwidrige Angelegenheit der baltischen Landeswehr, die auch noch keineswegs endgültig sanktioniert worden war, bedeutungslos gemacht hätte.

Davon konnte nun allerdings keine Rede mehr sein. Auch die lettische Zeitweilige Regierung konnte sich jetzt nicht mehr der Einsicht verschließen, daß gehandelt, und zwar schnell gehandelt werden müsse.

Denn schon war viel kostbare Zeit verlorengegangen, und während man debattierte und verhandelte und den Engländern nachlief, waren die Bolschewiken auf der gesamten Ostfront von Narwa bis Dünaburg zum Angriff übergegangen. Nicht nur Pleskau, Narwa und Lett-

---

[116] Winnig, a. a. O., S. 68.

[117] Balt. Ztg. 5. 12. 1918: Tagung des lettländ. Volksrates, Sitzung vom 4. 12. Diese Erklärung erfolgte im Zusammenhang mit der Beantwortung der dringlichen Anfrage betr. Lettgallen.

[118] Balt. Ztg. 6. 12. 1918; Balt. Ztg. 10. 12. 1918: Dienstordnung der Landeswehr. Vertrag Winnigs mit der lettischen zeitweiligen Regierung.

[119] Der Aufruf lautet: „Die Heimat ist in dringender Gefahr. Sie bedarf jedes waffenfähigen Mannes zur Bildung der Landeswehr.

Private Interessen, welcher Art auch immer, haben zurückzutreten vor dem einen Ziel:

Rettung des Landes vor bolschewistischer Bedrohung.

Wer heute beiseitesteht, versündigt sich an seiner Heimat. Die Lage fordert gebieterisch außerordentliche Maßnahmen!

Der deutsche Nationalausschuß hat zunächst beschlossen:

Alle deutschen Männer im Alter von 18—30 Jahren, die sich gegenwärtig in Riga aufhalten, werden hiermit aufgefordert, am 9. und 10. 12. zwecks Einstellung in die deutschen Kompanien der Landeswehr zu erscheinen.

Über Zurückstellung entscheidet die deutsche Landeswehrkommission . . .

Der Schutz der Heimat wird im Einvernehmen mit allen anderen Nationalitäten ausgeübt.

Das Land erwartet, daß jedermann seine Pflicht tut.

Der baltisch deutsche Nationalausschuß.

[120] Balt. Ztg. 11. 12. 1918.

[121] Eine Mitteilung über das mit Winnig abgeschlossene Abkommen hatte der Minister der Landesverteidigung, J. Sahlit, allerdings schon am 8. 12. auf einer Versammlung lettischer Offiziere gemacht und im Zusammenhang damit geäußert, er zweifle nicht daran, daß auch die lettischen Offiziere mit Hand an die Verteidigung der lettländischen Staatsidee legen würden. (Balt. Ztg. 9. 12. 1918: Versammlung lettischer Offiziere.)

gallen waren in ihrer Hand, schon waren auch Marienburg und Schwaneburg gefallen. Am 8. Dezember wurde Werro besetzt, am 10. Dezember Dünaburg und Jakobstadt, am 11. Dezember Stockmannshof. Und wieder und wieder liefen erschütternde Nachrichten aus den besetzten Gebieten ein, und schon waren alle Landstraßen voll von Flüchtlingen, die mit eilig aufgepackter Habe nach Riga strebten. In den Rigaschen Zeitungen nehmen die Aufrufe, sich der dort eingetroffenen Flüchtlinge anzunehmen, ihnen Unterkunft usw. zu beschaffen, immer größeren Raum ein.

Erst in dieser Lage, da die Gefahr ungeheuer war und stündlich näherrückte, die erhoffte Hilfe aber unsicher und fern blieb, schienen auch die Letten die Forderungen, die die historische Stunde an die Kinder dieses Landes stellte, zu begreifen: „Gegen die Banden, die da kommen, unser Land zu verwüsten, müssen wir die letzten Kräfte aufbieten und selbst für das letzte kämpfen, was uns geblieben ist, denn Hilfe von außen kann zu spät kommen, dann, wenn Lettland schon zertreten ist. Der Feind ist schon im Lande, es ist die letzte Stunde, alle Männer müssen bereit sein ... Wir müssen in diesem Augenblick von unseren Heimatgenossen, den Deutschen und Russen, lernen, die nicht warten, sondern Schutzwehren errichten und sich mit bewundernswerter Energie zusammengeschlossen haben. Jetzt ist das Ziel aller unserer Volksstämme, gemeinsam die Heimat zu verteidigen. Jetzt oder nie![122]

Diese Einsicht kam spät — und war nicht von Dauer.

[122] Aus „Lidums". (Hier nach Rig. Ztg. 14. 12. 1918.)

Der mittelalterliche Wehrbau einer ostmitteldeutschen Rodungslandschaft

Die Burgen des Kreises Freiwaldau im Ostsudetenland

Von Herbert Weinelt, z. Z. im Felde

Mit 1 Karte

Der Kreis Freiwaldau, das unmittelbare nördliche Vorland des Altvatergebirges, stellt weder in geographischer noch in geschichtlicher Sicht ein organisches Ganzes dar. Geschichtlich gesehen bildete das Gebiet den Südteil des Breslauer Bistumslandes, dessen ursprünglicher Mittelpunkt die alte Landesburg Ottmachau gewesen ist. Damals, d. h. vor dem Einsetzen der deutschen Wiederbesiedlung, war nahezu noch der gesamte spätere Freiwaldauer Kreis Waldland, ein Teil des großen Markwaldes zwischen Schlesien—Polen und Mähren—Böhmen. Den Kern des Grenzraumes bildeten an dieser Stelle zwei Gebirgsrücken, einmal der vom Altvater (1492 m ü. d. M.) nach Nordwesten verlaufende Hauptkamm des Hohen Gesenkes bis zum Jauersberg (703 m ü. d. M.) hin, und dann die ebenfalls vom Altvater und zwar in nordöstlicher Richtung ziehende Bergkette, die durch den Urlich (1205 m ü. d. M.), den Querberg (972 m ü. d. M.) und die Bischofskoppe (890 m ü. d. M.) gekennzeichnet wird. Die Gewässer ziehen nach Norden, das Waldland war nach Norden hin geöffnet, und es ist in vordeutscher frühkolonialer Zeit auch von Norden her durchstreift worden. Es waren Fischer, Zeidler und Jäger, die den Flüssen entlang gegen das Gebirge vordrangen, sie haben die lichten Stellen im Wald gesucht und da und dort durch Brandrodung nachgeholfen, um Raum für ihre zeitweiligen Niederlassungen zu gewinnen, von denen einige wenige auch fest wurden. So muß das 1248 erwähnte Dorf Popaline[1] aus dieser Zeit stammen wie auch der Weiler Wsdarch[2], der im ausgehenden 13. Jahrhundert genannt wird, und der in der Nähe des heutigen Friedeberg zu suchen ist. Wo Popaline lag, ist noch ungewiß, und die Versuche, es mit einem der Waldhufendörfer des Raumes gleichsetzen zu wollen, sind fehl am Platz. Popaline (= Popaliny „Brandrodungen" zum Zeitwort palić „brennen, sengen") und Wsdarch (= v Ždiarech „in den Brandrodungen") können nicht mit den deutschen Dörfern des 13. Jahrhunderts gleichgesetzt werden[3], denn es waren kleine Weiler, über welche die großflächige deutsche Kolonisation des 13. Jahrhunderts einfach hinwegging. Die Weiler waren Fremdkörper geworden, die verkümmern und im Verlauf der weiteren Entwicklung von selbst verschwinden mußten[4]. Inwieweit neben diesen ungeregelt und ungeplant vorgestoßenen Siedlungsansätzen ein vordeutscher planmäßiger Landesausbau — der aber nur unter mindest teilweise deutscher Führung und nach deutschem Vorbild denkbar ist — die Ränder des Freiwaldauer Kreises erfaßt hat, ist noch zu klären. Spätere Verfassung und Zuordnung einzelner dörflicher Siedlungen bieten immerhin Anhaltspunkte in dieser Richtung.

Das Gesicht der Kulturlandschaft wie auch den Schlag des Menschen vermochten diese Vorgänge nicht zu prägen. Das blieb der bald nach dem Jahre 1200 einsetzenden deutschen

---

[1] Schlesische Regesten (des Codex dipl. Silesiae), Nr. 686.

[2] Cod. dipl. Sil. XIV, S. 22.

[3] Es ist das Verdienst K. v. Maydells, Die ländlichen Siedlungsformen Nordwestschlesiens und ihre Bedeutung als Geschichtsquelle, in: Heimat und Volk, hrsg. von A. Ernstberger, Brünn-Prag-Leipzig-Wien 1937, S. 746, diese Namen erkannt und richtig eingeschätzt zu haben.

[4] Entsprechendes läßt sich auch aus dem benachbarten Freudenthaler Kreis zeigen. Vgl. Verf., Das Werden der ostmitteldeutschen Kulturlandschaft Freudenthal, in: Deutsches Archiv f. Landes- u. Volksforschung, 3, 1939, S. 598 ff.

Wiederbesiedlung vorbehalten, die nun nicht von der alten Kastellanei Ottmachau, sondern bereits von der neugeschaffenen deutschen Stadt Neisse ausging, deren Stadtvogt 1223 in den Urkunden erscheint[5]. Als Siedlungsform fand bei den Dörfern die Reihenanlage mit Waldhufenverfassung Anwendung und bei den Städtchen der viereckige Regelmarkt („Ring") des vereinfachten ostdeutschen Kolonialschemas. Größere Stadtanlagen gibt es im Freiwaldauer Kreis nicht[6]. Das in das früheste 13. Jahrhundert zurückgehende Zuckmantel, einst eine Bergleuteniederlassung, hat entsprechend seiner frühen Entstehungszeit als Siedlungsform noch einen Straßenanger[7].

Das Einsetzen der deutschen Siedlung ist gleichbedeutend mit dem Beginn des Burgenbaues im Freiwaldauer Gebiet, zugleich mit den ersten Sammelsiedlungen entstanden die ersten Wehrsiedlungen. Vordeutsche Burganlagen gibt es hier nicht[8]. Von zwei Kräften wird der Burgenbau getragen: von den deutschen Siedlern einerseits und vom bischöflichen Landesherrn andererseits. Diese Zweiteilung spiegelt sich zuerst einmal in der Plangestaltung der Burgbauten und zum anderen auch in der Aufgabe wider: die vom Bischof erbauten Bergfesten dienten ursprünglich dem Schutz des durch Rodung neugewonnenen Landes, die Wehranlagen der deutschen Siedler waren die festen Häuser ihrer ritterlichen Siedler, und sie waren damit auch die Mittelpunkte der in den Händen der Deutschen liegenden Selbstverwaltung der Landschaft. Im ausgehenden 13. Jahrhundert treten zu den älteren Burgen zwei neue, von adeligen Herren auf dem Boden des Bistums gegen dessen Willen erstellte, und in der anfänglich doch recht deutlich geschiedenen Funktion der einzelnen Burgengruppen machen sich alsbald vielfache Überschneidungen bemerkbar.

Der gesamte Freiwaldauer Kreis liegt auf dem Boden des vormaligen Grenzwaldes gegen Mähren hin — denn das Oppaland mit seinen Mittelpunkten Freudenthal, Jägerndorf und Troppau gehörte bis in das frühe 14. Jahrhundert hinein zu Mähren —, die natürliche Grenze war durch die Bergketten abgezeichnet, aber der Bischof mußte doch einen Übergriff befürchten und daher alle Zugangsstraßen sichern. Dies geschah denn auch und zwar sogleich so gründlich, daß überall der Eindruck entsteht, in der großen Landnahmezeit des 13. Jahrhunderts sei das Verhältnis zum mährischen Nachbar nicht eben das beste gewesen.

Von Ottmachau ging offenbar ein alter Weg dem Krebsbach entlang in die Grafschaft Glatz und auf glätzischer Seite stand zum Schutz dieser Straße die Burg Karpenstein. Vom Bischof aus wurde zunächst am Eingang des Tales die Burg Jauernig[9] auf einer gegen das Tal abfallenden, vom Hinterland überhöhten Bergnase gebaut. Die Burg hat ihren vordeutschen Namen offenbar von einer älteren Flurbezeichnung, die für den Berg galt, erhalten (Jauernig < jawornik = „Ahornsberg"). Durch einen Halsgraben wurde die Bergnase vom übrigen Gelände abgeschnitten. Ursprünglich bestand die Burg nur aus dem etwa eiförmigen Hauptbau, die weiten Zwinger sind erst im Verlauf der späteren Entwicklung dazugekommen. Der Hauptbau selbst zerfällt wieder in drei Teile: in die eigentliche Hauptburg mit Bergfried und Palas, in den geräumigen Burghof des Zwischenstückes und in die kleine Hinterburg. Dem Angriff gegenübergestellt war das Hauptstück mit Palas und Bergfried, die minder wichtige Hinterburg lag in deren Schutz. Das ist etwas ungewöhnlich, denn der Palas als Hauptwohnbau der Burg wurde lieber an einer weniger unmittelbar den Schüssen der Angreifer ausgesetzten Stelle errichtet. Der Palas war deshalb auch noch besonders eingerichtet. So stellte er nur die eine Schmalseite gegen den Angriff, und dann war diese Seite noch halbrund

[5] Scholz-Babisch/Wendt, Regesten, S. 60; Pfitzner, Besiedlungs-, Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte des Breslauer Bistumslandes I (Prager historische Studien a. d. Gebiete der Geschichtswissenschaft, 18). Reichenberg 1936, S. 59.

[6] Die Grundlinien des deutschen Siedlungswerkes hat Pfitzner, Bistumsland, S. 51ff., herausgearbeitet.

[7] Verf., Forschungen zur Volkstumsgeographie des südschlesischen Stammesgebietes (Beiträge zur sudetendeutschen Volkskunde, XXV. Bd.). Reichenberg 1940, S. 31.

[8] Zum Gesamtthema siehe eingehend Verf., Probleme schlesischer Burgenkunde, gezeigt an den Burgen des Freiwaldauer Bezirkes (Darstellungen und Quellen z. schles. Geschichte, Bd. 36). Breslau 1936.

[9] Verf., Probleme, S. 31ff.; Verf., Zur deutsch-mährisch-schlesischen Burgenkunde, in: Der Burgwart, 37, 1936, Sonderdruck S. 1ff.

wie ein vorspringender Mauerturm. Diese halbrunde Seite bildete das eine Eck der schmalen Angriffsfront der Burg, die andere wurde vom mächtigen runden Bergfried eingenommen. Man wollte hier sozusagen wie ein Stier den Angreifer auf die Hörner nehmen. Umbauten haben die ehemalige Burg, die in den Zeiten der Hussitenstürme vom Domkapitel selbst in verteidigungslosen Zustand gesetzt werden mußte, da ihm die Mittel und die Kräfte zur Erhaltung fehlten, stark verändert [10]. Der Bergfried wurde bis zu den Grundmauern abgetragen, auf den Zwingern entstanden zum Teil neue Räume, die Hinterburg, die einst ein zweiter Palas einnahm, wurde zur geräumigen, einer Bischofsburg angemessenen Kapelle. Von der einstigen Stärke dieser mit hohen und dicken Mantelmauern umwehrten Burg zeugen noch heute die wohlerhaltenen Wehrgänge an der Nordseite und um den Hof des Mittelstückes. War auch der Feind hier eingedrungen, so konnte er noch immer sehr wirksam von oben bekämpft werden. Diese Wehrgänge, die ganz gemauert sind und unten durchlaufende Gußlochreihen aufweisen, werden dem Neubau der Burg aus dem ausgehenden 15. Jahrhundert entstammen. Dieser großzügige Wiederaufbau, der den alten Grundriß beibehielt, begann unter Bischof Johannes Roth im Jahre 1482, und 1496 begegnet zum ersten Male die danach geltende Bezeichnung „Schloß Johannesberg". Eben dieses Johannesberg war aber noch durchaus eine regelrechte und starke Burg, kein bequemes Schloß zum Wohnen.

Das Geschick der Burg Jauernig war in der Frühzeit recht wechselvoll, sie wird erst spät und zwar 1307 angeführt [11]. Damals saß kein bischöflicher, sondern ein herzoglicher Kastellan namens Richolf hier, das Bistum muß demnach die Burg im großen Kampf gegen Herzog Heinrich von Breslau im ausgehenden 13. Jahrhundert verloren haben und damit zugleich das zugehörige Gebiet, das der herzogliche Kastellan verwaltete. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts ist die Bergfeste dann wieder fest in bischöflichem Besitz.

Burg Jauernig stand an der Stelle, wo der Weg aus der Ebene in die Berge eintrat; dort aber, wo sich das Tal verengte und damit leicht zu sperren war, finden sich gleich zu beiden Seiten Burgen, und zwar im Norden des Krebsgrundbaches eine kleine, im Volksmund „Wall" genannte Anlage und im Süden das sog. „Wüste Schloß" [12]. Hier, beim „Wüsten Schloß", sind keine Spuren vormaligen Mauerwerks nachzuweisen, und die heute keine Bebauungsspuren mehr zeigende Burgstelle hat nicht das übliche Gepräge von Bauplätzen mittelalterlicher Steinburgen. Die Burg war nur klein; obwohl die ehemalige äußere Baukante verrutscht und daher nicht mehr genau zu erkennen ist, so ergibt sich immerhin, daß sie eine Fläche von etwa 25 m Breite und 20 m Tiefe hatte. Sie nimmt eine felsige, gegen das Tal hin vorspringende Bergnase ein und hat gegen den Graben, der sie vom übrigen, überhöhenden Gelände trennt, eine abgerundete Form. Gegen das Tal läuft sie in zwei schmale Felsrücken aus. Zum Graben hin liegt vor der Burgstelle eine breitere Berme, die wohl an ihrem Abbruch zum Graben vordem einen Palisadenzaun oder eine ähnliche Bewehrung trug. Der Zugang zur Burg erfolgte über eine Erdbrücke in der Mitte des Grabens — die kaum jüngeren Ursprung hat —, was als Rest einer älteren Befestigungsweise zu werten ist [13] wie übrigens auch die Berme. So zeigt das „Wüste Schloß" in vielem das Aussehen der Burgen aus Erde und Holz, und es spielt dabei kaum eine Rolle für diese Beurteilung, wenn darin auch ein Steinbau gestanden haben sollte. Das ganze Befestigungssystem ist nicht das der Steinburgen des hohen Mittelalters. Da, wie bereits gesagt wurde, Bebauungsspuren nicht festzustellen sind und die Form des Bauplatzes auch keinen Anhaltspunkt, der überzeugen würde, gibt, so vermag man nichts über die Art der einstigen Verbauung zu sagen. Aber viel hat hier jedenfalls nicht gestanden. Sicher ist nur, daß das „Wüste Schloß" nicht die bezeichnende Form der einstigen Turmburgenstellen zeigt, es ist kein Turmhügel. Der Zugang ist recht klug angelegt gewesen, er führte über die Erdbrücke und die Berme so, daß auf dieser der Ankommende die

[10] A. Drechsler, Altvaterland. Olmütz o. J., II, S. 47.

[11] Schlesische Regesten, Nr. 2961.

[12] Verf., Das Wüste Schloß bei Jauernig, eine Burg aus Erde und Holz, in: Deutschmähr.-schlesische Heimat .....; Verf., Probleme, S. 29ff.

[13] E. Schuchhardt, Die frühgeschichtlichen Befestigungen in Niedersachsen. Bad Salzuflen 1924, S. 83.

rechte unbeschildete Seite den Verteidigern zuwenden mußte. Funde, die über das Werden und Vergehen Aufschluß geben könnten, sind m. W. nicht vorhanden. Ich selbst habe dort vor Jahren einen Randscherben aufgelesen, ein bezeichnendes Stück aus der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts mit der untergriffigen Rille im Profil. Der Brand ist hart, die Farbe ein helles Grau, innen, außen und an der Bruchstelle ist der Scherben recht rauh. Das besagt also nur, daß die Burgstelle im 13. Jahrhundert eine Wehranlage trug, und, da sie trotz der altertümlichen Befestigungsweise eine typisch deutsche Anlage ist, so wird man annehmen müssen, daß sie eben aus dem 13. Jahrhundert stammt.

Von ganz anderer Art ist der „Wall" auf dem gegenüberliegenden Hang [14]. Sowohl Burg Jauernig als auch das „Wüste Schloß" hatten ein nicht ungünstiges, sie überhöhendes Angriffsfeld vor sich. Sie waren indes auch durch Halsgräben gut gesichert. Mit dem „Wall" hat es eine andere Bewandtnis. Durch einen Graben ist hier, beim Abbruch des Höhengeländes zum Krebsgrund, eine etwa rechteckige Burgstelle von ungefähr 23 m Länge und 16 m Breite herausgeschnitten worden, ohne Rücksicht darauf, wo der Graben etwa des gefährlichen Angriffsfeldes wegen eigentlich breiter sein müßte. Etwas vom Aushub des Grabens ist für den davorliegenden Wall verwendet worden, ein Teil des Materiales aber wohl auch zur Erhöhung des Bauplatzes, der sich heute über den Wall erhebt. Doch dringt hier stellenweise auch der gewachsene Felsen an die Oberfläche. Die bisher gemachten Funde von Irdenware reichen von der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis in das 15. Jahrhundert. Bei den ältesten Stücken begegnet wieder der für die frühdeutsche Ware bezeichnende dornartige Vorsprung im Profil der Randstücke (Untergriff), die jüngere Keramik ist aus bestem, geschlemmten Ton hergestellt, sehr hart, auffallend glatt und dünnwandig. Als einen starken Wehrbau kann man den „Wall" nicht bezeichnen, im Gegenteil, er kann als Befestigung kaum eine sonderliche Rolle gespielt haben. Er ähnelt durchaus den Turmhügeln des Tales und der Ebene, und es ist einfach und recht gedankenlos das Prinzip in ein hierzu gar nicht taugliches Gelände übertragen worden. Man wird auch annehmen dürfen, daß hier vormals ein Turmhaus oder ein Wohnturm gestanden hat, die hier gefundenen, noch recht unregelmäßig geratenen Handziegel weisen darauf hin, daß einem wohl ursprünglichen Holz- oder Fachwerkbau ein gemauerter gefolgt war. Da unten im engen Tal kein rechter Raum für eine Turmburg gewesen ist, so könnte man annehmen, sie sei nur deshalb auf den Hang verlegt worden, zumal man sich so auch einen besseren Schutz der Straße versprach. Das „Wüste Schloß" war keine Herrenburg, sondern ein Bau von ausgesprochen und rein militärischem Zweck, anders der „Wall", dessen Erbauung wir nicht dem Bischof zuschreiben können, sondern der durchaus in den Rahmen des Wehrbaus der deutschen Siedler gehört. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine deutsche bäuerliche Siedlung, die dann verödete, dazugehört hat.

Hart an der Grenze gegen die Grafschaft Glatz hin hat das Bistum noch eine weitere Burg erstellt, den Reichenstein [15]. Obwohl wir eine keineswegs unbedeutende Steinburg vor uns haben, so wird ihrer — wie übrigens auch des „Wüsten Schlosses" und des „Walles" — nicht in den Urkunden gedacht, den Namen, den wir keineswegs anzuzweifeln brauchen, hat nur der Volksmund überliefert. Wie beim „Wüsten Schloß", so klingen auch beim Reichenstein ältere Wehrbaugepflogenheiten nach. Die älteste Anlage bestand aus einer dicken (gegen 2,80 m), rundlich wie bei einer Wallburg verlaufenden Steinmauer, in der frei ein kreisrunder Bergfrit stand. Alt ist des weiteren nur der kleine unterkellerte Wohnbau im Westen, der an die Ringmauer angelehnt steht. Recht bemerkenswert ist ferner der runde, massive Treppenaufgang an der südlichen Ausbuchtung der Ringmauer. Es springt direkt ins Auge, daß diese Anlage aus den Wallburgen hervorgegangen ist, die Ringmauer ist nichts anderes als der in Stein umgesetzte Wall. Der Reichenstein erinnert damit an sehr frühe deutsche Burgen [16]. Für viel Leute war in der kleinen Burg nicht Platz und sie ist deshalb bald vergrößert worden, es

[14] Verf., Probleme, S. 70ff.

[15] G. Stumpf, Ruine Reichenstein bei Jauernig, in: Zeitschrift f. Geschichte und Kulturgeschichte Österreichisch-Schlesiens, 10, 1915, S. 73ff.; Verf., Probleme, S. 24ff.

[16] Z. B. die Burg Todenmann, Grundriß bei E. Schuchhardt, Die Burg im Wandel der Weltgeschichte (Museum der Weltgeschichte). Wildpark-Potsdam 1931, S. 219.

kamen einige neue Häuser, dann ein Schalenturm, Zwinger, ein stärkerer Torturm in der neuen äußeren Umwehrung usw. dazu, die schon allein zeigen, daß die Burg recht lange in Gebrauch gewesen ist. Das meiste von den Mauerresten hat eine Grabung zutage gebracht, die auch sehr viel Irdenware ergab, die eine genaue Datierung des Reichenstein zuläßt: er ist im frühen 13. Jahrhundert errichtet worden und war bis in das 15. Jahrhundert hinein besetzt[17]. Für die frühen Randstücke ist wieder das untergriffige Profil kennzeichnend, als Verzierung findet sich vor allem bei den älteren Funden die Wellenlinie, einfach, doppelt und sich kreuzend. Von weiten Handelsbeziehungen ist ein in der Sammlung des Verf.s befindliches Bruchstück eines Gefäßes aus rheinischem Steinzeug Beweis. Umfangreich sind auch die Eisenfunde wie Äxte, Türbeschläge, Schlösser und Schlüssel, Pferdestriegel, Messer, Armbrustbolzeneisen mit Tülle und Dorn, Pfeilspitzen usw. Auch der Reichenstein war eine militärische Anlage ohne anderen Nebenzweck, er hatte keine Sammelsiedlung neben sich, genau wie das „Wüste Schloß".

Nach der Grafschaft Glatz und nach Nordmähren führten in der Landnahmezeit keine anderen Straßen und Wege, die zu schützen gewesen wären. Die Verbindung mit Mähren ging aus dem Freiwaldauer Gebiet nach dem Oppaland und seinem alten deutschen Kernpunkt Freudenthal. An der Grenze gegen das Oppaland hin ist es auch zu einem schweren Grenzzwischenfall zwischen dem Breslauer Bistum und der Markgrafschaft Mähren gekommen, denn 1222 beschwert sich der Bischof Lorenz beim Papst darüber, daß ihm der Herr Mährens ein wertvolles Gebiet mit Goldgruben entrissen habe[18]. Es hat sich um die Goldgruben beim späteren Zuckmantel gehandelt, zu deren Schutz die starke Burg Edelstein[19] errichtet worden war, und zwar noch in der Zeit, da das Goldgrubengebiet zum Bistum gehörte. Das kann entweder nur vor 1222 gewesen sein oder ein paar Jahre später, als die Goldgruben möglicherweise für einige Zeit an das Bistum zurückfielen, denn nachher hat der Landstrich lange Zeit zu Mähren bzw. zum Troppauer Lande gehört. Daß der Edelstein unbedingt von Breslau aus geschaffen worden ist, zeigt nichts deutlicher als die Planung der Gesamtanlage, die noch heute aus den nur mehr kärglichen Mauerresten und Geländespuren zu erkennen ist. Denn wie bei der Burg Jauernig steht dem Angriff gegenüber die Hauptburg mit dem Bergfrit in der Front, dann folgt ein Graben, der dem weiten Zwischenhof von Jauernig entspricht und schließlich dem Angriff abgekehrt die weniger wichtige Hinterburg. Die Innengliederung der einzelnen Teile war allerdings anders, standen doch, wie man aus den Resten sieht, beim Edelstein Burghäuser an mindest drei Seiten der Hauptburg. Der Edelstein war eine große und starke Burg, er ist ohne Wälle und Gräben gegen 120 m lang und bis etwa 65 m breit gewesen. Dazu kommt noch der die ganze Anlage umschließende Ringgraben, der nur in der Westecke fehlt, und der an der Angriffsseite außerdem vorgelegte Ringgraben. An der nördlichen und östlichen Seite lief parallel zur Ringmauer eine Zwingermauer, aus der in der Ostecke des Berinnes ein Halbrundturm hervorspringt. Der Edelstein ist 1467 für immer gebrochen worden. Damals hielt der böhmische Nationalkönig Georg von Podiebrad-Kunstadt unmittelbar die Burg, und der aus dem südböhmischen Haus der Rosenberge stammende Breslauer Bischof Jodok nahm und brach die Burg, wie es heißt, wegen der geringen Einkünfte, die zu ihrer Erhaltung zur Verfügung stünden. Da nun die Stadt Zuckmantel eines Schutzes beraubt wurde oder doch zumindest kein fester Stützpunkt mehr in der Nähe war, so wurde im Anschluß an die Zerstörung des Edelstein die Pfarrkirche in Zuckmantel wehrhaft gemacht.

Der Edelstein und Burg Jauernig sind einander so in der Planung ähnlich, daß sie von einem gemeinsamen Bauherrn in Auftrag gegeben worden sein müssen. Das kann eben nur der Bischof gewesen ein, denn nur dieser hatte von allen in Frage kommenden Faktoren Beziehungen zu beiden Burgen. Damit ist auch erwiesen, daß Burg Jauernig von diesem und nicht etwa vom Herzog von Breslau — was auch erwogen wurde — stammt.

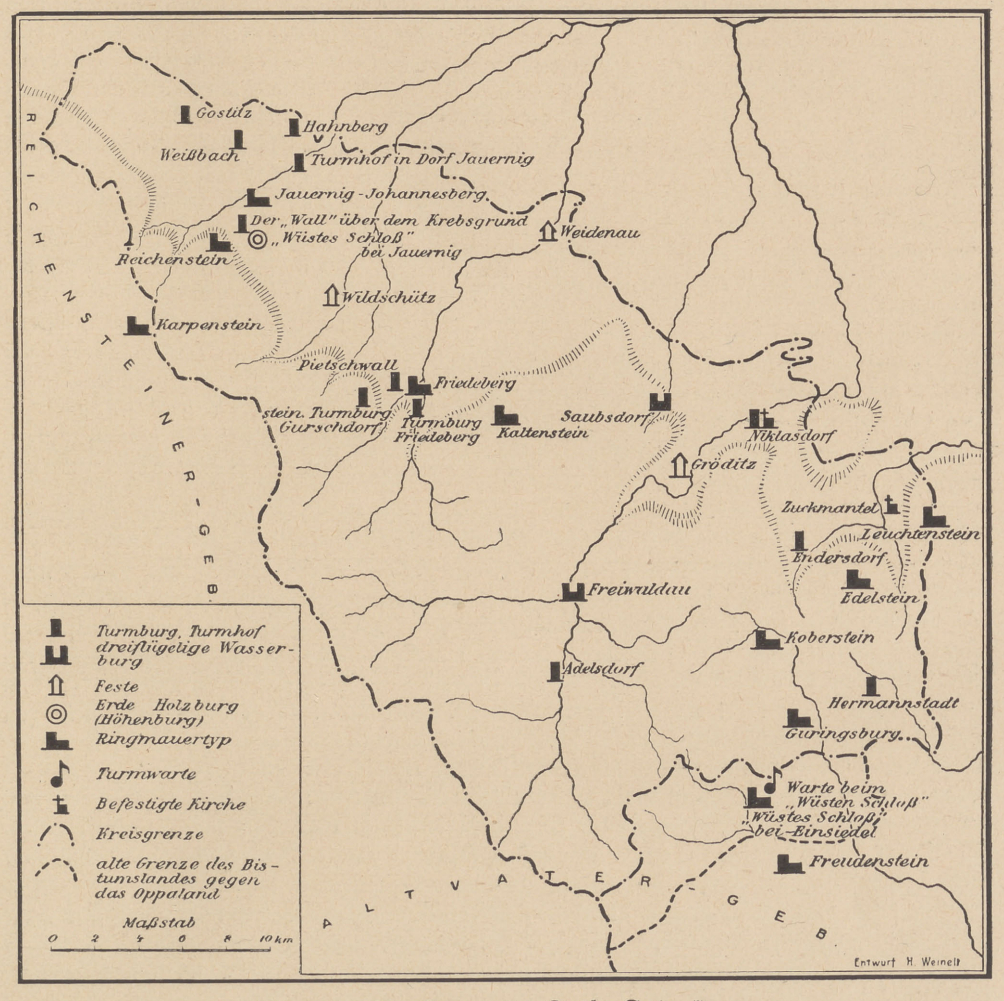
---

[17] Die Datierung der im Stadtmuseum Jauernig befindlichen Funde wurde von G. Raschke (Ratibor) durchgeführt.

[18] Dazu ausführlich J. Pfitzner, Geschichte der Bergstadt Zuckmantel in Schlesien. Zuckmantel 1924, S. 7 ff.

[19] Verf., Probleme, S. 38 ff.

Der Edelstein und Burg Jauernig zeigen dasselbe Anlageprinzip wie der Reichenstein: eine mehr oder weniger rundliche, durch das Gelände zum Teil mitbedingte Form der Ringmauer, an die sich die einzelnen Wohnbauten von innen so anlehnen, daß ein freier Hof bleibt. Der große Turm, der Bergfrit, ist kein Bau zum ständigen Bewohnen, er ist lediglich Rückzugsort in Zeiten höchster Gefahr und dementsprechend festester Wehrbau der gesamten Burg. Wir haben also Burgen vom „Ringmauertyp" vor uns[20]. Ein großer bewohnbarer Wehr-



Karte 1. Die Burgen des Kreises Freiwaldau

turm als Kern der Anlage oder doch als wesentlichstes Stück findet sich bei keiner der erwähnten Burgen.

Es gab mehrere Möglichkeiten, von Mähren her zum Edelstein zu kommen, der Vorstoß indes, der die Entreißung der Goldgruben nach sich zog und der spätestens im Frühjahr 1222 erfolgt sein muß, kann nur vom Oppaland aus und zwar über Freudenthal erfolgt sein, denn hier lag damals der stärkste Siedlungskern im Markwald.

Aus dem Oppaland führten dann noch zwei bedeutende Straßen in das Freiwaldauer Gebiet, die bezeichnenderweise längst unbekannt sind, eine von ihnen läßt sich heute kaum mehr als Fußweg feststellen. Diese beiden Straßen vereinigten sich in der Gegend des späteren

[20] Verf., Die Burgenformen der Sudetenländer, in: Bundeskalender 43, 1939, S. 73 ff.

Würbenthal, im Raum des heutigen Karlsthal teilte sich wieder der Weg, ein Ast führte nach Freudenthal, der andere der Oppa stromabwärts.

Auf bischöflicher Seite nahmen beide Wege ihren Ausgang in Freiwaldau, wo ein Wasserschloß steht. Der eine führte in die Gegend des späteren Dorfes Reihwiesen, überschritt hier die Wasserscheide und folgte dann dem Lauf der Schwarzen Oppa. Oben auf den die Wasserscheide bildenden Bergrücken war denn auch der gegebene Standort für eine Burg, sie ist vom Bistum her erbaut worden und zwar schon in dem jenseits der natürlichen Grenzlinie liegenden Streifen und so, daß man von der Zinne des Burgturms weit hinein in die Täler nach Süden blicken konnte. Der heute sogenannte Schloßberg bot mit einer vorspringenden Felsennase an seinem Hang einen guten Bauplatz für die bischöfliche Grenzburg Koberstein[21], deren Name wieder nur durch den Volksmund überliefert ist und die in keiner Urkunde Erwähnung findet. Die aus dem Hang des Schloßberges vorspringende Felsenplatte war nicht groß genug, um eine Burg tragen zu können; es ist ein verschobenes Viereck von etwa 19 m Länge und rund 13 m Breite. Man wird annehmen können, daß hier einst der Hauptwohnbau der Burg gestanden hat, denn hier war der am meisten gesicherte Platz. Gegen den Berghang hin, der ein gutes und bequemes Angriffsfeld bot, war vor die Felsenplatte der Bergfrit gestellt, von dem allein heute noch nennenswerte Mauerreste vorhanden sind. Heute steht noch eine ungefähr 9 m hohe Wand von diesem Turm, der bei einem sonst vielleicht runden Grundriß mindest an der östlichen Seite außen abgeplattet gewesen ist. Der Innenraum war, soweit noch zu erkennen ist, vieleckig, vielleicht viereckig. Der Außendurchmesser des Bergfrits dürfte um 10 m gewesen sein. Durch einen halbkreisförmigen Graben, der 40 m südlich vom Bergfrit aus dem Hang herausgeschnitten wurde, war der Raum für den eigentlichen Bauplatz geschaffen worden. Die davon umschlossene Fläche zeigt an der dem Bergfrit gegenüberliegenden Stelle am Abfall zum Graben einen einzigen Mauerrest, der hier von der äußeren Umfassungsmauer stammt. Der Burgplatz war ansonsten recht uneben, zum Teil kommt auch der anstehende Felsen zutage. Der Graben ist stellenweise aus dem Felsen herausgearbeitet und 15,50—30 m breit. Die beiden gegen das Tal hin auslaufenden Enden des Grabens sind durch jetzt schon weitgehend zerstörte Querwälle gesperrt. Das hatte offenbar den Zweck, den von der Talseite kommenden Feind den Zugang zum Graben und damit zum Fuß der Ringmauer zu verwehren, und zum anderen sollte dem einmal in den Graben eingedrungenen Feind seine Bewegungsfreiheit genommen werden, er befand sich in dem Graben nahezu wie in einem abgesperrten Raum. Die Burgstelle ist heute vollständig von Steinen und kleinen Mauertrümmern übersät, man kann nur schwer ein paar Scherben auflesen. Was bislang von mir dort aufgehoben wurde — andere Irdenwarefunde sind mir nicht bekanntgeworden —, ist wenig typisch, zumal keine Randscherben dabei sind, und gehört etwa der Zeit von der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis zum 14. oder 15. Jahrhundert an. In älteren Berichten liest man von zahlreichen Eisenfunden, deren Verbleib aber heute nicht mehr bekannt ist.

Von seiten des Bistums aus ist aber nicht nur mit dem Koberstein über die natürliche Grenze hinausgegriffen worden, der Bischof hat vielmehr einen breiten Streifen des Abfalls der Grenzberge gegen Mähren hin an sich bringen können, liegt doch die Quingburg[22] noch ein gutes Stück abwärts über dem Lauf der Schwarzen Oppa. Es steht nirgends geschrieben, wem die Burgen gehört haben und wer sie erbaut hat, aber: nur in den allerersten Anfängen der Rodungs- und Siedelzeit im Markwald, als dieser wirklich noch ganz herrenlos war, konnte es dem Bistum Breslau gelingen, sich ein Stück davon jenseits der natürlichen Grenze anzueignen. Zu keiner anderen Zeit wäre dies gegen die Markgrafschaft Mähren möglich gewesen. Und so gehört denn auch heute noch das Waldgebiet um diese beiden Burgen zu den erzbischöflich Breslauer Forsten.

Der Name der Quingburg, der wieder nicht in der urkundlichen Überlieferung erscheint, kann nicht durch den Volksmund geprägt worden sein, das Volk bildet keine solchen Namen. Es lebt hier der alte Burgenname fort, und der bedeutet „Zwingburg"; er hat dann auch dem Bergfelsen, auf dem die Burgstelle liegt, dem Quingstein den Namen gegeben wie

[21] Verf., Probleme, S. 49 ff. [22] Verf., Probleme, S. 52 ff.

auch dem vorbeifließenden Bächlein, dem Quingfeifen. Es ist ein rechtes, rauhes Felsennest, diese Quingburg, auch heute kaum zugänglich und nur mit einiger Kletterei zu erreichen. Es war auch gar kein Jagdschloß, wie öfters gelesen werden kann, sondern eben eine vorgeschobene kleine Grenzburg, für die der schwer zugängliche Platz nur ein Vorteil gewesen ist. Viel ist heute nicht mehr von der Burg erhalten. Die Quingburg liegt am Ausläufer eines Felsengrats, die Burgstelle ist davon durch eine etwas über 8 m breite Schlucht getrennt und zugleich gesichert. Sie ist teilweise natürlich, aber sicher künstlich erweitert und vertieft worden, zumal sie sich nach Nordosten als etwa 20 m breiter Graben fortsetzt, der heute nur mehr seicht und sehr schwer als solcher zu erkennen ist. Es ist hier zugleich die Stelle, von der aus sich am ehesten ein Feind den Burgmauern nähern konnte. Die Burg war nicht groß, etwa 45 m lang und gegen 15 m breit. Da der Bauplatz durch die Unregelmäßigkeiten des anstehenden Felsens sehr ungünstig gewesen ist, so war die Anlage von Burghäusern gewiß ungewöhnlich schwierig. Es wird sich hier oben nicht gut gewohnt haben. Auch für den Grundriß der Anlage war allein die Form des tragenden Felsen maßgeblich. Heute sind neben nicht weiter nennenswerten Resten an verschiedenen Stellen nur noch zwei größere Stücke der Grundmauern der Umwehrung vorhanden, die mit 2,60 m Dicke eine erstaunliche Festigkeit gehabt haben muß. Beim Koberstein hat schon das Gelände eine nicht alltägliche Planung erzwungen, doch ist hier noch gut das Prinzip der Ringmauerburg zu erkennen. Wenn man die Burgstelle am Quingstein sieht, dann kommt man zu dem Schluß, daß auch diese Burg hier einzureihen ist, denn ein Wohnturm als zentraler Bau hat hier offensichtlich nicht gestanden, die wenigen Bauten werden an die Umfassungsmauer angelehnt gewesen sein. Von der Quingburg befinden sich in der Sammlung des Verf.s einige Bruchstücke von Irdenware, die vor allem die Wiederherstellung eines rundbauchigen Topfes ermöglicht haben. Der Ton enthält größere Quarzstücke und ist auch schlecht geschlemmt, die Gurtfurchen am Rand wie auch am Oberteil sind breit und rundlich. Der Topf ist innen und außen schmutzig-gelbgrau und macht noch einen rohen, wenig ausgearbeiteten Eindruck, dem Schnitt des Profils nach wäre er allerdings erst in das 14. Jahrhundert zu setzen, wozu die ganze Machart nicht passen will. Ein Randscherben ist rauh, von schwärzlicher Färbung und zeigt das untergriffige Profil, das für das frühe 13. Jahrhundert bezeichnend ist. Andere Stücke sind dagegen dünn, hart, zeigen feine Drehrillen und gehören zumeist in das 14. Jahrhundert, wenn sie nicht noch jünger sind. Das heißt also, daß auch die Quingburg recht lange bestanden hat, und daß sie wie der Koberstein — wozu auch die geschichtlichen Überlegungen stimmen, in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts erbaut worden ist.

Die andere Straße ging von Freiwaldau aus über Adelsdorf, in dem eine starke Herrenburg stand, im Rauschbachtal in die Berge und überschritt durch den Hirschgraben und über die Hirschwiese den Kamm der die natürliche Scheide bildenden Grenzberge. Es ist also kein Zufall, daß ausgerechnet die Hirschwiese in der großen Teilungsurkunde des Troppauer Landes von 1377 als „hirswese“ [23] genannt wird. Durch das zum Teil enge Tal des Weißen Seifen ging es dann weiter ins Oppatal. Wieder weit jenseits der die natürliche Grenze zwischen den Freiwaldauer und Freudenthaler Gebieten darstellenden Bergen standen zwei eng zusammengehörige Burgen, das „Wüste Schloß“ — zum Unterschied von den anderen Burgstellen dieses Namens ist „bei Einsiedel“ zu ergänzen — und die am Hang darüber liegende Warte, für die, wie mir scheint ohne jede Berechtigung, nach der „Rauberlehne“ = Rauch-(Stachel)beerlehne, auf der sie liegt, der Name Rabenstein geprägt worden ist [24]. Diese beiden Burgen [25] ergänzen sich gegenseitig auf das beste, das „Wüste Schloß“ bildete die nicht zu umgehende Sperre ganz unten am Weißen Seifen, neben dem der Weg führte, und die Warte darüber am Hang ermöglichte die Überwachung des Tales nach beiden Seiten. Beide Burgen sind sehr klein. Das „Wüste Schloß“ liegt auf einem nahezu senkrecht, aber nur einige Meter

[23] E. Grünhagen und H. Markgraf, Lehens- und Besitzurkunden Schlesiens und seiner einzelnen Fürstenthümer im Mittelalter, II (Publicationen aus den Preußischen Staatsarchiven, 16). Leipzig 1883, S. 490.

[24] Von A. Peter, Burgen und Schlösser im Herzogthum Schlesien, II. Teschen 1894, S. 243 f.

[25] Verf., Probleme, S. 55 ff.; Verf., Das Wüste Schloß und der Rabenstein bei Einsiedel, in: Freudenthaler Ländchen, 15, 1935, S. 65 ff.

ansteigenden Felsenklotz, dessen Oberfläche zwei Stufen hat. Die niedrigere ist 14—15 m lang und 5,70—7 m breit. Hier sind die einzigen, stellenweise noch in Manneshöhe erhaltenen Mauern vorhanden. Nach außen hin ist die Mauer 1,50 m, an der Schmalseite aber nur 1 m dick, gegen die höhere und größere Felsenplatte indes 2,10 m. Das zeigt an, daß hier oben der Hauptbau stand, daß die tiefere Felsenstufe, wie zu erwarten, nur einen zweitrangigen Bau getragen hat. Gegen die kleinere Felsenstufe zeigt die dicke Mauer eine Vertiefung von 4,10 m Länge. Man darf annehmen, daß eine Ringmauer in der gleichen Stärke den ganzen oberen Felsenklotz umzogen hat. Dieser ist etwa 10 m breit und über 16—21 m lang. Sieht man von dem einen Mauerstück ab, dann ist die Platte ganz kahl. Was hier oben einst gestanden hat, das wird man nie mehr mit Sicherheit sagen können. Vielleicht hat ein einziges wehrhaftes Haus die obere Platte eingenommen, doch das wäre wohl ein zu großartiger Bau für die Verhältnisse geworden, es ist eher zu vermuten, daß ein kleinerer Wohnbau im Bereich der dicken Ringmauer vorhanden gewesen ist, der den Wohnbedürfnissen der Zeit entsprach. Ist doch der alte Palas am Reichenstein auch nur ein recht bescheidenes Haus. Der breite Felsenspalt, der den Burgfelsen vom Berghang trennt, sieht so aus, als wäre er künstlich erweitert worden. Der natürliche Schutz der Burg war ein bedeutender, besonders wenn man in Betracht zieht, daß es auf den felsigen und steinigen Geröllhalden, die die Burgstelle umgeben, ganz unmöglich war, Belagerungsgeräte in Aufstellung zu bringen. Nun lag die Burg so tief unten in dem engen und dicht bewaldeten Tal, daß sie allein ihrer Aufgabe kaum gerecht werden konnte, weil der Gegner unter Umständen rasch vorbeiziehen konnte, weil er einfach nicht rechtzeitig gesehen wurde. Dem wurde durch die Erbauung der Warte höher oben am Berghang abgeholfen. Der Umfang dieser Anlage ist unbedeutend, sie nimmt indes im Wehrbau infolge ihrer Eigenart eine Sonderstellung ein. Den Kern der Warte bilden zwei kleine, etwa 6—7 m voneinander entfernt liegende und steil ansteigende Felsenköpfe. Der bergwärts stehende trägt noch heute die Reste eines nahezu genau quadratischen Turmes mit einem Innenraum von 2,30 : 2,35 m und mit 2 m dicken Mauern, die noch heute in etwa 1 m Höhe aufragen. Man kann den Felsenkopf nur mit einiger Mühe erklimmen. Von hier zum talwärts gelegenen zweiten Felsenkopf führt eine verbindende Mauer, von der man annehmen kann, daß sie die Brücke zwischen beiden hergestellt und oben wohl einen Wehrgang getragen hatte. Doch diese Vermutungen sind eigentlich müßig, denn der Aufriß dieser und der meisten anderen Anlagen des Raumes wird sich nie mehr enträtseln lassen. Die Überbleibsel sind eben zu gering. Da auf der einen Seite der Verbindungsmauer indes noch ein zweiter, heute nur mehr mit der Außenkante aus dem Geröll hervorragender Mauerrest zu erkennen ist, der parallel zur ersteren läuft, so hat sich an diese anscheinend ein Bau angelehnt. Der zweite Felsenkopf ist heute völlig kahl. Die Warte war mit Wasser gut versorgt, denn der Hang ist an dieser Stelle sehr wasserreich.

Aus den Urkunden erfahren wir nichts über die beiden Burgstellen, und die Volksüberlieferung hat die Namen ebenfalls nicht behalten. Das mag davon kommen, daß der Weg, der hier vorbeizog, frühzeitig außer Gebrauch kam. Er ist auch längst völlig vergessen. Vom „Wüsten Schloß" sind mir keine Funde bekannt, von der Warte findet sich in der Sammlung des Verf.s ein einziges Scherblein des 13. Jahrhunderts. Aber die Funde sind in diesen beiden Fällen nicht einmal so wichtig, denn beide Anlagen sind nur als Grenzfesten denkbar und damit ist ihre Entstehungszeit für das frühe 13. Jahrhundert gesichert. Nichts spricht auch gegen diesen Zeitansatz.

Noch eine Burg muß im Zug der Grenzstreitigkeiten erstellt worden sein, das ist der Leuchtenstein[26] am Hang der Bischofskoppe. Die Burgstelle wird heute einfach „beim Schloß", „beim alten Schloß" genannt, doch kennt das Urbar von 1687[27], das uns so wichtige Aufschlüsse über das ganze Zuckmantler Amt gibt, dafür den Namen Leuchtenstein, der hierher aus der damals noch lebendigeren Volksüberlieferung übernommen worden ist. Die Burg hatte einst eine Dorfsiedlung neben sich, es ist die 1410 angeführte Leuchtenbergk villa in mon-

[26] Verf., Die Burgruine Leuchtenstein, in: Altvater, 54, 1935, Folge 5/6; Verf., Probleme, S. 45 ff.
[27] Pfitzner, Zuckmantel, S. 37*.

tibus deserta[28]. Das deserta ist möglicherweise auch auf die Burg zu beziehen. Dazu stimmen die bisher gemachten Funde, von denen sich in der Sammlung des Verf.s zahlreiche befinden. Kein Stück, das bisher vorlag, konnte mit Sicherheit dem 15. Jahrhundert zugeordnet werden, alles ist älter. Alle Scherben sind hartgebrannt, der Ton ist gut geschlemmt, die Profilierung bei allen Stücken frühdeutsch. Auch ein Armbrustbolzeneisen wurde aufgelesen. Die Lage der Burg war denkbar ungünstig. Der Burgplatz wurde durch einen vollständigen, ovalen Ringgraben aus dem nördlichen Hang der Bischofskoppe herausgeschnitten und zwar dort, wo sich eine mäßige, zudem noch abfallende Bodenwelle befindet. Der dahinter ansteigende Hang der Bischofskoppe überhöht in unmittelbarer Nähe ganz bedeutend die Burgstelle und den Ringgraben, der im Osten etwa 14 m, im Süden 18—20 m breit ist, hat man hier die stattliche Weite von 35 m gegeben. Doch schon der Außenrand des Grabens liegt hier bedeutend höher als der Innenrand und die Angreifer konnten in unmittelbarer Nähe eine sehr günstige Aufstellung nehmen. Die Burgstelle fällt dann von Westen nach Osten bedeutend ab, dem Angriff gegenüber, aber doch frei innerhalb des Beringes, stand der große runde Bergfrit, dessen äußerer Umfang heute wegen weitgehenden Verfalles ohne Grabungen nicht mehr anzugeben ist, der aber mindest 9 m betragen hat. Die innere Öffnung ist zwar auch abgebröckelt und Schatzgräber haben hier herumgewühlt, aber der Durchmesser von 3 m läßt sich heute noch genau feststellen. Die innere Öffnung ist heute 2 m tief, das Äußere ist gänzlich zu einem Schuttkegel zusammengefallen. Von der Umfassungsmauer ist ein Stück im Norden erkennbar, dort, wo ein viereckiger Flankierungsturm in den Graben vorsprang. Die Burg war also gut bewehrt. Von der sonstigen Verbauung ist nichts mehr zu erkennen, denn der Burg wurde durch eine Pulverexplosion ihr Ende bereitet. Sie ist uns zwar nicht überliefert, aber überall liegen große und kleine Mauerklötze herum als Zeugen dieser Explosion. In einem solchen mächtigen, abgestürzten Stück befindet sich eine kleine Lichtöffnung. Die Burgstelle des Leuchtenstein ist rund 50 m lang und in der Mitte 35 m breit, es war also keine umfangreiche Anlage. Nach all dem, was noch vorhanden ist und nach dem Aussehen des Bauplatzes hat es sich beim Leuchtenstein um eine Ringmauerburg gehandelt. Der Leuchtenstein hatte ein Dorf Leuchtenberg neben sich, das als nicht lebensfähig wieder eingegangen ist. Es scheint gar nicht lange bestanden zu haben und gehört nicht zu den ältesten deutschen Dorfanlagen des Raumes. Es ist vielmehr erst geplant worden, als der beste Boden schon vergeben war, als man in die Berge gehen mußte. Aber die neue Siedlung ging wieder ein. Sie war in der Nähe der älteren Grenzburg angelegt worden, erhielt deren Namen — da -stein und -berg bei Burgennamen wechseln können, ist es nicht ganz ausgeschlossen, daß die Burg ursprünglich Leuchtenberg geheißen hat, doch das ist schließlich ganz nebensächlich —, und es wäre gut denkbar, daß der als Grenzschutz längst überflüssig gewordenen Bergfeste eine neue Aufgabe zugewiesen wurde.

Sieht man von der Warte über dem „Wüsten Schloß" bei Einsiedel ab, dann sind alle steinernen Grenzburgen des Breslauer Bistums Anlagen vom Ringmauertyp.

Auch das Mauerwerk aller Anlagen ist weitgehend einheitlich, zumindest lassen sich wirkliche Unterschiede kaum feststellen. Es handelt sich durchweg um Bruchsteinmauerwerk, wobei möglichst flache und plattige Steine bevorzugt wurden. Der verbindende Mörtel ist in der Regel sehr hart, nur beim „Wüsten Schloß" bei Einsiedel ist er etwas weniger fest geraten.

Unter den bischöflichen Grenzburgen sind nur zwei, die eine andere Funktion und sich damit ein längeres Lebensrecht erhielten. Der Edelstein hatte allerdings schon immer die Aufgabe, das Gebiet der Goldgruben zu sichern, als Landesburg der Troppauer Fürsten hat er durch die Erbteilungen nur an Wert gewonnen. Er hat aber dennoch das 15. Jahrhundert nicht überlebt. Ganz anders die Burg Jauernig: sie wurde schon früh Sitz der Verwaltung und zwar zuerst einer herzoglichen für ein dem Bistum entfremdetes Gebiet, sie ist im ausgehenden 15. Jahrhundert sogar neu und stärker wiedererstanden und hat als Verwaltungsmittelpunkt noch lange eine bedeutsame Rolle gespielt, so wurde schließlich Sommersitz der Breslauer Bischöfe und hat durch die Anwesenheit deutscher Dichter Bedeutung für die gesamtdeutsche Kultur-

[28] W. Schulte, Quellen zur Geschichte der Besitzverhältnisse des Bistums Breslau (Darstellungen und Quellen zur schlesischen Geschichte, Bd. 3). Breslau 1907, S. 253.

geschichte gewonnen. 1790 wurde hier der deutsche Freiheitsdichter von Zedlitz als Sohn des damaligen Schloßhauptmannes geboren.

Neben der Gruppe der bischöflichen Burgen steht die andere, die auf die deutschen Siedler bzw. auf die ritterlichen Führer im Siedelwerk zurückgeht. Bezeichnend für diese Burgen der deutschen Siedler ist ihre enge Beziehung zu einer Sammelsiedlung, ja sie stellen geradezu den Teil einer solchen dar. Standen doch diese Wehrbauten manchmal in der Reihe der Bauerngehöfte wie ein Hof neben dem anderen. Sie sind von einem Adel erbaut worden, der in engster Verbundenheit mit der Bauernschaft lebte und schuf, von einem wirklich bäuerlichen Adel. Vielfach waren es die ritterlichen Schulzen, die zugleich auch die Lokatoren gewesen sein mögen, auf die der Bau der Wehranlagen zurückgeht. Zeitlich gesehen, bilden sie keine ganz einheitliche Gruppe, sie sind mit dem Fortschreiten der deutschen Siedlung, gleichzeitig mit der Gründung der Dörfer erstellt worden, ein Vorgang, der sich bis in das ausgehende 13. Jahrhundert und stellenweise auch darüber hinaus erstreckte, wobei aber festzustellen ist, daß in den jüngeren dörflichen Siedlungen der ersten großen Siedlungswelle diese Burganlagen der Siedler fehlen. Sie kommen nur der eigentlichen Gründerschicht zu. Dorfgründung und Errichtung der Wehranlagen sind jedenfalls ein einheitlicher Vorgang, der nicht getrennt werden darf [29].

Zu den ältesten dörflichen Siedlungen im Kreis Freiwaldau gehört unzweifelhaft das Dorf Jauernig, wenn es auch erst in der Urkunde von 1267 für die Vogtei der neuen Stadt Weidenau Erwähnung findet [30]. Im Dorf steht eine alte Kirche, die heutige Friedhofskapelle, mit einem kunstgeschichtlich wertvollen Portal aus frühgotischer Zeit [31]. Eine dörfliche Siedlung kann erst zum Bau einer Kirche schreiten, wenn sie halbwegs gefestigt ist, wir kommen auch von diesem Gesichtspunkt in die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts. Ganz nahe der alten Kirche, auf völlig ebenem Gelände, sind die Reste eines vormaligen Turmhofes zu sehen. Den Kern dieser Wehranlage in Dorf Jauernig bildet ein Turmhügel, dessen verschobenrechteckige Oberfläche 10 × 15 m mißt [32], er ist heute noch etwa 3 m hoch und allseits von einem Graben umgeben, der im Westen doppelt so weit wie im Osten ist und den wieder ein heute nur mehr ganz niedriger Wall umschließt. Im Nordwesten gliederte sich an den Turmhügel der umwehrte und aus zwei Teilen bestehende Hof an, die beide wieder von Wall bzw. Graben geschützt gewesen sind. Man denkt bei dieser Planung unwillkürlich an ähnliche westdeutsche Anlagen, die freilich meist regelmäßiger geraten sind, aber doch das gleiche Prinzip verkörpern [33]. Die gesamte Burgstelle ist unter den Pflug genommen worden und hat dadurch nicht wenig gelitten. Der Hügel ist zwar noch gut erkennbar, aber die Gräben sind besonders bei den Vorhöfen schon sehr seicht und die Wälle kaum mehr als unbedeutende Bodenwellen. Daß nur mehr so wenig zu sehen ist, hängt zum Teil auch damit zusammen, daß keine Steinbauten vorhanden gewesen sind. Baustoff ist sicher allein Holz und wohl auch Fachwerk gewesen, allein darauf hat man leider bei der vor einigen Jahren erfolgten Grabung nicht geachtet; es wurde lediglich festgestellt, daß keine Grundmauern vorhanden sind und auch keine Mauersteine. Viele Scherben wurden gefunden, die ausschließlich dem 13.—15. Jahrhundert zugehören, auffallend sind darunter die zahlreichen Tonstürzel. Weißliche Scherben mit einfacher braunroter Bemalung sind als westdeutscher Import bezeichnet worden. Kriegsgerät hat man eigentümlicherweise gar nicht gefunden, nicht einmal Armbrustbolzeneisen, die sonst fast auf jeder, selbst der unscheinbarsten Burgstelle zu bergen sind. Man kann daraus entnehmen, daß die Burg keinen kriegerischen Ereignissen ausgesetzt war und friedlich aufgegeben wurde. Wie die Anlage im Aufriß ausgesehen hat, kann durch einen Schluß von anderen

[29] Zum Gesamtproblem eingehend Verf., Die Turmhügelburg im Ostsudetenland, in: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien, Bd. 70, 1940, S. 342 ff.; Verf., Volkstumsgeographie, S. 63 ff.

[30] Drechsler, Altvaterland, II, S. 146.

[31] F. Borowski, Mittelalterliche Kirchenportale in Oberschlesien, in: Deutsche Kulturdenkmäler in Oberschlesien = Jahrbuch der oberschles. Denkmalpflege, 1. Breslau 1934, S. 50 ff.

[32] Verf., Probleme, S. 67 ff.

[33] Vgl. dazu auch Verf., Burgen und Siedlung in Sudetenschlesien, in: Schlesisches Jahrbuch, 9, 1936/37, S. 36.

Bauten dieser Art gesagt werden. Auf dem Turmhügel hat ein Turm aus Holz oder Fachwerk gestanden, die Grabenkante war außerdem wohl noch mit einer Palisade bewehrt; etwas ähnliches hat auch die beiden Vorhöfe geschützt, die untereinander und gegen den Turmhügel hin verteidigungsfähig abgegrenzt waren. Im Turm hat der Herr des Hofes gehaust, in den beiden Vorhöfen standen die Wirtschaftsbauten, und hier hat auch das Gesinde gewohnt.

In der unmittelbaren Umgebung von Dorf Jauernig hat es noch einige Burgen derselben Art gegeben. Von der über dem Krebsgrund, dem sog. „Wall", ist bereits oben die Rede gewesen, die Turmhügel in Hahnberg[34] und Weißbach[35] sind abgetragen worden, und auch der Turmhügel in Gostitz[36] wurde schon so stark abgefahren, daß ihn nur mehr ein geübter Beobachter feststellen kann[37]. Dafür gibt es über diese einstige Turmburg wenigstens eine urkundliche Nachricht — denn die Regel ist doch, daß man der festen kleinen Rittersitze in den Urkunden gar nicht gedachte. Im Falle Gostitz rührt das davon her, daß die Turmburg als Herrensitz erhalten blieb. Die Burg gehörte zum späteren Obervorwerk, das sieben Hufen umfaßte; der 1376 genannte miles Konrad von Gostitz saß wohl hier[38]. 1536 war Hans Tscheterwang von Gostitz Herr der Burg, er hat damals einen Graben von der Burg der Stadt Neisse und die Teiche um die Burg der Stadt Patschkau käuflich überlassen[39]. Das zeigt uns zugleich auch, wie diese kleinen Turmburgen vor allem geschützt waren: durch Wassergräben und Teiche, die den Feind fernab hielten. Denn wenn er auch das Wasser ablassen konnte, im versumpften Gelände kam er dann nicht weiter. Heute sind die Wasserbauten zumeist verschwunden, man darf aber daraus nicht schließen, daß die Turmburgen auf die oft nur wenig starke Wehr durch Gräben und Wälle allein angewiesen gewesen sind. Die Turmburg in Gostitz wird mit dem Obervorwerk, das 1574 noch in Ruinen lag[40], ihr Ende gefunden haben.

Ein einfacher, wenngleich sehr starker Wehrbau vom Turmhügeltyp ist der vom Volke sog. „Pietschwall" — die Katasterkarten gebrauchen die Bezeichnung „Schwedenschanze" — in Gurschdorf[41], unfern der Gemeindegrenze gegen das Städtchen Friedeberg hin gewesen. Die Burgstelle liegt knapp über dem Steilabfall zum Tal der Schlippe neben der Straße Jauernig—Friedeberg. In der letzten Zeit hat man gefunden, daß der Burghügel ein brauchbarer Sandbruch ist, und er ist denn auch schon sehr weitgehend durch eine große Sandgrube zerstört worden. An einer bisher vom Abbruch verschont gebliebenen Stelle sieht man noch gut die Grabenmulde und nahezu rundherum den niedrigen Rest des Walles. Es wird noch ein anderes hier deutlich, was für sehr viele Turmburgen typisch ist: der Aushub des Grabens ist weniger für den Wall, als vielmehr in der Mitte zu einem künstlichen Hügel aufgeworfen worden, um so einen mehr gesicherten Standort für den großen Wohnturm zu gewinnen. Die Anlage muß sich früher, als sie noch nicht als Sandbruch diente, sehr auffallend im Gelände abgezeichnet haben, bringt doch der Stabile Kataster von 1836 eine genaue Grundrißskizze, nach welcher der Turmhügel oval-rundlich — auf der Katasterkarte, die nach den Meßgeraden allein gezeichnet ist, erscheint er als Vieleck — bei einem Durchmesser von nicht ganz 20 m gewesen ist, er lag in einem teilweise sehr breiten Graben und zwar exzentrisch. Es wird berichtet, daß sich der Hügel vordem etwa 3 m über das umliegende Feld, also nicht nur über die Senke des Grabens, erhoben hat. Die großen Erdbewegungen, bei denen der Hügel bis in den gewachsenen Boden hinein aufgeschnitten wurde, ergaben keinerlei Steinfundamente und auch keine Ziegel[42], es hat also auch hier nur ein Turm aus Holz oder Fachwerk gestanden, der aber ein Wehrbau von Bedeutung gewesen ist, denn es wurden zahlreiche Armbrustbolzeneisen von 4—11 cm Länge mit Tülle oder mit Dorn, Reitzeug, ferner Sicheln, Nägel usw., vor allem aber auch viel Irdenware geborgen. Bei einer Begehung im Sommer 1935 konnte ich eine ganze Reihe von Scherben auflesen, von denen ein Randstück aus dem frühen 13. Jahr-

[34] Verf., Probleme, S. 71. [35] Verf., Probleme, S. 73. [36] Verf., Probleme, S. 71 ff.
[37] M. Hellmich, Die Wehranlagen des Kreises Neisse, in: 36. Jahresbericht des Kunst- und Altertumsvereins Neisse 1932, S. 42.
[38] Drechsler, Altvaterland II, S. 219.
[39] Neisser Lagerbuch (= Landtafel des Neisser Landes), P 142.
[40] Drechsler, Altvaterland, II, S. 223. [41] Verf., Probleme, S. 73 ff.
[42] Dazu E. Hetfleisch, Das Friedeberger Ländchen. Reichenberg o. J., S. 8 ff.

hundert stammt. Es ist außen und innen bräunlich-weiß und recht rauh, doch hart gebrannt. Die anderen Scherben haben breitere flache oder schmälere tiefe Horizontalfurchen, zwei kleine Scherben sind innen bereits mit Bleiglasur versehen. So hat denn die Burg auch geraume Zeit in Verwendung gestanden. Sie war vielleicht der Hauptteil eines Turmhofes, denn in ihrer Umgebung zeichnen sich stark verwischte Spuren wie von Gräben und Wällen ab. Die Burg hatte auch einen nicht unwesentlichen natürlichen Schutz. Im Osten war es der Steilabfall zur Schlippe und im Norden bot das „Hängerschgründla" ebenfalls Schutz. Die beiden anderen Seiten stellten allerdings ein günstiges Angriffsgelände dar. Es ist gewiß denkbar, daß wir den letzten Zeugen eines einstigen Gutes vor uns haben, ob daneben auch ein paar Bauernhöfe vorhanden waren, ist vorläufig weder zu bejahen noch zu verneinen. Es ist indes nicht unmöglich gewesen. Man könnte hier aber auch daran denken, daß wir es mit der Turmburg über dem Schlippetal nicht mit einem Herrensitz, sondern vielmehr mit einer regelrechten Straßensperre zu tun haben[43], die auch noch nach der Erbauung der großen Burg Friedeberg Verwendung gefunden hat. Da Gurschdorf und Friedeberg immer einem Besitzer zugehörten[44], so wäre die ältere Turmburg als Außenposten einfach der neuen Burg unterstellt worden. Aber eben diese ist zunächst, wovon noch eingehend die Rede sein wird, gegen den Willen des Bischofs auf seinem Land erstellt worden. Die Frage nach dem Zweck und nach der Bedeutung dieser einstigen Turmburg muß füglich noch offenbleiben, solange uns nicht neue Forschungen neue Aufschlüsse geben.

Auf dem Katastralgrund von Friedeberg selbst stand dann noch eine kleine Turmburg, der Stabile Kataster nennt sie ebenfalls „Schwedenschanze"[45] und zeichnet sie auch ein, allerdings bei weitem nicht so klar oder genau wie den Pietschwall. Man kann daraus lediglich auf eine oval-rundliche Grundrißform bzw. Umrißlinie der Gesamtanlage schließen. Heute ist der einstige Turmhügel nur mit Mühe zu erkennen, da er zum größten Teil abgegraben und eingeebnet worden ist. Das war hauptsächlich in den Jahren nach 1891 der Fall, als der daneben liegende, abgebrannte Meierhof neugebaut wurde. Dieser Hof hat einst zur Turmburg gehört. Das Grundbuch des Bistums Breslau, Liber fundationis, das noch vor 1290 geschrieben worden ist, berichtet, daß die Burg Friedeberg auf dem Boden von Sestreccowitz, das 24 Siedelstellen hat, angelegt wurde. Dieses Sestreccowitz ist mit dem vordem vor der Burg Friedeberg gelegenem Allodialgut Strakkinhayn identisch, das im „oberen" Meierhof fortlebt. Funde sind hier nicht gemacht oder doch nicht bekannt geworden. Hof und Turm standen an der Straße, die von Friedeberg über Setzdorf und das Gemärke nach Freiwaldau führte, die von beiden beherrscht worden ist.

Die engste Umgebung von Friedeberg ist außerordentlich reich an mittelalterlichen Wehrbauten, denn auf dem Gebiet von Gurschdorf lag noch eine weitere Turmburg, die aber zum Unterschied von den bisher genannten bereits aus Stein war. Noch um die Wende zum 20. Jahrhundert erhob sich auf Parzelle 52 von Gurschdorf ein rundlicher Hügel inmitten eines Teiches. Schon in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden bei Grabungen auf dem damals mit großen Bäumen bestandenen Hügel Sporen, Hufeisen und angeblich Lanzenspitzen (vielleicht eher Armbrustbolzeneisen) gefunden. Im Winter des Jahres 1901 schritt man an die Abtragung des Hügels und stieß dabei zur allgemeinen Überraschung auf die Grundmauern eines quadratischen Turmes, der $1^1/_2$ m dicke Mauern bei einer Außenlänge von 10 zu 10 m hatte. Von einem Eingang war begreiflicherweise keine Spur mehr vorhanden, er lag aus Sicherheitsgründen höher, als die Mauern erhalten waren. Doch war der Turm schon im Ebenerd bewohnbar, ein Innenraum von 7 zu 7 m bot Raum genug dazu. In der einen Ecke wurden stärkere Feuerspuren und die stark zerstörten Reste eines Gewölbeansatzes festgestellt; hier war vielleicht der Kamin gewesen. Die Aufdeckung der Mauerreste kam deswegen so unerwartet, weil nicht einmal durch einen Flurnamen ein Hinweis auf das einstige Vorhandensein einer Wehranlage gegeben war. Obwohl nun Fachleute von der Entdeckung erfahren hatten, so wurde 1902 dennoch an die vollständige Beseitigung der Mauern

[43] Und das habe ich wohl mit zu großem Nachdruck, Probleme, S. 74f., getan.
[44] Drechsler, Altvaterland, I, S. 176f.
[45] Verf., Probleme, S. 75ff.

und des Hügels gegangen, um Material für einen Straßenneubau zu gewinnen. Angesichts des kleinen Umfangs der Burgstelle sind die gemachten Funde beachtlich. Es handelt sich um Armbrustbolzeneisen, Pfeilspitzen, mehrere Schlösser und Schlüssel, Hufeisenbruchstücke, Striegel, eine Lanzenspitze, ein Sporn, ja sogar ein Mahlstein und ein halber Silbergroschen von Wenzel II. von Böhmen kam zum Vorschein. Von den Irdenwarefunden ist leider noch nichts bekannt geworden. Indes, wir haben hier eine ganz einfache Turmburg vor uns, die aber dennoch schon ein recht fester Bau gewesen ist, der sich durch das umliegende Teich- und Sumpfgelände den Gegner recht weit vom Leib halten konnte. Es ist möglich, daß der Turm bis in die Zeiten des Dreißigjährigen Krieges hinein der Burg Friedeberg als Vorposten gedient hat, sein ursprünglicher Zweck war es indes nicht, er ist offensichtlich auch erheblich älter wie die Burg Friedeberg. Wir dürften den einstigen Herrensitz des Gutes Gurschdorf bzw. die Anlage vor uns haben, die auf den Lokator zurückgeht. Der Turm hatte indes zugleich einen anderen Sinn, lag er doch an dem von Friedeberg über Gurschdorf in die Grafschaft Glatz führenden Weg, dessen Bedeutung für die Landnahmezeit heute aber noch nicht abzuschätzen ist.

Ein Wohnturm aus Stein war wohl auch dort vorhanden, wo heute in Niklasdorf vom „Schloß“ [46] die Rede ist, denn 1623 steht im ersten bischöflichen Rechnungsbuch vermerkt, daß im großen oder Mittelvorwerk neben Ställen und Scheunen ein Turmgebäude und ein neueres, kleines Haus zum Wohnen vorhanden sind [47]. 1623 bestand also der wehrhafte Wohnturm noch, er wurde aber nicht mehr bewohnt, denn dazu diente ein neueres, kleines Haus. Der Turm war gegenüber diesem kleinen Haus sicherlich ein stattlicher Bau. Hier ist auch einmal die enge Verbundenheit von Turm mit Ställen und Scheunen, von Wehr und Hof urkundlich festgelegt worden. Das Mittelvorwerk in Niklasdorf hatte sich aus dem in drei Teile zerfallenen ehemaligen Schulzengut entwickelt, es ist derjenige Teil, auf dem auch der alte Hof des Schulzen stand. Aus allen drei Teilen wurden im Laufe der Zeit Adelsgüter. Schon 1372 wohnen zwei Ritterbürtige in Niklasdorf [48], der Ort selbst wird urkundlich bereits 1284 genannt [49]. Der Turmhof war der Sitz des ersten Schulzen, der zum bäuerlichen Adel gehörte. Der Turm, der neben der Kirche an der von Sagen umwobenen und „Schloß“ genannten Stelle lag, ist vielleicht in den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges untergegangen. Der Turm stand nicht allein als Wehrbau da, denn die heutige Pfarrkirche setzt eine ältere, von den Herren des Gutes errichtete große Kapelle fort, die eine Wehrkirche gewesen ist. Man hat sie wegen ihrer Beziehungen zur Turmburg auch „Burgkapelle“ genannt, sie war jedoch ein mehr selbständiger Bau, der von einer dicken, regelrechten Wehrmauer umgeben gewesen ist. In der Art der Gesamtplanung stimmte sie mit der guterhaltenen Wehrkirche in Kalkau, Provinz Niederschlesien, überein. Da zudem der ganze Komplex des Hofes durch einen Graben von der Umgebung abgeteilt gewesen ist — er hat nur geringe Spuren hinterlassen —, so war hier ein beachtliches Befestigungswerk vorhanden. Dieses hatte am Plateauabbruch zum Tal keinen schlechten Platz, da der Baugrund nur an einer Stelle mit dem Buchberg zusammenhängt.

Unmittelbar auf den Hang eines größeren Berges hinaufgerückt war nicht nur der Wall über dem Krebsgrund, sondern auch das „Schlössel“ bei Hermannstadt [50]. Wie der Name andeutet, ist Hermannstadt zu etwas höherem als zu einem Dorf ausersehen gewesen, dennoch tritt es uns heute als Reihendorf mit Waldhufenflur entgegen. Daß die Burg oben auf dem Berghang angelegt wurde, hat seinen Hauptgrund wohl darin, daß sie die vom Edelstein kommende und in das Oppaland weiterführende Straße kontrollieren sollte. Das widerspricht keineswegs der Feststellung, daß hier ein bäuerlicher Adliger seinen Sitz aufgeschlagen hatte, denn auch den deutschen Dörfern waren wesentliche Aufgaben im Rahmen der Landesverteidigung zugewiesen, Deutsche wurden im ganzen Osten vor allem zur Sicherung gefährdeter Grenzgebiete angesiedelt. Erst 1339 [51] wird Hermannstadt genannt, dafür aber auch als

[46] Verf., Probleme, S. 76 ff.
[47] Drechsler, Altvaterland, I, S. 32 f.
[48] Neisser Lagerbuch, B 36.
[49] Schlesische Regesten Nr. 1815.
[50] Verf., Probleme, S. 78 ff.; Verf., Zwei südschlesische Turmhügel, in: Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren, 1, 1939, S. 258 ff.
[51] Grünhagen-Markgraf, Lehens- und Besitzurkunden, II, S. 469.

oppidum, als Städtlein. Die heute „Schlössel" genannte Burgstelle liegt ein wenig südlich der Hofreihe in der Nähe des sog. „Klosterkirchleins", einer einfachen Barockkapelle, von der allerdings die mündliche Überlieferung wissen will, daß es sich um den Rest eines befestigten Mönchsklosters handle. Die Erinnerung an das vormalige Vorhandensein eines Wehrbaus an dieser Örtlichkeit ist wohl geblieben, sie hat sich aber, nachdem alle aufgehenden Bauten von der Burg verschwunden waren, auf die Kapelle übertragen. Hermannstadt liegt weit vorgeschoben in einem recht engen Gebirgstal, in dem aus Verteidigungsgründen nicht gut eine Turmburg erstellt werden konnte, denn man hätte auf die Anlage des unerläßlichen Schutzes durch breite Wassergräben und Teiche verzichten müssen, wodurch eine Burg viel an Wert eingebüßt hätte. Das mag mitgespielt haben, daß man auf den Berghang ging. Wie gut der Ort zur Überwachung aller Täler geeignet war, ergibt sich am klarsten daraus, daß die Tschechen im Herbst des Jahres 1938, bevor sie den Sudetengau räumen mußten, die Gräben wiederbenutzten und mehrere Maschinengewehrnester einrichteten. Der Burghügel selbst zeigt heute keine Spuren vormaliger Bebauung, er hat einen etwa quadratischen Grundriß von 18 m Seitenlänge, die Ecken sind begreiflicherweise abgerundet, die Stelle steigt in der Richtung des Hanges etwas an. Der Turmhügel wird allseits von einem Wall mit vorgelagertem Graben umgeben, und es spricht für die Übertragung dieser Baumethode aus der Ebene, daß der Graben bzw. Wall an der Hangseite trotz der erhöhten Angriffsgefahr nicht verstärkt worden ist. Man gewinnt immer mehr den Eindruck, daß Siedler aus der Ebene, wo diese Bauformen und Befestigungsweisen heimisch waren, in das bergige Vorland des Altvatergebirges kamen und einfach und gedankenlos die Formen der Ebene weiterverwendeten.

Die Turmburgen und Turmhöfe, die wir bereits besprachen, bestanden aus nicht viel mehr als aus dem Turm, wenn man bei den Turmhöfen von den Wirtschaftsbauten und deren Umwallung absieht. Es zeigen sich indessen auch entwickeltere Formen, eine besonders schöne Turmburganlage ist die in Endersdorf gewesen, die in ihrer strengen Regelmäßigkeit wieder einmal sehr an den deutschen Westen erinnert wie die noch zu besprechende Burg in Adelsdorf, die den denkbar größten Gegensatz zu einer Ringmauerburg wie den Reichenstein verkörpert. Die geringen Mauerreste und die dafür bedeutenderen Geländespuren der einstigen Burg in Endersdorf liegen beim Haus Nr. 76[52]. Der Grundriß der Gesamtanlage ist ein Quadrat von 50 zu 50 m Größe, in der Mitte steht ein ebenfalls quadratischer Turmhügel von 13 m Seitenlänge und geringer Höhe. Er ist von einem breiten Graben umgeben, durch den ein Bächlein fließt und mit dem früher der Graben unter Wasser gesetzt werden konnte. Die äußere Umwehrung von 50 m Seitenlänge wird im Westen durch Mauerwerk, an den anderen Seiten aber durch einen Wall gebildet. Zwischen Wall und Turmhügel befand sich nur der breite Graben. Im Osten ist die Wallkrone ganz beträchtlich verbreitert, hier steht das Bauernhaus Nr. 76 mit Anbau und einer Scheune, die zum Teil unterkellert ist. Scheunen mit Kellern gibt es hier ansonsten nicht und der Keller wird demnach aus älterer Zeit stammen, er ist sogar an einen Ringmauerrest angelehnt, was uns zeigt, daß die gesamte äußere Umwehrung einst aus einer Steinmauer bestanden hat; man wird annehmen dürfen, daß sie zur Verteidigung eingerichtet gewesen ist und oben einen Wehrgang getragen hat. Die Wallverbreiterung ist sonst erst jüngeren Datums. Im Graben an der Nordecke des Turmhügels befindet sich ein derzeit verschütteter Schacht mit gemauerten Wänden, es ist wohl einmal ein Brunnen gewesen. Die Volksüberlieferung will allerdings wissen, daß hier eine „Daumenklemme", also ein Keller mit Daumschrauben gewesen sei. Das stimmt nun nicht, einen wahren Kern enthält aber die Geschichte: die Burg ist auch Gerichtsort gewesen, der Eigentümer war Gerichtsherr, deshalb knüpfen sich rechtsgeschichtliche Überlieferungen noch heute an die Stelle. Endersdorf erscheint 1263 zum ersten Male in den Urkunden[53], 1362 sitzt hier der Ritter Nicolaus de Andrisdorf[54] und 1410 endlich erfahren wir, daß sich hier ein Adelsgut mit einer „guten Burg" befindet[55]. Auch in den Augen des späten Mittelalters war also Burg Endersdorf eine starke Anlage.

---

[52] Verf., Probleme, S. 83 ff.

[53] Schlesische Regesten, Nr. 1168.

[54] Drechsler, Altvaterland, I, S. 51.

[55] Schulte, Quellen, S. 252.

Noch erheblich weiter ist die Entwicklung bei der Burg in Adelsdorf fortgeschritten, ohne daß der Grundgedanke der Turmburg verlassen worden wäre. Mitten im Dorf trug ein vom anschließenden, unbedeutenden Hügelrücken durch einen Graben abgetrennter Punkt den Namen „Schloßberg", es wurden hie und da auch Kleinfunde gemacht, aber da die urkundliche Überlieferung auch nicht den leisesten Anhaltspunkt in der Richtung auf das Bestehen eines Wehrbaus gab, so wurde der Schloßberg und die damit zusammenhängenden Fragen nicht in den Rahmen geschichtlicher Erwägungen einbezogen. Eine vor wenigen Jahren erfolgte Grabung hat uns nun einen unerwarteten Aufschluß über eine entwicklungsgeschichtlich sehr interessante Burg gegeben [56]. Der Schloßberg erhebt sich nur unbedeutend über die Talsohle, er liegt hart an der Biele. Im Südwesten und im Nordosten ist die Baustelle durch einen breiten und tiefen Graben vom übrigen Gelände abgeschnitten worden, die beiden anderen Seiten hatten natürlichen Schutz durch den Abbruch zum Tal. Die Burg war eine kleine, feste, streng regelmäßige Anlage. Inmitten einer rechteckigen Ringmauer, die außen teilweise durch Strebepfeiler verstärkt gewesen ist, stand frei ein Turmhaus, von dem nur mehr das Kellergeschoß übrigblieb. Das Turmhaus hatte eine äußere Länge von 16 m bei einer Breite von 9,70 m, die Mauern sind 2,30—2,90 m dick, die größte Stärke befindet sich an der Nordwestseite, dem Angriff gegenüber. Im Südosten standen neben dem Turm noch andere Bauten, die 1934, als ich die Burgstelle aufnahm, noch nicht freigelegt gewesen sind. Aber allzu wesentliches kann sich neben dem Turmhaus nicht mehr im Viereck der Ringmauer befunden haben. Vom Südosten her führte eine Tür ins Turmhaus, einige Treppen leiteten hinunter in den in zwei Räume zerfallenden Keller. Die Ringmauer ist an der Angriffsseite 1,60 m dick und wie der Turm aus Feldsteinen errichtet, was auffällig an die abgetragene Burg in Gurschdorf erinnert wie auch an das verschwundene Wasserschloß in Saubsdorf. Die bei der Ausgrabung 1934 gemachten Funde waren nicht zu bedeutend: Armbrustbolzeneisen, viele mittelalterliche Scherben, ein noch nicht bestimmter silberner Brakteat usw. Die Scherbenfunde reichen bis in das 15. Jahrhundert. Der Ort Adelsdorf wird erstmals 1284 in den Urkunden aufgeführt [57], von der Burg findet sich auch später nicht die leiseste Andeutung. Die Adelsdorfer Burg, eine zur festen Steinburg, man muß schon sagen Höhenburg, entwickelte Turmburg stand an der Straße, die eben hier in das Rauschbachtal abzweigte und am „Wüsten Schloß" bei Einsiedel und der dazugehörigen Warte vorbei ins Oppaland zog. Das war mit ein Grund, sie besonders stark über das bei den Turmburgen des Raumes hinaus gewohnte Maß zu machen.

Mit der Adelsdorfer Burg ist die Entwicklung der Turmburg im Freiwaldauer Kreis abgeschlossen. Ich habe selbst früher geglaubt, daß die beiden einander vollständig gleichen Wasserschlösser Freiwaldau und Saubsdorf noch in die gleiche Linie einzuordnen sind, aber es spricht doch mehr dafür, daß sie nur einer verwandten Entwicklung entstammen. Die Turmburgen zeigen allerengste Verwandtschaft mit den Speichern des bäuerlichen Hofes, die gemeinsame Wurzel und später noch viele gemeinsame Wechselbeziehungen sind unverkennbar [58]. Bei den hufeisenförmigen, dreiflügeligen Wasserburgen wie Freiwaldau ist dagegen zu vermuten, daß sie aus dem regelmäßigen dreiseitigen Bauerngehöft entstanden sind. Dieses läßt sich allerdings im Gebiet selbst für die Siedelzeit noch nicht nachweisen, doch das spielt keine Rolle, da die deutschen Siedler ja fertige Formen aus dem deutschen Westen mitbrachten und bereits die Bronzezeit (süddeutsche Urnenfelderkultur) ganz streng geplante Bauerngehöfte kennt [59].

Von Freiwaldau, dem heutigen Hauptort des Kreises, ist erstmalig 1263 die Rede [60]. 1295 geht die Vogtei in Freiwaldau an Hartmann, genannt von Grunau, und Mecze, Witwe des Gottfried von Freiwaldau, samt ihren Söhnen durch Verkauf über [61]. Dieser Gottfried scheint

[56] Verf., Probleme, S. 86 ff.; Verf., Die schlesischen Burgen Adelsdorf, Saubsdorf und Schellenburg, in: Der Burgwart, 36, 1935, S. 35 ff.

[57] Schlesische Regesten, Nr. 1815.

[58] Verf., Die Turmhügelburg im Ostsudetenland, a. a. O., S. 344 ff.

[59] E. Schuchhardt, Vorgeschichte von Deutschland, 4. Aufl., München 1939, S. 189 ff.; ferner für die Hallstattzeit A. Helbok, Haus und Siedlung (Deutsches Volkstum, Bd. 6). Berlin und Leipzig 1937, Tafel 5.

[60] Schlesische Regesten, Nr. 1276.

[61] Schlesische Regesten, Nr. 2367.

bischöflicher Burggraf in Freiwaldau gewesen zu sein, er saß wohl auf der Burg [62], die nun aber nicht etwa vom Bischof erbaut worden war, denn der bevorzugte andere Formen, und es gibt genug passende Berge dicht bei Freiwaldau, die die Erbauung einer Burg nach der Art des Leuchtenstein oder der Bergfeste Jauernig ermöglicht hätten. Die Burg Freiwaldau ist von einem deutschen Ritterbürtigen, der mit den Siedlern einzog, geplant worden. Durch einen ovalen Graben, der heute noch mit Wasser gefüllt ist, wurde der Bauplatz aus der hier breiten und ebenen Talsohle herausgeschnitten und in der Mitte davon wurde eine regelmäßige, dreiflügelige Wasserburg errichtet, die in ihrer Geschlossenheit durchaus kastellmäßig aussieht. Sie hat über dem Erdgeschoß noch zwei Stockwerke und trägt heute ein nicht zu hohes Dach mit Vollwalmen an den beiden Nordflügeln. Der kleine Innenhof ist durch eine bis über das erste Stockwerk gehende Mauer geschlossen, der davorliegende Torbau ist zumindest in seiner heutigen Form jünger als die Burg. Auch an den anderen Seiten finden sich jüngere Anbauten. Vordem hatte die Burg nur nach dem Innenhof Fenster, nach außen indes Lichtschlitze und Schießscharten. An der Innenkante des Wassergrabens fehlen die Reste einer Ringmauer, die man erwartet, an einer stärkeren Wehr gerade hier wird es freilich nicht gemangelt haben, denn Freiwaldau rechnete zu den festen Schlössern des Bistums und fehlt nicht in der Liste der Burgen des Bistums vom Jahre 1444. Bei der Burg lag früher ein großer, gemauerter Wirtschaftshof, der nunmehr ganz weggerissen wurde. Das Mauerwerk der Burg besteht aus plattigen, zumeist größeren Bruchsteinen, die, da sie zum größeren Teil unverputzt geblieben sind, dem Bau ein sehr altertümliches Äußere geben.

Auf der Gemeindegemarkung von Saubsdorf, hinter einem Gasthof im Ortsteil Geißelsfeld, sind unter dem Erdreich Spuren von Mauerwerk sichtbar und zwar, wie berichtet wird, von Klaub- bzw. Feldsteinen [63]. Das würde zu dem in Gurschdorf und in Adelsdorf verwandtem Material stimmen und wohl auch auf etwa gleiche Bauzeit weisen. In der Planung des Grundrisses entsprach das Schloß Saubsdorf, wie aus einem Kolonisationsplan von 1791 hervorgeht [64], genau der Burg in Freiwaldau, nur, daß es etwas kleiner gewesen ist. Ein Urbar von 1689 [65] berichtet darüber: Das Amt Saubsdorf besteht aus einem von altem Mauerwerk erbauten Schlössel, so zwar unter gutem Dach, jedoch hin und wieder sehr gesprungen und stückweg baufällig ist. Begreift in sich drei Stuben, sehr winkelhaft und alter Manier nach aufgeführt, ein Gewölbel, gemauerte Kuchel, Kuchelstübel und etliche Kammern. Um das Schlössel ist sodann ein Wassergraben oder Wall um und um, in welchem zwar das Wasser von einem Quell durch Röhren getrieben wird, allein weil ein solcher Wall ganz seicht und zum Winter untauglich ist, also kann solcher auch zu wenig oder nichts genutzt werden, ist meistenteils leer. Das Urbar bringt dann weiter eine Beschreibung des zur Burg gehörigen Wirtschaftshofes, der ebenfalls beseitigt worden ist. Er mag mit einen Teil der Befestigung gebildet haben. Bei der Saubsdorfer Burg war nun der Westflügel etwas breiter als der östliche, dann führte der Eingang nicht über einen Hof zwischen den beiden Flügeln in das Innere, sondern in der Mitte des Ostflügels, und schließlich stand die Burg nicht auf einer inselartigen Fläche, sondern das Wasser des Grabens bespülte überall die Grundmauern. Zwei Anbauten an das Hufeisen des Grundrisses sind wohl später dazugekommen. Von einem Adligen, der sich nach Saubsdorf nennt, ist 1363 die Rede [66], die Nachfahren dieses Albert, genannt Cruze von Subichsdorf, sind die Herren von Saubsdorf. Als Bischof Martin von Breslau 1580 die Burg erwarb, ließ er zur Erinnerung einen Stein anbringen, auf dem der Bau arx genannt wird. Ein großer Wappenstein, der sich am Schloß befand, ist nach der Demolierung zu einem — Mühlstein verarbeitet worden.

Nicht ganz klar ist es nach den spärlichen und wenig bezeichnenden Überbleibseln, wie denn eigentlich die „Burg" in Grödiz beschaffen gewesen ist. Auch mit dem Ortsnamen hat es seine Bewandtnis; neben Grödiz wird auch Grätz geschrieben, allerdings erst im 17. Jahrhundert [67]. Der Name kommt sicher vom polnischen grod = „Burg". Wie es heißt, hatte

[62] Verf., Probleme, S. 93ff. [63] Drechsler, Altvaterland, II, S. 123.
[64] Verf., Probleme, S. 96ff., Verf., Die schlesischen Burgen Adelsdorf, Saubsdorf und Schellenburg, a. a. O., S. 36.
[65] Drechsler, Altvaterland, II, S. 136ff. [66] Ebenda, S. 125f.
[67] Beleg für 1654 im Neisser Lagerbuch, A 3182.

das Freigut bis in das 15. Jahrhundert keinen Namen, es erhielt diesen erst von den Herren von Grodis, die es 1424 erworben haben [68]. Demnach läge also eine für die Siedlungsgeschichte wie auch für die Entstehungsgeschichte der Burg unwesentliche Namensübertragung vor. Die Form der Burgstelle [69], wie sie uns heute entgegentritt, würde auch gar nicht zu einem grod stimmen. Der Bauplatz wurde durch einen hufeisenähnlichen, jedoch geradseitigen Graben aus dem Abbruch zu einem Wasserlauf, an den sich früher ein Teich schloß, herausgeschnitten. Auf dieser vierten Seite war die Burg gut geschützt, mit den anderen scheint es weniger gut bestellt gewesen zu sein. Der Graben ist heute nur an den beiden senkrecht zum Abbruch verlaufenden Seiten vorhanden, an der vierten aber zugeschüttet, denn hier wurde er lästig, als auf dem Burgplatz ein Bauer seinen Hof errichtete. Der Baugrund für die Wehranlage war ungefähr quadratisch von etwa 40 m Seitenlänge. In der Südecke sind die Überreste der einstigen Umwehrung festzustellen, in der Ostecke steht ein Haus auf alten, tonnengewölbten Kellern, die den Überrest eines ehemals an die Burgmauer angelehnten Burghauses darstellen. Nun wird berichtet, daß sich auf dem Hof vordem ein „Wachturm" befunden habe, von dem heute aber alle Spuren fehlen. Funde, die über das Alter der Anlage Aufschluß geben könnten, sind nicht vorhanden, man kann also wenig mehr über die Burgstelle sagen. Man wird sie angesichts ihrer Form und des schwachen Grabens am ehesten zu den „Festen", das heißt einfachen, befestigten Höfen des Landadels, zu stellen haben. Für ein „burgmäßiges" Äußere spricht aber schon allein der heute im Volk übliche Name.

Ein ähnlicher Bau liegt stark verändert im heutigen Schloß in Wildschütz vor [70]. Das Bächlein, dessen Name auf das später hier begründete Dorf übertragen wurde, wird 1248 genannt [71], als hier und auch in der Umgebung Land zum Besiedeln ausgemessen worden ist. So wird auch das Dorf Wildschütz nicht viel später entstanden sein und damit auch die Feste. 1371 ist der Ritter Albert Schoff Lehensträger von Wildschütz [72], 1475 wird der Feste urkundlich gedacht [73]. Ob die heutigen Grundmauern des Schlosses Wildschütz in die Gründungszeiten zurückreichen, ist unsicher, aber nicht ausgeschlossen. Die Frage muß noch offenbleiben. Das Schloß gibt sich heute als ein etwas verschobener, nicht ganz quadratischer Bau mit vier Flügeln um einen länglichen, nicht genau in der Mitte liegenden Hof. Die Flügel sind reichlich unregelmäßig und lassen mehrere Bauabschnitte erkennen, deren absolute Datierung nur durch Freilegungsarbeiten möglich sein würde.

Über die Gründung des Städtchens Weidenau, das erst nach der ersten großen Siedelwelle ausgesteckt wurde, wissen wir genau Bescheid. Die Stadt ist, wie aus dem großen, die Rechte und Pflichten des Stadtvogtes bestätigenden Privileg von 1291 hervorgeht, zwischen 1266 und 1268 entstanden [74]. Die Machtbefugnisse des Vogtes waren in jeder Hinsicht groß, der Besitz der Vogtei schuf eine sehr angesehene Stellung. Die Herren der Vogtei waren auch stets von Adel. In dem Privileg für den Vogt, das also erstmals 1266—1268 geschrieben wurde, heißt es auch, der Vogt könne sich den Platz für die Erbauung seines Hauses in der Stadt selbst wählen, und er hat sich dann sein festes Haus in der Südecke der Stadtmauer eingerichtet [75]. Die hintere Langseite der Vogtei oder besser gesagt, des Hauptbaues, war so in die Stadtmauer einbezogen, daß man vom Haus aus unmittelbar den Wehrgang der Stadtmauer betreten konnte. Das Haupthaus der Vogtei gibt sich jetzt als einfacher einflügliger Bau von etwa 28 m Länge und 15 m Breite, aus dem gegen die Stadt hin zwei kleine, allseit vorspringende viereckige Turmbauten vortreten. Wenn auch heute alle Wehreinrichtungen fehlen und die Vogtei nur als einstöckiger, schmuckloser Bau erscheint, so besagt das nicht, daß dies immer so gewesen sein muß: man hat eben die Wehreinrichtungen, als man ihrer nicht mehr bedurfte, beseitigt und sich allein auf die Wohnbedürfnisse umgestellt. Wenn die Mauern in ihren oberen Teilen neu sein sollten, so sind doch die Grundmauern alt und es ist zudem bezeugt, daß das Haus des Vogtes immer an dieser Stelle gestanden hat. Alle Räume des Ebenerds zeigen Gewölbe und zwar Tonnen, der Eingangsraum hat eine runde Tonne mit

---

[68] Drechsler, Altvaterland, I, S. 146.
[69] Verf., Probleme, S. 89ff.
[70] Verf., Probleme, S. 91ff.
[71] Schlesische Regesten, Nr. 686.
[72] Neisser Lagerbuch, B 29.
[73] Neisser Lagerbuch, H 135.
[74] Schlesische Regesten, Nr. 2197.
[75] Verf., Probleme, S. 100ff.

Stichkappen. Innerhalb der Stadtmauer in unmittelbarem Anschluß an das Haupthaus befanden sich die Wirtschaftsgebäude. Ob der ganze Komplex einmal umwehrt war und wie, kann zur Zeit noch nicht gesagt werden. Die ursprüngliche Feste der Vögte wird schon 1428, als die Hussiten die Städte Weidenau, Ziegenhals, Patschkau, Grottkau und Ottmachau zerstörten, ihr Ende gefunden haben. Weidenau wird damals ausdrücklich als ummauerte Stadt bezeichnet.

Der erste Vogt von Weidenau und damit der Erbauer der Feste war Rudger Heldore, sein Name weist auf Hellendören oder Hollendoren bei Pyrmont und Lüdinghausen in Westfalen. Ist Rudger unmittelbar von dort gekommen, entstammt er nicht einem Geschlecht, das bereits einige Zeit im mitteldeutschen Osten geweilt hat, dann ist es nicht ausgeschlossen, daß er die Befestigungsweise seiner Heimat, in der es so viele einfache Wasserschlösser gibt, zu übertragen versucht hat.

Das 13. Jahrhundert, in dem nicht nur alle bischöflichen (Grenz)Burgen, sondern wahrscheinlich auch nahezu alle Burgen der deutschen Siedler entstanden, brachte schließlich noch zwei große Höhenburgen vom Ringmauertyp, den Kaltenstein und Burg Friedeberg. Beide Burgen sind während des großen Zwistes zwischen Bischof Thomas II. und Herzog Heinrich IV. um die Landeshoheit im Neisser Bistumsland wahrscheinlich von den ritterlichen Brüdern Wüstehube erbaut worden. Bei Friedeberg sind die Wüstehube, gewiß ein für den Raum seltener Fall, sogar ausdrücklich als Erbauer genannt. 1295 hatte Herzog Bolko von Schweidnitz-Fürstenberg, den der Bischof wegen Rückgabe der Burg Kaltenstein belangte, erklärt, der Kaltenstein sei von den Feinden des Bistums erst neulich erbaut und von ihm regelrecht gekauft worden, er sei aber nicht von ihm auf bischöflichem Boden errichtet worden [76]. Wir sehen daraus jedenfalls, daß die Burg gegen des Bischofs Willen auf seinem Besitztum, offensichtlich als Zwingburg zur Behauptung des umliegenden, mehr oder weniger widerrechtlich in Eigentum genommenen Landes begründet worden ist.

Der Bauplatz war für die Errichtung einer sehr starken Burg vorzüglich geeignet [77]. Ein vereinzelt aus dem Tal emporragender kegelförmiger großer Hügel, der kein günstiges Angriffsfeld neben sich hatte und bei dem nicht einmal die Anlage von Gräben notwendig erschien, wurde dazu gewählt. Obwohl vom Kaltenstein heute noch mehr Mauerreste übrig sind als von den meisten anderen Trümmerburgen der weiteren Umgebung, so reichen sie dennoch nicht hin, um ohne Ausgrabungen ein klares Bild der vormaligen inneren Einteilung gewinnen zu können. Auf dem Scheitelpunkt des Hügels wurde der alles überragende runde Bergfrit gestellt, von dem heute noch zwei hohe Trümmer übrig sind, von denen sich der eine bereits etwas neigt. Der kleine Eingang lag etwa 6—7 m hoch über dem Boden an der jedem Beschuß abgekehrten Nordseite. Das Eingangsgeschoß hatte ein Kuppelgewölbe, darüber ist im Innern ein breiter Mauerabsatz. Der Bergfrit scheint auch den Palas gegen den Angriff gedeckt zu haben, als dessen Rest wohl das nahezu ganz von Schutt verdeckte Tonnengewölbe beim Bergfried anzusprechen ist. Die Mauerreste sind sonst noch beträchtlich, rühren aber meistens von den Umfassungsmauern her. Vor allem sind von den Zwingermauern im Süden und Westen noch lange Stücke erhalten. Hier, wo noch am ehesten der Feind an die Burg herankonnte, sind in späterer Zeit diese recht geräumigen Zwinger vorgelegt worden. Auch das äußere Tor ist in seinen Grundmauern noch vorhanden, unfern davon springt aus der Zwingermauer ein kleiner rechteckiger Schalenturm hervor. Die Ringmauer ist in rundlicher Führung an der Ostseite noch da, man erkennt im übrigen — was auch der Geländeform entspricht — den durchaus rundlichen Umriß. Die anderen Mauerreste sind nicht ohne weiteres zu deuten. Der Kaltenstein war eine starke Burg, der Bischof hatte ein hohes Interesse, sie in seine Hand zu bekommen, wenn sie auch in Notzeiten immer wieder dem Bistum entgleiten konnte. Tatsächlich vermochte der Bischof die Burg noch im 13. Jahrhundert zu erwerben und es spricht für ihre Bedeutung, daß er seinen Bruder als Burggrafen einsetzte. Indes, durch die fernere Geschichte der Bergfeste ziehen sich immerwährende Verpfändungen, denen schließlich das Breslauer Domkapitel selbst ein Ende machen wollte, indem es dem Bischof im Jahre 1443 die

[76] Schlesische Regesten, Nr. 2365.
[77] Verf., Probleme, S. 105 ff.

Burg abkaufte[78]. Allein zehn Jahre später ist der Kaltenstein dennoch wieder verpfändet. Aber als der Bischof nach 1500 endlich die für die Wiedereinlösung erforderliche Summe zur Hand hatte, nahm er den Kaltenstein sofort an sich und brach selbst die Burg, damit sich nimmer ein Feind darin festsetzen könne.

Aus einem Inventar von 1443 ergeben sich wertvolle Aufschlüsse nicht nur über die Bewaffnung, sondern vor allem auch über bauliche Einzelheiten. Die Burg hatte insgesamt vier Tore, beim zweiten befand sich eine Stube, beim vierten war das Eisenwerk herrichtungsbedürftig. In der Burg befand sich ein Pferdestall, ein Bräuhaus und sogar eine Mühle. Man wollte im Jahre 1443 die Burg fester und wehrhafter machen und schlug dazu vor, dem Bergfrit einen aus Stein gemauerten Turmhelm zu geben, dann sollte der untere Eingang in diesen Turm zugemauert werden — der Bergfried hatte demnach augenscheinlich auch eine ebenerdige Tür, die aber nicht ursprünglich sein muß — und dann soll in Zusammenhang damit die Treppe nach außen verlegt werden. Wir hören dann vom „steinernen Haus" und damit ist wohl der Hauptwohnbau, der Palas, gemeint gewesen. Wir können daraus aber auch schließen, daß es noch andere, nicht aus Stein erbaute Häuser in der Burg gegeben hat, am ehesten wohl aus Fachwerk. Vom steinernen Haus wollte man einen Verbindungsgang zum Bergfrit herstellen und die zweite (wir wissen nicht genau, welche damit gemeint ist) Wehrmauer soll mit einem gedeckten Wehrgang und mit vortretenden Türmen versehen werden. Ständige Besatzung bildeten neben dem Burghauptmann und seinem Vertreter noch zehn „Wächter".

Überall liegen auf der Burgstelle Bruchstücke von Irdenware in größerer Anzahl herum, auch verschiedene Eisenfunde sind ohne planmäßige Grabung gemacht worden. Da und dort sieht man auch Hausteine, die von der Ausschmückung der Burg eine Ahnung erstehen lassen.

Im bischöflichen Grundbuch Liber fundationis, das vor 1290 angelegt worden ist, steht: Johannes Wisthub fecit castrum nomine Vriedebergk[79]. Da Johannes Wüstehube noch 1325 am Leben war, wird die Burg nicht viel vor 1290 erbaut worden sein. 1358 hat der Bischof zusammen mit seinem Kapitel zu gleichen Teilen die Burg Friedeberg gekauft[80]. Die Bischöfe setzten Burggrafen ein, verpfändeten aber später die Bergfeste oder gaben sie auch zu Lehen. In den letzten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts wurde sie einer durchgreifenden Erneuerung unterzogen und knapp vor den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges erneut hergerichtet und ausgestattet, aber dennoch von den Schweden 1639 genommen. Die Bischöflichen setzten daraufhin zum Gegenangriff an, die Burg wurde wohl genommen, die Schweden zogen sich aber in den Bergfried zurück und konnten sich hier behaupten, bis Entsatz herbeigeholt war. Bei ihrem Abzug brannten die Schweden die Burg aus und 1703 wurde hier eine Brauerei eingerichtet. Nur diesem Umstand ist es zu verdanken, daß wir heute noch etwas von der Inneneinteilung der Burg wissen. 1796 sollten am Bräuhaus größere Veränderungen vorgenommen werden und dabei wurden zwei Grundrisse hergestellt, in die die alten Burghäuser, soweit sie damals noch standen, eingezeichnet sind. 1805 schenkte der damalige Bischof die Burg der Friedeberger Bürgerschaft zur Errichtung einer Pfarrkirche. Die Friedeberger rissen die Burghäuser ab und trugen die oberen Teile der Ring- und Zwingermauern ab. Nur den Bergfrit ließen sie stehen, denn er schien ihnen als Kirchturm noch stattlich genug. Er wurde mit einem seinem neuen Zweck entsprechenden Dach und oberen Abschluß versehen. An ihn wurde das helle Langhaus der neuen Kirche angebaut, das zu dem dunklen und verwitterten Gemäuer des alten Burgturms den denkbar größten Kontrast bildet.

Die Burg Friedeberg ist eine einfache Anlage vom Ringmauertyp gewesen. Die Umfassungsmauer ist nahezu kreisförmig, nur an zwei Seiten etwas abgeplattet. An der Zugangsseite, als Deckung gegen den Angriff hin, stand frei dahinter der runde Bergfrit, an der gegenüberliegenden, dem Angriff abgekehrten Seite der Ringmauer erhob sich der Palas, daneben stand noch ein kleineres Burghaus. Nebenbaulichkeiten, die aus Fachwerk gewesen sein können, hat es noch gegeben, sie gehören aber ebensowenig zum ursprünglichen Bestand, wie sie heute

[78] Drechsler, Altvaterland I, S. 211.
[79] Codex dipl. Sil. XIV, S. 22.
[80] Verf., Zur deutschmähr.-schles. Burgenkunde, a. a. O., S. 3ff.; Verf., Probleme, S. 110ff.

nicht mehr zu erkennen sind. Die Ringmauer ist an der Angriffsseite verstärkt, 3 Zwinger waren ihr außerdem vorgelegt. Vom anschließenden Gelände trennte die Burg ein tiefer Halsgraben, über den auch heute noch eine Brücke führt. Friedeberg war nur eine kleine Burg, das Hauptstück, die älteste Anlage, hatte nur etwa 40 m Durchmesser.

Bei Friedeberg, dessen engster Umkreis so außerordentlich reich an mittelalterlichen Wehrbauten ist, gibt es einen „Gotteshausberg", der eine Kirche trägt. Gotteshaus für Kirche ist dem Volke gänzlich fremd und auf der Suche, wie die Bezeichnung entstanden sein kann, findet man in älteren Schriften stets die Benennung „Hausberg". Das ist aber ein typischer Wehrbauflurname; dennoch war es bisher nicht möglich, hier eine Burg nachzuweisen.

*

So vielgestaltig das Bild der Burgen des Freiwaldauer Kreises auf den ersten Blick aussieht, so leicht läßt es sich nach einer eingehenden Untersuchung auf zwei Grundformen vereinfachen, bei denen nur vereinzelte Anlagen außerhalb des Schemas bleiben. Der Bischof hat die Burgen an der Landesgrenze bzw. in deren Nähe zum Schutz des neugerodeten, wertvollen Landes errichtet, sie liegen alle so, daß man ohne weiteres sieht, daß keine von ihnen ursprünglich zum Sitz der Verwaltung bestimmt gewesen sein kann. Die Burgen des Bischofs sind Ringmaueranlagen, das ist jener Typ, der sich als der zweckmäßigste für die Höhenburgen eines weiten Ostraums durchsetzte und den auch die beiden späteren Burgen Friedeberg und Kaltenstein folgen. Diese sind nicht vom Bischof erbaut worden. Besteht aber nicht dennoch der Satz zu Recht, die Siedler bzw. die Adligen, die mit ihnen kamen, hätten nur Turmburgen, Turmhöfe und verwandte Anlagen errichten dürfen, weil ihnen das eigentliche Befestigungsrecht nicht zustand und diese Burganlagen sich in ihrer Wehr in einem vorgeschriebenen Mindestrahmen hielten? Friedeberg und Kaltenstein müssen vielleicht nicht gegen diesen, keineswegs ohne Begründung vorgetragenen Satz sprechen, denn sie sind gegen den Willen des Bistums, zur Beherrschung des angeeigneten Landes errichtet worden. Allein ist die Adelsdorfer Burg, bei der man trotz ihres kleinen Umfangs nicht leugnen kann, daß es eine regelrechte „Burg" ist, nicht auch unter das Befestigungsrecht gefallen? Schließlich wird auch die Wasserburg Freiwaldau im Mittelalter zu den „Schlössern" des Bistums, d. h. in diesem Fall zu den festen Burgen, gestellt.

Man muß hier tiefer zu sehen versuchen und die Burgen auch als Kulturformen, die in ihrer Planung gesetzmäßigen Beziehungen zum Menschen unterworfen sind, sehen. D. h. in diesem Fall: die deutsche Siedlung, welche die gesamte Kulturformenlandschaft geschaffen hat in allen ihren vielfältigen Erscheinungen, muß mit ihren Kräften verschiedener Herkunft und Richtung auch das Bild der Burgenformen mitgeschaffen haben[81].

[81] Verf., Burgenbau und Kolonisation im mitteldeutschen Osten, in: Auslandsdeutsche Volksforschung, 2, 1938, S. 366 ff.; Verf., Volkstumsgeographie, S. 63 ff.; Verf., Die Turmhügelburg im Ostsudetenland, a. a. O., S. 342 ff.

Zur Erforschung des Deutschtums in Südafrika

Von K. H. Pfeffer, Berlin

Es gibt keine zusammenfassende Übersichtsdarstellung des südafrikanischen Deutschtums in der Art der Arbeiten Heinz Lehmanns über die Kanadadeutschen oder des Flamen Augustin Lodewyckx über die Australiendeutschen [1]. Auch der Artikel „Südafrika" im Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums steht noch aus. Ein kleiner Aufsatz von Fritz Lange im Jahre 1929 [2] bringt zwar eine nützliche Zusammenstellung des älteren Schrifttums und eine Übersicht über die Einwanderungsgeschichte in ihren verschiedenen Abschnitten, aber diese Skizze leistet nicht das eigentlich Notwendige. Die Geschichte und die Gegenwartsdarstellung der Südafrikadeutschen ist noch zu schreiben.

Dabei bieten sich für die Erforschung des Südafrikadeutschtums viel leichter große Leitgesichtspunkte als für die Darstellung der Kanada- oder Australiendeutschen. Obwohl es notwendig ist, das Australiendeutschtum von der ostdeutschen Volksgeschichte her zu betrachten, ist es doch nicht leicht, die Darstellung seiner Gegenwart mit einem geschichtlichen Sinn gesamtdeutscher Aufgaben zu durchdringen. Das ist schon leichter beim Kanadadeutschtum, weil Kanada allein durch die frankokanadische Volksgruppe in seiner inneren Gestalt offener ist als Australien. In Südafrika dagegen ergibt sich der Sinn der deutschen Existenz von selbst. Südafrika ist nicht eindeutig oder überwiegend englischer Volksboden, sondern die Buren sind das stärkere germanische Volk auf seiner Erde.

Für die Deutschen stellt sich also nicht einfach die Frage der Niederlage oder des erfolgreichen Widerstandes gegen die Assimilation an die englische Gesellschaft. Diese Frage war auch hier die wichtigste Frage der völkischen Wirklichkeit und der Volksforschung, solange das deutsche Volk in der weltgeschichtlichen Defensive stand. Damals mußte geschrieben werden: „Die Schule ist der springende Punkt; die Kirche allein kann die Verengländerung nicht aufhalten." [3] „Es ist kein Wunder, daß hier, wo Rassen-, Kulturverwandtschaft und Bekenntnisgemeinschaft (Protestantismus) uns mit der englischen und holländischen Bevölkerung verbinden, die Gefahr für uns besteht, daß wir, der kleinere fremde Teil, in dem größeren stamm- und kulturverwandten aufgehen." [4] Noch bis in die letzten Jahre hinein galt es zu überlegen, wie die Deutschen der Städte, Kapstadts, Johannesburgs oder Durbans, vor einer Verengländerung zu schützen seien, und wie auf dem Lande der einzeln wohnende Farmer vor dem Verburen gesichert werden könne. Diese doppelte Frage mußte immer wieder auftauchen, solange die Deutschen „der kleinere fremde Teil" gegenüber den beiden „Staatsvölkern" waren, solange ihr Dasein auf afrikanischer Erde keinen eigenen geschichtlichen Sinn in sich trug, solange also die geschichtliche und damit die gesellschaftliche Überlegenheit bei den Engländern oder auch bei den Buren lag.

Heute aber sieht diese Frage ganz anders aus. Die Erneuerung der Welt durch diesen Krieg wird sicherlich die Lage der englischen Minderheit in Südafrika verändern. Sie wird aber auch, im Gegensatz zu den Hoffnungen des Herrn Smuts, den Buren zum Bewußtsein bringen,

[1] Vgl. die Besprechungen „Zur Erforschung des kanadischen Deutschtums", III. Jg., S. 686—696 und „Zur Erforschung des Australiendeutschtums", IV. Jg., S. 602—611 dieser Zeitschrift.

[2] Fritz Lange, „Zur Geschichte der deutschen Einwanderung im Gebiet der Südafrikanischen Union", Archiv für Wanderungswesen, I. Jg., S. 155—160, und II. Jg., S. 1—6.

[3] Paul Samassa, „Das neue Südafrika", Schwetschke, Berlin 1905, S. 391.

[4] H. Riechers, „Das Deutschtum in Südafrika", Der Auslandsdeutsche, Jg. III, Heft 6, S. 168. Stuttgart 1920.

daß ihr „bester" (weil stärkster) „Freund" nicht mehr in London sitzt, daß sie die Fragen ihres Südafrika im Zeitalter des Flugzeugs, des Funks und des Autos auch nicht mehr so ansehen dürfen, als könnten sie ganz auf sich allein stehen, als lebten sie noch in den Tagen der Vortrekker oder Ohm Krügers. Wenn die kleineren germanischen Völker Europas lernen, auf die deutsche Mitte des Germanentums zu sehen, dann wird das Burentum in seiner afrikanischen Einsamkeit erst recht seinen „besten Freund" dort suchen, wo er wirklich wohnt. Die Südafrikadeutschen sind dann nicht mehr der geschichtslose „kleinere fremde Teil", sondern lebendige Glieder des geschichtstragenden Reichsvolks mit großen Aufgaben gerade in ihrer überseeischen Heimat.

Es ist ein großes Verdienst der deutschen Volksforschung, daß sie schon vor dem Krieg, bevor auch blinde Augen diese neue Lage sehen mußten, das Südafrikadeutschtum unter diesem größeren und allein fruchtbaren Gesichtspunkt betrachtet hat. So sehr im Unterschied zu Australien oder Kanada die nüchterne Übersichtsdarstellung fehlt, so viel weiter ist andererseits die Erforschung des Südafrikadeutschtums in ihren geschichtlichen Begriffen. Sie sieht die Fragen der heutigen Deutschen im Zusammenhang mit dem gesamtdeutschen Verhältnis zu Südafrika.

Sie hat zuerst die vom gesamtdeutschen Standpunkt aus wichtigste Frage aufgegriffen, die Frage der Buren selbst. Die Engländer haben ihrerseits die Wichtigkeit dieser Frage schon sehr früh erkannt. Nicht zufällig versuchen sie schon 1896 gegen das Bewußtsein des engen Blutzusammenhangs zwischen Buren und Deutschen anzurennen. Bismarck habe gegenüber burischem Besuch „sich bemüht, die Blutsbande zwischen Deutschen und Niederländern zu betonen. Dabei braucht man doch wohl das Mikroskop eines politischen Kasuisten, um diese Blutsbande überhaupt zu entdecken. In Wahrheit tragen die Buren Südafrikas viel mehr französisches als deutsches Blut in den Adern"[5]. Diese Behauptung findet sich auch in der klassischen Geschichte Südafrikas aus englischer Hand, wo festgestellt wird, daß die Bewohner der Kapkolonie 1795 zu etwa zwei Dritteln niederländischer, zu einem Sechstel französischer und nur mit dem restlichen Teil deutscher und anderer Herkunft gewesen seien[6]. Die Hugenotten seien kinderreicher als die Deutschen gewesen, weil das deutsche Element „im allgemeinen" aus Abenteurern mit früh verbrauchter biologischer Kraft bestanden habe[7].

Zunächst haben Niederländer selbst die Behauptung von dem geringen deutschen Blutsanteil des Burenvolkes richtiggestellt. Der Holländer Colenbrander stellt 1902 nach nochmaliger Durcharbeitung der auch von Theal benutzten Quelle fest, daß „die Kolonisten zu reichlich 50 v. H. niederländischen, zu 27 v. H. deutschen, zu mehr als 17 v. H. französischen Ursprungs waren und zu ungefähr $5\frac{1}{2}$ v. H. von anderen Nationen abstammten"[8]. Brink Bosman kommt nach einer genauen Durchrechnung sogar zu dem Ergebnis: 53 v. H. Niederländer, 28 v. H. Deutsche, 15 v. H. Franzosen und 4 v. H. Angehörige anderer Völker[9].

Colenbrander hatte zwar die Zahlen Theals verbessert, er war aber wie Theal der Meinung, die Deutschen seien an Fruchtbarkeit hinter den holländischen und französischen Einwanderern zurückgeblieben. Er sucht nach einer Erklärung dafür, daß in seiner Berechnung der deutsche Blutsanteil nicht so hoch ist, wie er nach der Zahl der deutschen Stammeltern eigentlich sein müßte, und findet sie zunächst in der geringeren Fruchtbarkeit: „Unter den Deutschen waren eine große Anzahl Altsoldaten von der Kompagnie, die eine Reihe Dienstjahre in Indien hinter sich hatten."[10] Bosman dagegen kommt zu seinen anderen Zahlen, indem er diese Meinung Theals und Colenbranders zurückweist: „Es ergibt sich, daß die deutschen Väter

[5] William H. P. Greswell, „The Germans in South-Africa", The Fortnightly Review, Bd. LIX, New Series, London 1896, S. 212.

[6] George McCall Theal, „History of South Africa under the Administration of the Dutch East India Company (1652—1795)", London 1897, Bd. II, S. 326.

[7] Ebenda, S. 325.

[8] H. T. Colenbrander, „Die Herkunft der Buren", Mitteilungen der Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums, Nr. 19, München 1928, S. 823. Übers. F. Thierfelder.

[9] Brink Bosman, „Über die Herkunft der Buren", Mitteilungen usw., Nr. 1, München 1929, S. 54. Übers. F. Thierfelder.

[10] Colenbrander, a. a. O., S. 837.

auf jeden Fall fruchtbarer waren als die niederländischen, und von Unfruchtbarkeit als Folge von Ausschweifungen ist sogar im Vergleich mit den Hugenotten nichts wahrzunehmen." [11] Schon Colenbrander meinte, daß „noch viel mehr natürlich die spätere Ankunft der Deutschen" [12] an ihrem geringeren Blutsanteil schuld sei als ihre vermeintlich mindere Fruchtbarkeit, Bosman kommt zu dem eindeutigeren Ergebnis: „Die einzige Erklärung für den bemerkenswert niedrigen Prozentsatz deutschen Blutes im Vergleich zu der Zahl der deutschen Stammeltern ist die, daß die größte Anzahl der Deutschen ziemlich spät zugewandert ist." [13]

Die deutsche Volksforschung stellt die von Theal, Colenbrander und Bosman aufgeworfenen Fragen neu. Eduard Moritz hat in sorgfältiger Kleinarbeit, ohne daß er die ungedruckten Quellen aus Kapstadt heranziehen konnte, an Stelle der von Colenbrander angegebenen 936 deutschen Stammeltern über 2000 herausbekommen [14]. Seine genauen Nachforschungen bestätigen nicht nur die Meinung Bosmans zur angeblichen deutschen Unfruchtbarkeit, sondern sie widerlegen auch „das Gerede von der Überalterung der deutschen Männer" [15] und die „Behauptungen über das Fehlen deutscher Frauen" [16]. „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Deutschen zur Bildung der Buren den größten Teil beigetragen haben und daß dieser Anteil beträchtlich über 50 v. H. hinausgeht ... Ihn arithmetisch, wenn auch nur annähernd, zu bestimmen, erscheint zur Zeit nutzlos, da wir die wirkliche Menge der eingewanderten niederländischen Stammväter nicht kennen." [17]

Werner Schmidt-Pretoria hat mit Hilfe der heimatlichen Kirchenbücher das Lebensalter von 90 Deutschen am Zeitpunkt ihrer Einwanderung festgestellt und unter diesen Fällen im Gegensatz zu den Behauptungen Theals keinen alten Mann gefunden [18]. Er stellt weiter aus den Akten fest, daß nur ganz wenige der Siedler eine Dienstzeit in dem entkräftenden Indien hinter sich hatten. Ebenso wie Moritz hütet aber auch er sich vor einer genauen Zahlenangabe. Da die eigentliche Absicht seiner Arbeit nicht so sehr im Nachweis einer hohen Zahl als vielmehr eines hohen Wertes des deutschen Blutsanteils liegt, verzichtet er auf die Zusammenstellung aller nur möglichen deutschen Stammeltern und schränkt im Gegenteil durch eine peinlich genaue Auslese die als deutsch betrachtete Gruppe auf die wissenschaftlich unbedingt belegbaren Fälle ein. Diese Vorsicht geht unzweifelhaft sogar zu weit, wenn sie auch „die nach Südafrika einwandernden Abkömmlinge solcher deutscher Familien, welche schon seit langem die Kultur eines europäischen Gastlandes, am häufigsten Hollands und Skandinaviens, in sich aufgenommen hatten, wie die van Rendsburgs, Pretorius und Meerhofs" [19] ausschließt, denn es handelt sich ja um eine Frage nach dem Blut, nicht nach der kulturellen Zugehörigkeit. Diese große Vorsicht bei der Zählung der Deutschen läßt Schmidt-Pretoria zugeben, „daß die Einwanderung deutscher Frauen nach Südafrika gering blieb, daß das Hauptkontingent der Deutschen erst in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts eintraf und daß die wirtschaftliche Lage des einzelnen, solange er einen niederen Dienstrang bekleidete, eine Familiengründung nicht gestattete" [20]. So meint auch er, daß der deutsche Blutsanteil erheblich niedriger liegt, als der hohe Anteil deutscher Stammeltern erwarten ließe. Obwohl er sich also nicht wie Moritz auf die ungefähre Feststellung von „über 50 v. H." festlegt, sagt er aber doch klar über die Zahlen Theals und Colenbranders, „daß nicht eine dieser Berechnungen stimmt" [21].

Die hohe Schätzung von Moritz wird noch übertroffen durch die von Schmidt-Pretoria und Moritz erwähnte Meinung des burischen Nationalisten Preller, der 1920 fast 65 v. H.

---

[11] Bosman, a. a. O., S. 53. [12] Colenbrander, a. a. O., S. 837.

[13] Bosman, a. a. O., S. 54.

[14] Eduard Moritz, „Verzeichnis der zwischen 1652 und 1806 am Kap eingewanderten und eingebürgerten Deutschen", Mitteilungen usw., Nr. 2, München 1935, S. 292—326, und Nr. 2, München 1936, S. 219—283.

[15] Derselbe, „Die Deutschen am Kap unter der holländischen Herrschaft 1652—1806", Böhlau, Weimar 1938, 366 S. = „Die deutsche Leistung in der Welt", hrsg. von der Deutschen Akademie München und dem Deutschen Auslandsinstitut Stuttgart, Bd. 3, S. 95.

[16] Ebenda, S. 98. [17] Ebenda, S. 91—93.

[18] Werner Schmidt-Pretoria, „Der Kulturanteil des Deutschtums am Aufbau des Burenvolkes", Sonderveröffentlichung II der Geographischen Gesellschaft zu Hannover, Hannover 1938, S. 260.

[19] Ebenda, S. 33. [20] Ebenda, S. 269. [21] Ebenda, S. 267.

des burischen Blutes als deutsch bezeichnete, und durch den ehemaligen Verteidigungsminister der Südafrikanischen Union Oswald Pirow, „der 1934 beim Empfang einer Abordnung deutscher Seeleute vom Kreuzer Emden, gewiß aus dem natürlichen Empfinden seines Volkes heraus, in seiner Begrüßungsrede zum Ausdruck brachte, daß mehr als die Hälfte der Südafrikaner deutsches Blut in ihren Adern haben" [22]. Bei der ganzen Frage käme es an sich gar nicht so sehr auf die unendlich schwierige und auch in sich fragwürdige Ausrechnung einzelner Hundertteile an. Worauf es aber ankommt, das ist das Bewußtsein des Burenvolkes von seiner deutschen Herkunft. Die Fortnightly Review bemühte sich nicht umsonst um eine Ironisierung der Suche nach den deutschen Ahnen der Südafrikaner. Das Ahnenbewußtsein bestimmt auch die gegenwärtige Haltung eines Volkes. Die Buren sollen ihre deutsche Herkunft kennen. Gerade deshalb wäre es dringend wünschenswert, daß die von Schmidt-Pretoria und Moritz begonnenen Arbeiten zu Ende kämen und endgültig eine einwandfreie Feststellung des deutschen Blutsanteils am Burenvolk vorläge. Allerdings genügt dazu sicher nicht die bisher nur in Angriff genommene Familiengeschichte der Kompagniezeit, sondern eigentlich müßte jede Burenfamilie sippenkundlich bearbeitet werden. Auf längere Sicht scheint das nicht einmal eine unmögliche Aufgabe zu sein.

Das eigentliche Anliegen der Arbeiten von Schmidt-Pretoria und Moritz war aber gar nicht die Frage der Zahlenanteile. Sie wollten eine Behauptung Colenbranders widerlegen, die im Zusammenhang mit seinen Berechnungen die Deutschen „als ein anfänglich unansehnliches, später sehr beträchtliches Anhängsel der niederländischen, immer aber als ein Anhängsel" bezeichnet. „Auch die echt hochdeutschen oder die niederdeutschen Einwanderer aus den östlicheren Gebieten waren ein Anhängsel, keine besondere Einheit. Dazu hätten sie in Ehen hinüberkommen müssen, in denen sie deutsche Art und Sitte zu Blüte und Einfluß hätten bringen können, und dies ist nur in seltenen Ausnahmen der Fall gewesen ... Die höhere Schicht im Kapland, die Regenten und vor allem nicht zu vergessen die Geistlichen, bestand ausschließlich aus Niederländern." [23]

Im Gegensatz zu dieser Behauptung will Schmidt-Pretoria nachweisen, „daß das Deutschtum am Aufbau des Burenvolkes und seiner Kultur hervorragenden Anteil nahm" [24]. Selbstverständlich nahmen die Niederländer am Kap ebenso wie die Niederländer Europas teil am gesamtdeutschen kulturellen Leben, „vor allem dadurch, daß sie deutsche Ideen und deutsche Erzeugnisse in Südafrika verwandten" [25]. Aber Schmidt-Pretoria kommt es nicht auf diese Selbstverständlichkeit an, sondern auf die Feststellung, daß gerade die Einwanderer, „deren größtes Kontingent sich aus Abkömmlingen des Kleinhandwerker- und Kleinbauerntums rekrutierte" [26], Kulturträger im Neuland waren. Er wählt aus den nachgewiesenen deutschen Stammeltern diejenigen aus, „die mit dem Einsatz ihrer Persönlichkeit das Gemeinschaftsleben in irgendeiner Weise aufbauen halfen" [27]. Als Kennzeichen dieser Aufbaukraft nimmt er die vier Gesichtspunkte: bis heute überlebende Nachkommenschaft unter dem ursprünglichen Namen, Beteiligung am öffentlichen Leben als Bürger oder Kompagniebeamter in höherem Rang, besondere Berufsleistung, Leistung bei der Landnahme, nachgewiesen vor allem durch das Fortleben von Namen in Ortsnamen. Der Hauptteil seines Buches besteht aus einer Liste der nach diesen Gesichtspunkten ausgewählten deutschen Einwanderer. Sie beginnt mit Michael Gleve aus Stralsund, der am 5. Dezember 1652 zum Aufsichtsbeamten über die Wachtposten ernannt wurde, und endet mit Johannes Seidenfaden aus Witzenhausen, der 1805 als Missionar an das Kap kam. Diese Liste gründet sich nicht nur auf die südafrikanischen Quellen, sondern auch auf die Kirchenbücher der deutschen Heimatorte.

Das Ergebnis der sorgfältigen Quellenarbeit zeigt, daß die Deutschen Wesentliches bei der Entdeckung des Binnenlandes leisteten und ergänzt damit die schöne Zusammenstellung Oskar Hintragers, die weit über die Kompagniezeit bis an die Schwelle der Gegenwart führt [28]. Es

[22] Moritz, „Die Deutschen" usw. S. 93.
[23] Colenbrander, a. a. O., S. 841.
[24] Schmidt-Pretoria, a. a. O., S. 23.
[25] Ebenda, S. 44.
[26] Ebenda, S. 46.
[27] Ebenda, S. 52.
[28] Oskar Hintrager, „Deutsche Mitarbeit an der Erforschung und Entwicklung Südafrikas", Mitteilungen usw., Nr. 2, München 1932, S. 229—254.

zeigt weiter die Bedeutung der Deutschen für die Verteidigung der jungen Kolonie und erinnert daran, daß der Feldmarschall Yorck von Wartenburg „1783 als Hauptmann Truppen in Kapstadt kommandierte“ [29]. Die deutsche Leistung für den Aufbau von Fischerei, Landwirtschaft, Gewerbe und Handel wird deutlich. Zahlreiche hohe Beamte waren deutscher Herkunft, darunter vor allem der Generalbeauftragte der Kompagnie von Imhoff. „Das Deutschtum war in ganz erstaunlichem Maße und zu Zeiten weit über seinen Bevölkerungsanteil hinaus unter den Mitgliedern des Bürgerrates vertreten.“ [30] Die Geschichte der deutschen lutherischen Kirche in der Kompaniezeit ist neuerdings über die Angaben Schmidts-Pretoria hinaus in einer auf die Quellen gestützten, rein sachlichen Darstellung gesondert behandelt worden [31]. Schließlich zeigt Schmidt-Pretoria die große Bedeutung der Deutschen für das geistige und künstlerische Leben der Kolonie.

Am Ende des Buches fügt er Gedanken über die Bedeutung der deutschen Einwanderung für die Entstehung der burischen Volkssprache ein, die er schon früher veröffentlicht hat [32]. Indem sich die hochdeutschen und niederdeutschen Mundarten der Einwanderer neben das amtliche Niederländisch stellten, halfen sie ihm zum Sieg in dem gefährlichen Wettbewerb mit dem Portugiesischen und Französischen. Das Niederländische und das Hoch- und Niederdeutsche glichen sich aneinander an, im einzelnen wäre dieser Entwicklungsgang zum „Afrikaans“ noch philologisch zu untersuchen, denn bisher neigt man dazu, das Afrikaans immer nur in seiner Absetzung vom Holländischen zu betrachten [33].

Den Grund dafür, „daß die deutsche Kulturgruppe am Kap praktisch niemals eine in sich geschlossene, von den anderen Volksteilen losgelöste Gemeinschaft dargestellt hat“, sieht Schmidt-Pretoria richtig darin, „daß sich die Einwanderung nach Südafrika nicht in größeren Schicksalsgruppen abspielte“, sondern wesentlich Einzeleinwanderung war [34]. Das zahlenmäßig starke deutsche Element der Kompagniezeit hat sich nicht bewahrt, sondern hat das Burenvolk aufbauen helfen. Die schöne Leistung Schmidts-Pretoria widerlegt endgültig die Behauptungen Theals und Colenbranders. Ihr Wert wird auch nicht durch kleine Fehler („das alte Donau-Kaiserreich“ im 18. Jahrhundert, Wartenberg statt Wartenburg) gemindert und nicht einmal durch umständliche Allgemeinüberlegungen, insbesondere weitschweifige Versuche kulturphilosophischer Begriffsbestimmungen. Nach dieser Arbeit kann sich das burische Volksbewußtsein einfach nicht mehr der Tatsache der deutschen Herkunft des Afrikanervolkes verschließen.

Moritz hat ein zweites Mal teilweise aus denselben Quellen wie Schmidt-Pretoria die Behauptung widerlegt, „daß unsere Landsleute den unteren Volksschichten angehörende, arme Leute waren, die spurlos bis auf ihre Namen mit dem bunten Völkergemisch am Kap verschmolzen“ [35]. Seine Arbeit ist dabei viel mehr schlicht erzählend als systematisch. Er beginnt mit einem Bericht über die Deutschen auf den Schiffen Jan van Riebeecks. Auf die Schilderung der frühen Kompagniebediensteten und der ersten Freibürger folgt eine ausführliche Darstellung über den deutschen Anteil an der Erforschung des Innern, über die deutschen Botaniker und Bergleute und schließlich über die Berichte deutscher Besucher. Erst dann wendet sich Moritz der eigentlichen Einwanderung zu. Auch er erklärt das rasche Verschwinden der deutschen Sprache aus der Einzeleinwanderung. Er gibt Berichte über die einzelnen Deutschen, die sich als Beamte, Angehörige freier Berufe, Gewerbetreibende und Siedler ausgezeichnet haben, er schildert die Einführung des Drucks durch einen Deutschen und die deutsche Beteiligung an den fortschrittlichen Bewegungen der Kolonie. Eigenartig und wichtig ist das Kapitel über die Beziehungen zur Heimat, die Überweisungen an Verwandte, die Unterstützung heimatlicher Kirchen und die Besuchsreisen. 42 besonders bedeutende deutsche Persönlichkeiten, darunter der Stamm-

[29] Schmidt-Pretoria, a. a. O., S. 214. [30] Ebenda, S. 233.

[31] John Hoge, „Die Geschichte der ältesten evangelisch-lutherischen Gemeinde in Kapstadt. Ein Beitrag zur Geschichte des Deutschtums in Südafrika“. Ernst Reinhardt, München 1939.

[32] Werner Schmidt-Pretoria, „Über den Einfluß des Deutschen auf das Afrikaans, die Sprache der Buren“, Mitteilungen usw., Nr. 1, München 1936, S. 70—82.

[33] Marc. R. Breyne, „Vom Wesen und Werden des Afrikaans“, Mitteilungen usw., Nr. 2, München 1937, S. 173—285.

[34] Schmidt-Pretoria, Kulturanteil, S. 287. [35] Moritz, Die Deutschen am Kap. S. 344.

vater des Präsidenten Krüger, werden ausführlich behandelt. Verdienstvoll ist auch die Zusammenstellung der Berichte fremder Besucher über die Deutschen am Kap. Am Ende werden die deutsche Mission und die deutsche Beteiligung am Militär geschildert. Durchweg geht Moritz nicht nur auf die Einwanderer selbst, sondern auf die Deutschstämmigen insgesamt ein. Während die Arbeit Schmidts-Pretoria in erster Linie eine polemische These gegen Theal und Colenbrander durchficht, bietet Moritz in vorbildlicher Lebendigkeit ein anschauliches Bild der deutschen Leistung. Die wesentliche Arbeit über die Deutschen in der Zeit der Kompagnieherrschaft ist also nunmehr getan.

Nun ist allerdings zu fragen, ob die Aufgaben der deutschen Volksforschung beim Aufbau eines südafrikanischen Geschichtsbewußtseins nicht über die Betonung der hochdeutschen und im engen Sinne niederdeutschen Leistung weit hinausgehen. Die Frage der Buren ist nicht nur vom in engeren Sinne „deutschen" Blutsanteil her aufzuwerfen, sondern auch vom niederländischen aus. Schon 1903, als man nur mit den gerade veröffentlichten Ergebnissen Colenbranders arbeitete, wird völlig richtig von der „Entstehung des niederdeutschen Volksstammes in Südafrika" gesprochen [36]. Es ist einfach nicht richtig, „Deutsche" und „Niederländer" in der Frage nach der Herkunft der Buren als zwei Völker zu behandeln. Die Burenfrage ist eine Frage nach dem Anteil der verschiedenen deutschen Stämme, wobei man, wie es Schmidt-Pretoria vom Sprachlichen her schon andeutet, die wirklichen Stammesgrenzen über die vorübergehenden Staatsgrenzen hinweg berücksichtigen muß. Sie stellt sich also neu, indem die Frage der Niederländer in Europa aufgeworfen wird. Holland, und mit ihm auch der holländische Anteil der Buren, muß über das Bewußtsein der germanischen Gemeinsamkeit hinaus sich an seine wirkliche Herkunft erinnern, nicht zufällig nannte man in Südafrika auch die niederländische Sprache „deutsch". Die Geschichte Südafrikas von diesem größeren Gesichtspunkt aus, von dem aus dann auch das verburte Streudeutschtum des 19. Jahrhunderts einen Platz in der gesamtdeutschen Geschichte erhält, ist noch zu schreiben.

Dabei ist es zunächst schon ein großes Verdienst, wenn das deutsche Volk selbst an die Quellen der niederdeutschen Geschichte Südafrikas herangeführt wird, wie es in besonders schöner Weise in der auszugsweisen Veröffentlichung des Tagebuchs Jan van Riebeecks durch Adolf Gabler geschieht [37]. Gabler will mit diesem Tagebuch den Anfang der „niederdeutschen Besiedlung des Landes" zeigen [38]. Gerade hier wird deutlich, daß der sprachliche Unterschied zwischen Holländisch und „Deutsch" kaum ins Gewicht fällt. Kennzeichnend ist die Feststellung Gablers: „Nur verheiratete Leute niederländischer oder deutscher Herkunft durften Grundbesitz erwerben." [39]

In dieser gesamtdeutschen Geschichte, die nicht vor den holländisch-altreichsdeutschen Grenzen haltmacht, müssen dann auch Darstellungen der heutigen „volksdeutschen" Siedlungsgruppen ihren Platz finden. Hier und da ist mit einer volksdeutschen Siedlungsgeographie begonnen worden, aber eine genaue Schilderung der drei wichtigsten deutschen Gruppen: in Natal, in Kaffraria und in der Blakte, fehlt noch immer.

Ansätze gibt es besonders von kirchlicher Seite her, aber diese Ansätze genügen nicht. Die Arbeit Hoges über die lutherische Gemeinde in Kapstadt bietet Rohmaterial für einen winzigen Punkt der Gesamtfrage [31]. Die deutsche Leistung für die Eingeborenenmission ist in einigen Veröffentlichungen gewürdigt worden [40], die aber die Fragestellungen der modernen Volksforschung nicht kennen. Der verdiente Präses der Hermannsburger Synode in Südafrika, Pastor Bodenstein, hat 1937 in einem Jubiläumsbuch die besondere Geschichte seiner

[36] Max Gerstenhauer, „Entstehung des niederdeutschen Volksstammes in Südafrika" in: Deutsche Erde, 2. Jg., 1903, S. 4.

[37] „Jan van Riebeeck gründet die Kapstadt. Ein Auszug aus seinem Tagebuch (1652—1662), bearbeitet von Adolf Gabler. Ernst Reinhardt, München 1936. 275 S., geh. 4,50 RM., geb. 6.— RM.

[38] Ebenda, S. 5.

[39] Ebenda, S. 130.

[40] F. Speckmann, „Die Hermannsburger Mission in Südafrika", Hermannsburg 1876, und Gottfried Gevers, „Die Kulturarbeit der deutschen evangelischen Missionen in Südafrika. Das Eingeborenenschulwesen der deutschen evangelischen Missionen in der Südafrikanischen Union", Diss. Göttingen 1929.

Kirche geschildert[41]. Der wichtigste Teil dieses kleinen Buches besteht aus der beigelegten „Einwanderungsliste", in der Name, Beruf, Heimatort, Jahr der Auswanderung, und bei den noch Lebenden die Anschrift mitgeteilt wird. Am Ende ist die Einwanderung noch einmal nach Jahren zusammengefaßt, aus dieser Jahressumme von 1845—1936 werden besonders ausgezählt Männer, „Farmer und andere Berufe", Missionare und Missionskolonisten. Weiter ist als Vorarbeit für die Volksforschung der Teil des Buches besonders wichtig, in dem die Geschichte der Gemeinden, einer nach der anderen von Hermannsburg in Natal bis Rickertsdam im westlichen Transvaal dargestellt wird. Außerdem findet sich eine verhältnismäßig gründliche Darstellung des Hermannsburger Schulwesens in Bodensteins Buch. Das Anliegen des Buches ist in erster Linie kirchlich, es wird in diesem Sinne besonders deutlich in dem Satz, der sich in der Einleitung eines reichsdeutschen Hermannsburgers findet: „Die Festschrift will aber auch zeigen, daß nichts mehr der Auflösung des Volkstums durch fremde Einflüsse entgegenwirkt und der vollen Entfaltung der im Volkstum liegenden Lebenskräfte dient, als treues Festhalten am christlichen Glauben."[42] Auch wenn wir heute wissen, daß diese „konservative" Haltung dem gesamtdeutschen Lebenskampf nicht mehr genügt, so erkennen wir doch die Haltung an, die Bodenstein selbst schreiben läßt: „Im übrigen ist unsere Zukunft letzten Endes abhängig von dem Hauptheer, dem Volk der Heimat. Mit ihm würden wir untergehen. Mit ihm werden wir bleiben."[43] Bodenstein selbst weiß, daß sein Jubiläumsbuch nur ein Hilfsmittel einer zukünftigen Volksforschung darstellt: „Die Liste ist nur ein Gerippe. Möge einmal jemand kommen, der die lebendige Geschichte unseres hiesigen Deutschtums mit Fleisch und Blut vor uns erstehen läßt."[44]

Neben diesen in sich schon viel zu schmalen kirchlichen Ansätzen gibt es kaum brauchbare Vorarbeiten für eine künftige Volksforschung. Eine schöne und zuverlässige Einzeldarstellung behandelt das württembergische Kapregiment, das aber mehr deutsches Schicksal und deutsche Leistung vollzogen, als überseedeutsches Volkstum aufgebaut hat[45]. Es gibt keine Geschichte der politischen Haltung der Deutschen, es gibt keine veröffentlichte geographische[46], wirtschaftliche und biologische Bestandsaufnahme der volksdeutschen Gegenwart in Südafrika, die wissenschaftliches Gewicht hätte.

Demnächst wird Werner Schmidt-Pretoria in einer Veröffentlichung des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts die Geschichte der deutschen Einwanderung im 19. Jahrhundert schildern, damit wird man einen Schritt weiter sein. Vorläufig aber fehlen für Südafrika, obwohl die großen Fragen sich sehr deutlich stellen, sowohl die notwendigen Einzelarbeiten als auch die zusammenfassende volkswissenschaftliche Übersicht vom Standpunkt der gesamtdeutschen Volksforschung aus.

---

[41] Wilhelm Bodenstein, „25 Jahre Arbeit der Hermannsburger deutsch-evangelisch-lutherischen Synode in Südafrika. Ein Jubiläumsbuch unter Mitwirkung der Gemeindegeistlichen herausgegeben". Verlag der Missionshandlung, Hermannsburg (Hannover) 1937.

[42] Ebenda, S. IV.

[43] Ebenda, S. 11.

[44] Ebenda, S. 136.

[45] Johannes Prinz, „Das württembergische Kapregiment 1786—1808. Die Tragödie einer Söldnerschar". Strecker und Schröder, Stuttgart 1932.

[46] Der Beitrag von E. Obst, „Das Deutschtum in Süd-Afrika" (Geogr. Zeitschr., 40. Jg. 1934, S. 190 bzw. 243—256, 281—293, Kt.) will nur als eine erste großräumliche Übersicht, als Niederschlag von Reiseeindrücken im Jahre 1932/33, gewertet sein.

Neues Schrifttum zur Kunstgeschichte des deutschen Ostens

Zusammenfassende Übersicht von Hans Tintelnot, Breslau

Im Besprechungswesen zur deutschen kunstgeschichtlichen Literatur haben sich, bedingt durch die Zeitumstände und den Eingang verschiedener alter Zeitschriften, erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Die Gepflogenheit, Neuerscheinungen einzeln zu besprechen, erschwert es besonders dem Leser aus den wissenschaftlichen Nachbargebieten, sich über die Neuerscheinungen thematisch fest umrissener Einzelgebiete einen Überblick zu verschaffen. Einzelbesprechungen aber erscheinen meistens sehr zögernd. So erscheint es ratsam, gerade an dieser Stelle einmal das neuere Schrifttum zur ostdeutschen Kunstgeschichte als einen die Volksforschung füglich am brennendsten interessierenden Teil des Ostschrifttums einer zusammenfassenden Würdigung zu unterziehen. Natürlich kann es nicht im Sinne eines sammelnden Überblickes gelegen sein, jede lokale Broschüre und alle verstreuten Aufsätze aufzuzählen oder gar kritisch zu beurteilen. Ebensowenig erscheint es in diesem Rahmen erwünscht, fachwissenschaftliche Einzelpolemik durchzufechten oder kritisch Stellung zu Teilproblemen zu nehmen. Doch möchte der Bearbeiter die Basis aufzeigen, auf der sich der Stand unserer kunstgeschichtlichen Ostforschung während der letzten Jahre ermessen läßt.

Dieser Bericht setzt mit den Erscheinungen des Jahres 1938 ein. Da dieses Jahr den erfreulichen Beginn eines erheblich vermehrten Schrifttums zur ostdeutschen Kunstgeschichte mit sich brachte, scheint es nicht willkürlich gewählt. Die eingehender behandelten und in Fußnoten genau zitierten Werke haben dem Referenten zur Besprechung vorgelegen. Doch schien es aus obengenannten Gründen wünschenswert, um des geschlossenen Überblickes willen auch auf das Schrifttum hinzuweisen, das seitens der Verleger dem „Deutschen Archiv" bedauerlicherweise nicht zur Besprechung übergeben werden konnte, das aber trotzdem, wie mancher wichtige Zeitschriftenaufsatz, das Gesamtbild der kunstgeschichtlichen Erforschung unserer Ostgebiete abrundet.

Die Kunstforschung hat sich Jahre hindurch auf fast ausschließlich nur zwei Hauptgebiete des ostdeutschen Kunstschaffens beschränkt. Die literarischen Erscheinungen entsprachen dieser Tendenz. Sie behandelten hauptsächlich die norddeutsche Backsteingotik innerhalb des hansischen Kulturkreises oder der Kunst des deutschen Ordenslandes und die böhmische Kunst. Es erscheint nur zu überzeugend, daß sich die Kunstforschung auf diese beiden bei objektiver Betrachtung bedeutendsten Gebiete künstlerischer Äußerung zuerst konzentrierte. Die von Burkhard Meier herausgegebene Serie „Deutsche Lande — Deutsche Kunst" hat das unbestreitbare Verdienst, zum mindesten der topographischen Erfassung der nordostdeutschen Kunststätten ungemein gedient zu haben, indem sie aus berufener Feder nicht nur etwa die Hauptorte Lübeck und Danzig beschreiben ließ, sondern auch die zahlreichen kleineren Städte des deutschen Ostens würdigte, so unter anderen Wismar, Elbing, Greifswald oder Rostock in der vorzüglichen Behandlung Richard Sedlmayers. Die deutsche Kunst in Böhmen, vor allem Plastik und Malerei, haben bei Dehio und Pinder stets ihren gewichtigen Platz behauptet. Aus der schlesischen Kunst erfuhr in der Hauptsache die Plastik von jeher Beachtung. Aber seit den Veröffentlichungen Braunes und Wieses ist auf keinem Gebiete der schlesischen Kunstgeschichte ein über das Lokale hinausreichender Vorstoß unternommen worden.

Die reichen Ansätze zur Erforschung der Kunst des Ordenslandes und des Ostseegebietes haben sich in den letztvergangenen Jahren weiter ausgebildet und teilweise zu grundlegenden neuen Veröffentlichungen geführt. Karl Heinz Clasen, der jetzige Rostocker Ordinarius für

Kunstgeschichte, ist bisher mit der Kunstgeschichte der Deutschordensburg hervorgetreten, der noch ein Ergänzungsband zur kirchlichen Baukunst folgen soll. Zahlreiche Aufsätze und der Band über die Marienburg waren weitere sehr fruchtbringende Ergebnisse aus jahrelangen ersten Bemühungen um diese Materie. 1939 legte Clasen nun auch ein monumentales, zweibändiges Werk „Die Plastik des Deutschordenslandes" vor. Der zu seinen Nachbargebieten sehr beziehungsvolle Stoff und die großangelegte Materialsammlung verlangte eine weit ausholende und ausführlichere Betrachtung als sie in diesem Rahmen gegeben werden kann. Eine gewisse, aber sehr bedeutungsvolle Ergänzung dazu ist aus dem lübisch-hansischen Kulturkreis das ebenfalls zweibändige, monumental angelegte Werk von Walter Paatz über Bernd Notke (Jahresgabe des Deutschen Vereins für Kunstwissenschaft von 1939). Es ist zugleich geeignet, die künstlerischen Beziehungen der ostdeutschen Kunstlandschaften nach Skandinavien hin zu erhellen. Die gleichen Auswirkungen der deutschen Kunst vornehmlich im Mittelalter werden deutlich in einem Band des deutschen Kunstverlages: Niels von Holst „Baltenland" (1937). Größere Neuerscheinungen zur Kunstgeschichte Pommerns, Mecklenburgs und Brandenburgs sind nicht zu verzeichnen, doch muß auch hier die Neuanlage der Inventare und das Erscheinen der ersten Bände dieser neuen, planmäßigen Erfassung des verstreuten und zum Teil der Forschung, vor allem auch der Volkskunde, nicht zugänglichen Materials ausdrücklich erwähnt werden. Bei durchweg guter sachlicher Bearbeitung fällt unter den ersten Bänden des Brandenburgischen Inventars der Kunstdenkmäler der Band Kottbus (bearbeitet von K. Reißmann und Mitarbeitern) auf, der geeignet ist, zur Kunstgeschichte des späten 18. Jahrhunderts in der sonst so wenig für jene Zeit ertragreichen Lausitz neue Einblicke zu geben. Unter kleineren Einzelpublikationen und Aufsätzen fällt vor allem die aus einer Dissertation erwachsene Arbeit J. M. Zeisners über Jerichow auf, das noch niemals monographisch gewürdigt wurde (Deutscher Kunstverlag, 1940).

Im Gegensatz zu den vergangenen Jahrzehnten hat die Kunstforschung in Schlesien während der letzten Jahre eine große Reihe wertvoller Ergebnisse gezeitigt. Während früher unverständlicherweise selbst in der an Baudenkmälern an sich schon so reichen Universitätsstadt Breslau außer den obengenannten Arbeiten zur schlesischen Plastik kaum entscheidende Arbeitsergebnisse vorgelegt wurden — die von Griesebach 1925 herausgegebene kleine Publikation „Die Kunst in Schlesien" trägt mehr den Charakter einer Sammlung kunstgeschichtlicher Studien —, so hat sich das Bild seit der Übernahme des Breslauer kunstgeschichtlichen Institutes durch Dagobert Frey merklich verändert. Aber darüber hinaus zeigen auch die Museen eine bemerkenswerte Aktivität in Veröffentlichungen, und die Ämter der Provinzialkonservatoren weisen eine erfreuliche Rührigkeit auf. Das äußert sich zunächst im Erscheinen mehrerer Bände des Inventars. Für Niederschlesien liegt der Kreis Namslau (1939) bearbeitet vor, für Oberschlesien Oppeln (1939). Sodann ist die Einführung zweier neuer Jahrbücher zu erwähnen: die erste Reihe betitelt sich „Kunst und Denkmalpflege in Schlesien". Sie ist herausgegeben vom Provinzialkonservator Niederschlesiens und enthält außer den sonst nur üblichen Jahresberichten und statistischen Angaben eine sehr reichhaltige Fülle von Aufsätzen zur schlesischen Kunst. Bisher liegen zwei Bände vor, der erste von 1935 enthält u. a. den sehr interessanten Beitrag von Dagobert Frey über den Mystikerkruzifixus im Breslauer Diözesanmuseum, der hier zum ersten Male eine rechte Würdigung und Einordnung in die Reihe der übrigen deutschen Mystikerkruzifixe erfuhr und vor allen Dingen in Vergleich mit den Kölner Mystikerkruzifixen (St. Maria im Kapitol und Allerheiligenkapelle) gesetzt wurde. Zu erwähnen sei ferner der Beitrag Heinrich Kohlhaußens über die „Magdalenenapostel", jene bis 1911 unbekannten und verwahrlost auf einem Dachboden liegenden, sehr bedeutenden hochgotischen Chorfiguren der Breslauer Magdalenenkirche. Die nicht in ganzer Folge erhaltenen überlebensgroßen Apostelfiguren aus Holz entstammen wahrscheinlich der Zeit nach 1340 und lassen mit der ganzen Gruppe, die noch durch eine reich ausgestattete Triumphbogengruppe bis etwa um 1400 ergänzt wurde, auf die ungemeine Schaffenskraft des auch für die Architekturgeschichte so bedeutenden 14. Jahrhunderts in Schlesien wesentliche Einblicke zu. Sie sind im Vergleich etwa mit den Kölner Chorapostеln von 1330 und, nach Kohlhaußen, ebenfalls mit Freiburger Plastik auch für die Forschung außerhalb Schlesiens sehr interessant. Aus der zweiten Veröffentlichung des Provinzialkonservators vom Jahre 1939 nennen wir

vor allem den viel neues Material ausbreitenden Beitrag von E. W. Braun „Studien zur Schlesischen Barockplastik" und den für das immer noch verwahrloste Gebiet der Ikonographie wertvollen Beitrag von J. M. Zeisner „Beispiele volkstümlicher Sinnbildmalerei in Schlesien". 1938 erschien zum ersten Male das Jahrbuch „Die hohe Straße" (Schlesische Jahrbücher für deutsche Art und Kunst im Osten). Der hier vorliegende erste Band zeigt einen bemerkenswert hohen Stand und läßt bedauern, daß infolge der Kriegsumstände der vorbereitete zweite Band noch nicht erscheinen konnte. Im Kreis seiner Mitarbeiter treten hier so viele in der deutschen Ostforschung bekannte Namen auf, daß einige Themen zitiert seien. H. Cysarz greift in seinem Aufsatz „Die großen Anliegen der sudetendeutschen Kulturgeschichte" weit über das Fachgebiet der Literaturwissenschaft hinaus. Den Leserkreis aus der Disziplin des Verfassers wird der Aufsatz genau so interessieren wie die Prähistoriker die Beiträge von M. Jahn („Der Fund von Sakrau") sowie die Beiträge von F. Pfützenreiter, F. Geschwendt und H. Uhtenwoldt. Von kunsthistorischer Seite erscheinen in diesem Jahrbuch eine ganze Reihe von Aufsätzen, unter denen die umfangreiche Studie von E. W. Troche „Das erste Jahrhundert schlesischer Tafelmalerei", der Aufsatz von K. H. Clasen über „die Löwenmadonnen, ihre Werkstätten im Ordenslande und deren Auswirkungen auf die Nachbarräume", besonders aber der Beitrag von Dagobert Frey „Schlesiens künstlerisches Antlitz" hervorgehoben werden müssen. Dieser Aufsatz des bedeutenden Gelehrten versucht zum erstenmal in geschickter Gegenüberstellung etwa mit Böhmischem, Österreichischem oder Ostpreußischem das spezifisch Schlesische in der Stilhaltung der Baukunst, Plastik und Malerei dieser Kunstlandschaft herauszukristallisieren und das Hervortreten eines immanenten schlesischen Stilwillens über die Jahrhunderte hin etwa im Vergleich mittelalterlicher Grundrisse oder in der Gegenüberstellung schematischer Aufrisse von Barockbauten nachzuweisen. Es ist überaus fesselnd, zu sehen, wie in der reichen Bautätigkeit des Barocks auf Breslauer Boden neben einheimischen Baumeistern Fischer v. Erlach und Vertreter aller österreichischen Kunstlandschaften zusammentreffen, wie aber dennoch die speziell schlesischen Stileigentümlichkeiten unbeeinflußt bleiben. Frey weist sehr instruktiv nach, wie sich entgegen dem österreichischen barocken Willen nach Raumausgleich und harmonischer Kontrapunktierung immer wieder das schlesische Streben nach senkrechten Aufgliederungen, vertikalem Durchbruch und Auftrieb in den Gebäudemassen und einem von der Gotik her schon gewohnten jähen Höhendrang äußert. Eine willkommene Ergänzung hierzu bildet Dagobert Freys Abschnitt „Die Kunst im Mittelalter" innerhalb des auf große Sicht angelegten Werkes der schlesischen Geschichte (herausgegeben von der historischen Kommission unter Hermann Aubin, 1. Bd. 1938), auf die, da sie die Volkstumsforschung, die Musikgeschichte, Wirtschafts- und Verfassungsgeschichte genau so berücksichtigt wie die politische Geschichte Schlesiens, besonders hingewiesen sei. Der Beitrag Freys geht von Schlesiens kunstgeographischer Stellung aus und entwickelt dem Charakter dieses Werkes entsprechend im Gegensatz zum obengenannten Aufsatz mehr das historische Gerüst der schlesischen Kunstgeschichte bis zum Ende des Mittelalters, wobei auch die außerschlesischen Einflüsse ihre Würdigung erfahren, so etwa die böhmischen und norddeutschen Beziehungen in den Bauten der Luxemburger Zeit. Unter den Bucherscheinungen zur schlesischen Kunstgeschichte nimmt das von Frey und Grundmann redigierte und mit Beiträgen ergänzte Werk von Alfred Zinkler „Die Klosterkirche in Trebnitz"[1] einen beachtlichen Platz ein. Die Veröffentlichung ist aus der Dissertation des verstorbenen Baurats Zinkler hervorgegangen und hat eines der wichtigsten Denkmäler der frühen schlesischen Baukunst, die von der Herzogin Hedwig (hl. Hedwig) und ihrem Gatten gegründete Klosterkirche in Trebnitz zum Gegenstand. Der heutige Bauzustand mit hochgotischen Erweiterungsbauten und späteren barocken inneren Umgestaltungen entspricht in wesentlichen Zügen noch der Uranlage und stellt eines der bedeutendsten Bauwerke der kirchlichen Baukunst Schlesiens dar, das leider zu wenig bekannt ist und von Dehio in der Geschichte der deutschen Kunst nur knapp erwähnt wurde. Zinkler wollte in erster Linie eine Rekonstruktion des mittelalterlichen Baues geben, hat dementsprechend seiner eingehenden Architekturbeschreibung ein reiches Plan- und Aufriß-

[1] Zinkler-Frey-Grundmann, Die Klosterkirche in Trebnitz — ein Denkmal deutscher Kunst der Kolonisationszeit in Schlesien. Breslau 1940, Verlag Korn.

material beigegeben und ein einleitendes Kapitel über die historischen Grundlagen zur Baugeschichte geschrieben. Er leitete selbst die gründliche Renovierung und gewann so manchen interessanten Einblick in die Geschichte und Anlage der Krypta in ihrer ursprünglichen Form und zur Rekonstruktion der Westfassade. Nicht eindeutig gelöst werden konnte die Frage nach der aus dem vorhandenen Quellenmaterial nur ungenau bestimmbaren Anlage der Nonnenempore. Im alten schlesischen Inventar bei Lutsch ist das Problem ebensowenig aufgetaucht wie bei Dehio. Hier kommt Zinkler zu dem Schluß (S. 71ff.), daß eine großangelegte Nonnenempore sich nicht nur über die ganze hintere Langhaushälfte, sondern sogar über die Vierung erstreckt habe. Stellt die Grundrißbildung dieser Zisterzienserinnenkirche mit apsidialem Schluß und zwei Nebenapsiden schon eine Besonderheit dar, so ergäbe sich mit diesem zweifellos von gewichtigen Argumenten getragenen Lösungsvorschlag ein sehr interessanter Sonderfall in der Geschichte der mittelalterlichen Ordensbaukunst Deutschlands. Weitere Studien und Vergleiche des Verhältnisses von Trebnitz zu den mittel- und ostdeutschen Zisterzienseranlagen dürften die Befunde dieses Buches noch erhärten. Die Ausführungen Zinklers werden ergänzt durch zwei Beiträge. Dagobert Freys zuerst in der Zeitschrift des deutschen Vereins für Kunstgeschichte erschienener Aufsatz über das im Verzug der Restaurierung wieder freigelegte romanische Tympanon des Westportals ist in seiner erschöpfenden Gänze beigegeben und recht geeignet, die Zinklersche Rekonstruktion der Westfassade zu ergänzen. G. Grundmann hat einen Aufsatz über das neuerdings freigelegte gotische Portal, das den Anbau der Hedwigskapelle mit dem projektierten gotischen Chorneubau verbinden sollte, hinzugefügt und damit wertvolle Erkenntnisse zu einem hochgotischen Umbauprojekt der als Wallfahrtskirche einstmals bedeutenden Anlage vermittelt.

In seinem Buche „Kunst in Oberschlesien" gibt Ernst Königer 1938 zum ersten Male einen Überblick über das künstlerische Schaffen des südöstlichen Teiles von Schlesien[2]. Das Buch behandelt die gesamte künstlerische Leistung Oberschlesiens vom Mittelalter bis zum Klassizismus, berücksichtigt in gleicher Weise die Baukunst und die Plastik wie die Innendekoration und das Kunstgewerbe. Territorial umschreibt es das Gebiet der alten oberschlesischen Herzogtümer, deren künstlerisches Antlitz, wie Dagobert Frey in seiner Einbegleitung betont, sich wesentlich von dem der niederschlesischen abhebt. Die geographische Struktur des Landes scheint seine künstlerische Eigenart bestimmend beeinflußt zu haben. Oberschlesien, vor der Auffindung der Bodenschätze und der dadurch bedingten Industrialisierung ein reines Agrargebiet, zeigt bis in das 19. Jahrhundert hinein eine stark volkstümlich gebundene Kunstpflege, in der große Spitzenleistungen des Bürgertums etwa im Sinne Kuttenbergs im benachbarten Böhmen oder Breslaus wegfallen. Auch wird von diesem Landschaftscharakter die in den zahlreichen Holzkirchen hervortretende Pflege des Holzbaues als eine stammesmäßige Eigenart erklärt. Erstaunlich ist bei diesem Fehlen weitläufiger Kunstzentren die Dichte des Bestandes an eindeutig deutschem Kunstgut im ganzen Lande. Das Buch vermittelt einen guten Einblick in den geschlossenen Ablauf deutschen Kunstschaffens von den erhaltenen frühgotischen Klosterkirchen der kolonisierenden Konvente von Rauden und Himmelwitz angefangen und zeigt erfreuliche Sammelergebnisse vor allem in der barocken Plastik. In der barocken Baukunst sei auf das hohe Niveau der Landschlösser hingewiesen, so z. B. Deutsch-Krawarn oder Buchenhöh, oder die Zentralanlage der Württemberg-Olsschen Miniaturresidenz Karlsruhe. Die stark theatralisch beeinflußte Barockplastik der Altaranlagen von Himmelwitz und Rauden sei für die Qualität der Barockplastik genannt. Hier ist man zweifellos bisher an einem bedeutenden Material vorübergegangen. Die Darbietung derartigen Materials auch für den Klassizismus ist so recht angetan, das nur zu falsche Bild Oberschlesiens als eines traditionslosen Industriebezirkes zu widerlegen. Auch hieraus kann verständlich werden, daß z. B. ein Eichendorff just in der reichen Tradition deutscher Adelsfamilien aus oberschlesischem Kulturniveau erwachsen konnte. Es wäre zu wünschen, daß das Gebiet des ehemaligen Bistumslandes Neiße, das heute verwaltungsmäßig zu Oberschlesien gehört, in diesem Buche aber nicht mitbehandelt wurde, weil es ehedem in seinen Wechselbeziehungen zwischen Böhmen und Breslau und eben als

[2] Ernst Königer, Kunst in Oberschlesien. Einbegleitet von Dagobert Frey. Breslau 1938, Verlag Priebatsch.

Bistumsland sein besonderes Eigenleben führte, bald in einem gesonderten Ergänzungsbande in ähnlicher Form behandelt würde.

Die siegreiche Beendigung des Polenfeldzuges und die neue Einteilung des Sudetenraumes haben wichtige Erweiterungen Oberschlesiens mit sich gebracht und Gebiete wieder miteinander verbunden, die ehedem zusammengehörten, aber durch eine lange Reihe von politischen Entwicklungsumständen teils an Böhmen teils an Polen geraten waren. Mit der Wiedergewinnung des ungefähr das alte Fürstentum Teschen umfassenden Distriktes hat Oberschlesien beispielsweise ein Gebiet mit ansehnlichem Kunstbesitz dazu erhalten. Den Kunstdenkmälerbestand dieser Gebiete, zu denen auch die Kreise von Bielitz und Seybusch gehören, sowie die künstlerische Haltung der wiedergewonnenen Gebiete in Kattowitz, Pleß und Rybnik etwa hat Günther Grundmann in seinem Buche „Deutsche Kunst im befreiten Schlesien“ [3] in einem erstmaligen Gesamtüberblick vorgestellt. Auch für dieses Buch trifft manches von dem zu, was bereits für das erfreuliche Niveau des übrigen oberschlesischen Gebietes bei Königer erwähnt wurde. Wenn auch der Denkmälerbestand an gotischen Bauten, vor allem Kirchen, nicht von überragender Qualität und Dichte ist, so überrascht wieder der reiche Bestand an Burgen und Schlössern, besonders Landschlössern der Barockzeit. Unter den Burgen nimmt die gewaltige Anlage in Bentzin (jetzt Bentzburg), die in ihren Hauptbestandteilen aus der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts stammt, eine hervorragende Stelle ein. Die große Zwingeranlage der Burg und der gewaltige runde Bergfried weisen Beziehungen zur Bolkoburg in Schlesien auf. Die ganze recht bedeutende Anlage muß, auch wenn sie auf eine Gründung Kasimirs des Großen im Zuge seiner Festungsbauten gegen die schlesische Grenze zurückzuführen ist, als ein hervorragendes Beispiel deutscher Burgenbaukunst des Mittelalters im Ostraum gewertet werden. Von hoher Bedeutung sind auch die Burgreste in Teschen, auf deren Gelände jetzt die alte romanische Rundkapelle wieder freigelegt wird. Die im Laufe der Jahrhunderte immer mehr einsetzende Aufteilung des ostoberschlesischen Raumes in feudale Standesherrschaften brachte vor allem für die Bautätigkeit des 18. Jahrhunderts die Bildung zahlreicher kleiner Auftragszentren mit sich. Teschen, als Hauptstadt des alten Herzogtums, bewahrte dabei seine relativ größte Bedeutung als Kulturzentrum. Da es Sitz eines international verschwägerten Fürstenhofes war — Herzog Albert von Sachsen-Teschen war bekanntlich der Schwiegersohn Maria Theresias — macht sich just im beginnenden Klassizismus eine starke Bautätigkeit in diesem Umkreis bemerkbar. Der Wiener Einfluß wird weiter durch Erzherzog Karl von Österreich fortgeführt, der zur Erbauung des Teschener Stadtschlosses den für den Wiener Klassizismus bekannten Baumeister Joseph Kornhäusel hinzuzog. Der Barock ist in Ostoberschlesien zurückhaltend (abgesehen von der Auenkirche in Bielitz und den Plastiken der Barmh. Brüderkirche in Teschen). Die Bautätigkeit während des Klassizismus ist auch quantitativ stärker. Außer den zahlreichen Fasanerien und Jagdhäusern im Pleßschen Bezirk sei aus dem Kreise Lublinitz das Schloß Koschentin der Familie Hohenlohe-Ingelfingen erwähnt. Die lange neben der feudalen Baukunst hergehende urtümliche Holzbauweise, die in den bekannten oberschlesischen Schrotholzkirchen ihren stammesmäßigen Ausdruck gefunden hat, hat Grundmann erfreulicherweise in einem gesonderten umfassenden Überblick eingangs behandelt. Ebenso wird mancher Leser für die dem geschichtlichen Überblick beigegebenen Karten zur territorialen Entwicklung Ostoberschlesiens vom Mittelalter bis auf die entscheidende Abstimmung von 1921 dem Verfasser danken.

Sind alle diese Veröffentlichungen dazu angetan, die topographische Situation Schlesiens zu erklären und die Eigenart eines stammesmäßigen schlesischen Kunstwollens in subtiler Stilanalyse (Frey) und neuer Materialsichtung deutlich werden zu lassen, so haben eingehende Einzelstudien das Bild der schlesischen Kunst in den letzten Jahren erfreulich ergänzt. Zwei Monographien über schlesische Barockbaumeister sind erschienen, auf die hier besonders hingewiesen sei. Die erste von Hans Jung behandelt den in der Baukunst des deutschen Barocks im allgemeinen wenig bekannten schlesischen Baumeister Christoph Hackner (1663—1717) [4].

[3] G. Grundmann, Deutsche Kunst im befreiten Schlesien. Breslau 1941, Verlag Korn.

[4] Hans Jung, Christoph Hackner, ein schlesischer Barockbaumeister. Breslau 1939, Verlag Korn (Einzeluntersuchungen z. Best.-Aufn. d. Bau- u. Kunstdenkm. Schlesiens, Bd. 1. — Der oben zit. Band von Zinkler stellt d. 2. Beitrag dieser Reihe dar.)

Wir haben es hier mit einer Baumeisterpersönlichkeit zu tun, die eine ungemein fruchtbare Tätigkeit im niederschlesischen Gebiete, vor allem aber in Breslau, entfaltet hat. Hackner ist zu seinen Lebzeiten allerseits hoch anerkannt und geehrt worden. Er war nicht nur Baumeister der Stadt Breslau, sondern auch fürstbischöflicher Baumeister und kaiserlicher Bauamtsrat (das, obwohl er Protestant war). So erklärt sich vielleicht die Heranziehung gleichmäßig für Bauvorhaben der Geistlichkeit, des hohen Adels und des Bürgertums. Jung geht nach einem biographischen Abriß, der die gehobene soziale Stellung Hackners, der keineswegs nur ein simpler Maurermeister war (Patzak), klar erkenntlich werden läßt, zu einer Darstellung seines gesicherten Werkes über. Es handelt sich dabei in erster Linie um den Umbau der Pfarrkirche und des Schlosses in Trachenberg, um das alte Magdalenengymnasium, das Wasserschloß Wirrwitz, die zu den bedeutendsten ostdeutschen Barockkapellen gehörige Hochbergkapelle an der St.-Vinzenz-Kirche in Breslau, sowie um den in Stichen überlieferten, für das schlesische Kunstwollen hochbedeutenden ersten Bau des Palais Hatzfeld in Breslau. Das von Hackner erbaute Palais Hatzfeld fiel der Beschießung Breslaus im Siebenjährigen Kriege durch Laudon zum Opfer. An seine Stelle trat später der imposante Neubau von Karl Gotthard Langhans, das große Frühwerk dieses Meisters, das heutige Oberpräsidium. Jung entwickelt aus der Kenntnis des alten Palais Hatzfeld, das auch Frey in seinem obengenannten Aufsatz in der „Hohen Straße" als Musterbeispiel schlesischen Stilempfindens herangezogen hat, und aus den Plänen und Baubeständen der anderen gesicherten Werke Hackners die Basis für weitere recht einleuchtende Zuschreibungen und für eine stilistische Charakteristik des Meisters. Diese stilistische Haltung unterscheidet sich, wie Jung überzeugend darlegt, zum Teil erheblich von der der zahlreichen damals in das baueifrige Schlesien zugewanderten Meister der böhmisch-österreichischen Bauschule. Jung nennt vor allem das Betonen der Horizontale in Hackners Fassaden, das System der reinen Geschoßstaffelung unter Verzicht auf Vertikalpilaster, die schwache Reliefierung der Wand, die Vorliebe für das Flächig-Zeichnerische und den Willen zu möglichster Geschlossenheit des Wandcharakters und Baukörpers als Haupteigentümlichkeit der Hackner'schen Kunst. Er sieht darin begreifliche Parallelen zu durchgängigen Tendenzen des schlesischen Kunstcharakters in der Gotik und Renaissance. Auf Grund dieser Analysen, die besonders auch allen dekorativen Teilen zugewandt sind, gelangt Jung zu einer beträchtlichen Anzahl von Zuweisungen an das Lebenswerk Hackners. Außer einer Reihe beachtlicher Bürgerhäuser in Breslau gehören unter den Schloßbauten Schlesiens u. a. hierhin das sehr schöne Schloß Briese, das Wasserschloß Peterwitz und auch die Schlösser Lobris und Peuke. Neu ist auch die Zuweisung des ehemaligen fürstbischöflichen Lusthauses vor dem Ohlauer Tor in Breslau, des heutigen eleganten Webskyschlößchens, an Hackner. Zu einer ganz entscheidenden kunstgeschichtlichen Frage aber stößt Jung vor, indem er den Universitätsbau von Breslau seinem Meister zuschreibt. Der Erbauer dieser monumentalen Jesuitenanlage, die in ihrer heutigen imposanten städtebaulichen Situation wohlgemerkt nur die linke Hälfte eines gewaltigen dreitürmigen Gebäudekomplexes an der Oder darstellt (ein riesenhoher Glockenturm über dem Kaisertor, der von einem zweiten Turm in der Art des heutigen Sternwartenturmes flankiert worden wäre, sollte die ungemein lange Front in der Mitte akzentuieren), ist mit Sicherheit bisher nie festgestellt worden. Patzak hat in seinem verdienstvollen Werk „Die Jesuitenbauten in Breslau" (Straßburg 1918) den Jesuitenbaumeister Christoph Tausch vorgeschlagen, wobei er auf heftige Kritik stieß. Schon 1910 aber hat der verstorbene Provinzialkonservator L. Burgemeister auf die Bedeutung Christoph Hackners hingewiesen und in ihm erstmalig den Erbauer der Universität vermutet. Griesebach hat in der Jubiläumsschrift der Breslauer Universität zwar der Tauschthese und den Vorschlägen Patzaks wenig Wahrscheinlichkeit gelassen, hat aber seinerseits keine neuen Vorschläge beigebracht. Jung hingegen tritt auf Grund einer eingehenden Stilanalyse und auf Grund eines Vergleiches mit den obengenannten Werken für Hackner ein, wobei er u. a. die flächige Behandlung und Durchbildung der Außenhaut ins Auge faßt, für die reiche Durchbildung der plastischen Hauptakzente und der Innenausstattung (Aula) aber eigener Initiative des Mitarbeiterstabes bedeutender Maler und Plastiker (Brockoff und Handtke) viel überläßt. Außerdem aber legt der Verfasser ein ziemlich umfangreiches und genaues Akten- und Planmaterial bei, aus dem hervorgeht, daß Hackner zum mindesten in seiner Eigenschaft als Breslauer Stadtbaumeister

nicht nur eine Rolle bei der Vermessung und Aufteilung des Baugrundes gespielt, sondern auch bei der Errichtung des Kaisertores eine maßgebende gutachtliche Tätigkeit ausgeübt hat. Zudem ist für eine Serie von Entwurfszeichnungen, die sich auf die Universität beziehen, in einem „Rotulus actorum" des Magistrats der Stadtbaumeister Hackner als Urheber genannt. Dazu kommen noch eine Reihe anderer Vergleichsargumente, so z. B. die handschriftlichen Eintragungen Hackners auf den vier erhaltenen Grundrissen, mit denen Jung seine Ansicht stützt, daß Hackner zum mindesten der leitende Baumeister des Unternehmens gewesen sei. Seine dargebrachten Gründe haben alles Überzeugende für sich und gehen an Logik der Entwicklung über die Patzakschen Thesen weit hinaus. Sicherlich werden wir annehmen müssen, daß bei der Organisation und den weitverzweigten Beziehungen des Jesuitenordens erhebliche Wünsche des Ordens berücksichtigt worden sind und Beratung auch von anderen Meistern eingeholt worden ist. Die endgültige Entscheidung über das Rätsel dürfte mit der Auffindung der Gründungs- und Bauurkunde gegeben werden, die nach der Überlieferung in einem Fenstersockel des unteren Stockwerkes verschlossen liegen, aber leider bei der gründlichen Renovierung des Baues während der dreißiger Jahre nicht geborgen wurden. Sollte ein derartiger Befund die Jungsche These nicht eindeutig unterstützen, so stellt das sehr feinsinnig und geschmackvoll geschriebene Buch einen beachtlichen Beitrag zur ostdeutschen Kunstgeschichte des Barocks dar und holt der ostdeutschen Kunstgeschichte allein schon durch die Analyse des gesicherten Werkes eine viel zu wenig bekannte Baumeisterpersönlichkeit aus der Vergessenheit zurück.

Ein zweiter wesentlicher Beitrag zur Erforschung des schlesischen Barock ist das 1937 erschienene Buch von Günther Grundmann „Die Baumeisterfamilie Frantz"[5]. Es handelt sich um die Lebensgeschichte und den Entwicklungsgang dreier Baumeister: Martin Frantz d. Ä., gest. 1684, Martin Frantz d. J., geb. 16.. in Reval, eingewandert nach Schlesien und 1679—1742 in Liegnitz Baumeister, schließlich um Karl Martin Frantz, kgl. polnischer Landbaumeister von 1712 bis nach 1750. Es sind Vater, Sohn und Enkel. Schon diese knappen Lebensdaten erweisen, daß es bei diesen Studien um gewisse Auseinandersetzungen der kunstgeschichtlichen Beziehungen des weiteren Ostraums geht. Die Hauptwerke der Meister hat Grundmann allergrößtenteils auf Grund archivalischer Belege datieren und beschreiben können. Über Martin Frantz d. Ä. und seine Revaler Tätigkeit wissen wir wenig. Seine Schaffenszeit fällt mit einer für die baltischen Staaten sehr schwierigen Periode zusammen. Er ist der Erbauer der im Sinne Vaubanscher Befestigungstechnik angelegten neuen Stadtbefestigungen von Reval, die er 1677—1684 ausführte. Wahrscheinlich stammt von ihm auch der Turm der Nikolaikirche in Reval. Eine ungemein fruchtbare Persönlichkeit ist Martin Frantz d. J., der aus der nordischen Bauschule stammend, in den schlesischen Kunstkreis gerät und in seiner überaus langen Schaffenszeit eine große Reihe von Bauten für den Adel, die katholische und die evangelische Partei ausführte. In seinem Tätigkeitsbereich ist eine gewisse Parallele zum Schaffen Christoph Hackners zu sehen, Grundmann weist auch auf formale, wenn nicht gar freundschaftliche Beziehungen zu Hackner hin. Die Hauptwerke des Meisters sind in seiner ersten Schaffensperiode neben der Beteiligung am Bau des Liegnitzer Jesuitenkollegs und des Schlosses von Peterswaldau die beiden bekannten evangelischen Gnadenkirchen von Hirschberg und Landeshut (1709—1717, 1718) mit den dazugehörigen Pfarrhaus- und Gymnasialanlagen. Die beiden Gnadenkirchen haben nicht nur wegen der religionspolitischen Beziehung zu Karl XII. und der Altranstädter Konvention ein enges Verhältnis zum protestantischen Kirchenbau Schwedens, vor allem zur Katharinenkirche in Stockholm. Grundmann betont hier die vorwiegend nordisch-rationale Geisteshaltung des Architekten und die Übertragung seiner Schuleindrücke auf die schlesische Kunst, die ihrerseits mit dem Wollen zum Einfachen und Strengen der künstlerischen Haltung des nordisch geschulten Architekten sehr entgegenkam und sicherlich zu der guten Assimilierung von Frantz an die schlesischen Lokalschulen in der Folgezeit geführt hat. Gewisse sächsische Einflüsse scheinen um diese Zeit nicht zu fehlen. Grundmann sieht sie in der sehr sorgfältigen und üppigen Durchgestaltung der Gruftkapellen

[5] Günther Grundmann, Die Baumeisterfamilie Frantz. Forschungen zu deutsch. Kunstgesch., Bd. 22. Hrsg. von Deutsch. Ver. f. Kunstw. Breslau 1937, Verlag Korn.

reicher Hirschberger Handelsherren auf dem Gnadenkirchhof. Die mittlere Schaffensperiode des Meisters scheint im wesentlichen von jenen Einflußströmen bestimmt, die nach der Tätigkeit Fischer v. Erlachs und Lukas v. Hildebrandts in Breslau (Kurfürstenkapelle und Schreyvogelpalais) im Verfolg des österreichisch-gegenreformatorischen Kulturstromes in Schlesien einsetzen. Das verrät sich im Werk des jüngeren Frantz vor allem in dem sehr bedeutungsvollen, wenn auch nicht aufwendigen Umbau des Schlosses Klein-Kotzenau, im Bau des dem Kotzenauer Turm verwandten Rathausturmes von Sprottau und im Entwurf für das Schloß Schönwaldau, das in der Ausführung leider so sehr provinziell geraten ist. In der Barockisierung der Pfarrkirche von Sagan schwingen schon erhebliche böhmische Einflüsse mit. Böhmen und Franken stehen damals in bedeutsamen Wechselbeziehungen nicht nur untereinander, sondern auch zur schlesischen Baukunst, was seinen stärksten Ausdruck in der Bautätigkeit K. J. Dientzenhofers auf schlesischem Boden und mit dem gänzlichen, hochbedeutenden Neubau der Klosterkirche von Wahlstatt (1727—1731) findet. Die damit sich einführende Dientzenhofersche Richtung hat, wie Grundmann betont, vor allem in der Fassade der Liegnitzer Johanniskirche ihren Niederschlag gefunden, die in ihrer ungemeinen Plastizität, dem Gegenspiel der Konvex- und Konkavschwünge, wohl unmittelbar in die Dientzenhoferwerkstatt gehört. Auch andere schlesische Barockbaumeister, Knoll und Jentsch, haben sich damals dieser neuen böhmischen Dynamik erschlossen. Grundmann hat wahrscheinlich gemacht, daß die Vollendung des Liegnitzer Baues, vor allem die der Fassade und der Türme, von Frantz d. J. herrührt. Jedenfalls läßt sich die späte Hinwendung zu einem sehr kräftigen Aufgliedern und plastischen Durchdringen barocker Bauformen bei ihm in der großen Kuppelkirche von Seitsch nachweisen, wo er ganz neue, vor allem der ersten Periode gegensätzliche Bauideen und Formenwerte ausdrückt, die ohne Böhmen nicht denkbar sind. Der Bau von Seitsch ist 1736—1740 ausgeführt und archivalisch für M. Frantz d. J. gesichert. — Schließlich enthält das Buch noch Mitteilungen zum weniger fruchtbaren bzw. nicht ganz so überblickbaren Schaffen des in Liegnitz geborenen Carl Martin Frantz, der nun seinerseits die schlesischen Barockeindrücke in das damals sächsisch-polnische Gebiet überträgt, wobei sich der kgl. polnische Landbaumeister von vornherein den Dresdener Schulbeziehungen nicht entziehen kann. Der Ausbau des Schlosses Reisen, 1742—1745, für den Grafen Sulkowski ausgeführt und urkundlich gesichert, läßt Erinnerungen an das Dresdener Japanische Palais aufkommen, ebenso hat die im Entwurf von C. M. Frantz signierte Turmanlage der ev. Stadtkirche von Lissa vieles von der damals in Polen so ungemein wirksamen Dresdener Tradition. Insofern gehen also auch hier die künstlerischen Probleme und die Bedeutung, die dem Schaffen der Baumeisterfamilie Frantz zuzumessen sind, über schlesische Lokalforschung hinaus. Die Ergebnisse der Untersuchungen vermitteln einen Einblick in die letzte große Welle baukünstlerischer Bewegung des Deutschtums im Ostraum. Schlesien, das in der Gotik eine stark stammesmäßig abgeschlossene eigene Bauschule entwickelte, erhält hierbei die Rolle eines kunsttopographisch wichtigen Mittlers. Man hat bisher gemeiniglich wohl zu sehr nur den einen Einflußstrom der österreichischen Erblande hier in der ostdeutschen Barockbaukunst gesehen. Nach Grundmanns Darlegungen wird deutlich, daß wir eben durch die Mittlerrolle der Baumeisterfamilie Frantz auch mit starken Verbindungen und Beziehungen zum europäischen Norden zu rechnen haben, die sich übrigens auch in der lebenslangen Tätigkeit des geborenen Ostpreußen Willmann und des aus Christiania stammenden Plastikers Thomas Weisfeldt aussprechen.

Die Beziehungen der deutschen Kunst zum Ostraum, vor allem aber ihre Auswirkungen zu bearbeiten, hat sich Dagobert Frey zum Ziele gesetzt. Wir dürfen aus seiner Feder noch eine umfassende Darstellung der Auswirkungen vornehmlich der deutschen Kunst in Polen erwarten. Vorerst haben diese Studien zu einem Buch über Krakau geführt, das in der nun schon mehrfach zitierten Serie „Deutsche Lande — Deutsche Kunst" erschienen ist (Berlin 1941). Das Buch legt eindeutig dar, wie Krakau, das als große Handelsmetropole seit der Zeit der Hanse von jeher in intensiven Beziehungen zu Schlesien, Böhmen und Österreich stand, bis hoch ins 18. Jahrhundert hinein mehrfache Wellen deutschen Kunsteinflusses aufgenommen hat. Man ist erstaunt, wie sogar in der Renaissance, deren Bild stark von Ungarn und Italienern bestimmt wird (was sicherlich auch durch die Hofhaltung der Königin Bona Sforza veranlaßt wurde), mit den Nürnbergischen Beziehungen außer den vielgenannten Stoß und Vischer, Hans Sueß

v. Kulmbach und Hans Dürer noch eine Menge anderer, und zwar recht bedeutender deutscher Künstler vom Patriziat Krakaus gehalten wird und reichstes Betätigungsfeld findet. Ein ganz wundervoller Teil durchweg neuer Aufnahmen vermittelt uns die Werke der Deutschen und die großen städtebaulichen Schönheiten Krakaus, dessen architektonischer Charakter von einem der berufensten Vertreter hier überaus eindringlich interpretiert wird. Wenn wir noch einen Augenblick bei den Ergebnissen der Forschung zur deutschen Kulturausbreitung in Polen stehenbleiben, so sei weiterhin noch auf den Aufsatz von Franz Schubert über Pöppelmann und den Grand Salon im Sächsischen Garten zu Warschau (Zeitschr. d. Dt. Vereins f. Kunstwissensch., 1940, Heft 4) hingewiesen.

Das dritte große Ostgebiet in der deutschen Kunstforschung, Böhmen, ist auch in den letzten Jahren wieder Gegenstand zahlreicher Studien und Abhandlungen gewesen. Der Anschluß des Sudetenlandes und die Übernahme des Protektorats über Böhmen und Mähren waren sicherlich nicht nur äußerliche Anlässe für eine ganze Reihe von Neuerscheinungen. Die Untersuchungen sind durchweg von tiefem wissenschaftlichen Ernst getragen und stammen von berufenen Kennern, die sich seit Jahren, meist von Prag aus, um die böhmische Kunstgeschichte bemühen. Die letzten beiden Jahre schenkten uns allein drei neue Bücher über Prag. Pfitzner schrieb über diese einzigartige Stadt, dieses traditionsgesättigte städtebauliche Wunder mehr vom allgemein kulturhistorischen Gesichtspunkte aus das Vorwort zu einem ausgezeichnet bebilderten Tafelband („Das tausendjährige Prag", Gauverl. Ostmark, 1940). Oscar Schürer arbeitete sein aus vielen guten Gründen so überaus erfolgreiches Buch über Prag, diesen Roman einer Stadt, um (O. Schürer, Prag, 3. verb. Aufl., München 1939). Der Referent weist auf seine ausführliche Besprechung in der Hist. Zeitschr., Bd. 163, H. 3, S. 622 ff. hin. Und schließlich ist just — während der Berichterstatter diese Zeilen schreibt — mit dem Erscheinen eines Prag-Buches von K. M. Swoboda zu rechnen. Wie vom Breslauer Kunsthistorischen Institut aus neue Impulse zur neuen Ostforschung ausgingen[5a], so hat in den vergangenen Jahren auch Swoboda mit seinen Schülern und Mitarbeitern von Prag aus die Probleme der deutsch-böhmischen Kunstbeziehungen erneut und wesentlich belebt. Für die Behandlung der wissenschaftlichen Detailfragen hat Swoboda im Auftrage der Deutschen Gesellschaft für Wissenschaften und Künste in Prag eine Reihe „Beiträge zur Geschichte der Kunst im Sudeten- und Karpatenraum" herauszugeben begonnen, die bisher vier hoch verdienstvolle Studien vorgelegt hat[6]. Der erste Band, von K. M. Swoboda selbst verfaßt, behandelt den deutschen Anteil an der Kunst der Sudetenländer. Es ist eine prinzipielle Untersuchung über die Ausbreitung der deutschen Einflußadern und über die Aufnahmebereitschaft des böhmischen Raumes. Sie streift auch die Fragen des Verhältnisses zum Tschechischen und legt die Schwierigkeiten dar, die bei allen weitverzweigten Einflußmöglichkeiten der besonderen Heraushebung eines spezifisch sudetendeutschen Kunstgefühls und eines volkstümlich geschlossenen Kunstcharakters entgegenstehen. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Probleme des Kunstgewerbes, aber über alles Spezielle hinaus geht aus allen Abschnitten die besondere Art des „Deutschseins" aller künstlerischen Bemühung im Sudetenraum hervor, so daß wir doch von einer geschlossenen Gruppe reden können, die unter dem gemeinsamen geschichtlichen Schicksal auch in den Werken der bildenden Kunst ihr besonderes Antlitz zeigt. Neben dem immer wieder auftauchenden Problem der Begegnung des Deutschen mit diesem böhmisch-mährischen Raum und dem slawischen Volkstum interessiert hier vor allem auch die Behandlung des Problems des Westost-Ge-

[5a] Es ist mit der Herausgabe von fertiggestellten Arbeiten über den Wohnturm von Boberröhrsdorf und die ma. profane Wandmalerei (Diss. von Rich. Probst — vgl. d. Aufs. d. Verfassers i. d. Zeitschr. f. Denkmalpflege, 1941), über die ma. kirchliche Wandmalerei (Diss. v. H. J. Heinze) und über die schlesische Baukunst der Gotik (H. Tintelnot) zu rechnen.

[6] „Beiträge zur Geschichte der Kunst im Sudeten- und Karpatenraum", herausgegeben im Auftrage der Deutschen Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag von Karl M. Swoboda. Bd. 1: K. M. Swoboda, Zum deutschen Anteil an der Kunst der Sudetenländer. 1938. — Bd. 2: K. M. Swoboda und Erich Bachmann, Studien zu Peter Parler. 1939. — Bd. 3: Erich Bachmann, Eine spätstaufische Baugruppe im mittelböhmischen Raum. 1940. — Bd. 4: Erich Bachmann, Sudetenländische Kunsträume im 13. Jahrhundert. 1941.

fälles der europäischen Kultur, dem ein ganzer Abschnitt gewidmet ist. Im 2. Bande dieser Reihe sind Studien von Swoboda und Erich Bachmann über Peter Parler veröffentlicht. Der Aufsatz Swobodas behandelt die schwierige Frage „Klassische Züge in der Kunst des Prager Dombaumeisters Peter Parler" und bereitet die Monographie vor, über die weiter unten noch gesprochen werden soll. Der Aufsatz Bachmanns ist hervorgegangen aus der Gemeinschaftsarbeit des Prager Kunsthistorischen Instituts und behandelt in vorbildlich subtiler Durchleuchtung die „Analyse des Prager St.-Veits-Domes". Legt Swoboda für die Parler-Plastik dar, daß es sich um ein Sich-Abwenden vom bürgerlich-asketischen Ideal der Kunst des 14. Jahrhunderts handele, um ein „produktives Zurückgreifen" auf die staufische Klassik, um ein „Nachblühen" des echt Klassischen in der deutschen Gotik, um eine künstlerisch so geschlossene, selbstverständliche, unpathetische Form, die wesentliche Züge der klassischen Ruhe der Renaissanceplastik vorwegnähme, so handelt es sich bei den von Bachmann redigierten Studien um baugeschichtliche Analysen. Die Einzelleistung Parlers und seines Kreises wird in verschiedenen Bauabschnitten des Veitsdomes überprüft und in wirkungsvoller Interpretation dem vorhandenen Formgut aus dem Baubeginn des Matthias von Arras gegenübergestellt. Der sehr fein durchgeführte Stilvergleich zeigt schlagend, wie Parler den ihm auferlegten, nur aus französischer Kathedraltradition zu verstehenden Grundriß, einen späten Nachfahren von Narbonne und Rhodez, aus deutschem Formgefühl variiert und aus einem Bau von „manieristischen" Zügen und „doktrinärer Schulgotik" ein bei aller Variabilität und Abweichung vom ursprünglichen Programm doch neues „dynamisches" Ganzes erschafft. Der 3. Band enthält wieder eine Studie des Swoboda-Schülers und Prager Dozenten Erich Bachmann: „Eine spätstaufische Baugruppe im mittelböhmischen Raum." Bachmann untersucht hier eine stilistisch zusammengehörige Gruppe von Bauten des 13. Jahrhunderts auf ihre Zusammenhänge mit der staufischen Baukunst im Südostraum. Die Arbeit behandelt sehr wichtige Beziehungen zur Wiederbesiedlung des Sudetenraumes und weist nach, wie diese späten Nachfahren einer staufischen, im Altreich schon erloschenen, Tradition hier die Beziehung zum Hallenbau Bayerns und der Ostmark herstellt. Damit kommt es zur Schließung einer kontinuierlichen Kette in der Entwicklung des Hallenbaues im deutschen Südosten, die von der Spätromanik bis zur Spätgotik reicht. Die Untersuchungen stellen interessante Analogien zur Volkstumsgeschichte fest und bedeuten so einen wichtigen Beitrag zur „Kunstgeschichtlichen Volkstumsforschung". Ganz ähnliche Gedankengänge bewegen Bachmann auch in seinem anschließenden 4. Band dieser Reihe „Sudetenländische Kunsträume im 13. Jahrhundert". Es ist ein wesentlicher Beitrag zur kunsttopographischen Forschung und Methode. Handelte es sich im vorhergehenden Beitrag um eine Darstellung einzelner Hauptbeispiele im mittelböhmischen Raume, um die Bauten von Stift Tepl, Münchengrätz, Kolin (Langhaus) und um die Prager Synagoge (die eine ungemeine Wirksamkeit der deutschen Baukunst auch auf den Kultbau der damals noch gänzlich abgeschlossenen Judenschaft verrät), so geht es hier um die kunstgeographische Ordnung des reichen Denkmälerbestandes aus staufischer Zeit im gesamtböhmischen Raum. Rechts- und sprachwissenschaftliche Ergebnisse werden zum Vergleich herangezogen. Ganz ähnlich wie anfänglich in Schlesien (vgl. des Referenten Skizze i. Heft 3/4 des Deutschen Archivs f. Landes- u. Volksforschung, 5. Jg., 1941, S. 591—602) läßt sich die Herkunft der deutschen Siedler am Formbestand nachweisen. Stärker noch als in Schlesien ist diese Scheidung der verschiedenen Einflußsphären Mittel- und Süddeutschlands durchzuverfolgen und mit den Grenzen der Siedlungs- und Sprachräume, auch mit den Gebieten verschiedener Gruppen des Stadtrechtes in Einklang zu bringen. Eine sehr instruktive Karte erhärtet diese Wahrnehmungen. Der norddeutsch-sächsische Einfluß hebt sich deutlich nördlich der Linie Komotau—Prag—Kolin—Troppau ab, der fränkische südwestlich davon, etwa bis zur Moldaulinie Prag—Hohenfurt, der Einfluß Bayerns und der Ostmark dagegen beherrscht das südöstliche Dreieck, das böhmische und mährische Gebiet südlich der Elbe und östlich der Moldau, wobei Budweis und Goldenkron jedoch schon einzurechnen sind. Aber nicht nur in der Erkenntnis der verschiedenen Einfluß- und Siedlungszüge liegt das Verdienst dieser weitsichtigen Arbeit: auch die Herausarbeitung des Gedankens, daß das böhmisch-mährische Gebiet nach Untergang der staufischen Welt ein „staufisches Rückzugsgebiet" ist, überzeugt und lehrt den Reichtum einer versunkenen, hier lang und treu bewahrten Welt deutscher Blüte kennen und lieben.

Das Jahr 1940 schenkte uns aus der böhmischen Kunstgeschichte ferner zwei Monographien. Sie behandeln die in der deutschen Kunstgeschichte von je berühmte Gestalt Peter Parlers, des Baumeisters Kaiser Karls IV., eine Figur also, die wie keine andere das Inkarnat der deutschen Kaiserherrlichkeit in Prag verkörpert. Die erste Veröffentlichung „Peter Parler, der Baukünstler und Bildhauer" stammt von Karl M. Swoboda und ist in der schönen Reihe der Künstlermonographien der „Sammlung Schroll" erschienen [7]. Das Buch stellt — obwohl Peter Parler in den Kunstgeschichten immer einen breiten Raum einnahm — die erste zusammenfassende Würdigung und Gesamtanalyse des Lebenswerkes dieses großen Meisters dar. Es ist meisterlich knapp geschrieben. Der Text enthält sich aller Einzelerörterung zu spezialwissenschaftlichen Problemen und versucht auf 42 Seiten ein Bild des Lebens und der künstlerischen Gesamtleistung Peter Parlers erstehen zu lassen, das interessierten Laien genau so wie den Ansprüchen geschulter Wissenschaftler genügen muß. In tiefgründigen Bemerkungen stößt der Verfasser oft in die Bereiche kunstphilosophischer Erkenntnis vor und gelangt, ohne die knappe Gesamtzeichnung mit spekulativen Gedankengängen zu belasten, zu einer selten einheitlichen Deutung des Wesens und Wirkens einer bedeutungsvollen Persönlichkeit in kunstgeschichtlicher Zeitenwende. Von kurzen biographischen Notizen ausgehend zeigt Swoboda, oftmals Gedankengänge seines oben charakterisierten Beitrags wieder aufnehmend, wie der 1353 aus Schwäbisch-Gmünd blutjung und nicht berühmt nach Prag berufene Meister den von Matthias v. Arras begonnenen Kathedralbau übernimmt und langsam seiner Aufgabe Herr wird, ein althergekommenes französisches Schema fortzuführen, das längst im Ursprungsland erstarrt und in der deutschen Baukunst (zumal des Ostens) nie lebensfähig war. Swoboda zeigt ungemein eindringlich, wie Parler diesem Schema neuen Sinn und neues Leben gibt, indem er nicht nur erfindungsvoll neue, subjektiv konzipierte künstlerische Gedankengänge verwirklicht, sondern auch auf die alte Bedeutung der Bauglieder und -formen der klassischen französischen Gotik zurückgreift, somit also die Erstarrung des alten Schemas im spätgotischen Manierismus überwindet und gleichzeitig dem in Deutschland vornehmlich sich auswirkenden rationalen, asketischen Zug der Bettelordensbaukunst, der in dem Ziel, in der Kathedrale das erdgewordene himmlische Jerusalem zu sehen, nicht mehr seine höchste Erfüllung fand, etwas Neues, Schöpferisches gegenüberstellt. Parler hat mit der neuen Belebung der Bauplastik und mit der einheitlichen ideellen Leitung auch der Steinmetzwerkstätten an diesem Werk, wie Swoboda eindringlich zeigt, aus dem ihm auferlegten kathedralen Gedanken eine Einheit neuen subjektiven künstlerischen Gestaltens geschaffen, die auch der deutschen Bildhauerei eine entscheidende Wendung gab. Auch hier spricht sich die heroische Lebensbejahung noch einmal, allerdings in neuer Gestalt, in der gotischen Plastik aus. Vor allem in den Tumbenfiguren der Przemyslidengräber, den Bildern der „kriegerischen" und „priesterlichen" Könige, ist das Zurückgreifen auf den Gewandstil und die plastische Existenz des 13. Jahrhunderts zu beobachten, und Swoboda gelangt nach meisterlicher Analyse zu der Feststellung, daß hier eine grundsätzlich gleiche Haltung im künstlerischen Charakter der Architektur und der Plastik gelegen ist. Auch in den bekannten Triforienfiguren sieht Swoboda bei allem Mitschwingen eines realistischeren Zeitstiles eine solche weitgehende Vereinheitlichung von Material und Form, daß wieder der klassische Hochgrad gotischer Gestaltungskraft erreicht scheint, der aus alter Tradition Kraft schöpfend, bei Parler so überaus bedeutsam auf die letzte Blüte gotischer Plastik, ja eben auf die klassischen Bestrebungen der Renaissance vorausweist. Die Auswirkungen dieser ungeheuren künstlerischen Leistung zeigt Swoboda an den anderen von Peter Parler begonnenen Bauten, der Karlsbrücke, den Chören von Kolin und Kuttenberg und dem Altstädter Brückenturm mit seiner von Parlers Ideenfülle beseelten Entfaltung des Plastisch-Dekorativen.

Die zweite Veröffentlichung über Peter Parler ist von Otto Kletzl [8]. Sie geht in erster Linie von einer bildmäßigen Wiedergabe des Gesamtwerkes des Meisters aus, und wir sagen nicht zu viel, wenn wir in diesem Bildband eine Musterleistung für jene Gattung von Büchern sehen, nach der im Publikum bei gesteigertem Interesse an der photographischen Interpretation

[7] K. M. Swoboda, Peter Parler, der Baukünstler und Bildhauer. Sammlung Schroll. Wien 1940.
[8] Otto Kletzl, Peter Parler, der Dombaumeister von Prag. Leipzig 1940, Verlag E. A. Seemann.

bildnerischer oder baukünstlerischer Werke derzeit eine sehr große Nachfrage besteht. Derartige Publikumswünsche können zu einer Gefahr werden: sie können das Gewicht der Veröffentlichung zu sehr auf die Bedeutung der photographischen Reproduktion legen und vom objektiven Betrachten des Kunstwerkes an sich ablenken, sie können die geschichtliche Bedeutung der Monumente durch einen unzureichenden, oft vielleicht auch fachlich nicht einmal befriedigenden Text zurücktreten lassen und schließlich verlegerischen Spekulationen Tür und Tor öffnen, unter denen die um wahre Erkenntnisse ringende Kunst- und Volksforschung mit ihren Veröffentlichungen nicht nur zurücktretend leiden muß, sondern auch in Gefahr gerät, neben einer Publikumswirkung, um die es schließlich fast aller geschichtlichen Erkenntnis auch zu tun sein muß, wirkungslos zu existieren. Die Veröffentlichung von Kletzl ist die allerknappste Vorwegnahme langjähriger Studienergebnisse über Parler und den ganzen, oben bereits angedeuteten böhmisch-mährischen Kunstkreis. Sie enthält zunächst auf 64 prachtvollen Bildtafeln erlesene, kunstgeschichtlich „richtige" Wiedergaben der Werke Peter Parlers, die geeignet sind, als wissenschaftliches Vergleichsmaterial großen Wert zu gewinnen. Die Aufnahmen gehen wohl auf den durch das Marburger Institut geschulten Verfasser selbst zurück. Nachdem die aufnehmenden Sinne gewissermaßen so in die Welt Parlers mit ihrem Formenreichtum eingeführt sind, gibt Kletzl in einem Nachwort eine ergänzende Betrachtung zum Werden und Wesen parlerischer Formen und Gestaltungskräfte, die auf gründlicher Sachkenntnis beruht und sich daher eine skizzenhaft umreißende Anlage leisten kann. Wir wissen, daß der Verfasser sich auch um die Fragen der Ausbreitung des parlerischen Formengutes innerhalb der deutschen Bauhütten des Mittelalters und der Übertragung parlerischer Gedanken auf dem Wege der Hüttenrisse und Durchzeichnungen sehr bemüht hat. Deshalb sei hier in Ergänzung des prächtigen Bilderbandes auf jene Studien Kletzls hingewiesen, die im Rahmen der Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart erschienen sind[9]. Es handelt sich dabei um die kritische Sichtung der Planfragmente aus der deutschen Dombauhütte von Prag, die sich in Stuttgart und Ulm in den Stadtarchiven (z. T. aus Steuerbucheinbänden vom Beginn des 16. Jahrhunderts) gefunden haben. Kletzl hat diese Bruchstücke und Reste eines ehemals bedeutenden Planbestandes mit dem spätgotischen Baumeister Alberlin Jerg und der von ihm lange Zeit geleiteten Stuttgarter Bauhütte (Stiftskirchenbau) in Zusammenhang gebracht. Die sehr scharfsinnigen Analysen der Pläne gestatten teilweise überraschende Mutmaßungen: neben einem Querschnitt durch die Nordhälfte des Vorchores vom Dome zu Prag wird in dem Plan Nr. 1 v ein Fassadenaufriß des Domes überliefert, wahrscheinlich die Wiedergabe einer Planung aus dem Parlerkreis, deren Ausführung nie begonnen wurde. Dieser Plan ist geeignet zu zeigen, wie schlecht und unsinnig die moderne „gotische" Zweiturm-Fassade des Domes ist, dessen Turm mit so viel städtebaulicher Bewußtheit an den Querflügel und somit in die Mitte der Burggruppe gerückt wurde. Kletzls Annahme, daß es sich bei dem Grund- und Aufriß eines Kapellengrabes (Planfragment 2) um eine Grabstätte des hl. Adalbert für den Prager Dom handele, hat ebenfalls alles Überzeugende für sich. Außerdem verdient noch der Ulmer Plan (Nr. 1147r) besondere Beachtung, da er sich als eine Planbearbeitung des ganz eigentümlich und selten konstruierten Treppenturmes am Südquerschiff des Domes von Prag erweist. Es sei noch nachdrücklich darauf hingewiesen, daß Kletzl seinen Untersuchungen ein ganz prinzipielles Kapitel über die Bedeutung des Werkrisses in den Bauhütten der deutschen Gotik vorausgeschickt hat.

Zur Kunstgeschichte des deutschen Ostraumes im weiteren Sinne liegen noch zwei Bildbände aus einer Reihe vor, die der Verlag Schroll mit Karl Heinrich Waggerl herausgibt[10], in der Absicht, „an einer umfassenden, breit angelegten und volkstümlichen Darstellung der Wesenszüge des ostmärkischen Menschen, seines Lebensraumes und seiner stammesmäßigen Kultur mitzuwirken". Im ersten Bande ist das nicht nur gelungen, sondern es ist seinem Bearbeiter Karl Öttinger geglückt, nach der von ihm mitaufgebauten erfolgreichen Donauland-

[9] Otto Kletzl, Plan-Fragmente aus der deutschen Dombauhütte in Stuttgart und Ulm. Veröffentlichungen des Archivs der Stadt Stuttgart, Heft 3. Stuttgart 1939, Felix Krais Verlag.

[10] Karl Öttinger, Altdeutsche Bildschnitzer der Ostmark. Wien 1939, Verlag Anton Schroll. — Bruno Grimschitz, Maler der Ostmark im 19. Jh., ebendort, 1940.

ausstellung (Wien 1939) ein prachtvolles, selbst in der zünftigen Kunstforschung vielfach unbekanntes Beispielmaterial über die altdeutschen Bildschnitzer der Ostmark in wundervollen Aufnahmen vorzulegen. Die wahre Entdeckung des „Meisters von Mauer" eröffnet neue Einblicke in die volkstümlichen Gestaltungskräfte und den Realismus der deutschen spätgotischen Plastik. Der zweite Band dieser Serie ist den Malern der Ostmark im 19. Jahrhundert gewidmet und von Grimschitz eingeleitet. Über den biedermeierlichen Scharm der früheren Meister und über die wunderbare Vertiefung in die heimatliche Landschaft, das einzigartige Versenken in die Lichtprobleme bei Waldmüller und Alt, braucht nichts mehr gesagt zu werden. Sie sind der bedeutendste Beitrag der deutschen Landschaftsmalerei vor dem Impressionismus. Die Ausbreitung dieser schönen Bildauswahl läßt abschließend noch einen Wunsch zur Kunstgeschichtsforschung im Osten aufkommen. Wir stellten fest, wie neben dem Ordensland und Böhmen nun auch Schlesien stärker in den Bereich der kunstgeschichtlichen Forschung einbezogen wurde. Sieht man von den sammelnden Überblicken ab, die sich mit der Darlegung allgemeiner Entwicklungs- und Charakterzüge einer Landschaft beschränken wollen, so ist festzustellen, daß die Architekturforschung vorderhand weitaus am weitesten fortgeschritten ist, vor allem die Forschung zur mittelalterlichen Baukunst. Im Barock sind wesentliche neue Untersuchungen aufgetaucht, auch die gehen die Architektur an. Gewiß ist im Bauwerk für die Besiedlungs- und Eindeutschungszeit ein ungemein beweiskräftiges Dokument zum deutschen Anteil an der Kulturgestaltung des Ostraumes zu sehen. Es bleibt nun nur noch der Wunsch offen, daß auch neben der gleichfalls immer berücksichtigten Plastik die Malerei mehr Behandlung erfahren möchte, birgt doch vor allem die Malerei des Barock in Böhmen viel herrliches, unerschöpftes Material aus deutscher Meisterhand.

Die deutsche Schule der Soziologie[1]

Unter der „deutschen Schule" der „Soziologie" versteht Pfeffer mit Recht diejenigen Klassiker volkswissenschaftlicher Arbeit, die außerhalb der liberal-kapitalistischen „bürgerlichen Gesellschaft" im Volk Mitte und Ziel ihrer Forschung fanden und naturgemäß von der zeitgenössischen oder späteren Formalsoziologie und verwandten Strömungen abgelehnt oder übersehen wurden. Er weist nach, daß es eine derartige „deutsche Schule" wirklich gibt, und daß ihre Klassiker der werdenden deutschen Volkslehre jeweils verschiedene Ansätze und Gesichtspunkte übermittelt haben. Darstellerisch geht es ihm nicht um eine Geschichte dieser deutschen Linie: sie hätte einen anderen Aufbau der Arbeit notwendig gemacht und eine Beschränkung auf die Hauptpersonen ausgeschlossen. Pfeffer behandelt Fichte, Adam Müller, Herder, Hegel, Justus Möser, Arndt, Friedrich List, Rodbertus, Constantin Frantz, Lagarde, Riehl und Nietzsche. Die Aufnahme von Nietzsche in diese Reihe überrascht gewiß, trotz aller Wichtigkeit, die Nietzsche in kulturkritischer Hinsicht besitzt, kann seine Einordnung in die Reihe „deutscher Soziologie" sachlich m. E. nicht voll gerechtfertigt werden. In gleicher Weise wie eine „Geschichte" der deutschen Volkslehre, die ja u. a. auch die Begriffsbildungen im grenz- und auslandsdeutschen Kampf mit hätte berücksichtigen müssen, vermeidet Pfeffer eine Systematik. Sein Ziel ist die Ermittlung des Erbes, das uns die Klassiker der deutschen Schule überließen. Er sieht es in einigen „Grundsätzen" (S. 71 u. 124), von denen uns vor allem die folgenden wichtig: „Volk ist Natur, es erwächst auf einem bestimmten Boden aus dem Urgrund einer bestimmten Rasse (1). Das Naturwesen „Volk" lebt nicht „bewußtlos", sondern muß vom „sittlichen Vermögen" des einzelnen Menschen verwirklicht werden. Volk ist nicht nur Dasein, sondern sittliche Forderung (2). Diese sittliche Forderung ist nur in der politischen Geschichte zu erfüllen (3). Die staatliche Behauptung nach außen erkennt die Vielheit der Völker als Bedingung des eigenen Volkes an. Sie sieht in ihr eine bestimmte Rangordnung, die nicht jede Sprachgemeinschaft und nicht jede Völkerschaft zum Volk erhebt (5).

Am Schluß seiner Darstellung streift Pfeffer auch die zeitgenössische Volks-, Staats- und Gesellschaftslehre. Daß Vierkandt, Tönnies und Othmar Spann von ihm abgelehnt werden, liegt auf der Hand; sie haben fürwahr der deutschen Volkslehre Positives nicht zu sagen. Max Weber läßt sich allerdings trotz seiner Bindungen an Nominalismus und ökonomischen Imperialismus wohl nicht (wie S. 127) mit dem Satze abtun, daß er seine historisch gewonnenen Idealtypen immer wieder zu einer Systematik der „möglichen Begriffe" entleere; auf jeden Fall kommt die heutige deutsche Volkslehre nicht an der Verpflichtung vorbei, von ihm für das Zeitalter der Großtechnik einiges zu lernen. M. H. Boehm wird im Anschluß an die Darstellung der Gedanken Herders (S. 41) vorgeworfen, daß seine Lehre vom eigenständigen Volk nicht nach der Geschichtsfähigkeit der Völker frage und allzu leicht geneigt sei, jeder eigensprachlichen Menschengemeinschaft den Ehrennamen „Volk" zuzubilligen. Durchaus richtig erkennt Pfeffer: „Das ‚eigenständige Volk' ist ihr weniger eine konkrete Entdeckung als der Ursprungsort einer Kategorienlehre. Die Möglichkeiten der Volksformung glaubt sie auf einer Tafel zusammenstellen zu können. Ihre formal gewordene Volkslehre verrät ihre Bindung an die bürgerliche Gesellschaft, wenn sie ‚die ganze Gedankenrichtung, die namentlich heute im Zeitalter großräumiger Wirtschaftsballungen gerade die Wirtschaft als ein

[1] Karl Heinz Pfeffer, Die deutsche Schule der Soziologie (Hochschulwissen in Einzeldarstellungen), Leipzig, Quelle & Meyer, 1939, 134 S.

Ausdrucksfeld der Volksindividualität sieht', als ‚fragwürdig' empfindet (Boehm). Zu dieser Spielart gehört schließlich eine ‚Volkskunde', die sich weigert, die Wirklichkeit des politischen Volkes zu sehen, und unter ihr eine untergeschichtliche Wirklichkeit des ‚gemeinen Volkes' (Rumpf) als des eigentlichen Volkes sucht" (S. 128/29).

Der schmale Band kann durchaus empfohlen werden, er hat auch der konkreten deutschen Volksforschung einiges zu sagen. H. J. Beyer, Prag.

Ius teutonicum

Wenn ein Forscher vom Range und den Verdiensten Rudolf Kötzschkes über einen Gegenstand handelt, der für die Wiederbesiedlung des Ostens von allergrößter Bedeutung ist, so verdienen Gang und Ergebnis seiner Arbeit die aufmerksamste Beachtung von seiten aller an der Erforschung der Ostsiedlung interessierten Faktoren. In der „Geschichte der ostdeutschen Kolonisation" (Leipzig 1937) konnte sich Kötzschke über das ius teutonicum nur kurz aussprechen. Nun beschenkt er uns mit einer besonderen Abhandlung darüber. Wenn er in seiner neuen Arbeit die Anfänge des deutschen Rechts in der Siedlungsgeschichte des Ostens[1] behandelt, so läßt schon dieser Titel eine Beschränkung des Themas in zeitlicher und räumlicher Hinsicht erkennen: die Entwicklung von freier Erbleihe und Stadtverfassung, beides bereits mehrfach und gründlich abgehandelte Gebiete, bleiben ebenso außer Betracht wie ihre Verbreitung im mutterländischen Deutschland und ihre weiteren Schicksale nach Mitte des 13. Jahrhunderts. In historisch-raumkundlichem Sinn, nicht als juristische Untersuchung, will Kötzschke seine Arbeit aufgefaßt wissen, wobei wir allerdings hinzufügen möchten, daß wir in ihr eine im wahrsten und besten Sinne rechtsgeschichtliche Untersuchung erblicken.

Kötzschke selbst stellt sich (S. 4 f.) eine doppelte Aufgabe: 1. die Ermittlung der Anwendung des Rechtsausdrucks „ius teutonicum" u. ä. sowie seines Sinngehaltes; 2. die Verbreitung dieses Ausdrucks in Zusammenhängen mit der Siedlungsgeschichte. Er gliedert das Untersuchungsgebiet westöstlich in eine Nahzone unmittelbar vor der alten Ostgrenze, eine äußere Zone, die den dauernd gewonnenen Volksboden umfaßt, und eine Fernzone, in der es bloß zu völkischer Inselbildung kam, ferner südnördlich in drei Hauptbahnen, Südabschnitt (Donau-Ostalpen), mittleren Teil (mittelelbische Lande, innerer Sudetenraum und Schlesien) und das Gebiet längs des Ostseebeckens. Nach den genannten drei Hauptbahnen ist der Gang der Untersuchung gegliedert.

Das Material wird in wohlbegründeter Sparsamkeit nur insoweit vorgeführt, als es zur Lösung der Aufgabe notwendig ist. Die Ergebnisse der Untersuchung sind folgende. In der Nahzone ist der Ausdruck „ius teutonicum" nicht bezeugt. Er fehlt im Südostabschnitt überhaupt und kommt im Nordosten nur vereinzelt vor. Der „entscheidende Schritt", die Entwicklung eines neuen ländlichen Siedlungstyps, locatio, mit Ortsrecht und Ortsflur, geschah wohl an der Mittelelbe in der Gegend um Magdeburg im Kolonisationsgebiet Erzbischof Wichmanns (S. 12, 16). Die erste Nennung deutschen Rechts aber findet sich in dem berühmten Privileg Herzog Sobieslaws II. von Böhmen für die Prager Deutschen, das freilich nicht ein Recht (ländlicher) Siedler darstellt, für das vielmehr erst die Urkunde Wladislaw Heinrichs von Mähren aus der Zeit vor 1218 einen wahrhaft klassischen Ausdruck findet. Aus den böhmisch-mährischen Quellenzeugnissen leitet Kötzschke die „wesentlichen Grundsätze" (S. 31) des deutschen Rechtes ab, als welche er bezeichnet: einheitliches Ortsrecht, vererbliches Bodenrecht, gerichtliche Sonderstellung unter einem besonders begünstigten Richter, Befreiung von

[1] Rudolf Kötzschke, Die Anfänge des deutschen Rechtes in der Siedlungsgeschichte des Ostens (Ius teutonicum). Berichte über die Verhandlungen der Sächs. Akad. d. Wiss. zu Leipzig, Philol.-hist. Kl. 93. Bd., 1941, 2. Heft, 66 S.

den Landeslasten. „Die Erbsitte und das Familiengüterrecht kommen in der Siedlung nach deutschem Recht nicht unmittelbar zum Ausdruck, so sehr Neusiedler gerade solche heimatliche Gewohnheit mitbringen und lange festzuhalten pflegen" (S. 31). Da aber Kötzschke nicht nur das ländliche sondern auch das städtische deutsche Recht in seine Betrachtung einbezieht, so ergibt sich die Notwendigkeit, nach dem Sinngehalt des beide Siedlungsformen umfassenden deutschen Rechts zu fragen. Kötzschke umschreibt ihn als „Freiheitsrecht und ein gesichertes, die wirtschaftliche Selbständigkeit gewährendes Recht am Grund und Boden" (S. 32). Die Untersuchung des schlesischen Raumes ergibt dann nichts grundsätzlich Neues mehr. Die Sonderbezeichnungen des fränkischen und flämischen Rechts folgen den ersten Belegen für „ius teutonicum" zeitlich nach. Im Stadtrecht erscheint das deutsche Recht als „eine höhere Einheit, die in ihrem weiteren Rahmen Sonderarten und Sonderentwicklung zuläßt und einschließt, in der Stadt wie in ländlichen Verhältnissen" (S. 46). Auch hier kommt Kötzschke auf das Verhältnis des „ius teutonicum" zu sonstigem „Rechtsbrauch deutscher Herkunft", besonders Familiengüterrecht und Erbrecht, zu sprechen. Ähnlich wie an der früher angeführten Stelle sagt er auch hier: „Derartiges Recht wird bei der Ansiedlung beibehalten, ist aber in der Bewidmung nicht unmittelbar enthalten. So kann all dies Recht deutschen Ursprungs im ‚ius teutonicum' wirksam werden, doch nur als eine Gewohnheit der Siedler, die sich neben den wesentlichen Wirkungen der Verleihung deutschen Rechtes in der Befreiung von Leistungen, die nach polnischem Recht gelten, in dem günstigen Bodenbesitz und der Dorf- und Stadtverfassung auswirkt" (S. 47). Auch die Betrachtung der polnischen Gebiete fügt keine wesentlichen Züge hinzu, gibt jedoch Gelegenheit, zu dem Begriff der „deutsch-rechtlichen Siedlung" Stellung zu nehmen. Der Nordosten schließlich zeigt sich als ein von deutschem bäuerlichen und Stadtrecht erfüllter Raum, dem jedoch die Anwendung des Rechtsausdrucks „ius teutonicum" fast völlig mangelt. Ähnlich unergiebig ist in dieser Beziehung trotz der zahlreichen Spuren deutschen Rechts der ungarische sowie der baltische Raum.

Kötzschke kann (S. 65) zusammenfassen: „So erscheint die volle und eigentliche Ausbildung des deutsch benannten Rechtes als ein Ergebnis der Kulturströmungen im mitteldeutschen Osten, an dem die mittelelbischen Lande, der innere Sudetenraum, besonders Schlesien nebst den Nachbarlanden führend beteiligt waren." Am klarsten findet er das ius teutonicum in Schlesien und an seinen Grenzen durchgebildet, von wo es weithin ausstrahlt. Ganz am Schlusse seiner Arbeit (S. 66) aber erwähnt Kötzschke doch noch eine andere „wahrhaft große Bedeutung" des deutschen Rechts: „Nicht einzelne Rechtsgedanken und Rechtssätze nur wurden aus dem deutschen Mutterland nach dem Osten übertragen: es entstand eine neue Einheit der Rechtsbildung bei aller Mannigfaltigkeit der Schattierungen, ein Ganzes, das sich zusammenschloß, eine neuartige Rechtsschöpfung."

Wir haben das Ergebnis von Kötzschkes Ausführungen absichtlich so ausführlich und zum Teil mit seinen eigenen Worten wiedergegeben, weil wir der Ansicht sind, daß sie durchaus zutreffen und daß sie geeignet sind, die zum Teil noch recht verworrenen Ansichten über Inhalt und Bedeutung des „ius teutonicum" auf das erwünschteste zu klären. Wir wollen anschließend versuchen, den vorgeführten Ergebnissen unsere eigenen, in allen Hauptpunkten übereinstimmenden Anschauungen an die Seite zu stellen.

Der Ausdruck „ius teutonicum" vermag so viel Verschiedenartiges zu decken, daß eine einheitliche Sinngebung auf den ersten Blick fast aussichtslos scheint: das Recht einer Kaufmannsgemeinde, einer vollentwickelten deutschen Stadt, Ortsrecht auf Grund einer Gründerleihe, ebensolches auf Grund einer Umsetzung slawischer Dörfer, ja selbst Verleihungen einzelner Objekte (private Erbleihe) werden als „ius teutonicum" oder mit einem der zahlreichen gleichbedeutenden Ausdrücke bezeichnet. Darüber hinaus kann das selbstverständlich auch „Rechtsordnung deutschen Ursprungs" im Gegensatz zu einer fremdnationalen bedeuten. Die letztangeführte Bedeutung ist vorerst auszuschalten. Die Sinngebung ergibt sich für die erstangeführte Gruppe verhältnismäßig leicht. Grundlegend ist die von Kötzschke herausgestellte Betrachtung, daß die Bezeichnung als „deutsches Recht" im Mutterland und in der Nahzone nicht vorkommt. Kötzschke hat auch gleich die Erklärung dafür beigebracht. So wie mitten im fremden Volkstum der Sachse, Franke, Baier die Gemeinsamkeit ihres Deutschtums gewisser-

maßen handgreiflich kennenlernten, erschloß sich hier — und vielleicht gar zuerst bei den Angehörigen des fremden Volkstums — die höhere Einheit des deutschen Rechts. Von der fremdvölkischen Seite her gesehen freilich zuerst in den Richtungen, die in das Recht des Landes zugunsten der Deutschen gleichsam Bresche schlugen, den Lebensraum für sie absteckten; es waren dies bei Kaufleuten Marktrecht, bei Bauern Bodenrecht, bei beiden Selbstverwaltung, die sich nur durch „Befreiung" (libertas) von den die einheimische Bevölkerung des Gastlandes betreffenden Bindungen bewerkstelligen ließ. Das hat Kötzschke (s. die oben angeführte Stelle über das „Freiheitsrecht") scharfsichtig erkannt, wobei wir zu der dort hervorgehobenen „wirtschaftlichen" noch die rechtliche Selbständigkeit, nämlich die Selbstverwaltung, hinzufügen möchten. Dieses Freiheitsrecht deckt vollkommen die zwei Zweige der deutschen Niederlassung, die wir als städtische und dörfliche, bürgerliche und bäuerliche erkennen, die übrigens oft genug (s. Weichbildverfassung) in engster räumlicher und organisatorischer Verbindung miteinander vorkommen. Es bietet nicht die geringste Schwierigkeit, der von Kötzschke treffend gekennzeichneten ländlichen Siedlung die Charakterisierung der Stadt an die Seite zu stellen, indem wir sie als eine auf ein bestimmtes Gebiet bezogene Bürgergemeinde mit Selbstverwaltung bezeichnen.

Bei beiden Formen der deutschen Siedlung waren die Gemeinschaftsbeziehungen von besonderer Stärke; das haben Kötzschke-Ebert in ihrer Geschichte der ostdeutschen Kolonisation (insbes. S. 179, 185, 205) ja auch schon stark hervorgehoben. Da sich das Recht des Gastlandes infolge ihrer Autonomie jedenfalls nicht auf die zwischen den Deutschen untereinander entstehenden Rechtslagen erstreckte, war die Anwendung ihres deutschen Rechtes selbstverständlich. Das hat mit dem ius teutonicum in diesem Sinne an sich nichts zu tun, wie Kötzschke ebenfalls durchaus richtig festgestellt hat.

Neben ius teutonicum in der Bedeutung (dörfliche oder städtische) deutsche Siedlungsform in dem obenentwickelten Sinne finden wir aber (und das hat Kötzschke wohl absichtlich nicht berührt) dasselbe in der Bedeutung private Erbleihe. Das Vorkommen des Ausdrucks ius teutonicum in diesem Sinne ist nicht leicht zu übersehen und wäre erst noch zu untersuchen. Entwicklungsmäßig besteht wohl kein Zweifel, daß der Ausdruck zuerst an der Gründerleihe gehaftet hat und erst dann auf die private Erbleihe übertragen worden ist, weil eben die freie Erbleihe die Rechtsform war, zu der die deutschen Siedler ländlicher oder städtischer Niederlassung ihren Grund, Hufe oder Hofstatt, innehatten. Aber auch das ist bloß eine Vermutung, für die der quellenmäßige Nachweis meines Wissens noch nicht erbracht ist. Soviel ist jedoch sicher, daß wenigstens im böhmisch-mährischen Raum die Nachrichten über private Erbleihe derjenigen über die Gründerleihe nachfolgen und daß die erstere es war, die unter der Bezeichnung „Burgrecht" in Stadt und Land von allergrößter Bedeutung ist und noch in Koldins Böhmischen Stadtrechten (L 7 ff.) von 1579 ihre rechtliche Regelung findet[2].

Die Bedeutung „private Erbleihe" möchten wir demnach bis auf weiteres nur als eine Abspaltung der Bedeutung „deutsche Siedlungsform" auffassen. Durchaus selbständig scheint dagegen die zweite der oben angeführten Bedeutungen von ius teutonicum: Rechtsordnung deutschen Ursprungs im Gegensatz zu einer fremdnationalen. Da ist es ganz besonders merkwürdig, daß das von Kötzschke angeführte älteste Beispiel der Erwähnung deutschen Rechtes im Osten auch das hervorragendste Beispiel für den Gebrauch des Wortes in dieser zweiten Bedeutung ist. Das ist Kötzschke auch nicht entgangen, doch scheint er mir nicht alle Folgerungen daraus gezogen zu haben. Wenn das Sobieslawsche Privileg für die Prager Deutschen die lex et consuetudo Theutonicorum nicht etwa als solche verleiht, sondern gestattet, nach ihr zu leben; wenn als Begründung dafür angeführt wird, daß der Volksverschiedenheit zwischen Deutschen und Tschechen auch eine Rechtsverschiedenheit entsprechen solle, so geht das, was insbesondere auf tschechischer Seite verkannt wurde, über eine Gewährung einzelner privilegialer Vorrechte (die dann auch noch folgen) weit hinaus und bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Anerkennung der Geltung deutscher Rechtsordnung in vollem Aus-

[2] Als Beispiele nennen wir etwa: Reg. Boh. IV, 1837 (1275). Tadra, Summa Gerhardi Nr. 131, 133, 134.

maß für die privilegierte Gemeinde. Für unsere Betrachtung bedeutet das, wie ich glaube, daß das Sobieslawsche Privileg nicht als Anfangspunkt der Bedeutungsreihe „Deutsche Siedlungsform" angenommen werden kann, wenngleich sein Inhalt für die Geschichte der bürgerlichen Siedlungsform selbst von allergrößter Wichtigkeit ist, sondern daß mit ihm eine andere Bedeutungsreihe „Rechtsordnung deutschen Ursprungs" beginnt. Die verhältnismäßige Seltenheit solcher Zeugnisse beruht doch wohl darauf, daß sich das deutsche Recht als Rechtsordnung immer in Gestalt eines partikularen Rechtes darbot und daher regelmäßig auch die Benennung dieses partikularen Rechts in den Quellen auftritt. Wenn das im Sobieslawschen Privileg nicht der Fall ist, wird es wohl darauf zurückzuführen sein, daß bei den Deutschen der Prager Vorburg ein Zweifel über das partikulare deutsche Recht nicht bestand, wenn wir es auch leider nicht mit Sicherheit zu erkennen vermögen.

Das deutsche Recht in seinen beiden Hauptbedeutungen, deutsche Siedlungsform und Rechtsordnung deutschen Ursprungs, hat nun eine Ausweitung von grundlegender Wichtigkeit erfahren, indem es von deutschen Gemeinschaften, denen es ursprünglich allein zugekommen sein muß (vgl. auch Kötzschke S. 64 f.), auf gemischt- und schließlich auf fremdnationale Gemeinschaften überging. Damit erweitert sich die Bedeutung ius teutonicum — deutsche Siedlungsform zur Bedeutung „deutschrechtliche Siedlungsform" [3], deren Berechtigung unbestreitbar ist, wie auch Kötzschke (S. 53) anerkennt. Daß damit nicht, wie insbesondere von polnischer Seite geschehen ist, eine Verdunklung der deutschrechtlichen *und deutschen* Siedlung erfolgt und deutsche Siedlungen unter dem Deckmantel der deutschrechtlichen ungebührlich in den Hintergrund der wissenschaftlichen Betrachtung geschoben werden, wird, wie Kötzschke ebenfalls betont, eine Aufgabe gewissenhafter wissenschaftlicher Untersuchung bleiben müssen. Die Bedeutung ius teutonicum = Rechtsordnung deutschen Ursprungs bleibt an sich gleich, auch wenn es sich um die Geltung deutscher Rechtsordnung in einer vorwiegend oder ganz fremdvölkischen Gemeinschaft handelt. Hier wie bei der nur deutschrechtlichen (nicht deutschen) Siedlung geht es um einen *Rezeptionsvorgang*, der sich im einzelnen unmerklich vollziehen kann, wenn eine deutsche Gemeinde durch Umvolkung zur fremdnationalen wird, wie dies im Sudetenraum, in Polen, im ungarisch-slowakischen Raum vielfach geschah, der aber auch ohne ursprünglich deutsche Volksgrundlage mehr oder weniger nachhaltig eintreten kann, wie wir dafür in der äußersten Fernzone deutscher Rechtsgeltung bezeichnende Beispiele haben. Wenn auch meistens zur Bezeichnung des deutschen Rechts der Name des betreffenden partikularen (Magdeburger usw.) Rechts verwendet wird, so kommt die Bezeichnung als deutsches Recht daneben doch auch vor, wie denn die Bezeichnung des Supremum Ius Teutonicum castri Cracoviensis ein eindrucksvolles Einzelbeispiel dafür ist [4].

Rechnet man dazu auch noch die zahlreichen *Beeinflussungen*, die fremdes Recht durch das deutsche erlitten hat, ohne ganz von ihm verdrängt zu werden, die demnach terminologisch insofern nicht faßbar sind, als das betreffende Recht dem Namen nach immer noch als solches auftritt, so erschließt sich die ganze gewaltige Wirksamkeit, die das deutsche Recht im Osten entfaltete und die wir dank der trefflichen Arbeit Kötzschkes einmal von der rechtsterminologischen Seite her in neuer und besonders lehrreicher Beleuchtung erblicken.

Wilhelm Weizsäcker, Wien.

---

[3] Vgl. *Koßmann*, Die deutschrechtliche Siedlung in Polen, dargestellt am Lodzer Raum. Leipzig, S. Hirzel 1939.

[4] Vgl. jetzt auch *Niemann*, Die Grundzüge der Verfassungsgeschichte Krakaus im Mittelalter. Die Burg, 2. Jg., 1941, S. 98, Anm. 41. Ein anderes Beispiel *Weizsäcker*, Das deutsche Recht des Ostens im Spiegel der Rechtsaufzeichnungen. Deutsches Archiv f. Landes- u. Volksforschung, 3. Jg., 1939, S. 68.

Ein Kampf ums Recht in Untersteiermark

Mit dem siegreichen Feldzug gegen Jugoslawien und dem Zerfall dieses pseudonationalstaatlichen Gebildes konnte auch an der Südostecke des Großdeutschen Reiches ein altes Unrecht von St. Germain getilgt werden: Nach 20jähriger Fremdherrschaft wurde das sonnige Rebenland der Untersteiermark wieder mit dem Reichsgau Steiermark vereinigt. Da nach der Heimkehr ins Reich im Rahmen der vielfältigen Aufbauarbeit auch der Weinbauernstand dieses Landes auf eine neue und gesunde Grundlage gestellt werden soll, darf ein in der Schriftenreihe des „Joanneums" erschienener Beitrag des Staatsbibliothekars der Grazer Universitätsbibliothek Dr. Anton Kern ein über den engeren Kreis der Rechtshistoriker hinausgehendes Interesse in Anspruch nehmen. Wenn der Verfasser in seiner als sozialpolitische Studie bezeichneten Arbeit „Ein Kampf ums Recht, Grundherren und Weinbauern in der Steiermark im 16. und 17. Jahrhundert"[1] einen jahrzehntelangen Rechtsstreit behandelt, der zwischen den Weinbau treibenden Bürgern und Bauern der Untersteiermark und ihren Grundherren im 17. Jahrhundert bis in den Anfang des 18. Jahrhunderts ausgefochten wurde, ist weniger der Gegenstand und Inhalt dieser Auseinandersetzung von Belang als der Einblick, den man in Verwaltung, Rechtsgang, innenpolitisches Leben, wirtschaftliche und soziale Verhältnisse gewinnt. Vor allem bringt uns die Arbeit Seite für Seite die Bestätigung der engen politischen und wirtschaftlichen Verknüpfung der Untersteiermark mit dem übrigen Lande in der damaligen Zeit, gegenüber welcher die heute wieder gutgemachte Zerreißung jahrhundertealter Zusammengehörigkeit als eine zwar schmerzvolle, aber doch nur episodenhafte Zeitspanne in die kämpfe- und opferreiche Geschichte dieses deutschen Grenzlandes eingehen kann.

Gegenstand des „Kampfes ums Recht" ist die Frage, ob die Grundherren, die bis zur Grundablösung im Jahre 1848 auch in der Steiermark den gesamten Boden zum Eigentum hatten, berechtigt sein sollten, bei jedem Wechsel im Besitze eines Weingartens vom Übernehmer 10 v. H. des Wertes als Veränderungsgebühr (Laudemium) einzuheben. Bis ins 16. Jahrhundert konnte jeder Bauer oder Bürger, der sich einen Weingarten anlegen wollte, vom Grundherren einen „Hang von grünen Stauden" zur ewigen Nutzung übernehmen. Dafür mußte er jährlich ein bestimmtes Maß von Wein versprechen, über das er sich mit dem Grundherrn geeinigt hatte. Als es aber später nur mehr wenig Grundstücke zur Anlage von Weingärten gab, suchten die Grundherren gegen die ursprüngliche Vereinbarung auf vielerlei Art ihr Einkommen aus den Weingartengründen zu erhöhen. Erst allmählich und seit dem Jahre 1624 auf Grund eines landesfürstlichen Privilegiums durch Kaiser Ferdinand II. forderten sie bei jedem Verkauf und, was als besonders untragbar und ungerecht empfunden werden mußte, auch bei jedem Erbgang 10 v. H. des Wertes vom Weingarten als Veränderungsgebühr. Das Grundstück, das der Grundherr beigestellt hatte, war an sich wirtschaftlich von geringem Wert. Erst die vom Weinbauern geschaffene kostspielige Rebenanlage, Bau von Keller, Presse und sonstige Einrichtungen machten den Weingarten wertvoll. Zu dem schon hohen Zins in Wein kam nun noch die Veränderungsgebühr, die auch von Haus, Presse und Fahrnissen gegeben werden mußte, also von Bauten und Einrichtungen, zu denen der Grundherr nichts beigetragen hatte. In Zeiten der Pest kam es vor, daß in einem Jahre ein Weingarten dreimal den Besitzer wechselte, so daß auch die Gebühr dreimal zu zahlen war. So rief diese Neuerung „Wehklagen, Seufzen und Jammern, ja auch Vermaledeien und Fluchen" in den Weinbaugebieten hervor; die Städte Marburg, Radkersburg und Pettau stellten sich an die Spitze einer Bewegung, die wegen der Veränderungsgebühr gegen die Grundherren einen 80jährigen Kampf führte, in dessen Hintergrund immer wieder die schweren Kriegs- und Notzeiten stehen, die für die Steiermark als des „Reiches Hofzaun" die ständige Türkenabwehr mit sich brachte.

[1] Graz, Steirische Verlagsanstalt 1941, 126 S. = Beiträge zur Naturkunde, Kunst und Wirtschaft des Ostalpenraumes.

Neben diesen drei Städten erscheinen in den von Richter und Rat untersteirischer Gemeinwesen für die Verhandlungsführung ausgestellten Vollmachten auch noch Cilli, Friedau, Gonobitz, Luttenberg, Polstrau, Sachsenfeld, das Edeltum Tüchern, Tüffer, Wernsee und Windischfeistritz. Im letzten Abschnitt der abwechslungsreichen Auseinandersetzungen, welche die Weinbauern um ihr Recht führten, lernen wir in dem Murecker Bürger Johann Georg Lorber eine wahre Kohlhaas-Natur kennen. Da dieser sich auch an den Kämpfen gegen die ungarischen Rebellen und Kuruzzen hervorragend beteiligte, können wir seiner als eines untersteirischen Freiheitskämpfers um die Wende des 17. Jahrhunderts gedenken. Größtenteils auf eigene Kosten hatte er Bürger und Bauern von Mureck und Umgebung mit Waffen versehen, war mit ihnen den Radkersburgern zur Hilfe geeilt und hatte schließlich bei Luttenberg den Kuruzzen eine empfindliche Niederlage beibringen können.

Gegenüber diesen Ereignissen sind es natürlich keine heroischen Taten, welche der Verfasser im Laufe seiner Darstellung erzählen kann. Menschliches Handeln mit all seiner Unvollkommenheit und Selbstsucht ist es, dem wir in diesem Kampfe der Bürger und Bauern gegen die an sich nur geringe Zahl der Grundherren begegnen. Hinter diesen aber standen die Landstände, das sind die Prälaten, Herren, Ritter und Landleute, welche sich die Interessen der Grundherren zu eigen machten. Wenn diese oft und gern die Worte „patriotisch, vaterländisch, vaterlandsliebend" gebrauchen und davon reden, daß „der gemeine Nutzen dem Eigennutz vorangehen muß", dann meinten sie nur die Förderung ihrer eigenen Interessen, und ihr Vorteil war ihnen der Gemeinnutz. Eine für die Kenntnis der sozialpolitischen Beziehungen der Stände zueinander aufschlußreiche Beantwortung gibt der Verfasser auf die Frage, warum sich gegenüber dem 16. Jahrhundert die Anschauungen über die gestellte Rechtsfrage, wie überhaupt über das Verhältnis zwischen Grundherren und Untertanen so grundlegend geändert hatten. Dies war eine Folge der starken Durchsetzung des grundbesitzenden Adels mit volksfremden Elementen, mit deren Hilfe die habsburgischen Landesfürsten die Wiederkatholisierung des Landes durchführten. Der Adel früherer Jahrhunderte, vielfach selbst aus dem heimischen Bauernstande hervorgegangen, lebte in enger Verbundenheit mit diesem. Mit Abschluß der Gegenreformation aber waren die Grundherrschaften, ehemals Führer der Bauern, vielfach deren Bedrücker geworden. Der Landesfürst, das war der Kaiser, hielt die Veränderungsgebühr zwar für unbillig, da nicht die Allgemeinheit, sondern nur wenige Grundherren davon Vorteile hatten; seine Stellungnahme aber schwankte. Wohl sah er das Recht auf seiten der Bürger und Bauern und erließ wiederholt Patente zu ihren Gunsten; doch finden wir ihn dann wieder auf seiten der Stände, die ihm die Steuern im Lande zwar nicht bezahlten, aber zu bewilligen hatten. Nicht gering waren die Summen, mit denen die Stände selbst die höchsten Stellen am kaiserlichen Hofe bestechen mußten, um günstige Entscheidungen zu erwirken oder mit Verschleppungstaktik und bürokratischem Formalismus eine Benachteiligung hintanzuhalten.

Kerns Studie ist für den Rechtshistoriker auch deshalb wertvoll, weil sie die Erscheinung der Rechtsverminderung, auf welche das Fachschrifttum mangels an Quellen im allgemeinen nur wenig eingeht, an dem geschilderten Beispiel Schritt für Schritt an Hand umfangreicher Aktenbestände, vorwiegend aus steirischen Archiven, nachweisen kann. Dabei zeigt sich, wie das römische Recht, das mit seinem Eigentumsbegriff den überkommenen deutschen Formen der Nutzungsrechte an Grund und Boden nicht gerecht werden kann, sich bei der Vielgestaltigkeit dieser auf deutschem Boden entstandenen Besitzrechte schädlich auswirken mußte.

Hermann Ibler, Graz.

Deutsche Bauernsiedlung in Lettland

Es ist das Schicksal des Baltendeutschtums gewesen, daß es sich nicht der breiten bäuerlichen Grundlage zur Gestaltung seiner politischen und biologischen Geschicke bedienen konnte, wie sie anderen außendeutschen Volksgruppen, z. B. den Siebenbürger Sachsen, seit je zur Verfügung stand. Der große baltendeutsche Historiker Carl Schirren hat diese Tatsache im Augenblick des ausbrechenden Existenzkampfes des Baltendeutschtums in die bitteren Worte gefaßt: „Einzig auf sich angewiesen ist diese Kolonie geblieben, ein Bau, nicht getragen von breit gefestigtem Grunde, gewölbt wie über dem Abgrund, ohne Stütze, außer im eigenen Gefüge." Die Ursachen des Fernbleibens des deutschen Bauern sind in verschiedenen Vorgängen gesucht worden; entscheidend dürfte gewesen sein, daß in dem Augenblick, da die Ansetzung deutscher Bauern in Livland möglich war, einerseits kein Menschenmaterial mehr zur Verfügung stand, zum anderen die von der Preußens so sehr abweichende Landesverfassung Livlands mit ihrem Nebeneinander gleichstarker und gleichberechtigter Landesherren eine einheitliche Ansiedlung verhinderte. Abgesehen von der in ganz anderem historischem Zusammenhang entstandenen deutschen Bauernsiedlung Hirschenhof in Livland[1] blieb Livland ein Land ohne deutsche Bauern.

Erst 1905, als die erste russische Revolution auch in Livland, Kurland, weniger in Estland, den Haß der lettischen bzw. estnischen Bevölkerung gegen die deutschen „Herren" zu fanatischen Ausbrüchen emporflammen ließ, als zum erstenmal deutsche Gutshöfe und Pfarrhäuser brannten und Deutsche erschlagen wurden, erkannte man im Baltendeutschtum die unmittelbare, die gesamte Existenz bedrohende Gefahr, in der man schwebte. Damals nun wurde zum ersten Male das Fehlen des deutschen Bauerntums schmerzlich empfunden, und es fanden sich mutige und entschlossene Männer, die das historische Versäumnis nachzuholen unternahmen, um damit dem Baltendeutschtum in letzter Stunde die fehlende bäuerliche Grundlage zu schaffen. Es sind vor allem Karl Freiherr von Manteuffel gen. Zoege, Besitzer des Majorats Katzdangen in dem kurländischen Kreise Hasenpoth und Kreismarschall dieses Kreises, und Silvio Brödrich, Besitzer des Rittergutes Kurmahlen im kurländischen Kreise Goldingen gewesen, die den Gedanken einer deutschen Bauernsiedlung aufgriffen, gegen verschiedene Widerstände und mit eigenen großen materiellen Opfern durchfochten und dabei auf Erfolge zurückblicken konnten, die, hätte der Weltkrieg das soeben begonnene Siedlungswerk nicht unterbrochen, wohl eine Änderung der gesamten volkspolitischen Lage des Baltendeutschtums zur Folge gehabt haben würde. Neben diesen beiden Männern hat im wesentlichen nur das Siedlungsunternehmen des Landrats Maximilian von Sivers-Römershof in Livland zur Gründung einer den Weltkrieg überdauernden deutschen Bauernkolonie geführt.

Silvio Brödrich hat schon während des Weltkrieges über seine Siedlungsarbeit berichtet, um während der Zeit der deutschen Besetzung des Landes für den Gedanken einer deutschen Bauernsiedlung zu werben[2]. Auch Manteuffel hat seine Anschauungen über die deutsche Ostpolitik und Ostsiedlung in einer kurz nach dem Weltkriege erschienenen Schrift niedergelegt, in der er aber nicht näher auf sein eigenes Siedlungsunternehmen eingegangen ist, dafür aber überraschend gegenwärtig anmutende Gedanken über das Verhältnis des Reiches zum Ostraum, insbesondere zu Rußland, äußerte[3]. Eine erste zusammenfassende Übersicht über das deutsche Siedlungswerk der Jahre 1906—1914 bot dann Pastor Konrad Schulz in dem Artikel „Deutschbalten und baltische Lande" (Abschnitt: „Siedlungsgeschichte") des „Handwörterbuchs des Grenz- und Auslanddeutschtums"[4].

Erst 1938 entschloß sich Manteuffel, seine Lebenserinnerungen niederzuschreiben und darin eine ausführliche Darstellung seiner Siedlungsarbeit zu geben. Dieser Abschnitt ist kürzlich als Band 5 der „Sammlung Georg Leibbrandt", die „Quellen und Materialien zur Erforschung

[1] Werner Conze, Hirschenhof. Berlin 1934.

[2] Vgl. das Verzeichnis der Schriften Brödrichs bei R. Schulz, Der deutsche Bauer im Baltikum, a. a. O., S. 145.

[3] Deutschland und der Osten. München 1921.

[4] Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums, Bd. II, S. 181/82.

des Deutschtums in Osteuropa" sammelt und veröffentlicht, erschienen[5]. Schon einige Jahre vorher hatte der inzwischen leider jung verstorbene Rudolf Schulz in einer größeren Arbeit unter dem Titel „Der deutsche Bauer im Baltikum" die Vorweltkriegssiedlungen in Lettland und Estland untersucht und dargestellt[6]. Da Schulz sich bei der Darstellung des Manteuffelschen Siedlungswerkes auf dessen nunmehr veröffentlichte eigene Aufzeichnungen stützte, beide Arbeiten außerdem inhaltlich zusammengehören, sei im folgenden etwas näher auf sie eingegangen.

Manteuffel schildert zunächst seine Bemühungen, als junger Majoratsherr und Kreismarschall mit den Letten zu einem von gegenseitigem Vertrauen getragenen Verhältnis zu kommen, wie es der Tradition seines Hauses entsprach. Die Angriffe der russischen Zarenregierung auf das Baltendeutschtum und seine völkische Existenz und die von ihr bewußt betriebene Spaltung zwischen den deutschen „Herren" und den Letten hoffte er dadurch zu überwinden, daß er versuchte, durch enge Zusammenarbeit mit ihnen, durch Fürsorge für die ihm anvertrauten Untergebenen lettischer Volkstumszugehörigkeit zum Erfolg zu kommen und dadurch das Lettentum dem Deutschtum einzugliedern. Die russische Revolution von 1905 machte alle seine Pläne zunichte, seine eigenen Letten verrieten ihn, verbrannten sogar seinen Stammsitz Katzdangen, und nun mußte er erkennen, daß eine Einigung nicht mehr möglich war. Jetzt erst wurde ihm gleich vielen seiner baltendeutschen Standesgenossen bewußt, daß ihre Stellung nur zu halten war, wenn sie sich auf einen deutschen Bauernstand stützen konnten. Durch einen Zufall kam man auf die deutschen Bauern in Wolhynien, deren Notlage gegenüber den Russen, welche sie verdrängen wollten, durch persönliche Berichte eines nach Wolhynien versetzten deutschen Pfarrers aus den baltischen Landen bekannt wurde. Manteuffel selbst reiste nach Wolhynien, warb dort deutsche Kolonisten an und siedelte sie auf seinen Gütern an. Ihn leitete der Gedanke der „Aufstiegssiedlung". Er wollte die deutschen Bauern zunächst in Knechtssiedlungen als Knechte ansetzen, um ihnen Zeit und Gelegenheit zum Einarbeiten in die örtlichen agrarischen Verhältnisse zu geben, dann als Pächter auf seinen Fideikommißgütern ansiedeln, da er dieses Land nicht veräußern durfte, und endlich auf von ihm erworbenen und für die Aufteilung bestimmten Gütern als Eigentümer seßhaft machen. Alle drei Arten der Siedlung hat Manteuffel betrieben. Während die Knechtssiedlungen einen deutschen Landarbeiterstand schufen, ermöglichten die Pächtersiedlungen die Besetzung auch fideikommissarisch gebundenen Bodens mit Deutschen. Beide Siedlungsarten erwiesen sich jedoch nicht als geeignet, die Agrarreform Lettlands zu überstehen. (Davon später im Zusammenhang mit der Arbeit von R. Schulz.) Die Eigentümersiedlungen nahm Manteuffel nach folgendem Muster vor: er erwarb ein Gut zur Aufteilung an landhungrige und zahlungsfähige Siedler, teilte es in Parzellen, die sternförmig vom Gutszentrum aus die Gutsflur durchschnitten, wies den einzelnen Eigentümern eines der Wirtschaftsgebäude des Gutes als Wohnung zu, behielt das Gutshaus, den Obstgarten und den Wald in eigener Verwaltung (das Gutshaus wurde Versammlungsraum oder Schule für die Siedler) und erreichte dadurch erstens eine geschlossene deutsche Siedlung, zum anderen die Möglichkeit, das Gut als „Willigungsgut" weiterzuführen. Unter „Willigung" verstand man im kurländischen Agrarrecht die von den Rittergütern freiwillig geleisteten Steuern; die in die Steuerrolle des Landtages eingetragenen „Willigungsgüter" mußten aber aus ihr gestrichen werden, wenn sie aufgeteilt (oder z. B. von der russischen Agrarbank erworben) wurden. Manteuffel versuchte also die Schaffung geschlossener deutscher Siedlungen mit der Erhaltung der lediglich kulturellen Zwecken dienenden und außerordentlich wichtigen „Willigungen" zu verbinden. Durch unermüdliche Fürsorge für die Neuankömmlinge, die Einrichtung von Schulen, die Abhaltung von Gottesdiensten — die wolhyniendeutschen Ansiedler waren sehr stark kirchlich gebunden und legten auf

---

[5] Karl Freiherr von Manteuffel-Katzdangen, Meine Siedlungsarbeit in Kurland. Leipzig, S. Hirzel 1941. = Sammlung Georg Leibbrandt, hrsg. v. E. Meynen, Bd. 5.

[6] Rudolf Schulz, Der deutsche Bauer im Baltikum. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte eines deutschen Bauernstandes im Baltikum. Berlin: Volk und Reich 1938. = Zur Wirtschaftsgeographie des deutschen Ostens. Politisch- und wirtschaftsgeographische Untersuchungen und Darstellungen, hrsg. von Walter Geisler, Bd. 15.

Abhaltung von Gottesdiensten ganz besonderen Wert —, durch Anregung zur äußeren und inneren Ausgestaltung ihrer Häuser und Wohnungen versuchte Manteuffel, seinen Siedlern das Einleben in der neuen Heimat leicht und rasch zu ermöglichen. Sein Siedlungswerk ist von Erfolg gekrönt gewesen: nur wenige Siedler sind wieder abgewandert. Als dann jedoch der neue Staat Lettland durch gesetzliche Maßnahmen, insbesondere die „Agrarreform" (1920—1923), den deutschen Großgrundbesitz zerschlug und enteignete, erwies es sich, daß nur die Eigentümersiedlungen diesem Angriff standzuhalten vermochten, indes die Knechts- und Pächtersiedlungen, die ja auf Gutsland lagen, nahezu restlos durch die Enteignung zugrunde gingen. Das konnte Manteuffel naturgemäß nicht voraussehen. Seine „Aufstiegssiedlung" brauchte Zeit. Wäre diese ihr vergönnt gewesen, so hätte sein Siedlungswerk sicherlich mehr Erfolge zeitigen können. Zweifel daran, ob es noch möglich war, „allein aus eigener Kraft den völkischen Aufbau des Landes zu ändern, den fehlenden deutschen Bauernstand zu schaffen, den sich bereits bedenklich neigenden baltisch-deutschen Turm zu untermauern" (S. 61), sind Manteuffel selbst schon kurz vor Ausbruch des Weltkrieges gekommen. „Die baltische Aufgabe war nicht mehr von innen zu lösen, sondern nur von außen, als eine der wichtigsten Ostfragen, als ein Ziel deutschen Ostwillens" (S. 61). Mit dieser resignierten Erkenntnis schließen die lebendigen Ausführungen des Verfassers, dessen geschichtliche Leistung für das Baltendeutschtum trotz der relativ geringen Enderfolge feststeht.

Es sei am Schlusse darauf hingewiesen, daß die Erinnerungen Manteuffels nicht nur einen wesentlichen quellenmäßigen Beitrag zur Geschichte des deutschen Bauerntums in Lettland darstellen — besonders hervorgehoben sei die ausgezeichnete Karte, die der Schrift beigegeben ist! —, sondern durch die Breite der Erzählung und die Schilderung vom Alltagsleben auf Katzdangen und in den Siedlungen einen wichtigen Eindruck von den ländlichen Verhältnissen Kurlands kurz nach der Jahrhundertwende vermitteln.

Die Arbeit von Schulz, die sich in der Darstellung des Manteuffelschen Siedlungswerkes auf dessen eigene Aufzeichnungen stützt, gliedert sich in drei große Abschnitte. In einem Einleitungskapitel gibt Schulz einen Abriß der Bevölkerungsstruktur des baltischen Deutschtums und ihrer historischen Voraussetzungen, der Gründe für die Notwendigkeit deutscher Bauernsiedlung und der allgemeinen Agrarverhältnisse des Landes. Dieser Teil stützt sich auf bereits vorliegende eingehende Untersuchungen. Im ersten Teil wird dann die Tätigkeit Manteuffels geschildert und mit der Brödrichs verglichen. Schulz hebt hervor, daß Brödrich von vornherein nur an Eigentümersiedlungen dachte, da ihm diese krisenfester erschienen. Er teilte den ihm zur Verfügung stehenden Boden in „Kulturland" und „Stubbenland", unter letzterem verstand er Waldboden, der erst gerodet werden mußte und den Manteuffel von der Besiedlung ausschloß, um die Kolonisten nicht zu sehr zu belasten. Brödrich verkaufte ihn zu herabgesetzten Preisen an wolhynische Siedler — mit den Wolgadeutschen scheint man schlechtere Erfahrungen gemacht zu haben, sie erwiesen sich den an sie gestellten Anforderungen nicht gewachsen — und machte die Erfahrung, daß diese Primitivsiedlungen sich gut bewährten, da die Wolhyniendeutschen schon in ihrer Heimat als Rodesiedler angesetzt gewesen waren. Außerdem haben die Brödrichschen Siedlungen, die auf Schaffung eines deutschen Eigentümerstandes ausgingen, auch die lettländische Agrarreform zu überdauern vermocht. Gleiches gilt von der Kolonie „Heimtal" in Estland, die Schulz ebenfalls kurz behandelt. Allerdings war es Brödrich nicht möglich, einen so geschlossenen Landkomplex mit Deutschen zu besiedeln, wie es Manteuffel vermochte. Auch war er nicht geneigt, dorfähnliche Siedlungen, wie sie Manteuffel auf den aufgeteilten Gütern zu schaffen versuchte, zu erstellen, sondern er bevorzugte die landesübliche Einzelhoflage. Als Ergebnis seiner Siedlungen sind einige deutsche Bauernstreusiedlungen nach dem Weltkriege bestehen geblieben. Schulz schildert dann kurz die im wesentlichen an Manteuffels Vorbild anknüpfende Arbeit von Max von Sivers-Römershof, die Entstehung der estländischen Kolonie „Heimtal", und streift dann die Siedlungspläne während des Weltkrieges, da sich die baltendeutschen Großgrundbesitzer zur Bereitstellung eines Drittels des ihnen gehörenden Bodens für eine deutsche Bauernsiedlung bereiterklärten, ohne daß es zu einer solchen nun noch gekommen wäre, und behandelt endlich im zweiten Teil seiner Arbeit Lage und Bedeutung der deutschen Bauern in den nach dem Weltkriege entstandenen Staaten Lettland und Estland, ihre zahlenmäßige Stärke,

ihre wirtschaftliche Lage, ihre biologischen Verhältnisse und ihre Bedeutung für die baltendeutsche Volksgruppe in ihrer Gesamtheit, die einmal in der gesunden Vermehrungskraft beschlossen ist, zum anderen in der Erhaltung der Bodenständigkeit des Baltendeutschtums. Zum Beweis seiner Ausführungen hat Schulz ein reiches Zahlenmaterial zusammengetragen, und wenn im einzelnen auch manche Unklarheit bestehen bleiben mußte, weil keine Quellen mehr vorhanden waren, so konnte er ein im ganzen erschöpfendes Bild der behandelten Vorgänge zeichnen. Auch seiner Arbeit ist eine Karte der deutschen Bauernsiedlungen in Lettland und Estland beigefügt.

Beide Schriften lehren das eine: Erfolg versprach nur eine Ansetzung deutscher Vollbauern auf wirtschaftlich gesunden und gefestigten Höfen. Sie allein bot die Gewähr, daß nicht irgendwelche gesetzlichen Maßnahmen seitens der fremden Regierungen das ländliche Deutschtum mühelos hinwegfegten. Sie allein bot auch die Gewähr für die Erhaltung der Bodenständigkeit, die Verhinderung der Abwanderung, die Erhaltung und Steigerung der biologischen Kräfte. Daß es nicht gelang, alle deutschen Siedler fest ansässig zu machen, daß die Zeit zu kurz, der größte Teil der baltendeutschen Gutsbesitzer nicht gewillt war, sich an diesem Unternehmen mit der gleichen Opferfreudigkeit zu beteiligen, wie es Manteuffel und Brödrich getan hatten, hat den letzten Versuch, dem Baltendeutschtum den fehlenden Untergrund zu schaffen, scheitern lassen. Diese Erkenntnis ist entscheidend, und es darf wohl ausgesprochen werden, daß beide Schriften gerade im gegenwärtigen Augenblick besonders wichtig sind.

Manfred Hellmann, z. Z. bei der Wehrmacht.

Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande[1]

Diese hervorragende Untersuchung zeigt, wie das Schrifttum Westpreußens trotz der Angliederung des Landes an Polen eine eigene, deutsche Linie aufrechterhielt und die politische Freiheit der Stände in einer bestimmten staatsrechtlichen Deutung der polnischen Verfassung verankerte. Im Gegensatz zu Livland bildete nicht der Adel, sondern das städtische Patriziat Danzigs, Elbings und Thorns den Mittelpunkt des geistigen und politischen Widerstandes gegen alle polnischen Vorstöße. Wer einmal in Danzig die ganze in Frage kommende Literatur — historisch-juristische Abhandlungen, Schulprogramme, Denkschriften, Gedichte und Dramen, Preisschriften und Chroniken — vor Augen gehabt hat, weiß, wie wenig verlockend eine Durchsicht zunächst ist; Schieder hat gezeigt, daß sie im Laufe der Arbeit immer interessanter wird und bedeutsame Ergebnisse zutage fördert. Am Ende liegt für den Zeitraum von 1569 bis zu den Teilungen Polens eine Darstellung vor, die fast einer Geistesgeschichte Westpreußens gleichkommt.

Behandelt werden u. a. Michael Friedwald (einer der wenigen Renegaten), Caspar Schütz, Bartholomäus Keckermann, Christoph Hartknoch, Israel Hoppe, Reinhold Heidenstein, Joachim Pastorius von Hirtenberg, Christian Jakob Koitzsch, Georg Daniel Seyler, Lorenz Mizler von Koloff (über ihn jetzt ausführlich K. Grundmann in K. Lück, Deutsche Gestalter und Ordner im Osten, S. 139—163), Joachim Hoppe und vor allem recht ausführlich Gottfried Lengnich, dessen Erneuerung des weichselländischen Autonomiegedankens in einem besonderen Kapitel dargestellt wird.

Dem wohl abgewogenen Urteil Schieders wird man auch in Einzelheiten zustimmen können. Bei der Geschichte des Danziger Akademischen Gymnasiums hätte wohl das Nebeneinander

[1] Theodor Schieder, Deutscher Geist und ständische Freiheit im Weichsellande. Politische Ideen und politisches Schrifttum in Westpreußen von der Lubliner Union bis zu den polnischen Teilungen (1569—1772/93) Königsberg, Gräfe und Unzer, 1940, 186 S. = Einzelschriften der historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesforschung, Heft 8.

von lutherischer Orthodoxie und Humanismus etwas beleuchtet werden müssen (S. 27 ff.). Ist nicht Strobands Mitwirkung an der „preußischen Korrektur" des adligen Landrechts, auf die Verf. S. 24 nicht eingeht, bedeutsam, d. h. zeigt sie nicht, wie ein so bedeutender Mann wie Heinrich Stroband dadurch u. U. zwischen die Fronten geriet, daß sein Vater das polnische Indigenat erhalten hatte? Daß Stroband neben dem von Schieder mit Recht erwähnten Heidenstein an dieser „Korrektur", die den einheimischen Adel in seiner Rechtsgestaltung von den Städten entfernte, mitgearbeitet hat, läßt sich wohl nicht bezweifeln.

H. J. Beyer, Prag.

Der Stamm der Hessen und das „Herzogtum" Franken

Die Gleichsetzung von Chatten und Hessen, die Zugehörigkeit Hessens zum Franken der Merowinger und Karolinger sowie das Bestehen eines Herzogtums Franken sind in dem klassischen Buch von H. B. Wenck, dem Vater der hessischen Geschichtsforschung, vor 150 Jahren ausführlich behandelt und in positivem Sinne beantwortet worden [1]. Seitdem ist die erste Frage immer wieder erörtert worden, und heute wird die Kontinuität nicht nur im Namen, sondern auch in der Bevölkerung des Hessenlandes von frühgeschichtlicher Zeit an zum Mittelalter hin trotz der ungelösten Etymologie allgemein anerkannt. Dagegen haben das zweite und dritte Thema seitdem keine Spezialuntersuchungen mehr erfahren: „Grund genug, ihm eine eingehende wissenschaftliche Untersuchung zu widmen." [2]

Für den Verfasser ergibt sich die Problemstellung nach einleitender Darlegung der räumlichen Ausdehnung des Chattenstammes vor und während der Römerzeit aus seinem völligen Verschwinden aus der geschichtlichen Überlieferung während des Germanensturms auf den römischen Limes im 3. Jahrhundert bis zum Auftauchen der Hessen im 8. Jahrhundert. Diese Lücke ist aus der politischen Bedeutungslosigkeit jenes kleinen Gebietes zwischen den größeren Auseinandersetzungen der umliegenden Franken, Alemannen, Thüringer und Sachsen erklärbar; umstritten ist die Frage, ob sich die Chatten-Hessen zwischen den Machtauseinandersetzungen als selbständiger Stamm gehalten oder in stärkere bzw. in lockere Abhängigkeit vom fränkischen Stamm begeben haben. Politische Abseitigkeit und auch die von den Rechtshistorikern durchaus anerkannte Möglichkeit der Erschließung eines eigenen hessischen Stammesrechtes aus jüngeren Quellen bestimmen den Verfasser, dem Bestehen eines selbständigen hessischen Stammes neben den Franken zuzuneigen. Die Beweisführung beginnt mit dem Versuch der Herausarbeitung des stammfränkischen Landes innerhalb des Frankenreiches und zeigt die Verlagerung und allmähliche Einengung des Frankenstammes auf das rhein-mainische Siedlungsgebiet. Die Ausbildung eines Stammesherzogtums lehnt Verfasser selbst für die Zeit der Konradiner nach kritischer Würdigung der hierzu beigebrachten Belege ab, erkennt aber Neufranken als „Partner der alten Stammgebiete" mit einem führenden Grafengeschlecht an der Spitze an. Die Frage der Zugehörigkeit Hessens zu diesem Frankenlande wird nach sorgsamer Quellenkritik verneint, die verbleibenden Belege für „fränkische Erde" und „fränkisches Recht" in Hessen erhalten ihre Deutung in Anknüpfung an das dort nachgewiesene Reichsgut und die Ausdehnung des fränkischen Stammesgebietes wird gleichgesetzt — dies ist der entscheidende Punkt — mit der Reichweite fränkischer Siedlung. Als Hauptnachweis fränkischer Besiedlung schließt sich eine Betrachtung über die Verbreitung der „heim"-Orte an, deren geschlossenes Zentrum im Rhein-Maingebiet und in der Wetterau innerhalb der Limesgrenze in Gegensatz zu den Streubelegen jenseits dieser Linie in Hessen gesetzt wird; bestätigt und für das hohe Mittelalter mit den zugehörigen Gauen Wetterau-, Nidda- und Rheingau näher um-

[1] H. B. Wenck, Hessische Landesgeschichte, II (1789).

[2] Edmund E. Stengel, Der Stamm der Hessen und das „Herzogtum" Franken. In: Festschrift Ernst Heymann I, S. 129—174. Weimar, Böhlau 1940. Zugleich Sonderdruck. S. 135.

rissen wird die fränkische Nordgrenze gegen Hessen durch die südlich dieser Linie verbleibenden Urkundenbelege für die Ausdehnung von „Francia", ebenso durch die „Hassia"-Belege nördlich dieser Linie. Entsprechend wird die Umzeichnung der „Francia occidentalis" auf der Stammkarte der deutschen Kaiserzeit in den historischen Atlanten gefordert [3].

Das Thema ist für die Reichsgeschichte wie für die Landesgeschichte von gleicher Bedeutung. Was Stengel an neuem Beweismaterial heranzieht, ist aus seinem hessischen Arbeitsgebiet gewonnen und mit landeskundlicher Methode erarbeitet. So liefert uns die Untersuchung ein Beispiel, wie weit jene schwierige Zeit des 9. und 10. Jahrhunderts durch Heranziehung der Forschungsergebnisse aus etwas jüngeren territorialen Verhältnissen aufgehellt werden kann. Auf diesem Wege gewinnt Verfasser eine sichere Abgrenzung Frankens gegen Hessen [4] anhand der südlichen „Franken"-Nachweise im 10. und 11. Jahrhundert, denen die Zeugnisse für „Hessen" nördlich der Grenze gegenüberstehen (Kap. VI); die Ausscheidung der „blinden" Franken-Belege auf hessischem Boden ist ebenfalls überzeugend. Auf dem Gebiete des Stadtrechtes wird der fränkische Einbruch in Hessen für das 13. Jahrhundert zugegeben (Kap. IV). Auch die Heranziehung der „heim"-Orte (Kap. V) zum Nachweis fränkischen Stamm- und Siedlungsgebietes entspricht der in der historischen Landeskunde entwickelten Arbeitsweise. Der Zusammenhang zwischen Limesgrenze und dichter fränkischer Besiedlung in der Wetterau ist schlagend; für ihre Häufung an dieser Stelle, also für die starke Siedlungstätigkeit wird der Grund in irgendeinem Zusammenhange mit den in der Römerzeit geschaffenen Verhältnissen zu suchen sein, sei es, daß zunächst die Alemannen und nach ihnen die Franken in römische Siedlerstellen eingerückt sind, sei es, daß die „heim"-Namen an die Stelle ihrer römischen Vorgänger getreten sind. Auch die „heim"-Orte in der hessischen „Diaspora" sind Siedlungsgründungen; ihre Beurteilung wird sich daher meines Erachtens nicht so grundsätzlich, sondern nur zeitlich und zahlenmäßig von jener Gruppe unterscheiden. Für ihre Beurteilung im Rübelschen Sinne sind eingehende Untersuchungen in Aussicht gestellt. Nicht teilen kann ich Stengels fundamentale Gleichsetzung von Stammes- und Siedlungsgebiet [5]. Ich halte den Begriff „Stamm" für zu fließend und in den einzelnen Jahrhunderten inhaltlich für zu schwankend und veränderlich, um ihn auf das Völkische einengen zu können. Schon das hessisch-sächsische Grenzgebiet an der Diemel beweist, daß für die Durchsetzung des Stammesnamens andere Faktoren als Volks- und Siedlungsgrenze entscheidend waren. So kann als sicheres Ergebnis festgestellt werden: nach Zurückdrängung der Alemannen geht die fränkische Besiedlung bis an die Limesgrenze vor; und seit dem 11. Jahrhundert ist die fränkisch-hessische Grenze im wesentlichen in derselben Zone nachweisbar. Die dazwischenliegende Lücke hat sich auf diesem Wege bisher nicht schließen lassen. Hier muß auf die Methode der Interpretation in erster Linie der annalistischen Quellen und der Diplome zurückgegriffen werden, d. h. die Untersuchung von der Reichsgeschichte her weitergeführt werden.

Aus der „politischen und kulturellen Abseitigkeit" des hessischen Volkes während des 6. bis 8. Jahrhunderts, mit der die Schweigsamkeit der Überlieferung erklärt werden muß, folgert Stengel [6] die Bewahrung seiner stammhaften Eigenständigkeit. Aber in der Zeit der fortgesetzten Kämpfe mit den Sachsen, in denen Hessen als Durchgangsland vom Rhein zur Weser immer wieder als fränkisches Aufmarschgebiet diente, möchte ich diese Landschaft nicht als politischen Nebenschauplatz werten; Stengel selbst will in Niederhessen geradezu eine fränkische Grenzmark sehen [7]. So ergibt sich vielmehr die völlige politische Durchdringung dieses Raumes seitens der Franken; diese schließt aber ein eigenes Stammesleben der Hessen aus, sofern wir den Stammbegriff nicht auf das Völkische einengen wollen. Und dies um so mehr, solange die Frage eines hessischen Stammesrechtes noch offenbleibt. Den positiven Nachweis hierfür aber haben die Rechtshistoriker noch zu liefern [8]. Der Schwerpunkt der Stammes-

---

[3] Vgl. auch Stengels Selbstanzeige im Dtsch. Arch. f. Gesch. d. MA.s, IV, S. 293 f.

[4] Vgl. hierzu Wenck, II, S. 152. [5] S. 155. [6] S. 136.

[7] Politische Wellenbewegungen im hessisch-westfälischen Grenzgebiet. Mittlg. d. Ver. f. hess. Gesch. u. Ldkde, Jg. 1925/26, S. 5.

[8] Auch Thieme äußert sich zweifelhaft zu der Möglichkeit eines eigenen hessischen Stammesrechtes in DLZ., 62. Jg. (1941), Sp. 1237.

geschichte im 9. Jahrhundert liegt auf politischem Gebiet. Das wird auch an der von Stengel klar herausgearbeiteten Wandlung des Frankenbegriffs vom fränkischen Gesamtreich über das ostfränkische Reich Ludwigs des Deutschen bis zur Beschränkung auf die Rhein-Main-Lande deutlich, die mit dem Abstieg der fränkisch-karolingischen Macht parallel geht. Ich möchte daher in den Hessen keinen Partner der Sachsen, Thüringer, Baiern und Alemannen im werdenden Bau des deutschen Reiches sehen[9] — denn als solche werden sie in den Quellen nicht genannt[10] —, sondern diese Rolle nur den Franken zuweisen, unter denen hier die Hessen miteinzubeziehen sind[11]. Eine unabsichtliche Übergehung der Hessen bei Aufzählung der zum Ostreiche gehörenden Stämme halte ich für unwahrscheinlich[12].

Und zuletzt die Frage des Herzogtums. Auch hierin sehe ich in erster Linie ein machtpolitisches Problem. Die für seine Ausbildung entscheidende Zeit um die Wende des 9. und 10. Jahrhunderts ist viel zu kurz und wenig geeignet gewesen, klare staatsrechtliche Formen durchzubilden. Das Schwergewicht lag bei dem Aufstieg der mächtigen Familien[13]. Daher möchte ich auf eine allzu genaue Wägung der Zuweisung oder Nichtzuweisung des Titels „dux" in dieser oder jener Urkunde lieber verzichten — die Uneinheitlichkeit der Quellen ist selbst ein Zeichen der herrschenden Unsicherheit — und das entscheidende Gewicht darauf legen, daß der jüngere Konrad jedenfalls „dux" gewesen ist und Eberhard als „comes potentissimus in Francia" — auch hier muß Hessen mit einbegriffen sein[14] — gleichwertig neben den duces von Sachsen und Lothringen sowie den principes von Baiern und Schwaben steht[15]. Daß in der rechtlichen Unterbauung dieses fränkische Herzogtum[16] an Festigkeit den anderen Herzogtümern nachsteht, ist zuzugeben, und die von Stengel aufgeführten Gründe sind zweifellos zutreffend; nur möchte ich von diesem Franken in diesem Zusammenhang nicht als „Kolonie des fränkischen Staates" sprechen, sondern vielleicht von dem nach Herausbildung der übrigen Herzogtümer verbleibenden „restlichen Reichsland". Als solchem war in ihm zwar kein Platz zur Entwicklung eines Herzogamtes, wohl aber für die Gewinnung einer herzoglichen Stellung und Würde.

Zusammenfassend teile ich im wesentlichen Lintzels[17] Standpunkt in seiner Besprechung von Stengels Aufsatz, der ebenfalls die Hauptschwierigkeiten in der Begriffsbestimmung von Stamm und Herzogtum sieht, und bin mit ihm der Meinung, daß man zu einer einheitlichen Auffassung des Hessen-Franken-Problems gelangen kann, wenn der Stammbegriff nicht einseitig von der völkischen, siedlungsgeschichtlichen oder rechtlichen Seite her gefaßt wird, sondern mindestens ebenso von der politischen, die je nach Zeit und Dynamik der Kräfte ein Weiterausgreifen und Nachgeben räumlich wie inhaltlich zuläßt; das Gleiche gilt vom Herzogsbegriff, der sich auf Voraussetzungen stützt, wo und wie sie sich jeweils in geeigneter Weise finden. Wie die hessische Landschaft bei einem bleibenden Kern bald nach der einen Seite weiter vorgreift, um zu anderer Zeit an anderen Stellen einem stärkeren Drucke nachzugeben, so reicht auch Franken zu verschiedenen Zeiten verschieden weit. Daß es in Karolingerzeit politisch Hessen mitumfaßte, kann meines Erachtens nicht bestritten werden. Wie tief diese Verbin-

---

[9] Vgl. Stengel, S. 139.

[10] Die Stelle bei Dronke, Kap. 62 (Stengel, S. 173, Anm. 194) ist kein Gegenbeweis.

[11] So auch die Karte der Stammesgebiete im 9. Jahrhundert bei Tellenbach, Die Entstehung des Deutschen Reiches. München 1941.

[12] Stengel, S. 140 u. Anm. 46.

[13] Vgl. Tellenbach, Königtum und Stämme in der Werdezeit des Deutschen Reiches. Quellen und Studien zur Verfassungsgeschichte des Deutschen Reiches in Mittelalter und Neuzeit, VII, 4, 1939, S. 78ff.

[14] Wenck, II, S. 667 unterscheidet bei Konrad und Eberhard zwischen ihrer Würde als fränkischen Herzögen und als hiervon unabhängigen Großgrafen von Hessen; diese rechtliche Trennung halte ich in jener Zeit für unangebracht, zumal das zu ihrer herzoglichen Stellung führende politische Übergewicht zum großen Teil in ihrer hessischen Position mitbegründet ist.

[15] Vgl. Stengel, S. 142.

[16] Ein solches erkennt auch Tellenbach an. Vgl. Entstehung des Deutschen Reiches S. 173 zu S. 105 und Hess. Bll. f. Volkskunde, Jg. 38, 1940, S. 142.

[17] Hist. Zeitschr. Bd. 164, 1941, S. 370ff.

dung gedrungen ist, ist freilich eine andere Frage[18]. Es unterliegt keinem Zweifel, daß zu allen Zeiten, also auch in dem hier interessierenden Zeitraum, Hessen sich als eigene Landschaft mit eigenem Volkstum erhalten hat, und es ist das positive Ergebnis der von der Landesgeschichte herkommenden Untersuchungsmethoden, den dauernden Bestand Hessens als solchen klargestellt zu haben — und sei es nur in den politisch schwächsten Zeiten als eines fränkischen Gaues, jederzeit fähig, sich mit neuem politischen Inhalt zu füllen, wenn das dynamische Kräftespiel diese Entwicklung begünstigte. So führt die Auseinandersetzung über dieses Problem im wesentlichen zu einer Bestätigung der einst von Wenck entwickelten Auffassung und ist ein neuer Beweis dafür, daß unsere heutige Forschung in weit stärkerem Maße an die Arbeiten der Begründer landesgeschichtlicher Forschung aus dem Ende des 18. Jahrhunderts anknüpfen kann, von denen sich die dazwischenliegenden Generationen oft allzuweit entfernt haben. Stengels Untersuchung zeigt so auch die epochenwirkende Bedeutung jener Periode des 9.—11. Jahrhunderts für die Landesgeschichte, so daß es schwer fällt, von der jüngeren territorialen Zeit her über diese Jahrhunderte vorzudringen und die Verbindung mit jener Frühzeit herzustellen, wo in Sprachwissenschaft und Spatenforschung der historischen Landeskunde anders geartete Hilfsmittel zur Verfügung stehen. Günther Wrede, Osnabrück.

Die Südostsiedlung im Mittelalter

Der gewaltige Blutverlust der Völkerwanderung bedingte eine starke Schrumpfung des Volksbodens. Den Osten dem deutschen Volke wiederzugewinnen und die Innenkolonisation waren die große Leistung des frühen Mittelalters. Heinrich der Löwe ist für den Nordosten das leuchtende Sinnbild; der Südosten stand bisher im Schatten: und doch müssen wir uns gewöhnen, beide als Einheit zu sehen, die sich gegenseitig bedingen und ergänzen.

Welche Arbeit da im Südosten geleistet worden ist, ist weder im Wissen des Forschers noch des Laien genügend verankert, besonders die Besiedlung des geschlossenen deutschen Volksbodens zwischen Tirol und Oberpfalz hat noch keinen Darsteller gefunden. Deren Geschichte ist älter, vielleicht mit weniger Blut geschrieben als die des Nordostens und hatte nur wenige zeitgenössischen Chronisten gefunden. Auch Bodenfunde sind spärlich, Orts-, Flur- und Hausnamenforschung muß da weiterhelfen. Flurverfassung, Wegnetz- und Dorfpläne liefern kleine Bausteine dazu, Rechtsformen, Gerichts-, Kirchen- und Grundherrschaftsorganisation geben wertvolle Hinweise, Volkskunde und besonders Mundartenforschung liefern Beiträge. Die jüngste Arbeit[1] des in St. Pölten wirkenden Siedlungsforschers Dozent Dr. E. Klebel versucht erstmalig ein Gesamtbild zu entwerfen und damit eine klaffende Lücke zu schließen.

Von den Germanen der Völkerwanderungszeit lassen sich in diesem Raume für die Zeit der Wiederbesiedlung leider keine Reste mehr nachweisen. Es besteht aber noch die Möglichkeit, daß die Volkskunde schlüssige Nachweise zutage bringen kann, denn beispielsweise finden sich in Steiermark-Kärnten wie in Skandinavien Hausformen und gewisse vorchristliche mythische Gestalten in auffälliger Übereinstimmung. Auch von den Romunschen, wie die romanisierte, meist illyrische Vorbevölkerung genannt wird, hatten sich nur in Tirol wesentliche Reste erhalten, wie die Orts- und Flurnamenforschung eindeutig nachweisen konnte.

Erst die Niederlassung des bajuwarischen Stammes, deren Beginn trotz mangelnder direkter Quellen doch etwa mit dem Jahre 530 festgelegt werden kann, läßt klare Verhältnisse be-

[18] Hier wird mit der von Lintzel, S. 375, und von Stengel, S. 174, angeschnittenen Frage nach der Entwicklung eines hessischen Stammesgefühls einzusetzen sein. Sein Bestehen vorausgesetzt, kann es dennoch nicht als entscheidendes Merkmal für die Anerkennung Hessens als gleichwertiger Größe neben Franken, Sachsen, Baiern usw. in jener Zeit gewertet werden.

[1] „Siedlungsgeschichte des Deutschen Südostens." München, Verl. M. Schick, 1940. S. 131 = Veröffentlichung d. Südostinstituts, München, Nr. 14.

ginnen. Die erste Stoßrichtung geht nach der Inn-Brennerlinie, um mit Ende des 6. Jahrhunderts eine Grenze gegen das Langobardenreich zwischen Meran und Branzoll zu finden. Die zweite Stoßrichtung geht die Donau abwärts gegen die Awaren und ist vor 788 bis zum Wienerwald belegbar. Damit ist aber auch der Nachweis gegeben für die Trennung zwischen den Nordslawen (Tschechen) und den Südslawen (Slowenen). Die Ortsnamen mit zeitlich eindeutig festlegbaren Wortentlehnungen weisen verhältnismäßig klar die Grenzen des unter Awarenobrigkeit stehenden Alpenslawenreiches; auch Sagen helfen oft anstatt fehlender Quellen. Neben der Awaren- und Langobardenfront stand der Bajuwarenstamm nun auch direkt den Slawen gegenüber. Salzburger Quellen berichten von der Bitte des Herzogs Boruth von Karantanien um Hilfe gegen die Awaren (750) und Unterstellung unter bayrische Oberhoheit. Nach dem Tode von dessen christianisierten Nachfolger Chetimar brach ein Aufstand aus, der im Jahre 772 durch Tassilo III. mit Waffengewalt niedergeschlagen wurde und damit die Herrschaft über Kärnten und Obersteiermark sowie die Verbindung mit dem vom Donautal südwärts vorstoßenden Stammesteil sicherstellte. Bis zum großen Aufstand 817—823 unter Ljudewik saßen noch slawische Fürsten in Karantanien, dann nur mehr deutsche Grafen. Seit diesen änderte sich aber auch die Herrschaftsverwaltung: eine breite deutsche Grundherrenschichte, das große fränkische Karolingerreich hinter sich wissend, beginnt nun in großem Maßstab die deutsche Besiedlung und Eindeutschung, kräftig unterstützt von den Salzburger Kirchenfürsten.

Zu gleicher Zeit waren auch die Awaren wieder vorgestoßen; erst durch den großen Awarenfeldzug Karls des Großen (791) wurde diesem östlichen Reitervolk das Rückgrat gebrochen. Damit wurde nicht nur weiter Siedlungsraum in Niederösterreich, Steiermark, Friaul und Westungarn — das eigentliche Steppenland konnten die Franken wie die Römer nicht endgültig beherrschen — gewonnen, sondern mit dieser Sicherung der Südostflanke wurden auch erst die Wenden- und Preußenzüge ermöglicht. Durch fast 100 Jahre herrscht nun eine deutsche oder eingedeutschte Oberschichte bis zur Linie Frankengebirge Fruska gora — Plattensee — Preßburg. Die Grenze des geschlossenen deutschen Volksbodens lag natürlich auch damals weit dahinter, z. T. noch weit hinter der heutigen Reichsgrenze. Zahlreiche deutsche Ortsnamen lassen aber deutsche Bauernsiedlungen und Klöster zwischen den beiden Grenzen sicherstellen, die z. T. durch Rodung entstanden sind und auch den Madjarensturm überstanden haben müssen. Wesentlich für den deutschen und damit westlichen Kultureinfluß auf diese Gebiete war die unmittelbare Unterstellung unter Salzburg (860) und damit das bald danach unterbundene Wirken des Slawenapostels Method. In diese Zeit fällt auch die Gründung der Marken und damit dann der Burgen, die Einführung der fränkischen Wehrverfassung und der Hufeneinteilung.

Die Madjaren, deren größter Schlag gegen den Westen die Schlacht bei Preßburg im Jahre 907 ist, werfen wohl die ganze Herrschaft aus Pannonien zurück, verheeren bis weit hinein ins bayrische Stammland und werden erst mit der Lechfeldschlacht 955 auf die Donau-Theißebene zurückgeworfen. Sie sind aber für den eigentlichen deutschen Volksboden ungefährlich, da in ihrem Gefolge — nicht wie die Slawen bei den Awaren — keine siedelnde Vasallenvölker stehen. Doch auch der deutschen Ausbreitung ist damit ein Riegel vorgeschoben, denn vor der Reichsgrenze haben sich nunmehr feste Staaten gebildet: Ungarn, Böhmen und Kroatien; die beiden ersteren dem christlich-abendländischen Kulturkreis, letzteres teilweise dem byzantinischen zugehörig.

Im 10. und 11. Jahrhundert gleichen sich Reichs- und Volksgrenze als Auswirkung des Markensystems an. Die auf sich selbst gestellten Marken hatten mehr Möglichkeit im Inneren zu wirken als über die Grenze, deren dichter Wehrgürtel die beginnende Rodungstätigkeit schützte. Diese geht wohl auch auf Forstrechte, Königsschenkungen und Klosteradel zurück, zwei Drittel der Siedler auf Neuland wird aber von den hochfreien Geschlechtern angesetzt. Dabei zeigt sich in den Alpenländern, daß die Einzelhöfe — meist auf den Terrassen der Hänge gelegen — jünger sind als die Dorfsiedlungen, die auf romunsche oder slawische Gründung zurückgehen. Im 12. Jahrhundert werden dann, wohl aus Mangel an rodbarem Boden, Almen in Dauersiedlungen umgewandelt. Auf Grund der steirischen Urbare ist hier im 13. Jahrhundert das Aufsaugen der slawischen Vorbesiedler festzustellen. Für Kärnten sind in dieser Hinsicht

die Urbare nicht so aufschlußreich, für Tirol dürfte die Auffaugung der Romunschen bereits früher erfolgt sein.

Neben diesem inneren Siedlungsbau lief die Rodung der Grenzwälder gegen Böhmen und Ungarn. Besonders im Gebiete des ehemaligen Burgenlandes zeigt sich klar, daß dem deutschen Vorstoß erst dort vom anderen Staate aus Halt geboten ist, wo seine Grundherrn selbst roden lassen und hierzu im wesentlichen deutsche Bauern ansetzen. Aus der Form der Abgaben sieht man überdies, daß hier die Dörfer jünger sind als in der Steiermark. Die madjarische Siedlung reicht eben nur so weit, wie der ungarische Kleinadel saß, abgesehen von den wenigen Gyepü-Siedlungen, die als Wehrsiedlungen an wichtigen, waldfreien Durchzugspunkten errichtet worden waren. Gleichlaufend damit ging die Übernahme der deutschen Wehrverfassung durch die Ungarn, die Magnaten waren ja blutmäßig und geistig um diese Zeit stark vom Reich her beeinflußt.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Besiedlung der böhmisch-mährischen Grenzgebiete gegen Süden: auch hier werden auf der Gegenseite deutsche Siedler angesetzt, die Übernahme der deutschen Rechts-, Kultur- und Wehrformen bedeutet eine Stärkung des Tschechentums. Die Entwicklung ist hier nur etwas älter, der Begriff Grenze wird hier mit der Mitte des 13. Jahrhunderts wirksam, während für Ungarn das Jahr 1380 hierin eine gewisse Scheide bildet.

Die Rodung des Grenzwaldes zwischen Krain und Kroatien wurde um 1330 durch die Kärntner Grafen von Ortenburg angegriffen; leider ist Gottschee der einzige Erfolg, denn mit 1350 erlahmt ganz plötzlich die Rodekraft des deutschen Bauern. Besonders beachtet muß jedoch werden, daß es sich hierbei um systematische große Rodungen umfangreicher, urwaldartiger Grenzwälder handelt, daher tritt die Dorfsiedlung wieder an die Stelle der Einzelhofsiedlung.

Zum Unterschied vom Nordosten bildet die Stadt im Südosten bei der Besiedlung nur eine untergeordnete Rolle: Die Anlage der Stadt wurde meist durch die Wehrstellung und nicht durch den Fernhandel bedingt, während im Nordosten meist die Stadtgründung dem Handel folgt. Aus dieser Entwicklung heraus ist es auch verständlich, daß im Südosten die Städte am Rande älter sind, als in der Mitte; rund ein Viertel davon sind als Grenzfesten (mit dem Charakter als Massenfestung) gegen Böhmen, Mähren, Ungarn und Kroatien gegründet; gegen Italien — das ja zum Reich gehörte — fehlten diese völlig. Die eindeutschende Kraft der Städte ist hier geringer, denn sie hatten eigene Gerichtsbarkeit und damit geringeren Einfluß auf das flache Land. Auch großer politischer Einfluß war ihnen nicht beschieden, denn sie waren Fürstenstädte und nicht Reichsstädte.

Mit der Besiedlung entwickelten sich auch eigene politische Gebilde. Mit dem Verfall des alten Stammesverbandes der Herzogtümer suchten die Hochfreien zur politischen Macht zu gelangen und langsam entwickelte sich mit den veränderten sozialen Verhältnissen eine Vorrangstellung mächtiger Geschlechter, wie der Andechser Grafen, der Traungauer, Babenberger, Spannheimer, neben und über den Besitzungen der großen Bistümer von Brixen, Freising, Bamberg und Salzburg. Dank der tatkräftigen Förderung der Rodung und des politischen Geschickes der steirischen Herzöge entwickelte sich zwischen Steyr und dem Bachergebirge, Ischl und Radkersburg im Gebiete der alten Mark das erste geschlossene Territorium, die Steiermark. Österreich und besonders Kärnten waren vielmehr durch reichsunmittelbaren Besitz zerrissen. Als eigenes Gebiet entwickelte sich die Windische Mark, die dann unter den Grafen von Cilli eine besondere Blüte erlebte und das Gebiet von Laas in Krain bis zur kroatischen Grenze und bis zum Bachern umfaßte. Die Andechser Grafen wurden zu Herzögen von Kroatien und Dalmatien — später Meran genannt und das Gebiet um Fiume umfassend — ernannt und durch Heimfall ihres Gesamtgebietes, also auch des alpenländischen, an die Grafen von Tirol, wurden sie die Mitgründer dieses Landes.

Das Buch Klebels umfaßt nur die Besiedlung des geschlossenen deutschen Volkstums im Südosten, deren Fortschritt mit der Mitte des 14. Jahrhunderts plötzlich aufhört: die Ursache dafür sieht Verf. in der Leutenot der Pestkatastrophe von 1348, dem Aussterben der Geschlechter der hochfreien Siedelherren, dem beginnenden Übergewicht der bewehrten Städte im Verhältnis zum Bauerntum und letztlich in einer Ermüdungserscheinung im Gesamt-

volke, die auch im Nordosten verhängnisvolle Folgen zeigt und als Niedergang der Lebenslinie für uns rätselhaft bleibt.

Die Arbeit bringt Licht und Zusammenschau in eine wenig erforschte Zeit unseres Volkes, da unser Siedlungsraum sichergestellt worden ist. Der Verf. zeigt, wie durch Rodung des Grundbesitzes der Herren und des Niemandslandes jene Landstriche der menschlichen Nutzung erschlossen worden sind, die von der Vorbevölkerung höchstens zur Jagd Verwendung gefunden haben. Mit dem Abschluß dieser mittelalterlichen Siedlung war aber auch im wesentlichen die Kulturlandschaft bis heute für diesen Raum geprägt, eine der Großtaten des deutschen Volkes! Klebel arbeitet hierbei sehr anschaulich zwei Grundthesen heraus: „Der Germane beginnt die Siedlung nur in Gemeinschaft, sie gilt ihm aber auch mehr als Gold und Wohlleben!" Die gezeigte Entwicklung der verschiedenen Gebiete wäre allerdings günstig durch kleine Textkarten zu veranschaulichen. Die zahlreichen Schrifttumsnachweise sind sehr wertvoll; sie geben Beleg für die vielen neuen Thesen des Verfassers und weisen hin auf seine zahlreichen Vorarbeiten, die in verschiedenen Zeitschriften verstreut sind. Besonders herausgearbeitet hat Klebel die sozialen Auseinandersetzungen und Umschichtungen und gibt damit neue Blickpunkte auch für die Entwicklung des Nationalismus der nichtdeutschen Völker des Donauraumes.

Walter Neunteufl, Graz.

Das Schrifttum über die österreichische Militärgrenze

Von Rupert von Schumacher, Berlin

Während der Vorarbeiten zu meiner Schrift „Des Reiches Hofzaun" wurde mir klar, daß die Erforschung der österreichischen Militärgrenze dringend einer Intensivierung bedürfe. Wohl lagen mit den Werken von Vaníček und Schwicker aus den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts zwei Arbeiten vor, die die Forschungen auf diesem Gebiet scheinbar zu einem Abschluß gebracht hatten. Näheres Eindringen in die Materie ergab jedoch, daß eine systematische Erforschung der Militärgrenze bis jetzt noch immer fehlt, geschweige denn, daß die gewaltigen Archivbestände aus der nahezu vierhundertjährigen Geschichte dieser Grenzeinrichtung restlos erschlossen wären.

Ich richtete daher zunächst mein Augenmerk auf die Erfassung des Schrifttums über die Militärgrenze, um der gegenwärtigen und künftigen Forschung eine Grundlage zu liefern und eine Lücke zu schließen, die bisher jeden Forscher auf diesem Gebiet zwang, sich von neuem mit der Suche nach dem einschlägigen Schrifttum zu beschäftigen. Die Herstellung einer umfassenden Bibliographie ist auch notwendig, um weitere, an der Geschichte der Militärgrenze Anteil nehmenden Kreise der Gefahr zu entheben, die zahlreichen, besonders in dem Werk von Vaníček enthaltenen Irrtümer und Fehler unkritisch als endgültige Ergebnisse der Forschung hinzunehmen. Die Tatsache, daß heute noch immer das Werk von Vaníček als die hauptsächlichste Informationsquelle benutzt wird, beruht auf dem Umstand, daß die meisten späteren Forschungen, durch die die Geschichte der Militärgrenze zum Teil in ein neues Licht gerückt wurde, meist in Form von Zeitschriftenaufsätzen oder in anderen Formen außerhalb des Gesichtsbereiches des größten Teiles der interessierten Kreise veröffentlicht wurden. Dieses Material der Vergessenheit zu entreißen und damit einem neuen Bild der Militärgrenze den Weg zu ebnen, schien mit der wichtigste Grund für die Schaffung der Bibliographie. Die wissenschaftliche und literarische Stille, die sich in den letzten Jahrzehnten auf diesem Sondergebiet der Geschichtsforschung ausbreitete, hat ferner die Kenntnis der älteren Spezialliteratur zurücktreten lassen, so daß es zweckmäßig schien, auch nach dieser Richtung die Schürftätigkeit auszudehnen.

Den ersten Versuchen zur Schaffung einer Bibliographie der Militärgrenze stellten sich jedoch unerwartete Schwierigkeiten entgegen. Einerseits ist ein großer Teil des Schrifttums selten geworden und nur noch in verhältnismäßig wenigen Büchereien vorzufinden, andererseits ist das Schrifttum weit zerstreut, denn eine systematische Sammlung wurde von keiner Stelle, nicht einmal von der bis in die 70er bzw. 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts amtierenden zuständigen Wiener Dienststelle vorgenommen; ferner läuft eine große Zahl der wichtigsten Arbeiten in fremdem Gewand, so daß sie auch Forschern vom Fach unbekannt blieben und sich im allgemeiner bekannten Schrifttum über die Militärgrenze keine Hinweise darauf finden. 1941 bot sich mir jedoch die Möglichkeit, in der Wiener Heeresbücherei in monatelanger Arbeit umfangreiche Forschungen durchzuführen, deren Ergebnis die vorliegende Bibliographie bildet. Ich möchte gleich an dieser Stelle betonen, daß die schwierige Sucharbeit, mit dem Ziel das Schrifttum zur Militärgrenze möglichst weitgehend zu erfassen, nur durchführbar war durch die außerordentliche Teilnahme, mit der der Leiter dieser Bücherei, Herr Oberheeresarchivrat Prof. Dr. Stöller, meine Arbeit begleitete und förderte, und durch die tatkräftige Hilfe, mit der mir sein Mitarbeiter Dr. Thiersch und das Personal der Bücherei, insbesondere Frau von Zimmermann und Herr Balun, zur Seite standen. Im Laufe dieser Arbeit wurden mehr als 1000 Bände gesucht, geprüft, verglichen und

bewertet, wobei die Sucharbeit häufig auf Grund gänzlich unzulänglicher Anhaltspunkte durchgeführt werden mußte. Gerade in diesem Punkt wären meine Bemühungen häufig vergeblich gewesen, hätte ich nicht bei den Herren der Bücherei jegliche Unterstützung gefunden. Um verständlich zu machen, woraus sich diese Schwierigkeiten herleiteten, sei u. a. erwähnt, daß verschiedene Bücher, Schriften, Gesetzesausgaben usw. im älteren Schrifttum beharrlich unter falschem Verfassernamen o. ä. m. zitiert werden, woraus sich häufig eine unerquickliche und langwierige Folge von Irrwegen ergab, ehe die Quelle gefunden war. Zuweilen führte überhaupt nur der Zufall zum Ziel. Ähnliche Schwierigkeiten waren im Heeresarchiv Wien zu überwinden, wo ich besonders nach wichtigen unveröffentlichten Manuskripten forschte. In diesem Archiv waren es besonders die Herren Dr. Sokoll, Dr. Nemetz und Weigner, die mir unermüdlich helfend zur Seite standen. — Für die Mitteilung einer Reihe von Titeln noch während der Fahnenkorrektur danke ich den Herren Prof. O. Brunner-Wien und E. Kopf-Potsdam.

Das erfaßte Schrifttum teilt sich in mehrere Gruppen. An erster Stelle stehen monographische Arbeiten über die Militärgrenze. Den größten Teil dieser Gruppe bilden Spezialarbeiten zu einem besonderen Thema, z. B. zu lokalgeschichtlichen, verwaltungspolitischen oder sonstigen Stoffkreisen. Gleichwertig wurden daneben Werke berücksichtigt, die in ihrer Gesamtheit sich mit einem anderen Thema befassen, aber in einem oder mehreren Teilabschnitten die Militärgrenze in monographischer Form berücksichtigen. In zweiter Linie wurde die möglichst weitgehende Erfassung wissenschaftlicher Arbeiten aus anderen Gebieten erstrebt, die im allgemeinen Zusammenhang die Militärgrenze mitbehandeln. Schließlich wurden auch einige umfangreiche Bildwerke, ferner die wichtigsten Atlanten und einige der besten Karten aufgenommen. Ein Lexikon (Handwörterbuch) wurde in zwei Fällen berücksichtigt. Gesetze, Vorschriften usw. wurden, wenn sie nicht in die amtlichen bzw. gebräuchlichen Sammlungen aufgenommen sind, jedoch in besonderen Veröffentlichungen in Druck erschienen, ebenfalls in die Bibliographie einbezogen, soweit es möglich war, sie zu erfassen. Tatsächlich ist die Zahl gedruckter, jedoch nicht in die amtlichen Gesetzes- und Verordnungsblätter aufgenommener Rechtsinstrumente der verschiedensten Art sehr groß, und es bedürfte einer eigenen Forschungsarbeit, um sie alle zu sammeln. Die Erfassung von Manuskripten bzw. handgeschriebenen Werken wurde insoweit erstrebt, als diese Werke bereits in der vorhandenen Literatur zitiert und als Unterlage für im Druck erschienene Arbeiten benutzt wurden. Nicht berücksichtigt wurden mit geringen Ausnahmen Aufsätze aus Tages- und Wochenzeitungen bzw. große darstellende Werke, die die Militärgrenze nur am Rande erwähnen, ohne besondere Erkenntnisse zu vermitteln.

Die angeführten Schriften sind zum großen Teil in der Heeresbücherei Wien zu finden. Der Rest ist verstreut über die verschiedensten Büchereien Wiens und des Altreichs. Jeder Forscher, der sich künftig mit dem Studium der Militärgrenze befassen will, wird zweckmäßigerweise seine literarischen Vorarbeiten in der Wiener Heeresbibliothek beginnen.

Leider zwangen mich berufliche Gründe zu einem vorzeitigen Abbruch der Forschungen, so daß ich die Bibliographie nicht auf den von mir gewünschten Stand bringen konnte. Um die dadurch entstandene Lücke einigermaßen zu schließen, nahm ich auch Titel von Schriften auf, die ich nicht selbst prüfen konnte. In diesen Fällen kann ich nicht für die Richtigkeit der bibliographischen Angaben einstehen, ja zum Teil nicht einmal mit Sicherheit sagen, ob sich der Inhalt mit der Militärgrenze befaßt. Es schien mir jedoch zweckmäßig, mit der Aufnahme auch dieser Titel künftigen Forschungsarbeiten wichtige Hinweise zu geben. Es wird Sache weiterer Bearbeiter sein, die von mir selbst nicht mehr auf Inhalt und äußere Angaben geprüften Schriften zu suchen und auf ihre Bedeutung für die Militärgrenzforschung zu prüfen. Eine Vervollständigung der Bibliographie im ganzen ist ferner notwendig und möglich vor allem auf dem Gebiet des ausländischen, des lokalgeschichtlichen, statistischen und des in Zeitschriften veröffentlichten Schrifttums. In diesen Richtungen wird ohne Zweifel noch eine große Zahl wichtiger Veröffentlichungen über die Militärgrenze festzustellen sein.

Es wäre sehr erfreulich, wenn die Bibliographie bald eine Fortsetzung fände, damit die künftige Forschung in noch größerem Umfang der Mühe zeitraubender und kostspieliger Vorarbeiten enthoben würde.

Die wichtigsten gebräuchlichen Abkürzungen:

Mil.-Gr. = Militärgrenze,
GGG. = Grenzgrundgesetz,
HKR. = Hofkriegsrat,
ABGB. = Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch (Österreich),
Rgt. = Regiment.

Die Staatsdruckerei Wien wurde in den bibliographischen Angaben als Verlag behandelt.

Die mit einem * gekennzeichneten Titel bezeichnen Schriften, die vom Bearbeiter selbst eingesehen wurden. Lediglich für die Angaben über diese Schriften kann die Gewähr übernommen werden.

Schrifttumsübersicht

***Alexich:** Das Aufgebot der ungarischen Insurrection und croatischer Freicorps 1741 (Bd. 1 von: Die freiwilligen Aufgebote aus den Ländern der ungarischen Krone im Ersten Schlesischen Krieg). o. O.: o. J., S. 113—193.

S. 163—183: „Das slavonisch-syrmische Aufgebot. Die Trenck'schen Panduren" — ausführliche Darstellung der Entstehung und des ersten Einsatzes der Pandurentruppe.

***Allgemeines** Reichs-, Gesetz- und Regierungsblatt für das Kaiserthum Oesterreich. Jg. 1850, 1. Jahreshälfte, Stück Nr. 243 u. 244.

Abdruck des GGG. vom 7. 5. 1850 u. des Kaiserl. Patents vom 7. 4. 1850.

Annalen der Literatur und Kunst in den österreichischen Staaten. (Ab Januar 1807: Neue Annalen der Literatur des österreichischen Kaiserthumes.) Wien: 1802 ff.

Enthalten zahlr. statist. Notizen über die Mil.-Gr.

***Armee-Verordnungs-Blatt:** 1. Militär-Verordnungsblatt. Jg. 1, 1850, 1 Bd. (Vom 1. 1.—31. 10. 1850.) — 2. Armee-Verordnungsblatt, Kaiserlich-Königliches. Jg. 1—8, 1850—1858, 8 Bde. (Jg. 1: Vom 1. 11. 1850—31. 12. 1851.) — 3. Armee-Verordnungsblatt, Kaiserlich-Königliches. Normalverordnungen. Jg. 1—11, 1859—1869, 11 Bde. — 4. Armee-Verordnungsblatt, Kaiserlich-Königliches. Personal-Angelegenheiten. Jg. 9—19, 1859—1869, 11 Bde. (Forts. der Jgg. v. 2). — 5. Verordnungsblatt für das k. k. Heer. Normal-Verordnungen. (Ab 1891: k. u. k.). Jg. 12 ff., 1870 ff. (bis 1918). (Forts. der Jgg. v. 3.) — 6. Verordnungsblatt für das k. k. Heer. Personalangelegenheiten. (Ab 1891: k. u. k.) Jg. 20 ff., 1870 ff. (bis 1923). (Forts. der Jgg. v. 4.)

Vorläufer: Sammlung usw. (s. d.).

***Atlas** des österreichischen Kaiserthums. 40 Karten auf 39 Blättern. Anhang mit 11 statist. Tab. v. Jos. M. Frhr. v. Liechtenstern. Wien: Kunst- und Industrie-Comptoir 1805.

Enthält folg. Karten zur Mil.-Gr.:

Charte von Kroatien; enthaltend die Agramer, Warasdiner und Kreutzer Gespannschaft, nebst dem Karlstädter und Warasdiner Generalat, dem Bannal und dem Seebezirk. Von Karl Joseph Kipferling;

Charte von Slavonien enthaltend die Poscheganer, Werowitzer und Syrmier Gespannschaft nebst den Gradiscaner Broder und Peterwardeiner Militair Gränz Districten. Von Karl Müller;

Oberungarn III tes Blatt enthaltend die Torontaler, Temesvarer und Kraschower Gespannschaft nebst den Deutsch und Wallachisch-Illyrischen Graenz-Regimentern. Von K. J. Kipferling;

Alle: Wien: 1803.

*— Hungaricus (s. Magyar Átlás).

*__Auszug__ der in Angelegenheiten der k. k. Militär-Gränzen ergangenen Normal-Verordnungen. H. 1—2. (Wien): 1808. 1. Auszug usw. in dem halben Jahre vom ersten Januar bis zum letzten Junius 1808. 31 S. — 2. Auszug usw. in dem halben Jahre vom ersten Julius bis letzten December 1808. 39 S.

*__Bach, Franz:__ Otočaner Regiments-Geschichte. Vom Ursprung dieser Gegend, ihrer Bevölkerung und ihrer Schicksale. Karlstadt: Johann Nep. Prettner o. J. (1853). V, 327 S.

Ausführliche Geschichte und Darstellung der Verwaltung bes. für die Zeit von 1746—1853. Vgl. Schmarda (s. d.).

*__Baertl, Ferdinand:__ Handbuch über die Organisation der k. k. Armee, der k. k. Gendarmerie und des Serežaner-Corps, dann der k. k. Finanzwache, zusammengestellt auf Grund der bis Ende Februar 1872 erschienenen organischen Bestimmungen. Olmütz: Josef Groák 1872. 115 S.

S. 53ff.: Grenztruppen; S. 110f.: Sereschanerkorps (letzter Organisationsstand).

__Balan, Theodor:__ Der Aufstand der Rumänen von Siebenbürgen in den Jahren 1848 und 1849. Dissertation. Handschrift. Wien: 1923.

*__Bárándy, J.__ und __Raffelsberger, F.:__ Übersicht der Bevölkerung Ungarns 1842. 11 Taf. in Mappe. Wien: Erste k. k. typo-geographische Kunst-Anstalt — in Commission bei J. Bermann & Sohn 1843.

Enthält alle Zahlenangaben über die Mil.-Gr. ohne Siebenbürgen.

__B(aritiu), G(heorghe):__ Istoria regimentului alu II Romanescu. [Geschichte des 2. rumänischen Regiments.] Brassov: 1874.

*__(Bartenstein, Frhr. v.):__ Kurzer Bericht von der Beschaffenheit der zerstreuten zahlreichen Illyrischen Nation in den kaiserl. königl. Erblanden. Frankfurt und Leipzig: 1802. 148 S.

Eine vom 31. 1. 1761 datierte, an Josef II. gerichtete Denkschrift Bartensteins, hrsg. von einem Anonymus, angeblich Hacquet. Originalmanuskript im Heeresarchiv Wien (Feldakten, Memoires). Auszug bei Grellmann (s. d.), Inhalt bei Engel (Bd. 2, S. 191) (s. d.). Befaßt sich vornehmlich mit den religiösen Freiheiten und ihrer Verletzung.

*__Batthyány, Graf Vincenz:__ Über das Ungerische Küstenland. In Briefen. Mit 1 Kupfer. Pesth: K. A. Hartleben 1805. XX, 228 S.

Schilderungen u. a. auch von der Seegrenze.

__Baumwollen-Cultur,__ Resultate der im Jahre 1810 im deutsch-banatischen Gränz-Regimente unternommenen Versuche mit der —. Aus: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, 1811, S. 78/79.

__Baumwollerzeugung__ in der sirmischen Militär-Gränze, Erste Versuche mit der —. Aus: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, 1812, S. 609—612.

__Baumwollerzeugungs-Versuche__ im Banat vom Jahre 1811, Über die —. Aus: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, 1812, S. 97—102.

__Bayer, Martha:__ Die Entwicklung der österreichischen Militärgrenze mit besonderer Berücksichtigung des Karlstädter Generalates. Dissertation, Maschinskript. Wien: Universität 1935.

__Begović, N.:__ Geschichte der orthodoxen Kirche in der Grenze. Aus: Srbsko-Dalmatinski Magazin, Jg. 1866, S. 1—39.

Grobe histor. Verstöße. Richtiggestellt durch Bidermann, Serbenansiedlung usw. (s. d.)

— Die orthodoxe Kirche in Kroatien. Aus: Srbsko-Dalmatinski Magazin, Jg. 1869, S. 31ff.

Grobe histor. Verstöße. Richtiggestellt durch Bidermann, Serbenansiedlung usw. (s. d.).

*__Belehrung__ über die Ausweisung des gesammten Grundbesitzes und über die Vorschreibung und Abstattung der verschiedenen Schuldigkeiten in der Carlstädter-Warasdiner, Banal, Slavonischen und Banatischen Militär-Gränze. Zahlr. Tab. usw. Wien: k. k. Hof- und Staats-Druckerey 1808. 37 S.

Dienstliche Erläuterung vom 4. 5. 1808 zur Durchführung der Grenzgrundgesetze von 1807.

***Benigni:** Pragmatische Geschichte der siebenbürg. Militärgränze. Bd. 1—2. o. O.: 1811—1812. Manuskript in 2 Bdn. im Heeresarchiv Wien, Hofkriegsrat. 1. Geschichte der Gränze vom Jahre 1761 bis 1770. S. 1—126. 2. Geschichte der Gränze vom J. 1771 bis MDCCCXII. S. 287—707.

Nach Hietzinger (s. d.) 6 Bde., nach HA. Wien, HKR. 1813 — B 7—9, 5 Bde. umfassend. Im HKR. (Nebenspeicher) nur 3 Bde. auffindbar: die „Geschichte" — HKR. 1813 — B. 2368 (2 Bde.) und das Ms. der „Statistik" — HKR. 1811 — B. 2354 (1 Bd.; s. Benigni, Statistische Skizze usw.). Unentbehrliche Zusammenstellung aller Gesetze usw.

***Benigni, J. H., Edler von Mildenberg:** Statistische Skizze der Siebenbürgischen Militär-Gränze. Hermannstadt 1816, gedr. bei Martin Edlen von Hochmeister. 8, 147 S.

*— — 2. Aufl. Hermannstadt: W. H. Thierry 1834. 181 S.

Einzige Monographie der Siebenbürg. Mil.-Gr. Nachdruck aus „Vaterländ. Blätter f. d. österr. Kaiserstaat" 1810—1811. 2. Aufl. kaum geändert.

*— — Handbuch der Statistik und Geographie des Großfürstenthums Siebenbürgen. H. 1—3. Hermannstadt: W. H. Thierry 1837. XVI, 99 S.; V, 23, 270 S.; 4, 187 S.

Gute Staatskunde S.s. H. II, S. 155—159: „Die Gränztruppen"; H. III, IV. Hauptstück: „Die siebenbürgische Militär-Gränze."

— — Kurzer Unterricht in der Geographie Siebenbürgens zum Gebrauche der deutschen Schulen in der siebenbürgischen Militär-Gränze. Hermannstadt und Kronstadt: 1823, Franz v. Schobelsche Buchdruckerei von F. A. Herfurth. 36 S.

— Populations- und Viehstand der siebenbürgischen Militärgränze im Jahre 1810, 1811, 1812. Aus: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, 1811, S. 306—307; 1812, S. 43; 1813, S. 190—191.

***Березин, Л. В. [Bereſin, L. W.]:** Хорватія, Славонія, Далмація и Военная граница. [Kroatien, Slawonien, Dalmatien und die Militärgrenze.] Mit 1 Kt., Bd. 1—2. St. Petersburg: 1879. XI, VIII, 520 S.; VIII, 590 S.

In Bd. 2, S. 315—360 eine Darstellung der Geschichte, Verf. usw. der Mil.-Gr. auf Grund der österr. Literatur.

Berecz, Gyula: Fehértemplom város tanügyi története. [Geschichte des Unterrichtswesens der Stadt Weißkirchen.] Fehértemplom: 1882. 240 S.

***Bergmayr, Ignaz Franz Seraph:** Handbuch zu dem peinlichen Verfahren bey der k. k. Oesterreichischen Armee und in den Militär-Gränzen. Wien: Camesinasche Buchhdlg. 1812. 305 S.

Behandlung der Mil.-Gr.-Bestimmungen im allg. Zusammenhang. Gute Darstellung der Gerichtsverwaltung der Mil.-Gr.

*— Kriegsartikel für die kaiserlich-königliche Armee, mit allen übrigen österreichischen Militär-Strafgesetzen. Wien: J. G. Ritter von Mösle sel. Wwe. 1824. XII, 456 S.

Behandelt im allg. Zusammenhang die strafrechtlichen Bestimmungen für die Mil.-Gr. mit.

*— Das bürgerliche Recht der k. k. Oesterreichischen Armee und der Militär-Gränz-Provinzen. Bd. 1—5. Wien: J. G. Ritter von Mösle sel. Witwe 1827—1837. 1. Erster Theil. Von dem Personenrechte. 1827. X, 364 S. 2. Zweyter Theil. Von dem Sachenrechte. Erster Band. 1829. XIV, 230 S. 3. Zweyter Theil. Von dem Sachenrechte. Zweyter Band. 1830. XI, 231—652 S. 4. Zweyter Theil. Von dem Sachenrechte. Dritter Band. 1833. XIV, 341 S. 5. Dritter Theil. Von den gemeinschaftlichen Bestimmungen der Personen- und Sachenrechte, mit einem Anhang neuerer Verordnungen. 1837. VIII, 342 S.

Kommentar zum ABGB. und zum Grenzgrundgesetz von 1807 und zu den anderen Sonderrechten für die Armee. Gibt genauen Aufschluß über das Verhältnis zwischen ABGB. und GGG. in der Mil.-Gr. Einzige Arbeit dieser Art.

*Bergmayr, Ignaz Franz Seraph: Verfassung der kaiserlich-königlichen Militär-Gränze und Oesterreichischen Kriegs-Marine. Wien: 1845, gedr. bei den Edlen von Ghelen'schen Erben. XXXIV, 330 S.

Klare Darstellung der Mil.-Gr.-Verfassung nach dem GGG. von 1807 usw. Die Besonderheiten der siebenbürg. Mil.-Gr. besonders hervorgehoben, daher gute Ergänzung zu Stopfer (s. d.).

*Bertling, M.: Die Kroaten und Panduren in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts und ihre Verwendung in den Friderizianischen Kriegen. Dissertation. Berlin: 1912. 71 S.

Rein kriegsgeschichtlich.

Beytrag zur Geschichte der k. k. Gränitzregimenter, theils aus öffentlichen Relationen und Beschreibungen, theils aus besondern Nachrichten und Schriften zusammengetragen. Erstes Heft. Von den Karlstädtern. Wien: Georg Philipp Wucherer 1788. 54 S.

Bichigean, Vasile: Poemation de secunda legione valachica sub Carolo barone Enzenbergio. [Kleine Dichtung über das 2. Walachenregiment unter Karl Frhr. v. Enzenberg.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1925, Nr. 2, S. 13—19, Nr. 3, S. 39—65; Jg. 1926, Nr. 4, S. 51—80.

— Statulul grăniceresc. [Das Statut der Grenzer.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1928, Nr. 8, S. 76—92; Nr. 9, S. 104—121.

Behandelt das Walachen-Regulament vom 12. Nov. 1766.

*Bidermann, Herm. Ign.: Zur Ansiedlungs- und Verwaltungsgeschichte der krainer Uskoken im XVI. Jahrhunderte. Aus: Archiv für Heimatkunde von Franz Schumi, Bd. 1, S. 129 bis 154. Laibach: 1882/83.

Grundlegende Arbeit über die älteste Zeit der Mil.-Gr.

*— Zur Geschichte der Uskoken in Krain. Aus: Archiv für Heimatkunde von Franz Schumi, Bd. 2, S. 174—207. Laibach: 1884/87.

Grundlegende Arbeit über die älteste Zeit der Mil.-Gr. und ihre Verwaltungslage.

*— Die Serben-Ansiedlungen in Steiermark und im Warasdiner Grenz-Generalate. Aus: Mittheilungen des Historischen Vereines für Steiermark. XXXI. Heft, S. 3—62. Graz: 1883.

Grundlegend. Berichtigt auf Grund der Grazer Archive zahlreiche Angaben von Csaplovics, Vaníček, Schwicker, Begović, auch Czoernig.

*— Steiermarks Beziehungen zum kroatisch-slavon. Königreich im XVI. und XVII. Jahrhunderte. Aus: Mittheilungen des Historischen Vereines für Steiermark. XXXIX. Heft, S. 3—125. Graz: 1891.

Grundlegende und neue Erkenntnisse über die Entstehung der slawonischen Grenze unterRichtigstellung zahlreicher irriger Ansichten von Vaníček, Schwicker, Hietzinger.

— Geschichte der österreichisch-ungarischen Gesamtstaatsidee 1526—1804. Bd. 1—2. 1867 u. 1881.

— Neue slavische Siedlungen auf süddeutschem Boden. Aus: Forschungen zur deutschen Landes- u. Volkskunde, Jg. 2. Stuttgart: 1888.

Bienenzucht in der Militär-Gränze. Fortschritte der —. Aus: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, 1811, S. 131—132.

Bilder aus der Militär-Grenze. Aus: Dr. Johann Nepomuk Vogls Soldatenkalender. Wien: 1854.

Blaskovich, Jos.: Vollständiger Unterricht über die vortheilhafteste und leichteste Art des Seidenbaues für die k. k. Militärgränzprovinzen. T. 1—2. Pesth: 1802 und 1814. 1. Die Maulbeerbaumzucht. 1802. 2. Die Seidenraupenzucht. 1814.

*Blumenbach, W. C. W.: Der Wallachisch-Banatische Regimentsbezirk in der ungarischen Militärgränze. Mit 1 topographischen Karte und 5 Lithographien. (Bd. 10 von „Das pittoreske Oesterreich".) Wien: 1840. 38 S.

***Blumenbach, W. C. W.:** Neuestes Gemälde der Oesterreichischen Monarchie, oder Beschreibung der Lage, des Klimas, der Naturproducte, Landeskultur, merkwürdigsten Städte, Gegenden, Kunstwerke, Ruinen und Denkmäler; dann der Einwohner, deren Lebensart, Kleidung, Handel, Künste, Wissenschaften, Religion und Staatsverfassung. Mit 24 Kupfern. T. 1—3. 2. Aufl. Wien: Rudolph Sammer 1837. 464 S.; 480 S.; 512 S.

T. 3, S. 396—423: geographische Landesbeschreibung der Mil.-Gr., ihrer einzelnen Generalate und Rgts.-Bezirke. Auf Hietzinger (s. d.) usw. beruhend.

*— Kurzer geographischer Abriß des österreichischen Kaiserthums. Wien: Carl Gerold 1840. 128 S.

Knapper Auszug aus dem „Neusten Gemälde usw." von Blumenbach. Mil.-Gr. behandelt auf S. 124—128.

***Boehm, Erwin:** Das Deutschtum und seine kulturgeographische Leistung in den vier slawonischen Bezirken Diakowar, Poscheg, Neu-Gradischka, Brod. Mit 24 Abb., 14 Ktn. Leipzig: S. Hirzel 1942. 86 S.

Behandelt die einschlägigen Mil.-Gr.-Gebiete im allg. Zusammenhang.

Böhm, Leonhard: Monographie der priv. Militär-Kommunität Weiß-Kirchen. Mit 1 Taf. u. 1 Plan. Ung.-Weißkirchen: J. Wunder 1871. 94, 1 S.

*— — 2. Aufl. des vorigen. Weißkirchen in seiner Vergangenheit und Gegenwart. Mit 2 Plänen. Ung.-Weißkirchen: Julius Wunder 1881. VI, 305 S.

*— — 3. Aufl. Geschichte der Stadt Weißkirchen. Mit 1 Porträt u. 2 Plänen. Ung.-Weißkirchen: Selbstverlag d. Verf. 1905. VI, 410 S.

Sehr ausführliche, durch Quellen reichlich belegte (Urkundenanhang) Stadtgeschichte, die über die Lokalgeschichte hinaus einen wesentlichen Beitrag zur Geschichte der Militärkommunitäten und ihres Wesens im allgemeinen und zur Siedlungsgeschichte des Banats darstellt. Memoirenartige Geschichte der Grenzauflösung im Banat (Ergänzung zu Mollinary, s. d.). Berichtigt Vaníček. Zahlr. ungar. Literatur zitiert. 3. Aufl. wesentlich erweitert.

— Topographisch-önologische Skizze Ung.-Weißkirchens. Banat-Weißkirchen: 1867. 22 S.

— — 2. Aufl., 1881.

— — 1873. (Anonyme Ausgabe der 1. Auflage.) 16 S.

— Monographie Pancsovas. Weißkirchen: 1903.

***Boppe, P.:** La Croatie militaire (1809—1813). Les Régiments croates à la Grande Armée. Mit 6 farb. Taf. u. 1 Kt. Paris: Berger-Levrault et Cie. 1900. 267 S.

Grundlegende Arbeit. Geschichtl. Einleitung jedoch mangelhaft. Dok. zur franz. Verwaltung d. Mil.-Gr., Standeslisten, Briefe usw. Reiche Schrifttumshinweise. Übersicht über die Erwähnung der Mil.-Gr. in der franz. Memoirenlit. der napol. Kriege. Darstellung der franz. Grenzeruniformen. Farb. Karte der Illyr. Provinzen.

Bösendorfer, J.: Crtice iz slav. povjesti. [Skizzen aus der slawonischen Geschichte.] Esseg: 1910.

***Breton:** Illyrien und Dalmatien, oder Sitten, Gebräuche und Trachten der Illyrier und Dalmatier, und ihrer Nachbarn. Aus dem französischen nach Hacquet, Fortis und Cassas verfaßten Werke des Herrn Breton, übersetzt von Janus Pannonius. Mit 36 Kupfern. Bd. 1—2. (2. Lieferung der „Miniaturgemälde aus der Länder- und Völkerkunde usw.". Nach dem Französischen deutsch bearbeitet und hsg. von August Ehrenstein.) Pesth: Konr. Ad. Hartleben 1816. 172 S.; 140 S.

Fast zur Gänze eine Rückübersetzung der franz. Übersetzung von Hacquets „Abbildung und Beschreibung der südwest- und östl. Wenden usw." (s. d.) mit den gleichen Bildern.

Breu, Josef: Die Kroatensiedlung im südostdeutschen Grenzraum. Ungedruckte Dissertation. Wien: 1937.

***(Brosig, A.):** Practische Anleitung zur Bienenzucht, zum Gebrauche der k. k. Militär-Gränz-Provinzen. Wien: k. k. Hof- und Staats-Druckerey 1808. 31 S.

Kroatische Frage. Die —. Historische Skizze der neuesten Zeit. Agram: 1867.

Caragoli: Ungarn, Militärgrenze, Slawonien, Croatien. Berlin: 1832.
Reiseschilderungen.

***Cholera-Epidemie** in der kroat. slav. Militärgrenze im Jahre 1873. Die —. Hrsg. v. k. k. General-Commando in Agram. (Verfasser N. Severinski.) Mit 1 Kt. u. 1 Tab. Agram: Artist.-Typogr. Institut von Carl Albrecht 1874. VIII, 36 S.

***Chronologischer Acten Auszug** über die Organisirung der Militär Gränze. Bd. 1—5. o. O. (Wien): 1803. Handschriftl. Großfoliobände.
Verzeichnis aller Organisierungsakten im HKR. bis 1803. Befindet sich im Heeresarchiv Wien, Feldakten-Memoires — 23 — 89 bis 93, Bund 180 u. 181.

Cionca, Nicolae: Spicuiri istorice grăniceresti. [Ährenlese aus der Grazer Geschichte.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1936, Nr. 20, S. 345—360.

***Circular-Rescript** der Kaiserl. Königl. General-Militär-Gränz-Direction an die fünf Gränz-General-Commanden. Die von Seiner Majestät huldreichst genehmigte neue Organisation der Civil-Verwaltung in der Croatischen, Slavonischen und Banatischen Gränze, dann die Rechnungs-Kanzleyen, den Stand und die Gebühr sämmtlicher Grenztruppen betreffend. Mit 4 Blgn. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerey 1808. 20, 1 S.

***Circular-Verordnung** betreffend den Liquidations- und Cassa-Dienst, dann die Verrechnung der Forst- und Bauämter in der croatisch-slavonischen Militär-Grenze. Agram: 14. December 1871.

***Conscriptions-Norm** für sämmtliche k. k. Militär-Gränz-Provinzen. Mit 13 Formularen. Wien: k. k. Hof- und Staats-Aerarialdruckerey 1814. 35 S.

***Cordova, Graf:** (siehe Militar-Gränitz-Rechten usw.).

***Corpus Juris Hungarici,** seu decretum generale inclyti regni Hungariae Partiumque eidem annexarum in duos tomos distinctum. Bd. 1—2. Budae: 1779, Typis Regiae Universitatis. 878 S.; 438, 229 S.
Die ungar. Gesetze über die Mil.-Gr. sind zu finden unter den Stichworten Confinia, Confiniarii milites usw.

***Crusius, Christian:** Topographisches Postlexikon aller Ortschaften der k. k. Erbländer. 25 Bde. Wien: Mathias Andreas Schmidt 1804.
Das Ortsnamenmaterial der Mil.-Gr. ist im mehrbändigen 4. Teil („Ungern sammt den einverleibten Provinzen und Siebenbürgen") zu finden. Ortsnamen in verschiedenen Sprachen! Auch kleinste Weiler sind genannt. Bei jedem Ort werden Häuserzahl, Pfarrer usw. aufgeführt.

Csaplovics: Acclimatisirung der Seidenwürmer in der ungrischen Militär-Gränze. Aus: Topogr.-stat. Archiv. Bd. 1, S. 398—402.

Csaplovics, Johann von: Notizen über die ungarische militärische Gränze. Aus: André's Hesperus, 1817, S. 57—62, 73—78, 81—87.

*— Slavonien und zum Theil Croatien. Ein Beitrag zur Völker- und Länderkunde. Theils aus eigener Ansicht und Erfahrung (1809—1812), theils auch aus späteren zuverlässigen Mittheilungen der Insassen. T. 1—2. Pesth: Hartleben 1819. XXXII, 240 S.; 390 S.
In Teil II: U. a. Abdruck einiger illyr. Privilegien. Z. T. von Bidermann, Serbenansiedlung, berichtigt.

***Csorich, Ludwig von:** Skizze des illyrisch-banatischen Grenz-Infanterie-Regiments Nr. 18. Aus: Oestr. Milit. Ztschr., Jg. 1848, 2. Bd., S. 3—38, 168—188.
„Staats"- und landeskundliche Beschreibung mit reichem Zahlenmaterial.

***Czoernig, Karl Frhr. von:** Ethnographie der Oesterreichischen Monarchie. Bd. 1—3. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1857. XXII, 675 S.; VIII, 372 S.; VIII, 286, 104 S.
Enthält einiges ethnologisches und siedlungsgeschichtliches Material über die Mil.-Gr. Wichtige Dokumentenanhänge.

*Czoernig, Karl Frhr. von: Statistisches Handbüchlein für die Oesterreichische Monarchie. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1861. XII, 150 S.

Zahlreiche statistische Angaben über die Mil.-Gr.

*Demian, J. A.: Darstellung der Oesterreichischen Monarchie nach den neuesten statistischen Beziehungen. Bd. 1—6. 1. Erster Band, welcher Böhmen, Mähren, und das österreichische Schlesien enthält. o. O. (Wien): 1804. XXX, 323, 191 S. 2. Zweyter Band, welcher Ostgalizien und Siebenbürgen enthält. o. O. (Wien) 1804. XII, 164, 127 S. 3. Dritten Bandes Erste Abtheilung. Statistische Darstellung des Königreiches Ungern und der dazugehörigen Länder. Erster Theil. Wien: Camesinaische Buchhdlg. 1805. XVIII, 582 S. 4. Dritten Bandes Zweyte Abtheilung. Statistische Darstellung des Königreiches Ungern und der dazugehörigen Länder. Zweyter Theil. Wien: Camesinaische Buchhdlg. 1806. XL, 480 S. 5. Vierten Theils erste Abtheilung, welcher die Militär-Gränze von Kroatien enthält. Statistische Beschreibung der Militär-Gränze. Erster Band, welcher die Militär-Gränze in Kroatien enthält. Wien: Rötzl'sche Buchhdlg. 1806. XXVIII, 386 S. 6. Vierten Theils zweyte Abtheilung, welcher die Militär-Gränze von Slavonien und Ungern enthält. Statistische Beschreibung der Militär-Gränze. Zweyter Band, welcher die Militär-Gränze in Slavonien und Ungern enthält. Wien: Rötzl'sche Buchhdlg. 1807. XXIV, 430 S. (Der 3. Bd., 1. u. 2. A. und der 4. T., 1. u. 2. A. sind auch selbständig unter den Untertiteln erschienen.)

Sehr reiches statistisches Material über die Mil.-Gr., bes. in T. 4.

*— Statistische Darstellung der Illyrischen Provinzen. Erster Theil. Die illyrische Militär-Provinz. Tübingen: J. G. Cotta 1810. 245 S.

Landeskunde des Karlstädter Generalats und der Banalgrenze (Raum, Bevölkerung, Brauchtum, Statistik, Wirtschaft, Verfassung, Verwaltung). Irrtümer in früheren Werken Demians werden berichtigt. Übt Kritik an der Verfassung, Verbesserungsvorschläge.

*Demian, M.: Tableau géographique et politique des royaumes de Hongrie, d'Esclavonie, de Croatie, et de la grande principauté de Transilvanie; Traduit de l'Allemand. Mit 1 Karte. Bd. 1—2. Publié par MM. Roth et Raymond, Editeurs de la Statistique Générale de la Monarchie Autrichienne. Paris: S. C. L'Huillier (Libraire) 1809. 2, XVI, 360 S.; 2, 492 S.

Eine Übersetzung oder Übertragung der deutschen Werke Demians. (Verf. nach Österr. Biographie identisch mit J. A. Demian.)

*Denkschrift über das Projekt eines Donau-Save-Schiffahrt-Canales zwischen Vukovár und Samač in Slavonien und der Militärgränze. Mit 1 Kt. Wien: 1869, Druck von Carl Gerold's Sohn. 19 S.

Der offizielle Antrag der Konzessionswerber.

*Devčić, Ivan: Hrvati i Hrvatska pod Napoleonom velikim. [Die Kroaten und Kroatien unter Napoleon dem Großen.] Mit 14 Abb. Zagreb: L. Hartmann (Kugli i Deutsch) 1905. 64 S.

Beruht auf Boppe (s. d.).

— Junačtvo hrvatskih graničara. [Heldentum der kroatischen Grenzer.] Zagreb: 1876.

*Dimitz, August: Geschichte Krains von der ältesten Zeit bis auf das Jahr 1813. Mit besonderer Rücksicht auf Culturentwicklung. T. 1—4. Laibach: Ig. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg 1874—1876. VII, 336 S.; IV, 312 S.; 483 S.; 396 S.

Ab Bd. 2 manches zur Geschichte der Mil.-Gr., vorwiegend zur finanziellen Unterstützung. Bd. 4: ausführlich die Illyr. Provinzen mit großem Schrifttumsverzeichnis.

Drăganu, Nicolae: Grănicereşti. [Über die Grenzer.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1930, Nr. 13, S. 359—360.

*(Duc de Raguse): Voyage du Maréchal Duc de Raguse en Hongrie, en Transylvanie, dans la Russie Méridionale, en Crimée, et sur les Bords de la Mer d'Azoff, à Con-

stantinople, dans quelques parties de l'Asie-Mineure, en Syrie, en Palestine et en Égypte. (Bd. 5: ... en Sicile.). Bd. 1—5. Paris: Ladvocat, Libraire de S. A. R. M. le Duc d'Orleans 1837.

Über Mil.-Gr. nur Bd. 1: Bericht über die Organisation der Mil.-Gr. aus eigener Erfahrung des Verf. (S. 78—104). Darstellung der russischen Militärkolonien mit Vergleich zwischen Mil.-Gr. und Mil.-Kolonien (S. 193—371). Verf. ist Marschall Marmont (s. d.).

***DV Fresne, Carolus, Dominus dv Cange:** Illyricvm vetvs & novum, sive Historia regnorum Dalmatiae, Croatiae, Slavoniae, Bosniae, Serviae, Atqve Bvlgariae, locvpletissimis accessionibvs avcta, atqve a primis temporibvs vsqve ad nostram continvata aetatem. Mit 1 Wappentafel. Posonii: Anno MDCCXLVI, Typis Haeredvm Royeraniorvm. 26, 242 S.

Enthält ab Kap. IV zahlr. Notizen zur Mil.-Gr.-Geschichte.

Ebner, Ladislaus: Historisch statistisch topographische Beschreibung der königl. Freystadt Varasdin. Varasdin: 1827, gedr. bei Joh. Sangilla. 1, 208 S.

***Ehrenstein, August:** (siehe Breton).

***Engel, Johann Christian von:** Staatskunde und Geschichte von Dalmatien, Croatien und Slawonien, nebst einigen ungedruckten Denkmälern Ungrischer Geschichte. Mit 1 Kupfer. (2. T. der „Geschichte des Ungrischen Reichs und seiner Nebenländer" von Engel.) Halle: Johann Jacob Gebauer 1798. IX, 608 S.

Eine der ältesten systemat. Darstellungen der Mil.-Gr., z. T. auf de Luca beruhend, z. T. selbständig. Auf kroat. und slawon. Mil.-Gr. beschränkt.

***Erben, Wilhelm:** Die Frage der Heranziehung des Deutschen Ordens zur Vertheidigung der ungarischen Grenze. (Sonderdruck aus: Arch. f. österr. Gesch., Bd. LXXXI, II. Hälfte, S. 513ff.). Wien: In Komm. bei F. Tempsky 1894. 87 S.

Ergänzung zu Zwiedineck-Südenhorst (s. d.).

Érdujhelyi, Melchior: Újvidék szabad királyi város története. [Geschichte der kgl. Freistadt Neusatz.] Neusatz: 1894. 455 S.

— Geschichte der Stadt Neusatz. (Deutsche Übersetzung des vorigen von Heinrich Gunde und Friedrich Steiger.) Neusatz: 1895, Buchdruckerei & Lithografie Emil Fuchs & Comp. 428 S.

U. a. ausführliche Darstellung über die Rolle von Neusatz in der Donaugrenze 1702—1748.

Fahrt von Pesth über Theresiopol, Peterwardein, Semlin nach Belgrad, und zurück durchs Bannat. Eine —. Aus: Hesperus, Jg. 1828, S. 405—407, 409—411, 413—415, 681—683, 685—686.

***Farkaš-Vukotinović, Ludwig von:** Das Lika- und Krbava-Thal in Militär-Croatien. Mit 1 Karte. (Sonderdruck aus: Sber. d. math.-naturwiss. Kl. d. Kais. Akad. d. Wiss., Jg. 1857, S. 522ff.). Wien: Karl Gerold's Sohn 1857. 21 S.

Geographische, klimatologische und botanische Untersuchung.

***Feldzüge** des Prinzen Eugen von Savoyen. Nach den Feldakten und anderen authentischen Quellen hsg. von der Abtheilung für Kriegsgeschichte des k. k. Kriegs-Archives. 20 Bde. Text, 18 Bde. Karten, 1 Bd. Register. Wien: Vlg. d. k. k. Generalstabes. In Komm. bei C. Gerold's Sohn 1876.

Reichhaltiges Material über Mil.-Gr.

***Fényes, Alexius von:** Statistik des Königreichs Ungarn. T. 1—2. Pesth: 1843—1844, von Trattner-Károlyische Buchdruckerey. VII, 331 S.; 4, 220 S.

Mil.-Gr. im allgem. Zusammenhang behandelt. Ferner T. II, § 43: „Militärische freie Communitäten"; §§ 47—49: „Militär-Grenzen", wovon § 47 eine der ersten modernen Geschichtsdarstellungen der Mil.-Gr. ist.

Fest, Alfred: Uskoken und Venezianer in der Geschichte von Fiume 1575—1618. Aus: Ungarische Revue XII, S. 160, 245, 530, 673. Budapest: 1892.

*Fiedler, Joseph: Beiträge zur Union der Valachen (Vlachen) in Slavonien und Syrmien. Aus: Arch. f. österr. Gesch., Bd. 37, S. 105—145. Wien 1867.

Beitrag zur Privilegiengeschichte.

— Versuche der türkisch-südslawischen Völker zur Vereinigung mit Österreich unter Kaiser Rudolf II. 1594—1606. Wien: 1858.

*Fieffé, Eugène: Geschichte der Fremd-Truppen im Dienste Frankreichs, von ihrer Entstehung bis auf unsere Tage, sowie aller jener Regimenter, welche in den eroberten Ländern unter der ersten Republik und dem Kaiserreiche ausgehoben wurden. Bd. 1—2. (Nach dem franz. Original „Histoire des troupes etrangères au service de France" übersetzt von F. Symon de Carneville.) München: 1860, J. Deschler'sche Buchdruckerei. 1. XXI, 560 S., 11 farb. Kupfertaf. 2. V, 664 S., 22 farb. Kupfertaf.

In Bd. 2, S. 211—226, eine Abhandlung über die Grenzer, Panduren usw. in franz. Diensten nach 1809.

Finci, David: Das Temesvarer Banat und die Serbenfrage unter Karl VI. 1716 bis 1739. Dissertation. Maschinskript. Wien: 1934.

*Firnhaber, Friedrich: Zur Geschichte des Österreichischen Militärwesens. Skizze der Entstehung des Hofkriegsrathes. Aus: Arch. f. Kde. österr. Gesch.-Quellen, Bd. 30, S. 91—178. Wien: 1864.

Enthält einiges über die Unterordnung der Mil.-Gr. unter den HKR.

Fleischman, Peter: Description des Reichstages zu Augspurg 1582. Augsburg 1582. 227 S.

Liste der kaiserl. Beamten u. Offiziere auf der ungar., windischen u. kroat. Grenze enthaltend.

— Kurtze und aingentl. Beschreibung des zu Regensburg in diesem 94. Jar gehaltenen Reichstags. Regensburg: 1594.

Enthält einen „Kriegsbevelch" an die Grenzen.

Fodor, Franz: Karánsebes települése. [Die Ansiedlung von Karansebesch.] Aus: Földrajzi Közlemények, S. 85—100. Budapest: 1921.

*Forst-Instruction für die Grenz-Regimenter und Bataillons mit Beziehung auf das denselben untergeordnete Waldpersonale. ddo. 18. November 1839. Mit zahlr. Blgn. Wien: k. k. Hof- und Staats-Aerarial-Druckerei 1840 (Neudruck 1854). 77 S.

Franzfelder Gemeinde, anläßlich ihres hundertjährigen Bestandes herausgegeben von der Gemeinde. Geschichte der —. Mit 4 Plänen. Pancsova: 1893. Druck Brüder Jovanović. XLI, 289 S.

*Fras, Franz Julius: Vollständige Topographie der Karlstädter-Militärgrenze mit besonderer Rücksicht auf die Beschreibung der Schlösser, Ruinen, Inscriptionen und anderen dergl. Überbleibseln von Antiquitäten nach eigener Anschauung und aus den zuverlässigsten Quellen dargestellt für Reisende, und zur Förderung der Vaterlandsliebe. Ein Versuch. Agram: 1835, gedr. bei Franz Suppan. XIX, 426 S.

Nach knapper geschichtlicher Einleitung eine Baedeker-artige Beschreibung der einzelnen Örtlichkeiten.

*Freikorps Graf Ignaz Gyulai im Feldzuge 1793 am Rheine, Szenen aus der Geschichte des kroatischen —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1846, Bd. 2, S. 61—69.

Rein kriegsgeschichtlich.

*Freiwillige Theilnahme der Serben und Kroaten an den vier letzten österreichisch-türkischen Kriegen dargethan in einer Sammlung gleichzeitiger geschichtlicher Urkunden. Die —. Wien: 1854, Druck von Keck & Pierer. VI, 340 S.

Rein kriegsgeschichtl. Quellenwerk. Wertvolle Belege zum Grenz-Kleinkrieg.

Gábor, Gyula: A somogyvármegyei Répáskörület, egy félben maradt perünk a katonai határőrvidékkel. [Der Répás-Bezirk im Komitat Somogy, unser unerledigter Streit mit der Mil.-Gr.] Aus: Századok, Jg. 1911.

*Gebhardi, Ludewig Albrecht: Geschichte des Reichs Hungarn und der damit verbundenen Staaten. T. 1—4. Leipzig: Weidmanns Erben und Reich 1778—1782. 684 S.; 754 S.; 866 S.; 740 S.

Enthält im Kap. „Geschichte der Reiche Dalmatien, Kroatien und Szlavonien" (T. 3, S. 384—525) einiges über die Geschichte der Mil.-Gr., das zu den ältesten literarischen Mitteilungen über die Mil.-Gr. zählt (1781). Dasselbe Kap. ist gleichlautend enthalten in dem folgenden Werk:

*— Geschichte der Königreiche Dalmatien, Kroatien, Szlavonien, Servien, Raszien, Bosnien, Rama und des Freystaats Ragusa. Pesth: Joseph Leyrer 1808. 556 S.

Zu S. 3—162 siehe das vorige Werk von Gebhardi.

*Gegenwart und Zukunft der k. k. Militärgrenze. (Siehe Grivičić).

*Geschichte und bildliche Vorstellung der Regimenter des Erzhauses Österreich. Mit zahlr. farb. Taf. Wien: Im vom Reilly'schen geographischen Verschleiß Komptoir 1796.

Uniform-Bildwerk.

Ghidiu, A. und J. Bâlan: Monografia oraşului Caransebeş. [Monographie der Stadt Karansebesch.] Karansebes: 1909.

Gigante, Silvino: Venezia e gli Uscocchi dal 1570 al 1620. Fiume: Battara 1904.

*Gjukić, A.: Ein Rückblick auf die Geschichte der österreichisch-ungarischen Donauflottille. (Sonderdruck aus: Österr.-ungar. Wehr-Ztg.) Wien: 1889. 57 S.

Ausführliche Geschichte der Tschaikisten.

*— Die Mitwirkung des bestandenen k. k. Titler Grenz-Tschaikisten-Bataillons bei den Vorarbeiten zur Regulirung des „Eisernen Thores" (1830—1833). (Sonderdruck aus: Österr.-Ungar. Wehr-Ztg.) Wien: 1890. 40 S.

*— Die Theilnahme des Titler Grenz-Tschaikisten-Bataillons am österreichisch-türkischen Kriege in den Jahren 1788—1791. Aus: Streffleurs österr. milit. Ztschr., Jg. 1892, Bd. 1, S. 177 bis 191; Bd. 2, 178—188; Bd. 3, S. 77—96, 273—287; Bd. 4, S. 184—191.

Fast rein kriegsgeschichtliche Untersuchung auf Grund der Akten. Einiges über Stand und Organisation.

*— Adjustierungsbilder des bestandenen k. k. Titler Grenz-Čaikisten (Infanterie-) Bataillons. Litografiert von Jaroslaw Häring. 22 Taf. Prag: 1897.

Gjurić, Marie: Ueber die Auswanderung der Serben aus Ungarn nach Rußland in den fünfziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Dissertation, Handschrift. Wien: Universität 1908.

Golda, Robert: Der Friede von Sistov. Ungedruckte Dissertation. Wien 1941.

*Gömöry (von Gömör), Gustav: Türkennoth und das Grenzwesen in Ungarn und Croatien während sieben „Friedensjahren" von 1575 bis 1582. Nach Quellen des k. k. Kriegs-Archivs. Aus: Mittheilungen des k. k. Kriegs-Archivs, Jg. 1885, S. 155—178.

Untersuchung der Kleinkriegsereignisse an der gesamten Mil.-Gr. mit genauen Angaben über die geogr. Gliederung der Grenze auf beiden Seiten. Einige Irrtümer stellt Bidermann, Steiermarks Beziehungen usw. (s. d.) richtig.

Gonda, L.: Die Deutschen in der Geschichte von Pantschova. Aus: Deutsches Volksblatt. Neusatz: 25. Dezember 1928.

*Gradiskaner Nr. 8. Aus der Geschichte des k. k. Grenz-Infanterie-Regiments —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1846, Bd. 4, S. 191—199.

Kriegsereignisse in den Jahren 1799 und 1809.

*Gräffer (August): Annalen der kais. königl. Armée. Geschichte der kaiserl. königl. Regimenter, Corps, Bataillons, und anderen Militär-Branchen; seit ihrer Errichtung bis zu Ende des Feldzuges 1799. Neue unveränderte Ausgabe. Bd. 1—3. 1. u. 2. Wien: in der militärischen Buchhdlg. 1804. XX, 474 S., 1 Taf.; VIII, 477 S., 1 Taf. 3. Wien: Catharina Gräffer und Comp. 1812. VIII, 408 S.

Bd. 1, S. 257 ff.: Darstellung der „Nazional-Gränz-Regimenter und componirten Bataillons" (Errichtung, Uniformierung, Kommandanten, Kriegsgeschichte). Bd. 2: entsp. für die anderen Waffengattungen. Bd. 3: Angaben über aufgelöste Grenztruppen (Husaren, Freikorps).

Gränitztruppen vom Jahre 1787. Jetziger Zustand der k. k. —. Aus: Historisches Portefeuille f. d. Jahr 1787, Bd. 1, S. 171—199.

Graßl, P.: Geschichte der deutsch-böhmischen Ansiedlungen im Banat. Prag: 1904.

— Geschichte der deutsch-böhmischen Ansiedlungen im Banat. Die Gemeinde Franzfeld. Aus: Deutsches Volksblatt für Syrmien v. 14. August 1909.

***Grellmann, H. M. G.:** Statistische Aufklärungen über wichtige Theile der Österreichischen Monarchie. Bd. 1—3. Göttingen: Vandenhoek und Rupprecht 1795—1802. VI, 4, 468 S.; VI, 3, 320, XXXII S.; VIII, 2, 598 S.

Bd. 3, S. 391—422: „Beytrag zur Kenntnis der sogenannten Illyrier in den Ungrischen Erbstaaten, besonders ihre Hierarchie und Religionsduldung betreffend" — Auszug aus Bartenstein (s. d.).

***Griselini, Franz:** Versuch einer politischen und natürlichen Geschichte des temeswarer Banats in Briefen an Standespersonen und Gelehrte. Mit mehreren Taf. T. 1—2. Wien: Johann Paul Krauß 1780. 301 S.; 135 S.

Einige Anmerkungen zur Vorgeschichte der Banater Mil.-Gr. Neuausgabe von Schwicker, Geschichte des Temeser Banats (s. d.).

***(Grivičić):** Gegenwart und Zukunft der k. k. Militärgrenze. (Sonderdruck aus der „Zukunft".) Wien: Dr. J. P. Jordán 1869. 15 S.

Anonym erschienene Streitschrift gegen die „kalte" Auflösung der Grenze. Verlangt freies Selbstbestimmungsrecht für das „kaiserliche" Grenzland und wendet sich gegen die Madjarisierung.

Groos, W.: Auswanderer aus den Ämtern Emmendingen und Karlsruhe in der südungarischen Gemeinde Franzfeld. Aus: Alemannia. Neue Folge. Bd. VI, H. 2, S. 81—103. Freiburg i. Br.

***Gruenberg, L.:** Die deutsche Südostgrenze. Mit 10 Ktn. Leipzig: B. G. Teubner 1941. 199 S.

S. 75—79 („Die Militärgrenze") eine der üblich gewordenen „Übersichten" ohne eigentliche Kenntnis des Gegenstandes.

***Grundgesetze** für die Carlstädter-Warasdiner, Banal, Slavonische und Banatische Militär-Gränze. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerey 1807. 57 S.

Amtl. Gesetzesausgabe der GGG. Kommentare: Hietzinger, Bergmayr, Stopfer, Vaníček, Schwicker, v. Schumacher (s. diese).

***Hacquet, B.:** Abbildung und Beschreibung der südwest- und östlichen Wenden, Illyrer und Slaven, deren geographische Ausbreitung von dem adriatischen Meere bis an den Ponto, deren Sitten, Gebräuche, Handthierung, Gewerbe, Religion usw. nach einer zehnjährigen Reise und vierzigjährigem Aufenthalte in jenen Gegenden. Mit 27 Kupfern. Leipzig: Industrie-Comptoir v. J. (1801—1803). XII, 195 S.

Gute Schilderungen des Brauchtums in der Mil.-Gr. und der physischen Beschaffenheit des Grenzvolks.

***Haller, Hermann:** Neu-Pasua und Neu-Banovci, zwei Schwabensiedlungen in Syrmien. Aus: Auslandsdeutsche Volksforschung, Jg. 1937, H. 1, S. 44—65.

Ausführliche Monographie über die Siedlungs- und Bevölkerungsgeschichte der beiden Gemeinden. Siehe auch Lutz.

*— Syrmien und sein Deutschtum. Ein Beitrag zur Landeskunde einer südostdeutschen Volksinsellandschaft. Mit 11 Abb., 7 Taf., 6 Ktn. Leipzig: S. Hirzel 1941. 98 S.

Behandelt u. a. die Siedlungsgeschichte der deutschen Neusiedlungen im syrmischen Bereich der Mil.-Gr.

Handbuch der Woiwodschaft Serbien und des Temeswarer Banats samt der Militärgrenze für das Jahr 1854. Temesvar: 1855.

*Handwörterbuch des Grenz- und Auslanddeutschtums. 1. Bd. Mit 13 Taf., 135 Abb. Breslau: Ferdinand Hirt 1933. 746 S.

Einige Hinweise im Artikel „Banat" zur Gesch. der Mil.-Gr.

Harambašić, A.: Zapisci staroga krajišnika. [Erinnerungen eines alten Grenzers.] Aus: Dom i Sviet, Jg. 1893.

*Harms, Günther: Bevölkerungsstruktur und Agrarverfassung Slawoniens. Der wirtschaftliche und soziale Aufbau einiger Dörfer im Poscheger Kessel. Mit 1 Kt. Leipzig: S. Hirzel 1942. 63 S.

Mir einigen knappen Bemerkungen zur Mil.-Gr.

*Hassel, Georg: Staats- und Adreß-Handbuch der Teutschen Bundes-Staaten für das Jahr 1816. T. 1—2. Weimar: Landes-Industrie-Comptoir 1816 u. 1817. VIII, 488 S.; 466 S.

Enthält einige staatsrechtliche, statistische und personelle Angaben über die Mil.-Gr.

*Hauer, Leopold Edler von: Kurze Uibersicht sämmtlicher für die Militairgränzen erflossenen Systemal-Verordnungen. Ister Theil. Von Entstehung der Militair Gränzen bis zu Aufstellung ordentlicher Gränz Regimenter. o. O. (Wien): 1806. 140 Bogen festgebundenes Manuskript im Besitz des Heeresarchivs Wien (HKR., Nebenspeicher, Sondersammlung Nr. 30).

Nur ein Bd. auffindbar, obwohl Hietzinger (s. d.) von 2 Bdn. spricht. Wertvolle Übersicht über das Verordnungswesen. Die geschichtliche Einleitung ist hingegen sehr fehlerhaft.

*Haufe, Helmut: Die Wandlung der Volksordnung im rumänischen Altreich. Agrarverfassung und Bevölkerungsentwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. Mit 5 Ktn. Stuttgart: W. Kohlhammer 1939. 347 S.

Einige interessante Randbemerkungen zur siebenbürg. Mil.-Gr. und ihre psychologischen Wirkungen bis heute.

*Haushofer, Karl: Grenzen in ihrer geographischen und politischen Bedeutung. Mit 89 Ktn. u. Abb. 2. Aufl. Heidelberg: Kurt Vowinckel 1939. 279 S.

Erwähnt die Mil.-Gr. mehrmals in geopolitischer Bewertung.

Heidendorf, Conrad: Selbstbiographie. Aus: Archiv des Vereines für siebenbürgische Landeskunde, N. F. XV, S. 127—151.

Heintl, von: Anleitung, den Seidenbau im Freien zu betreiben. Wien: 1815.

Abdruck sämtlicher Relationen über die einschlägigen Versuche in der Mil.-Gr.

*Hermann, Heinrich: Handbuch der Geschichte des Herzogthumes Kärnten in Vereinigung mit den österreichischen Fürstenthümern. Bd. 1—3. Klagenfurt: J. Leon'sche Buchhdlg. 1843 bis 1858. 579, 2 S.; 234, 420 S.; 371, 221 S.

Bd. 2, 1. H.: ausführliche Behandlung der Mitarbeit Kärntens an der Grenze (Verhandlungen, Leistungen). Bd. 3, 1. H.: ausführliche Darstellung der Illyr. Prov.

Herzl, Ad.: Beschreibung der Militär-Grenzcommunitäten.

Heylmann, A. F.: Ein Versuch des landwirtschaftlichen Betriebes der Grenze.

Heyrenbach: Slawen in Oesterreich — Grundsätze der älteren Staatsgeschichte Oesterreichs. Wien: 1777.

*Hietzinger, Carl Bernh., Edler (Ritter) von: Statistik der Militärgränze des österreichischen Kaiserthums. Ein Versuch. Bd. 1—3. Wien: Carl Gerold 1817—1823. 1. 1. Theil. XVI, 296, 136 S., 1 Faltkarte, 1817. 2. 2. Theil, 1. Abtheilung. XII, 468 S., 1820. 3. 2. Theil, 2. Abtheilung. XII, 8, 688 S., 1823.

Erstes umfassendes Werk über die Mil.-Gr. (Standwerk). Umfassende Darstellung der gesamten Verhältnisse in der Mil.-Gr. (Verfassung, Verwaltung, Recht, Wirtschaft, Kultur, Bevölkerung, Siedlung, Militär, Landschaft usw. mit besonderer Betonung der rechtlichen und statistischen Tatbestände). Auf Grund amtl. Materials und eigener Verwaltungs- und Landeskenntnis des Verf. bearbeitet. Abgesehen von der sehr fehlerhaften geschichtlichen Einleitung sehr zuverlässiges Quellenwerk. Reiche Angaben über älteres Schrifttum zur Mil.-Gr.

*Hofer, Kurt P.: Die Repressaliengefechte gegen die Bosnier und Montenegriner in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Mit 6 Kartenbeilagen. Dissertation, Maschinskript. (Heeresbücherei Wien). Wien: 1938. 12, 119, VII S.

Kriegsgeschichtl. Abhandlung über die letzten Kleinkriegshandlungen in der Mil.-Gr. (auf Grund der Akten).

Hoffmann, Leo: Verschollene Ortschaften in der Gegend von Belacrkva (Weißkirchen). (Bd. 38 d. „Banater Bücherei"). 1929. 12 S.

— Wann ist Weißkirchen entstanden? (1723). Aus: Deutsches Volksblatt. Neusatz: 2. Juli 1924.

*(Hofmannsegg, Graf von): Reise des Grafen von Hofmannsegg in einige Gegenden von Ungarn bis an die türkische Grenze. Ein Auszug aus einer Sammlung von Original-Briefen. Hsg. von Christoph Gottlieb Jähne. Görlitz: G. G. Anton 1800. VIII, 246 S.

Ganz persönlich gehaltene Briefe mit lebendigen Eindrucks- und Erlebnisschilderungen aus den bereisten Gebieten einschl. der Mil.-Gr.

Holdhaus, Karl: Die Militärgrenze im Jahre 1865—1866. Mit 1 Kt. Aus: Berichte über die land- und forstwirtschaftliche Ausstellung in Wien im Jahre 1866. S. 606—778. Wien: 1867.

Horvat, Karlo: Monumenta historiam Uscocchorum illustrantia, ex archivis romanis, praecipue e secreto vaticano desumpta. Pars prima. Ab anno 1550, usque ad annum 1601. (Erschienen als Bd. XXXII der Monumenta Slavorum meridionalium.) Zagreb: 1910.

*Horvath, Michael: Fünfundzwanzig Jahre aus der Geschichte Ungarns 1823—1848. (Aus d. Ungarischen übers. v. J. Novelli.) Bd. 1—2. Leipzig: F. A. Brockhaus 1867. XVII, 557 S.; XI, 631 S.

Sehr ausführliche Darstellung des Vormärz und März in Ungarn einschl. der nationalen Bewegung in der Mil.-Gr. (u. a. Bd. 2, S. 601 f.) vom madjarischen Standpunkt.

*Hostinek, Josef: Die K. K. Militär-Grenze. T. 1—2. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1861. 1. Die K. K. Militär-Grenze, ihre Organisation und Verfassung. 441 S., zahlr. Tab. 2. Die K. K. Militär-Grenze und ihre Verwaltung. 441 S.

Grundlegende Abhandlung über die staats- und verwaltungsrechtlichen Verhältnisse in der Mil.-Gr. nach 1850. In T. 1 ein kommentierter Abdruck des GGG. von 1850 und anderer wichtiger Gesetze.

*Hübler, Franz: Sammlung der im Jahre 1523—1818 an die k. k. österr. Armee ergangenen, politisch, ökonom. und Justiz-Militair-Gesetze. 45 Textbände, 15 Registerbände. Wien: bis 1818. Unikum der Wiener Heeresbücherei.

Die Sammlung besteht zum größeren Teil aus handschriftl. Abschriften, zum kleineren Teil aus gedruckten Gesetzblättern usw., die chronologisch zusammengebunden sind. Aufgenommen sind lediglich im Zeitpunkt der von Hübler vorgenommenen Zusammenstellung noch gültige Gesetze usw., weswegen der Titel irreführend ist. Die Auswahl der aufgenommenen Stücke erfolgte nicht streng methodisch, so daß der Wert der Sammlung sehr ungleichmäßig ist. Die Sammlung wird als Vorläufer der amtl. „Sammlung der im Fache der Militär-Verwaltung ergangenen Gesetze und Normal-Verordnungen" (s. d.) benützt.

*— Militär-Oekonomie-System der kaiserlichen königlichen österreichischen Armee. 17 Bde. Wien: J. Geistinger'sche Buchhdlg. 1820—1823.

Inhaltsauszug aus den 1818 gültigen militär-rechtlichen Bestimmungen (Gesetzen usw.). Die Mil.-Gr. ist hauptsächlich im 9. Bd. behandelt. Sehr unübersichtlich.

*Hurter, Friedrich: Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern, bis zu dessen Krönung in Frankfurt. Personen-, Haus- und Landesgeschichte. Mit vielen eigenhändigen Briefen Kaiser Ferdinands und seiner Mutter, der Erzherzogin Maria. Bd. 1—7. (Bildet Bd. 1—7 der „Geschichte Kaiser Ferdinands II. und seiner Eltern" — 11 Bde.) Schaffhausen: Hurtersche Buchhdlg. 1850—1854.

Über Mil.-Gr.: Bd. 1, S. 281 ff. („Die Gränzvertheidigung"), S. 321 ff. ("Die Ausschüsse der Länder zu Bruck im Jahr 1578"), S. 357 ff. („Des Erzherzogs Vorkehrungen zur Gränzvertheidigung"); in den weiteren Bänden Vereinzeltes.

*Ilić, Luka: Historische Skizze der kaiserlich königlichen Militär-Communität Pančova. Mit 1 Stadtplan. Pančova: 1855, gedr. bei A. Siebenhaar, 54 S.

*(Illyrische Privilegien): H. 1—3. o. O.: o. J. 1. Sacratissimae Caesareae Regiaeque Majestatis Gloriosissimae Reminiscentiae, Caroli VI. nec non modernae Regnantis Majestatis Mariae Theresiae, Universorum ab Antiqo inclytae Nationi Illyricae clementer impertitorum privilegiorum Diploma Protectionale, per sequentes deputatos & plenipotentiarios, nempe: Paulum Nenadovich, Episcopum Carlostadiensem & Patriarchalem Vicarium Generalem. Joannem Georgevich, Archi-Diaconum Patriachalem, Arsenium Wuisch, Vice-Collonellum Regium, ex Confinia Tybisciana, Andream Andreovich, Regium Postae Directorem Petrovaradiensem, & Dominii Uffeliani Carlovitii Administratorem, impetratum. Per excelsam Cancellariam Imperialem Aulae-Bellicam Emanatum. 18 S. 2. Privilegia per divos imperatores Leopoldum, Josephum, et Carolum VI. gloriosissimae reminiscentiae, nec non modernam regnantem Majestatem Mariam Theresiam, inclytae Nationi Illyrico-Rascianae, per sequentes Deputatos, & Plenipotentiarios, nempe: (... Namen wie H. 1 ...) impetratum. Medio excelsae Cancelariae Aulico-Intimae clementissime concessa & confirmata die 24. Aprilis, anno 1743. 27 S. 3. (Titel wie H. 2.) Medio excelsae Aulico-Hungaricae clementissimae concessa & confirmata die 18. Maji, anno 1743. 26 S.

Amtl. Ausgabe der Illyr. Privilegien bis 1743.

*Illyrischen Provinzen und ihre Einwohner. Die —. Wien: Camesinasche Buchhdlg. 1812. 4, 579 S.

Gute ausführliche Beschreibung von Land, Volk, Staat und Wirtschaft. Die Mil.-Gr.-Bezirke sind im allg. Zusammenhang mitbehandelt, jedoch ist auch ein gesondertes Kapitel: „Kriegsverfassung" (S. 259—283) vorhanden, das eine der ältesten Geschichtsdarstellungen der Mil.-Gr. bildet.

*Ilwof, Franz: Die Einfälle der Osmanen in die Steiermark. Aus: Mittheilungen des historischen Vereines für Steiermark. H. 9, 1859, S. 179—205; H. 10, 1861, S. 207—264; H. 11, 1862, S. 203—248; H. 15, 1867, S. 85—181; H. 32, 1884, S. 74—96.

Zur Mil.-Gr. nur H. 15 (älteste Geschichte, 16. Jh.); H. 32 enthält Nachträge. Berichtigt von Krones, Pirchegger, Anton Adalbert Klein (s. d.).

Iványi, J.: A Tiszavidéki Határőrvidék történetéhez. [Zur Geschichte der Militärgrenze im Theißgebiet.] Aus: Hazánk, 1884—1885.

Ivić, Matheus: Die Hauscommunionen. Semlin: 1874.

Jakab, Elek: Erdély katonai véderejének alakulása. [Die Bildung der militärischen Wehrkraft in Siebenbürgen.] Budapest: Akad. 1874.

Jakšić, Duschan: Die Einwanderung der Serben nach Ungarn im Jahre 1690. Dissertation, Handschrift. Wien: Universität 1908.

Jancsó: Az oláh és székely határőrség adatok. [Daten der walachischen und Sekler Grenze.]

Japunčić, Milan: Kratke povijest Like i Krbave. [Kurze Geschichte der Lika und Krbava.] Gospic: 1936.

Jaschke, Franz: Nation. Trachten und Ansichten von Croatien. 1821.

Jelić, Luka: Uskoci i urote preotmi Klisa za druge polovice XVI. vieka. [Die Uskoken und die Verschwörungen in der Umgebung von Klis in der 2. Hälfte des 16. Jhdts.] Aus: Glasnik Matice Dalmatinske, Jg. 1904, S. 239—254, 329—349.

*Jenco (auch: Jenko): (siehe Militar-Gränitz-Rechten usw.).

Jireček: Die serbischen Privilegien usw. Aus: Oesterreichische Revue, Jg. 1864, S. 50.

*Jowitsch, Spiridion: Ethnographisches Gemählde der slavonischen Militärgränze, oder ausführliche Darstellung der Lage, Beschaffenheit und politischen Verfassung des Landes, dann der Lebensart, Sitten, Gebräuche, der geistigen Bildung und des Charakters seiner Be-

wohner. Ein Beitrag zur Länder- und Völkerkunde des österreichischen Kaiserstaates. Wien: Mechitaristen-Congregations-Buchhdlg. 1835. 168 S.

Übersichtliche und das Wesentliche hervorhebende Darstellung von Land und Leuten, Verfassung usw. Die Slawen stehen im Vordergrund, aber auch die Deutschen, Albaner, Zigeuner usw. sind behandelt. Abdruck zahlreicher slawischer Volkslieder.

Kastner, Andreas: Loose Blätter aus der Geschichte des Deutsch-Banater Regiments. Aus: „Banatische Post", Nr. 66—95, 15. 8.—15. 11. Pančevo: 1886.

Kerchelich (auch: Kercselich, Krčelić, Kerkselich, Kerčzelich), **Balthasar Adam:** De regnis Dalmatiae, Chroatiae, Sclavoniae, Notitiae Preliminares etc. Agram: 1771.

Behandelt auch die kroat. Grenze. S. 519: Supplementum de Generalatu Varasdinensi.

***Kerchnawe, Hugo:** Die alte Militärgrenze. Ein Schutzwall Europas. Mit zahlr. Abb. u. 1 Kt. Wien: Adolf Luser 1939. 77 S.

Gute populäre, überwiegend militärgeschichtliche Darstellung.

Kereszтúry: Dissertatio brevis ac sincera Hungari auctoris de gente Serbica, perperam rasciana dicta, ejusque meritis ac fatis in Hungaria, cum appendice Privilegiorum eidem genti elargitorum. o. O.: 1790. 80 S.

Streitschrift. Guter, aber nicht vollständiger Abdruck der illyr. Privilegien.

***Klaić, Vjekoslav:** Povjest Hrvata od najstarijih vremena do svršetka XIX. stoljeća. [Geschichte der Kroaten von den ältesten Zeiten bis zum Ende des 19. Jahrhunderts.] Bd. 1—3 (in 5 Bdn.) Zagreb: L. Hartman (Stj. Kugli) 1899—1911.

Zur Mil.-Gr. Bd. 3.

— Opis zemalja u kojih obitavaju Hrvati. [Beschreibung der Länder, in denen Kroaten wohnen.] Zagreb: 1880.

***Klein, A.:** Militär-statistische Beschreibung der k. k. Militär-Grenzländer. Als Einleitung. Allgemeine Übersicht der Militärgrenz-Verhältnisse. Aus: Mittheilungen über Militär-Statistik und militärische Verwaltung. Beiblatt zur österreichischen militärischen Zeitschrift. 1. H, S. 123—139, 163—191. Wien: Vlg. d. österr. milit. Ztschr., 31. 1. 1870.

Gute Übersicht. Im 2. T. (S. 163 ff.) Mitteilungen über die Unterschiede zwischen der von den ungar. und der von den österr. Gesetzen vorgenommenen Grenzgliederung.

***Klein, Anton Adalbert:** Zur Geschichte der Türkeneinfälle in Steiermark während der Regierung Friedrichs III. Aus: Zeitschr. d. histor. Vereines für Steiermark. Jg. 1924, H. I—IV, II. Hälfte, S. 103—124.

Berichtigt in Ergänzung zu Pirchegger in entscheidender Weise Ilwof (s. d.). Erster Türkeneinfall 1471! Daher Beginn der Grenzpolitik erst im 16. Jh.

***Koblar, A.:** Boji na Krajinah in zmaga pri Šišku pred 300 leti. [Grenzkämpfe und Sieg bei Schischek vor 300 Jahren.] Aus: Izvestja Muzejskega društva za Kranjsko, Jg. 1893, S. 81, 121, 161. Laibach.

***Korabinsky, Johann Matthias:** Geographisch-Historisches und Produkten Lexikon von Ungarn, in welchem die vorzüglichsten Oerter des Landes in alphabetischer Ordnung angegeben, ihre Lage bestimmt, und mit kurzen Nachrichten, die im gesellschaftlichen Umgange angenehm und nützlich sind, vorgestellt werden. Mit 1 Kt. Preßburg: Weber und Korabinsky-scher Verlag 1786. 22, 858, 38 S.

Ausführliche Ortsbeschreibung nach Baedekerart. Von der Mil.-Gr. nur die Banater („Ungar.") Grenze behandelt.

— Geographisch-historisches und Productenlexikon von Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Siebenbürgen usw. (Unvollendet; nur bis „R" gediehen.) Wien: Orslersche Buchhdlg. 1789.

***Kordua, Graf:** (siehe Cordova).

Kowacz, Stanislaus: Die Vergangenheit Peterwardeins. Neusatz: 1890.

*Krainz, Leopold Martin: Die k. k. Militärgrenze und deren Grundgesetz. Eine kulturhistorische Skizze. Wien: F. B. Geitler 1866. 8, 258 S.

Gute Darstellung der Verhältnisse in der Mil.-Gr. nach 1850. Landeskundliche Einleitung. Hauptteil befaßt sich mit den Rechtsverhältnissen auf Grund des GGG. von 1850.

Kramer, Fr.: Die Militarisierung des Rodnaer Tales. Aus: Bistritzer Gymnasialprogramm. Bistritz: 1880.

Krickel, Adalbert Joseph: Fußreise durch den größten Theil der österreichischen Staaten in den Jahren 1827, 1828 bis Ende Mai 1829, und zwar: durch Ungarn, Siebenbürgen, die Militärgränze fast in allen Theilen, sammt einem Ausfluge in die Wallachei, dann durch Sirmien, Slavonien, Croatien, Krain, Friaul, das Küstenland, ganz Oberitalien und Tirol, Salzburg und Oesterreich ob, und unter der Ens. Bd. 1—3. Wien: 1830—1831, gedr. bei M. Chr. Adolph. VI, 7, 340 S.; 1, 336 S.; 292 S.

Kroatische Frage. Die —. Historische Skizze der neuesten Zeit. Agram: 1867.

*Krones, Franz: Die Türkeneinfälle in die Steiermark während der letzten Decennien des 15. Jahrhundertes. Aus: Beiträge z. Kde. steiermärkischer Gesch.-Quellen, 7. Jg., S. 33 bis 37. Graz: 1870.

Ergänzt und berichtigt Ilwof (s. d.).

Kuhn, Peter: 200 Jahre Weißkirchen. 1723—1923. Festschrift zur 200-Jahrfeier der Stadt Weißkirchen am 25. und 26. August 1923. Weißkirchen: Peter Kuhn 1923.

Kukuljević, Sakcinski Iwan: Varaždin.

— Grad Senj. [Stadt Zengg.] Aus: Leptir, Jg. 1860.

*Kussan, Paul: Kurzgefaßte Geschichte des Oguliner 3. National-Grenz-Infanterie-Regiments. Nach den gesammelten Schriften und Urkunden. Wien: Leopold Sommer 1852. 141 S.

Regimentsgeschichte vorwiegend von 1788—1849. Standeslisten. Liste der Kommandanten des Karlstädter Generalats von 1496—1848. Übersicht über die ältesten Ansiedlungen im Rgt.

*l'Allemand, Fritz: Die kaiserlich königlich österreichische Armée im Laufe zweyer Jahrhunderte. 40 colorirte Blätter. Wien: J. Bermann & Sohn 1844.

Uniformbildwerk. Grenzer auf Taf. 17, 18, 19 usw.

*Langer, Johann: Nord-Albaniens und der Herzegowina Unterwerfungs-Anerbieten an Oesterreich 1737—1739. Nach officiellen Acten der k. k. Archive verfaßt. Aus: Arch. f. österr. Gesch., Bd. 62, S. 239—304. Wien: 1881.

Behandelt fast ausschließlich den Übertritt und die Ansiedlung der Clementiner in der slawon. Mil.-Gr. Urkundenanhang.

*Leitfaden für den Unterricht in der Militär-Grenz-Verwaltung zum Gebrauche der k. k. Grenz-Schul-Compagnien. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1855. V, 424 S.

Amtliches Verwaltungslehrbuch für die Mil.-Gr.

*Lendl, E.: Die Stellung des Slawoniendeutschtums unter den südostdeutschen Volksinseln. Aus: Rüdiger, Hermann: „Beiträge zur Kunde des Deutschtums in Slawonien und Syrmien." Stuttgart: Karl Weinbrenner & Söhne 1937. S. 6—11.

Behandelt u. a. die Entstehung des Deutschtums in den entspr. Mil.-Gr.-Bezirken.

*— Siedlungsgeographische Probleme aus dem donauschwäbischen Lebensraum. Aus: Deutsches Archiv für Landes- und Volksforschung. Jg. 1939, S. 576—597.

Behandelt auch die Siedlungsformen in der Mil.-Gr.

*— Das Deutschtum in der Ilowasenke. Leipzig: S. Hirzel 1941. 55 S.

Behandelt ausführlich die deutschen Einsiedlungen in diesem Teil der slawon. Mil.-Gr. im letzten Stadium der Mil.-Gr.

*Lešić, Anton: Das Entstehen der Militärgrenze und die Geschichte der Stadt und Festung Brod a./S. Mit 8 Abb. Zagreb: 1914, Königl. Landesdruckerei. 63 S.

Levec, Franz: Die Einfälle der Türken in Krain und Istrien. Aus: Jahresbericht der k. k. Staats-Oberrealschule in Laibach 1890/91, S. 1—58.

*l'Homme de Courbière, Wilhelm Otto René de: Über Verwerthung der Heereskraft zur Zeit des Friedens. Vornemlich über Acker bauende Truppen sowohl im Allgemeinen, wie ins Besondere über Einführung derselben in Preußen. Nach Art der Truppen der K. K. Oesterreichischen Militair-Grenze und der K. Russischen Militair-Colonien. Düsseldorf: In Comm. bei Mittler u. Sohn (Berlin) 1856. V, 344 S.

Wichtiger Vergleich zwischen der österr. Mil.-Gr. und den russ. Militärkolonien.

*Liccaner Nr. 1. Aus der Geschichte des k. k. Grenz-Infanterie-Regiments —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1846, Bd. 2, S. 203—204.

Kriegseinsatz des Rgts. 1809.

*Liechtenstern, Joseph Frhr. von: Ueber Oestreichs Handel nach der Levante und den Küstenlaendern des Mittellaendischen Meeres. Nach der Abhandlung über diesen Gegenstand, in der Skizze einer statistischen Schilderung des östreichischen Staats neu bearbeitet. Mit 1 Kt. Wien 1802. 45 S.

Enthält S. 36—40 eine kurze geogr. Skizze über die Mil.-Gr.

*— Grundlinien einer Statistik des Oesterreichischen Kaiserthums, nach dessen gegenwärtigen Verhältnissen betrachtet. Wien: 1816, gedr. bey den P. P. Mechitaristen. 115 S.

Reiches Zahlenmaterial. Kritische Würdigung der statist. Ergebnisse. Mitteilungen über die gesetzl. Voraussetzungen der Statistik auch in der Mil.-Gr.

*— Handbuch der neuesten Geographie des Österreichischen Kaiserstaates. Bd. 1—3. Wien: B. Ph. Bauer 1817—1818. 10, 688, 2 S.; S. 689—1204; S. 1205—1956.

Im 3. T., S. 1574—1684 („Das Militär-Gränzland"), eine gute Übersicht über Geschichte, Landeskunde, Bevölkerung, Wirtschaft der Mil.-Gr.

*(Lipsky, Johann von) (im latein. Titel: Lipszky de Szedlicsna, Joannes): Repertorium aller Oerter und Gegenstände, die in der von Johann von Lipsky Oberstwachtmeister des löbl. Baron Frimontischen k. k. Hussarenregiments in zwölf Blättern herausgegebenen Charte der Königreiche Ungarn, Kroatien, Slavonien, samt der Militär-Gränze, wie auch des Großfürstenthums Siebenbürgen vorkommen, nach den verschiedenen, in diesen Ländern gebräuchlichen Benennungen von demselben Verfasser bearbeitet. T. 1—2. Ofen: 1808, gedr. mit königl. Univ.-Schriften. 8, 766 S.; 164 S.

*— Mappa generalis Regni Hungariae partiumque adnexarum Croatiae, Slavoniae et Confiniorum militarium, Magni item Principatus Transylvaniae, geometricis partium dimensionibus, recentissimisque astronomicis observationibus superstructa, adjectis finibus provinciarum Bukovinae, Galliciae, Silesiae, Austriae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Dalmatiae, Bosniae, Serviae, Valachiae et Moldaviae. 9 Teile auf 4 Blättern auf Lw., 1:470000. Pesth: 1806.

Schwarz-weiß-Darstellung. Gute Karte.

Loebl, Alfred: Zur Geschichte des Türkenkriegs von 1593—1606. Prag: 1899.

Zur Geschichte der Grenzorganisation wichtig.

— Die Landesverteidigungsreform im ausgehenden 16. Jahrhundert. Aus: Arch. f. österr. Gesch., Jg. 1907.

*Lopašić, Radoslav (Hrsg.): Spomenici Hrvatske Krajine. [Denkmale des kroatischen Grenzlandes.] Bd. 1—3. (Erschienen als Bd. 15, 16 u. 20 der „Monumenta spectantia Historiam Slavorum Meridionalium".) Zagreb: L. Hartmann (Kugli i Deutsch) 1884—1889. 1. Od godine 1479 do 1610. 1884. XXVIII, 390 S. 2. Od godine 1610 do

1693. 1885. XX, 435 S. 3. Od godine 1693 do 1780 i u dodatku od g. 1531 do 1730. 1889. XVIII, 519 S.

Einzige umfassende und systematische Dokumentenveröffentlichung über die kroat. u. windische Mil.-Gr. Stützt sich überwiegend auf die Bestände des Wiener Heeresarchivs.

Lopašić, Radoslav (Hrsg.): Prilozi za poviest Hrvatske XVI. i XVII. vijeka iz štajerskoga zemaljskoga arkiva u Gradcu. [Beiträge aus dem steiermärkischen Landesarchiv in Graz zur Geschichte Kroatiens des 16. u. 17. Jhdts.]. Bd. 1—2. (Erschienen als Bd. 17 u. 19 der „Monumenta spectantia historiam Slavorum Meridionalium".) Zagreb.

Stellt die Ergänzung zur vorigen Dokumentensammlung dar. Stützt sich auf das steirische Landesarchiv.

— Karlovac [Karlstadt]. Zagreb: 1879.

— Bihać i bihaćka krajina. [Bihać und das Bihaćer Grenzgebiet.] 1890.

— Oko Kupe i Korane. [Um Kupa und Korana.] 1895.

***Loserth, Johann:** Steiermark und das Reich im letzten Viertel des 16. Jahrhunderts. Zur Geschichte der Reichshilfe gegen die Türken. (Vortrag an der Univ. Graz am 12. 3. 1927.) Aus: Ztschr. d. Histor. Ver. f. Steiermark. 23. Jg., S. 161—170, Graz: 1927.

Über die 3. Gesandtschaft der Steiermark an den Reichstag.

*— Innerösterreich und die militärischen Maßnahmen gegen die Türken im 16. Jahrhundert. Studien zur Geschichte der Landesdefension und der Reichshilfe. Mit 3 Plänen. Graz: Styria 1934. 224 S.

Monographie zur ältesten Mil.-Gr.-Geschichte auf Grund der Archivmaterialien. Karte der Mil.-Gr. von 1555.

***Luca, Ignaz de:** Geographisches Handbuch von dem östreichischen Staate. Bd. 1—6 in 7 Bdn. Wien: Joseph V. Degen (2. Bd.: Johann Paul Krauß) 1790—1792.

Über Mil.-Gr. bloß Bd. 4 (1791, 8, 694 S.), S. 459—480: „Milizgrenze" — die erste systematische, allerdings unkritische und bloß beschreibende Darstellung der „incognita Terra austriaca". Hinweise auch an anderen Stellen des 4. Bds. Die zu Bd. 6 gehörige „Statistische Übersicht" erschien selbständig 1793 (s. d.).

*— Statistische Übersicht des Oestreichischen Staates in Dreyßig Tabellen. Wien: J. V. Degen 1793.

Selbständig erschienener Anhang zu Bd. 6 des „Handbuches usw." von Luca (s. d.) Tab. 27, über „Milizgrenze".

***Lutz, Andreas:** Über die Entstehung einiger deutsch-evangelischer Ansiedelungen in den Gebieten der ehemaligen k. k. Militärgrenze. (Sonderdruck aus d. 38. Jber. d. k. k. Staatsgymnasiums in Landskron). 2. Aufl. Landskron: Im Selbstverlage 1910. 19 S.

Behandelt die Siedlungsgeschichte von Franzfeld, Neu-Pasua, Neudorf. Am Schluß eine Liste sämtlicher deutscher Siedlungen im Gebiet der Mil.-Gr.

*— Karten zur Verwaltungsgeschichte des einstigen Slawoniens (1684—1936). Mit 15 Ktn. Graz: Selbstverlag d. Verf. 1937. 20 Blätter.

Eine systematische kartographische Darstellung der einzelnen Stadien der inneren territorialgeschichtlichen Entwicklung Slawoniens und der slawonischen Mil.-Gr. Einzige bisher vorliegende Untersuchung und Darstellung dieser Art für einen Abschnitt der Mil.-Gr. Vorbild für künftige territorialgeschichtliche Forschungsarbeiten!

Magda, Paul: Neueste statistische Beschreibung des Königreiches Ungarn, Croatien, Slawonien und der ungarischen Militärgrenze. Pest: 1819 (in ungar. Sprache); Leipzig: 1832 (in deutscher Sprache).

Siehe Neueste statistisch-geographische Beschreibung usw.

Magdić, Ivan: Topografija i poviest grada Senja. [Topographie und Geschichte der Stadt Zengg.] Senj: 1877.

*Magyar Átlás az az Magyar, Horvát, és Tót országok' Vármegyéji, 's Szabad Kerületei' és a' határ-őrző Katonaság' Vidékinek közönséges és különös Tábláji: közre botsátotta Görög [,Demeter]. — Atlas Hungaricus seu Regnorum Hungariae, Croatiae et Slavoniae Comitatum, Privilegiatorum Districtuum et Confiniorum Generales & Particulares Mappae Geographicae. Wien: 1802[—1811]. 59 kolorierte Kartenblätter.

Gute Darstellung. Zur Mil.-Gr.: Blatt 53—59 die Regimenter der Warasdiner, slawonischen und Banater Grenze. Auf Blatt 13 der Tschaikisten-Distrikt. (Gez. in den Jahren 1793—1811.)

*Mailáth, Johann, Graf: Geschichte der Magyaren. Mit 5 Plänen u. 1 Taf. Bd. 1—5. 2. Aufl. Regensburg: Georg Joseph Manz 1852—1854.

Bd. 5 (1854; XII, 462 S.) behandelt vom ungar. Standpunkt umfassend im allgem. Zusammenhang die Revolutionsereignisse von 1848/49 in der Mil.-Gr. mit.

*Marcel-de-Serres M.: Voyage en Autriche, ou Essai statistique et géographique sur cet empire etc. Mit Ktn. u. Tab. Bd. 1—4. Paris: Arthus Bertrand 1814.

In Bd. 4 (445 S.), Kap. XIII—XVI (S. 164—319), eine ausführliche, aber ziemlich verworrene Darstellung der Mil.-Gr.

Marchal, Chevalier: Notice sur la Croatie militaire etc. Aus: Bulletin de l'Académie royale des sciences lettres et beaux arts de Belgique, 1848.

Marchescu, Antoniu.: Grănicerii banateni şi comunitatea de avere. [Die Banater Grenzer und die Gütergemeinschaft.] Karansebesch: 1941, Diözesandruckerei.

(Marmont, Marschall): Rapport et Projet du décret sur l'organisation civile, ecclesiastique et judiciaire des provinces illyriennes. à Paris de l'imprim. imp., 26 Decembre 1810. (Übersetzt in: Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat, Jg. 1811, Nr. 69—71.)

*— Denkwürdigkeiten des Marschalls Marmont, Herzogs von Ragusa, von 1792—1841. Nach dessen hinterlassenem Original-Manuskript. Vollständige Ausgabe. Aus dem Französischen von Dr. Eduard Burckhardt. Bd. 1—9. Mit Stichen u. Ktn. Halle: Ed. Heynemann 1857.

In Bd. 3 (12.—14. Buch) die persönl. Erinnerungen M.s aus seiner Tätigkeit in den Illyr. Prov. mit Dokumentenbeilagen.

*— Voyage etc. (Siehe Duc de Raguse).

*März, Josef: Die ehemalige österreichisch-ungarische Militärgrenze. Mit 1 Kt. Aus: Reichsplanung, 2. Jg., H. 2, S. 7—13. Berlin: 1936.

*Matković, Peter: Kroatien-Slavonien nach seinen physischen und geistigen Verhältnissen. Denkschrift zur Wiener Weltausstellung 1873. (Aus d. Kroat. übers.) Agram: 1873, Actien-Buchdruckerei. 8, 211 S.

Landeskundlich. Behandelt die kroat.-slawon. Mil.-Gr. in ihrem letzten Stadium mit. Gute Gegenüberstellung von Provinziale und Militare.

*Mayer, Artur: Die bäuerliche Hauskommunion (Zadruga) in den Königreichen Kroatien und Slavonien. Dissertation. Heidelberg: 1910, Buchdruckerei M. Zöller. 183 S.

Grundlegende Behandlung der Grenzkommunion und Analyse der Gesetzgebung. Sehr reiches Schrifttumsverzeichnis zur Grenzkommunionsgesetzgebung.

*(Mechel, Christian von): Vorstellungen und Plane der merkwürdigsten Begebenheiten des gegenwärtigen Krieges der Oesterreicher und Russen gegen die Türken. Wien: bey den Herren Arteria et Comp.; Basel: beim Herausgeber 1790.

Bildwerk mit Kriegsdarstellungen.

Memoriul fostului regiment I român de grăniţeri relativ la munţii revendicaţi, pe cari i-au stăpănit grăniţerii dela 1769 până la 1864, când au fost daţi în mod ilegal „Universităţii Săseşti", familiei grofeşti Kendeffy şi altor proprietari „nemeşi" din Ardeal. [Denkschrift des früheren 1. rumänischen Grenzerregiments über die angeforderten Gebirge, die dieses von 1769—1864 besaß und die unrechtmäßig der „Sächsischen Nationsuniversität",

der gräflichen Familie Kendeffy und anderen „adligen" Grundbesitzern aus Siebenbürgen gegeben wurden.] Hermannstadt: 1925. 47 S.

***Merian, Matthäus:** Topographia Provinciarum Austriacarum. Austriae, Styriae, Carinthiae, Carniolae, Tyrolis etc.: das ist Beschreibung Vnd Abbildung der fürnembsten Stätt Vnd Plätz in den Osterreichischen Landen Vnder vnd OberOsterreich/Steyer/Kärndten/Crain Vnd Tyrol. Frankfurt am Main: Matthäus Merian 1649.

Einige Ortsbeschreibungen und Pläne aus der Mil.-Gr.

Merkwürdige historische Nachrichten von den beym jetzigen Krieg von neuem bekannt gewordenen Völkern, in welchem ihr Charakter, ihre Sitten, Gewohnheiten, Waffen etc. beschrieben werden. Jena: 1743.

Beschreibung der Morlakken, Panduren, Uskoken, Wlachen usw.

***Meynert, Hermann:** Das Kriegswesen der Ungarn in seiner geschichtlichen Entwicklung bis zur Errichtung des stehenden Heeres. Wien: Alfred Hölder 1876. VIII, 235 S.

Ausführliche Behandlung der Mil.-Gr. im allgem. Zusammenhang, jedoch kritiklose Wiedergabe der Ansichten Hietzingers (s. d.) usw. Vom ungar. Standpunkt geschrieben.

*— Neues Militär-Conversations-Lexikon für das kaiserliche und königliche Heer. Wien: Beck'sche Univ.-Buchhdlg. (Alfred Hölder) 1870. 318 S.

Art. „Militärgrenze" (S. 202ff.) enthält bemerkenswerte soziologische Feststellungen.

***Michaelis, Herbert:** Beiträge zur Kulturgeographie des Südbanats und Nordserbiens. Mit 28 Abb. u. 21 Ktn. Berlin: Mier & Glasemann 1940. 139 S.

Sehr ausführlicher und systematischer Vergleich zwischen den Kulturlandschaften auf beiden Seiten der ehemaligen Donaugrenzlinie. Untersucht die Entstehung der südbanater Kulturlandschaft, insbesondere durch die Kolonisationsarbeit in der Mil.-Gr.

Mihalik, Alexander: Ferencfalva története. [Die Geschichte von Franzdorf.] Temesvar: 1900.

Miletić, Zarko: Servituten der Grenzcommunitäten. Aus: Šumarski list, 1933.

***Militar=Gränitz=Rechten** Von Ihro Kaiserl. Königl. Majestät Für das Carlstädter und Varasdiner-Generalat Vorgeschrieben im Jahr 1754. Wien: o. J. (1754), gedr. bey Johann Peter von Ghelen. Ohne Seitenzahlen.

Amtl. Ausgabe der Militärgrenzrechte (Grundgesetz) von 1754. Wird in der Literatur fälschlich unter den Verfassernamen „Graf Cordova" (auch: „Kordua") und „Hofkriegsrat Andreas von Jenco" (auch: „Jenko") zitiert.

***Militär-Grenz-Frage** und der österreichisch-ungarische Constitutionalismus. Die —. 1. Aufl. Wien: Vlg. d. Ersten Wiener Vereins-Buchdruckerei 1869. 54 S.

*— — 2. Aufl., Wien: F. B. Geitler 1869. 56 S.

Südslawisch orientierte, gegen Ungarn gerichtete Polemik im Kampf um die Auflösung der Mil.-Gr. Wesentlich für die verfassungsrechtliche Lage und Entwicklung in den letzten Stadien der Mil.-Gr.

***Militär-Marsch-Routen-Buch** für Kroatien, Slavonien und die dazu gehörige Militärgrenze. Wien: K. K. Hof- und Staatsdruckerei 1859. 262 S.

***Militär-Verordnungsblatt:** (s. Armee-Verordnungsblatt).

Milleker, Felix: Geschichte Alibunars (Banat). Werschetz: 1888.

*— Geschichte der Städte und des Städtewesens im Banat. Vrsac: Artist. Anst. J. E. Kirchner's Witwe 1921. 30 S.

Einige Daten zur Gesch. der Mil.-Kommunitäten. Auch serbisch erschienen.

— Kurze Geschichte der Stadt Weißkirchen (Fehértemplom, Belacrkva). Weißkirchen: 1922.

*— — 2. Aufl. Kurze Geschichte der Stadt Bela Crkva (Weißkirchen) im Banat. 1355—1918. Nach glaubwürdigen Quellen geschildert. Bela Crkva (Weißkirchen): Artist. Anst. J. E. Kirchners Witwe in Vrsac 1927. 37 S.

Milleker, Felix: 3. Aufl. Geschichte der Gemeinde Bela Crkva (Weißkirchen), 1355—1918. Weißkirchen: 1927.

*— Geschichte der Stadt Pančevo. Pančevo: Komm.-Vlg. v. Karl Wittigschlager 1925. 234 S.

Für Mil.-Gr. nicht besonders ergiebig.

*— Geschichte der Banater Militärgrenze. 1764—1873. Pančevo: Karl Wittigschlager 1926. 307 S.

Erste und umfassende Darstellung der Geschichte der Banater (Ungar.) Mil.-Gr. Ohne Quellenangaben.

— Geschichte des Banater Teiles des Unteren-Donau-Gebietes. (Bd. 41 d. „Banater Bücherei"). Werschetz: 1929. 21 S.

*— Die Besiedelung der Banater Militärgrenze. Belacrkva (= Weißkirchen): Artist. Anst. J. E. Kirchner's Witwe in Vrsac 1926. 31 S.

Ergänzung zur „Geschichte der Banater Mil.-Gr." (s. d.) von Milleker.

— Geschichte der Gemeinde Jasenovo. (Bd. 43 d. „Banater Bücherei"). 1930. 13 S.

— Geschichte der Gemeinden der Weißkirchner Gegend. (Bd. 45 d. „Banater Bücherei"). 1930.

— Geschichte der Gemeinde Banatski Karlovac (Karlsdorf). Werschetz: 1934.

*— Kurze Geschichte der Banater Militärgrenze 1764—1872. Wrschatz 1937, J. E. Kirchners Buchdruckerei. 8 S.

Auszug aus der „Geschichte der Banater Mil.-Gr." (s. d.) von Milleker.

Minucci, Minuccio: Historia degli Uscochi, scritta da Minuccio Minucci co i progressi di quella gente fino all'anno 1602 et continuata dal P. M. Paolo Sarpi dell'ordine dei Servi et Theologo della Republica di Venetia fino all'anno 1613. Venedig: 1676.

***Mollinary, Anton Frhr. von:** Sechsundvierzig Jahre im österreichisch-ungarischen Heere 1833—1879. Bd. 1—2. Zürich: Artist. Institut Orell Füßli 1905. 1. XII, 257 S., 8 Ktn., 2 Porträts. 2. IX, 337 S., 4 Abb., 8 Ktn.

Memoirenwerk. M. entstammte einer im Titler Bat. ansässigen deutschen Familie, daher genauer Kenner der Verhältnisse. Er leitete in den Jahren 1870—1877 als Kommandierender General in Agram die Auflösung der kroat. Mil.-Gr., deren Vorgänge er in den Einzelheiten darstellt. (Bd. 1, S. 1—20, und Bd. 2, S. 203—315).

***Muchar, Albert von:** Geschichte des Herzogthums Steiermark. Bd. 1—8. Grätz: Damian & Sorge (Bd. 1—6), Leuschner u. Lubensky (Bd. 7—8) 1844—1867.

Lediglich Bd. 8 (Graz: 1867, 561 S.) enthält ab S. 310 („Zeitraum 1521—1558") zahlr. Einzelheiten zur Mil.-Gr.-Geschichte.

Nanicini, D.: Die Vermögensgemeinden in der gewesenen Militärgrenze. Zagreb: 1898.

Neue Annalen der Literatur des österreichischen Kaiserthumes. (Siehe Annalen der Literatur usw.)

Neueste statistisch-geographische Beschreibung des Königreichs Ungarn, usw. Leipzig: 1832.

Siehe Magda, Neueste statistische Beschreibung usw.

***Normal-Verordnungen:** (Siehe Armee-Verordnungsblatt).

***Oberleitner, Karl:** Österreichs Finanzen und Kriegswesen unter Ferdinand I. vom Jahre 1522—1564. Nach den Quellen des k. k. Finanz-Ministerial-Archivs. Mit 6 Plänen. Aus: Arch. f. Kde. österr. Geschichtsquellen, Bd. 22, S. 1—231. Wien: 1860.

Einiges zur ältesten Finanzgeschichte der Mil.-Gr. Dokumentenanhang.

Onişor, Victor: Legile grăniţerilor năsăudeni. Despre administrarea pădurilor, regularea proprietăţii, contractul din 1872 şi pacea judecătorească din 1890. [Die Gesetze der Nassoder Grenzer. Über die Verwaltung der Wälder, die Regelung des Eigentums, den Kontrakt von 1872 und den Gerichtsfrieden von 1890.] Bistritz: 1905.

Ortvay Tivadar: A Horvát-Szlavon-Magyar Határőrvidék kifejlődésének logikája, területe és szervezeti alakulásának története, a mult és jelen fennállásának jogalapja . . . [Logik der Entwicklung der kroatisch-slawonisch-ungarischen Militärgrenze, ihr Gebiet und Geschichte ihrer organischen Entstehung, Rechtsgrundlage ihres früheren und gegenwärtigen Bestandes . . .] Temeschwar: 1871. 108 S.

Ozerovitz, M.: Peterwardein und Karlovci nach den Kriegsjahren 1848/49. Aus: Deutsches Volksblatt. Neusatz: 25. Dezember 1929.

Pancsovai emlékkönyv. [Pantschowa-Gedenkbuch.] Hrsg. v. Joh. Wigand. Pancsova: 1896. 362 S.

***Pannonius, Janus:** (Siehe Breton).

***Pantelić, Dušan:** Kočina Krajina 1788. [Das Koča-Grenzland.] Beograd: G. Kon i Cvijanović 1930. XI, 168 S.

Über die Freischar Koča Andjelković im letzten österr.-türk. Krieg. Rein lokal-, bzw. kriegsgeschichtlich.

***Pauković, B.:** Die Militär-Grenz-Frage in ihrer Beziehung zur Orientalischen Frage vom politischen, staatsrechtlichen und administrativen Standpunkte beleuchtet. Wien: Anton Schweiger 1865. 46 S.

Verf. vertritt auf Grund der allg. Stimmung in der Grenze die Auffassung, daß die Bevölkerung wohl die Auflassung der alten Grenzverfassung, nicht aber die der Grenze wünscht, und polemisiert gegen den kroat. Landtag, der bezüglich der Grenzerstimmung falsche Meinungen verbreitet, um die Mil.-Gr. dem kroat. Königreich einzuverleiben.

Pavelea, Joan S.: Locuţiuni grănicereşti. [Redewendungen der Grenzer.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1936, Nr. 19, S. 82—84.

***(Pejaković, Stephan) (Hsg.):** Aktenstücke zur Geschichte des kroatisch-slavonischen Landtages und der nationalen Bewegung vom Jahre 1848. Mit einem Anhange, enthaltend: Die wichtigsten Landtags-Akten vom Jahre 1861, und das Programm von D. Ostrožinski aus dem Jahre 1848. Nebst Porträt des Ban Jellačić. Wien: 1861, Mechithariſten-Buchdruckerei. XI, 251, 68, 32 S.

Dokumentensammlung. Enthält zahlr. wichtige Urkunden zur Mil.-Gr.-Geschichte im 19. Jh.

***Perné, Adam:** Warasdiner 1538—1913. Ein Gedenkblatt zur vierzigjährigen Erinnerung an die Aufhebung der Militärgrenze. Wien: Vlg. v. „Danzer's Armee-Zeitung" 1913. 19 S.

Knappe Kriegsgeschichte des Rgts.

***Personal-Angelegenheiten:** (Siehe Armee-Verordnungsblatt).

(*)**Pest-Polizey-Ordnung** für die k. k. Oesterreichischen Staaten. 1837.

Es war nur ein gedruckter Entwurf auffindbar.

***Peterwardeiner Nr. 9.** Aus der Geschichte des k. k. Grenz-Infanterie-Regiments —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1846, Bd. 3, S. 221—224.

Kriegsereignisse des Rgts. im Jahre 1799.

Picot, Emile: Les Serbes de Hongrie, leur histoire, leurs privilèges, leur église, leur état politique et social. Prag: Dattel 1874.

Bestes Werk über die Serben in Ungarn, aber parteiisch.

***Pidoll zu Quintenbach, Carl Frhr. von:** Einige Worte über die Wirthschaft der Karlstädter Grenzer. Wien: 1844, gedr. bei Carl Gerold. X, 111 S.

Kritisiert scharf die schlechte Wirtschaftsweise im Karlstädter Generalat und macht Vorschläge zur Verbesserung insbesondere der Landwirtschaft.

*— Einige Worte über die finanziellen Verhältnisse der k. k. Militär-Grenze. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1845, Bd. 4., S. 299—307.

Verf. errechnet die Billigkeit des Mil.-Gr.-Systems und polemisiert gegen Wiesner (s. d.) und dessen Auffassung, daß die Grenze teuer sei.

*Pidoll zu Quintenbach, Carl Frhr. von: Einige Worte über die russischen Militär-Kolonien im Vergleiche mit der k. k. österreichischen Militär-Grenze und mit allgemeinen Betrachtungen darüber. Wien: Carl Gerold 1847. IV, 80 S.

Systematischer Vergleich zwischen den beiden Militärorganisationen. Eine der wichtigsten Untersuchungen dieser Art.

Pindor, Jos.: Die evangelische Kirche Kroatien-Slavoniens in Vergangenheit und Gegenwart. Esseg: Selbstverlag 1902, gedr. b. Karl Laubner. V, 135 S.

*Pirchegger, H.: Die ersten Türkeneinfälle (1396, 1415, 1418). Aus: Festgabe des Histor. Vereines f. Steiermark. Gewidmet Arnold Luschin-Ebengreuth am 26. August 1921. (18. Jg. d. Ztschr. d. Histor. Ver. f. Stmk.) Graz: Vlg. d. Histor. Ver. f. Stmk. 1921. S. 67—73.

Berichtigt Ilwof (s. d.). Nur mittelbar zur Mil.-Gr.-Geschichte.

*Pißler, Adalbert: Deutsche Siedlungen in Syrmien. Sotting bei Wukowar und Neudorf bei Winkowzi. Ein Beitrag zur Volkskunde der Donauschwaben auf siedlungsgeschichtlicher Grundlage. Mit 6 Abb. Leipzig: S. Hirzel 1942. 60 S.

U. a. ausführliche monographische Darstellung der Siedlungsgeschichte und Volkskunde des Mil.-Gr.-Dorfes Neudorf mit guten Aufschlüssen über die Stellung seiner deutschen Einsiedler in der Mil.-Gr., insbesondere über die Wirkung der Hauskommunion auf die Deutschen. Vgl. Mollinary (s. d.).

*(Pokorny, W.): Karte der kaiserl. königl. Militair-Grenze. o. O. (Wien): 1840. 6 Blätter.

Bestes Kartenwerk über die Mil.-Gr. Einzige Karte, auf der die Siebenbürgische Mil.-Gr. organisatorisch und geographisch richtig dargestellt ist. Es bestehen kolorierte und Schwarz-Weiß-Ausgaben. Politisch- und histor.-geographische Karte auf physikalischer Grundlage. Bezeichnung der einzelnen Stabsorte nach ihrem Rang, der Kastelle, Kontumazorte usw., der Tschardaken, ferner der Schlachtfelder usw. In Siebenbürgen ist jeder einzelne Grenzort entsprechend der dortigen dorfweisen Grenzorganisation ausgewiesen, ferner die imaginäre Binnengrenze der Mil.-Gr. eingezeichnet.

Pomona des k. k. deutsch-banatischen Regiments. Temeswar: 1817.

Popović, Gyoka: Istorija grada Bele Crkve, 1717—1928. [Geschichte der Stadt Weißkirchen, 1717—1728.] Weißkirchen: 1928.

*Pratobevera, Eduard: Was hat Steiermark in den Türkenkriegen für Kroatien gethan? Aus Originalquellen geschöpfte Andeutungen. Gratz: 1848, gedr. mit C. Tanzer'schen Schriften. 32 S.

Behandelt die Zeit von 1475—1594. Für die älteste Mil.-Gr.-Geschichte interessant. Polemisch.

*(Puffer): Skizze der Ereignisse an der untern Donau in den Jahren 1848—1849 mit besonderer Beziehung auf das Peterwardeiner Regiment. Mit 1 Plan. Wien 1852. 82 S.

Rein kriegsgeschichtlich.

Pretočki: Über das Selbstbestimmungsrecht des Königreiches Dalmatien, Croatien und Slavonien. Wien: 1864.

Über Miles Confiniarius und Mil.-Gr.

*Rački, Franz: Fiume gegenüber von Croatien. (Aus dem Kroat. übers. v. X. Y.) Agram: Fr. Suppan 1869. 142, LXXVI S.

Über die staatsrechtliche Stellung Fiumes zu Ungarn. Zeitgenössische Fragen der Abgrenzung zwischen Fiume und Ungarn. Urkundenanhang von 76 S.

— Ob obrani hrvatsko-slavonske granice u XVI i XVII vieku s gledišta državnopravnoga. [Über den Schutz der kroatisch-slawonischen Grenze im 16. und 17. Jhdt. vom staatsrechtlichen Gesichtspunkt aus.] Aus: Književnik, časopis za jezik i poviest Hrvatsku i Srbsku. 3. Bd., S. 510—541. Zagreb: 1866.

— Prilog za povjest hrvatskih Uskoka. [Beitrag zur Geschichte der kroatischen Uskoken.] (Bd. IX der Monumenta spectantia historiam Slavorum Meridionalium.)

Radić, Emilian: Die Verfassung der orthodox-serbischen Particular-Kirche von Karlovitz. Prag: 1880.

Радонић, Јован [Radonić, Johann]: Прилози за историју Срба у Угарској у XVI, XVII. и XVIII. веку [Beiträge zur Geschichte der Serben in Ungarn im 16., 17. u. 18. Jhdt.]. Neusatz: Johann Ostoić, 1909. LXXXVIII, 380 S.

***Recueil de lois,** décrets et réglemens à l'usage des provinces Illyriennes de l'empire. 14 Bde. (Franz. u. Ital.) Paris: 1812, de L'Imprimerie Imperiale.

Amtl. Gesetzwerk der Illyr. Prov. Enthält auch die franz. Gesetze für die Mil.-Gr.

***Regulament.** Wornach sich in Folge der geschöpften höchsten Resolutionen, wie auch dessen, was bey dem im Jahre 1769. fürgewesenen Illyrischen Nazions-Congreß, dann denen im Jahre 1774. und 1776. zu Karlowitz abgehaltenen nicht unirten bischöflichen Synoden gemeinschaftlich behandelt, und mit kaiserl. königl. Beangenehmigung berichtiget worden, von der gesamten in dem Königreich Hungarn, Kroaten, Sklavonien, dem Temeswarer Banat, dann denen Karlstädter, und Warasdiner Generalaten, sowohl in denen Provinzial- als Militar- und Cameral-Bezirken befindlich höheren nicht unirten Geistlichkeit graeci ritus von nun an, und für das künftige eben also geachtet werden solle, wie der Laienstand besagten ritus, zu dessen genauer Beobachtung von denen Landes- Orts- und Grund-Obrigkeiten mittels der durch die Behörden trefenden weiteren Verfügungen verhalten werden wird. o. O.: o. J. (1777). 146 S.

Amtl. Ausgabe des Illyr. Regulaments vom 2. 1. 1777.

***Reiswitz, Johann Albrecht von:** Belgrad-Berlin, Berlin-Belgrad 1866—1871. München: R. Oldenbourg 1936. 243 S.

Behandelt u. a. die Versuche von 1866, die Mil.-Gr. gegen Wien aufzuwiegeln (bes. S. 61 ff.).

Rettich, Stefanie von: Leben und Wirken des Feldzeugmeisters Philipp Levin Freiherr von Beck 1720—1768. Ungedruckte Dissertation. Wien: 1939.

***Réz, Heinrich:** Bibliographie zur Volkskunde der Donauschwaben (Bd. 1 d. „Schriftenreihe zur Volkskunde der Donauschwaben"). Budapest: 1935. 156 S.

Die Bibliographie umfaßt 1762 Nummern, worunter sich zahlreiches lokalgeschichtliches und ortskundliches Schrifttum zur Mil.-Gr. befindet.

Ritter, Paul: (siehe Vitezović, Pav.).

Rochel: Gelegenheitsbemerkungen über den Zustand und die mögliche Cultur der Sandhügel im deutsch-banatischen und wallachisch-illyrischen Gränz-Regiments-Bezirke, genannt Ager romanorum, auch Bicloberdo. Aus: Vaterl. Blätter f. d. österr. Kaiserstaat, Jg. 1820, S. 261 bis 272, 277—280.

***Rohrer, Josef:** Versuch über die slawischen Bewohner der österreichischen Monarchie. T. 1—2. Wien: Kunst u. Industrie Compt. 1804. VIII, 168 S.; 168 S.

Gute volkskundl. Darstellung der Slawen in der Mil.-Gr. (u. a.). Ausführliche Stellungnahme zum Verhältnis Bauer-Soldat.

Runic, Dobrila: Die Ansiedlungen der Serben im Sichelburger Distrikte. Dissertation, Handschrift. Wien: Universität 1910.

Rutar, S.: Slovenske dežele in ustanovitev vojaške Krajine za Ferdinanda I. Spomenik o šeststoletnici začetka Habsburške vlade na Slovenskem. [Die slowenischen Lande und die Errichtung der Militärgrenze unter Ferdinand I. Gedenkbuch zur 600jährigen Wiederkehr des Beginns der Habsburger Herrschaft über Slowenien.] V Ljubljani: Matica Slovenska 1883.

***Sachsen-Hildburghausen, Herzog Joseph Friedrich zu:** Beytrag zur Geschichte der Warasdiner und Carlstädter Gränz Verfaßung. Manuskript mit 112 Blgn. o. O. (Wien): o. J. 2 Aktenbündel im Heeresarchiv Wien, HKR.-Kanzleiarchiv VII/349.

Das in der älteren Lit. viel zitierte Ms. gibt brauchbare Aufschlüsse nur über die Amtszeit des Herzogs, ist dagegen über die ältere Zeit unzuverlässig.

Sadecky, Lajos: A székely határőrség szervezése. [Die Organisierung der Sekler Militärgrenze.] 1908.

***Sammlung** der im Fache der Militär-Verwaltung ergangenen Gesetze und Normal-Verordnungen. 32 Bde. Wien 1818—1849.

Amtl. Verlautbarungsorgan. Vorläufer: siehe Hübler. Nachfolger: Armee-Verordnungsblatt. (s. d.)

Savić, Milan: Der serbisch-ungarische Aufstand v. J. 1735. Leipzig: 1876.

Schams, Franz: Topographische Beschreibung von Peterwardein und seinen Umgebungen. Ein Beytrag zur Landeskunde Syrmiens. Mit 2 Abb. Pesth: Hartlebens Vlg. 1820. XVI, 171 S.

***Scharfschützenkorps 1793—1795.** Szenen aus der Geschichte des Grenz-—. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1844, Bd. 4, S. 278—311.

Nach dem Tagebuch des Kommandanten. Kriegsgeschichtlich.

***Scheffler, Heinrich:** Die österreichische Militärgrenze. Ein Beitrag zur Geschichte der Grenzsiedlung. Mit 1 Kt. Aus: Odal, 8. Jg. H. 1, S. 21—31. Goslar: 1939.

Knappe, aber gute Übersicht.

***Schema** aller Uniformen der Kaiserl. Königl. Kriegsvölker. Mit zahlr. farb. Taf. Wien: Artaria 1793.

Die Uniformen der Grenzrgtr. sind auf 20 farb. Taf. dargestellt.

***Schmarda, Carl:** Kurzgefaßte Geschichte des K. u. K. Otočaner Infanterie-Regiments Graf Jellačić Nr. 79 und seiner Stammregimenter. Agram: Selbstverlag des Regiments 1898. 71 S.

Knappe Regimentsgeschichte. Kriegs- und lokalgeschichtlich wertvoll. Vgl. Bach (s. d.).

***Schmeißer, Georg:** Die kroatischen, illyrischen und dalmatischen Kontingente in der Armee des ersten Kaiserreichs. Aus: Programm der städtischen höheren Knabenschule (Progymnasium) zu Schwerin a. d. Warthe, Ostern 1888, S. 3—11.

Interessante Übersicht über die Verwendung der Grenzer in der napoleonischen Armee.

***Schumacher, Rupert von:** Die österreichische Militärgrenze. Zur Soziologie einer Grenzverfassung. Aus: Neues Bauerntum, 30. Jg., H. 3, S. 63—67. Berlin: 1938.

Analyse der bevölkerungs- und sozialpolitischen Verhältnisse auf Grund der Statistiken der ersten Jahrzehnte des 19. Jhs.

*— Die österreichische Militärgrenze von einst. Aus: Weltanschauung und Schule. Jg. 2, S. 314 bis 317. Berlin: 1938.

*— Grenzbewußtsein als Aufgabe, Aus: Odal, 8. Jg., S. 80—86. Goslar: 1939.

*— Lebensformen und Ausleseprinzipien des Grenzlandes. Aus: Odal, 8. Jg., S. 154—161. Goslar: 1939.

*— Die Methoden der Grenzpolitik (I). Aus: Odal, 8. Jg., S. 269—274. Goslar: 1939.

*— Die Methoden der Grenzpolitik. Grenzorganisation und Grenzverwaltung. Aus: Odal, 8. Jg., S. 429—435. Goslar: 1939.

*— Der räumliche Aufbau der Grenze. Mit 6 Abb. Aus: Odal, 8. Jg., S. 665—674. Goslar: 1939.

Mitbehandlung der Mil.-Gr. im allgemeinen Zusammenhang sämtlicher Arbeiten im „Odal".

*— Des Reiches Hofzaun. Geschichte der deutschen Militärgrenze im Südosten. Mit zahlr. Abb., Taf. u. Karten. Darmstadt: Ludwig Kichler 1940. 280 S.

Populäre Darstellung des Wesens und der Geschichte der Mil.-Gr., insbesondere ihrer boden- und bauernrechtlichen Einrichtungen.

*— und **Hans Hummel:** Vom Kriege zwischen den Kriegen. Die Politik des Völkerkampfes. Mit 71 Abb., 40 Ktn. Stuttgart: Union Dt. Vlgs.-Ges. 1937.

Behandelt im Kap. „Grenzpolitik und Grenzkampf" (S. 80—116, 7 Ktn., 1 Abb.) im Zusammenhang der methodischen Darstellung die Mil.-Gr. mit.

*Schünemann, Konrad: Österreichs Bevölkerungspolitik unter Maria Theresia. Berlin: Deutsche Rundschau G. m. b. H., o. J. 409 S.

Fast ausschließlich auf Archivmaterialien beruhende Forschungsarbeit. Mil.-Gr. im allg. Zusammenhang mitbehandelt, ausführlich vor allem die Invalidenansiedlung.

*Schwartner, Martin von: Statistik des Königreichs Ungern. Ein Versuch. T. 1—3 (in 2 Bdn.). 2. Aufl. Ofen: 1809 u. 1811, gedr. mit königl. Universitäts-Schriften. XVIII, 445 S.; XII, 552 S.

In Bd. 2, §§ 76—80 (S. 296—316), eine sehr knappe, aber gute und übersichtliche Darstellung der Geschichte usw. der Mil.-Gr.

*Schwerin, Friedrich von: Kriegeransiedlung vergangener Zeiten. (Sonderdruck aus der Deutschen Monatsschrift für Politik und Volkstum Der Panther.) o. O.: o. J. (1916?). 98 S.

Vergleich zwischen den röm. limitanei-Siedlungen, der österr. Mil.-Gr., der Kosakenansiedlung, der schwedischen Indelta, der Ansiedlung der Krimlegion und brasil. Siedlungsversuchen.

Schwicker, Johann Heinrich: Geschichte des Temeser Banats. Großbetschkerek: 1861; Pest: 1872. 470 S.

Neuausgabe von Griselinis Werk (s. d.).

*— Zur Geschichte der kirchlichen Union in der croatischen Militärgränze. Eine geschichtliche Studie nach den Acten des Archives der ehemaligen königlich ungarischen Hofkanzlei. Aus: Arch. f. österr. Gesch., Bd. 52, S. 275—400. Wien: 1875.

Zur Religionsgeschichte der Grenze, insbesondere zu den vergeblichen Unierungsversuchen. Interessante Einzelheiten über die Frauenabwanderung in die Türkei. Urkundenanhang.

*— Politische Geschichte der Serben in Ungarn. Nach archivalischen Quellen dargestellt. Budapest: Ludwig Aigner 1880. XVI, 416 S.

Grundlegender Beitrag insbesondere zur Geschichte der Theiß-Marosch Mil.-Gr., und der illyr. Angelegenheiten.

*— Die Vereinigung der serbischen Metropolien von Belgrad und Carlowitz im Jahre 1731. Nach archivalischen Quellen dargestellt. Aus: Arch. f. österr. Gesch., Bd. 62, S. 305—449.

Berührt vielfach die Mil.-Gr. Interessante Einzelheiten über die islamischen Einflüsse auf die christl. Grenzbevölkerung. Urkundenanhang.

*— Geschichte der Österreichischen Militärgrenze. Wien u. Teschen: Karl Prohaska 1883. 12, 446 S.

Umfassende Geschichte der Mil.-Gr. Zuverlässiger als Vaníček (s. d.). Einzelne Fehler berichtigt Bidermann (s. d.). Quellenangaben fehlen.

*(Sclavonische Militar-Gränitz-Verfassung). o. O.: (Wien) 1747. 19 S.

Amtl. Ausgabe des Slawonischen Grenzregulaments vom 29. 6. 1747.

*(Seckler Militar-Gränitz-Verfassung) o. O.: (Wien) 1764. 38 S.

Amtl. Ausgabe des Sekler Regulaments vom 24. 3. 1764.

Sexauer(?): Die Regulierung des Saveflusses, dann die Ent- und Bewässerung des Savetales in Kroatien und Slavonien, mit besonderer Berücksichtigung des Grenzgebietes. 1874 (?).

*Sirowy, Karl und Franz Sarnitz: Kurze Geschichte des Warasdiner Infanterieregiments Freiherr von Giesl Nr. 16 und der bestandenen Grenzinfanterieregimenter Nr. 5 und 6. Mit 2 Abb. Agram: Selbstverlag des Regiments 1903. 43 S.

Kurze Regimentsgeschichte.

Šišić, F.: Pregled povijesti hrvatskog naroda. [Übersicht über die Geschichte des kroatischen Volkes.] 1916.

Slavonicus: Slawonien nach den Türkenkriegen. Aus: Deutsches Volksblatt. Neusatz: 15. Januar 1929.

*Soppron, Ignaz: Monographie von Semlin und Umgebung. Zumeist nach handschriftlichen Quellen. Mit 6 Taf. Semlin: Selbstverlag des Verf. 1890. XXII, 567 S.

Sehr ausführliche Monographie mit besonders gründlicher Berücksichtigung der Stellung und der Militärkommunitäten, daher für die Geschichte und Bedeutung der Mil.-Kommunitäten schlechthin unentbehrlich.

Sotropa, Virgil: Regimentul grăniceresc năsăudean. [Das Nassoder Grenzerregiment.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1925, Nr. 2, S. 1—12.

— Zavera din 1821 şi regimentul năsăudean. [Der Aufstand von 1821 und das Nassoder Regiment.] Aus: Anuarul Institutului de Istorie Naţională, Jg. 1926—1927, S. 135 bis 147.

— Corespondenţa lui Naşcu cu Moisil şi Petri, 1860—1864. [Der Briefwechsel des Nascu mit Moisil und Petri 1860—1864.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1929, Nr. 10, S. 66—98; Jg. 1930, Nr. 11, S. 59—89, Nr. 12, S. 192—216.

Der Briefwechsel betrifft die Grenzer.

— Un act memorabil. [Ein denkwürdiger Akt.] Aus: Arhiva Someşană, Jg. 1930, Nr. 12, S. 150—166.

Behandelt die Sitzung der Nassoder Grenzer vom 2. April 1840.

*Special-Instruction für das Gränz-Departement der k. k. Hofkriegsbuchhaltung. Wien: K. k. Hof- und Staats-Aerarial-Druckerey 1827. 68 S.

Enthält eine knappe Beschreibung der Mil.-Gr., zahlr. Verordnungshinweise, Erläuterungen von Steuern usw.

Spigl, Friedrich: Repressaliengefechte an der croatisch-türkischen Grenze in der Zeit von 1809 bis 1849. Aus: Mittlgn. d. k. k. Kriegsarchives, Jg. 1888.

*Stanglica, Franz: Ansiedlungsgeschichte von Neu-Pasua und Neu-Banovci in der Militärgrenze. Aus: Mittlgn. d. österr. Inst. f. Geschichtsforschg., Erg.-Bd. 14, S. 471—476.. Innsbruck: 1939.

Die Ansiedlungsgeschichte der beiden Gemeinden auf Grund des Archiv-Materials.

Stassik, Ferencz: A volt határőrvidéki házközösségek. [Die Hauskommunionen der ehem. Militärgrenze.] Groß-Betschkerek: Fer. Pál Pleitz 1900. 186 S.

Statistika nastave u kraljevini Hrvatskoj i Slavoniji i hrvatsko-slavonskoj vojnoj krajini. [Statistik des Unterrichtswesens im Königreich Kroatien und Slawonien und in der kroatisch-slawonischen Militärgrenze.] Zagreb: 1873.

*Statistische Central-Commission, K. K. —: Bevölkerung und Viehstand der Militärgränze nach der Zählung vom 31. December 1869. Wien: K. k. Hof- und Staatsdruckerei 1871. 38 S.

Zusammenfassung der in dem Hauptwerk „Bevölkerung und Viehstand der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder, dann der Militärgränze. Nach der Zählung vom 31. December 1869." verstreuten statistischen Zahlen über das Mil.-Gr.-Gebiet.

*Statistisches Bureau, königl. ungarisches —: Ergebnisse der in den Ländern der ungarischen Krone am Anfange des Jahres 1870 vollzogenen Volkszählung sammt Nachweisung der nutzbaren Hausthiere. Pest: 1871, Druckerei des Athenaeum. 615 S.

Das häufig unter dem Namen „Keleti Karl" zitierte Werk bringt auch die Gesamtstatistik der Mil.-Gr.

Steinwenter, A.: Materialien zur Geschichte der östlichen Steiermark unter der Landeshauptmannschaft Hans Ungnads, Freiherrn von Sonneck. Aus: Beiträge zur Kde. steierm. Gesch.-quellen. Jg. 1883.

*— Aus dem Leben des steirischen Landeshauptmannes Hans III. Ungnad-Weißenwolf, Freiherrn von Sonneck. Marburg: Verlag des Verf. 1884. 44 S.

*— Die Übernahme der Grenzverteidigung in Kroatien durch den Beherrscher Inner-österreichs (1578). Nach dem Manuscriptum II, 515 der h. o. Universitätsbibliothek

und nach den Akten des steirischen Landesarchives. Aus: Ztschr. d. Histor. Ver. f. Steiermark, 20. Jg., H. 1—4, S. 43—59. Graz: 1924.

Grundlegende Abhandlung über die Kämpfe um die Grenzverfassung zwischen Kaiser, Erzherzog und Ständen, bzw. zwischen Kaiser, Innerösterreich, Ungarn und Kroatien in der Zeit von 1578—1608.

***Steinwenter, A.:** Die Wehrmaßnahmen des steirischen Landtages gegen Türken und Hajduken 1605. Nach Akten des steirischen k. k. Statthalterei- und des Landesarchives. Aus: Ztschr. d. Histor. Ver. f. Steiermark. 16. Jg., S. 51—157. Graz: 1918.

Befaßt sich u. a. ausführlich mit den Defensionsmaßnahmen an der Windischen Mil.-Gr.

Stoixner, E. V.: Vollständiger Unterricht in der Bienenzucht zum Gebrauche der k. k. Militär-Gränz-Provinzen. Auf Anordnung einer hohen k. k. Militär-Gränz-Direction entworfen nach den neuesten Erfahrungen des Verfassers. Wien: 1808.

Stojacskovics: Die staatsrechtlichen Verhältnisse der Serben in der Wojwodina. Temeschwar: 1860.

***Stökl, Günther:** Die deutsch-slavische Südostgrenze des Reiches im 15. Jahrhundert. Ein Beitrag zu ihrer Geschichte an Hand des südslavischen Reformationsschrifttums. Breslau: Priebatsch's Buchhdlg. 1940. 278 S.

Auf einer methodisch folgerichtig durchdachten Grenzsoziologie aufgebaute Untersuchung über die Südostgrenze vornehmlich mit Berücksichtigung der religiösen Erscheinungen im Grenzland; mit wertvollen Erkenntnissen über die Mil.-Gr. und ihre Vorläufer.

***Stopfer, Mathias:** Erläuterungen der Grundgesetze für die Carlstädter, Warasdiner, Banal-Slavonische und Banatische Militär-Gränze. Mit 4 Tab. Wien: Carl Gerold 1831. 400 S.

Bester und umfassendster Kommentar zum GGG. von 1807.

*— Erläuterungen über die Militär-Gränz-Verwaltung des österreichischen Kaiserthums. Mit 9 Tab. Wien: Carl Gerold 1838. XIV, 281 S.

Ergänzung zu Stopfer „Erläuterungen der Grundgesetze usw." (s. d.).

*— Lehrbuch über die Grundgesetze der karlstädter, warasdiner, banal-, slavonischen und banatischen Militär-Gränze. Mit 2 Tab. Gratz: 1840, Druck von J. A. Kienreich. XIV, 298 S.

Nachdruck der „Erläuterungen der Grundgesetze usw." (s. d.) desselben Verf. mit geringfügigen Änderungen.

*— Lehrbuch über die Militär-Gränz-Verwaltung des österreichischen Kaiserthums. Mit zahlr. Tab. Graz: J. A. Kienreich 1841. 430 S.

Gründlichste Darstellung der Grenzverwaltung und ihrer Eigentümlichkeiten.

Stotz, J. L.: Neueste Statistisch-topographische Darstellung des Großfürstenthums Siebenbürgen in Hinsicht seiner Größe, Bevölkerung, Kulturverhältnisse, Handlung, Staats- und Militärverfassung, mit einer topographischen Übersicht. Wien: 1812. 42 S.

***Straßen Karte** der croatischen Militair Grenze 1832. o. O.: o. J. (um 1832).

Sehr brauchbare Verkehrskarte. Einfarbig.

Straßenkarte der Slavonischen Militärgrenze. Hrsg. v. k. u. k. General-Quartiermeister-Stabe. 1 : 432000. Wien: 1827.

Strohal, R.: Grad Karlovac. [Die Stadt Karlstadt.] Zagreb: 1906.

Szapari, Johann Graf von: Der unthätige Reichthum Ungerns wie zu gebrauchen? Mit einer historisch-physikalischen Beschreibung der österreichischen und hungarischen Seeküste. Nürnberg: Johann Eberhard Zech 1784. 102 S.

Behandelt auch die Wirtschaft der Militärgrenze.

***Szeckler Nr. 15.** Aus der Geschichte der k. k. Grenz-Infanterie-Regimenter erstes Szeckler Nr. 14 und zweites —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1846. Bd. 2, S. 315—319.

Kriegseinsatz der beiden Rgtr. im Jahre 1805.

***Szentkláray, Jenö:** A Dunai hajóhadak története. [Geschichte der Donauflotten.] Budapest: Athenaeum 1885. 433 S.

Standwerk über die Geschichte der Donauflottillen einschl. der Tschaikisten. Dokumentenanhang.

Szentkláray, Jenö: 100 év Dél-Magyarország ujabb történetéből. [100 Jahre aus der neueren Geschichte Südungarns.] 1879.

***Szluiner Nr. 4.** Aus der Geschichte des k. k. Grenz-Infanterie-Regiments —. Aus: Oestr. milit. Zeitschr., Jg. 1846, Bd. 2, S. 204—209.

Kriegseinsatz des Rgts. in den Jahren 1805 und 1809.

Szmida, Ludwig: Geschichte der Großgemeinde Karlsdorf (Banat). Temesvar: 1902. 126 S.

Auch in ungar. Sprache erschienen.

Tagányi, Károly: A földközösség története Mágyarországon. [Die Geschichte der Hauskommunionen in Ungarn.] Budapest: 1894 (in deutscher Übersetzung: 1895).

***Taube, Friedrich Wilhelm von:** (Historische und geographische) Beschreibung des Königreiches Slavonien und des Herzogthumes Syrmien, sowol nach ihrer natürlichen Beschaffenheit, als auch nach ihrer itzigen Verfassung (und neuen Einrichtung) in kirchlichen, bürgerlichen und militärischen Dingen. Aus eigener Beobachtung und im Lande selbst gemachten Wahrnehmungen entworfen. (In Klammern gesetzte Teile des Titels fehlen beim 3. Buch.) B. 1—3 (in 1 Bd.). Leipzig 1777—1778. 12, 99 S.; 104 S.; 16, 128 S.

Über die Mil.-Gr.: Buch II, §§ 30, 36, 37; Buch III, S. 74—125 („Das Land der Gränzsoldaten") u. a. a. O. Eine der ältesten liter. Beschreibungen eines Grenzabschnittes.

— Critische Nachricht von unterschiedlichen neuen Entdeckungen, welche 1776. und 1777. in Slavonien, Syrmien und den angränzenden Ländern gemacht sind, und welche sowol die Alterthümer, als auch die Naturgeschichte betreffen. Mit Kupfern, Rissen und Landcharten. Aus: Büsching's wöchentlichen Nachrichten. XV. Stück, 126 S. Berlin: 14. 4. 1777.

Teleky, Domokos, Graf: A székely határőrség története. [Die Geschichte der Sekler Militärgrenze.] Budapest: 1877.

Thiel, Viktor: Die innerösterreichische Zentralverwaltung 1564—1749. Aus: Arch. f. österr. Gesch., Jg. 1916 u. 1930.

***Tkalac, E. J. von:** Jugenderinnerungen aus Kroatien. (1749—1823. 1824—1843.) Otto Wigand. Leipzig: 1894. 390 S.

Tordai, György: A nyilvános népoktatás kezdete és szervezése végvidékünkön. [Der Beginn und die Organisation des öffentlichen Volksunterrichts in unserem Grenzland.] Pánesova: 1898.

Tordesiglia, Emmanuel: Relazion verdadera, ove si discor la Materia degli Uscochi et dei presenti moti d'armi in Friuli etc. [Wahrhafter Bericht, in dem die Materie der Uskoken und die gegenwärtigen Waffengänge in Friaul usw. abgehandelt werden.] Madrid: 1616.

Über den Uskokenkrieg. Gegenschrift: Prosper Urbanus: Difesa a Favor della Seren. Republ. di Venezia. [Verteidigung zugunsten der durchlauchtigsten Republik Venedig.]

Trauschenfels, E.: Die Rechtslage der Rumänen im Törzburger Dominium. Kronstadt: 1871.

***Trautmann, Johann Ritter von:** Übersicht der Entstehung, Verfassung und Verwaltung der östreichischen Militär-Grenze. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1836, Bd. 2, S. 278—293; Bd. 3, S. 67—81.

Eine gute Übersicht über den damaligen Stand der Grenzverwaltung.

***(Tritschler, K.):** Der östreichische Grenzoffizier nach seinen Pflichten und den hierdurch bedingten Eigenschaften. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1832, Bd. 4, S. 323—336.

Gibt guten Aufschluß über die eigentümliche Stellung des Grenzoffiziers und seinen weit über das Militärische hinausreichenden Tätigkeitskreis. Allerdings befaßt sich Verf. nur mit dem größeren Pflichtenkreis des siebenbürgischen Grenzoffiziers, so daß die Ausführungen nicht für die gesamte Mil.-Gr. gültig sind.

*— Einige Blicke in die inneren Verhältnisse der k. k. Militärgrenze in Siebenbürgen. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1848, Bd. 3, S. 40—55, 184—197.

Wertvolle Angaben über Bodeneigentums- und Wirtschaftsverhältnisse der Grenzer.

*Turković (=Kutjevski), Milan: Antemurale Christianitatis. Mit zahlr. Abb. (Innentitel: Die Geschichte der ehemaligen croatisch=slavonischen Militärgrenze.) Sušak: 1936, Primorski Štamparski Zavod. 160 S.

Vorwiegend der Bedeutung und dem Schicksal der Grenzwaldungen gewidmet, im übrigen eine wenig brauchbare Gesamtdarstellung. (In deutscher Sprache.)

*— Die ehemalige kroatisch=slavonische Militärgrenze. Mit zahlr. Abb. (2. Aufl. von Turković: Antemurale Christianitatis. S. d.) Sušak: Selbstverlag d. Verf. 1937. 228 S.

Völlige Umarbeitung der 1. Aufl. Bessere methodische Behandlung des Stoffes.

*— Hrvatsko-slavonska Vojna Krajina. Zbirka Navoda (Citata) s objašnjenjima. Mit einigen Abb. (Innentitel: Die kroatisch=slavonische Militärgrenze. Eine Auswahl von Zitaten samt Erläuterungen.) Sušak: 1936, Primorski štamparski zavod. 30 S.

Eine Sammlung von Zitaten aus den Quellen und der darstellenden Literatur. (In deutscher Sprache.)

*Utiešenović, Og. M.: Die Militärgränze und die Verfassung. Eine Studie über den Ursprung und das Wesen der Militärgränzinstitution und die Stellung derselben zur Landesverfassung. Wien: F. Manz & Comp. 1861. 172 S.

Aufschlußreiche juristische Darstellung vom kroatischen, gegen die Sonderstellung der Mil.=Gr. polemisierenden Standpunkt.

— Die Hauskommunion der Südslawen. Eine Denkschrift zur Beleuchtung der volksthümlichen Acker= und Familienverfassung des serbischen und kroatischen Volkes. Wien: F. Manz u. Comp. 1859. IV, 278 S.

*(Valvasor, Johann Weichard und Francisci, Erasmus): Die Ehre Deß Hertzogthums Crain: Das ist / Wahre / gründliche / und recht eigendliche Belegen= und Beschaffenheit dieses / in manchen alten und neuen Geschicht=Büchern zwar rühmlich berührten / doch bishero nie annoch recht beschriebenen Römisch=Keyserlichen herrlichen Erblandes; Anjetzo / Vermittelst einer vollkommenen und ausführlichen Erzehlung aller seiner Landschafften / Böden / Felder / Wälder / Berge / fließenden und stehenden Wassern / unterirdischer Berg=Seen / bevorab des Welt=berühmten Cirknitzer Wunder=Sees / auch verwunderlicher Grotten / und viel andrer ungemeiner Natur Wunder / imgleichen der Gewächse / Mineralien / Bergwercke / Edelgesteine / alter Müntz=Stücken / Thiere / Vögel / Fische etc. überdies auch der Gebiete / Herrschaften / Schlösser / Städte / Märckten / Grentz=Häuser und Festungen / und deren so wol vormaligen / als heutigen Besitzer / oder Vorsteher / Gebieter / Einwohner / Sprachen / Sitten / Trachten / Gewerben / Handthierungen / Religion / Heiligen / Patriarchen / Bischöffen / Orden / Pfarren / Kirchen / Klöster etc. Regiments=Würden / Aemter / Gerichten / Ständen und Familien; wie auch der Lands=Fürsten / Jahr=Geschichte / alter und neuer Denckwürdigkeiten: Durch selbst=eigene / gantz genaue Erkundigung / Untersuchung / Erfahrung / und Historisch=Topographische Beschreibung / In Funffzehen / wiewol in vier Haupt=Theile unterschiedenen Büchern / wie auch häuffigen Abrissen und zierlichen Kupffer=Figuren / ausgebreitet / von Johann Weichard Valvasor / Freyherrn / Einer hochlöblichen Landschafft in Crain Hauptmann im unteren Viertheil / und der Königlich=Englischen Societät in England Mitgliede; Aber In reines Teutsch gebracht / auch / auf Begehren / mit manchen beyfügigen Erklärungen / Anmerck= und Erzehlungen / erweitert durch Erasmum Franciscum / Deß Hochgräfl. Hauses Hohenloh und Gleichen Raht. T. 1—4. Mit zahlr. Kupfern und Karten. Laybach: MDCLXXXIX. (Nürnberg: Wolfgang Moritz Endter.) 1. 56, 696 S. (1.—4. Buch). 2. 838 S. (5.—8. Buch). 3. 396, 732 S. (9.—11. Buch). 4. 136, 610 u. Register=S. (12.—15. Buch).

Über die Mil.=Gr. vor allem das 12. Buch (136 S., zahlr. Kupfer, 1 Plan): „Deß Hochlöblichen Herzogthums Crain Topographisch=Historischer Beschreibung Zwölfftes Buch / Welches einen ausführlichen Bericht von den Crabatischen und Meer=Grentzen / einen kurtzen aber von den Wendisch= oder Windischen und Bannischen Grentzen / darreicht; Uberdas auch so wol die Türckische / als die Christliche Grentz=Häuser und festen Plätze / imgleichen die Generaln oder Commendanten in Krabaten / und an den Meer=Grentzen / wie auch das Wesen der Zenger und Uskoken / samt sehr vielen lesswürdigen Geschichten / beschreibt." U. a. ferner T. 1, S. 208, 253, 283, 295 (Schilderung der Kreit=

feuer), S. 536ff. (Fliehgrotten), S. 538ff. (Tabore); T. 3, 10. Buch, S. 342—349 (Über die Geschichte der Grenzerrichtung und die Ordenspläne unter Erzherzog Karl II.) usw. usw.

*Vaniček, Fr.: Specialgeschichte der Militärgrenze, aus Originalquellen und Quellenwerken geschöpft. Bd. 1—4. Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei 1875. XVII. 588 S.; XI, 664 S.; X, 472 S.; VIII, 601 S.

— — Историја Војничке крајине. [Geschichte der Militärgrenze.] Novisad: 1880. (Serb. Übersetzung des vorigen.)

Offiziöses historisches Quellenwerk und umfassendste Darstellung der Mil.-Gr.-Geschichte. Jedoch sehr unzuverlässig: Sehr zahlr. Druckfehler, insbesondere bei Jahreszahlen, fehlerhafte und unvollständige Zitate, mangelhafte Quellenangaben, falsche histor. Hypothesen, z. T. reine Phantasieangaben. Richtigstellung der Irrtümer durch zahlr. spätere Forscher, u. a. Bidermann (s. d.) usw.

Vaterländische Blätter für den österreichischen Kaiserstaat. Wien: 1808ff.

Bringen zahlr. kleinere Notizen über die Mil.-Gr.

*Verordnungsblatt für das k. u. k. Heer: (Siehe Armee-Verordnungsblatt.)

*Vertheidigungs-Schrift der Bevölkerung des bestandenen II. Romanen- 17. Grenz-Regimentes, nunmehrigen Nassoder Districts-Gebietes in Siebenbürgen, in Betreff des im Jahre 1851 über die Waldungen dieser Bevölkerung widerrechtlich verhängten politischen Sequesters, eingereicht im amtlichen Wege an das h. königl. siebenbürgische Landesgubernium. Gub.-Zahl 16599 ex 1865. Nassod: Verlag der Gemeinde-Repräsentanz o. J.; Wien: 1865, Mechitaristenbuchdruckerei. 51 S.

Enthält zahlr. Angaben über den Grenzwald-Besitz in der siebenbürgischen Grenze.

Vitezovich, Pav. (Ritter, Paul): Kronika. Zagreb: 1696.

*Vitković, Gabriel: Успомени угарских краљевих Шајкаша. [Gedenkbuch der kgl. ungarischen Tschaikisten.] Mit mehreren Taf. Beograd: 1887, Kgl. Hofdruckerei. CLXI, 519 S.

Beruht auf Szentkláray (s. d.). Dokumentenanhang für die Zeit von 1405—1740 (Text umfaßt den Zeitraum von 1000—1872).

Volkmann, Elfriede: Das Banat als Glied der österreichischen Militärgrenze im 18. Jahrhundert bis zum Tode Maria Theresias. Ungedruckte Dissertation. Wien: 1940.

Vrbanić, Franjo: Gosp. razvitak vojne krajine u XIX vijeku. [Wirtschaftliche Entwicklung der Militärgrenze im 19. Jhdt.]

Vukassovich, Dominik von: Beschreibung des Carlstädter Generalats. Aus: Ungrisches Magazin, 3. Bd., 4. St., S. 432—463. Preßburg: 1783 (1784?).

*Wallachen Nr. 16 und 17. Aus der Geschichte der beiden Grenz-Infanterie-Regimenter Siebenbürger — —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1847, Bd. 1, S. 69—76.

Kriegsereignisse 1809 usw.

*Warasdiner Sanct Georger Grenz-Infanterie-Regiments Nr. 6. Aus der Geschichte des —. Aus: Oestr. milit. Ztschr., Jg. 1847, Bd. 1, S. 76—79.

Kriegsgeschichte des Rgts. 1799, 1809 usw.

*Wassernoth im Karste der kroatischen Militärgrenze. Die —. Mit mehreren Abb. u. 1 Kt. (Deutsch und kroat.) Agram: Albrecht & Fiedler 1874. 160 S.

*Waßner, Martin: Topografisch-önologische Skizze der k. k. Militär-Grenz-Communität Weißkirchen im Banate. Temesvar: 1863, Druck von Förk & Comp. 16 S.

— 2. Aufl. 1866. 20 S.

*Wessely, Joseph: Das Karstgebiet Militär-Kroatiens und seine Rettung, dann die Karstfrage überhaupt. Mit 1 Kt. Agram: Albrecht & Fiedler 1876. XI, 366 S.

Geogr., geolog. u. wirtschaftl. Darstellung des Küstenkarstgebietes der Mil.-Gr. Untersuchung der Meliorationen und Vorschläge hierzu.

*Wiener Zeitung. Amtlicher Teil. Vom 17. Juli 1881.

Enthält: Manifest, Verordnungen und Reskript über die endgültige Auflösung der kroat.-slawon. Mil.-Gr. vom 15. 7. 1881.

*__Wiesner, Adolf:__ Russisch-politische Arithmetik. Streiflichter auf das Werk des russischen Geheimrathes M. L. von Tegoborski: „Über die Finanzen, den Staatskredit, die Staatsschuld, die Hülfsquellen und das Steuersystem Oesterreichs, mit Rücksicht auf Preußen und Frankreich." Mit mehreren Tab. Bd. 1—2. Leipzig: Mayer und Wigand 1844. 10, VIII, 262 S.; IV, 326 S.

Polemisiert auf Grund österr. Angaben gegen Tegoborskis Auffassung, daß die Mil.-Gr. billig sei. Gegen Wiesner wendet sich Pidoll, Einige Worte über die finanziellen Verhältnisse usw. (s. d.).

__Wigand, Joh.:__ (s. Pancsovai usw.).

*__Wimpffen, Alphons Graf:__ Geschichte des serbisch-banater Armee-Corps. T. 1—2. (Hektographiertes Manuskript.) o. O. (Temeschwar): o. J. (1858). 1. Österreichische Truppenaufstellung an der untern Save und Donau. Juni 1853 bis August 1854. XXI, 1287 S. 2. Occupation der Fürstenthümer Walachei und Moldau. September 1854 bis März 1857. S. 365—1289.

Kriegs- und heeresgeschichtlich und die begleitenden politischen Ereignisse darstellend. Auszug abgedr. in Wimpffen, Erinnerungen aus der Walachei, Wien 1878.

*__Windisch, Karl Gottlieb von:__ Geographie des Königreichs Ungarn. Mit 3 Kupfertaf. u. 1 Kt. Bd. 1—2. Preßburg: Anton Löwe 1780. VIII, 4, 395 S.; 322 S.

Zur Mil.-Gr.: Bd. 2, S. 242—248 („Der Temeschwárer Distrikt der Gränzsoldaten. Confinium Militare Temesiense").

*__Woinovich, Emil von:__ Kämpfe in der Lika, in Kroatien u. Dalmatien. Mit zahlr. Abb. u. 2 Ktn. (Bd. 6 von: Emil von Woinovich und Alois Veltzé, Das Kriegsjahr 1809 in Einzeldarstellungen.) Wien: C. W. Stern 1906. 105 S.

Rein kriegsgeschichtlich. Mit einigen kurzen Biographien über die militärischen Führer auf beiden Seiten.

__Woinovich, Maria v.:__ Die kroatisch-slawonische Militärgrenze von 1860—1870. Ungedruckte Dissertation. Wien: 1940.

*__Wolf, Hans:__ Das Schulwesen des Temesvarer Banats im 18. Jahrhundert. Gründung und Ausbau im Geiste des aufgeklärten Absolutismus. Mit 1 Kt. Baden bei Wien: Rudolf M. Rohrer 1935. 195 S.

S. 107 ff.: Das Schulwesen in der Banater Mil.-Gr.

*__Wrede, Alphons, Frhr. von:__ Geschichte der K. u. K. Wehrmacht. Die Regimenter, Corps, Branchen und Anstalten von 1618 bis Ende des XIX. Jahrhunderts. Bd. 1—6 (in 8 Bdn., davon 2 Bde. nicht erschienen). Wien: L. W. Seidel & Sohn 1903—1898.

In Bd. 5 (1903, XVIII, 800 S.), S. 195—340, eine ausführliche, militärgeschichtlich ausgerichtete Geschichte der Mil.-Gr.

*__Wutte, Martin:__ Vom alten Landsturm. Aus: Carinthia I, Mittlgn. d. Gesch.-ver. f. Kärnten. Jg. 1915, S. 6—34; Jg. 1916, S. 11—57.

Umfassende Darstellung der Kärntner Landesverteidigungsmaßnahmen vom 15. bis zum 19. Jh. und der Teilnahme an der Sicherung der Mil.-Gr.

__Zoričić, Milovan:__ Financijalno gospodarstvo hrv.-slav. krajne. [Die Finanzwirtschaft der kroat.-slaw. Grenze.] Agram: 1879.

Betrifft die Jahre 1772—1876. Mit einem Überblick über den Verwaltungsapparat besonders beim Generalkommando Agram.

*__Zwiedineck-Südenhorst, H. von:__ Über den Versuch einer Translation des Deutschen Ordens an die ungarische Grenze. Aus: Arch. f. österr. Gesch., 56. Bd., S. 403—445. Wien: 1878.

Grundlegende Arbeit über die Pläne zu einem Einsatz des Ordens an der Mil.-Gr. Auf den Akten des Ordensarchivs beruhend.

*— Kriegsbilder aus der Zeit der Landsknechte. Mit 7 Abb. Stuttgart: J. G. Cotta'sche Buchhdlg. 1883 V, 302 S.

Kap. VII, S. 250—302 („An der Grenze"), behandelt ziemlich ausführlich und unter Benutzung von Originalquellen die älteste Zeit der Grenze. Gibt insbesondere Aufschluß über den im Schrifttum wenig beachteten „Weitschawarischen" Grenzabschnitt.

010178

BIBLIOTEKA

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W TORUNIU

Anschriften der Mitarbeiter des Heftes:

Prof. Dr. H. J. Beyer, Prag, Saarlandstr. 32 — H. v. Byleveld, Roobeke-Roubaix (Nordfrankreich) — Dipl.-Ing. H. Carl, Berlin-Steglitz, Kaiser-Wilhelmstr. 21 — Dr. Helene Dopkewitsch, Posen, Margaretenstr. 51, — Prof. Dr. O. Fischer, Wien, z. Z. Teillazarett Mariahilf, München, Mariahilfplatz 15 — Prof. Dr. R. Gradmann, Tübingen, Neckarhalde 31 — Dr. M. Hellmann, Berlin, z. Z. Feldpostnummer 31104 — Dozent Dr. H. Ibler, Graz, Südostdeutsches Institut, Kreuzgasse 34 — Dipl.-Ing. W. Neunteufl, Graz, Morellenfeldgasse 30 — Prof. Dr. K. H. Pfeffer, Berlin-Südende, Steglitzer Str. 33 — Oberbaurat Dr. B. Schmid, Marienburg, Westpreußen, Friedrichsplatz 4 — Dozent Dr. J. Schmithüsen, Hohenneuendorf b. Berlin, Stolper Str. 43 — R. v. Schumacher, Berlin-Lankwitz, Melanchthonstr. 8a — Prof. Dr. H. Steinacker, Innsbruck, Innstr. 111 — Dozent Dr. H. Tintelnot, Breslau, Fürstenstr. 610 — Dozent Dr. H. Weinelt, Königsberg, z. Z. Feldpostnummer 28817 — Prof. Dr. W. Weizsäcker, Wien 3, Weyrgasse 7—9 — Prof. O. Wittstock, Kronstadt-Braşov, Strada Brancoveanu 6 — Staatsarchivdirektor Dr. G. Wrede, Osnabrück, Stüvestr. 15.

DEUTSCHE SCHRIFTEN ZUR LANDES- U. VOLKSFORSCHUNG

Herausgegeben von PROF. DR. EMIL MEYNEN

BAND 9—15:

Das Deutschtum in Slawonien und Syrmien

Das Deutschtum Slawoniens und Syrmiens, dieser 160 000 Seelen zählenden deutschen Siedlungsgebiete im Zwischenstromland zwischen Drau und Sawe des südöstlichen Mitteleuropas, ist lange Zeit unbeachtet geblieben und erst in den letzten Jahren Gegenstand eingehender Forschung geworden. In folgenden 7 Schriften, die als Band 9—15 der Deutschen Schriften zur Landes- und Volksforschung erscheinen und auch zusammen in einem Bande (gebunden etwa 36,— RM.) geliefert werden, wird das Deutschtum in Slawonien und Syrmien dargestellt.

1. ***E. Lendl*, Das Deutschtum in der Ilowasenke.** IV, 55 Seiten. Gr.-8°. 1941. Kart. 3,50 RM.
2. ***H. Haller*, Syrmien und sein Deutschtum.** Ein Beitrag zur Landeskunde einer südostdeutschen Volksinsellandschaft. VIII, 98 Seiten mit 11 Abb., 6 Karten und 7 Bildtafeln. Gr.-8°. 1942. Kart. 6,— RM.
3. ***W. Sattler*, Die slawonische Drauniederung als deutsche Volksinsellandschaft.** VII, 133 Seiten mit 18 Abb. und 7 Karten. Gr.-8°. 1942. Kart. 7,— RM.
4. ***E. Böhm*, Das Deutschtum und seine kulturgeographische Leistung in den vier slawonischen Bezirken.** IX, 86 Seiten mit 24 Abbildungen auf 8 Kunstdrucktafeln, 12 Karten und 2 Plänen. Gr.-8°. 1942. Kart. 5,20 RM.
5. ***G. Harms*, Bevölkerungsstruktur und Agrarverfassung Slawoniens.** Der wirtschaftliche und soziale Aufbau einiger Dörfer im Poschegger Kessel. VI, 63 Seiten mit 1 Textkarte. Gr.-8°. 1942. Kart. 3,40 RM.
6. ***A. Pißler*, Deutsche Siedlungen in Syrmien.** Sotting bei Wukowar und Neudorf bei Winkowzi. Ein Beitrag zur Volkskunde der Donauschwaben auf siedlungsgeschichtlicher Grundlage. VIII, 60 Seiten mit 6 Abb. im Text. Gr.-8°. 1942. Kart. 3,40 RM.
7. ***J. Kellermann*, Josefsdorf** (Josipovac). Lebensbild eines deutschen Dorfes in Slawonien. VII, 84 Seiten mit 21 Abb. im Text und 61 Abb. auf Tafeln. Gr.-8°. 1942. Kart. 5,50 RM.

Diese Arbeiten, in den Jahren 1931—1941 unabhängig voneinander entstanden, bilden in sich eine geistige Einheit und geben erschöpfende Aufschlüsse über die geschichtliche, geographische, volksbiologische, soziale und landwirtschaftliche Struktur. Mit diesem Sammelwerk gelten die deutschen Siedelgebiete in Kroatien als die am besten erforschten in Südosteuropa.

VERLAG VON S. HIRZEL IN LEIPZIG

CZ.558.7
40011

GUSTAV FOCHLER-I

Die Mandschurei

Eine geographisch-geopolitische Landeskunde

450 Seiten mit 16 Karten und Skizzen und 84 Abbildungen des Verfassers
Preis Hlw. 25,— RM.

Es gab bisher in keiner Sprache eine wirklich umfassende und nach modernen Gesichtspunkten gestaltete wissenschaftliche Landeskunde über den ostasiatischen Großraum. Durch die eingeschlagene politische Richtung des neugebildeten Staates, der in Anlehnung an Japan entstand und aufs engste mit dem Inselreich zusammenarbeitet, ist die Mandschurei in den Brennpunkt weltpolitischer Ereignisse getreten. In vorliegendem Werk sind die Grundfragen von Raum und Volkstum, der Kampf der einzelnen Völker und Volksgruppen um neue Siedlungsräume, die Gestaltung der Land- und Kulturformen, die politischen Kernfragen auf Grund eingehender Reisen und unter Auswertung des gesamten Schrifttums erschöpfend dargestellt.

KURT VOWINCKEL VERLAG • HEIDELBERG-BERLIN-MAGDEBURG

NEUERSCHEINUNG

Europa-Bibliographie

Voraussichtlich 12 Abteilungen mit jeweils 1—2 Jahre umfassenden Bänden zu je 3—4 Heften. Bandpreis 30,— bis 45,— RM.

Das zentrale politische Problem von heute und morgen heißt Europa! Unter diesem Gesichtspunkt wird in der neuen, nach Ländern bzw. Ländergruppen geordneten Bibliographie, die Prof. Dr. F. Prinzhorn im Auftrag des Deutschen Auslandswissenschaftlichen Instituts Berlin und in Verbindung mit der Universitätsbibliothek Leipzig herausgibt, das Schrifttum aller Gebiete über die einzelnen europäischen Länder verzeichnet.

Die Europa-Bibliographie ist daher ein äußerst wichtiges, stets aktuelles Handbuch für Wissenschaft wie Politik — und ein unentbehrliches Hilfsmittel für alle Bibliotheken und Forschungsinstitute!

Bisher erschienen:

Der nordische Raum 1939—1940
Bearbeitet von Dr. Needon und fil. lic. Andersson / Preis 30,— RM.

Die Schweiz 1939—1941
Bearbeitet von Dr. Needon / Preis 30,— RM.

Die westlichen Länder des europäischen Südostens 1937—1941
Bearbeitet von Dr. Jilek / Preis 45,— RM.

Demnächst erscheinen:

Sudetengau und Böhmen/Mähren / Frankreich / Belgien und Holland / Italien / Rumänien / Bulgarien / Baltische Staaten

OTTO HARRASSOWITZ • LEIPZIG